



universität
wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Spannungsfeld Medien und Politik:
Der Einfluss der österreichischen Medien auf die Politik
am Beispiel der Kommunikation über TTIP“

verfasst von / submitted by
Alexander Prinz, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Prof. Dr. Horst Pöttker

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, 15. September 2019

Alexander Prinz

Vorbemerkung:

Innerhalb dieser Arbeit ist bei Begriffen, wo die männliche Form verwendet wurde, implizit auch die weibliche gemeint. Aus Übersichtsgründen wurde jedoch auf die explizite Nennung der weiblichen Form verzichtet.

Inhaltsverzeichnis

1	Who leads the tango?	1
2	Erkenntnisinteresse.....	4
3	Die Verhandlungen über TTIP	6
3.1	TTIP – Der lange Weg zu den Verhandlungen	6
3.2	Beziehungen zu den USA	6
3.3	Die EU als Verhandlungspartner der USA.....	8
3.4	TTIP – Das ambitionierte Freihandelsabkommen	11
3.5	TTIP – Das umstrittene Handelsabkommen	13
3.6	Eingeschränkte Informationen für Nationalrat und Medien	17
3.7	Die kommunizierten Themen der Verhandlungsrunden	19
3.7.1	Start der Verhandlungen	19
3.7.2	Erste Verhandlungsrunde.....	20
3.7.3	Zweite Verhandlungsrunde.....	21
3.7.4	Dritte Verhandlungsrunde	22
3.7.5	Vierte Verhandlungsrunde.....	22
3.7.6	Fünfte Verhandlungsrunde	23
3.7.7	Sechste Verhandlungsrunde	24
4	Medien – Eingrenzung eines vielschichten Begriffs	25
4.1	Massenmedien und die Konstruktion „der Wirklichkeit“	26
4.2	Funktionen der Massenmedien	27
4.2.1	Informationsfunktion	29
4.2.2	Kritik- und Kontrollfunktion.....	30
4.3	Printmedien in Österreich	31
4.3.1	Kleinstaat-Problematik	33
4.3.2	Abhängigkeit von der Werbewirtschaft	33
4.3.3	Medienkonzentration in Österreich	34
4.3.4	Politische Macht der österreichischen Medien.....	34
4.4	Die Kronen Zeitung	36
4.4.1	Die Neue Kronen Zeitung	37
4.4.2	Das Erfolgsrezept der Kronen Zeitung	38
4.4.3	Das Boulevard-Medium Kronen Zeitung.....	39
4.4.4	Die Kampagnen der Kronen Zeitung	41
4.5	Der Standard.....	44
4.5.1	Der Standard – Eine Qualitätszeitung	44
4.6	Der Kurier.....	46
5	Österreichische Politik.....	49

5.1	Die Funktionen von Parteien und Parlament	49
5.2	Die Parteien im Nationalrat.....	51
5.3	Politische Rahmenbedingung während des Untersuchungszeitraumes.....	52
6	Medialisierung der Politik	53
6.1	Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie	55
6.2	Logik der Medien.....	56
6.3	Reaktionen der Politik	58
7	Die Nachrichtenwerttheorie	61
7.1	Zentrale Entwicklungsschritte der Nachrichtenwerttheorie.....	61
7.2	Die politische Bedeutung der Nachrichtenwerttheorie	64
7.3	Nachrichtenfaktoren und TTIP.....	66
8	Agenda Setting.....	68
8.1	Agenda Setting – Die Macht der Themenselektion	68
8.2	Agenda Building	71
9	Frames und Framing	74
9.1	Medienframes und Politikframes	76
10	Spannungsverhältnis Medien und Politik.....	79
11	Forschungsdesign	81
11.1	Forschungsdesign für Themensetzung.....	82
11.2	Forschungsdesign Frames und Schlagwörter / Metaphern sowie Beispiele.....	83
12	Empirische Auswertung	86
12.1	Identifizierte Themen in der TTIP-Debatte	86
12.2	Zeitliche Abfolge der definierten Themen in der TTIP-Debatte in den Tageszeitungen und im Parlament.....	89
12.3	Medien- und Politikframes	93
12.3.1	Transparenz.....	94
12.3.1.1	Medien im Zeitraum von 17.06.2013 bis 26.03.2014	95
12.3.1.2	Parteien bei den Parlamentsdebatten von 17.06.2013 bis 26.03.2014	96
12.3.1.3	Medien im Zeitraum von 27.03.2014 bis 30.09.2014	99
12.3.1.4	Parteien bei den Parlamentsdebatten von 27.03.2014 bis 30.09.2014	101
12.3.2	Schiedsgerichte.....	104
12.3.2.1	Medien im Zeitraum von 17.06.2013 bis 26.03.2014	104
12.3.2.2	Parteien bei den Parlamentsdebatten von 17.06.2013 bis 26.03.2014	107
12.3.2.3	Medien im Zeitraum von 27.03.2014 bis 30.09.2014	109
12.3.2.4	Parteien bei den Parlamentsdebatten von 27.03.2014 bis 30.09.2014	114
12.3.3	Standards.....	120
12.3.3.1	Medien im Zeitraum von 17.06.2013 bis 26.03.2014	120

12.3.3.2	Parteien bei den Parlamentsdebatten von 17.06.2013 bis 26.03.2014 ...	124
12.3.3.3	Medien im Zeitraum von 27.03.2014 bis 30.09.2014	131
12.3.3.4	Parteien bei den Parlamentsdebatten von 27.03.2014 bis 30.09.2014 ...	138
12.3.4	Wirtschaftskraft	146
12.3.4.1	Medien im Zeitraum von 17.06.2013 bis 26.03.2014	146
12.3.4.2	Parteien bei den Parlamentsdebatten von 17.06.2013 bis 26.03.2014 ...	149
12.3.4.3	Medien im Zeitraum von 27.03.2014 bis 30.09.2014	153
12.3.4.4	Parteien bei den Parlamentsdebatten von 27.03.2014 bis 30.09.2014 ...	157
12.4	Auswertung der Politik und Medienframes	161
12.4.1	Erstes Auftreten der Frames	161
12.4.2	Erstes Auftreten der prägendsten Schlagwörter / Metaphern und Beispiele ..	164
12.4.2.1	Transparenz	164
12.4.2.2	Schiedsgerichte	166
12.4.2.3	Standards	168
12.4.2.4	Wirtschaftskraft	170
12.5	Rückführung auf die Forschungsfrage	172
13	Conclusio	173
14	Ausblick	174
15	Quellenverzeichnis	176
15.1	Literaturverzeichnis	176
15.2	Online-Quellen	185
16	Anhang	193
16.1	Auswertung qualitative Inhaltsanalyse	193
16.1.1	Transparenz – Schlagwörter / Metaphern, Beispiele	193
16.1.2	Schiedsgerichte – Schlagwörter / Metaphern, Beispiele	194
16.1.3	Standards – Schlagwörter / Metaphern, Beispiele	197
16.1.4	Wirtschaftskraft – Schlagwörter / Metaphern, Beispiele	202
16.1.5	Der Standard	204
16.1.6	Kronen Zeitung	220
16.1.7	Kurier	243
16.1.8	ÖVP	253
16.1.9	SPÖ	259
16.1.10	FPÖ	266
16.1.11	Grünen	272
16.1.12	Team Stronach	280
16.1.13	NEOS	285
17	Abstract	291

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Meinungsumfrage über EU-Mitgliedschaft.....	10
Abb. 2: Entwicklung der Nachrichtenfaktoren	66
Abb. 3: Frame Analyse: Qualitative Inhaltsanalyse	84

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Themensetzung der Medien / der Parteien	92
Tab. 2: Übersicht – TTIP-Frames	163
Tab. 3: Übersicht – Transparenz: Schlagwörter / Metaphern	165
Tab. 4: Übersicht – Schiedsgerichte: Schlagwörter / Metaphern, Beispiele	167
Tab. 5: Übersicht – Standards: Schlagwörter / Metaphern, Beispiele	169
Tab. 6: Übersicht – Wirtschaftskraft: Schlagwörter / Metaphern	171

1 Who leads the tango?

Als der damalige US-Präsident Barack Obama und der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso am 17. Juni 2013 den offiziellen Start für die Verhandlungen eines transatlantischen Freihandelsabkommens bekannt gaben, ahnten wahrscheinlich nur die wenigsten, welche Dynamik und gesellschaftliche Aufmerksamkeit die Verhandlungen auf sich ziehen würden. Es entwickelte sich ein Diskurs, in dem eingängige Schlagwörter wie das Chlorhühnchen eine bedeutende Rolle spielten. Die Frage, ob das Handelsabkommen eine riesige Chance darstelle oder doch die europäische sowie österreichische Lebensart gefährde, polarisierte die Debatte. Doch wie entwickelte sich der Diskurs über das transatlantische Handelsabkommen? Welche Akteure hatten dabei den größten Einfluss? Wer führte die prägenden Schlagwörter in die Debatte ein und nahm so Einfluss auf die Richtung des Diskurses? Waren es die Medien, welche die Richtung des Diskurses vorgaben, oder doch die Politik? In dieser Arbeit sollen diese Fragen im Mittelpunkt stehen, allerdings aus einer größeren Perspektive betrachtet werden: Mit der Analyse der Debatte über das Handelsabkommen soll vor allem das Verhältnis zwischen den Medien und der Politik hinterfragt werden.

Die Überschrift der Einleitung bezieht sich auf die schwedischen Wissenschaftler Strömbäck und Nord (2006), die in ihrer Forschungsarbeit das passende Bild des lateinamerikanischen Tanzes aufgeworfen haben, um die ambivalente Beziehung der voneinander abhängigen Institutionen zu beschreiben. (vgl. Strömbäck / Nord, 2006: 147) Einerseits sind sie Rivalen um Macht und auf der anderen Seite sind sie aufeinander angewiesen. (vgl. Kepplinger, 2011: 21) Die Politik benötigt die Medien, um die Öffentlichkeit ihrer Inhalte sicherzustellen, und die Arbeit der Massenmedien verlangt nach politischen Informationen – wenn möglich exklusiver Natur. „Partnerschaft und Gegnerschaft prägen das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten“. (Mertes, 2001: 67)

Die Frage, welche der beiden für die Demokratie wesentlichen Institutionen einen stärkeren Einfluss auf den jeweils anderen Part ausübt, beschäftigt die Wissenschaft seit Jahrzehnten. Dass sie nichts an ihrer Aktualität verloren hat, hängt einerseits mit der Wichtigkeit einer funktionierenden Politik als auch eines gesunden Journalismus' für die demokratische Gesellschaft zusammen, andererseits untersteht das Verhältnis auch einem steten Wandel, dem mit aktuellen Untersuchungen Rechnung getragen werden sollte. Neue Medien sowie mobile und kabellose Endgeräte wie das Smartphone oder Tablet sorgen für einen Wandel in der Art und Weise der Kommunikation. Auch durch diesen Prozess der Veränderung initiiert, greift die Logik der Medien auf immer mehr Teilbereiche der Gesellschaft, auch die der Politik, über und verändert deren Strukturen. Unter dem Begriff Medialisierung oder alternativ Mediatisierung wird dieser Strukturwandel in der Wissenschaft intensiv diskutiert. (vgl. Raupp,

2009: 267) In Hinsicht dieser tiefgreifenden Veränderungen lohnt sich ein genauer Blick auf das Spannungsverhältnis zwischen der Politik und den Massenmedien.

Am konkreten Fallbeispiel der Kommunikation über die Verhandlungen des Transatlantischen Handelsabkommens, in Folge kurz TTIP genannt, soll die Frage des gegenseitigen Einflusses der Massenmedien und Politik in Österreich diskutiert werden. Die Verhandlungen über TTIP eignen sich deshalb so ideal für die Analyse des Verhältnisses zwischen Medien und Politik, da es sich um ein hoch komplexes, als auch anfangs relativ unbelastetes Thema handelte. Während sich die meisten Menschen bei einem Thema wie beispielsweise Migration bereits eine feste Meinung gebildet haben, war TTIP zu Beginn der Verhandlungen ein relativ unbeschriebenes Blatt. Dank der Vielschichtigkeit, die ein so weitreichender Handelsvertrag bietet, sind auch unzählige von Perspektiven möglich und kommunizierbar.

Das Hauptthema dieser Arbeit ist das Spannungsverhältnis zwischen Politik und Medien. Der Fokus liegt dabei auf dem Einfluss der Medien auf die Politik. Jedoch sollte der Einfluss aus beiden Richtungen analysiert werden, da nur so eine Aussage über die Struktur der Beziehung sinnvoll erscheint.

Die forschungsleitenden Fragen lauten daher:

In welche Richtung ist der Einfluss auf die Kommunikation über TTIP größer? Haben die Medien einen größeren Einfluss auf die Politik oder umgekehrt?

Folgende Unterfragen wurden aus der forschungsleitenden Frage abgeleitet:

- **Werden Themen der Medien von der Politik übernommen?**
- **Werden von der Politik aufgeworfene Themen von den Medien übernommen?**
- **Werden Symbole oder Frames der Medien wie z.B. das Chlorhühnchen in die politische Debatte im Nationalrat aufgenommen?**
- **Werden Symbole oder Frames aus der politischen Kommunikation im Nationalrat in den Medien aufgenommen?**

Macht und Einfluss von Institutionen sind in einer lebendigen Gesellschaft nicht einzementiert. Nach den Veränderungen dieser zu fragen und einen möglichen Wandel zu hinterfragen ist eine Kernaufgabe der Sozialwissenschaften. Mit dieser Arbeit soll die Beziehung zwischen Medien und Politik in Österreich, wenn auch nur in einem sehr speziellen und kleinen Rahmen, analysiert werden.

Um sich der Antwort dieser Fragen anzunähern, soll die Kommunikation der österreichischen Medien über TTIP ausgewertet und mit der Kommunikation über TTIP im Nationalrat verglichen werden. Der gegenseitige Einfluss wird im empirischen Abschnitt daher

in Bezug auf die zeitliche Komponente hin diskutiert. Im Fokus steht dabei die Frage, wer hat welche Themen, Frames, Schlagwörter / Metaphern und Beispiele zuerst aufgeworfen und welche Akteure haben diese im Anschluss in ihre Kommunikation aufgenommen. Da es aus forschungstechnischen Gründen nicht möglich ist, die ganze österreichische Medienlandschaft zu untersuchen, begrenzt sich die Beurteilung über die TTIP-Berichterstattungen auf drei österreichische Tageszeitungen, welche in dieser Forschungsarbeit die Medien repräsentieren. Aufgrund ihrer Bedeutung in der österreichischen Medienlandschaft wurde die „Boulevardzeitung“ „Kronen Zeitung“ ausgewählt, welche mit einer Reichweite von 34,3 % (Stand 2013) zum Start der TTIP Verhandlungen die auflagenstärkste Tageszeitung Österreichs war. Das „Mid-Paper“ „Kurier“ hatte mit 7,6 % (Stand 2013) die zweithöchste Reichweite der in ganz Österreich publizierten kostenpflichtigen Tageszeitungen. Wie der Name „Mid-Paper“ andeutet, wird der Kurier weder als „Boulevardzeitung“ noch als „Qualitätszeitung“ eingestuft, sondern ist eine Mischform, die Elemente von beiden Ausprägungen enthält. Zuletzt soll auch „Der Standard“ als sogenannte „Qualitätszeitung“ genauer unter die Lupe genommen werden. Mit einer Reichweite von 5,5 % (Stand 2013) rangierte Der Standard gemessen an der Reichweite auf dem dritten Platz der in ganz Österreich publizierten kostenpflichtigen Tageszeitungen. (vgl. Media-Analysen, 2013)

Die Kronen Zeitung fand früh ihre Haltung zu TTIP und startete mit dem Slogan „STOPP dem US-Freihandelsabkommen“ eine Kampagne. Ob die Berichterstattung der mit Abstand reichweitenstärksten Tageszeitung Österreichs einen Einfluss auf die Politik hatte, ist eine Kernfrage dieser Arbeit.

Der Untersuchungszeitraum beschränkt sich auf den Zeitraum zwischen dem offiziellen Start der Verhandlungen über TTIP, dem 17. Juni 2013, und endet mit dem 30. September 2014. Für diese Arbeit ist es essentiell, von Beginn der Verhandlungen an die Diskussion zu verfolgen, um so den zeitlichen Verlauf der Kommunikation über TTIP in den oben genannten Printmedien und in der Diskussion im Nationalrat lückenlos zu untersuchen.

2 Erkenntnisinteresse

In dieser Magisterarbeit soll an einem konkreten Fallbeispiel der Frage nachgegangen werden, welchen Einfluss in Österreich die Massenmedien auf die Politik bzw. die Politik auf die Massenmedien ausüben. Aufgekommen ist die Fragestellung, inwieweit die Massenmedien in der Debatte über TTIP auch als politische Akteure auftreten, während des Bundespräsidentenwahlkampfes in Österreich. Alexander Van der Bellen, ehemaliger Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Wien, veröffentlichte im September 2015 ein Buch mit dem Titel „Die Kunst der Freiheit“, in dem er unter anderem klar zu dem Thema TTIP Stellung bezog.

„Bezüglich der geplanten, breit diskutierten Freihandelsabkommen TTIP und CETA zwischen der EU und den USA bzw. Kanada bin ich als Volkswirt nicht so nervös wie viele andere. Freihandel ist ökonomisch sinnvoll; gehandelt wird zwischen den USA und der EU jetzt auch, und wenn es in Zukunft unter sichereren Rahmenbedingungen erfolgt, umso besser. Die üblichen Fragen wie Kennzeichnungspflichten, Standards usw. sind zu verhandeln und werden sich lösen lassen. Der tatsächliche Knackpunkt sind die begleitenden Investitionsschutzabkommen. Denn natürlich muss ein Unternehmen, das vom Staat de facto enteignet wird, entschädigt werden. Wäre das durch die Volksabstimmung 1978 gescheiterte Atomkraftwerk in Zwentendorf von einer privaten Firma errichtet worden, hätte es Schadensersatz geben müssen. Zwischen einer De-facto-Enteignung und einer weniger gravierenden Veränderung der Rahmenbedingungen gibt es aber riesige Graubereiche. Ich glaube nicht, dass eine neue Gerichtsbarkeit im Handel zwischen der EU und den USA nötig sein wird, um diese Probleme zu lösen – in diesem Punkt haben die TTIP-Kritiker absolut recht. Private Schiedsgerichte entziehen sich auf eine gefährliche Art und Weise der öffentlichen Kontrolle.“ (Van der Bellen, 2015: 108-109)

Im Vorfeld des Wahlkampfes sprach er sich eher für das umstrittene Handelsabkommen mit den USA aus. Einzig die Schiedsgerichte sind ihm ein Dorn im Auge. Er bezeichnet den Freihandel als „ökonomisch sinnvoll“ und glaubt, dass sich die Fragen über Kennzeichnungspflicht und verschiedene Standards lösen lassen. Im darauffolgenden Absatz verdeutlicht Van der Bellen seinen Standpunkt gegenüber dem Freihandel (vgl. Van der Bellen, 2015: 109):

„Seit dem Beginn der weltweiten Finanzkrise 2008 scheinen der Freihandel von Gütern, aber auch die freie Bewegung von Arbeit und Kapital imagemäßig in der Defensive zu sein. Sicher braucht das alles Regeln, aber die Vorteile großer Entscheidungsfreiheit für Produzenten wie Konsumenten liegen doch auf der Hand. Vor lauter Alarmschlägen wird man allzu leicht taub und blind für die langfristige Perspektive. Besonders ausgeprägt scheint das in der EU zu sein.“ (Van der Bellen, 2015: 109)

Ob für ihn auch die Medien beim „lauten Alarmschlägen“ beteiligt sind, lässt sich nur vermuten. Er warnte jedenfalls davor, aus teilweise unbegründeten Sorgen falsche Entscheidungen zu treffen. (vgl. Van der Bellen, 2015: 109)

Etwas über ein Jahr und einen harten Wahlkampf mit einigen TV-Duellen und Medienkampagnen später änderte der ehemalige Grünen-Politiker seine Meinung. Am 27. April 2016 legte er in einem Radioduell mit Norbert Hofer überraschenderweise eine Kehrtwende hin. Alexander Van der Bellen stimmte Norbert Hofer im OE1-Radioduell Klartext beim Thema TTIP zu: „Bei TTIP sind wir übrigens der gleichen Meinung.“ (Van der Bellen,

2016: 40. Minute) Auf die Nachfrage des Moderators, ob er TTIP auch nach einer Volksabstimmung nicht unterschreiben würde, antwortete er deutlich: „Ich würde es gar nicht unterschreiben, dann erübrigt sich die Volksabstimmung.“ (Van der Bellen, 2016: 40. Minute)

Warum hat der erfahrene Politiker und renommierte Wirtschaftswissenschaftler während des Wahlkampfes seine alte Position - eingeschränkt pro TTIP - aufgegeben und ist auf die Seite der kompromisslosen TTIP-Gegner gewechselt? War es der Druck der Medien, der ihn bewogen hat TTIP komplett abzulehnen?

Auch eine Aussage des Vizekanzlers und Wirtschaftsministers Reinhold Mitterlehner stellt die Frage nach dem Einfluss der Medien auf die Politik beim Thema TTIP in den Raum. „Eine sachliche Auseinandersetzung sei aufgrund der Emotionalisierung nicht mehr möglich, meinte der österreichische Wirtschaftsminister.“ (Der Standard, 2016) Mit Hilfe einer chronologischen Analyse soll der Frage nachgegangen werden, welche Akteure die Richtung der Debatte geprägt haben.

3 Die Verhandlungen über TTIP

Die Verhandlungen über die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ - abgekürzt aus dem Englischen „TTIP“ – polarisierten wie bei noch keinem Freihandelsabkommen zuvor. Die Anfänge für das ambitionierte Abkommen, dass das Leben von über 750 Millionen Menschen, damit 12 % der Weltbevölkerung, vereinfachen und verbessern soll, liegen bereits Jahrzehnte zurück. (vgl. Mann, 2014)

3.1 TTIP – Der lange Weg zu den Verhandlungen

Die Idee eines groß angelegten Handelsabkommens zwischen den beiden Wirtschaftsmächten USA und EU entsprang bereits in den 90er Jahren mit der Absicht, die Märkte zusammenzuführen. Damals lautete die Abkürzung noch „TAFTA“ (Transatlantic Free Trade Agreement). Mit der „Transatlantic Declaration“ wurden 1990 bilaterale Beziehungen institutionalisiert, um in Wirtschafts- und Sicherheitsfragen enger zu kooperieren. Das damalige Scheitern des Handelsabkommens wird auf das mangelnde Interesse der EU Mitgliedsstaaten und die Sorge der Europäischen Kommission, eine solche vertiefte Partnerschaft mit den USA würde zu dieser Zeit die Identität der EU schwächen, zurückgeführt. Seitdem wurde immer wieder über eine Handelspartnerschaft diskutiert, bis schließlich 2013 die Verhandlungen über TTIP starteten. (vgl. De Ville / Siles-Brügge / Schmidt, 2016: 18f)

3.2 Beziehungen zu den USA

Bevor das Handelsabkommen betrachtet wird, soll auszugsweise die ambivalente Beziehung der Österreicher zu den USA angesprochen werden. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges hatte die Siegermacht USA einen erheblichen Anteil an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Da die Wirtschaft in Europa nicht an Fahrt aufnehmen wollte, entwickelten die USA einen Plan für den Wiederaufbau des alten Kontinents. Das European Recovery Programm, besser bekannt als „Marshallplan“, wurde deshalb ins Leben gerufen. Österreich war eines der Länder, das am meisten von der Zuwendung der Amerikaner profitierte. Zwischen 1948 und 1953 wurde die österreichische Wirtschaft mit rund einer Milliarde Dollar unterstützt. Zirka 90 % der Auslandshilfe kamen aus den USA. (vgl. Österreichische Mediathek, o.J.) Die finanziellen Zuwendungen der Amerikaner nach dem zweiten Weltkrieg gründeten das Fundament des heutigen Wohlstandes der Alpenrepublik.

Wirtschaftlich hat die USA noch immer eine hohe Relevanz für die Bürger in Österreich. Nur in zwei Länder exportierte Österreich mehr Waren als nach Amerika. Über sieben

Milliarden Euro erwirtschafteten österreichische Unternehmer 2012 mit dem transatlantischen Handel. Die Wirtschaftsbeziehung mit dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten sichert damit wichtige Arbeitsplätze. Auch die amerikanischen Waren sind im Inland sehr gefragt. Waren von etwas über 4,3 Milliarden Euro wurden 2012 aus den USA importiert, darunter Marken und Produkte, welche viele Österreicher täglich begleiten wie beispielsweise Apples iPhone, Levis Jeans oder Sportartikel von Nike. (vgl. Wirtschaftskammer Österreich, 2014)

Auch die Alltagskultur der Österreicher ist stark von den USA beeinflusst. In der Musik stürmen amerikanische Künstler die Charts. Von den zehn beliebtesten Songs in Österreich 2013 stammten sechs aus den Vereinigten Staaten. (vgl. Austriancharts, 2013) Bei den Filmen ist die Dominanz der amerikanischen Kulturexporte noch deutlicher. Die erfolgreichsten Filme an den österreichischen Kinokassen 2013 wurden bis auf zwei alle in den USA produziert. (vgl. Hillebrand, 2013) Somit haben Hollywood und die amerikanische Musikszene einen großen Anteil am kulturellen Leben vieler Österreicher.

Trotzdem zeigte sich bei einer 2018 durchgeführten CNN Umfrage, also fünf Jahre nach dem Beginn der TTIP-Verhandlungen, eine breite Abneigung der Österreicher gegenüber den USA. 49,5 % der Österreicher hatten eine negative Meinung gegenüber Amerika. Damit war die Abneigung der Österreicher gegenüber den USA nur leicht geringer als beispielsweise gegenüber Saudi-Arabien (54,4 %). Russland, das unter anderem wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim für Schlagzeilen sorgte, standen nur 33,6 % der Österreicher negativ gegenüber. Nur 17,5 % der befragten Österreicher hatten ein positives Bild von den USA. Für die Umfrage wurden 7.000 Personen aus sieben verschiedenen Ländern befragt. (vgl. Kurier, 2018) Eine 2015 durchgeführte Gallup-Umfrage zeichnete ein ähnliches Stimmungsbild. 60 % der Österreicher lehnten die US-Politik ab. 2013, also in dem Jahr, in dem die Verhandlungen über TTIP starteten, waren es sogar 62 %. Nur in zwei der 30 befragten Länder, nämlich Russland und Weißrussland, wurde die US-Politik mit noch mehr Skepsis beäugt. (vgl. Streithammer, 2016) Universitätsprofessor Andrei S. Markovits schließt bei dem Beispiel des Ukraine-Konflikts auf eine antiamerikanische Einstellung der Österreicher, die sich der Ratio entzieht: „Egal, was die USA machen, es ist immer verkehrt. Die Liberalen werfen den USA vor, der Ukraine zu wenig zu helfen. Linke wie Rechte unterstellen den USA zugleich, imperialistisch das friedliebende Russland zu bedrohen“. (Streithammer, 2016) Es ist eine interessante Frage, ob die Verhandlungen um TTIP die Ressentiments geschürt haben oder sie tiefer liegen. Auch Reiter (2011) verortet einen Antiamerikanismus in Teilen der österreichischen Bevölkerung: "Während es auf der rechten Seite viele tief sitzende Ressentiments gegen die Sieger des zweiten Weltkriegs gibt, kann die linke Seite auf eine lange Tradition antiimperialistischer und antikapitalistischer Amerikakritik zurückgreifen." (Schiefer, 2011) Womöglich hatte die Finanzkrise 2008, die von der geplatzten Immobilienblase in den USA Fahrt auf Europa aufgenommen hatte, auch einen Einfluss auf

die breite Ablehnung gegenüber dem transatlantischen Verbündeten. Auch die Globalisierung, für welche die USA wie kein zweites Land steht, wurde in diesem Zusammenhang oft genannt. Eine rationale Erklärung, warum die USA aber in Umfragen schlechter oder ähnlich schlecht abschnitten wie totalitäre Systeme, kann nicht gegeben werden. Die Verhandlungen über TTIP fallen also unabhängig von dem Abkommen selbst in eine schwierige Gemengelage. Ablehnung und Misstrauen bestimmten den Blick der Österreicher auf den transatlantischen Verhandlungspartner.

3.3 Die EU als Verhandlungspartner der USA

Verhandlungspartner der USA um das Freihandelsabkommen TTIP war nicht direkt Österreich sondern die EU. Das Mandat für die Verhandlungen für die 28 EU-Mitgliedsstaaten trug die Europäische Kommission. Neben dem Rat der Europäischen Union und dem Parlament ist die Europäische Kommission ein zentrales Organ der EU. Die supranationale Institution ist für die Exekutive zuständig, in etwa vergleichbar mit einer Regierung. Die Zuständigkeit für Gesetzesvorschläge fällt auf EU-Ebene allein der Kommission zu. Die für diese Arbeit wohl bedeutendste Rolle der Kommission ist die Vertretung der EU auf internationalem Parkett. Vor allem im Bereich der Handelspolitik vertritt die Europäische Kommission alle EU Länder und besitzt das Verhandlungsmandat für internationale Verträge der EU. Die Kommission besteht aus 28 Mitgliedern, welche aus den 28 Mitgliedstaaten entsendet werden. Jedes Mitglied ist für einen bestimmten Bereich verantwortlich. (vgl. Europäische Union, 2019) Die Verhandlungen über TTIP auf Seiten der EU fielen in das Hoheitsgebiet der damaligen Handelskommissarin Cecilia Malmström aus Schweden. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019c) Auch Österreich hatte mit Johannes Hahn einen Repräsentanten in der Europäischen Kommission. (vgl. Europäische Kommission, 2019)

Seit 1. Jänner 1995 ist Österreich offiziell Mitglied der Europäischen Union. Die österreichischen Bürger wurden im Vorfeld des Beitritts in den Prozess mit eingebunden und konnten sich dank einer Volksabstimmung frei für die Bindung an die europäische Gemeinschaft entscheiden. Knapp 66 % der Wähler stimmten im Juni 1994 für den EU-Beitritt. Mit der EU-Mitgliedschaft wurden zahlreiche Kompetenzen, die vormals in den Aufgabenbereich der nationalen Politik gefallen sind, an die Europäische Union abgetreten. Darunter fallen beispielsweise weite Bereiche der Wirtschaftspolitik. Mit dem Subsidiaritätsprinzip wurde eine Struktur verankert, die sicherstellen soll, dass nur diejenigen Entscheidungen auf Ebene der Europäischen Union getroffen werden, welche nicht besser auf nationalstaatlicher oder regionaler Ebene entschieden werden können. (vgl. Republik Österreich, 2018b) Ein so weitreichendes Handelsabkommen wie TTIP, welches die

Interessen aller EU-Mitglieder berücksichtigen muss, fällt daher in die Kompetenzen der Europäischen Union, welche die exklusive Zuständigkeit über die Handelspolitik der Gemeinschaft innehat. (vgl. Maurer, Internationale Abkommen) Allerdings könnte bei TTIP auch der österreichische Nationalrat am Ende des Verhandlungsprozesses eine Entscheidungsbefugnis haben, da es sich höchstwahrscheinlich um ein sogenanntes „gemischtes Abkommen“ handelt.

„Ein gemischtes Abkommen liegt immer dann vor, wenn sowohl die Europäische Gemeinschaft als auch ihre Mitgliedstaaten als Parteien an einem völkerrechtlichen Vertrag mit einem oder mehreren dritten Völkerrechtssubjekten beteiligt sind.“ (Kaiser, 2009: 35)

Da bei TTIP auch Bereiche verhandelt wurden, welche nicht in das alleinige Hoheitsgebiet der EU fielen, wie beispielsweise der Investitionsschutz, wurde von einigen Nationalstaaten wie Österreich und Deutschland gefordert, es als gemischtes Abkommen einzustufen. Wäre das der Fall, müsste das Freihandelsabkommen vor einem vollständigen Inkrafttreten von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Neben den juristischen und politischen Überlegungen bei der Frage der nationalen Zuständigkeiten, argumentieren beispielsweise Österreich und Deutschland, würde eine Abstimmung in den Parlamenten der Nationalstaaten die Akzeptanz des Abkommens erhöhen. Eine endgültige Entscheidung über die Einstufung des Transatlantischen Handelsabkommens stand am Ende des Analysezeitraumes nicht fest. Somit konnten weder Politiker, Bürger oder Medien sicher sein, ob TTIP bei erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen der Zustimmung des Nationalrates bedürfe. (vgl. Mildner / von Ungar, 2016)

Bevor die öffentlich kommunizierten Themen der Verhandlungen im Analysezeitraum nachgezeichnet werden, soll noch kurz auf das Verhältnis der Österreicher zur Europäischen Union eingegangen werden.

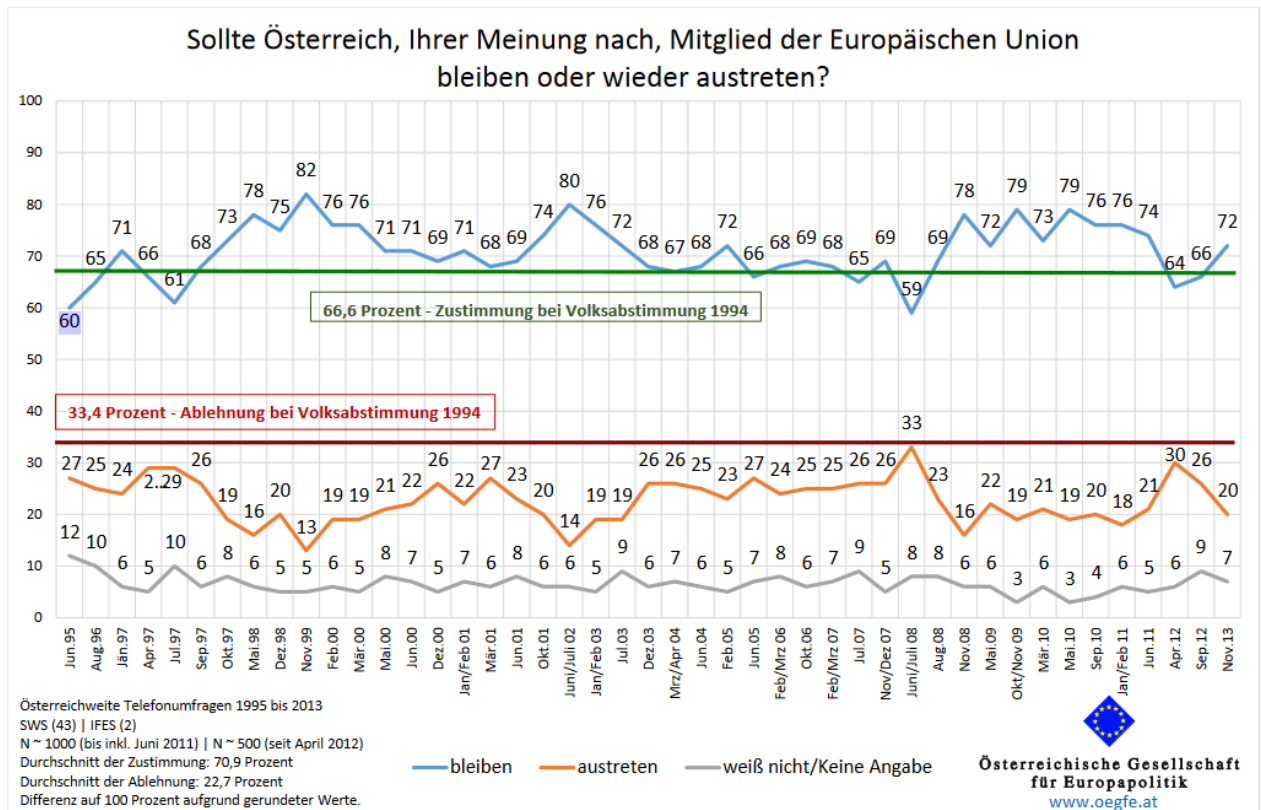


Abb. 1: Meinungsumfrage über EU-Mitgliedschaft

(Quelle: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, 2013: 1)

Die „Europäische Gesellschaft für Europapolitik“ führt seit dem Jahr des EU-Beitritts Österreichs regelmäßig eine Umfrage über die Stimmung der Österreicher bezüglich der EU-Mitgliedschaft durch. Bis November 2013 sprachen sich konstant über 60 % der gefragten Österreicher für einen Verbleib aus. Nur einmal, Mitte 2008, sank der Wert leicht unter 60 % (59 %). Im Durchschnitt lag die Zustimmungsrate bei 70,9 %, während die Ablehnung der Europäischen Union durchschnittlich bei nur 22,7 % lag. Der letzte erhobene Zustimmungswert vor dem Start der TTIP-Verhandlungen im September 2012 betrug 66 %. Damit war er fast identisch mit dem Wert der Volksabstimmung zum EU-Beitritt von 1994. 26 % der Österreicher würden zu dem Zeitpunkt die EU am liebsten verlassen. Auch in Zeiten großer Herausforderungen wie der Euro-Krise standen die Österreicher zu dem ambitionierten Projekt der Europäischen Gemeinschaft. (vgl. APA-OTS, 2012) Allerdings zeigte eine Studie von November 2014, also gegen Ende des Analysezeitraumes, detaillierter, wie ambivalent das Verhältnis der Österreicher zur EU ist. Mit 57 % gaben nur etwas über die Hälfte der Befragten an, dass rückwirkend die Entscheidung pro EU-Beitritt richtig war. 36 % würden die Entscheidung im Nachhinein anders treffen. Die befragten Bürger schätzten vor allen die wirtschaftlichen Vorteile (85 % Zustimmung) und den friedensstiftenden Charakter (69 % Zustimmung) der europäischen Gemeinschaft. Für 93 % war die EU zu kompliziert und 59 %

gaben an, die EU wäre zu „fern“, also nicht nahbar. Die letzten beiden Werte sind deshalb interessant, da sie Politikern und Medien Raum geben, diese Einstellung für ihr Anliegen zu nützen. Andererseits stellt sich natürlich die Frage, inwieweit die Verhandlungen über das Handelsabkommen selbst diese Werte beeinflusst haben. Da leider keine Vergleichswerte vorliegen, kann dieser Frage nicht näher nachgegangen werden. Die Umfrage beinhaltet noch weitere interessante Datensätze bezüglich der Verhandlungen über TTIP. Breite Zustimmung (86 %) fand die Einschätzung, dass die Europäische Union den großen Konzernen Vorteile verschafft habe. Nachteile auf Grund der EU-Mitgliedschaft sahen die Befragten bei den Landwirten (56 %) sowie bei den Klein- und Mittelständischen Unternehmen (58 %). Sowohl die Landwirtschaft als auch der Mittelstand standen im Fokus der TTIP-Debatte, wie die weitere Ausführung noch detaillierter veranschaulichen wird. 40 % artikulierten ihre Sorge über den Verlust ihrer österreichischen Identität. Ebenfalls haftete der Europäischen Union der Ruf an, kleine landwirtschaftliche Betriebe zu gefährden (78 %). Die Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft durchgeführt und ist repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren. (vgl. Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, 2014) Angst vor Identitätsverlust, Veränderungen der kleingliedrigen Strukturen in der Landwirtschaft sowie Benachteiligung der Klein- und Mittelgroßen Betriebe (abgekürzt KMUs) finden sich auch in der Debatte über TTIP wieder, wie später noch dargestellt wird.

3.4 TTIP – Das ambitionierte Freihandelsabkommen

Das 18-seitige Mandat, welches der Europäischen Kommission als Grundlage für die TTIP-Verhandlungen diente, war in 46 Punkte gegliedert. Es umfasste die Art und den Geltungsbereich des Abkommens, eine Präambel, Ziele, die durch das Abkommen erreicht werden sollten, sowie einen institutionellen Rahmen, in dem das Abkommen ausgehandelt werden sollte. Unter den Zielen waren auch Schutzmaßnahmen und Einschränkungen enthalten, also der schriftlich festgelegte Auftrag, gewisse Standards zu erhalten. (vgl. Rat der Europäischen Union, 2014: 2ff)

In dem am 17. Juni 2013 finalisierten Verhandlungsmandat des Rates der Europäischen Union wurde der Geltungsbereich des Abkommens klar abgesteckt. TTIP umfasste ausschließlich Bestimmungen, welche den Handel und handelsrelevante Bereiche betrafen. Das ambitionierte Abkommen sollte sowohl den Handel mit Waren und Dienstleistungen liberalisieren als auch Regeln für den gemeinsamen Handel schaffen. Das Handelsabkommen setzte sich aus drei Hauptkomponenten zusammen: Marktzugang, Regulierungsfragen und nichttarifäre Handelshemmnisse sowie Regeln. Bei einem positiven Abschluss der Verhandlungen wären die im Abkommen festgelegten Pflichten für alle staatlichen Institutionen bindend. (vgl. Rat der Europäischen Union, 2014: 2ff)

Es wurden in dem Mandat auch mehrere Ziele festgelegt, die nach Abschluss der Verhandlungen erreicht werden sollten. Eine Ausweitung des Handels und der Investitionen zwischen der EU und den USA wurde angestrebt, um das Potenzial des transatlantischen Handels voll auszuschöpfen. Durch einen verbesserten Marktzugang sowie Angleichung der Regularien sollten neue Arbeitsplätze geschaffen und Wachstum gefördert werden. Um dies zu erreichen, sollten so gut wie alle Zölle zwischen der EU und den USA beseitigt werden. Die Konzepte der Ursprungsregeln beider Länder sollten soweit angeglichen werden, sodass der Handel vereinfacht vonstattengehen könnte, aber trotzdem die Interessen der Hersteller gewahrt blieben. Der wirtschaftliche Aufschwung dürfe nicht auf Kosten der Standards des Umwelt-, Verbraucher-, Arbeits- und Gesundheitsschutzes erzielt werden. Die kulturelle Integrität der Mitgliedsstaaten der Union müssen ebenfalls gewahrt bleiben. Das Abkommen sollte laut dem Wunsch der EU auch ein Hintertürchen für Schutzmaßnahmen bereithalten, nach welchem jede der beiden Parteien mit dem Entzug von Vorteilen reagieren könnte, sollte ein Wirtschaftszweig besonders durch den freien Warenverkehr betroffen sein. Der Dienstleistungssektor sollte stark dereguliert werden, damit durch den Wegfall bestehender Handelshemmnisse der Marktzugang für den jeweiligen Vertragspartner wesentlich erleichtert würde. Auch die Anerkennung von Berufsqualifikationen wurde in der Zielsetzung genannt. Die öffentliche Versorgung der EU-Länder sollte auch nach Abschluss des Abkommens gewahrt bleiben. Besonders große Aufmerksamkeit bekam der Investitionsschutz innerhalb des Verhandlungsmandats. Einerseits wurde der höchstmögliche Rechtsschutz für Investoren gefordert, auf der anderen Seite wurde das Ziel verfolgt, das Recht sowohl der Europäischen Union als auch der 28 Mitgliedsstaaten bei legitimen Gemeinwohlzielen nicht anzutasten. Ein weiterer wichtiger Schritt sollte mit dem Abkommen bei dem Abbau von nicht notwendigen Handels- und Investitionshemmnissen gemacht werden. Darunter fielen auch nichttarifäre Handelshemmnisse, also Regeln, die nicht den Zoll betreffen, aber den Marktzugang erschweren. Im Rahmen des Abkommens sollten deshalb unterschiedliche technische Vorschriften und Normen der beiden Vertragspartner aneinander angepasst werden. Das geistige Eigentum sollte im Rahmen des Abkommens noch stärker geschützt werden. Strafrechtliche Sanktionen wurden innerhalb des Abkommens jedoch komplett ausgeklammert. Auch der nachhaltigen Entwicklung wurde in dem Verhandlungsmandat Rechnung getragen. Maßnahmen, welche die Förderung von umweltfreundlichen, energie- und ressourceneffizienten sowie CO₂-armen Gütern unterstützten, sollten berücksichtigt werden. Die Ziele für kleine und mittelgroße Unternehmen blieben im Ungefähren. (vgl. Rat der Europäischen Union, 2014: 4ff)

Neben den aufgezählten Punkten enthielt das Mandat noch zusätzliche Themen und detailliertere Ziele für die Verhandlungen mit den USA. Zu den erwünschten Vorteilen durch den Freihandel mit den USA wurde in dem Mandat auch stark der Schutz und Erhalt von

wesentlichen Standards betont. Eine ähnliche Übersicht über die Ziele der Vereinigten Staaten von Amerika ist leider nicht öffentlich zugänglich. Somit kann nicht beurteilt werden, welche Zielkonflikte zwischen der EU und den USA bestanden. Ebenfalls kann nicht abgeschätzt werden, welche Ziele die Verhandler der EU eher bereit waren zu opfern und welche Forderungen eine rote Linie darstellten.

3.5 TTIP – Das umstrittene Handelsabkommen

Ziemlich bald nach dem Start der Verhandlungen entbrannte eine hitzige Debatte über das Für und Wider des transatlantischen Handelsabkommens. TTIP polarisierte wie kaum ein Handelsabkommen zuvor. Für die einen gefährdete TTIP die Demokratie, für die anderen war es die einzige Möglichkeit den Wohlstand Österreichs auch in Zukunft zu sichern. (De Ville / Siles-Brügge / Schmidt, 2016: 45) Im folgenden Abschnitt sollen einige Argumente aus der EU, aus der Fachliteratur, von Seiten ausgewählter NGOs und von Wirtschaftsvertretern gegenübergestellt werden. Ziel ist es nicht, das Handelsabkommen zu bewerten, sondern die Komplexität von TTIP aufzuzeigen, mit welcher der Nationalrat und die österreichischen Medien konfrontiert wurden.

Die Europäische Union versprach sich durch das Handelsabkommen mit den USA einen starken Impuls für das Wirtschaftswachstum sowohl für den amerikanischen als auch für den europäischen Raum. Zusätzlich sollten durch die Liberalisierung des Handels zwischen den beiden Blöcken zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die EU untermauerte ihre Prognose mit einer Studie vom Centre for Economic Policy Research, welche den jährlichen wirtschaftlichen Mehrwert für die EU durch das Abkommen auf bis zu 119 Mrd. EUR bezifferte, sobald alle Kriterien vollständig umgesetzt wären. Dieses Ergebnis beruhte auf der Kalkulation, dass durch den Wegfall aller relevanten Handelshemmnisse der Export in die USA um 28 % zunehmen würde. Dies hätte laut Studie einen direkten Einfluss auf das Haushaltseinkommen der EU-Bürger. 545 Euro hätte eine vierköpfige Familie jährlich im Durchschnitt mehr zur Verfügung. (vgl. European Commission, 2013b) Auch die Analyse des WIFO-Instituts ging von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs bei einem Abschluss der transatlantischen Handelspartnerschaft aus. (WIFO, 2016: 1) Der Studie nach würden die für Österreich äußerst wichtigen Branchen Fahrzeugindustrie, Pharmaindustrie, chemische Industrie sowie der Maschinenbau durch TTIP einen positiven Impuls erhalten. Das bilaterale Handelsvolumen würde mit der Handelspartnerschaft insgesamt stark ansteigen. (vgl. WIFO, 2016: 104) In eine andere Richtung wies die Studie von Capaldo (2014). Diese ging von einem Rückgang des BIP für Frankreich und Deutschland aus, sollte das Handelsabkommen ratifiziert werden. 500.000 Arbeitsplätze würden dabei EU-weit verloren gehen. (WIFO, 2016: 2) Die NGO Attac befürchtete Nachteile für die kleinen und mittleren

Unternehmen. (Attac Österreich, 2015: 20) Welche Modelle die Zukunft mit TTIP besser vorhersagen, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht bewertet werden. Es reicht aus festzuhalten, dass die Themen Wirtschaftswachstum und Schaffung neuer Arbeitsplätze durch TTIP unter den Wissenschaftlern umstritten waren.

Schwerer als die Bedenken um die wirtschaftlichen Entwicklungen wog die Sorge, TTIP würde die demokratischen Strukturen in den europäischen Ländern nachhaltig negativ verändern. De Ville, Siles-Brügge und Schmidt (2016) befürchteten eine „Ökonomisierung von Regierungspolitik“ und damit den Kompetenzverlust der politischen Klasse auf Kosten wirtschaftlicher Akteure. (vgl. De Ville / Siles-Brügge / Schmidt, 2016: 89) Der britische Politologe Colin Crouch (2014) brachte den Begriff „postdemokratisch“ mit TTIP in Verbindung. In dieser Theorie wird die Macht der Wirtschaftslobbyisten betont und die Regierung auf politische Inszenierungen reduziert. (vgl. Crouch, 2014) Der Imperativ des Marktes steuert die politischen Entscheidungen und nicht mehr die Politik die Ökonomie. (vgl. De Ville / Siles-Brügge / Schmidt, 2016: 89) Die NGO Attac warf der EU vor, mit TTIP die Demokratie zu privatisieren und durch das Handelsabkommen auf Kosten der Bürger den großen Konzernen mehr Einfluss auf politische Entscheidungen zu verschaffen. (vgl. Attac Österreich, 2013a) Die Europäische Union wies diese Vorwürfe zurück und versprach stattdessen, dass die Regierungen durch TTIP ihre Regulierungskompetenzen in der globalen Welt stärken. (vgl. Europäische Kommission, 2015: 7) Ob die Europäische Union mit TTIP einen Schritt in Richtung Demokratie-Abbau unternähme oder sich im Gegenteil mit dem Abkommen zukünftige politische Entscheidungsfreiheiten sichere, ist umstritten.

Gegner des Handelsabkommens befürchteten durch private Schiedsgerichte, welche bei Streitfragen zwischen Staaten und Unternehmen entscheiden dürfen, einen Verlust der Politautonomie. Die Urteilsfindung könne so außerhalb der rechtsstaatlichen Grundsätze des jeweiligen Landes erfolgen. (vgl. Paul Welfens, 2017: 18) Aus Angst vor Schadensersatzklagen könnten Staaten vor Entscheidungen zurückschrecken, die sie für das Gemeinwohl ansonsten getroffen hätten. Beispielsweise wurde Deutschland wegen der vorzeitigen Abschaffung der Atomkraft von dem schwedischen Energiekonzern Vattenfall vor einem Schiedsgericht in Washington verklagt. (vgl. Vattenfall, 2016) Solche Milliardenklagen könnten vor allem finanziell angeschlagene Staaten aus Angst vor riesigen finanziellen Sanktionen abschrecken, demokratische Entscheidungen zu treffen. „Die Schiedsgerichtsbarkeit hat vor allem im (internationalen) Handelsverkehr große Bedeutung.“ (Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, 2019) Es gab aber auch starke Fürsprecher für Schiedsgerichte. Diese böten ausländischen Investoren durch völkerrechtlichen Schutz die Sicherheit, nicht diskriminiert oder ohne Entschädigung enteignet zu werden. Außerdem seien vorhandene Investorenschutzverträge vor allem für sehr hohe Investitionen eine wichtige Entscheidungsgrundlage für Unternehmen. Die Bereitschaft,

Kapital in einem Gaststaat einzusetzen, belebe die Wirtschaft und schaffe Arbeitsplätze. Willkürlichem Verwaltungshandeln werde so ein Riegel vorgeschoben. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019b) Schiedsgerichte sind keine Erfindung der TTIP-Verhandlung. „Weltweit gibt es ungefähr 3.000 bilaterale und multilaterale Investitionsförderungs- und -schutzverträge (Investitionsschutzverträge).“ (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019b) Schiedsgerichte berufen sich auf Verträge, welche die Vertragspartner im Vorhinein geschlossen haben. Gegner von Schiedsgerichten befürchteten so ein „Festzurren“ des Status Quo, da die Schiedsgerichte dadurch den zukünftigen Handelsspielraum einschränken. (vgl. Rahmann, 2015) Die Ansichten der Bürger verändern sich mit der Zeit. War die Atomkraft noch vor wenigen Jahrzehnten ein Zeichen für technischen Fortschritt, wird sie heute von großen Teilen der Bevölkerung als Risiko wahrgenommen. Durch den starken Gegenwind unter anderem durch Kampagnen der NGOs und Medien entschloss sich die EU dazu, die Verhandlungen über den Investitionsschutz auszusetzen. (vgl. De Ville / Siles-Brügge / Schmidt, 2016: 106) Sowohl die Befürworter als auch die Gegner von Schiedsgerichten hatten Argumente auf ihrer Seite. In einer globalen Welt ist der Schutz des Kapitals vor unfairer Behandlung ein nachvollziehbarer Wunsch. Schlagwörter wie z.B. „America first“, welche vom 2016 zum US-Präsidenten gewählten Donald Trump verwendet werden, verunsichern ausländische Firmen bei Investitionen in Amerika und zeigen, wie wichtig eine übergeordnete Instanz sein kann. (vgl. Welt, 2017) Auf der anderen Seite ist die nationale Gerichtsbarkeit eine elementare demokratische Institution. Das Thema Investitionsschutz ist daher hochkomplex und gleichzeitig von enormer Wichtigkeit für eine immer globaler werdende Welt.

TTIP sollte die Standards der EU und der USA angleichen, sodass der Warenhandel zwischen den beiden Ländern ohne größere Schwierigkeiten erfolgen könnte. Befürworter des Handelsabkommens erhofften sich dabei zusätzlich einen positiven Effekt auf nicht beteiligte Staaten. Sollte es gelingen, im Zuge von TTIP hohe Standards festzulegen, ist es plausibel anzunehmen, dass sich auch Drittländer bei künftigen Abkommen daran orientieren würden, um den Handel mit den beiden Wirtschaftsmächten zu intensivieren. (vgl. Kühnel, 2017: 43) Für Gegner des Handelsabkommens ist die Übernahme mancher amerikanischen Standards eine Horrorvorstellung. In Europa gilt das Vorsorgeprinzip, welches besagt, „[...] dass Produkte und Verfahren schon bei bloßem Verdacht auf mögliche Schäden für Mensch und/oder Umwelt verboten werden.“ (Greenpeace, o.J.) Die USA setzen auf das sogenannte Nachsorgeprinzip. Die Zulassung neuer Produkte erfolgt wesentlich einfacher. Allerdings müssen Unternehmen in den USA enorme Schadensersatzsummen an Betroffene zahlen, wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass das Produkt Schäden hervorruft. (vgl. Ziegler / Stürzenhofecker, 2016) TTIP-Gegner befürchteten, dass sich bei dem Abkommen die negativen Aspekte der beiden Philosophien durchsetzen würden. Neue Produkte müssten laut

dieser Vorstellung niedrigere Hürden als bisher in Europa überwinden, um Marktreife zu erlangen, und gleichzeitig müssten die Unternehmen keine so hohen Strafen wie in den USA fürchten. (vgl. Greenpeace, 2016: 1) Im Fokus der Kritik standen amerikanische Lebensmittelstandards. Mit eingängigen Schlagwörtern wie Hormonfleisch, Chlorhühnchen oder Genfleisch artikulierten TTIP-Gegner ihre Ablehnung und setzten geschickt auf abschreckende Bilder. (vgl. Attac Österreich, 2013a) Die EU konterte diesen Vorwürfen mit einer Broschüre, in der sie versuchten, die Vorwürfe zu entkräften. Die hohen EU-Standards seien nicht verhandelbar. Bei TTIP ging es laut EU allein um die Angleichung gleichwertiger Standards. In dem Informationsblatt wurde zusätzlich versichert, dass auch in Zukunft die Staaten die Möglichkeit besäßen, neue Gesetze mit noch höheren Standards zu beschließen. Das Vorsorgeprinzip würde auch bei einer Ratifizierung des Abkommens nicht angetastet. (vgl. Europäische Kommission, 2015: 4) Dieses Versprechen bezog sich auch speziell auf den Bereich der Lebensmittel. TTIP würde die EU-Staaten nicht zwingen, genetisch veränderte Lebensmittel oder hormonbehandeltes Fleisch einzuführen. Dagegen würde TTIP den Import und Export der Lebensmittel vereinfachen, bei welchen Einverständnis über die Lebensmittelsicherheit herrsche. (vgl. Europäische Kommission, 2015: 5) Mit dem Thema Lebensmittelsicherheit traf die Stopp-TTIP Kampagne der Kronen Zeitung einen Nerv der Bevölkerung. Die Sorge, sich selbst oder seine Kinder gefährlichen und/oder ekelerregenden Lebensmittel auszusetzen, schaffte eine starke Abwehrhaltung der Bevölkerung. Durch strategische Neologismen gelang es den Gegnern so ihre Überzeugung emotional an den Mann zu bringen. Die EU setzte dagegen auf Aufklärung durch Richtigstellungen und Gegenargumente. Es kann nicht abgeschätzt werden, inwieweit die EU bereit gewesen wäre, sich in den Verhandlungen von ihren Versprechungen zu lösen. Da die USA anders als die EU ihr Verhandlungsmandat nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt hat, kann nur spekuliert werden, ob sie auf die Anerkennung ihrer Lebensmittelstandards im Rahmen von TTIP drängten.

Ein weiterer Kritikpunkt bei den Verhandlungen des transatlantischen Handelsabkommens war der Vorwurf der fehlenden Transparenz. Die Europäische Union argumentierte zu Beginn der Verhandlungen, das Verhandlungsmandat aus strategischen Gründen unter Verschluss zu halten. (vgl. European Commission, 2013a) Der wachsende Druck aus der Bevölkerung veranlasste den damaligen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker am 25. November 2014 einen Richtungswechsel in Sachen Transparenz einzuschlagen. (vgl. European Commission, 2014c) Bis dahin war es beispielsweise nur einem Bruchteil der 751 EU-Abgeordneten erlaubt, in den Leseräumen TTIP-Dokumente zu studieren. Die privilegierten EU-Parlamentarier bekamen in den Leseräumen nicht alle Dokumente zu Gesicht, sondern mussten sich mit konsolidierten Texten, welche den Stand der Verhandlungen dokumentierten, sowie den Positionspapieren der EU zufriedengeben. (vgl. Bode / Scheytt:

2015²: 38ff) Im Rahmen der „Transparenz-Initiative“ wurden das Verhandlungsmandat und weitere Dokumente auf der Online-Seite der EU veröffentlicht. Auch ein Lobbyistenverzeichnis war seitdem einsehbar. (vgl. European Commission, 2014c) Diese Verhandlungsführung verursachte ein hohes Maß an Misstrauen. Auch in der Analyse des österreichischen WIFO Instituts, das dem Abkommen ansonsten positiv gegenüberstand, wurde die Geheimhaltung der Verhandlungen thematisiert. „Aufgrund der Vertraulichkeit der Verhandlungen sind nur wenige verlässliche Informationen zu den konkreten Inhalten des angestrebten Abkommens verfügbar, wenngleich die Europäische Kommission seit einiger Zeit bemüht ist, durch eine Internetseite mehr Transparenz herzustellen.“ (WIFO, 2016: 1) Attac kritisierte die intransparente Verhandlungsführung scharf und warf der EU vor, sich vor allem mit Lobbyisten der großen Wirtschaftsunternehmen abzustimmen, während die Öffentlichkeit sowie die nationalen Parlamente nur rudimentär in die Verhandlungen eingebunden werden. (vgl. Attac Österreich, 2013b) Die Europäische Union bezog gegen die Vorwürfe der Intransparenz Stellung und betonte den regelmäßigen Austausch mit allen Stakeholdern wie Bürger, Wirtschaftsvertreter, Umwelt- und Gesundheitsorganisationen. Sie argumentierte vor allem mit den Maßnahmen, welche im Rahmen der „Transparenz-Initiative“ gesetzt wurden. (Europäische Kommission, 2015: 13) Es kann konstatiert werden, dass in der Zeit der Analyse, also vor der „Transparenz-Initiative“ der EU, die Einsicht in die Verhandlungen für den durchschnittlichen Bürger nur sehr oberflächlich gegeben war.

3.6 Eingeschränkte Informationen für Nationalrat und Medien

Alle EU-Mitgliedsländer waren bei der Erstellung des Mandatsentwurfs, der am 17. Juni 2013 abgesegnet wurde, beteiligt und konnten sich dadurch im Vorhinein in die Verhandlungen einbringen. Auf Drängen unter anderem von Deutschland wurde das Dokument von der EU-Kommission am 9. Oktober 2014 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019a) Vorher wurde der Zugang zu dem Mandatsentwurf auf wenige Personen beschränkt:

„Dieses Dokument enthält als RESTREINT UE/EU RESTRICTED eingestufte Informationen, deren unbefugte Weitergabe für die Interessen der Europäischen Union oder eines oder mehrerer ihrer Mitgliedstaaten nachteilig sein könnte. Alle Adressaten werden daher ersucht, dieses Dokument mit der besonderen Sorgfalt zu behandeln, die gemäß den Sicherheitsvorschriften des Rates für als RESTREINT UE/EU RESTRICTED eingestufte Dokumente erforderlich ist.“ (Rat der Europäischen Union, 2014: 1)

Über Presseaussendungen wurde die Öffentlichkeit über den Verlauf der Verhandlungen informiert. Den Mitgliedern des Europäischen Parlaments wurde die Möglichkeit geboten, vertraulich eingestufte Unterlagen in einem extra dafür eingerichteten Leseraum einzusehen, allerdings durften sie nicht öffentlich darüber sprechen. (vgl. Europäische Kommission, 2015) Diese, den EU-Parlamentariern zustehende, Möglichkeit der Einsicht in die Verhandlungen

hatten die österreichischen Abgeordneten lange Zeit nicht. Begründet wurde das Zurückhalten von Informationen auf Seiten der EU mit verhandlungstaktischen Überlegungen:

„Das Mandat für die Verhandlungen, die im Rahmen der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft geführt werden (THIP-Verhandlungen) gilt nach wie vor als Verschlussache. Dies ist nötig, damit die Interessen der EU und die Aussichten auf ein zufriedenstellendes Ergebnis gewahrt bleiben. Niemand legt seine Karten von Anfang an offen auf den Tisch und gibt seinem Verhandlungspartner seine ganze Strategie preis.“ (European Commission, 2013a)

Am 25. November 2014, also knapp zwei Monate nach Forschungsende dieser Arbeit, versendete die Europäische Kommission eine Pressemitteilung mit der Botschaft, ihre Taktik in Hinsicht der Transparenz zu ändern. Dabei ging es um die „Transparenz der Kontakte“, also der außerpolitischen Gesprächspartner, welche auf das Abkommen Einfluss nahmen. Zusätzlich sollten die Verhandlungen im Gesamten transparenter und offener gestaltet werden. Die Schaffung von verbindlichen Lobbyisten-Register wurde festgelegt. (vgl. European Commission, 2014c) Vier Maßnahmen der Kommission für mehr Transparenz wurden im Zuge der Presseaussendung kommuniziert:

- *„die Veröffentlichung von mehr Verhandlungstexten, die die Kommission den Mitgliedstaaten und dem Parlament bereits zugänglich macht;*
- *Zugang zu TTIP-Texten für alle Abgeordneten des Europäischen Parlaments, nicht nur für einige wenige, durch Öffnung eines ‚Lesesaals‘ für diejenigen Abgeordneten, die bisher keinen Zugang zu vertraulichen Dokumenten hatten;*
- *die Einstufung von weniger TTIP-Verhandlungsdokumenten als ‚EU restricted‘; damit werden sie für Abgeordnete auch außerhalb des Lesesaals leichter zugänglich;*
- *regelmäßige Veröffentlichung und Aktualisierung einer öffentlich zugänglichen Liste der TTIP-Dokumente gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und dem Rat.“ (European Commission, 2014c)*

Im Rahmen der Transparenz-Offensive hatte die Europäische Union leicht verständliche, meist zweiseitige Faktenblätter der Verhandlungen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, welche die einzelnen Kapitel des Abkommens erläuterten. Ebenfalls wurden die Verhandlungstexte der Europäischen Union bezüglich der Regelungen und rechtlichen Fragen online gestellt. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2016)

Hintergrund der Anpassung der Strategie bezüglich der Transparenz war die Sorge, den Rückhalt der EU-Bürger zu verlieren. Der damalige Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker wurde in der Presseaussendung mit diesen Worten zitiert:

„Wir können die bestmögliche Arbeit leisten, aber sie taugt nichts, wenn wir die Unterstützung und das Vertrauen der Menschen, für die wir arbeiten, nicht gewinnen können. Wir müssen transparenter sein, weil wir nämlich nichts zu verbergen haben. Lassen Sie uns zeigen, dass wir es dieses Mal wirklich ernst meinen und dass wir zusammen in der Lage sind, Europa tatsächlich zu verändern und zu erneuern.“ (European Commission, 2014c)

Allerdings wurde erst weit nach dem Analysezeitraum dieser Arbeit, am 1. Februar 2016, den Abgeordneten des österreichischen Nationalrates durch Druck von Österreich sowie anderen EU-Mitgliedsstaaten ein Leseraum im Wirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt. Erst zu diesem Zeitpunkt konnten die Parlamentarier die konsolidierte Fassung des

Vertragswerkes einsehen und sich genauer über die Verhandlungen über TTIP informieren. (vgl. Republik Österreich, 2016a) Die damalige Nationalratspräsidentin Doris Bures kommentierte die Entscheidung des Europäischen Parlamentes folgendermaßen:

„Österreich hat gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedsstaaten erfolgreich Druck auf die EU-Kommission und die USA ausgeübt, um Abgeordneten die Teilhabe am TTIP-Verhandlungsprozess zu ermöglichen. Als Nationalratspräsidentin ging es mir dabei nicht primär um eine inhaltliche Bewertung des TTIP-Abkommens. Wir haben deutlich gemacht, dass es an den nationalen Parlamenten und ihren Abgeordneten vorbei keinen Abschluss des Handelsabkommens geben kann.“ (Republik Österreich, 2016a)

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der EU und der USA konnte der Leseraum nicht wie von österreichischen Abgeordneten gewünscht im Parlament sondern im Wirtschaftsministerium eingerichtet werden. (vgl. Republik Österreich, 2016b)

Bis zur Transparenz-Offensive der Europäischen Kommission erhielten österreichische Medien sowie Abgeordnete des Nationalrates nur oberflächliche Informationen aus offizieller Quelle. Nicht einmal das Mandat über die Verhandlungen war für die Akteure in dem Untersuchungszeitraum offiziell zugänglich.

3.7 Die kommunizierten Themen der Verhandlungsrunden

Im Folgenden sollen die Themen, welche in den TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA behandelt und nach außen kommuniziert wurden, skizziert werden. Damit soll ein Überblick geschaffen werden, wann welche Themenblöcke spätestens für die Politiker des Nationalrates sowie für die Medien zugänglich waren. Für die chronologische Darstellung der kommunizierten Verhandlungsinhalte wird auf die Pressemitteilungen der Europäischen Union zu den Verhandlungsrunden zurückgegriffen. Da nicht mehr alle Pressemitteilungen abrufbar sind, werden die Lücken mit den Veröffentlichungen des offiziellen Büros des Präsidenten der USA ergänzt. Dadurch variiert die Tiefe der Darstellung der verschiedenen Verhandlungsrunden.

3.7.1 Start der Verhandlungen

Am 17. Juni 2013 verkündeten der damalige EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zusammen mit dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama den Start der Verhandlungen über das Transatlantische Handelsabkommen TTIP im Rahmen des G8 Gipfels am Lough Erne in Nordirland. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019c)

3.7.2 Erste Verhandlungsrunde

Die erste Verhandlungsrunde fiel auf den 8. Juli 2013. Die für die Verhandlung zuständigen Delegierten tauschten sich in Washington D.C. vor allem über formale Fragen aus. So standen neben den Inhalten der Verhandlungen die Zeitplanung und Verfahrensfragen im Vordergrund. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019c) Die Grundlage der ersten Verhandlungsrunde bildeten die Stellungnahmen relevanter Interessensträger. Darüber hinaus trafen sich während der ersten Verhandlungsrunde die Unterhändler mit Interessensträgern des universitären Bereichs, der NGOs, der Gewerkschaften sowie des Privatsektors, um sich mit ihnen über die Verhandlungspositionen auszutauschen. (vgl. European Commission: 2013b)

Folgende Themen wurden von der EU und den USA nach der ersten Verhandlungsrunde kommuniziert:

- Marktzugang für Agrarprodukte und Industrieerzeugnisse
- Vergabe öffentlicher Aufträge
- Investitionsregeln
- Energie und Rohstoffe
- Regulierungsfragen
- Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen
- Grenzüberschreitende Dienstleistungen
- Rechte des geistigen Eigentums
- Nachhaltige Entwicklung
- Kleine und mittlere Unternehmen
- Streitbeilegung
- Wettbewerb
- Zoll / Handels erleichterung
- Staatseigene Unternehmen
- Textilien
- Herkunftsbezeichnungen
- Gesundheits- und Umweltschutz
- Telekommunikation
- Arbeitsrechtliche Bestimmungen (vgl. European Commission, 2013b; vgl. Office of the United States Trade Representative, 2013a)

3.7.3 Zweite Verhandlungsrunde

Die zweite Verhandlungsrunde fand auf europäischem Boden statt. Zwischen dem 11. und 15. November 2013 knüpften die Delegierten an die erste Verhandlungsrunde an, erörterten verschiedene Themenbereiche und loteten die gegenseitigen Standpunkte aus. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019c; vgl. European Commission, 2013c) Zusätzlich zu den Sitzungen in Brüssel wurden mittels einer Videokonferenz verschiedene Verhandlungsinhalte abgehandelt. (vgl. European Commission, 2013c)

Folgende Themen wurden von der EU und den USA nach der zweiten Verhandlungsrunde kommuniziert:

- Wirtschaftswachstum
- Arbeitsplätze
- Verbraucherschutz
- Investitionsregeln
- Energie und Rohstoffen
- Regulierungskohärenz
- Technische Handelshemmnisse
- Öffentliches Auftragswesen
- Pflanzengesundheit und Hygiene
- Rechte des geistigen Eigentums
- Wettbewerbspolitik
- Kleine und mittlere Unternehmen
- Zölle
- Nachhaltige Entwicklung
- Arbeitnehmer- und Umweltfragen
- Regulierung von Finanzdienstleistungen
- Telekommunikationsdienstleistungen
- Medizinprodukte
- Kosmetika
- Arzneimittel
- Chemikalien
- Pestizide
- Kraftfahrzeuge (vgl. European Commission, 2013c)

3.7.4 Dritte Verhandlungsrunde

Für die dritte Verhandlungsrunde reisten die EU-Verhandler wieder in die USA. In der amerikanischen Hauptstadt Washington D.C. wurden zwischen dem 16. und 20. Dezember 2013 die Gespräche zu fast allen, in den vorigen Verhandlungsrunden genannten Themen vertieft. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019c)

Folgende Themen wurden laut dem Büro des Präsidenten der USA intensiv in der dritten Verhandlungsrunde behandelt:

- Dienstleistungen
- Öffentliches Beschaffungswesen
- Energie und Rohstoffe
- Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen
- Rechte des geistigen Eigentums
- Arbeits- und Handelsfragen
- Textilien
- Kleine und mittlere Unternehmen
- Regulierungskohärenz
- Verbraucher- und Lebensmittelsicherheit
- Innovation
- Landwirtschaft
- Marktzugang
- Wettbewerb
- Investitionsregeln
- Umwelt
- Technische Handelshemmnisse (vgl. Office of the United States Trade Representative, 2013b)

3.7.5 Vierte Verhandlungsrunde

Zwischen dem 10. und 14. März 2014 wurden die Verhandlungen über TTIP in Brüssel fortgesetzt. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019c) In der vierten Verhandlungsrunde wurden laut EU stetige Fortschritte in den drei Verhandlungsbereichen Marktzugang, Regulierung und Regeln erzielt. Im Fokus der Verhandlungsrunde standen die kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) und ihre Chancen durch TTIP. Bei einem Treffen mit verschiedenen Interessensgruppen tauschten sich die Verhandler mit Vertretern aus Umweltschutzorganisationen, der Privatwirtschaft, der Gewerkschaft und dem Verbraucherschutz aus. (vgl. European Commission, 2014b)

Folgende Themen wurden von der EU und den USA nach der vierten Verhandlungsrunde kommuniziert:

- Kleine und mittlere Unternehmen
- Arbeitsplätze
- Wirtschaftswachstum
- Zölle
- Dienstleistungen
- Öffentliches Beschaffungswesen
- Regulierungskohärenz
- Technische Handelshemmnisse
- Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen
- Arzneimittel
- Kosmetika
- Medizinprodukte
- Kraftfahrzeuge
- Chemikalien
- Umwelt
- Energie und Rohstoffe
- Rechte des geistigen Eigentums (vgl. European Commission, 2014b; vgl. Office of the United States Trade Representative, 2014a)

3.7.6 Fünfte Verhandlungsrunde

Für die fünfte Verhandlungsrunde über das Handelsabkommen TTIP trafen sich die Delegierten zwischen dem 19. und 23. Mai 2014 in Arlington, USA. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019c) Im Rahmen dieser Verhandlungsrunde konnten sich 300 interessierte Bürger im Rahmen eines öffentlichen Forums über TTIP informieren und Gespräche mit den Verhandlungsführern aus der EU und den USA führen. (vgl. Office of the United States Trade Representative, 2014b) Schiedsgerichte wurden von den offiziellen Verhandlungen der fünften Verhandlungsrunde ausgeklammert, da sich die EU bei dieser heiklen Thematik noch eine Frist zur Beratung ausgebeten hatte. Allerdings wurden die Schiedsgerichte in dem „Stakeholder Forum“ sehr wohl thematisiert. Im Rahmen des Forums versicherten die Verantwortlichen der Verhandlungen, dass es keine EU-Zulassung von Hormonfleisch im Rahmen des Handelsabkommens geben würde. Auch bei den Zulassungsbedingungen und der Kennzeichnungspflicht von genetisch veränderten Organismen würden die europäischen Standards nicht angetastet. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2014)

Folgende Themen wurden von dem Deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und den USA nach der fünften Verhandlungsrunde kommuniziert:

- Technische Handelshemmnisse
- Chemikalien
- Arzneimittel
- Medizinprodukte
- Kraftfahrzeuge
- Maschinenbau
- Zölle
- Marktzugang
- Kleine und mittlere Unternehmen
- Hygienevorschriften
- Landwirtschaft
- Investitionsregeln
- Rechte des geistigen Eigentums
- Arbeitsbedingungen
- Dienstleistungen
- Innovationen
- Herkunftsbezeichnungen
- Hormonfleisch
- Genetisch veränderte Lebensmittel (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2014; vgl. Office of the United States Trade Representative, 2014b)

3.7.7 Sechste Verhandlungsrunde

Die sechste und letzte Verhandlungsrunde im Analysezeitraum fand wieder in Europa statt. Zwischen dem 14. und 18. Juli 2014 trafen sich die Verhandler beider Seiten in Brüssel, um die Verhandlungen voran zu bringen. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019c)

Folgende Themen wurden von den USA nach der sechsten Verhandlungsrunde kommuniziert:

- Öffnung der Märkte
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Wirtschaftswachstum
- Wettbewerbsfähigkeit
- Gesundheit und Sicherheit (vgl. Office of the United States Trade Representative, 2014c)

4 Medien – Eingrenzung eines vielschichten Begriffs

Das Wort Medium kommt ursprünglich aus dem Lateinischen (medium) und bedeutet in seiner Form als Adjektiv (medius) übersetzt so viel wie „in der Mitte von“ oder „vermittelnd“. Das Wort wird heute in unterschiedlichsten Zusammenhängen verwendet. So bezeichnet das Wort Medium im Okkultismus eine zwischen Diesseits und Jenseits vermittelnde Person, in der Naturwissenschaft den Träger physikalischer Prozesse oder in einem Steakhouse eine Garstufe des Fleisches. (vgl. Mock, 2006: 185) Der Terminus findet beispielsweise Anwendung in der Psychologie, Soziologie, Physik, Chemie, Geologie und natürlich in der Kommunikationswissenschaft. (vgl. Mock, 2006: 186f.) Da der Begriff „Medium“ - bzw. im Plural „Medien“ - in dieser Magisterarbeit eine bedeutende Rolle spielt, soll kurz darauf eingegangen werden, wie der Begriff auf den folgenden Seiten verwendet wird. Der Kommunikationswissenschaftler Pross (1972) konzentrierte sich in seiner Analyse auf die kommunikationswissenschaftliche Bedeutung und unternahm davon ausgehend den Versuch, den Begriff „Medium“ zu kategorisieren. In seiner Differenzierung unterschied er zwischen primären, sekundären und tertiären Medien. Entscheidend für die Einteilung ist die Frage, ob der Sender und/oder Empfänger ein technisches Gerät benötigt. (vgl. Pross, 1972: 10) Besonders interessant ist seine Feststellung: „Diese Gruppierung ist zugleich eine nach sozialen Distanzen, denn die Technik legt jeweils Abstände in sie hinein, die Arbeit, Kapital und Verfügungsgewalt in sich schließen.“ (Pross, 1972: 10) Die in dieser Arbeit im Fokus stehenden Printmedien zählt Pross zu den sekundären Medien, welche sich auf einen technischen Apparat auf der Produktionsseite beschränken. Tatsächlich benötigt es außerdem menschliche Arbeit und Kapital, um Druckerzeugnisse in einer großen Anzahl zu produzieren - ein wichtiges Kriterium, auf das im späteren Verlauf der Arbeit noch detaillierter eingegangen wird. Das benötigte Kapital muss dabei in einem historischen Zusammenhang betrachtet werden. Durch technische Innovationen – vom Buchdruck bis zur vollautomatischen Druckpresse – ist der Preis für die Verbreitung gesunken. Soziale Medien haben den Zugang zur Massenkommunikation noch einmal revolutioniert. Trifft man den Ton der Zeit, kann jeder Bürger privat einen riesigen Personenkreis erreichen. Auch andere Akteure wie Parteien, NGOs oder Künstler verfügen so über einen kostengünstigen und einfachen Zugang zum Publikum. Dies relativiert die Macht für Kommunikatoren, welche sich vorher dieses Privileg nur mit wenigen teilen mussten. Allerdings ist die kontinuierliche Kommunikation der Printmedien auch heute noch von großer Bedeutung, wie später noch dargestellt wird.

Als Sammelbegriff umschreibt das Wort „Medien“ in der Alltagssprache journalistische Unternehmen des Fernsehens, des Printsektors, aber immer öfter auch Kanäle, welche über das Internet erreichbar sind. Die sogenannten Sozialen Medien haben einen Sonderstatus, da jeder Bürger gleichzeitig die Doppelrolle des Kommunikators und des Rezipienten einnehmen kann. (vgl. Burkart, 2002: 39f) Spricht man in der Kommunikationswissenschaft von Medien,

bezieht man sich zumeist auf die Massenmedien, welche die Bürger in einer modernen Welt mit notwendigen Informationen versorgen. (vgl. Mock, 2006: 187) Saxer (1980) präzisiert diese Deutung des Begriffs. Nach ihm sind Medien „[...] komplexe institutionalisierte Systeme um organisierte Kommunikationskanäle von spezifischem Leistungsvermögen.“ (Saxer, 1980: 532) Mit dieser Definition wird auch der komplexen Organisationsstruktur der Medien Rechnung getragen. Nicht allein die technischen Voraussetzungen schaffen ein Medium, es muss auch zusätzlich von Menschen gelebt und institutionalisiert werden. Darüber hinaus haben sie laut dieser Definition ein „spezifisches Leistungsvermögen“, also die Möglichkeit Funktionen in der Gesellschaft wahrzunehmen, die sie erfüllen oder auch nicht erfüllen. (vgl. Saxer, 1980: 532) Diese angedeuteten Funktionen der Medien bzw. Massenmedien werden in einem späteren Kapitel noch genauer behandelt.

4.1 Massenmedien und die Konstruktion „der Wirklichkeit“

Massenmedien sind eng mit dem Begriff der Massenkommunikation verbunden. Massenkommunikation zeichnet sich dadurch aus, dass die zu vermittelnden Botschaften von einer oder wenigen Personen über ein Medium an einen großen Empfängerkreis gesendet werden. (vgl. Burkart, 2002: 168 nach Schulz, 1971: 93; vgl. Burkart, 2002: 170 nach Wright, 1963: 15) Der Kommunikationswissenschaftler Wright (1963) geht dabei noch genauer auf die Art der Rezipienten ein. Der Kommunikator vermittelt seine Sichtweise in der Massenkommunikation an einen anonymen, für ihn nicht vollständig greifbaren und heterogenen Personenkreis. (vgl. Burkart, 2002: 168 nach Wright, 1963: 11ff)

„Unter Massenkommunikation verstehen wir jene Form der Kommunikation, bei der Aussagen öffentlich durch technische Verbreitungsmittel indirekt und einseitig an ein disperses Publikum vermittelt werden.“ (Maletzke, 1963: 32)

Als Bindeglied zwischen Bürgern und Umwelt sind die Massenmedien in einer modernen, arbeitsteiligen und globalen Gesellschaft nicht wegzudenken. „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“ (Luhmann, 2017⁵: 9) Luhmann (2017) bringt mit diesem eingängigen Satz die essenzielle Rolle der Medien im Alltag eines jeden Bürgers auf den Punkt. Natürlich sind nicht allein die Massenmedien für das Weltbild eines jeden einzelnen verantwortlich, aber sie leisten einen bedeutenden Beitrag in der Konstruktion der wahrgenommenen Wirklichkeit.

„Es bedarf heute wohl kaum noch einer langen Begründung, daß [sic!] Massenmedien [...] für unsere Sozialisation, unsere Gefühle und Erfahrungen, unser Wissen, unsere Kommunikation, für Politik und Wirtschaft usw. eine entscheidende Rolle spielen: Sie sind zu Instrumenten der Wirklichkeitskonstruktion geworden.“ (Schmidt, 1994: 14)

Medien bilden dabei die Wirklichkeit nicht wie ein Fotoapparat für die Rezipienten ab, sondern schaffen durch ihre Selektion und Präsentation eine eigene „Medienwirklichkeit“, die den Mediennutzern bereitgestellt wird. Die Bürger können durch Rezeption der Medien diese

„Medienrealität“ in ihre Wirklichkeitskonstruktion einfließen lassen. (vgl. Schmidt, 1994: 16) „Medienangebote lassen sich aus vielen Gründen nicht als Abbilder von Wirklichkeit bestimmen, sondern als Angebot an kognitive und kommunikative Systeme, unter ihren jeweiligen Systembedingungen Wirklichkeitskonstruktion in Gang zu setzen.“ (vgl. Schmidt, 1994: 16) Es wird dabei nicht zwischen der „Medienwirklichkeit“ und der „echten Wirklichkeit“ unterschieden, sondern ein nicht unerheblicher Einfluss der „Medienwirklichkeit“ auf die „Erfahrungswirklichkeit“ des Individuums postuliert. (vgl. Schmidt, 1994: 17) „Wirklichkeit ist in einer von Massenmedien geprägten Gesellschaft also zunehmend das, was wir über Mediengebrauch als Wirklichkeit konstruieren, dann daran glauben und entsprechend handeln und kommunizieren.“ (Schmidt, 1994: 18) Medien haben in einer komplexer werdenden Welt, in der für wesentlich eigenstuft Ereignisse meist nicht direkt sondern vermittelt wahrgenommen werden können, einen erheblichen Einfluss auf die „Erfahrungswirklichkeit“ der Menschen. War es früher weniger entscheidend, wenn in China ein Streik ausbrach und die chinesische Warenproduktion teilweise lahmgelegt wurde, kann es heute für einen Aktionär in einer kleinen österreichischen Gemeinde ein finanzielles Horrorszenario darstellen. Umso globaler die Welt wird und umso weniger für wichtig erachtete Erfahrungen unvermittelt gemacht werden können, desto wichtiger werden die Medien für die Bevölkerung. Informationen über überkommunale Vorgänge in der Politik werden zum größten Teil medial rezipiert. Deshalb wird in dieser Arbeit angenommen, dass Medien auf die politische Wirklichkeitskonstruktion der Menschen einen erheblichen Einfluss ausüben. Den Medien fallen heutzutage enorm wichtige und verantwortungsvolle Aufgaben zu, welchen sie mehr oder weniger gerecht werden können.

4.2 Funktionen der Massenmedien

In diesem Abschnitt sollen die Funktionen, welche die Medien in einer demokratischen Gesellschaft erfüllen bzw. erfüllen sollen, genauer betrachtet werden. Zuerst soll festgelegt werden, was in dieser Arbeit unter Funktionen verstanden wird. Rhomberg (2009) liefert dafür eine geeignete Begriffsbestimmung. „Unter Funktionen verstehen wir jene Leistungen der Massenmedien, die diese für moderne Gesellschaften bzw. die Teilsysteme dieser Gesellschaften erfüllen“. (Rhomberg, 2009: 22). Dünser (1979) geht mit seiner Begriffsbestimmung in eine ähnliche Richtung: „Funktionen sind [...] grundsätzlich Leistungserwartungen, die aus normativen Grundannahmen abgeleitet sind.“ (Dünser, 1979: 31) Wichtig ist dabei der Begriff „Leistungserwartung“, da er den Grad der Erfüllung offenlässt. Massenmedien werden eine Vielzahl von Funktionen zugewiesen. Nicht alle sind auf den politischen Prozess gerichtet. Im Folgenden werden nur für die Arbeit relevante politische Funktionen der Massenmedien betrachtet. „Die politischen Funktionen meinen all jene

Leistungen der Massenmedien, welche diese im Hinblick auf die gesellschaftliche Umwelt als politisches System zu erbringen haben.“ (Burkart, 2002: 390) Es geht im Speziellen um die Aufgaben der Massenmedien in einer Demokratie. Da diese Funktionen nicht automatisch erfüllt werden, sondern von den Medien bzw. Journalisten gelebt werden müssen, werden die politischen Funktionen mit dem Rollenverständnis der österreichischen Journalisten in Verbindung gebracht. Es gibt unterschiedliche Benennungen und Kategorisierungen der zugeschriebenen Funktionen der Medien. Ziel ist es die zugewiesenen Aufgaben der Medien übersichtlich darzustellen, ohne Anspruch auf eine endgültige Kategorisierung zu erheben.

Eine äußerst wichtige Aufgabe der Medien ist das Vermitteln von politischen Inhalten. Eine Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Bürger genug Informationen erhalten, um sich eine politische Meinung zu bilden. Diese kann nur durch Massenmedien vorstattengehen, da in einem Land wie Österreich mit über acht Millionen Einwohnern der Weg über eine persönliche Kommunikation nicht denkbar wäre. Somit sind die Inhalte der täglichen Politik den direkten Erfahrungen der einzelnen Bürger zum Großteil entzogen. (vgl. Dünser, 1979: 28; vgl. Geißler, 1973: 6) Ohne Massenmedien hätten die meisten Bürger höchstwahrscheinlich nicht einmal Kenntnis von den Verhandlungen über TTIP gehabt - über genaue Inhalte des verhandelten Abkommens ganz zu schweigen.

„Wenn das Postulat einer möglichst umfassenden Teilnahme am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß [sic] realisierbar gemacht werden soll, müssen die komplexen politischen Verhältnisse vermittelt und überschaubar gemacht werden.“ (Dünser, 1979: 28)

Der Begriff „überschaubar“ weist auf eine weitere wichtige Aufgabe der Medien hin. Sie müssen die Komplexität reduzieren und den Bürgern Informationen liefern, welche die Bürger sowohl zeitlich als auch intellektuell verarbeiten können. Eine juristische Abhandlung des Investitionsschutzes bei TTIP gespickt mit zahlreichen Fachbegriffen würde die meisten Menschen überfordern und wahrscheinlich wenig zur Willensbildung der Bevölkerung beitragen. Damit ist stets die Schwierigkeit verbunden abzuschätzen, inwieweit eine Komplexitätsreduktion den Kern der Sache verfremdet und wieviel Komplexität den Bürgern zugemutet werden kann. Gerade beim Thema TTIP ist diese Frage äußerst schwierig zu beantworten. Vereinfachungen und Zuspitzungen verschaffen dem für die Gesellschaft bedeutenden Thema Aufmerksamkeit, welches ein so technisches Handelsabkommen normalerweise nicht bekommen würde. Auf der anderen Seite ist die Gefahr gegeben, dass sie die Diskussionen über TTIP zu sehr einengen und einen vielschichtigeren Blick auf die Verhandlungen verhindern. Durch die Emotionalisierung wird eine auf rationalen Argumenten beruhende Abwägung erschwert.

Medien schaffen also Öffentlichkeit für verschiedene politische Inhalte. Sie stellen einen Raum zur Verfügung, in dem sie der Bevölkerung von ihnen für relevant eingeschätzte und aufbereitete Informationen anbieten. (vgl. Burkart, 2002: 391 nach Ronneberger, 1974: 199) Die Juristen benennen diese Funktion meist als „öffentliche Aufgabe“. (Dünser, 1979: 28)

4.2.1 Informationsfunktion

Die Bereitstellung von relevanten Informationen für den Willensbildungsprozess ist wahrscheinlich die bedeutendste Funktion der Massenmedien in einer ausdifferenzierten und spezialisierten Gesellschaft. Für Dünser (1979) ist die Informationsfunktion „[...] Voraussetzung für das Funktionieren demokratischer Prozesse.“ (Dünser, 1979: 37) Pelinka (1976) geht noch einen Schritt weiter und bezeichnet „[...] die ‚grundsätzliche Durchschaubarkeit der politischen Prozesse‘ als Merkmal der Demokratie.“ (Dünser, 1979: 37; Pelinka, 1976: 135 nach Dünser, 1979: 37) Informationen beziehen sich dabei nicht nur auf bloßes Beschreiben des Geschehenen, sondern zusätzlich auf Gedanken, Wertvorstellungen und Absichten, also den vollen Umfang an Informationen, welche zum Verständnis des Politischen beitragen können. Dafür ist es wichtig, die Informationen in einen geeigneten Rahmen einzubetten, damit der Bürger diese aufnehmen kann. Es bringt wenig, wenn über TTIP berichtet werden würde, als ob jeder wüsste, welche Auswirkungen ein solches Handelsabkommen für Europa und Österreich haben könnte. Der Leser muss bei der Aufbereitung der Informationen mitgedacht werden, wenn die Funktion erfüllt werden soll.

Das Postulat der Vollständigkeit ist schwer zu greifen. Es bedeutet, nicht über alles im kleinsten Detail zu berichten, sondern vielmehr alle relevanten Inhalte in die Berichterstattung einfließen zu lassen. (vgl. Dünser, 1979: 37f) Da Journalisten nicht selten selbst keine Experten auf dem Fachgebiet sind, über das sie berichten, ist die Erfüllung bei besonders komplexen Themen wie TTIP äußerst schwierig und benötigt viel Zeit und Ressourcen. Die Knappheit der Informationen, welche den Journalisten in der Anfangszeit der Verhandlungen frei zugänglich zur Verfügung standen, machte eine ausgewogene Recherche noch zeitaufwändiger.

Entscheidend ist für die Erfüllung der Informationsfunktion ist neben dem Arbeitsumfeld des Journalisten sein Wille bzw. Rollenverständnis. Plasser und Lengauer (2010) befragten 2008, also fünf Jahre vor dem Analysezeitraum, in einer groß angelegten Studie 154 innenpolitische Journalisten in Österreich nach ihrem Rollenbild. Fast alle Journalisten (90 %) gaben an, dass es ihnen besonders wichtig wäre, den Bürgern alle relevanten Informationen zur politischen Entscheidungsfindung zur Verfügung zu stellen. Für 91 % der befragten Journalisten ist eine ausgewogene Berichterstattung das oberste Ziel. Solche Selbsteinschätzungen muss man mit Vorsicht beurteilen, da natürlich auch bei anonym angelegten Studien die Tendenz besteht, eine gewünschte Antwort anzugeben. Es ist anzunehmen, dass vor allem kritische Persönlichkeiten wie Journalisten sich nicht hundertprozentig auf die versicherte Anonymität verlassen. Interessanterweise unterscheidet sich die Selbstsicht der Journalisten signifikant von der Fremdsicht der Politiker auf die Journalisten. Nur 18 % der Politiker glaubten, dass es für Journalisten besonders wichtig wäre, die Bürger mit relevanten, politischen Informationen zu versorgen. Auch die Ausgewogenheit

in der Berichterstattung sei nach Meinung der Politiker nur ein unwesentlicher Treiber in der Alltagswelt der Journalisten. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 64) Auch hier muss beachtet werden, dass Politiker ihre Themen wahrscheinlich für besonders wichtig erachten und wenn diese in der Komplexitätsreduktion der Journalisten nicht berücksichtigt werden, besonders sensibel reagieren.

4.2.2 Kritik- und Kontrollfunktion

Wie bereits angesprochen, stellen Medien Öffentlichkeit für Themen her. Diesen Raum können sie selbst verwenden, um auf Missstände aufmerksam zu machen oder ihn anderen gesellschaftlichen Gruppen zur Verfügung stellen. In einer Demokratie werden für eine bestimmte Zeit Verantwortungen durch das Volk an Institutionen übertragen. (vgl. Dünser, 1979: 40) „Soweit die Verantwortlichkeit auf das Volk als Souverän rückgebunden ist, kann sie nur in der Öffentlichkeit, die auch durch die Massenmedien konstituiert wird, realisiert werden.“ (Dünser, 1979: 40) Massenmedien müssen den Bürgern also die Möglichkeit geben, wichtige Institutionen bewerten zu können. Damit stellt die Wahrnehmung der Kritik- und Kontrollfunktion eine elementare Aufgabe der politischen Medien dar.

Bei den Verhandlungen über TTIP ist es noch ein wenig komplexer. Da der Nationalrat bei den Verhandlungen kaum Befugnisse hatte, hatten die Medien die zusätzliche Aufgabe, die europäische Kommission zu kontrollieren und gegebenenfalls zu kritisieren.

Massenmedien werden auf Grund der Kritik- und Kontrollfunktion neben der Exekutive, Judikative und Legislative oft als „vierte Gewalt“ bezeichnet. Inwieweit sie ihre Funktion ausüben können, hängt vor allem von der Umwelt und den Akteuren selbst ab.

Wie wichtig den österreichischen Journalisten die Erfüllung dieser Funktion ihrer Selbsteinschätzung nach ist, zeigte die 2008 durchgeführte Studie von Plasser und Lengauer (2010). Journalisten zeigten sich auch bei der Kontrollfunktion einig. 94 % gaben an, dass es ihnen besonders wichtig wäre, die Aussagen der Politiker auf ihre Richtigkeit zu prüfen und die Politiker zu kontrollieren. Das Bestreben, als Kontrollinstitution zu agieren, scheint daher unter den Journalisten stark ausgeprägt zu sein. Die Fremdeinschätzung der Politiker kommt wieder zu einem ganz anderen Ergebnis. Nur 28 % der Politiker waren der Ansicht, dass den Journalisten ihre Kontrollfunktion besonders wichtig wäre. Die Mehrheit der Politiker sahen andere Handlungslogiken wie etwa die Publikation interessanter Nachrichten für ein breites Publikum (82 %), die Schnelligkeit der Informationsvermittlung (71 %) oder schlicht Unterhaltung (54 %) für viel entscheidender im Berufsleben der Journalisten. Bei der Fremdeinschätzung der Politiker überwogen also Aufmerksamkeit generierende Logiken, während Journalisten bei der Umfrage ihre demokratische Aufgabe hervorhoben. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 64)

4.3 Printmedien in Österreich

Damit Massenmedien oder - im Fall dieser Magisterarbeit – speziell die Printmedien den in den vorherigen Kapiteln genannten Aufgaben gerecht werden können, müssen neben dem Rollenverständnis der Journalisten auch die Rahmenbedingungen stimmen. In diesem Abschnitt soll vor allem anhand des Journalisten-Reports das Arbeitsumfeld der Journalisten in Österreich genauer betrachtet werden. Die Studie datiert aus dem Jahr 2007, also sechs Jahre vor Analysebeginn. Da sich die Medienwelt schnell verändert, werden die Ergebnisse soweit wie möglich mit Zahlen aus 2013 ergänzt.

Schlagwörter wie „Zeitungssterben“ und „digitales Zeitalter“ machen den Eindruck, der Einfluss der vormals mächtigen Tageszeitungen sei überholt. Tatsächlich sanken die Verkaufszahlen und die Reichweite der Tageszeitungen auch in Österreich. Betrug die kumulierte Nettoreichweite der Tageszeitungen in Österreich 2009 noch knapp 75 %, nahm sie innerhalb von vier Jahren um 4,2 % auf 71,8 % ab. Die Kronen Zeitung verlor in den Vergleichsjahren über 6 % an Reichweite. Mit 34,3 % konnte sie jedoch 2013 im Vergleich mit anderen Boulevardmedien wie der Bild Zeitung (12,2 % im Jahr 2013) eine enorm hohe Durchdringung des Lesermarktes aufbieten. Neben dem Rückgang der Zeitungsnutzer, machte der Kronen Zeitung die wachsende Konkurrenz der Gratisblätter Heute und Österreich zu schaffen. Der Kurier verlor gegenüber der gemessenen Reichweite von 2009 1,2 % und erreicht 2013 7,6 % der Bürger. Die Reichweite des Standards blieb nahezu gleich. Die Qualitätszeitung verlor 0,1 % an Reichweite und lag 2013 bei 5,5 %. (vgl. Statista, 2014; vgl. Media-Analysen, 2009; vgl. Media-Analysen, 2013)

Die analysierten Medien Der Standard, Kronen Zeitung und Kurier sind nicht allein im Printsektor aktiv, sondern haben ihren Einflussbereich ausgebaut. Alle drei verfügen über einen starken Online-Auftritt. Die Kronen Zeitung baut zusätzlich auf den audiovisuellen Bereich und hat mit Krone TV ein eigenes Streamingangebot.

Der Printsektor beschäftigte 2008 immer noch die meisten der 7.100 in Österreich tätigen Journalisten. 67 % der Journalisten fanden sich bei den verschiedenen Printprodukten wieder. Die zweitgrößte Journalistengruppe war im Radiosektor beschäftigt (17 %), gefolgt von den TV-Journalisten (10 %). Nur 4 % der Journalisten arbeiteten im Online-Bereich. Als Arbeitgeber hatten die Printmedien also noch immer einen sehr hohen Stellenwert in Österreich. (vgl. Kaltenbrunner u.a., 2007: 20f)

Printmedien können bei der Aktualität der Nachrichten nicht mit Onlinemedien oder dem Fernsehen mithalten, da sie durch ihr relativ starres, periodisches Erscheinen begrenzt werden. Ihre Rolle ist eher die des Hintergrund- denn des Erstberichterstatters. (vgl. Jun / Borucki / Reichard, 2013: 357) Printmedien bieten vertieften Einblick in die Materie. Besonders Tageszeitungen gelten als inhaltliche Basismedien. (vgl. Strohmeier, 2004: 28 nach Jun / Borucki / Reichard: 357) Nach dem Fernsehen sind Printmedien laut einer 2008

durchgeführten Studie nach wie vor die wichtigste Informationsquelle in Österreich. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010a: 26) Das Vertrauen in die österreichischen Printmedien war im internationalen Vergleich relativ hoch. 62 % der Österreicher gaben 2007 an, ihren Printmedien eher Vertrauen entgegen zu bringen. Der Vertrauenswert lag damit höher als in allen anderen EU-Ländern. Der EU-Durchschnitt lag bei gerade einmal 44 %. Deutsche Printmedien lagen mit einem Vertrauenswert von 47 % fast 15 Prozentpunkte hinter den österreichischen. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010a: 27) Im Vergleich zu anderen internationalen Medien schnitten die österreichischen Medien ebenfalls gut ab, auch wenn das Vertrauen der Bürger in sie der Studie nach rückläufig ist. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010a: 50) „Den Medien in Österreich wird jedenfalls mehr Vertrauen entgegengebracht als den wichtigsten politischen Institutionen wie Regierung und Parlament.“ (Plasser / Lengauer, 2010a: 50) Die Medien eignen sich daher besonders gut als vertrauensvoller Vermittler von politischen Botschaften. Inwieweit die Politik es schafft, ihre Kommunikation beim Thema TTIP in den Medien unterzubringen, wird die Studie am Ende der Arbeit zeigen.

Politiker nutzten in erster Linie die Printmedien, um sich über innenpolitische Ereignisse und Vorfälle zu informieren. 51 % der Politiker nannten bei einer 2008 durchgeführten Befragung den Standard und die Presse als wichtigste mediale Informationsquelle. Knapp nach der Nachrichtenagentur APA (32 %), nannten die Politiker die Kronen Zeitung (31 %) als für sie wichtigstes Leitmedium. Der Kurier (17 %) spielte bei den Politikern nur eine untergeordnete Rolle. Damit verliehen die Politiker sowohl dem Standard im Verbund mit der Presse als auch der Kronen Zeitung bei ihrer persönlichen Informationsbeschaffung eine höhere Relevanz als beispielsweise der ZiB-Sendungen des ORF (29 %). (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 84) Ob sich die Politiker in ihrer Kommunikation von ihrem Leitmedium beeinflussen ließen, soll im empirischen Abschnitt dieser Magisterarbeit untersucht werden.

Der Standard und die Presse wurden auch bei den Journalisten als Informationsquelle favorisiert. 63 % der 2008 befragten Meinungsmacher gaben an, die beiden Zeitungen als Leitmedium zu verwenden. Die Kronen Zeitung hatte bei den Journalisten im Gegensatz zu den Politikern kaum eine Relevanz als Informationsquelle. Nur 7 % gaben an, das reichweitenstärkste Blatt zur politischen Orientierung zu verwenden. Mit 22 % erzielte sogar der Kurier bei den Journalisten einen höheren Wert. Für die Magisterarbeit bedeuten diese Werte, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Kronen Zeitung einen direkten Einfluss auf die Meinungsbildung anderer Medien ausübt. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 84)

Auf die Informationsquellen der Bürger soll ebenfalls eingegangen werden, da davon ausgegangen werden kann, dass Politiker Medien umso wichtiger einschätzen, umso mehr sie als politisches Leitmedium für die Bürger dienen. Die wichtigste politische Informationsquelle der Rezipienten war laut Umfrage 2009 die Nachrichtensendung ZiB des ORF (55 %). Die Kronen Zeitung wurde von 37 % der befragten Bürger als wichtigste politische

Informationsquelle genannt und hatte damit einen erheblichen Einfluss auf die Meinungsbildung einer breiten Bevölkerungsschicht. Der Standard und die Presse hatten bei den Bürgern eine weitaus geringere Bedeutung als Leitmedium als bei den Journalisten und den Politikern (19 %). Auch der Kurier wurde nur von 14 % der Österreicher als wichtigste Informationsquelle genannt. Es kann also angenommen werden, dass die Politiker die Kronen Zeitung als entscheidende Informationsquelle der Bürger einschätzen und daher als äußerst relevantes Meinungsmedium betrachteten. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 84) „Offensichtlich haben Berichterstattung und redaktionelle Linie der Kronen Zeitung für Politiker eine bedeutsamere Orientierungs- und *Signalfunktion* [Hervorhebung im Original] als für Journalisten, die nur vereinzelt die Kronen Zeitung als berufliches Leitmedium bezeichnen.“ (Plasser / Lengauer, 2010b: 83)

4.3.1 Kleinstaat-Problematik

Medien in Österreich müssen aufgrund der relativ geringen Anzahl der möglichen Leserschaft und dadurch beschränkten Lesemarkt mit spezifischen Herausforderungen fertig werden. Österreichische Medien haben außerdem oft mit einer Ressourcenknappheit zu kämpfen. Neben dem geringen Massenpublikum schränken vor allem das oft begrenzte Kapital und wenige Arbeitskräfte mit Berufserfahrung die Medienunternehmen ein. Die geringe Marktgröße macht es schwieriger, eine ausreichende Nachfrage auf Konsumentenseite zu lukrieren. Da die Anzahl der Konsumenten sich wirtschaftlich nicht allein durch den Kauf der Tageszeitungen niederschlägt, sondern auch auf dem Werbemarkt eine wichtige Größe darstellt, ist dies ein doppelter Nachteil gegenüber dem Markt bevölkerungsreicherer Länder wie beispielsweise Deutschland. Eine große Redaktion und qualitativer Journalismus, der Zeit und fachkundiges Personal bedingt, ist so schwieriger umzusetzen. (vgl. Stolba, 1994: 83f)

4.3.2 Abhängigkeit von der Werbewirtschaft

Internationale Player verschärfen die Ressourcenknappheit noch weiter. Unternehmen wie Google oder Facebook schöpfen einen hohen Anteil des Werbebudgets der österreichischen Medien ab und treten am Werbemarkt in Konkurrenz mit heimischen Medien. Nimmt man die sinkenden Vertriebs Erlöse durch die Konkurrenz von Gratisangeboten sowohl auf dem Printmarkt als auch des Internets in der Betrachtung hinzu, kann eine Verschärfung der journalistischen Arbeitsmöglichkeiten angenommen werden. (vgl. Kaltenbrunner u.a., 2007: 28) Auch dadurch hat die Abhängigkeit von der Werbewirtschaft noch weiter zugenommen. In den 90er Jahren erwirtschaftete ein Medium üblicherweise über 50 % seines ökonomischen Gesamterfolges aus dem Einzel- und Aboverkauf. Dies kehrte sich laut der 2007 durchgeführten Studie in den letzten Jahren um. (vgl. Kaltenbrunner u.a., 2007: 31) „Medien müssen die Reichweite bringen, sie stellen das Publikum zur Verfügung – aber wer

wirbt, bringt das Geschäft.“ (Kaltenbrunner u.a., 2007: 31) Das Diktat der Aufmerksamkeit beherrscht also die Medienlogik.

Mit den kostenlosen Angeboten der Medienanbieter im Internet hat man zusätzlich eine Gratiskultur befeuert. Journalistische Arbeit wird im Netz meist kostenlos feilgeboten. Zwar stellen immer mehr Medien auch bei ihren Online-Angeboten auf kostenpflichtige Zugänge um, die Gratiskultur hat sich aber bereits in den Köpfen der Verbraucher kultiviert.

4.3.3 Medienkonzentration in Österreich

Die Kleinstaat-Problematik schlägt sich auch auf die Medienkonzentration nieder: „Der Grad der Verknüpfung in Eigentumsverhältnissen ist gleichermaßen am Sektor der Tageszeitungen wie der Magazine und Zeitschriften enorm.“ (Kaltenbrunner u.a., 2007: 35) Auch das Internet hat kaum eine Öffnung oder Pluralismus geschaffen. Die Medienkonzentration in Österreich hat auch für einheimische Journalisten Folgen: „Ist man an diesem Mega-Arbeitsplatz, bestehend aus den stärksten Tageszeitungen und den potentesten Magazinen, einmal unangenehm aufgefallen, bleibt einem nur, das Genre zu wechseln oder das Land zu verlassen“. (Thurnher, 2001: 23 nach Kaltenbrunner u.a., 2007: 36) Zugenommen hat das Problembewusstsein bezüglich der Verflechtung im österreichischen Mediensektor seit dem Einstieg der deutschen WAZ Gruppe bei der Kronen Zeitung und dem Kurier in den 80er Jahren. (vgl. Kaltenbrunner u.a., 2007: 35) Allerdings zeichnete sich diese Entwicklung bereits früher ab. Konnten 1925 die Österreicher noch zwischen 40 verschiedenen Zeitungen wählen, standen 2013 nur noch 14 relevante Tageszeitungen zur Verfügung. (vgl. Media-Analysen, 2013; vgl. Kaltenbrunner u.a., 2007: 37)

Marktbeherrschend sind Unternehmen nach dem Kartellrecht bei einem Marktanteil von über 30 %. Mediaprint, welches sowohl Miteigentümer der Kronen Zeitung als auch des Kuriers ist, hatte im ersten Halbjahr 2008 einen Marktanteil von über 50 % an den Auflagen der österreichischen Zeitungen. Die Styria Medien AG, zu der unter anderem die Kleine Zeitung und die Presse gehören, vereinten zu diesem Zeitpunkt fast 20 % der Auflagen. (vgl. Fidler, 2008: 292) In Österreich ist die Medienvielfalt „im internationalen Vergleich“ kaum gegeben. (Fidler, 2008: 299) Wenige Akteure teilen sich den Medienmarkt in Österreich auf und verfügen damit über eine enorme Machtposition.

4.3.4 Politische Macht der österreichischen Medien

Die publizistische Macht in Österreich ging nach einer 2010 publizierten Studie von Plasser und Lengauer vor allem von der Kronen Zeitung und dem ORF aus: „Auf dem nationalen Printmarkt nimmt die Kronen Zeitung eine Sonderstellung ein und stellt neben dem ORF das dominierende mediale Macht- und Meinungszentrum in Österreich dar.“ (Plasser / Lengauer, 2010a: 45) Die Kronen Zeitung erreichte im Jahr 2013 mit einer Reichweite von 34,3 % jeden

Tag im Schnitt mehr als drei von zehn Österreichern. (vgl. Media-Analysen, 2013) Den 2007 bis 2009 durchgeführten Reichweitenvergleich zwischen den Medien mit politischen Informationsangeboten führte die Kronen Zeitung mit riesigem Vorsprung vor der Zeit im Bild um 19.30 Uhr an. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010a: 44) Plasser und Lengauer (2010) resümierten drei Jahre vor Analysestart dieser Arbeit: „Die Kronen Zeitung ist die mit Abstand meistgenutzte Medienquelle für politische Information.“ (Plasser / Lengauer, 2010a: 44) Bei einer 2008 durchgeführten Befragung sprachen sowohl die Mehrheit der Politiker (86 %) als auch der Journalisten (86 %) der Kronen Zeitung einen starken Einfluss auf die Politik zu. Die Kronen Zeitung war damit nach Meinung beider Eliten extrem einflussreich auf die politische Kultur in Österreich. Plasser und Lengauer (2010) relativierten das Ergebnis folgendermaßen: „Machtzuschreibung bedeutet noch keine Machtausübung.“ (Plasser / Lengauer, 2010b: 93) Allerdings betonten sie gleichzeitig:

„Im Fall der Kronen Zeitung können aber bereits Vermutungen über ihre publizistische Macht die Bereitschaft politischer Akteure erhöhen, sich der redaktionellen Linie der Kronen Zeitung präventiv anzunähern, ihre Themenschwerpunkte aufzugreifen, sich bei politischen Entscheidungen und Positionierungen an der redaktionellen – vom Herausgeber orchestrierten – Meinungs- und Wertungslage zu orientieren.“ (Plasser / Lengauer, 2010b: 93)

Ob sich diese Vermutung in Bezug auf die Kommunikation über TTIP bewahrheitet hat, soll diese Arbeit im empirischen Teil hinterfragen. Die TTIP Kampagne der Kronen Zeitung, auf die später noch genauer eingegangen wird, zeigte jedenfalls den Willen des Boulevardblattes seine Macht in Bezug auf TTIP zu nutzen. Auch der Kurier verfügte laut befragten Eliten (31 % bei den Journalisten und 24 % bei den Politikern) einen relativ bedeutenden politischen Geltungsanspruch, wenn er auch weit geringer ausfiel als der von der Kronen Zeitung. 25 % der befragten Politiker schätzten den Einfluss des Standards und der Presse hoch ein. Für Journalisten (17 %) schien der Einfluss des Standards auf die Politik weniger stark ausgeprägt zu sein. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 93) Als Medium mit eher links-liberalem Publikum könnte der Standard vor allem für Parteien, die in diesem Segment Wähler ansprechen wollten, besonders relevant gewesen sein. Die Frage, ob sich die Grünen und die SPÖ vom Standard in der Kommunikation beeinflussen ließen, soll bei der Analyse mitgedacht werden.

Plasser und Lengauer (2010) sprachen zusätzlich von einer Printzentrierung des österreichischen Mediensystems: „Neben dem Radio, das vorwiegend als „Begleit“-Medium genutzt wird, sind es die Tageszeitungen, die in Österreich am häufigsten auf einer täglichen Basis genutzt werden.“ (Plasser / Lengauer, 2010a: 46) Gerechnet an der Nutzungsdauer war die österreichische Bevölkerung 2008 weniger TV-zentriert als die der meisten EU-Länder. Die Printmedien stellten zu diesem Zeitpunkt auch für den Werbemarkt den wichtigsten medialen Werbeträger, gemessen an den Investitionen, dar. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010a: 46)

Boulevardmedien erreichten 2013 in Österreich auf dem Printsektor mit Abstand die meisten Menschen. Vergleicht man die kumulierte Reichweite von 2013 der Boulevardblätter Kronen Zeitung, Österreich und Heute (58,1 %) mit denen der Qualitätszeitungen Der

Standard, Die Presse und Salzburger Nachrichten (17,7 %), zeigt sich ein deutliches Gefälle zu Gunsten des Boulevards. (vgl. Media-Analysen, 2013; vgl. Plasser / Lengauer, 2010a: 47)

4.4 Die Kronen Zeitung

Das reichweitenstärkste Blatt Österreichs – die Kronen Zeitung - wurde am 2. Jänner 1900 von dem ehemaligen Offizier Gustav Davis gegründet. Marketingtechnisch setzte die Kronen Zeitung von Beginn an Maßstäbe. Gustav Davis benannte die Tageszeitung nach dem Preis eines Monatsabonnements, einer Krone, und stellte so den günstigen Preis in den Vordergrund. Gustav Davis trat mit der Vision an eine Zeitung zu publizieren, die sich jeder Österreicher leisten konnte. (vgl. Nenning, 2003: 137f)

In der Kronen Zeitung spielten Bilder von Beginn an eine große Rolle. Bevor die Fotografie so weit ausgereift war, um sie in den Zeitungen einzusetzen, setzte die Kronen Zeitung stark auf Zeichnungen und Karikaturen. Der kommerzielle Erfolg stellte sich im Juni 1903 ein: Die Kronen Zeitung entsandte am 11. Juni 1903 Reporter nach Belgrad. Die damals noch unübliche Vor-Ort-Berichterstattung vom Königsmord sorgte nachhaltig für Popularität der neuen Tageszeitung, was sich auch auf die Auflagenanzahl äußerst positiv auswirkte. Die Kronen Zeitung setzte neben Bildern und hautnaher Berichterstattung auf Unterhaltung. Mit Fortsetzungsromanen und integrierten Preisrätseln band sie die Leserschaft an ihr Blatt. (vgl. Kronen Zeitung, 2011) Dabei überschritt man bewusst damalige Grenzen und setzte unter anderem auf erotische Geschichten. (vgl. Dichand, 1977: 16) Gustav Davis publizierte die Zeitung in einem praktischen Kleinformat, welches den Konsum vereinfachte. (vgl. Kronen Zeitung, 2011) Der damalige Chefredakteur Lipschütz brachte mit folgendem Satz die Komplexitätsreduktion der Kronen Zeitung auf den Punkt: „Jeder Satz muss einfach sein wie eine Watschn. [...] aber eine liebevolle Watschn.“ (Dichand, 1977: 17) Lipschütz (1977) stellte die Bedürfnisse des Lesers in den Vordergrund und nannte das Publikum den eigentlichen Chefredakteur. (vgl. Dichand, 1977: 17)

Der Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland im Jahre 1938 stellte eine Zäsur in der Geschichte der Kronen Zeitung dar. Die Kronen Zeitung wurde von den Nationalsozialisten kontrolliert und später in die Kleine Kriegszeitung umbenannt. (vgl. Kronen Zeitung, 2011) Mitarbeiter, die als nicht arisch galten, mussten noch am Tag der Gleichschaltung das Unternehmen verlassen. Gustav Davis wurde gezwungen, die Kronen Zeitung weit unter Wert an einen Berliner Verlag zu verkaufen. Im August 1944 wurde die Zeitung eingestellt. (vgl. Dichand, 1977: 180)

4.4.1 Die Neue Kronen Zeitung

Die Neue Kronen Zeitung ist eng mit dem Namen Hans Dichand verbunden. Der Journalist hatte sich als Chefredakteur der Kleinen Zeitung und des Kuriers bereits einen Namen in der österreichischen Medienlandschaft der Nachkriegsjahre gemacht. Im Oktober 1958 beschloss Hans Dichand nach einem Streit mit dem Besitzer des Kuriers die Kronen Zeitung wiederzubeleben. Unterstützung bei der Neugründung der Kronen Zeitung bekam er von vormaligen Kurier-Kollegen, die sich seinem Projekt anschlossen. (vgl. Kronen Zeitung, 2011)

Im Jahr 1987 kam es nach häufigeren Streitigkeiten in der Vergangenheit zu einem Bruch zwischen dem Besitzer der Kronen Zeitung Hans Dichand und Miteigentümer Kurt Falk. Hans Dichand suchte einen neuen Partner, der die Anteile von Kurt Falk übernehmen sollte und fand ihn in der deutschen WAZ-Gruppe (seit 2013 Funke Medien Gruppe). 45 % der Anteile der Kronen Zeitung veräußerte Hans Dichand an die WAZ-Gruppe. Weitere 5 % kamen später noch hinzu. (vgl. APA-OTS, 2018)

„Im März 1988 übernahm die WAZ auch am KURIER einen Anteil von 45 %, der infolge auf 49,44 % erhöht wurde. Aus Gründen der Synergie beschlossen der „Krone“- und der KURIER-Verlag ihre zeitungswirtschaftlichen Belange in einer gemeinsamen Tochtergesellschaft zu bündeln. Das war die Geburtsstunde von MediaPrint.“ (APA-OTS, 2018)

Mit dem Erwerb der Anteile an der Kronen Zeitung und dem Kurier stieg die deutsche WAZ-Gruppe innerhalb weniger Jahren zu einem, wenn nicht dem größten, Player im österreichischen Printsektor auf. Der Gründer und Hälfteeigentümer der Neuen Kronen Zeitung Hans Dichand übernahm nach dem Einstieg der WAZ-Gruppe und dem Ausscheiden von Kurt Falk die Rolle des Herausgebers und Alleingeschäftsführers des Boulevard-Blattes. (vgl. Fidler, 2008: 79) Hans Dichand warf der Mediaprint vor, dass sie mit den enormen Krone-Gewinnen den weniger erfolgreich laufenden Kurier subventionieren und damit vor dem Ruin retten. (vgl. Fidler, 2008: 211)

Nur etwas über ein Jahrzehnt ging diese neue Partnerschaft gut. Der Streit Hans Dichands mit der WAZ-Gruppe hatte seinen Ursprung im Juni 2001. Das Vorhaben Hans Dichands, seinen Sohn Christoph Dichand als geschäftsführenden Chefredakteur einzusetzen, sorgte für einen Bruch mit der WAZ-Gruppe. Dichand Senior verwies auf seine vertraglichen Rechte bei der Benennung seines Sohnes als Geschäftsführer, während die WAZ-Gruppe ihm diese Rechte abstritt. Im Sommer 2002 wurde ein Schweizer Schiedsgericht hinzugezogen, um die Streitfrage zu klären. Im Februar 2003 eskalierte die Situation zwischen den beiden Hälfteeigentümern und führte zu einem öffentlichen Schlagabtausch zwischen den Kontrahenten. Der gefundene Kompromiss, Christoph Dichand an der Redaktionsspitze zu installieren, ihm aber mit Michael Kuhn einen erfahrenen Medienmann als geschäftsführenden Chefredakteur zur Seite zu stellen, hielt nur wenige Jahre. Im Februar 2005 bestätigte ein Schweizer Schiedsgericht Hans Dichand als weisungsfreien Hauptgeschäftsführer und damit seinen Sohn als Chefredakteur. (vgl. Der Standard, 2005) Im Dezember 2016 entließ Hans

Dichand Michael Kuhn ohne Zustimmung der WAZ-Gruppe fristlos. (vgl. Der Standard, 2006) Im Jahr 2010 verstarb der Medienmogul Hans Dichand. Die Anteile zu je 12,5 % teilen sich heute seine geschiedene Frau Helge Dichand und seine drei Kindern Christoph, Michael und Johanna Dichand. (vgl. Kleine Zeitung, 2018) Seit Ende 2018 hat die Kronen Zeitung einen neuen Miteigentümer. Der Immobilienmagnat Rene Benko erwarb über seine Signa Holding „[...] eine 49-prozentige Beteiligung an der WAZ Ausland Holding GmbH.“ (Kronen Zeitung, 2018) Der Geschäftsmann ist demnach im Besitz von 24,22 % der Kurier- und 24,5 % der Krone-Anteile.

Die Geschichte der Kronen Zeitung zeigt, dass selbst die größten Medienkonzerne, die man nicht selten fälschlicherweise für naturgegeben hält, eine Eigentümerstruktur besitzen, welche einen enormen Einfluss auf die Ausrichtung und dadurch den Inhalt des Mediums ausüben können. Die für die Demokratie so bedeutenden Medien sind auch ein Handelsgut. Dies wird neben den Einstiegen bei der Kronen Zeitung auch durch die Übernahme der renommierten Washington Post durch Amazon-Gründer Jeff Bezos verdeutlicht. (vgl. Spiegel Online, 2013) Umso konzentrierter die Medien in einem Land sind und umso reichweitenstärker ein Medium ist, desto interessanter ist der Erwerb der Meinungsmacht für Interessensvertreter. Wirtschaftsunternehmen wie Raiffeisen (Kurier und News-Gruppe), Rene Benko (Kurier und Kronen Zeitung) sowie Red Bull (ServusTV und weitere Medien) kauften sich mit dem Einstieg in die Medienwelt natürlich auch mediale Geltungshoheit. Der Einfluss der Kronen Zeitung u.a. auf die Politik ist somit auch der Einfluss ihrer Eigentümer.

Für den ehemaligen FPÖ-Parteichef Heinz Christian Strache hat die Kronen Zeitung einen erheblichen Einfluss auf die Politik: „Wenn sie die Kronen Zeitung übernimmt drei Wochen vor der Wahl und uns zum Platz eins bringt, dann können wir über alles reden“. (Kronen Zeitung, 2019) Diesen Satz tätigte der langjährige Spitzenkandidat in einem fingierten Treffen mit einer angeblichen russischen Oligarchin, die vorgab mit dem Kauf von 50 % der Krone-Anteile die FPÖ im Wahlkampf unterstützen zu wollen. (vgl. Kronen Zeitung, 2019)

4.4.2 Das Erfolgsrezept der Kronen Zeitung

Fidler (2008) nannte mehrere Faktoren für den Erfolg der Neuen Kronen Zeitung. Zum einen setzte das Blatt weiterhin auf das handliche Kleinformat. Bis auf das Kleine Volksblatt der ÖVP setzten alle anderen Tageszeitungen auf ein größeres Format. (vgl. Fidler, 2008: 213) Den Trafiken wurde 1962 verboten, sonntags zu öffnen. Die Kronen Zeitung wusste diese Einschränkung als Vorteil zu nutzen. Dank Selbstbedienungstaschen stiegen die Auflagen sonntags rasant an. Die Kronen Zeitung wurde bekannter, erreichte ein neues Publikum und steigerte ihren Werbewert. Dass nur etwa 8 bis 10 % der Kunden die Zeitung bezahlten, wurde dabei gerne in Kauf genommen. Gewinnspiele, Abobeigaben und Coupons in der Sonntagsausgabe erfreuten das Publikum und waren ein weiterer Erfolgsfaktor. Zu Beginn

erschien die Kronen Zeitung nur an sechs Tagen in der Woche. Am Montag mussten die Leser auf das Kleinformat verzichten. 1967 entschloss man sich aufgrund der Konkurrenz siebentägig zu erscheinen, was sich als voller Erfolg herausstellte. (vgl. Fidler, 2008: 214f) Ein Jahr darauf setzte die Kronen Zeitung auf lokale Berichterstattung und führte nach und nach in jedem Bundesland die Regionalausgaben ein. Die Redaktionen vor Ort bedienten die lokalen Wünsche der Leser. Unüblich für ein Boulevardblatt setzte die Kronen Zeitung neben dem Straßenverkauf zusätzlich auf Hauszustellungen. (vgl. Fidler, 2008: 216f) Allerdings wurde auch der Inhalt der Kronen Zeitung auf Erfolg ausgerichtet. Das Zauberwort hieß Populismus – auch im negativen Sinne. Der Journalist Fidler (2008) wird in seinem Buch deutlich:

„Schon beim Kurier in den 1950er-Jahre [sic] pflegte Dichand einen versöhnlichen Schwamm-drüber-Umgang mit der Vergangenheit vieler Österreicher im und unter dem Naziregime. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, rechte Töne prägen die Blattlinie der Krone und sprechen dem Volk offenkundig aus der Seele.“ (Fidler, 2008: 218)

Dem damaligen Miteigentümer, der WAZ-Gruppe, war diese Ausrichtung ein Dorn im Auge. „Im Machtkampf der Krone-Gesellschafter, handfest ab Anfang 2003 im Gang, warf die WAZ Dichand die rechten Töne vor und verwendete sie als ein Indiz für seine nun angebliche untragbare Krone-Führung.“ (Fidler, 2008: 218) Die Kronen Zeitung setzte auch auf einfache Inhalte für das Publikum. Sie baute ein Wir-Gefühl auf, bot bunte Seiten voller Bilder und erfreute die Leser mit Nackten sowie Tiergeschichten. Neben Negativstories wie Verbrechen und EU-Bevormundung schaffte die Kronen Zeitung als Ausgleich einen Wohlfühlbereich mit positiven und positiv emotionalisierenden Geschichten. (vgl. Fidler, 2008: 219)

4.4.3 Das Boulevard-Medium Kronen Zeitung

Die Kronen Zeitung wird von Kommunikationswissenschaftlern und Journalisten als Boulevard-Zeitung eingestuft. (vgl. Lengauer / Plasser / Seeber, 2012: 72; vgl. Fidler, 2008: 217; vgl. Weber, 1995: 21) In diesem Abschnitt soll aufgezeigt werden, was unter einem Boulevardmedium verstanden wird und die Ergebnisse mit der Kronen Zeitung verglichen werden.

Für Koszyk und Pruys (1970) sind Boulevard-Medien:

„[...] jene Periodika, die vorwiegend auf der Straße zum Kauf angeboten werden, eine betont populär-sensationelle Aufmachung (Balkenüberschriften, großflächige Fotos etc.) haben, den Leser durch schockierende Stories ansprechen wollen (sex, crime, war) [Hervorhebung im Original] und sich häufig bewusst [sic] einer sehr direkten Ausdruckweise bedienen, die nicht selten die Vulgärsprache zu übertreffen sucht, um Neugier, Sensationshunger und Nervenkitzel einer bei der Lektüre kaum verharrenden Leserschaft permanent zu wecken und zu befriedigen.“ (Koszyk / Pruys, 1970: S. 61)

Obwohl diese Definition aus den späten 60er Jahren stammt, soll in dieser Arbeit darauf zurückgegriffen werden, da sie eine Vielzahl von Dimensionen des Boulevard-Journalismus plakativ beschreibt und so eine Einordnung möglich macht.

Nach Bruck und Stocker (2002) hat die journalistische Recherche in Boulevardzeitung eine geringere Relevanz als bei anderen Zeitungstypen. „Dem Primat der Profitmaximierung wird die klassische journalistische Berufsethik geopfert.“ (Bruck / Stocker, 2002²: 22f) Eindrucksschilderungen und Emotionalisierungen haben dabei einen wichtigeren Stellenwert als beispielsweise die journalistischen „W-Fragen“. (vgl. Bruck / Stocker, 2002²: 22) Gewinnspiele und einen niedrigen Kaufpreis nennen Bruck und Stocker (2002) weiter als Kennzeichen des Boulevardjournalismus. Bei der äußeren Erscheinungsform wird vor allem auf die Handlichkeit und Auffälligkeit geachtet. Die Kronen Zeitung eignet sich mit ihrem Kleinformat besonders gut, um auf dem Weg zur Arbeit in der U-Bahn oder im Bus gelesen zu werden. Das Cover der reichweitenstärksten Zeitung setzt auf aufmerksamkeitsstarke Bilder und eine einprägsame Schlagzeile. (vgl. Bruck / Stocker, 2002²: 23f) Der ausgeprägte Serviceteil mit Horoskop, Rätsel und Kochrezepten sorgt für einfache Unterhaltung der Rezipienten. (vgl. Bruck / Stocker, 2002²: 25) So gut wie alle Rubriken der Zeitung, auch der Politikteil, unterliegen dem Primat der Unterhaltung. Eine Alltagssprache schafft Vertrautheit beim Leser und ermöglicht ein einfaches Überfliegen der Texte. Boulevardmedien setzen generell auf kurze Texte und unkomplizierte Satzstellungen. Fremdwörter werden soweit wie möglich vermieden, um den Leser nicht zu überfordern. (vgl. Bruck / Stocker, 2002²: 25f) Über Diffamierungen und Verhöhnungen in der Berichterstattung werden die Leser stärker als bei anderen Mediengattungen emotionalisiert. Sex, Kriminalität und Sport bestimmen die Nachrichtenseiten, sachliche Politikdarstellung tritt oft in den Hintergrund. (vgl. Bruck / Stocker, 2002²: 26f) „Trockenere Themen wie Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden angerissen, aber nicht erschöpfend behandelt, sondern die Positionen, Meinungen und Aussagen teils extrem zugespitzt.“ (Kühner / Sturm, 2001: 47) Komplexe Zusammenhänge der Politik und Wirtschaft werden durch Personalisierungen vereinfacht und für den Leser greifbar gemacht. (vgl. Bruck / Stocker, 2002²: 29)

Bruck (1989) verweist auf die besondere Bedeutung von Metaphern bei Boulevardmedien:

„Neben der Nähe erzeugenden Umgangssprache zählt die Verwendung von ‚Metaphern des Blickes, des Sehens und Visuellen allgemein‘ zu den im Boulevardjournalismus weit verbreiteten ‚rhetorischen Realismusstrategien‘ und schließt an die Visualisierung der formalen Präsentation an.“ (Bruck, 1989: 140¹, zit. nach Bruck / Stocker, 2002²: 26)

Diesen wird im empirischen Abschnitt dieser Arbeit eine bedeutende Rolle zuteil. Metaphern wie Chlorhühnchen oder Hormonfleisch können Debatten prägen und den Verlauf entscheidend beeinflussen oder in eine bestimmte Richtung lenken.

¹ Bruck, Peter A. (1989): Lesern gehen die Augen auf. Die Gesundheitsanstalt – ausgepackt und enthüllt. In: Medien Journal, 1989, 13 / 4. S. 140-148.

Die Kategorisierung als Boulevardzeitung soll keine per se negative Bewertung sein. Tscheplak (1994) deutet eine wichtige Funktion der Boulevardblätter an:

„Qualitätszeitungen setzen einen höheren Bildungsstand ihrer Leser voraus und benutzen daher eine ‚kompliziertere‘ Sprache. Die Boulevardpresse, die zahlreiche Leser mit niedrigerem Bildungsniveau hat, nimmt darauf Rücksicht und versucht, ihre Sprache einfach und verständlich zu halten.“ (Tscheplak, 1994: 136)

In der Demokratie zählt jede Stimme der Wähler eines Landes gleich viel, egal wie hoch oder niedrig der Bildungsstand des Wählers sein mag. Es ist daher von enormer Bedeutung, Informationen anzubieten, die von Bürgern jedes Bildungsniveaus angenommen und verstanden werden können. „[...] [G]erade in unterhaltender Verpackung können politische Inhalte auch an RezipientInnen mit geringem Interesse an explizit Politischem herangeführt werden.“ (Bruck / Stocker, 2002²: 25) Eine passende Komplexitätsreduktion, die auf einfaches Verständnis setzt ohne die wichtigsten Inhalte zu stark zu verzerren oder zu vernachlässigen, kann daher als besondere Qualität angesehen werden.

Vereinfachung und Sensationalismus bieten aber auch besondere Gefahren. Ein „Schwarz-Weiß“-Weltbild bietet oft wenig Platz für Toleranz. Dass Boulevardmedien auf diesem Gebiet aber auch Verantwortung übernehmen können, zeigt beispielsweise der deutsche Axel Springer Verlag (Bild Zeitung) beim Thema Antisemitismus. „Wir unterstützen das jüdische Volk und das Existenzrecht des Staates Israel.“ (Axel Springer, 2019a) Dieser Satz findet sich in dem Wertekodex, der auch für die Boulevardzeitung Bild verbindlich ist, wieder. (vgl. Axel Springer, 2019b)

Vergleicht man die angeführten Charakteristiken eines Boulevardmediums mit den im vorherigen Abschnitt aufgelisteten Beschreibungen der Kronen Zeitung, stellt man eine starke Kongruenz fest. Inwieweit die Kronen Zeitung auf simplifizierende und emotionalisierende Metaphern / Schlagwörter in ihrer Berichterstattung setzt, wird der empirische Abschnitt zeigen. Das eher trockene und technische Thema des transatlantischen Handelsabkommens einer breiten Bevölkerung auf geeignete Weise zugänglich zu machen, ist sicherlich eine Herausforderung für eine Boulevardzeitung.

4.4.4 Die Kampagnen der Kronen Zeitung

Bis zu seinem Tod 2010 waren Hans Dichands Worte bei der Kronen Zeitung Gesetz. Deshalb werden in diesem Kapitel seinen Zitaten über den Kampagnen-Journalismus der Kronen Zeitung eine besondere Bedeutung zugesprochen. Zuerst soll der Begriff des Kampagnen-Journalismus genauer unter die Lupe genommen werden.

Boenisch (2007) unternimmt den Versuch Kampagnen-Journalismus möglichst abstrakt und allumfassend zu beschreiben:

„Ein Journalismus, der zur Verwirklichung eines übergeordneten, persönlich motivierten Ziels die Berichterstattung zu einem Thema innerhalb eines bestimmten Zeitraums intensiviert, unter dramaturgischen und strategischen Gesichtspunkten arrangiert und aktiv aufrechterhält, um mit dem Einsatz persuasiver Mittel und Methoden und/oder Verhaltensweisen zu beeinflussen, wird Kampagnenjournalismus genannt.“ (Boenisch, 2007: 112)

Kampagnen-Journalismus ist also die bewusste Entscheidung, sein Machtpotential strategisch und längerfristig für ein Thema einzusetzen. Eine intensive Berichterstattung verleiht dem Kampagnenthema Wichtigkeit. Strategisch wird die Kampagne möglichst so lange aufrechterhalten, bis das Ziel erreicht wurde. Die Auswahl der Nachrichten und die Richtung der Berichterstattung erfolgen nach taktischen Überlegungen. Der Journalismus greift auf persuasive und teilweise manipulative Methoden zurück. Durch Übertreibungen soll der Leser auf die Seite des Mediums gezogen werden. Der Einsatz bestimmter Formulierungen in Kombination mit einer wertenden Darstellung gibt die Richtung vor. Es wird Bezug auf die bestehende Meinung der Leser genommen, um die Wahrscheinlichkeit der Akzeptanz der Inhalte zu erhöhen. Die Berichterstattung hat insgesamt den Zweck, Meinungen und Verhaltensweisen zu beeinflussen. Journalisten verlassen bei der Medienkampagne ihre Rolle als Vermittler und treten als politische Akteure auf, die ihren Einfluss für eine bestimmte Sache geltend machen wollen. (vgl. Boenisch, 2007: 112ff) Burkart (1997) betont die langfristige Ausrichtung einer Medienkampagne:

„[...] [M]it ‚Kampagnen‘ sind ja per se nicht einmalige kommunikative Aktionen gemeint, sondern längerfristig angelegte, Wiederholungen einplanende Kommunikationsangebote, die ein und dieselbe Rezipientengruppe relativ kontinuierlich, wenigstens jedoch mehrmals erreichen sollen.“ (Burkart, 2001²: 304)

Nach der Definition von Baringhorst (1998) ist eine Kampagne eine „[...] ganz allgemein, zeitlich begrenzte, gezielt geplante und strategisch herbeigeführte politisch-propagandistische Aktionen für oder gegen jemanden oder etwas [...]“ (Baringhorst, 1998: 68) Auch bei Baringhorst findet sich das strategische Moment und der Wille, die Kampagne über eine bestimmte Dauer aufrechtzuerhalten, wieder. Durch persuasive öffentliche Kommunikation soll das Meinungsklima beeinflusst werden. (vgl. Baringhorst, 1998: 68)

Der Kampagnen-Journalismus der Kronen-Zeitung ist berüchtigt. Hans Dichand übte sich nicht in Bescheidenheit, wenn er sagte: „Alle unsere Kampagnen sind groß. Wenn wir etwas machen, dann ordentlich.“ (Der Standard, 2009)

Bei der politischen Debatte, ob das Atomkraftwerk Zwentendorf in Betrieb gesetzt werden sollte, stellte sich die Kronen Zeitung klar auf die Seite der Atom-Gegner:

„Wir sind der Gefahr entgegengetreten, die von der Atomenergie ausgeht. Wissenschaftler, ja selbst Experten der Regierung, haben sich uns angeschlossen. Die 'Kronen Zeitung' wird den kompromisslosen Kampf gegen die Atomgefahr weiterführen und jene nicht im Stich lassen, die sich uns angeschlossen haben. Ihnen danken wir.“ (Der Standard, 2009)

Bei der Kampagne gegen das Wasserkraftwerk Hainburg wählte Hans Dichand besonders drastische Worte und war fest entschlossen den Einfluss der Kronen Zeitung voll auszuschöpfen: „In so einem Fall brennen uns die Sicherungen durch, da hätten wir fast einen Bürgerkrieg riskiert“. (Der Standard, 2009)

Es standen nicht nur Umwelthemen im Fokus der Kronen-Kampagnen, sondern auch andere politische Themen. Im Jahr 1994 stand die Kronen Zeitung klar auf Seiten der EU-Befürworter und machte bei der Volksabstimmung für den Beitritt Österreichs zur europäischen Gemeinschaft mobil:

"Niemand in der EU verliert seine Identität. Es muss uns einfach klar sein, dass wir nicht alleine bleiben können, ohne uns zu gefährden. Oder wollen wir einer 'Eurosklerose' erliegen, während es in anderen Kontinenten zu prosperierenden Zusammenschlüssen kommt? Die Verbrüderung des Kontinents, das ist die Zukunft." (Der Standard, 2009)

14 Jahre später revidierte Hans Dichand seine Einstellung zur EU:

"Wir sind nicht gegen die EU, aber gegen eine EU, die so völlig gegen das Volk agiert ... Es heißt in unserer Verfassung: 'Das Recht geht vom Volk aus' ... Gelassen führen wir den Kampf um unser Vaterland Österreich weiter. Mit neuen Freunden! ... Wir sind, was wir immer waren, eine total unabhängige Zeitung." (Der Standard, 2009)

Die EU skeptische Haltung hat die Kronen Zeitung bis heute beibehalten. Möglicherweise wirkte sich diese auch auf die Kommunikation der Kronen Zeitung beim Thema TTIP aus. Der sehr nationale Bezug, der in dem vorherigen Zitat sehr schön zum Vorschein kommt, wenn plakativ und pathetisch vom „Vaterland Österreich“ gesprochen wird, könnte ebenfalls von Belang sein.

Die reichweitenstärkste Tageszeitung setzt ihren Einfluss nicht nur für politische Inhalte, sondern auch direkt für Politiker ein. Im Nationalratswahlkampf 2008 war dies so auffällig, dass verschiedene Medien sich den Spaß erlaubten zu fragen, ob der von der Kronen Zeitung unterstützte Werner Faymann (SPÖ) nicht ein unehelicher Sohn Hans Dichands sei. (vgl. Lengauer / Vorhofer, 2010: 146, 178)

Auch Hans Dichands Sohn, Christoph Dichand ist sich der Medienmacht der Kronen Zeitung bewusst: „Der Umstand, dass sehr viele Politiker und auch mächtige Institutionen immer noch die Nähe zur „Krone“ suchen, zeigt, dass sie nicht abgenommen hat. Man hat noch immer sehr viel Zutrauen in ihren Einfluss“ (Bischofberger, 2019)

Im weiteren Verlauf des Interviews stellte er die Berichterstattung über TTIP auf eine Stufe mit der von Zwentendorf und Hainburg. (vgl. Bischofberger, 2019)

Der Chefredakteur der Kronen Zeitung Klaus Herrmann wurde in einem 2017 geführten Interview in Bezug auf TTIP noch deutlicher:

„Denken Sie nur an unsere Berichterstattung rund um TTIP und CETA, als wir hartnäckig geblieben sind. Solche Themen werden wir auch künftig mit allem Nachdruck verfolgen. Wenn man das dann Kampagnen nennt, kann man sagen, dass wir jetzt noch Kampagnenjournalismus machen.“ (Auer, 2017)

Herrmann stellte im Interview den Einfluss der Kronen Zeitung bei Kampagnen in Frage, ließ aber keinen Zweifel daran, gegen TTIP mobilisiert zu haben. Die Kronen Zeitung hatte mit

einer eigens angefertigten Grafik „STOPP dem US-Freihandelsabkommen“ (Abbildung 2) neben der intensiven Berichterstattung auch visuell mobil gemacht.

Selbst in der aktuellen Blattlinie nimmt die Kronen Zeitung auf erfolgreiche Kampagnen der aus der Vergangenheit Bezug und streicht so ihre mediale Macht heraus:

„Die Kronen Zeitung ist eine parteipolitisch unabhängige Tageszeitung, die unter anderem zum Ziel hat, für die Rechte kleiner Leute einzutreten und deren Sprachrohr in der Öffentlichkeit zu sein. [...] Viele Umweltinitiativen fanden aufgrund des Engagements der Kronen Zeitung und ihrer Leser statt. Um nur einige zu nennen: „Hainburger Au“, „Zwentendorf“, „Nationalparks“, „Lambach“, „Österreicher gegen das Atomkraftwerk Mochovce“ oder zuletzt das weltweit größte Unterfangen „Aufruf zur Unterschriftenaktion gegen die französischen Atomversuche im Mururoa Atoll“. Alle diese Initiativen wurden aufgrund des Engagements der Kronen Zeitung ins Leben gerufen und zu einem Erfolg geführt.“ (ZiS, 2019)

Diese Darstellung zeigt, die Kronen Zeitung war und ist nach wie vor bereit, ihren starken medialen Einfluss für bestimmte Themen im Rahmen einer Kampagne strategisch sowie energisch einzusetzen. Inwieweit sich diese Macht auf die politische Kommunikation über TTIP im Nationalrat auswirkte, soll im empirischen Abschnitt untersucht werden.

4.5 Der Standard

Der Standard ist das jüngste der drei zu analysierenden Printmedien. Die Tageszeitung ist eng mit dem Namen ihres Gründers Oscar Bronner verbunden. Der Kosmopolit wurde 1943 in Haifa, Israel geboren. Sein Vater konnte vor den Nazis ins heutige Israel fliehen, während ein großer Teil seiner Familie den Holocaust nicht überlebte. Nach Ende des zweiten Weltkrieges übersiedelte die Familie Bronner wieder nach Wien. In Österreich sammelte Bronner auch seine ersten journalistischen Erfahrungen, unter anderem beim Express, bei der Wochenendbeilage des Kuriers Weekend sowie als freier Mitarbeiter des ORF. (vgl. Der Österreichische Journalist online, 2008)

4.5.1 Der Standard – Eine Qualitätszeitung

Oscar Bronner hat im Jahre 1987 den Standard mit dem Anspruch gegründet, mit einer Qualitätszeitung den österreichischen Mediensektor zu erweitern. Sein Ziel war es, mit einer überregionalen Qualitätszeitung in eine Marktlücke zu stoßen. Der Standard ist für anspruchsvolle Leser gedacht, welche sich täglich besonders über politische und kulturelle Themen sowie wirtschaftliche Zusammenhänge informieren wollen. Wie jede Zeitung braucht auch eine überregionale Qualitätszeitung eine relativ breite Leserschaft. (vgl. Grohmann, 1990: 74)

Oscar Bronner war aufgrund seiner damaligen Erfahrungen überzeugt, eine solche Leserschaft in genügend großem Ausmaß in Österreich vorzufinden: „Ich habe mich einfach darauf verlassen, eine ‚schlafende‘ Leserschaft vorzufinden, die man durch Qualitätsprodukte

wecken kann.“ (Thierner, 1989: 19², zit. nach Grohmann, 1990: 74) Er präzierte sein Vorhaben und nannte als Ziel die Gründung einer Zeitung, die „niemanden als dem Leser verpflichtet ist, die nicht beeinflusst [sic], sondern Beeinflussungen aufzeigt und zu allen Interessensgruppen die gleiche Distanz hält.“ (Hénard, 1988³, zit. nach Grohmann, 1990: 74)

Wenn der Begriff Qualitätszeitung verwendet wird, soll darauf hingewiesen werden, dass diese positiv konnotierte Beschreibung äußerst schwierig zu fassen ist. Mit einem sehr plastischen Beispiel bringt Ruß-Mohl (1992) die Schwierigkeit auf den Punkt: „Qualität im Journalismus definieren zu wollen, gleicht dem Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln.“ (Ruß-Mohl, 1992: 85) In der Wissenschaft wird die Qualitätsfrage aus drei verschiedenen Diskussions-Ansätzen behandelt: aus einem funktional-systemorientierten, einem normativ-demokratiethoretischen sowie einem marktlich-publikumsorientierten. (vgl. Arnold, 2008: 491; vgl. Wellbrock / Klein, 2014: 388f)

Im Folgenden wird der normativ-demokratiethoretische Ansatz genauer betrachtet, da dieser Ansatz, ähnlich wie diese Arbeit, die Idee einer funktionierenden, demokratischen Gesellschaft enthält und damit als der passendste erscheint. Die Funktionen der Massenmedien für eine Demokratie spielen in dem Ansatz eine tragende Rolle. Von diesen Funktionen leiten sich auch die Aspekte Aktualität, Vielfalt, „Objektivität“, Richtigkeit sowie Relevanz ab. Weniger entscheidend sind Aspekte, die vor allem bei der Beschreibung von Boulevardzeitungen im Vordergrund stehen, wie Unterhaltung und Gebrauchswert. (vgl. Wellbrock / Klein, 2014: 389) Der demokratiethoretisch-normative Ansatz enthält vier Möglichkeiten, nach denen journalistische Qualität von Medien gemessen und bewertet werden kann, nämlich Urteile der Leserschaft, Urteile von Experten, Inhaltsanalysen, die sich auf einen Kriterienkatalog beziehen, sowie indirekte Indikatoren. Unter indirekten Indikatoren werden Rahmenbedingungen verstanden, unter denen es möglich erscheint, die journalistische Qualität sicherstellen zu können. Redaktionen benötigen beispielsweise eine ausreichende Anzahl von gut ausgebildeten Redakteuren, von finanziellen Möglichkeiten und eine ausreichende Anzahl von Nachrichtendiensten. (vgl. Wellbrock / Klein, 2014: 390)

Eine pragmatische Lösung zur Beschreibung, was unter dem Begriff Qualitätszeitung verstanden wird, bieten aus dem normativ-demokratischen Ansatz abgeleitete Qualitätskriterien wie Richtigkeit, Unabhängigkeit, Verständlichkeit, Sachlichkeit, Aktualität, Professionalität, Ausgewogenheit, Achtung der Persönlichkeit, Wahrhaftigkeit, Glaubwürdigkeit, Unparteilichkeit, Relevanz, Vielfalt, Rechtmäßigkeit. (vgl. Wellbrock / Klein, 2014: 395f)

² Thierner, Elfie: „Zilk kommt nicht vor Ratzenböck. Zeitungsgründer Oscar Bronner über die Entwicklung des „Standard“. In: Die Furche Nr. 40, 05.10.1989, S. 19.

³ Hénard, Jacqueline: Eine Tageszeitung nur für den Leser. In: FAZ vom 20.10.1988, o.S.

Natürlich sind auch wirtschaftliche Faktoren bei einer Qualitätszeitung von entscheidender Bedeutung, bei ihrer Ausrichtung überwiegen aber normativ-demokratische Grundsätze vor der gewinnmaximierenden Unterhaltung einer möglichst großen Leserschaft.

Bei der offiziellen Blattlinie des Standards spielt die Verantwortung gegenüber dem demokratischen System eine tragende Rolle:

„DER STANDARD ist ein liberales Medium. Es ist unabhängig von politischen Parteien, Institutionen und Interessengruppen und wendet sich an alle Leserinnen und Leser, die hohe Ansprüche an eine gründliche und umfassende Berichterstattung sowie an eine fundierte, sachgerechte Kommentierung auf den Gebieten von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft stellen.

DER STANDARD tritt ein:

für die Wahrung und Förderung der parlamentarischen Demokratie und der republikanisch politischen Kultur.

für rechtsstaatliche Ziele bei Ablehnung von politischem Extremismus und Totalitarismus.

für Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes nach den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft.

für Toleranz gegenüber allen ethnischen und religiösen Gemeinschaften.

für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen und aller Bundesländer der Republik Österreich.“ (Der Standard, 2019)

Der Standard formuliert bei seiner Blattlinie weitere Bestrebungen, welche seitens der Wissenschaft einer Qualitätszeitung zugeschrieben werden:

„Er trennt zwischen Bericht und Kommentar, gewichtet die Ereignisse und lässt seinen Lesern den nötigen Spielraum für die eigene Meinung. So fördert er, was zugleich sein Ziel ist: eine mündige Leserschaft.“ (Der Standard, 2019)

Dass Oscar Bronners Vorhaben, den österreichischen Markt mit einer Qualitätszeitung zu bereichern, geglückt ist, zeigt sich einerseits in der breiten Einigkeit unter den Wissenschaftlern und unter Journalisten, bei dem Standard eine Qualitätszeitung vorzufinden und andererseits in der erfolgreichen Behauptung am österreichischen Printmarkt über drei Jahrzehnte nach seiner Gründung hinweg.

4.6 Der Kurier

Der Kurier ist seit über 60 Jahren ein fester Bestandteil der österreichischen Medienlandschaft. Der Vorgänger des Kuriers, der Wiener Kurier, wurde nach Ende des zweiten Weltkrieges vom US-amerikanischen Informationsdienst herausgegeben. Ziel der amerikanischen Besatzungsmacht war es, mit einem demokratischen Blatt das Demokratieverständnis der Österreicher zu fördern. 10 Jahre prägte der Wiener Kurier die österreichische Printlandschaft, erst als Tageszeitung und ab Oktober 1954 als Wochenzeitung, bis er im Juli 1955, also zwei Monate nach der zurückerlangten Souveränität Österreichs, eingestellt wurde. (vgl. Kurier, 2011)

Als der Unternehmer Ludwig Polsterer 1954 von der geplanten Einstellung der Zeitung Wind bekommen hatte, setzte er alle Hebel in Bewegung, den Kurier zu übernehmen. Nach erfolgreichen Verhandlungen mit den Amerikanern, erschien am „[...]18. Oktober 1954 zum ersten Mal die Tageszeitung ‚Neuer KURIER‘.“ (Kurier, 2011) Der neue Eigentümer musste den amerikanischen Besitzern vor der Übernahme zusichern, die demokratische Blattlinie beizubehalten. Als Partner gewann der Unternehmer die Arbeitnehmerorganisation der ÖVP ÖABB. Als ersten Chefredakteur setzten die Eigentümer auf Hans Dichand, der wenige Jahre später als Eigentümer der Kronen-Zeitung zum größten Konkurrenten des Kuriers aufstieg. (vgl. Kurier, 2011)

Der Kurier setzte bereits zu Beginn auf eine Mischung aus boulevardesken Stilelementen wie Klatsch und Gewinnspiele sowie aus tiefergehenden politischen Analysen. Auch Fortsetzungsromane waren Bestandteil der Zeitung und für den großen, anfänglichen Erfolg der neuen Tageszeitung mitentscheidend. Bereits 1958 schied die ÖVP als Teilhaber des Kuriers aus, ließ sich aber für 10 Jahre eine parteinahe, redaktionelle Linie des Kuriers zusichern. (vgl. Fidler, 2008: 247) Damit konnte der Kurier bis 1968 nicht als politisch neutrales Medium verstanden werden.

Aus gesundheitlichen Gründen verkaufte Ludwig Polsterer 1972 den Kurier an ein Konsortium verschiedener Unternehmer, Unternehmen und vermögende Privatpersonen. Der Kurier war von da an im Besitz von über 200 Eigentümern, darunter beispielsweise Henkel/Persil, Raiffeisen, Spar sowie Hoteliers und andere Unternehmer. (vgl. Fidler, 2008: 248f) Es begann eine unruhige Zeit des Kuriers mit vier Chefredakteuren von 1973 und 1979. (vgl. Kurier, 2011)

Der Druck der 1959 neugegründeten Kronen Zeitung setzte dem etablierten Blatt massiv zu. Bereits 1968 überholte die Boulevardzeitung von Hans Dichand den Kurier als reichweitenstärkste Zeitung Österreichs. (vgl. Fidler, 2008: 248) Im Jahr 1979 zog der Kurier unter dem neuen Chefredakteur Gerd Leitgeb die Reißleine und änderte seine Unternehmensphilosophie stärker in Richtung Boulevardzeitung. Der Erfolg des Kurswechsels stellte sich sehr bald ein. Dank einfacheren Texten, boulevardesken Überschriften und einem Ausbau des Serviceteils der Zeitung konnte der Kurier einen starken Anstieg der Leserschaft verzeichnen. (vgl. Fidler, 2008: 249)

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahren überforderte sich der Kurier finanziell mit dem Erwerb einer sehr preisintensiven Druckerei. Die Anschaffungskosten konnten lange Zeit nicht ausgeglichen werden und so verzeichnete der Kurier 1982 tiefrote Zahlen. Die deutsche WAZ-Gruppe, die sich bereits zuvor eine Teilhabe an der Kronen Zeitung gesichert hat, nutzte diese Situation und erwarb 1988 45 % des Kuriers. (vgl. Fidler, 2008: 249f) „Die WAZ vereinte die Verlagsaktivitäten von *Krone* und *Kurier* in der Mediaprint.“ (Fidler, 2008: 250) Strategischer Hintergrund der WAZ-Gruppe bei der Gründung der Mediaprint war, Synergieeffekte

herzustellen. Beispielsweise profitierte die Kronen Zeitung, die zu diesem Zeitpunkt über eine veraltete Druckerei verfügte, von der modernen Druckerpresse des Kuriers. Von diesem Zeitpunkt an hatte Konkurrent Hans Dichand jedoch über Mediaprint beispielsweise Einfluss auf das Marketingbudget des Kuriers. (vgl. Fidler, 2008: 250) Die restlichen 55 % der Kurier-Anteile wechselten ständig ihre Besitzer, bis 1990 über eine verschachtelte und komplexe Firmenkonstruktion der ÖVP-Politiker Leopold Helbich und der Jurist Ewald Weninger defacto Mehrheitseigentümer des Kuriers waren, obwohl sie durchgerechnet nur über 18 % der Anteile verfügten. (vgl. Fidler, 2008: 251) „Raiffeisen verfügte zwar – alle Beteiligungen durchgerechnet – mehr als doppelt so viele Anteile wie das Duo Helbich/Weninger. Trotzdem befand sich der schwarze Riese plötzlich in der Position eines Minderheitsgesellschafters.“ (Fidler, 2008: 251) Raiffeisen konnte dadurch nicht mehr eigenständig abstimmen, denn sie war „[...] verpflichtet, mit den Mehrheitseigentümern aus der Industrie zu stimmen.“ (Fidler, 2008: 251) Nach einem offenen Kampf, gerichtlich wie außergerichtlich, setzte sich schließlich Raiffeisen durch und besitzt seitdem mit 50,56 % die Mehrheit des Kuriers. (vgl. Fidler, 2008: 252)

Der neu eingesetzte Chefredakteur Peter Rabl sorgte 1993 für einen erneuten Richtungswechsel des Kuriers. Der Kurier setzt seitdem wieder auf mehr Aspekte einer Qualitätszeitung. Ziel ist es, Vorteile einer Boulevard- und Qualitätszeitung zu verbinden. (vgl. Fidler, 2008: 252) Zusätzlich bekam die Tageszeitung ein neues Erscheinungsbild inklusive verändertem Logo. (vgl. Kurier, 2011) Ab diesem Zeitpunkt war das Credo, gewichtete Ansagen mit leichtem Inhalt zu vereinen. (vgl. Fidler, 2008: 253) Fidler (2008) beurteilt die Situation kritisch: „Unter dem Strich löst der Ansatz das ewigen Positionierungsdilemma des *Kurier* [Hervorhebung im Original] zwischen Breite und Anspruch nicht.“ (Fidler, 2008: 253) Die Reichweitenentwicklung des Kuriers untermauerte die Aussage Fidlers. Die einstmals reichweitenstärkste Zeitung Österreichs war 2013, gemessen an der Leserschaft, hinter der Kronen Zeitung, der Kleinen Zeitung sowie den Gratisblättern Heute und Österreich nur mehr die Nummer fünf im Printsektor. (vgl. Media-Analysen, 2013)

Der Kurier fand also in seiner Geschichte nie wirklich zu einer festen redaktionellen Linie. Heute bewegt er sich zwischen den Welten der Boulevard- und Qualitätszeitungen. Der Begriff Mid-Paper hat sich als Beschreibung der Positionierung des Kuriers zwischen den Polen eingebürgert, wie beispielsweise Neissl (2001) in ihrer Forschungsarbeit herausgearbeitet hat:

„Der ‚Kurier‘ geht aus dieser Untersuchung als klassisches Beispiel für Übergänge zwischen den beiden journalistischen Formen bzw. für die Charakterisierung eines ‚Middle-market‘ hervor. Es finden sich hier einerseits emotionale Elemente (v.a. durch den Textaufbau), aber andererseits faktenorientierte Artikel mit geringen Aspekten von Sensationalisierung.“ (Neissl, 2001: 149)

5 Österreichische Politik

Österreich ist eine parlamentarische Demokratie, in der Parteien eine zentrale Rolle einnehmen. In Österreich hat sich ein Mehrparteiensystem etabliert, in dem seit Gründung der zweiten Republik immer mindestens drei Parteien in den Nationalrat eingezogen sind. (vgl. Müller, 2006: 289f) Das österreichische Parlament ist in zwei Kammern unterteilt, den Nationalrat und den Bundesrat. Letzterer vertritt die Interessen der neun österreichischen Bundesländer in der Bundesgesetzgebung. Seine Mitglieder werden anders als jene vom Nationalrat nicht in nationalen Wahlen gewählt, sondern von den jeweiligen Landtagen ausgewählt und versandt. Insgesamt besteht die Länderkammer aus 61 Mitgliedern. (vgl. Republik Österreich, 2018a) Da in der Arbeit allein die Debatten der zweiten Kammer, des Nationalrates, diskutiert werden, soll dieser Teil des Parlaments im Folgenden genauer beschrieben werden.

5.1 Die Funktionen von Parteien und Parlament

Im österreichischen Parteiengesetz von 2012, welches am 01.07.2013 in Kraft getreten ist, werden Parteien definiert als:

„[...] eine dauernd organisierte Verbindung, die durch gemeinsame Tätigkeit auf eine umfassende Beeinflussung der staatlichen Willensbildung, insbesondere durch die Teilnahme an Wahlen zu allgemeinen Vertretungskörpern und dem Europäischen Parlament, abzielt und deren Satzung beim Bundesministerium für Inneres hinterlegt ist.“ (RIS, 2012)

Sie sind also keine losen, auf kurze Dauer ausgelegten Verbindungen, sondern sind darauf ausgerichtet, über einen längeren Zeitraum die Interessen der Bürger zu bündeln und diese bei Wahlen zu vertreten. Ihr Ziel ist es, Einfluss auf die Politik auszuüben und diese mitzugestalten.

Eine sehr eingängige Definition von Parteien stammt von Schattschneider (1942): „A political party is first of all an organized attempt to get power. Power is here defined as control of the government. That is the objective of party organization.“ (Schattschneider, 1942: 35) Der Wille zur Ausübung von politischer Macht steht bei dieser Zuschreibung im Vordergrund. Der Drang nach politischer Macht wird dabei nicht negativ konnotiert, sondern als das natürliche, höchste Ziel von Parteien bewertet.

Eine repräsentative Demokratie ohne Parteien ist kaum vorstellbar: „Die Funktionsfähigkeit und Stabilität repräsentativer Demokratien hängt wesentlich von der Erfüllung der den politischen Parteien normativ zugeschriebenen, aber auch empirisch wahrnehmbaren Aufgaben ab.“ (Jun, 2013: 119) Bereits der Name Parteiendemokratie, der oft im Zusammenhang des politischen Systems in Österreich fällt, unterstreicht die elementare Rolle der Parteien für die österreichische Demokratie. Sie haben eine fundamentale Bedeutung für

die politische Willensbildung sowie bei Prozessen politischer Entscheidungsfindung. Parteien können zudem durch ihr Verhalten zur Legitimität von Demokratien beitragen. Sie erfüllen eine Artikulationsfunktion, indem sie politische Interessen der Bevölkerung aufnehmen und anschließend repräsentieren. Über Wahlen legitimiert, nehmen Parteien die aggregierten Interessen der Bürger mit in Parlament, der Institution der parlamentarischen Demokratie, ins Parlament, und setzen sich im Idealfall für die Erfüllung dieser ein. (vgl. Jun, 2013: 121f) Da es eine unüberschaubare Vielzahl von Möglichkeiten gibt, über welche Bereiche politische Entscheidungen getroffen werden können, kommt ihnen auch die Policy-Funktion zu. Von den Parteien wird verlangt, politische Inhalte zu bestimmen. Allerdings gibt es unterschiedliche Rollen, welche Parteien im Parlament wahrnehmen. So wird von Regierungsparteien erwartet, dass sie zuerst Regierungsämter besetzen und diese mit Leben ausfüllen. Dagegen kommt Oppositionsparteien vor allem eine Kontrollfunktion zu, bei der sie die Tätigkeiten der amtierenden Regierung inhaltlich hinterfragen. Weitere Funktionen, welche allen Parteien zugeschrieben wird, ist die Mobilisierung der Wählerschaft, die Integration der Bürger in das politische System sowie die Rekrutierung ihres Personals. (vgl. Jun, 2013: 127f) Ihre klassischen drei Ziele sind die „[...] Stimmenmaximierung, Erringung öffentlicher Ämter und Mandate und Durchsetzung inhaltlicher Positionen [...]“. (Jun, 2013: 128) Wie bei den Medien sind diese Funktionen normative Zuschreibungen, die keine Aussage über ihre wirkliche Erfüllung zulassen. Dem Grad der Zielerreichung nachzugehen und auf mögliche Probleme hinzuweisen, ist eine wichtige Aufgabe der Wissenschaften.

Nicht nur den Parteien, auch der Institution ihres Wirkens - dem Parlament - werden wichtige Funktionen zugeschrieben. Das Parlament erfüllt die Gesetzgebungsfunktion, sofern verbindliche Normen durch Beschlussfassung aufgestellt werden. Unter der Legitimationsfunktion wird verstanden, dass diese Gesetze auch außerhalb des Parlamentes, also bei der Bevölkerung, Anerkennung finden. (vgl. Schefbeck, 2006: 150f) Eine entscheidende Aufgabe der Parlamentarier ist außerdem die Wahrnehmung der Kontrollfunktion.

„Die Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle fällt daher schwerpunktmäßig den oppositionellen Fraktionen zu, die jedoch, da sie eben nicht über die parlamentarische Mehrheit verfügen, nur jene Kontrollinstrumente nützen können, die auch einzelnen Abgeordneten bzw. einer Minderheit von Abgeordneten zustehen.“ (Schefbeck, 2006: 158)

Eine für die Arbeit entscheidende Funktion ist die Tribünenfunktion, welche besagt, dass das Parlament eine vermittelnde Position gegenüber der Öffentlichkeit einnimmt und deshalb ihr Handeln der Bevölkerung gegenüber transparent zu machen habe. (vgl. Schefbeck, 2006: 161) Drei Instrumente stehen dem Parlament dabei zur Verfügung:

*„Die Sitzungsöffentlichkeit, also die Möglichkeit, den Plenarsitzungen persönlich beizuwohnen, die schriftliche Verfahrensöffentlichkeit, also die Veröffentlichung der Dokumente des parlamentarischen Verfahrens sowie von Stenographischen Protokollen der Plenarsitzungen, und schließlich, als wichtigstes, weil weitestreichendes Instrument, die mediale Verfahrensöffentlichkeit, also die Berichterstattung über das parlamentarische Geschehen durch die Massenmedien.“
(Scheffbeck, 2006: 161)*

Der Erfüllung dieser Funktion ist es zu verdanken, dass im Rahmen dieser Arbeit mittels der Stenographischen Protokolle die Diskussionen über TTIP mit den Medieninhalten verglichen werden können. Die Einbindung der Massenmedien durch die Verfahrensöffentlichkeit ermöglicht es auch, eine Wirkung auf die Medien durch die Parlamentsdiskussionen vermuten zu können. Bei geheimen Parlamentssitzungen wäre diese weitaus weniger schlüssig.

5.2 Die Parteien im Nationalrat

Die Studie startet mit dem Beginn der TTIP-Verhandlungen am 17. Juni 2013, kurz vor dem Wahlkampf zu den Nationalratswahlen in Österreich, der sich an der Urne am 29. September 2013 entschied. (vgl. Bundesministerium für Inneres, o.J. b) Zur Zeit des Wahlkampfes saßen mit der SPÖ, der ÖVP, der FPÖ, der BZÖ und den Grünen fünf Parteien im Parlament. (vgl. Bundesministerium für Inneres, o.J. a) Werner Faymann führte die SPÖ in der großen Koalition mit der ÖVP fünf Jahre durch die 23. Gesetzperiode. Die ersten Wortmeldungen über das Handelsabkommen fielen allerdings in die Zeit der darauffolgenden Regierungsperiode, weshalb diese genauer betrachtet werden soll.

Knapp 4,8 Millionen Bürger gaben bei der Nationalratswahl Ende September 2013 ihre Stimme ab. Die Sozialdemokraten konnten mit rund 26,8 % der Stimmen den ersten Platz verteidigen, dicht gefolgt von der Österreichischen Volkspartei, die mit fast 24 % in den Nationalrat einzog. Die Freiheitliche Partei schaffte es auf etwa 20,5 %. Die viertstärkste Kraft im Parlament bildeten die Grünen mit rund 12,4 %. Mit 5,73 % schaffte das Team Frank Stronach als neue Partei den Sprung in den Nationalrat. Der zweite Neuling waren die NEOS, die mit 4,96 % das Parlament komplettierten. Anders als beispielsweise in Deutschland liegt die Hürde für den Einzug in den Nationalrat in Österreich bei 4 anstatt 5 %. Die BZÖ wurde von den Wählern nicht mehr zur Gesetzesbildung beauftragt. (vgl. Bundesministerium für Inneres, o.J. b; Republik Österreich, 2018c) Nach der Wahl einigten sich die beiden österreichischen Volksparteien auf eine Fortsetzung der großen Koalition. Werner Faymann blieb damit Kanzler, ÖVP-Spitzenkandidat Michael Spindelegger wurde Vizekanzler und der junge Sebastian Kurz trat das Amt des Außenministers an. (vgl. Die Presse, 2013) Das Zweckbündnis der beiden großen Parteien hat Tradition in Österreich. Die neue Regierung 2013 eingerechnet, stellten die beiden Parteien 18 der 24 Regierungen, welche bis zu diesem Zeitpunkt im Amt waren. (vgl. Bundeskanzleramt, 2019) Im Folgenden sollen kurz die

wichtigsten Ereignisse der Regierungszeit bis Ende 2014 skizziert werden, um einen politischen Rahmen herzustellen, der die Einordnung der Ergebnisse ermöglichen soll.

5.3 Politische Rahmenbedingung während des Untersuchungszeitraumes

Am 16. Dezember 2013 wurde das neue Kabinett vom damaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer angelobt. Die neugebildete Regierung musste von Beginn an gegen Widrigkeiten ankämpfen. Bereits nach einem Monat berief die ÖVP eine interne Krisensitzung ein, in der Vizekanzler Michael Spindelegger dem Druck noch standhielt und trotz heftiger Kritik auf Seiten seiner Partei weiterhin seinen Vorsitz verteidigte. Am 23. März 2014 beherrschte das Thema über die politischen Fehler bei der Insolvenz der Hypo Alpe-Adria die Regierung und das Parlament. Eine Untersuchungskommission unter Aufsicht der späteren Präsidentschaftskandidatin Irmgard Griss wurde zur Aufklärung eingesetzt. Am 26. August 2014 musste Spindelegger trotz kurz zuvor gewonnener EU-Wahl seinen Parteivorsitz abgeben. Der Niederösterreicher legte darauf auch alle anderen politischen Mandate nieder. (vgl. ORF, 2014) Als Grund für seinen Rückzug aus der Politik nannte der ehemalige Vizekanzler die geplante Entlastung der Steuerzahler durch eine Steuerreform, die er nach seinen Worten auf Grund des hohen Staatsschuldenstands nicht mittragen konnte. Ebenfalls kritisierte er den fehlenden Rückhalt aus der Partei. (vgl. Kurier, 2014) Als sein Nachfolger sowohl als Vizekanzler als auch kurz darauf als Parteiobmann wurde Reinhold Mitterlehner auserkoren. (vgl. ORF, 2014) Der Oberösterreicher wurde dem wirtschafts-liberalen Flügel der Partei zugeordnet. (vgl. Pink, 2015) Am 2. Dezember 2014 belastete der Endbericht über den Fall der Hypo Alpe-Adria amtierende Politiker sowie frühere Mitglieder der Regierung. (vgl. ORF, 2014)

Mit den Nachwehen der Finanzkrise von 2008 und der auch damit zusammenhängenden Pleite der Hypo Alpe-Adria sowie der Personaldebatte um den Parteivorsitzenden und Vizekanzler Spindelegger beherrschten vor allem zwei negative Themen die Politik im Untersuchungszeitraum.

6 Medialisierung der Politik

Die Medialisierungsforschung ist ein wachsender sozialwissenschaftlicher Forschungszweig, der nach den „[...] Voraussetzungen, Eigenschaften und Folgen einer Anpassung der Politik an die Erfolgsbedingungen der Medien fragt“. (Haßler, 2017: 25) Die Begriffe Medialisierung bzw. der aus dem englischen abgeleitete Begriff Mediatisierung werden in dieser Arbeit je nach Zitat als Synonyme verwendet, wobei wenn möglich der Begriff Medialisierung Vorrang erhält. Die Medialisierungsforschung, erfreut sich in den Sozialwissenschaften einer wachsenden Popularität. Im Jahr 2014 publizierten beispielsweise die renommierten Fachzeitschriften *Journalism Studies* und *Journalism Practise* eine Spezialausgabe mit 14 Beiträgen von international anerkannten Autoren zu dem Themengebiet der Medialisierung. Immer mehr Wissenschaftler gingen in den letzten Jahren den Fragen der Medialisierung auf den Grund. Bei der Medialisierung handelt es sich allerdings nicht um einen einheitlichen Ansatz, sondern um verschiedene Zugänge und Konzeptionen, welche die Rolle der Medien ins Zentrum rücken. Die Richtungen können vereinfacht in zwei Theoriestränge unterteilt werden. Im ersten „[...] wird der Einfluss der Medien auf die Gesellschaft insgesamt als *Metaprozess* [Hervorhebung im Original] verstanden, der nahezu alle Lebensbereiche - und unter anderem die Politik – verändert.“ (Haßler, 2017: 25) Der Begriff der Medien wird bei dieser Forschungsrichtung sehr weit gefasst und bezieht sich nicht allein auf die journalistischen Massenmedien. Hier geht es auch um Veränderungen der Alltagsgewohnheiten der Bürger, welche beispielsweise durch „neuen“ Medien bzw. Kommunikationsangebote hervorgerufen werden. In diesem Metaprozess werden soziale, kulturelle als auch politische Veränderungen mit den technischen Neuerungen in Verbindung gesetzt. (vgl. Haßler, 2017: 25f) Der zweite Forschungsstrang, der in dieser Magisterarbeit im Vordergrund steht, beschäftigt sich „[...] mit einem enger gefassten Begriff von Mediatisierung.“ (Haßler, 2017: 26) Er fokussiert sich auf die

„[...] Anpassung der Akteure in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und zahlreichen anderen gesellschaftlichen Subsystemen an die Erfolgsbedingungen der Medien. Die Mediatisierung erstreckt sich theoretisch auf mindestens drei miteinander verbundene Aspekte – den Autonomieverlust der Subsysteme, den Funktionsverlust der Subsysteme sowie die Machtverlagerung von den Subsystemen auf die Medien.“ (Kepplinger, 2009a: 117)

Ein Autonomieverlust eines Subsystems liegt dann vor, wenn die Medien relevante Bereiche der Politik bei ihren Entscheidungen maßgeblich beeinflussen. Kepplinger (2009) nannte beispielhaft die Bereiche der Nachwuchsrekrutierung der Politiker, die Karrierechancen von Politikern sowie ganz allgemein das berufliche Handeln von Politikern. (vgl. Kepplinger, 2009a: 117) Auch die Entscheidungsfindung könnte sich durch eine Medialisierung der Politik verändern. Schulz (2011) spricht von „[...] einer fortschreitenden Medialisierung der Gesellschaft [...]“, welche vor allem auf den Teilbereich der Politik große Auswirkungen hat. (Schulz, 2011³: 13) „Politische Akteure orientieren sich zunehmend an der Medienlogik.“

(Schulz, 2011³: 38) Die Medialisierung beruht auf der medientechnischen Entwicklung sowie der Expansion, Kommerzialisierung und Globalisierung der Mediensysteme. (vgl. Sarcinelli, 2011³: 22) „Die Medien durchdringen immer stärker und engmaschiger alle gesellschaftlichen Bereiche“. (Jarren / Donges, 2011³: 23) Medien sind für die Bürger allgegenwärtige Begleiter. Durch den technischen Fortschritt werden Informationen in Bruchteilen einer Sekunde verfügbar gemacht. Auf die Menschen prasseln ununterbrochen neue Informationen ein. In dieser Informationsflut müssen sich politische Parteien behaupten, wenn sie ihre Botschaften an den potenziellen Wähler richten wollen. Zusätzlich ist eine Abkoppelung der Medien in Bezug auf politische Inhalte festzustellen. Zahlreiche Medien passen ihr Programm verstärkt der Rezipienten- und Werbenachfrage an, was oft mit einer relativen Reduzierung politischer Nachrichten oder Sendungen einhergeht. Politische Inhalte müssen somit verstärkt mit Unterhaltungsformaten konkurrieren, um die nötige Aufmerksamkeit des Publikums zu erhalten. Die Abhängigkeit vieler Medien von der Politik hat, trotz verstärkten inter-medialen und ökonomischen Druckes, durch eine immer stärkere Konzentration auf Unterhaltungsformate abgenommen. (vgl. Jarren, 2002) Liegt das Ziel eines Mediums vor allem auf einer hohen Reichweite oder Quote, ist es egal, ob diese mit einer politischen Exklusivmeldung oder mit einem Beitrag über den neusten Haarschnitt eines Superstars erzielt wird.

Des Weiteren trägt die Abnahme des Einflussbereiches der Parteien zur fortschreitenden Medialisierung bei. Bereits in den 80er Jahren begann die Bedeutung der politischen Parteien zu bröckeln. Dieser Befund kann an der abnehmenden Fixierung der Bevölkerung zu einer „Stammpartei“ und an dem Mitgliederschwund der Parteien abgeleitet werden. (vgl. Meyer, 2001: 152) In den 70er Jahren spalteten die beiden Volksparteien SPÖ und ÖVP den Großteil der Bevölkerung in zwei feste politische Lager. Die Parteien konnten sich daher in dieser Zeit auf ein relativ konsistentes Wahlverhalten der Bürger verlassen. Etwa 25 % der jeweiligen Wähler waren als Parteimitglieder an eine der beiden Volksparteien gebunden und in etwa 66 % der Wähler identifizierten sich mit einer der Parteien. Nur 3 bis 7 % der wahlberechtigten Bürger konnten damals als Wechselwähler bezeichnet werden. Bei den Wahlkämpfen ging es weniger um die Überzeugung von Wählern des anderen Lagers als um die Mobilisierung der eigenen Wählerschichten. (vgl. Plasser / Seeber, 2010: 281)

Die Medien erhielten durch die Abnahme der Parteibindungen einen erheblichen Bedeutungsgewinn in Österreich: „Der Erosionsprozess (dealignment) verstärkte sich in den neunziger Jahren. Parteibindungen zerfielen, Stammwählerschichten orientierten sich neu und Wahlkämpfe verlagerten sich nahezu ausschließlich in die Medienarena.“ (Plasser / Seeber, 2010: 281)

Die Parteienfixierung hat durch die Individualisierung der Bevölkerung und Abnahme der ideologischen Blockbildung dramatisch abgenommen. Beispielsweise verlor die SPÖ seit 1990

zwei Drittel ihrer Parteimitglieder. Konnten sich die Sozialdemokraten 1990 noch auf über 620.000 Bürger mit Parteibuch verlassen, waren es 2013 nur mehr etwas über 205.000 Parteimitglieder. (vgl. Wiener Zeitung, 2014) Die geringe Anzahl der Parteimitglieder ging so weit, dass bei der EU-Wahl 2014 sowohl die Grünen als auch die FPÖ in Salzburg nicht in der Lage waren ausreichend Beisitzer für die Wahl zu organisieren. (vgl. Wiener Zeitung, 2014) In einer 2008 durchgeführten Studie gaben nur mehr 33 % der Österreicher an, Stammwähler einer Partei zu sein. Nur mehr 18 % der wahlberechtigten Bürger bestätigten eine stabile Parteibindung. (vgl. Plasser / Seeber, 2010: 282) Um die große Anzahl an Wechselwählern für sich zu gewinnen, benötigen die Parteien die Kommunikationskanäle der Massenmedien. Die sinkende Parteiloyalität der Bevölkerung hat Einfluss auf den Agenda-Setting und Priming-Effekt:

„Die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Agenda-Setting und Priming-Effekten der Medienberichterstattung auf die Entscheidungsfindung der Wähler steigt, schwächen sich traditionelle Partei- und Milieubindungen ab, wie es in Österreich seit den achtziger Jahren der Fall ist.“ (Plasser / Seeber, 2010: 281)

Die Abhängigkeit der Parteien von den Medien nimmt daher vor allem in Wahlkampfzeiten zu. Die steigende Bedeutung des Zugangs zur Öffentlichkeit über die Massenmedien ist daher ein Wesensmerkmal der Medialisierung.

6.1 Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie

Sarcinelli (2011) spricht im Zuge der Medialisierung der Politik von einem Systemwandel. Während Medien vordergründig an politischen Einfluss gewinnen, verlieren politische Institutionen an Macht. „Demokratiethoretisch vielleicht etwas über pointiert lässt sich diese Entwicklung als Wandel von einer parlamentarisch-repräsentativen in eine medial-präsentative Demokratie charakterisieren.“ (Sarcinelli, 2011³: 163) Können sich die Politiker in der Parteiendemokratie auf ihre Machtbasis aus der Partei verlassen, nimmt in der Mediendemokratie die politische Legitimation des Medienpublikums eine herausragende Rolle ein. (vgl. Sarcinelli, 2011³: 164) Einen Schritt weiter geht Meyer (2001). Er spricht von einer „[...] Unterwerfung der Politik unter die Logik der Massenmedien [...]“ und zugleich von einer „[...] Marginalisierung der politischen Parteien.“ (Meyer, 2001: 89, 152) Für Sarcinelli (2011) bleiben Parteien auch in einer Mediendemokratie das politische Zentrum:

„Die Beschäftigung mit dem parlamentarischen Regierungssystem im Medienzeitalter erfordert deshalb besondere Aufmerksamkeit für die Parteien, die trotz wiederholter Abgesänge als Hauptakteure der politischen Willensbildung und Interessensvermittlung fungieren.“ (Sarcinelli, 2011³: 312f)

Allerdings befinden sich Parteien in der Mediendemokratie im Wandel. Während früher die Mitglieder im Vordergrund standen, wird heute vermehrt davon ausgegangen, dass sich Parteien auf die Bedürfnisse der Wähler konzentrieren. (vgl. Sarcinelli, 2011³: 313) Plasser und Seeber (2010) gehen noch einen Schritt weiter. Für sie „[...] ist Österreich nicht nur eine

hochentwickelte Mediendemokratie, sondern vor allem eine ‚Boulevard-Demokratie‘ [Hervorhebung im Original] [...]“. (Lengauer / Vorhofer, 2010: 177) Begründet wird diese Einordnung mit einer Studie, welche die prägende Rolle der Kronen Zeitung im Verhältnis zwischen Medien, Politik und den wahlberechtigten Bürgern deutlich unterstreicht. (vgl. Plasser / Seeber, 2010: 308) Plasser und Seeber (2010) interpretieren die Studienergebnisse folgendermaßen:

„Österreich ist nicht nur eine hochentwickelte Mediendemokratie, sondern auch eine höchst problematische Boulevard-Demokratie [Hervorhebung im Original], in der die auflagenstärkste Tageszeitung durch redaktionspolitische Linien und Themensetzungen innenpolitische Abläufe steuert, auf inhaltliche Positionierungen der Parteien Einfluss nimmt, öffentliche Stimmungs- und Erwartungslagen redaktionell zuspitzt und mobilisiert.“ (Plasser / Seeber, 2010: 307f)

6.2 Logik der Medien

Eine Grundthese der Medialisierung ist die Anpassung der politischen Parteien an die Medienlogik und damit an „[...] Erfordernisse medialer Darstellung und Realitätskonstruktion.“ (Schulz, 2011³: 31) Dafür müssen Politiker versuchen die Logik der Medien zu verstehen, um sie für ihre Zwecke nutzen zu können - sei es bei Wahlkämpfen, bei innerparteilichen Machtspielen oder einem für sie wichtigen Thema, für das sie öffentliche Aufmerksamkeit sicherstellen wollen. (vgl. Haßler, 2017: 26)

Das Konzept der Medienlogik findet sich in vielen, vor allem aktuellen wissenschaftlichen Forschungen, allerdings konnte man sich bisher nicht auf eine Definition einigen. (vgl. Haßler, 2017: 30 nach Lundby, 2009) Das Fundament des Begriffs haben Altheide und Snow (1979) in ihrem Werk „Media logic“ gelegt. Sie verstehen den Begriff Medienlogik folgendermaßen:

„[Media logic] [...] consists of a form of communication; the process through which media present and transmit information. Elements of this form include the various media and the formats used by these media. Format consists, in part, of how material is organized, the style in which it is presented, the focus or emphasis on particular characteristics of behaviour, and the grammar of media communication. Format becomes a framework or a perspective that is used to present as well as interpret phenomena.“ (Altheide / Snow, 1979: 10)

Das Bemerkenswerte an der Definition ist die Annahme, dass Medien ihre eigene Logik ausbilden. Zugleich ist herauszulesen, dass es nicht „die Medienlogik“ gibt, sondern verschiedene Medien ihre spezifischen Gesetzmäßigkeiten entwickeln. (vgl. Haßler, 2017: 31) Es ist offensichtlich, dass manche Logiken einer Fernsehredaktion für Journalisten aus dem Radiosektor völlig irrelevant sind. Während im Fernsehen eine Geste teilweise mehr aussagt als viele Worte, kann das Radio mit der Fantasie und Vorstellungskraft des Publikums spielen. Dennoch betont diese Definition vor allem die Darstellungsform und lässt weitere relevante Gesichtspunkte außen vor, wie Riedl, Maurer und Mühl (2018) in ihrem Research Artikel kritisieren. (vgl. Riedl / Maurer / Mühl, 2018: 3) Esser (2013) bezieht sich auf Altheide und Snow und ergänzt den Ansatz. Er versteht die Logik der Medien zusätzlich „[...] as a

particular way of covering and interpreting social, cultural, and political phenomena.“ (Esser, 2013: 166)

Sarcinelli (2011) differenziert den Begriff der Medienlogik:

„Nun erweist es sich als problematisch generalisierend von Medienlogik zu sprechen, so plausibel auch die Redewendung von der ‚Ökonomie der Aufmerksamkeit‘ und so richtig die vielfach beobachtete Generaldiagnose einer zunehmenden Publikums-, Nachfrage-, also Marktorientierung für die Beschreibung des dynamischen Medienwandels sein mag.“ (Sarcinelli, 2011³: 344)

Jeder Medientypus entwickelt nach Sarcinelli (2011) eine eigene, spezifische Medienlogik aus. Als Merkmale der Medienlogik nennt er

„[...] die Strukturierung des Publikums nach erreichbaren Zielgruppen, die Massenattraktivität und Reichweite der Inhalte und Nachrichtenwerte, den Stellenwert bestimmter Darstellungsformen (Bild, Schrift, Wort) und die Nutzbarkeit für politische Kommunikation.“ (Sarcinelli, 2011³: 344)

Er betont unter anderem die unterschiedliche Handlungslogik von Qualitätszeitungen und Boulevardmedien. (vgl. Sarcinelli, 2011³: 344) Wollen Politiker die Medien für sich nützen, müssen sie also die spezifischen Medientypen beachten, um mit ihrer Botschaft erfolgreich zu sein.

Printmedien handeln nach der Logik Aufmerksamkeit, also Reichweite, über längere Zeit zu generieren, um damit weitere Ziele verfolgen zu können.

Die Aufmerksamkeit ist auch oder vor allem aus ökonomischen Gründen ein entscheidender Faktor. Private Medien, die sich selbst erhalten müssen und nicht durch einen Mäzen oder anderen Geldgeber von den Regeln des Marktes unabhängig sind, müssen auch nach einer wirtschaftlichen Logik handeln, um ihre Ausgaben zu decken und zusätzlich ihren Besitzern eine Verzinsung ihres Kapitals zu garantieren.

„Private Medienanstalten werden durch Interessen der jeweiligen Eigentümer beeinflusst und haben sich im Regelfall am ökonomischen Erfolg des Unternehmens zu orientieren, der kaum durch Politikberichterstattung zu erreichen ist.“ (Filzmaier, 2006: 10)

Darüber hinaus stellen Printmedien über ihr regelmäßiges Erscheinen, ihre Blattlinie und mit der gewohnten Art der Präsentation der Zeitung Vertrauen beim Leser her. Dieses Vertrauen mündet, gepaart mit inhaltlicher Sorgfältigkeit, im besten Falle zu einer Glaubwürdigkeit bei den Rezipienten. Für viele Subsysteme sind die Faktoren Reichweite und Glaubwürdigkeit von äußerstem Interesse. Politiker wollen mit ihren Botschaften möglichst viele Bürger, vor allem potentielle Wähler, erreichen. Deshalb haben politische Akteure Strategien entwickelt, um die mediale Berichterstattung bestmöglich für ihre Zwecke zu nutzen.

6.3 Reaktionen der Politik

Der richtige Umgang mit den Massenmedien gehört heute zu einer der wichtigsten Aufgaben eines Politikers. Will man seine politischen Botschaften über die Massenmedien an die Bürger bringen, ist es von enormer Wichtigkeit die Spielregeln der Massenmedien zu verstehen. (vgl. Kepplinger, 2009a: 88) „Die Politiker mussten sich in dem Maße an die Bedingungen der Medien anpassen, in dem der Erfolg in den Medien zu einer Voraussetzung für den Erfolg in der Politik wurde.“ (Kepplinger, 2009a: 88)

Kepplinger (2009) teilt den Aufgabenbereich eines Politikers in zwei Klassen, nämlich der Sachpolitik und der Informationspolitik. Neben Aktivitäten, welche darauf abzielen allgemeinverbindliche Regelungen durchzusetzen, gehört es zu den Aufgaben eines Politikers durch Informationsmanagement seinen Machterhalt sicherzustellen und die Bevölkerung unter anderem über die Massenmedien von den gesetzten Aktivitäten zu überzeugen. (vgl. Kepplinger, 2009a: 90)

In den letzten Jahren setzte ein Professionalisierungsschub in der österreichischen Politik ein. Die politischen Organisationen wurden verstärkt auf die mediale Logik ausgerichtet, wobei finanzielle Mittel rational, strategisch sowie möglichst effizient für die politische Kommunikation verwendet wurden. (vgl. Tenscher, 2012: 88) Durch regelmäßige Meinungsumfragen, Situationsanalysen sowie Presseanalysen sind die Parteien über die kommunikativen Vorgänge in Österreich bestens informiert. Zusätzlich setzten die Parteien auf medial geschultes Personal. Interne und externe Kommunikationsexperten sorgten für eine bestmögliche Umsetzung der Kommunikationsstrategie. Die Wählerschaft wurde in Zielgruppen eingeteilt und strategisch mit dem jeweils passenden Kommunikationsmittel sowie geeigneten Botschaft angesprochen. Durch eine strategische Konzentration auf einen Spitzenkandidaten, auf dem die Kommunikation abgestimmt wurde, wurde den Personalisierungs-Tendenzen der Medien Rechnung getragen. Auf Grundlage eines Newsmanagements wurden die strategisch sinnvollsten Interviewanfragen wahrgenommen und passende Einladungen zu politischen Talkshoweinlagen ausgewählt. (vgl. Tenscher, 2012: 91f) An Geld für die kommunikativen Aktivitäten mangelte es den österreichischen Parteien nicht. Die österreichischen Parteien gaben „[...] rund vier Mal so viel Geld pro Wahlberechtigtem [...]“ aus wie deutsche Parteien. (Tenscher, 2012: 97) Wie wichtig mediale Auftritte für die politischen Akteure sind, zeigt der Aufwand, der dafür eingesetzt wurde. Neben Pressesprechern und Öffentlichkeitsberatern griffen Politiker nicht selten zur Beratung auf hauptberufliche Politik-Journalisten zurück. Die Beauftragung von Mediencoaches und die Teilnahme an Medientrainings gehörte für viele Politiker zum Geschäft. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 85) Das Sympathiemanagement soll Politiker ins rechte Licht rücken, so dass sie beispielsweise Gesundheit, Leistungsbereitschaft oder Volksnähe ausstrahlen. (Filzmaier, 2006: 18f)

Auch aus Sicht der Journalisten hat sich die Kommunikation der Parteien in den letzten Jahren professionalisiert:

„Journalisten, die eine Veränderung [Hervorhebung im Original] im Verhältnis Journalismus und Politik konstatieren, verweisen auf die fortschreitende Professionalisierung [Hervorhebung im Original] der Politiker und deren Medienberater, das strategisch geplante News Management wie die Inszenierungen von kameragerechten Pseudo-Ereignissen, die nach ihrer Einschätzung in den letzten Jahren an Professionalität gewonnen hätten.“ (Plasser / Lengauer, 2010b: 67)

Als Grund für die kommunikative Professionalisierung der österreichischen Parteien geben Melischek, Rußmann und Seethaler (2010) den Autonomiegewinn der Medien, den Ökonomisierungsprozess und die technologischen Veränderungen des Mediensystems sowie das Erfordernis einer erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit durch einen wachsenden Druck der Mitbewerber an. (vgl. Melischek / Rußmann / Seethaler, 2010: 104)

Die mediale Inszenierung ist für Politiker und ihre Pressesprecher ein entscheidendes Instrument in ihrer Medienarbeit. Die politischen Botschaften werden nach dem „keep it short and simple“-Prinzip soweit vereinfacht, dass sie den größtmöglichen medialen Effekt erzielen. Für die Mehrheit der österreichischen Wahlkampfmanager sind die Faktoren Persönlichkeit und Image der Spitzenkandidaten im Wahlkampf entscheidender als Sachthemen. (vgl. Filzmaier, 2006: 15f) Politische Botschaften werden auf ihre Medientauglichkeit überprüft, um die mediale Berichterstattung wie die Tonalität strategisch zu beeinflussen. Durch mediengerechte Veranstaltungen oder inszenierte Freizeitbilder werden Pseudoereignisse erzeugt, um die Aufmerksamkeit der Medien für die jeweiligen Botschaften zu erhalten. (vgl. Filzmaier, 2006: 18)

Die Medialisierung verändert allerdings nicht nur die Rahmenbedingungen der Politik sondern auch die der Printmedien in Österreich. Technologische Entwicklungen und das damit veränderte Nutzerverhalten sowie die veränderte Nutzungskultur der Bevölkerung führen zu einem Strukturwandel der Massenmedien. Vor allem die traditionellen Printmedien werden durch die radikalen Veränderungen des Mediensystems unter Druck gesetzt. (vgl. Pig, 2013: 17)

„Sinkende Auflagen und Reichweiten von traditionellen Massenmedien, Reichweiten-Verschiebungen innerhalb des Pressemarktes zwischen Kauf- und Gratis-Zeitungen und innerhalb des Marktes der audiovisuellen Medien durch die Dualisierung des Rundfunks, eine Verlagerung der Werbeeinnahmen in den digitalen Raum samt Konkurrenzkampf um Werbeerlöse und Inhalte mit internationalen Suchmaschinen, Telekommunikationsunternehmen und Social Networks sowie Gratis-Inhalte im Internet resultieren in adaptierten ökonomischen und redaktionellen Strategien und neuen journalistischen Angeboten.“ (Pig, 2013: 17)

Pig (2013) zählt mehrere Faktoren auf, warum die Medialisierung nicht als einseitiger Bedeutungsgewinn der Printmedien verstanden werden kann. Zwar nimmt die Bedeutung der Medien für die Politik zu, auf der anderen Seite haben traditionelle Medien aber mit den Strukturveränderungen zu kämpfen. Wie bereits im Abschnitt über Printmedien erörtert, haben Printmedien in Österreich, trotz der erschwerten Rahmenbedingungen und wachsenden

Konkurrenz neuer Medien, noch immer eine herausragende Stellung bei der Politikvermittlung. Zu einer ähnlichen Bewertung kommt auch Pig (2013): „Die traditionellen Massenmedien bilden gleichsam und nach wie vor, aber nicht mehr ausschließlich, die zentrale Instanz bei der Vermittlung von Politik in medienzentrierten Demokratien.“ (Pig, 2013: 17) Der verstärkte Konkurrenzkampf der Medien um die Aufmerksamkeit der Rezipienten sowie der zunehmende ökonomische Druck, der auf den Printmedien lastet, geben der Politik Ansatzpunkte, die Medienberichterstattung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Die Medialisierung hat sowohl die Medien als auch die Politik in Österreich nachhaltig verändert. Der Bedeutungsgewinn der Medien für die politischen Parteien geht mit Professionalisierungsstrategien jener einher. Durch ein strategisches Newsmanagement kann davon ausgegangen werden, dass die politischen Botschaften der Parteien gezielt gesetzt werden. Da die Parlamentssitzungen im öffentlichen Fernsehen übertragen und von Medien intensiv verfolgt werden, kann davon ausgegangen werden, dass die Worte der Politiker bewusst gewählt werden, um mediale Berichterstattung zu beeinflussen. Es kann davon ausgegangen werden, dass Politiker die Logik der Massenmedien benützen, um sie gezielt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

7 Die Nachrichtenwerttheorie

Eine der bedeutendsten Aufgaben der Massenmedien ist es die Komplexität zu reduzieren. Dabei erzeugen sie „[...] eine Beschreibung der Realität, eine Weltkonstruktion, und das *ist* [Hervorhebung im Original] die Realität, an der die Gesellschaft sich orientiert.“ (Luhmann, 1998: 1102) Die Tatsache, dass Massenmedien die Realität nicht abbilden wie sie ist, sondern eine eigene Realität erschaffen, eröffnet die Frage, nach welchen Regeln und Mechanismen dies geschieht.

Öffnen Journalisten am Morgen ihr E-Mail-Postfach stürzt eine wahre Informationsflut über sie herein. Aus einer Vielzahl von möglichen Nachrichten müssen sie durch Selektion für sie Berichtenswertes von nicht Berichtenswertem unterscheiden. Die Frage, welche Agentur- oder PR-Meldung am Ende Einfluss auf die Berichterstattung hat, wird oft in Bruchteil einer Sekunde entschieden. (vgl. Maier u.a., 2010: 16; vgl. Weischenberg / Malik / Scholl, 2006: 123) Walter Lippmann bringt die Notwendigkeit der Selektion mit folgendem Satz auf den Punkt: „All the reporters in the world working all the hours of the day could not witness all the happenings in the world. [...] And none of them has the power to be in more than one place at a time.“ (Lippmann, 1922²: 338)

Die Selektion der Journalisten ist für die politische Öffentlichkeit von höchster Bedeutung. Da das Informationsangebot täglich in unüberschaubarem Maße zunimmt, wären die Bürger ohne die Selektionstätigkeit der Journalisten einer nicht bewältigbaren Informationsflut ausgesetzt. (vgl. Wimmer, 2000: 583) Die Auswahl der Nachrichten ist daher sowohl eine enorm wichtige Funktion als auch eine riesige Verantwortung. Denn: „Jede Auswahl einer Nachricht im journalistischen Arbeitsprozess ist gleichzeitig eine Entscheidung gegen viele andere mögliche Nachrichten.“ (Vock, 2007: 35)

7.1 Zentrale Entwicklungsschritte der Nachrichtenwerttheorie

Lippmann verwendete 1922 zum ersten Mal den Begriff Nachrichtenwert (News Value) und bezeichnete mit diesem die Publikationswürdigkeit eines Ereignisses. (vgl. Uhlmann, 2012: 114) Der Journalist stellte in seiner Abhandlung „Public Opinion“ fest, dass Medien-Akteure nur durch standardisierte Entscheidungsprozesse sowie Stereotypen der Vielzahl von verschiedenen möglichen Nachrichten Herr werden können. (vgl. Lippmann, 1922²: 352; vgl. Maier u.a., 2010: 29)

In die europäische Sozialwissenschaft gelangte der Ansatz erst deutlich später. Der Friedensforscher Einar Østgaard entwickelte 1965 einen Ansatz für den Einfluss von Nachrichtenfaktoren auf den Nachrichtenfluss. (vgl. Uhlmann, 2012: 30) Østgaard vermutete, dass vor allem äußere Faktoren vor allem von Seiten der Wirtschaft und der Politik bereits am Anfang den Nachrichtenfluss stören. Er sprach bereits von Faktoren, welche in den späteren

Forschungen als Nachrichtenfaktoren fest in die Nachrichtenwerttheorie verankert wurden. Er machte dabei drei Faktoren aus, welche Ereignisse berichtenswert machen: Vereinfachung, Identifikation sowie Sensationalismus. Diese Faktoren helfen den Ereignissen eine Nachrichtenschwelle zu überwinden. Journalisten hatten seiner Meinung nach zusätzlich die Möglichkeit durch „Verzerrung“ die Nachrichten interessanter zu gestalten. (vgl. Østgaard, 1965: 45; vgl. Maier u.a., 2010: 33f)

Die Friedensforscher Galtung und Ruge (1965) griffen den Ansatz von Østgaard noch im selben Jahr auf und entwickelten ihn weiter. Sie definierten zwölf Ereignismerkmale oder Auswahlkriterien und bezeichneten diese als Nachrichtenfaktoren: Frequenz, Schwellenfaktor, Eindeutigkeit, Bedeutsamkeit, Konsonanz, Überraschung, Kontinuität, Variation, Bezug zu Elite-Nationen, Bezug zu Elite-Personen, Personalisierung sowie Negativismus. Sie unterschieden die Nachrichtenfaktoren in kulturunabhängige (die ersten acht) und kulturabhängige (die letzten vier). (vgl. Kunczik / Zipfel, 2005²: 248f)

Zusätzlich stellten die Wissenschaftler fünf Hypothesen auf:

- „Selektivitätshypothese“: Je mehr ein Ereignis den genannten Kriterien entspricht, desto eher wird es zur Nachricht.
- „Verzerrungshypothese“: Nachdem ein Ereignis einmal zur Nachricht geworden ist, werden die Aspekte, die den Nachrichtenwert bestimmen, besonders herausgestellt.
- „Replikationshypothese“: Selektion und Verzerrung finden auf allen Stufen des Nachrichtenflusses statt (d.h. von der ersten Beobachtung bis zur Veröffentlichung) und verstärken sich mit jedem Übermittlungsstadium.
- „Additivitätshypothese“: Je mehr Nachrichtenfaktoren auf ein Ereignis zutreffen, desto wahrscheinlicher wird es zur Nachricht.
- „Komplementaritätshypothese“: Wenn ein Ereignis einen oder mehrere der Nachrichtenfaktoren nicht bzw. nur in geringem Maße besitzt, dann müssen die anderen Faktoren in umso stärkerem Maße vorhanden sein, damit das Ereignis zur Nachricht wird. Je weniger ein Ereignis z.B. Bezug auf Elite-Personen nimmt, desto negativer muss es z.B. sein, um zur Nachricht zu werden.“ (Kunczik / Zipfel, 2005²: 249)

Eine entscheidende Weiterentwicklung der empirischen Nachrichtenwertforschung gelang dem deutschen Kommunikationswissenschaftler Schulz mit seiner Studie 1976. Er untersuchte dabei erstmals sowohl politische als auch unpolitische Meldungen. (vgl. Maier u.a., 2010: 39) Mittels einer vierstufigen Skala bestimmte Schulz auch die Intensität eines Nachrichtenfaktors. (vgl. Kunczik / Zipfel, 2005²: 250)

Schulz (1976) führte eine konstruktivistische Sicht auf die Nachrichtenfaktoren ein und löste diese von einer scheinbaren Objektivität:

„Für ihn sind Nachrichtenfaktoren nur journalistische Hypothesen von Realität. Dies begründet er damit, dass Nachrichtenberichterstattung die Realität nicht eins zu eins abbildet und dass die zur Abbildung ausgewählten Stücke als Nachrichtenereignisse keine natürlich gegebenen Entitäten sind. Ereignisse passieren nicht ‚an sich‘, sondern entstehen dadurch, dass sie durch Beobachter aus der raumzeitlichen Kontinuität herausgenommen werden.“ (Uhlmann, 2012: 36)

Aus seiner Sicht ist es nicht möglich, die Nachrichtenauswahl mit der „wirklichen Welt“ zu vergleichen, da man dabei stets unterschiedliche Quellen miteinander in Bezug setzt. (vgl.

Kunczik / Zipfel, 2005²: 281) „Schulz spricht von einer Konstruktion von Realität durch die Massenmedien, wobei die Kriterien, anhand derer diese Konstruktion erfolgt, die Nachrichtenfaktoren sind.“ (Kunczik / Zipfel, 2005²: 281)

Eine weitere wesentliche Wendung in der Nachrichtenwertforschung setzte mit der Studie von Staab (1990) ein. Verbreitet war bis dahin die Annahme, es herrsche ein kausaler Zusammenhang zwischen den Ereignissen und dem Nachrichtenwert. Kepplinger (2011) stellte die rein kausale Perspektive folgendermaßen dar:

„Die Ursachen des Verhaltens von Journalisten – die Existenz der Nachrichtenfaktoren und ihr jeweiliger Nachrichtenwert – sind gegeben und liegen vor den Selektionsentscheidungen; die Selektionsentscheidungen folgen immer, bzw. mit einer angebbaren Regelmäßigkeit auf die gegebenen Bedingungen. Deshalb kann man die Selektionsentscheidungen im Sinne einer rein kausalen Erklärung als Wirkungen sowie die Nachrichtenfaktoren und ihre Nachrichtenwerte als Ursachen betrachten.“ (Kepplinger, 2011: 149)

Für eine kausale Sichtweise sprachen für Kepplinger (2011) vor allem zwei Argumente. Einerseits könne nur deshalb die Selektion der Nachrichten sowie ihre Gewichtung prognostiziert werden, weil ein sachlicher Zusammenhang zwischen den Ereignissen und ihrer Auswahl angenommen werde. Zweitens erkläre diese Perspektive den Umstand, dass sich Journalisten stark am Nachrichtenfaktor Negativität orientieren, trotz der auch für die Journalisten absehbaren gesellschaftlichen negativen Nebenwirkungen. (vgl. Kepplinger, 2011: 149) Staab (1990) stellte das reine Kausalmodell in Frage und ergänzte es mit einem Finalmodell, welches die Journalisten in eine noch aktivere Rolle setzte. (vgl. Maier u.a., 2010: 20)

„Journalisten wählen Ereignisse und Meldungen nicht nur deshalb aus, weil sie bestimmte Eigenschaften (Nachrichtenfaktoren) besitzen, sie sprechen auch Ereignissen oder Meldungen, die sie aufgrund ihres instrumentellen Charakters auswählen, diese Eigenschaften erst zu oder heben sie besonders hervor.“ (Staab, 1990⁴: 96 zit. nach Maier u.a., 2010: 20)

Staab (1990) baute auf den Ideen Kepplingers (1984) auf, der mit dem Begriff „Instrumentelle Aktualisierung“ die aktive Rolle der Journalisten im Selektionsprozess betonte. (vgl. Maier u.a., 2010: 20) Gegen ein reines Kausalmodell sprechen einige Gründe. Beispielsweise wäre ein Kampagnen-Journalismus bei einem Reiz-Reaktions-Mechanismus von Ereignis und journalistischer Berichterstattung nicht möglich. Auch die Absicht, durch den Journalismus die Politik beeinflussen zu wollen, wäre ohne eine instrumentelle Selektion der Nachrichten nicht wirklich umsetzbar. Kepplinger (2011) erklärte die finale Absicht der Journalisten beim Selektionsprozess folgendermaßen:

⁴ Staab, Joachim Friedrich (1990): Nachrichtenwert-Theorie: formale Struktur und empirischer Gehalt. Freiburg / München: Alber Broschur.

„Diese Absichten richten sich auf in der Zukunft liegende Ziele, die tatsächlichen oder möglichen Wirkungen der Berichterstattung. Die Ursache der Publikationsentscheidungen sind hier nicht die bereits vorhandenen, also aus der Vergangenheit stammenden Charakteristika der [sic] Geschehens oder der Berichte darüber, sondern ihre in der Zukunft liegenden, tatsächlichen oder vermeintlichen Wirkungen. Die Publikationsentscheidungen werden m. a. W. nicht kausal durch in der Vergangenheit liegende Ursachen, sondern final durch in der Zukunft liegende Zweckerfüllungen erklärt. Die Publikationen sind hier Mittel, ihre Folgen sind Zwecke. Den Entscheidungen liegen folglich Zweck-Mittel-Beziehungen zugrunde.“ (Kepplinger, 2011: 150)

Nur mit einem zusätzlichen finalen Charakter der Selektion könne den vorhandenen Absichten der Journalisten bei der Auswahl der Nachrichten Rechnung getragen werden. Es ist daher sowohl eine kausale als auch eine finale Sichtweise auf den Selektionsprozess sinnvoll, für die sowohl Staab (1990) als auch Kepplinger (1984) eintraten. (vgl. Maier u.a., 2010: 20f) Durch die „Würzung“ der publizierten Nachrichten mit kausalen Deutungsmustern kann ein instrumentell gewähltes Ereignis legitimiert werden:

„Im Ergebnis handelt es sich hierbei, auch wenn sich Journalisten normalerweise nicht an abstrakten Nachrichtenfaktoren, sondern an konkreten Ereignismerkmalen orientieren, um eine instrumentelle Aktualisierung von Nachrichtenfaktoren: Sie werden zielgerichtet eingesetzt, um einen intendierten Zweck zu erreichen – die Publikationswürdigkeit einer Meldung zu erhöhen.“ (Kepplinger, 2011: 157)

7.2 Die politische Bedeutung der Nachrichtenwerttheorie

Das Finalmodell bringt eine neue Perspektive in die Nachrichtenwerttheorie. Die Theorie richtet sich nicht mehr vornehmlich auf das Ereignis, sondern bringt zusätzlich eine instrumentelle Komponente der Journalisten und Medien ins Spiel. Die Nachrichtenwerte sollen deshalb in dieser Arbeit aus vielen unterschiedlichen Richtungen betrachtet werden. Einerseits zeigen sie, wie später noch genauer dargestellt wird, dass bestimmte Merkmale bzw. Nachrichtenfaktoren, die einem Ereignis zugesprochen werden, eine Berichterstattung über jenes Ereignis wahrscheinlicher macht. Journalisten können sich bei der Betrachtung des Ereignisses besonders auf die Nachrichtenfaktoren konzentrieren und so zum Beispiel eine negative Komponente hervorheben. Galtung und Ruge würden diese Konzentration auf bestimmte Merkmale wahrscheinlich „Verzerrung“ nennen. Geht man von einer konstruktivistischen Weltansicht aus, stellt die Beschreibung der „Wirklichkeit“ ein schwierigeres bzw. unmögliches Unterfangen dar. Die Nachrichtenwertfaktoren sind so bekannt, dass Journalisten diese auch als Legitimation vor ihren Vorgesetzten verwenden können. So könne sie begründen, warum sie sich für bestimmte Nachrichten und gegen andere entschieden haben. Letztlich ist es auch möglich Ereignisse aufgrund eigener Überzeugungen, ein Beispiel könnte die TTIP Kampagne der Kronen Zeitung sein, instrumentell auszuwählen und durch das Hervorheben von allgemein bekannten Nachrichtenwertfaktoren plausibel zu machen. Doch nicht nur für Medien-Akteure ist die Nachrichtenwerttheorie von großer Bedeutung.

Sowohl PR-Berater als auch Politiker wollen vom Einmaleins der Nachrichtenwerttheorie profitieren. Sie können diese als „Klaviatur“ verwenden und durch eine Anpassung ihrer Botschaften so die Wahrscheinlichkeit auf eine Berichterstattung steigern. (vgl. Sarcinelli, 2011³: 163) Schaffen sie es, die Selektionsweise der Journalisten halbwegs zu deuten, können sie ihre Botschaften sowie ihre politischen Handlungen darauf ausrichten und dadurch an Einflussmacht gewinnen. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 80) Entschlüsseln sie die Logik der Medien, können PR-Berater und Politiker die in der Medialisierung angedeutete Verschiebung der Kräfteverhältnisse auf den Kopf stellen. Sarcinelli (2011) betonte die Bedeutung der Nachrichtenfaktoren für die Politik:

„Wer aber Publizität sucht, wer die politische Berichterstattung beeinflussen will, muss sich – auch – an publizitätsträchtigen Nachrichtenfaktoren [...] orientieren: Aktualität, Personalisierung und Prominenz, Negativismus, Konflikt etc. Ohne sich der ‚Klaviatur‘ von Nachrichtenwerten zu bedienen, ist es faktisch nicht mehr möglich, kampagnenfähig zu sein. Kampagnenfähigkeit aber ist eine Schlüsselqualifikation für politische Akteure in der Mediengesellschaft.“ (Sarcinelli, 2011: 163)

Lengauer und Plasser (2010) haben im Zuge einer Studie diesbezüglich österreichische Journalisten, Politiker sowie politische PR-Berater nach ihrer Einschätzung der Nachrichtenfaktoren gefragt. Die 2008 erhobenen Daten wurden mittels offener Fragestellung an 154 innenpolitische Journalisten und 146 Politiker und Politik-Berater gesammelt. Dabei waren Mehrfachantworten möglich. Als wichtigsten redaktionellen Nachrichtenfaktor gaben 74 % der Journalisten die „Aktualität des Ereignisses“ an, gefolgt von der „potenziellen Tragweite und Konsequenzen“ (58 %) sowie „Betroffenheit, räumliche Nähe“ (50 %). Bemerkenswerterweise nannten nur 18 % der befragten Journalisten den „Konfliktgehalt“ und nur 5 % den „Negativitätsgehalt“ als entscheidenden Nachrichtenfaktor. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass die Journalisten ihre Ideale angaben und so die Studienergebnisse nicht die „redaktionelle Realität“ widerspiegeln. Politiker schätzten hingegen den „Konfliktgehalt“ einer Nachricht (49 %) als wesentlich entscheidender für die redaktionelle Nachrichtenselektion der Journalisten ein. Den „Negativitätsgehalt“ sahen 16 % der Politiker als wichtigen Entscheidungsfaktor. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 82) Nicht unerwähnt soll die Überlegung bleiben, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit die Entscheidungslogik von Medium zu Medium variieren kann. Kepplinger (2008) stellte fest, dass der Nachrichtenwert des jeweiligen Nachrichtenfaktors spezifisch für das jeweilige Medium ist. (vgl. Maier u.a., 2010: 19) Er argumentiert, „[...] dass davon auszugehen sei, dass bestimmte Nachrichtenfaktoren z.B. für Boulevardzeitungen wichtiger seien als für Qualitätszeitungen.“ (Maier u.a., 2010: 19) Bezieht man die Unterscheidung zwischen Qualitäts- und Boulevardzeitung aus den vorherigen Kapiteln dieser Arbeit in die Überlegung mit ein, ist diese Schlussfolgerung von Kepplinger (2008) durchaus schlüssig. Zusätzlich soll bei der Instrumentalisierung der Nachrichtenfaktoren zwischen Regierungs- und Oppositionspolitiker differenziert werden. Bekannte Spitzenpolitiker haben einen höheren Nachrichtenwert als eher unbekannte Parteikollegen. Genauso werden es Regierungsparteien durch ihre

gesellschaftliche Bedeutung sowie der Tragweite ihrer Handlungen leichter haben mit ihren Botschaften in die Medien zu gelangen als Oppositionsparteien, welche um die mediale Aufmerksamkeit kämpfen müssen. (vgl. Donges, 2008: 220)

7.3 Nachrichtenfaktoren und TTIP

Im Laufe der Zeit wurden die Nachrichtenfaktoren von verschiedenen Wissenschaftlern empirisch auf die Probe gestellt sowie theoretisch hinterfragt. Die von Galtung und Ruge (1965) sowie von Østgaard (1965) aufgestellten Kataloge der Nachrichtenfaktoren wurden dabei ausdifferenziert. (vgl. Maier u.a., 2010: 97) Die folgende Darstellung von Maier (2003) gibt eine detaillierte Übersicht über die Entwicklung der Nachrichtenfaktoren:

Tab. 2.1: Entwicklung der Nachrichtenfaktoren

Østgaard (1965)	Galtung/Ruge (1965)	Schulz (1976)	Staab (1990)	Elders (1997)	LfR (2001)
<u>Identifikation:</u> Status der Ereignisnation	Elitenationen	Nationale Zentralität Neu: Regionale Zentral.	Status der Ereignisnation Status der Ereignisregion	Trifft nicht zu Ortsstatus	Status der Ereignisnation Ortsstatus
<u>Identifikation:</u> räumliche, kulturelle und zeitliche Nähe	<u>Bedeutsamkeit:</u> Kulturelle Nähe, Ethno- zentrismus	Räumliche Nähe Politische Nähe Kulturelle Nähe Ethnozentrismus	Räumliche Nähe Politische Nähe Kulturelle Nähe Neu: Wirtschaftl. Nähe	Trifft nicht zu	Deutsche Beteiligung Räumliche Nähe Politische Nähe Kulturelle Nähe Wirtschaftl. Nähe
	Frequenz/Dauer	Dauer Thematisierung	Etablierung des Themas Zusammenhang Themen	Etablierung des Themas	Etablierung des Themas
<u>Identifikation:</u> Einfluss	Elitepersonen	Persönlicher Einfluss Prominenz	Institutioneller Einfluss Persönlicher Einfluss Prominenz	Einfluss Prominenz	Einfluss Prominenz
<u>Identifikation:</u> Personalisierung	Personalisierung	Personalisierung	Personalisierung	Personalisierung	Personalisierung
			Neu: Faktizität (bei Schulz 1976 als Mischkategorie)	Faktizität	Faktizität
	<u>Bedeutsamkeit:</u> Relevanz	Relevanz	Reichweite	Reichweite	Reichweite
	Überraschung: 1. Unvorhersehbarkeit 2. Seltenheit	Überraschung	Überraschung	Überraschung	Überraschung
		Neu: Erfolg	Tatsächl. Nutzen/Erfolg Möglicher Nutzen/Erfolg	Nutzen	Nutzen/Erfolg
<u>Sensationalismus:</u> Schaden	Negativismus	Schaden	Tatsächlicher Schaden/ Misserfolg, Möglicher Schaden/ Misserfolg	Schaden	Schaden/Mißerfolg
<u>Sensationalismus:</u> Konflikt		Konflikt Kriminalität	Kontroverse Aggression Demonstration	Kontroverse	Kontroverse
<u>Sensationalismus:</u> Emotionen				Emotionen Neu: Sex/Erotik (vgl. Emmerich1984)	Demonstration Darstellung v. Emotionen Darstellung v. Sex/Erotik Neu: Visualität

Abb. 2: Entwicklung der Nachrichtenfaktoren

(Quelle: Maier, 2003: 46)

Bei einer von Plasser und Lengauer (2010) durchgeführten Befragung 2008 gaben österreichische Journalisten an, folgende Nachrichtenfaktoren hätten Einfluss auf ihre Selektionsentscheidungen. Die Reihenfolge entspricht dabei „von hoch nach niedrig“. „Neuigkeitswert – Aktualität“, „potentielle Tragweite und Konsequenzen“, „Betroffenheit, räumliche Nähe“, „Überraschungsgehalt“, „inhaltliche Substanz“, „mediale Vermittelbarkeit, Visualisierbarkeit, Personalisierung“, „Status und Prominenz der Akteure“, „Konfliktgehalt“,

„Exklusivität“, „Glaubwürdigkeit der Quellen“, „Stimmigkeit mit der Nachrichtenlage“, „Emotionsgehalt“, „Unterhaltungswert“, „Negativitätsgehalt“, „Auswirkungen auf Reichweite/Quote“. (Plasser / Lengauer, 2010b: 82)

Schulz (1976) berücksichtigte die „Negativität“ in seinem Nachrichtenkatalog, differenzierte sie aber durch die Elemente „Konflikt“, „Kriminalität“ sowie „Schaden“ aus. Zusätzlich fügte er auch „Erfolg“ als Nachrichtenwert hinzu. (vgl. Schulz, 1976: 34) Eine 2003 durchgeführte Studie von Lengauer, Pallaver und Pig (2004) zeigte die Bedeutung negativer Tonalität in der politischen Berichterstattung. Knapp 45 % der ausgewerteten Beiträge der Tageszeitungen verbreiteten „[...] ein insgesamt *negatives* [Hervorhebung im Original] Bild der Politik.“ (Lengauer / Pallaver / Pig, 2004: 176) 42 % der Beiträge wiesen eine Konfliktzentrierung auf. (vgl. Lengauer / Pallaver / Pig, 2004: 177) Einschränkend muss festgehalten werden, dass die Befragung neun Jahre vor Start der untersuchten TTIP-Debatte stattgefunden hat. Sollte sich das Verhalten der Journalisten nicht wesentlich verändert haben, wäre es schlüssig davon auszugehen, dass in der Berichterstattung über TTIP vor allem negative Elemente besonders hervorgehoben bzw. ausgewählt wurden. Der Fokus könnte, so die Ableitung von den Nachrichtenfaktoren, vermehrt auf dem prognostizierten Schaden als auf den erhofften Vorteilen von TTIP liegen. Der Nachrichtenfaktor Negativismus könnte auch die Chance der gegen TTIP eingestellten Politiker auf die Berichterstattung ihrer Botschaften erhöhen.

Folgt man den Nachrichtenfaktoren wäre es ebenfalls schlüssig zu vermuten, dass die komplexen und abstrakten Verhandlungsgegenstände auf für speziell österreichische Bürger greifbare Beispiele heruntergebrochen wurden. Dabei könnten die Nachrichtenfaktoren Nähe und Relevanz eine bedeutende Rolle spielen.

Regierungsparteien und vor allem ihre Spitzenkandidaten verfügen aufgrund ihres persönlichen Einflusses und Prominenz einen erheblichen Vorteil gegenüber Oppositionsparteien. „Aussagen von Regierungsmitgliedern besitzen eine höhere redaktionelle Beachtungschance als Aussagen oppositioneller parlamentarischer Sprecher.“ (Plasser / Hüffel / Lengauer, 2004: 319) Es kann daher vermutet werden, dass Oppositionsparteien bei der Themensetzung auf andere Nachrichtenfaktoren zurückgreifen müssen.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Nachrichtenfaktoren einen wesentlichen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Parteien darstellen. „Für marktorientierte Medien [...] müssen die von den Parteien kommunizierten Inhalte bestimmten Nachrichtenwerten genügen, um sich gegen andere Neuigkeiten durchsetzen und in die Berichterstattung gelangen zu können.“ (Melischek / Rußmann / Seethaler, 2010: 124)

8 Agenda Setting

Im Abschnitt Medialisierung wurde die wachsende Bedeutung der Medien für die politische Agenda skizziert. Im Zuge des Agenda-Setting-Ansatzes soll der angenommene Einfluss der Massenmedien auf die Rezipienten detaillierter betrachtet werden. Diese zugesprochene Medienwirkung auf die wahlberechtigten Bürger hat wiederum eine Auswirkung auf die Politik. Im Rahmen des Agenda-Buildings wird der Ansatz um die Einflussmöglichkeit der Politik auf die Medienagenda erweitert.

8.1 Agenda Setting – Die Macht der Themenselektion

Der Agenda-Setting-Ansatz fußt auf der Idee, dass die moderne Welt soweit an Komplexität zugenommen hat, „[...] dass die Menschen die Massenmedien als Orientierungshilfe benötigen.“ (Maurer, 2010: 18) Die Massenmedien bieten den Bürgern eine Wirklichkeitskonstruktion an, mithilfe der sie ihre eigene Weltsicht entwerfen können. Aus konstruktivistischer Sicht ist es dabei unmöglich „die Realität“ abzubilden. Massenmedien bieten ihrem Publikum ausgewählte Ausschnitte an und müssen dafür im Vorhinein Selektionsentscheidungen treffen. (vgl. Maurer, 2010: 18; vgl. Lippmann, 1922²: 11)

Die Medienwirkungsforschung befand sich bis Ende der 60er Jahre in einer Art Sinnkrise. Studien über die Wirkung von Massenmedien deuteten an, dass die direkte Kommunikation einen höheren Einfluss auf die Meinungen der Bürger hätte als die Massenkommunikation. Zusätzlich sprach vieles dafür, dass Menschen in der Regel an bestehenden Einstellungen festhielten und Medien diese vorhandenen Muster womöglich verstärken könnten, aber – wenn überhaupt – nur einen geringen Einfluss auf Veränderungen von einmal gefällten Urteilen des Publikums hätten. Neue Medienwirkungstheorien, die Ende der 60er bzw. Anfang der 70er Jahre entwickelt wurden, lösten eine Renaissance der Medienwirkungsforschung aus. (vgl. Maurer, 2010: 19) „Bis Ende der 1960er Jahre beschäftigte sie sich nahezu ausschließlich mit der Frage, ob und wie Massenmedien die Einstellungen und Verhaltensweisen der Rezipienten verändern.“ (Maurer, 2010: 10) Die Forschungsarbeit von McCombs und Shaw (1972) zum amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1968 führte zu einem Wendepunkt in der Medienwirkungsforschung. (vgl. Rössler, 1997: 16) Sie griffen dabei die Idee von Cohen (1963) auf, der die heute bekannte These postulierte: „[T]he press is significantly more than a purveyor of information and opinion. It may not be successful much of the time in telling people what to think, but it is stunningly successful in telling its readers what to think *about* [Hervorhebung im Original].“ (Cohen, 1963: 13) Massenmedien haben nach dieser Idee einen großen Einfluss auf die Themensetzung des Publikums, wobei die Auswirkungen der Berichterstattung auf die Einstellungen der Bürger begrenzt seien. Die

Medienwirkung auf Verhalten und Einstellung der Rezipienten gerät dabei in den Hintergrund. (vgl. Rössler, 1997: 16f)

In dieselbe Kerbe schlugen McCombs und Shaw (1972) mit ihrer Kernaussage des Agenda-Setting-Ansatzes:

„While the mass media may have little influence on the direction or intensity of attitudes, it is hypothesized that the mass media set the agenda for each political campaign, influencing the salience of attitudes toward the political issues [Hervorhebung im Original].“ (McCombs / Shaw, 1972: 177)

McCombs und Shaw (1972) ermittelten in ihrer Studie einen linearen Zusammenhang des Einflusses der Medienagenda auf die Publikumsagenda. Bei der Auswertung stellten sie eine fast perfekte Übereinstimmung fest. Allerdings wies die Studie methodische Mängel auf, weshalb die Ergebnisse nur unter Vorbehalt als ein Indiz für einen tatsächlichen Agenda-Setting-Effekt verwendet werden können. In den späteren Studien wurde von dieser eindimensionalen Perspektive Abstand genommen und auch der Einfluss der Publikumsagenda auf die Medienagenda bewertet. (vgl. Maurer, 2010: 43)

McCombs und Shaw (1977) stellten in ihrer Abhandlung drei verschiedene Modelle des Agenda-Setting-Ansatzes vor:

- *„Das Awareness-Modell (Aufmerksamkeitsmodell) ist das einfachste Modell und unterstellt lediglich, dass die Rezipienten durch die Medienberichterstattung auf bestimmte Themen aufmerksam werden.“*
- *Das Salience Modell (Thematisierungsmodell) unterstellt darüber hinaus, dass die Themen, die in den Medien unterschiedlich häufig berichtet werden, von der Bevölkerung auch als unterschiedlich wichtig empfunden werden.*
- *Das Priorities-Modell (Themenstrukturierungsmodell) unterstellt wiederum darüber hinaus auch, dass sich die Themen-Rangfolge der Medienagenda exakt in der Themenrangfolge der Publikumsagenda widerspiegelt.“ (Maurer, 2010: 16)*

Wendet man diese drei Modelle bei der Diskussion über TTIP an, würden beim „Awareness-Modell“ die Bürger über die Massenmedien auf die Diskussionspunkte aufmerksam gemacht werden. Da TTIP aus unterschiedlichen Richtungen beleuchtet werden kann, wird aufgrund des Salience Modell angenommen, dass die Häufigkeit der Berichterstattung über bestimmte Themen wie Schiedsgerichte und Lebensmittelstandards sich bei der Einstufung der Wichtigkeit bei den Rezipienten niederschlägt. Das Priorities-Modell geht dabei noch einen Schritt weiter. Es postuliert, dass die von den Massenmedien häufig publizierten Themen von der Publikumsagenda übernommen wird. Nach dieser Annahme hätten die Medien eine unglaubliche Macht bei der gesellschaftlichen Themensetzung. Da Parteien seitens der Bevölkerung unterschiedliche Kompetenzen zugeschrieben werden, ist die Themensetzung von enormer politischer Brisanz. Während angenommen werden kann, dass den Grünen Umweltfragen bei der TTIP-Debatte entgegenkommen könnten, wäre es plausibel, wenn sich die SPÖ vor allem soziale Themen wie Sicherheit der Arbeitsplätze in den Debatten wünschen würde.

Den Massenmedien wird also im Zuge des Agenda-Setting-Ansatzes eine bedeutende Rolle bei der politischen Themensetzung zugeschrieben. Da Menschen nicht über alle möglichen Themen- bzw. Problemfelder gleichzeitig nachdenken können, sind sie zur Priorisierung gezwungen. Vereinfacht ausgedrückt besitzen die Bürger eine interne Prioritätenliste, nach der sie die Themen nach ihrer zugeschriebenen Relevanz sortieren. Sowie die Bürger nicht gleichzeitig alle Themen kognitiv verarbeiten können, sind die Massenmedien gezwungen bestimmte Themen in den Vordergrund der Berichterstattung zu rücken und andere wiederum zu vernachlässigen. Die Prioritätenliste der Massenmedien nennt man Medienagenda. Die einfachste Form des Agenda-Setting-Ansatzes postuliert, dass sich die Publikumsagenda stark nach der Medienagenda richtet. (vgl. Maurer, 2010: 10ff) „Diejenigen Themen der politischen Diskussion, welche die Medien hervorheben, werden in der Folge auch von den Rezipienten als wichtig betrachtet.“ (Maletzke, 1983: 118)

Um dem Agenda-Setting-Ansatz genauer auf dem Grund zu gehen, sollen zunächst die zentralen Begrifflichkeiten Thema bzw. Issue, Agenda, Agenda Setting, Publikumsagenda sowie Medienagenda erläutert werden. Unter „Thema“ (englisch Issue) versteht man beim Agenda-Setting-Ansatz politische Streitfragen sowie Problemfelder. Die Problemfelder können relativ weit gefasst und abstrakt interpretiert werden. Beispiele bei der TTIP-Diskussion wären Umwelt- oder Wirtschaftspolitik. Es können aber auch sehr konkrete Problemfälle wie der Einsatz von Chlor bei der Desinfektion von Hühnchen gemeint sein.

Der Begriff „Agenda“ bezeichnet die Rangfolge der Themenprioritäten. Im Zuge des Agenda-Setting-Ansatzes stehen vor allem die Publikumsagenda sowie die Medienagenda im Vordergrund. Auch die Policy-Agenda, worunter man die Prioritätenliste der politischen Akteure versteht, fällt darunter. Diese wurde von den Wissenschaftlern jedoch erst später identifiziert. (vgl. Maurer, 2010: 11) In der klassischen Form versteht man unter Agenda-Setting den „Einfluss der Medienagenda auf die Publikumsagenda“. (Maurer, 2010: 11) Während die Medienagenda bei wissenschaftlichen Arbeiten vor allem durch Inhaltsanalysen ermittelt wird, wird die Publikumsagenda mit Hilfe einer Umfrage rekonstruiert. Bei der Erstellung der Policy-Agenda werden unter anderem die Parlamentsdebatten herangezogen. (vgl. Jäckel, 2011⁵: 196)

Der starke Einfluss der Medienagenda auf die Publikumsagenda ist aufgrund verschiedener Annahmen plausibel. In einer globalisierten Welt müssen die Bürger vermehrt auf Sekundärerfahrungen zurückgreifen, da sich die meisten Problemfelder ihren Primärerfahrungen entziehen. Ohne Medien hätten wahrscheinlich die wenigsten Österreicher überhaupt Wind von den TTIP-Verhandlungen bekommen. Studien zeigen, dass die Massenmedien noch vor Primärerfahrungen als auch persönlichen Gesprächen als wichtigste politische Informationsquelle herangezogen werden. Die Übernahme der Medienagenda ist nicht obligatorisch und wird teilweise mithilfe eines lerntheoretischen Ansatzes erklärt. Die

Motivation der Bürger, sich die Medienagenda zu eigen zu machen, beruht auf dem Verlangen, rechtzeitig auf Probleme aufmerksam zu werden und an gesellschaftlichen Diskussionen teilnehmen zu können. (vgl. Maurer, 2010: 13f) Scheufele (2000) geht von einem Accessibility-Effekt aus, also der Annahme in die „[...] begrenzten Fähigkeiten der Rezipienten, Informationen aufzunehmen, zu verarbeiten und zu erinnern. Menschen machen sich vor allem deshalb über Themen Gedanken, die ihnen kognitiv relativ leicht zugänglich sind.“ (Maurer, 2010: 14) Die Rezipienten können allerdings nicht beliebig viele Themen im Kopf haben. Deshalb wird von einem „Nullsummenspiel“ gesprochen. Neue Themen treten auf Kosten von anderen in den Vordergrund. (vgl. Rössler, 1997: 42) Massenmedien erhalten der Logik folgend eine enorme gesellschaftliche Selektionsmacht:

„By deciding what they will decide about, legislators also establish the terms and the most prominent participants in debate and, ultimately, the distribution of power and influence in the society.“ (Walker, 1977: 423)

Medien sind dabei keine apolitischen Akteure, wie bereits bei der Nachrichtenwerttheorie festgehalten wurde, sondern folgen eigenen Interessen. Die empirische Studie dieser Arbeit soll daher unter anderem die Frage behandeln, inwieweit die TTIP-Kampagne der Kronen Zeitung die politische Agenda beeinflussen konnte.

Eine 2007 durchgeführte Meta-Analyse von Wanta und Ghanem (2007), welche die Ergebnisse von über 90 Agenda-Setting-Studien auswertete, zeigte einen überdurchschnittlich hohen Zusammenhang zwischen Medienagenda und Publikumsagenda. Der Einfluss der Massenmedien auf die Publikumsagenda hält sich seit über 60 Jahren in der wissenschaftlichen Debatte. (vgl. Maurer, 2010: 40) Auch Melischek, Rußmann und Seethaler (2010) halten den Einfluss der Massenmedien auf die Publikumsagenda für plausibel:

„Nach vier Jahrzehnten empirischer Forschung kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass – unter Berücksichtigung individueller und situationaler Faktoren auf Publikumsseite – jene Themen, die in den Massenmedien hohe Aufmerksamkeit erfahren, auch von der Bevölkerung als besonders bedeutsam wahrgenommen werden und nicht zuletzt die Bewertung der mit ihnen verbundenen Akteure beeinflussen können.“ (Melischek / Rußmann / Seethaler, 2010: 103)

8.2 Agenda Building

Während beim Agenda-Setting-Ansatz der Einfluss der Medienagenda auf die Publikumsagenda im Fokus steht, beschäftigt sich der Agenda-Building-Ansatz mit der Entstehung der Medienagenda. Wie bereits im vorherigen Abschnitt angedeutet, haben verschiedene Akteure ein großes Interesse die Medienagenda zu beeinflussen. Besonders relevant für diese Arbeit ist der Einfluss der Politik auf die Medienagenda. Lang und Lang (1981) haben den Begriff Agenda Building für die Themensetzung der Parteien geprägt. (vgl. Rußmann, 2012: 142)

Maurer (2010) versteht unter Agenda Building „[...] im engeren Sinne die Versuche politischer Akteure, ihrer Ansicht nach wichtige bzw. für sie günstige Themen auf der Medienagenda zu platzieren, im weiteren Sinne das Zustandekommen der Medienagenda insgesamt“. (Maurer, 2010: 65)

Bei einer 2003 durchgeführten Studie über das Rollenverständnis von innenpolitischen, österreichischen Journalisten gaben nur etwas über 2 % der befragten Medien-Akteure an, die Themensetzung sei für sie eine elementare Aufgabe. Das Ergebnis lässt den Schluss zu, die Journalisten überlassen die aktive politische Themensetzung den politischen Akteuren und deren PR-Beratern. (vgl. Plasser / Lengauer / Meixner, 2004: 262) Eine entscheidende Aufgabe von PR-Beratern der Politik ist die mediale Aufmerksamkeit auf bestimmte Themenfelder zu lenken oder aufrechtzuerhalten. (vgl. Plasser / Hüffel / Lengauer, 2004: 340) Da sich die Kronen Zeitung allerdings dazu bekannt hat, eine Kampagne gegen TTIP gestartet zu haben, spricht in dem speziellen Fall der TTIP-Berichterstattung viel dafür, dass zumindest Journalisten der Boulevardzeitung die Medienagenda für ihre Zwecke nutzen.

Melischek, Rußmann und Seethaler (2010) untersuchten die Agenda-Building-Funktion der österreichischen Parteien mit Hilfe einer Langzeitstudie. Sie werteten den Einfluss der Themensetzung der Parteien bei Nationalratswahlkämpfen auf die Medienagenda von 1970-2008 aus. (vgl. Melischek / Rußmann / Seethaler, 2010: 104) Die Themenagenden der Parteien wurden über eine quantitative Inhaltsanalysen ihrer Presseaussendungen eruiert. Die Medienagenden wurde ebenfalls anhand einer quantitativen Inhaltsanalyse festgehalten. Für die Studie wurden 2008 unter anderem die Kronen Zeitung, der Standard sowie der Kurier herangezogen. (vgl. Melischek / Rußmann / Seethaler, 2010: 107, 112) Parteien gingen dabei sehr selektiv vor und steuerten mit ihren Botschaften spezifische Medien an, um ihr soziodemographisch unterschiedlich strukturiertes Zielpublikum zu erreichen. (vgl. Melischek / Rußmann / und Seethaler, 2010: 123) Die Anzahl der Media-Building-Erfolge vor allem bei den traditionellen Medien stieg über die Jahre konstant. Dies ist bemerkenswert, da den Medien mit der Medialisierungs-These eine Zunahme an politischer Freiheit zugesprochen wird, welche sich allerdings nicht auf die Themenführerschaft niederschlug. Ein wesentlicher Grund dafür könnte die Professionalisierung des Themenmanagements der Parteien sein, die sich wiederum aus der Medialisierungs-These ableiten lässt. (vgl. Melischek / Rußmann / Seethaler, 2010: 137) Das Resümee von Melischek / Rußmann / Seethaler (2010) fiel folgendermaßen aus:

„Auch wenn in diesem Beitrag eine Reihe von Indizien angesprochen sind, die für eine ‚Mediatisierung‘ der Politik, also für ihre Anpassung an massenmediale Präsentationsformen und journalistische Selektions- und Interpretationskriterien sprechen, so steht eine langfristig angelegte Überprüfung dieses Prozesses, die beide [Hervorhebung im Original] beteiligten Seiten einbezieht, noch aus.“ (Melischek / Rußmann / Seethaler, 2010: 138)

Diese Arbeit soll einen Beitrag dazu leisten, dieser offenen Frage nachzugehen. Es soll mit Hilfe einer chronologischen Themenanalyse der beidseitige Einfluss zwischen den von den

Medien ausgewählten Themen und der von der Politik in die Debatte getragenen Themen untersucht werden. Allerdings ist diese Studie auf einem spezifischen Fall, nämlich der Kommunikation über das Handelsabkommen TTIP, sowie über einen kurzen Zeitraum ausgelegt.

Im Rahmen des Agenda-Setting-Ansatzes wird auch diskutiert, inwieweit sich die Massenmedien gegenseitig beeinflussen. Intermedia Agenda Setting beschäftigt sich mit der Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Medien. (vgl. Jäckel, 2011⁵: 218) „Es geht um die Identifikation von Medienangeboten, die innerhalb des Mediensystems orientierende oder auch tonangebende Funktionen (Stichwort: Meinungsführermedien) übernehmen.“ (Jäckel, 2011⁵: 218)

9 Frames und Framing

Während der klassische Agenda-Setting-Ansatz davon ausgeht, dass die Medien einen Einfluss darauf haben, worüber nachgedacht wird, geht der Framing-Ansatz einen Schritt weiter. Der Framing-Ansatz bezieht sich zusätzlich auf die inhaltliche, thematische Rahmung, also auch darauf wie bzw. in welchem Deutungsrahmen über bestimmte Themen gedacht wird. (vgl. Lengauer, 2007: 88; vgl. Maier u.a., 2010: 127) Aus dieser Perspektive könnte die „[...] *agenda-setting*-Forschung [Hervorhebung im Original] die Grundlage für das weiterführende Konzept des *framings* [Hervorhebung im Original] [...]“ darstellen. (Lengauer, 2007: 88) Während sich der Agenda-Setting-Ansatz am Anfang dadurch definierte, dass er Abstand von der Idee, Medien hätten einen Einfluss auf Handlungen, Werte sowie Einstellungen, nahm, geriet diese Positionierung in der Mitte der 90er Jahren ins Wanken. Unter den Begriffen Second-Level Agenda-Setting und Attribute Agenda-Setting wird seitdem auch der Einfluss auf die Einstellungen der Mediennutzer erforscht. (vgl. Maurer, 2010: 69; vgl. Lengauer, 2007: 91) McCombs (1994)

„[...] bezeichnete diese Art der Einflussnahme der Medien als Second-Level Agenda-Setting, weil es sich seiner Ansicht nach um eine zweite Ebene im Agenda-Setting-Prozess handelte: Auf der ersten Ebene werden die Vorstellungen von der Relevanz von Sachthemen geprägt, auf der zweiten Ebene wertende Vorstellungen von Personen, Themen oder Ereignissen.“ (Maurer, 2010: 69)

Kritisiert wird bei dieser Erweiterung, dass es sich um keinen vorgelagerten und nachgelagerten Prozess handelt, sondern dieser „[...] muss als synchron und wechselseitig interpretiert werden, was die konzeptionelle Unterteilung in *first-level* und *second-level agenda-setting* [Hervorhebung im Original] problematisch erscheinen lässt.“ (Lengauer, 2007: 91; vgl. Maier, 2010: 127) In gewissem Sinne gibt es daher eine Überschneidung zwischen dem Framing und dem Agenda-Setting-Ansatz, wobei in dieser Arbeit der Framing Ansatz für die Frage, wie die Medien bzw. die Politik über bestimmte Themen berichten, verwendet werden soll.

Es gibt viele unterschiedliche Definitionen von Framing. Eine äußerst bekannte und oft zitierte Definition stammt von Entman (1993):

„Framing essentially involves selection and salience. To frame is to select some aspects of perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described.“ (Entman, 1993: 52)

Entman (1993) betonte die Selektion und das Herausstreichen von Aspekten der wahrgenommenen Realität. Darüber hinaus könne ein Frame eine Problemdefinition, eine kausale Zuschreibung, eine moralische Bewertung sowie eine Handlungsempfehlung enthalten. Alle Elemente seien allerdings nicht zwingend notwendig für einen Frame. (vgl. Entman, 1993: 52)

Eine weitere prominente Definition stammt von Gamson und Modigliani (1989):

„[...] [M]edia discourse can be conceived of as a set of interpretive packages that give meaning to an issue. A package has an internal structure. At its core is a central organizing idea, or frame, for making sense of relevant events, suggesting what is at issue.“ (Gamson / Modigliani, 1989: 3)

In ihrer Abhandlung gingen sie noch genauer auf die Elemente eines Frames ein: „[...] [A] package offers a number of different condensing symbols that suggest the core frame and positions in shorthand, making it possible to display the package as a whole with a deft metaphor, catch-phrase, or other symbolic device.“ (Gamson / Modigliani, 1989: 3) Gamson und Modigliani (1989) definierten einen Frame als „central organizing idea“. Dabei können Metaphern, Schlagwörter, Beispiele sowie andere Symbole diesen Frame repräsentieren. (vgl. Gamson / Modigliani, 1989: 3)

Diese Arbeit stützt sich auf beide Definitionen. Die Selektion und das Herausstreichen einer Problemdefinition ist ein wichtiges Element der Forschung, wenn danach gefragt wird, welcher Akteur bestimmte Problemdefinitionen als erster aufgestellt hat und welche Akteure sie daraufhin ebenfalls verwendet haben. Die Aspekte von Entman (1993) helfen dabei, alle Elemente eines Frames zu erkennen. (vgl. Entman, 1993: 52) Da in dieser Arbeit Schlagwörter / Metaphern und Beispiele sowie ihre Verwendung durch die verschiedenen Akteure im Vordergrund stehen, wird für die empirische Forschung vor allem die Definition von Gamson und Modigliani (1989) herangezogen. Rhetorischen Mittel wie Schlagwörter, Metaphern oder Beispiele stehen als Repräsentant des jeweiligen Frames und haben eine elementare Bedeutung für den Diskurs. (vgl. Gamson / Modigliani, 1989: 3) Beide Definitionen beziehen sich allerdings speziell auf Medien-Frames. Matthes (2014) versteht unter Frames:

„‘Sinnhorizonte‘ von Akteuren [...], die gewisse Informationen und Positionen hervorheben und andere ausblenden. Frames finden sich bei strategischen Kommunikatoren, in den Medieninhalten sowie bei den Rezipienten. Damit lassen sich Frames sowohl im kognitiven Apparat des Menschen ausmachen als auch in kommunizierten Inhalten. Der Framing-Ansatz beschäftigt sich dementsprechend mit der Genese, Veränderung und den Effekten von Frames auf der Ebene der Kommunikatoren, des Medieninhaltes und der Rezipienten.“ (Matthes, 2014: 10)

Die Framing-Forschung zielt also nicht nur auf die Medienframes ab, sondern bezieht sich auf alle Akteure. Der kognitive Apparat der Protagonisten, speziell der Journalisten und der Politiker, spielt in dem Sinne eine Rolle, da das Wissen und die Einstellungen der Akteure die Kommunikation maßgeblich beeinflusst. Der Fokus dieser Forschungsarbeit liegt allerdings auf den Frames, welche in den kommunizierten Inhalten festgemacht werden können – genauer gesagt den Medienframes und den Politikframes der Debatten im Parlament über TTIP. (vgl. Matthes, 2014: 10) Deshalb kann das heterogene Begriffsverständnis über Frames und Framing für diese Arbeit auf diesen Bereich eingegrenzt werden. Es soll nur am Rande erwähnt werden, dass sich der Framing-Begriff noch wesentlich weiter fassen lässt. Er findet nicht nur in der Kommunikationswissenschaft sondern auch in verschiedenen akademischen Disziplinen wie beispielsweise der Psychologie oder der Soziologie Anwendung. (vgl. Potthoff, 2012: 29) Medien Frames und ihre Entstehung

9.1 Medienframes und Politikframes

Dieser Abschnitt soll das strategische Framing und die Bedeutung für Politik und Medien in den Fokus rücken. Lengauer (2007) kritisierte, dass es die Wissenschaft „[...] in bisherigen Studien zumeist vernachlässigt [hat], zwischen *media frames*, *policy frames* und *public frames* [Hervorhebung im Original] und den entsprechenden *framing*-Prozessen [Hervorhebung im Original] zu unterscheiden, da bisher fast ausschließlich auf die *framing*-Funktion [Hervorhebung im Original] der Medien Bezug genommen wurde.“ (Lengauer, 2007: 98) Lengauer (2007) unterschied zwischen media framing und policy framing. Die Begriffe stellen den Akteur in den Vordergrund, von welchem die Beeinflussung vermutet wird.

„Zum Ersten beeinflussen sozial-strukturelle und individuelle Medien- und JournalistInnen-Faktoren wie Ideologie, professionelle Normen oder Einstellungen und Haltungen oder die Blattlinie die Medien-frames [Hervorhebung im Original]. Zum Zweiten existieren externe Einflussquellen wie politische Akteure, Interessensvertretungen und andere Eliten, die die media frame-Struktur [Hervorhebung im Original] durch professionelles news management [Hervorhebung im Original] beeinflussen. Daneben sind auch kulturelle Faktoren und die Darstellungsformate oder Produktionszwänge der Medienberichterstattung intervenierende Variablen.“ (Lengauer, 2007: 99)

Aus konstruktivistischer Perspektive ist Framing ein Wettkampf um die Deutungshoheit. „[D]ie Rahmung des politischen Diskurses [ist] das Resultat einer Co-Konstruktion zwischen Medien, anderen Akteuren in der öffentlichen Arena (politische Parteien, NGOs, etc.) und dem Publikum [...]“. (Lengauer, 2007: 99) Politiker wollen deshalb auf die Medienframes einwirken, um so vermittelt die Einstellungen der Mediennutzer beeinflussen zu können.

„[...] [N]icht nur Journalisten nehmen einen Blickwinkel auf die Themen ein, über die sie Diskussion berichten. Auch öffentliche Akteure wie Organisationen, Politiker oder Unternehmen haben meist einen spezifischen Blick auf ein Thema. Diesen versuchen sie in der öffentlichen durchzusetzen. Ebenso entwickeln Rezipienten Meinungen und Einstellungen zu politischen Themen, bei denen manche Argumente im Vordergrund stehen und andere ausgeblendet werden.“ (Matthes, 2014: 9)

Wer diesen Wettstreit für sich entscheidet, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben dem Willen, die Debatte in eine Richtung zu beeinflussen, sind auch die Ressourcen von entscheidender Bedeutung. Während Medien über einen direkten Zugang zu einem großen Kreis der Bürger bzw. der Wählerschaft verfügen, haben politische Akteure politische Macht sowie die Möglichkeit Exklusivinformationen weiterzugeben. Callaghan und Schnell (2005) beschreiben den Wettstreit folgendermaßen:

„Although each player tries to persuade other elites and the mass public to adopt his or her issue frames, in a true pluralistic fashion the competition among groups, as well as their relative strength and resources, restricts the ability of one side to dominate the framing process. On most issues, highly vocal and well-organized promoters appear on both sides of a debate; therefore, one group's frame will almost certainly be 'countered' by another, in true Hegelian fashion.“ (Callaghan / Schnell, 2005: 6)

Das Ziel ist die strategische und gezielte Beeinflussung des Zielpublikums. Dies ist allerdings kein unkomplexer Vorgang im Sinne von Stimulus und Response, sondern vereinfacht dargestellt eine Wechselwirkung zwischen den Medienframes und dem

individuellen Publikumsframe. „However dependent the audience may be on media discourse, the actively use it to construct meaning and are not simply a passive object on which media work their magic.“ (Gamson / Modigliani, 1989: 10) Allerdings kann durch bestimmt gesetzte, strategische Akzente die Wahrscheinlichkeit für eine Einstellungsbeeinflussung erhöht werden. „Making sense of the world requires an effort, and those tools that are developed, spotlighted and made readily accessible have a higher probability of being used.“ (Gamson / Modigliani, 1989: 10) Framing kann sowohl Einfluss auf die Individuen als auch auf die Gesellschaft entfalten und hat daher eine elementare Bedeutung in der strategischen Kommunikation:

„The consequences of framing can be conceived on the individual and the societal level. An individual-level consequence may be altered attitudes about an issue based on exposure to certain frames. On the societal level, frames may contribute to shaping social-level processes such as political socialization, decision-making, and collective actions.“ (DeVreese, 2014: 141)

Studien wie beispielsweise jene von Iyengar (1991) oder Jamieson (1992), welche sich auf die Medienwirkung durch Agenda-Setting und Framing beziehen, attestierten einen Einfluss der medialen Berichterstattung auf politische Problemstellungen sowie auf die Wahrnehmung der Wichtigkeit der Themen. Darüber hinaus wurde der Medienberichterstattung auch eine Bedeutung auf politische Einstellungen der Leser zugeschrieben. (vgl. Lengauer, 2007: 14) Die Medien sind also nicht als einfache „Nachrichtenüberbringer“ zu sehen, sondern haben ihre eigene Agenda. Beim Thema TTIP strich die Kronen Zeitung mit ihrer Kampagne beispielsweise ihre Positionierung deutlich heraus. "The media have their own agenda, and they must be considered as political actors in their own right, engaged just like other political actors in a fight to control the construction of social meaning." (Walgrave / Manssens, 2005: 117). Dieser Prozess wird auch Frame Building genannt. Das Ergebnis dieses Prozesses wird im geschriebenen Wort bei den Printmedien bzw. dem gesprochenen Wort der Parlamentarier manifest. „The frame-building process takes place in a continuous interaction between journalists and elites (Gans, 1979; Tuchman, 1978) and social movements [...]. The outcomes of the frame-building process are the frames manifest in the text.“ (DeVreese, 2005: 52) Bei diesem Vorgang nehmen Politik und Medien eine entscheidende Rolle ein.

„Die Kommunikatoren im politischen Kommunikationssystem interagieren und bilden so in einem multidirektionalen Diskurs-Prozess die dominierenden frames [Hervorhebung im Original] der politischen Diskussion heraus. Den Medien kommt dabei allerdings eine herausragende Rolle zu.“ (Lengauer, 2007: 100)

Es geht in dieser Arbeit nicht darum, Meinungsveränderungen nachzuweisen, sondern zu vergleichen, welche Frames bzw. Schlagwörter bei welchem Akteur zuerst vorgekommen sind und welche Akteure diese danach in ihre Kommunikation aufgenommen haben. Ein kausaler Zusammenhang kann durch die Textanalyse nur vermutet, allerdings nicht bewiesen werden. Es gibt noch andere Akteure wie beispielsweise die Bevölkerung, NGOs oder Wirtschaftsvertreter, welche ebenfalls einen Einfluss auf die mediale Berichterstattung oder

politische Reden haben könnten. Auch gibt es aufseiten der Medien und Politik andere Möglichkeiten der Einflussnahme wie beispielsweise direkte Kontakte oder Presseaussendungen. Trotzdem ist eine Gegenüberstellung der Parlamentsdebatten und der Medienberichterstattung der drei ausgewählten Zeitungen in einem ersten Schritt sinnvoll, um Hypothesen aufzustellen, welche als Grundlage für tiefer- und weitergehende Forschungen dienen können.

10 Spannungsverhältnis Medien und Politik

Es liegt nahe, dass die Machtkonstellation der beiden Akteursgruppen eine Auswirkung auf ihr Verhältnis haben. Vor allem Veränderungen von Machtstrukturen, wie es die bereits beschriebene Medialisierung oder die Mediendemokratie unterstellt, können zu Konflikten führen.

„Bezogen auf die politischen Akteure ist festzustellen, dass Medien mehr und mehr zur Voraussetzung für deren Informations- und Kommunikationspraxis werden: Ohne Medien gibt es keine anhaltende, stabile Kommunikation zwischen den Akteuren wie auch zwischen Akteuren und den Bürgern.“ (Jarren / Donges, 2011: 23)

Der Eingriff in die Gewohnheiten und geglaubten Selbstverständlichkeiten bietet Konfliktpotential. Der Bedeutungsgewinn der Medien oder vielleicht besser, die steigende Wichtigkeit der medialen Aufmerksamkeit, setzt die Politik unter Druck. „Der Konflikt zwischen der *langsamen politischen Prozesszeit* [Hervorhebung im Original] und der *schnellen medialen Reaktions- und Inszenierungszeit* [Hervorhebung im Original] bringt selbst den Parlamentarismus in Bedrängnis.“ (Meyer, 2002) Doch wie bereits beschrieben steht nicht nur die Politik durch die Aufsplitterung der Parteienlandschaft und die Abnahme der Parteienfixierung vermehrt unter Aufmerksamkeitsdruck, auch die Rahmenbedingungen der Medien haben sich durch eine Gratiskultur im Internet verschärft.

„Medien mögen zunehmend eigenständiger von politischen Akteuren agieren und sich von diesen entkoppeln, zugleich nimmt die Abhängigkeit vom ökonomischen System zu: Medien – zumindest die auf Werbung angewiesenen – organisieren Kaufkraftgruppen für die Wirtschaft oder werden Bestandteil des PR- und Marketinginstrumentariums anderer Unternehmen und Branchen.“ (Jarren / Donges, 2011: 24)

Kepplinger (2009) stellte bei einer Befragung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie, auf Seiten der Journalisten, der ständigen Mitglieder der Bundespressekonferenz eine starke Skepsis gegenüber der jeweils anderen Seite fest. Es glauben „[...] fast die Hälfte der Politiker und etwas mehr als die Hälfte der Journalisten, dass den meisten Angehörigen des jeweils anderen Berufs jedes Mittel recht ist, um ihre Ziele zu erreichen.“ (Kepplinger, 2009b) Er folgerte daraus: „Zwischen den Bundestagsabgeordneten und den Hauptstadtjournalisten besteht eine Rivalität um Macht und Moral.“ (Kepplinger, 2009b) Plasser und Lengauer (2010) stellten bei einer 2008 durchgeführten Befragung führender Politik- und Medienakteure auch in Österreich ein angespanntes Verhältnis der beiden Akteursgruppen fest. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 66) Bei der Studien gingen „[...] rund ein Drittel der innenpolitischen Journalisten davon aus, dass das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern in den letzten Jahren deutlich konflikthaltiger geworden sei.“ (Plasser / Lengauer, 2010b: 66) Bei den Politikern gaben zwei Drittel an, die Beziehung zu Journalisten habe sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Journalisten nannten die gesteigerte Professionalisierung der Politik als einen Grund für die Veränderung des Beziehungsverhältnisses. Einen weiteren entscheidenden Faktor für die Spannungen sahen

beide Akteursgruppen im gestiegenen Wettbewerb im Journalismus. Der Quotendruck in den Redaktionen führe den Politikern nach zu einer Skandalisierung sowie Privatisierung der Medieninhalte. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 66f) „Der von Journalisten wie Angehörigen der politischen Elite angesprochene ökonomische Druck auf Redaktionen und das redaktionelle Management wird von Journalisten wie Politikern als besorgniserregend hoch eingeschätzt.“ (Plasser / Lengauer, 2010b: 67) Politiker nannten zudem die fehlende Kompetenz einzelner Journalisten (27 %) sowie ideologische Differenzen (23 %) als Auslöser für Konflikte. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010: 69) Journalisten kritisierten in der Umfrage vor allem die Interventionen und Instrumentalisierungsversuche der Politiker (33 %). Dabei wurden unter anderem die offensiven Versuche der Einflussnahme auf die Berichterstattung und die Blattlinie sowie Sanktionsandrohungen bemängelt. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 70) Plasser und Lengauer (2010) stellten einen nachhaltigen Wandel der österreichischen politischen Kommunikationspraxis fest. Sie sprachen von einer Annäherung an das transnationale Schema von Gurevitch und Blumler (1990), welches besagt, dass sich die Spannungen zwischen Medien und Politik verstärken. (vgl. Plasser / Lengauer, 2010b: 71)

11 Forschungsdesign

Das Forschungsdesign wurde so konzipiert, dass möglichst zielgerichtet auf die forschungsleitende Frage eingegangen werden kann. Deshalb soll die forschungsleitende Frage noch einmal angeführt werden:

In welche Richtung ist der Einfluss auf die Kommunikation über TTIP größer? Haben die Medien einen größeren Einfluss auf die Politik oder umgekehrt?

Von der forschungsleitenden Frage leiten sich folgende Unterfragen ab:

- **Werden Themen der Medien von der Politik übernommen?**
- **Werden von der Politik aufgeworfene Themen von den Medien übernommen?**
- **Werden Symbole oder Frames der Medien wie z.B. das Chlorhühnchen in die politische Debatte im Nationalrat aufgenommen?**
- **Werden Symbole oder Frames aus der politischen Kommunikation im Nationalrat in den Medien aufgenommen?**

Mit Hilfe einer chronologischen Analyse soll der Forschungsfrage und ihren Unterfragen nachgegangen werden. Es soll mittels einer Vollerhebung die anfängliche Entwicklung der Debatte analysiert werden. Stellvertretend für die politische Kommunikation über TTIP werden die Nationalratssitzungen ausgewertet. Die drei überregionalen Tageszeitungen Der Standard, Kronen Zeitung und der Kurier repräsentieren in der Analyse die österreichische Medienlandschaft. Natürlich kann durch diese Reduzierung der Politik auf die Parlamentsdebatten sowie der Medienlandschaft auf die Artikel der drei Tageszeitungen nur ein bedeutender, allerdings nicht allumfänglicher Ausschnitt der Debatte analysiert werden. Aus forschungspraktischen Gründen ist es nicht möglich das Feld zu erweitern, allerdings lassen sich auch so Tendenzen feststellen, die als Grundlage für weitere Forschungsarbeiten dienen können. Bei den Tageszeitungen wird allein der redaktionelle Abschnitt analysiert. Nicht in der Analyse enthalten sind Anzeigen, Programmvorschaue sowie Leserbriefe. Bei den Parlamentsdebatten wird jeder Redebeitrag über TTIP ausgewertet. Um ausreichend Redebeiträge über TTIP zu erhalten, um diese mit der medialen Berichterstattung vergleichen zu können, wurde der Forschungszeitraum so festgelegt, dass in ihm zumindest zwei größere Parlamentsdebatten enthalten sind. Die erste große Debatte im Nationalrat über TTIP fand am 26. März 2014 statt. Die nächsten beiden datieren auf dem 23. und 24. September 2014. Damit der mögliche Einfluss der zweiten und dritten Debatte auf die Medien mitbeobachtet werden kann, wurde der Forschungszeitraum vom offiziellen Start der TTIP Verhandlungen, dem 17. Juni 2013, bis Ende September 2014 gewählt. Die erste größere Parlamentsdebatte am 26. März strukturiert aus Übersichtsgründen die Forschung in zwei Abschnitte. Der erste Abschnitt geht vom offiziellen Verhandlungsstart, dem 17. Juni 2013, bis einschließlich zur ersten

Debatte am 26. März 2014. Der zweite Abschnitt startet am 27. Juni 2014 und endet am 30. September 2014.

Folgender Korpus war somit Teil der Analyse:

1. Analysezeitraum 17.06.2013 – 26.03.2014

Medien		Politik	
Der Standard:	11 Artikel	Einzelne Wortmeldungen:	29.01.2014
Kronen Zeitung:	11 Artikel	Größere Debatte:	26.03.2014
Kurier:	7 Artikel		

2. Analysezeitraum 17.06.2013 – 26.03.2014

Medien		Politik	
Der Standard:	40 Artikel	Einzelne Wortmeldungen:	20.05.2014
Kronen Zeitung:	89 Artikel		22.05.2014
Kurier:	24 Artikel		09.07.2014
		Größere Debatten:	23.09.2014
			24.09.2014

Für die Analyse der drei Tageszeitung wurde die Suchfunktion von APA-DeFacto verwendet. Als Suchwörter dienten dabei „TTIP“ sowie „Transatlantisches Handelsabkommen“.

Da alle Debatten im Nationalrat verschriftlicht werden und damit als stenographisches Protokoll auf <https://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/> auffindbar sind, lagen diese für die Analyse als verschriftlichte Texte vor.

11.1 Forschungsdesign für Themensetzung

- Werden Themen der Medien von der Politik übernommen?
- Werden von der Politik aufgeworfene Themen von den Medien übernommen?

Für die Beantwortung der Unterfragen zum Thema Themensetzung ist es relevant, die Themen herauszuarbeiten, über welche in den Debatten gesprochen wurde. Es wäre einerseits möglich, die Themen deduktiv aus vorhandenen Forschungsarbeiten sowie Fachbüchern abzuleiten, als auch induktiv mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse die Texte auf vorkommende Themen zu analysieren. In dieser Arbeit wird eine Kombination von beiden Möglichkeiten verwendet, um sicherzustellen, möglichst alle relevanten im Diskurs artikulierten Themen über TTIP in die Studie miteinzubeziehen. Mithilfe einer Themenliste sollen anschließend alle Artikel der Tageszeitungen und alle Redebeiträge des Nationalrates über TTIP abgeglichen werden. Anschließend soll festgehalten werden, welcher Akteur das

jeweilige Thema in den Diskurs gebracht hat und welche Akteure es anschließend aufgenommen haben. Mittels dieses chronologischen Vergleiches sollen die Forschungsfragen diskutiert werden. Nichtsdestotrotz ist die Festsetzung von Themen sowie die Definition dieser ein subjektiver Akt. Durch Transparenz soll dieser möglichst offen und dadurch nachvollziehbar gestaltet werden.

11.2 Forschungsdesign Frames und Schlagwörter / Metaphern sowie Beispiele

- Werden Symbole oder Frames der Medien wie z.B. das Chlorhühnchen in die politische Debatte im Nationalrat aufgenommen?
- Werden Symbole oder Frames aus der politischen Kommunikation im Nationalrat in den Medien aufgenommen?

Die Debatte TTIP steht in einem engen Zusammenhang mit prägenden Schlagwörtern, wie zum Beispiel dem „Chlorhuhn“. Als prägende Schlagwörter werden in dieser Arbeit Begriffe verstanden, welche bei möglichst vielen Akteuren Verwendung finden. Die Häufigkeit der Verwendung bei dem jeweiligen Akteur erhält dabei auf Grund des Forschungsdesigns keine Berücksichtigung.

Im Rahmen einer Frame-Analyse soll untersucht werden, welcher Akteur – ob Medien oder Politik – die Debatte bestimmende Frames, prägende Schlagwörter / Metaphern oder Beispiele in den Diskurs gebracht hat. Frames werden nach Gamson und Modigliani (1989) als „[...] central organizing idea, [...] for making sense of relevant events, suggesting what is at issue“ verstanden. (Gamson / Modigliani, 1989: 3) Eine besondere Bedeutung wird dabei Schlagwörtern / Metaphern sowie Beispielen zugesprochen. (vgl. Gamson / Modigliani, 1989: 3)

Frames können nicht direkt und manifest in einem Text ausfindig gemacht werden, sondern sind „[...] als mehr oder weniger *latente Deutungsmuster* [Hervorhebung im Original] in Texten [...] verborgen [...] und [müssen] zuerst durch entsprechende Verfahren identifiziert werden [...]“. (Dahinden, 2018: 202) Für die Identifikation der Frames empfiehlt Scheufele (2003) die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring. (vgl. Scheufele, 2003: 119)

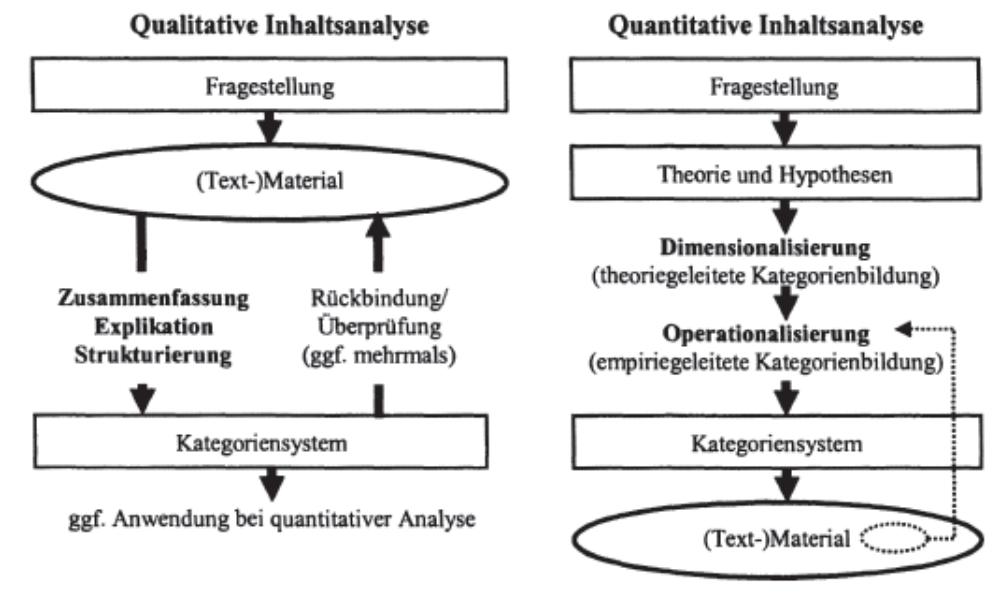


Abb. 3: Frame Analyse: Qualitative Inhaltsanalyse

(Quelle: Scheufele, 2003: 119)

In dieser Magisterarbeit liegt der Fokus auf der gegenseitigen Beeinflussung von Medien und Politik in der TTIP-Debatte. Deshalb sollen vor allem Frames, welche TTIP als Chance und Frames, welche TTIP als Nachteil oder Gefahr darstellen mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse identifiziert werden. Ziel ist durch Zusammenfassung und Strukturierung ein Kategoriensystem zu schaffen. Dieses Kategoriensystem wird anschließend erneut auf die Texte angewendet, um die jeweiligen Frames aufzuspüren und so chronologisch nach ihrem Auftreten bei den Akteuren vergleichen zu können. (vgl. Mayring, 2015¹²: 67; vgl. Scheufele, 2003: 119) Als Hilfestellung für das qualitative Vorgehen werden aber auch Frames, welche bereits bei anderen Forschungen über TTIP Beachtung gefunden und für die Arbeit als passend bewertet wurden, mitgedacht. Somit ist es kein rein induktives Vorgehen, sondern eine Mischung aus einer induktiven und deduktiven Methodik. Im Zuge der qualitativen Inhaltsanalyse soll besondere Beachtung auf Schlagwörtern / Metaphern sowie Beispielen liegen, welche als aussagekräftige Textstellen erfasst werden sollen.

Nachteil einer qualitativen Inhaltsanalyse ist laut Dahinden (2018), „[...] dass die identifizierten Frames zu themennah definiert werden, mit anderen Worten also keinen genügend hohen Grad der Abstraktion und Themenunabhängigkeit aufweisen und deshalb nicht vergleichbar sind mit Frames aus anderen Untersuchungen.“ (Dahinden, 2018: 204) Dieser Nachteil wird durch den Bezug auf andere Arbeiten ein wenig abgemildert, muss aber dennoch in Kauf genommen werden.

Um größtmögliche Nachvollziehbarkeit herzustellen, sollen die Frames inklusive der dazugehörigen Schlagworte / Metaphern sowie Beispiele zusammengefasst als Cluster für jedes Medium und jede Partei dargestellt werden. Auch wenn auf andere Forschungsarbeiten und Literatur Bezug genommen wird, ist wie bereits bei der Themenanalyse betont, ein vom Forscher abhängiges Ergebnis unvermeidbar. Die Definition der Frames sowie die Auswahl möglicher Schlagwörter stellt einen interpretativen Vorgang dar, welcher, trotz theoriegeleiteten Vorgehens, zum großen Teil der subjektiven Logik des Forschers unterliegt. Deshalb wird im empirischen Abschnitt versucht, die Ergebnisse möglichst transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

12 Empirische Auswertung

Um eine qualitative Inhaltsanalyse gezielt durchführen zu können, ist es essenziell, festzulegen, worauf geachtet wird. In dieser Arbeit soll der gegenseitige Einfluss der Medien und der Politik beim Thema TTIP betrachtet werden. Dieser wird annähernd bestimmt durch eine chronologische Betrachtung der wiederkehrenden, von anderen Akteuren aufgenommenen Themen, Schlagwörtern / Metaphern, Beispielen sowie Frames.

Die folgenden beiden Abschnitte zu den Themen in der TTIP-Debatte beziehen sich auf die von der Forschungsfrage abgeleiteten Unterfragen:

- Werden Themen der Medien von der Politik übernommen?
- Werden von der Politik aufgeworfene Themen von den Medien übernommen?

Die darauffolgenden drei Abschnitte über Medien- und Politikframes beziehen sich auf die von der Forschungsfrage abgeleiteten Unterfragen:

- Werden Symbole oder Frames der Medien wie z.B. das Chlorhühnchen in die politische Debatte im Nationalrat aufgenommen?
- Werden Symbole oder Frames aus der politischen Kommunikation im Nationalrat in den Medien aufgenommen?

Im Anschluss sollen die Ergebnisse der Unterfragen in einer Conclusio zusammengeführt werden, um auf die forschungsleitende Frage einzugehen:

- In welche Richtung ist der Einfluss auf die Kommunikation über TTIP größer? Haben die Medien einen größeren Einfluss auf die Politik oder umgekehrt?

12.1 Identifizierte Themen in der TTIP-Debatte

Im ersten Schritt soll eine Betrachtung der Themen stattfinden, um im zweiten Schritt auf deren zeitliche Abfolge einzugehen.

Für den ersten Schritt wurden folgende Haupt- und Unterthemen ausgemacht, die im Analysezeitraum sowohl in den Parlamentsdebatten als auch in der Medienberichterstattung gesucht wurden. Zur Unterstützung wurden zusätzlich Forschungsarbeiten zur Identifizierung von Themen verwendet.

Folgende Themenliste wurde sowohl deduktiv, mit Hilfe der offiziellen Presseaussendungen der Europäischen Kommission sowie Forschungsarbeiten als auch induktiv durch eine qualitative Inhaltsanalyse, mit welcher alle Redebeiträge der Parteien sowie TTIP relevante Beiträge der Medien nach Themen durchsucht wurden, zusammengestellt. Sie gliedert die Debatte in vier Hauptthemen sowie insgesamt 18 Unterthemen:

- Transparenz (vgl. Zimmerer, 2016)
- Schiedsgerichte
- Standards
 - Datenschutzstandards
 - Dienstleistungsstandards
 - Industriestandards
 - Lebensmittelstandards
 - Medizinische Standards und Gesundheitsstandards
 - Öffentliche Daseinsvorsorge
 - Sozialstandards
 - Standards im Chemiesektor
 - Standards im Kulturbereich
 - Tierschutzstandards
 - Umwelt- und Energiestandards
 - Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen
 - Verbraucherstandards (vgl. Zimmerer, 2016)
- Wirtschaftskraft
 - Arbeitsplätze
 - Industrie (vgl. Zimmerer, 2016)
 - KMUs (vgl. Zimmerer, 2016)
 - Landwirtschaft (vgl. Zimmerer, 2016)
 - Zölle (vgl. Zimmerer, 2016)

Die meisten Themen definieren sich bereits durch ihre Bezeichnung. Um möglichst große Transparenz herzustellen, soll kurz erklärt werden, was genau unter den Themen verstanden wird. Wenn möglich werden Aspekte in eine passende Unterkategorie eingeordnet. Ist dies nicht möglich, wird das Hauptthema zur Kategorisierung herangezogen.

Hauptthema Transparenz: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Transparenz der TTIP-Verhandlungen beziehen. Beispiel: Geheimhaltung der Verhandlungen.

Hauptthema Schiedsgerichte: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Schiedsgerichte in Bezug zu den TTIP-Verhandlungen beziehen. Beispiel: Schiedsgerichte schränken den Rechtsstaat ein.

Hauptthema Standards: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkung von TTIP auf die europäischen / österreichischen Standards beziehen. Beispiel: TTIP gefährdet das europäische Vorsorgeprinzip.

Unterthema Datenschutzstandards: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Datenschutzstandards beziehen. Beispiel: Weitergabe von medizinischen Daten von Patienten.

Unterthema Dienstleistungsstandards: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Dienstleistungsstandards beziehen. Beispiel: Auswirkungen auf die Bankenregulierung.

Unterthema Industriestandards: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Industriestandards beziehen. Beispiel: Einheitliche Blinker im Bereich Fahrzeugbau.

Unterthema Medizinische Standards und Gesundheitsstandards: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen medizinischen Standards und Gesundheitsstandards beziehen. Beispiel: Antibiotika-Resistenz.

Unterthema Lebensmittelstandards: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Lebensmittelstandards beziehen. Beispiel: Gentechnisch veränderte Lebensmittel.

Unterthema öffentliche Daseinsvorsorge: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäische / österreichische öffentliche Daseinsvorsorge beziehen. Beispiel: Wasserprivatisierung.

Unterthema Sozialstandards: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Sozialstandards beziehen. Beispiel: Arbeitsbedingungen.

Unterthema Standards im Chemiesektor: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Standards im Chemiesektor beziehen. Beispiel: Verbote für chemische Substanzen.

Unterthema Standards im Kulturbereich: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Standards im Kulturbereich beziehen. Beispiel: Buchpreisbindung.

Unterthema Tierschutzstandards: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Tierschutzstandards beziehen. Beispiel: Auswirkungen auf die Haltung von Hühnern in Österreich.

Unterthema Umwelt- und Energiestandards: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Umwelt- und Energiestandards beziehen. Beispiel: Fracking.

Unterthema Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen beziehen. Beispiel: Herkunftsbezeichnung von Tiroler Speck.

Unterthema Verbraucherstandards: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die Auswirkungen von TTIP auf die europäischen / österreichischen Verbraucherstandards beziehen. Beispiel: Konsumentenschutz.

Hauptthema Wirtschaftskraft: Alle Aspekte mit direktem Wirtschaftsbezug im Rahmen der TTIP-Verhandlungen. Beispiel: Virtueller Scheck über 545,- € dank TTIP.

Unterthema Arbeitsplätze: Alle Aspekte, welche sich auf die Arbeitsplätze in Österreich oder Europa beziehen. Beispiel: Größerer Absatzmarkt sichert Arbeitsplätze.

Unterthema Industrie: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die europäische / österreichische Industrie beziehen. Beispiel: Größerer Markt für Industrieprodukte.

Unterthema KMUs: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die europäischen / österreichischen KMUs beziehen. Beispiel: Konkurrenzdruck durch große Konzerne.

Unterthema Landwirtschaft: Alle Aspekte, welche sich direkt auf die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die europäische / österreichische Landwirtschaft beziehen. Aspekte der Veränderung von landwirtschaftlichen Standards fallen hier nicht hinein, sofern sie keine Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft haben. Beispiel: Wirtschaftliche Folgen für die kleinstrukturierte Landwirtschaft.

Unterthema Zölle: Alle Aspekte, welche sich auf europäische / österreichische Zölle in Zusammenhang mit der Wirtschaftskraft beziehen. Beispiel: Abschaffung der Zölle steigert BIP.

12.2 Zeitliche Abfolge der definierten Themen in der TTIP-

Debatte in den Tageszeitungen und im Parlament

In diesem Abschnitt soll der Frage nachgegangen werden, wann welche der im Kapitel 12.1 definierten Themen im Zusammenhang mit TTIP in die Diskussion eingebracht wurden und welcher Akteur zuerst auf die jeweiligen Themen einging. Ziel ist es festzustellen, ob die Themen zuerst in den Medien vorkamen und daraufhin in die Parlamentsdebatten Einzug hielten oder ob die Themen zuerst in den Parlamentsdebatten auftauchten, bevor sie die Medien in die Berichterstattung übernahmen. Außerdem wird betrachtet, ob Themen, welche zuerst in den Medien vorkamen, auch von den Parteien behandelt werden.

Im ersten Schritt wird darauf eingegangen, ob die Medien oder die Parteien die definierten Themen zuerst erwähnten. In Tabelle 1 ist deutlich an den grün markierten Zellen zu erkennen, dass die meisten Themen bereits in den Medien diskutiert wurden, bevor sie zum ersten Mal von einer Partei im Parlament aufgegriffen wurden. Die Hauptthemen Transparenz, Schiedsgerichte, Standards und Wirtschaftskraft wurden allesamt zuerst in den Medien behandelt. Knapp ein Drittel der Unterthemen wurde von allen Akteuren behandelt, wodurch man eine hohe Wichtigkeit im Diskursprozess ableiten könnte. Auch diese fünf Themen (Lebensmittelstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards sowie Arbeitsplätze) konnten alle zuerst in den Medien gefunden werden. Besonders Der Standard und der Kurier brachten die meisten Themen zum ersten Mal in die Debatte ein. Die Hauptthemen Schiedsgerichte, Standards und Wirtschaftskraft konnten zuerst in den Artikeln des Standards gefunden werden. Der Kurier thematisierte als erster Akteur die Transparenz. Der Standard erwähnte zudem mit acht die meisten analysierten Unterthemen (Datenschutzstandards, Industriestandards, Lebensmittelstandards, Öffentliche Daseinsvorsorge, Umwelt- und Energiestandards, Verbraucherstandards sowie Arbeitsplätze und Zölle) als erster. Auch der Kurier brachte mit sechs Unterthemen (Dienstleistungsstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Sozialstandards, Tierschutzstandards, KMUs [gemeinsam mit Kronen Zeitung] und Landwirtschaft) viele Themen zum ersten Mal in die Debatte. Die Kronen Zeitung erwähnte nur zwei Themen (Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen sowie KMUs [gemeinsam mit dem Kurier]) als erster Akteur.

Die Parteien im Nationalrat reagierten mit der ersten größeren TTIP-Debatte am 26. März 2014 verglichen mit den Medien erst relativ spät auf die TTIP-Verhandlungen. Allein die Grünen thematisierten TTIP bei einer Wortmeldung am 29.01.2014 etwas früher. Die meisten Themen waren bis dahin bereits im medialen Diskurs. Die Parteien brachten mit den Themen Industrie (ÖVP und SPÖ), Standards im Chemiesektor (FPÖ und Grüne) sowie Standards im Kulturbereich (Grüne und NEOS) nur drei von 18 Unterthemen zuerst in die Debatte ein.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass von den vier Hauptthemen und den 18 Unterthemen nur drei von den Parteien zuerst aufgegriffen wurden. Bei den restlichen Themen waren die Medien die Initiatoren.

Im zweiten Schritt wird betrachtet, ob die Themen, welche die Medien zuerst in die Debatte einbrachten, auch von den Parteien in den Parlamentsdebatten erwähnt wurden. Dabei kann festgestellt werden, dass alle Parteien zumindest einmal über alle vier Hauptthemen Transparenz, Schiedsgerichte, Standards und Wirtschaftskraft sprachen. Wie bereits erwähnt wurden auch fünf Unterthemen (Lebensmittelstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards sowie Arbeitsplätze) von allen Parteien behandelt. Die Themen Verbraucherstandards, KMUs und Landwirtschaft

wurden von fünf der Parteien diskutiert. Die Hälfte der Parteien beschäftigte sich mit den Themen Öffentliche Daseinsvorsorge und Industrie. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich wurden die restlichen Themen von weniger als der Hälfte der Parteien besprochen. Besonders Industriestandards und Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen fanden nur bei jeweils einer Partei Erwähnung.

Somit kann zusammengefasst werden, dass 14 der 22 Themen von mindestens der Hälfte der Parteien aufgenommen wurden.

Im dritten Schritt wird betrachtet, ob bestimmte Tageszeitungen Themen binnen einer Woche nach den Debatten im Nationalrat in ihre Berichterstattung aufnahmen. Dies trifft auf folgende Themen zu:

- Öffentliche Daseinsvorsorge (Kurier, 30.09.2014)
- Verbraucherstandards (Kurier, 27.03.2014, Kronen Zeitung, 10.05.2014)
- KMUs (Der Standard, 05.04.2014)

Vor allem bei den Themen, welche kurz nach den Parlamentsdebatten in den Medien erschienen sind, wie die Öffentliche Daseinsvorsorge und Verbraucherstandards im Kurier, ist eine Beeinflussung nicht unwahrscheinlich.

Damit kann festgehalten werden, dass die Medien kaum Themen aus den Diskussionen des Nationalrats übernahmen (siehe Tabelle 1). Dass das Parlament die Themen von den Medien aufnahm und damit die Medien bei der Themensetzung einen Einfluss auf die Debatten im Nationalrat hatten, kann nur vermutet werden, da das auf Chronologie ausgelegte Forschungsdesign keinen kausalen Schluss zulässt. Aufgrund der zeitlichen Abfolge wäre diese Hypothese allerdings nicht abwegig.

Zusätzlich soll erwähnt werden, dass der Kronen Zeitung auf Grundlage der zeitlichen Analyse keine besondere Vorreiterrolle bei der Einführung von Themen attestiert werden kann.

Erste Erwähnung im Medium / in der Partei										
	Der Standard	Kronen Zeitung	Kurier	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Team Stronach	NEOS	
Transparenz	25.03.2014	21.12.2013	02.12.2013	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	29.01.2014	26.03.2014	26.03.2014	
Schiedsgerichte	20.12.2013	19.01.2014	21.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	23.09.2014	26.03.2014	23.09.2014	26.03.2014	
Standards	09.07.2013	02.09.2013	13.07.2013	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	29.01.2014	26.03.2014	26.03.2014	
Datenschutzstandards	09.07.2013	-	02.12.2013	24.09.2014	-	-	-	-	24.09.2014	
Dienstleistungsstandards	06.05.2014	-	13.07.2013	26.03.2014	-	-	-	-	24.09.2014	
Industriestandards	24.07.2014	-	-	-	-	-	-	-	24.09.2014	
Lebensmittelstandards	09.07.2013	21.12.2013	13.07.2013	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	29.01.2014	26.03.2014	24.09.2014	
Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	20.12.2013	19.01.2014	02.12.2013	24.09.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	24.09.2014	
Öffentliche Daseinsvorsorge	20.12.2013	19.01.2014	30.09.2014	26.03.2014	-	24.09.2014	26.03.2014	-	-	
Sozialstandards	20.12.2013	19.01.2014	02.12.2013	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	23.09.2014	
Standards im Chemiesektor	18.07.2014	-	27.03.2014	-	-	26.03.2014	26.03.2014	-	-	
Standards im Kulturbereich	-	07.07.2014	14.04.2014	-	-	-	26.03.2014	-	26.03.2014	
Tierschutzstandards	19.05.2014	10.05.2014	18.01.2014	-	26.03.2014	-	24.09.2014	-	-	
Umwelt- und Energiestandards	09.07.2013	19.01.2014	02.12.2013	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	
Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen	23.08.2014	18.04.2014	-	-	-	-	-	-	24.09.2014	
Verbraucherstandards	09.07.2013	10.05.2014	27.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	24.09.2014	-	26.03.2014	24.09.2014	
Wirtschaftskraft	18.06.2013	02.09.2013	13.07.2013	26.03.2014	26.03.2014	24.09.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	
Arbeitsplätze	18.06.2013	02.09.2013	13.07.2013	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	
Industrie	05.04.2014	10.05.2014	22.05.2014	26.03.2014	26.03.2014	23.09.2014	-	-	-	
KMU's	05.04.2014	21.03.2014	21.03.2014	23.09.2014	26.03.2014	26.03.2014	-	24.09.2014	26.03.2014	
Landwirtschaft	06.05.2014	14.03.2014	18.01.2014	-	24.09.2014	23.09.2014	26.03.2014	22.05.2014	24.09.2014	
Zölle	18.06.2013	02.09.2013	13.07.2013	-	-	24.09.2014	-	26.03.2014	-	

Tab. 1: Themensetzung der Medien / der Parteien

12.3 Medien- und Politikframes

Im ersten Schritt wurden mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse Frames inklusive der dazugehörigen Schlagwörter / Metaphern und Beispiele, welche die TTIP-Debatte bestimmten, identifiziert. Unterstützt wurde dieser Vorgang durch ausgemachte Frames aus anderen wissenschaftlichen Arbeiten über die TTIP-Verhandlungen. Das Untersuchungsmaterial wurde anschließend noch einmal auf die gefundenen Frames inklusive der Schlagwörter / Metaphern und Beispiele überprüft, um eine schlüssige zeitliche Abfolge zu garantieren. Die ausgemachten Schlagwörter / Metaphern und Beispiele wurden mittels Suchfunktion in den Dokumenten ausfindig gemacht. Im nächsten Schritt wurde auf deren zeitliches Erscheinen eingegangen.

Folgende Frames wurden sowohl deduktiv unter Berücksichtigung von Forschungsarbeiten über TTIP als auch induktiv durch eine qualitative Inhaltsanalyse, bei welcher alle identifizierten Aspekte bei den Redebeiträgen der Parteien sowie Artikeln der Medien in Kategorien zusammengefasst wurden, zusammengestellt. Insgesamt konnten acht Hauptframes und 18 Unterframes ausgemacht werden, die in Folge genauer betrachtet werden. Aus Übersichtlichkeitsgründen wurden die Frames in vier passende Themengebiete untergliedert (Transparenz, Schiedsgerichte, Standards, Wirtschaftskraft).

- Transparenz
 - Fehlende Transparenz (vgl. Kiessler, 2016)
- Schiedsgerichte
 - Gefahr durch Schiedsgerichte
 - Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten
 - Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten
- Standards
 - Gefahr für europäische / österreichische Standards
 - Gefahr für Datenschutzstandards
 - Gefahr für Dienstleistungsstandards
 - Gefahr für Lebensmittelstandards
 - Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards
 - Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge
 - Gefahr für Sozialstandards
 - Gefahr für Standards im Chemiesektor
 - Gefahr für Standards im Kulturbereich
 - Gefahr für Tierschutzstandards
 - Gefahr für Umwelt- und Energiestandards
 - Gefahr für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen

- Gefahr für Verbraucherstandards
- Chancen für europäische / österreichische Standards
- Wirtschaftskraft
 - Chancen für Wirtschaftskraft
 - Sichert / schafft Arbeitsplätze
 - Chancen für KMUs
 - Chancen für Landwirtschaft
 - Gefahr für Wirtschaftskraft
 - Gefahr für Arbeitsplätze
 - Gefahr für KMUs
 - Gefahr für Landwirtschaft

Die Ergebnisse werden in den folgenden Unterkapiteln mittels zwei Analysezeiträume dargestellt, um die Ähnlichkeiten der Politik- und Medienframes aufzuspüren. Dabei ist wichtig, wann welcher Frame, Unterframe und wann welche Schlagwörter / Metaphern sowie Beispiele das erste Mal überhaupt in den Diskurs eingebracht und wann sie von einem Medium oder einer Partei das erste Mal verwendet wurden.

Dazu wird zu den genannten Begriffen in Klammer immer das erste Erscheinen im Diskurs mit Medium / Partei und Datum angegeben. Stimmt dies nicht mit dem betroffenen Medium / der betroffenen Partei überein, wird auch das erste Erscheinen in diesem angegeben. Dies geschieht folgendermaßen:

1. Erstes Erscheinen im analysierten Diskurs entspricht erster Erwähnung im Medium / in der Partei während einer Parlamentsdebatte: (Medium / Partei, Datum)
2. Erstes Erscheinen im Diskurs entspricht nicht der ersten Erwähnung im betrachteten Medium / in der betrachteten Partei: (Medium / Partei, Datum / zuerst: Medium/Partei, Datum)

Beispiel:

1. Gefahr für Lebensmittelstandards (Der Standard, 09.07.2013)
2. Chlorhuhn (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)

12.3.1 Transparenz

Im Themenbereich Transparenz wurde ein Frame „Fehlende Transparenz“ ausgemacht, welcher sich bei allen Akteuren wiederfand. Der Frame wurde bei allen Akteuren exklusive der ÖVP in beiden Untersuchungszeiträumen identifiziert.

12.3.1.1 Medien im Zeitraum von 17.06.2013 bis 26.03.2014

Der Frame „Fehlende Transparenz“ (Kurier, 02.12.2013) wurde sowohl in den Artikeln des Standards, der Kronen Zeitung und des Kuriers im ersten Analysezeitraum ausgemacht.

12.3.1.1.1 Der Standard

Der Standard thematisierte die „Fehlende Transparenz“ (Der Standard, 20.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) am 20. Dezember 2013.

12.3.1.1.1.1 Fehlende Transparenz

Mit einem aus der Mythologie entlehnten Vergleich, die Öffentlichkeit sei für ein Investitionsschutzabkommen wie „Knoblauch für Vampire“ (Der Standard, 20.12.2013), wurde die fehlende Transparenz als absichtliches Fernhalten der Öffentlichkeit dargestellt. Die Verhandler wurden aufgefordert TTIP „hinter dem Vorhang“ (Der Standard, 20.12.2013) hervorzuholen. Die Verhandlungen sollten „transparent“ (Der Standard, 21.01.2014) ablaufen.

Textauszüge:

- *Effektiver wäre eine EU-weite Volksabstimmung, denn Öffentlichkeit ist für Investitionsschutzabkommen wie Knoblauch für Vampire. Deshalb laufen die Verhandlungen auch geheim. Wenn TTIP tatsächlich ein Gewinn für das Gemeinwohl wäre, dann mögen es die Verhandler doch bitte hinter dem Vorhang hervorholen, den Text publizieren und breit diskutieren und dann: Volksabstimmung. (Der Standard, 20.12.2013)*
- *Er fordert transparente TTIP-Verhandlungen. Ebenso kritisch bewerte er den Ablauf der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/USA (TTIP). Der Agrarrat müsse laufend informiert werden, Ergebnisse transparent sein. (Der Standard, 25.3.2014)*

12.3.1.1.2 Kronen Zeitung

Der Frame „Fehlende Transparenz“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) wurde in der Kronen Zeitung zuerst am 21. Dezember 2013 entdeckt.

12.3.1.1.2.1 Fehlende Transparenz

Es würde „hinter verschlossenen Türen“ (Kronen Zeitung, 07.02.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014) verhandelt, während dubiose Lobbyisten mit am Tisch säßen. Zugleich handle es sich bei TTIP um ein „geheimes“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) Abkommen, welches unter „Ausschluss der Öffentlichkeit“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) besprochen würde. Die EU-Dokumente würden „unter Verschluss“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) gehalten. Auch in der Kronen Zeitung wurde die fehlende Transparenz als absichtliches Aussperren der Öffentlichkeit interpretiert.

Textauszüge:

- *Denn zur Stunde wird – unter dem Vorwand ohnehin nur Handelshemmnisse zu beseitigen – in Brüssel hinter verschlossenen Türen gefeilscht. Mit an den Tischen: insgesamt 600 Vertreter von riesigen Agrarkonzernen, Industrievertreter und noch eine ganze Schar an dubiosen Lobbyisten! (Kronen Zeitung, 21.12.2013)*
- *Es geht um die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)“. Dahinter verbirgt sich ein geheimes Abkommen zwischen der EU und den USA. Verhandlungen, die unter Ausschluss (!) der Öffentlichkeit stattfinden, stellen eine schleichende Absenkung von Öko-Standards dar. (Kronen Zeitung, 14.03.2014)*

12.3.1.1.3 Kurier

Zum ersten Mal überhaupt wurde der Frame „Fehlende Transparenz“ (Kurier, 02.12.2013) am 2. Dezember 2013 im Kurier gefunden.

12.3.1.1.3.1 Fehlende Transparenz

Die Verhandlungen über TTIP zwischen den USA und Europa fänden „hinter verschlossenen Türen“ (Kurier, 18.01.2014) statt und wären „Geheimnistuerei“ (Kurier, 18.01.2014).

Textauszüge:

- *Seit Juli verhandeln die USA und Europa hinter verschlossenen Türen über ein Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership) (Kurier, 02.12.2013)*
- *Dass die Verhandlungen mit den USA auch noch hinter verschlossenen Türen stattfinden, sorgt für massiven Unmut. Pernkopf spricht von „Geheimnistuerei“. (Kurier, 18.01.2014)*

12.3.1.2 Parteien bei den Parlamentsdebatten von 17.06.2013 bis 26.03.2014

Der Frame „Fehlende Transparenz“ wurde bei allen Parteien außer der ÖVP im ersten Untersuchungszeitraum – genauer bei der Parlamentsdebatte am 26.03.2014 – identifiziert.

12.3.1.2.1 SPÖ

Die SPÖ kritisiert in der ersten großen Debatte über TTIP am 26. März 2014 die „Fehlende Transparenz“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) bei der Verhandlungsführung über das transatlantische Handelsabkommen.

12.3.1.2.1.1 Fehlende Transparenz

TTIP dürfe kein „Geheimabkommen“ (SPÖ, 26.03.2014) sein, die Verhandlungen nicht „intransparent“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 30.01.2014) ablaufen und der

Nationalrat sowie die Öffentlichkeit seien „transparent“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 21.01.2014) zu informieren.

Textauszüge:

- *Dies kann kein Geheimabkommen sein! Dem widerspricht schon der gesamte Entscheidungsprozess und vor allem dann natürlich auch der notwendige finale Prozess, bei dem die Parlamente und auch die Öffentlichkeit zu Recht selbstverständlich ganz offen und transparent zu informieren sind. (SPÖ, 26.03.2014)*
- *Es darf nicht intransparent ablaufen. Die Parlamente müssen einbezogen werden! Diese Transparenz ist, wenn die nationalen Parlamente, das Europaparlament und alle Medien eingebunden sind, eine natürliche Bedingung und ein ganz wesentlicher Punkt. (SPÖ, 26.03.2014)*

12.3.1.2.2 FPÖ

Auch bei den Wortmeldungen der FPÖ konnte am 26. März 2014 der Frame „Fehlende Transparenz“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) entdeckt werden.

12.3.1.2.2.1 Fehlende Transparenz

Es würde „hinter verschlossenen Türen“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014) verhandelt. Die Verhandlungspartner wären umgeben von Lobbyisten, während wichtige Interessensgruppen „ferngehalten werden“ (FPÖ, 26.03.2014).

Textauszug:

- *Faktum ist, Herr Bundeskanzler, dass hinter verschlossenen Türen zwischen auf der einen Seite Vertretern der Europäischen Kommission, gepaart und umgeben von Lobbyisten, und auf der anderen Seite US-amerikanischen Behördenvertretern ein gigantisches Freihandelsabkommen auf Schiene gebracht wird und gewählte Volksvertretungen, Parlamente, Bürgerorganisationen, Umweltschutzorganisationen, Konsumentenschutzorganisationen ferngehalten werden und nicht einmal im Ansatz – nicht einmal im Ansatz! – informiert werden, worüber eigentlich debattiert wird. (FPÖ, 26.03.2014)*

12.3.1.2.3 Grüne

In einem Redebeitrag der Grünen am 29. Jänner 2014 lässt sich ebenfalls der Frame „Fehlende Transparenz“ (Grüne, 29.01.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) finden. Damit sind sie die erste Partei, welche das Thema in den Plenarsaal bringt.

12.3.1.2.3.1 Fehlende Transparenz

Der Bevölkerung würde die „Informationsfreiheit“ (Grüne, 26.03.2014) bei den Verhandlungen vorenthalten. Es solle „Licht ins Dunkel“ (Grüne, 26.03.2014) gebracht werden. Es wurde ebenfalls von „Geheimhaltungspolitik“ (Grüne, 26.03.2014), „Geheimniskrämerei“ (Grüne, 26.03.2014) und „Geheimhaltungstango“ (Grüne, 26.03.2014) gesprochen.

Textauszüge:

- *Ich weiß nicht, ob Sie in die Verhandlungen involviert und informiert sind. Ich finde, das ist ein hohes Maß an Defizit, das hier deutlich wird. Wir müssen über die Verhandlungen Bescheid wissen. (Grüne, 29.01.2014)*
- *Wir haben das heute zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht, weil durch dieses Freihandelsabkommen in Summe 800 Millionen Menschen betroffen sind – nämlich Europäerinnen und Europäer, Amerikanerinnen und Amerikaner – und weil all diesen Menschen eine wesentliche Freiheit vorenthalten wird, nämlich die Freiheit zu wissen, was überhaupt verhandelt wird. Es wird ihnen ein wesentliches Recht vorenthalten, nämlich die Informationsfreiheit. (Grüne, 26.03.2014)*
- *Es würde mich schon interessieren, Herr Bundeskanzler, warum Sie bei dieser Geheimhaltungspolitik zu hundert Prozent mitmachen und diese Geheimniskrämerei, diesen Rechteentzug – Recht auf Information – von der EU-Kommission abwärts auch in Österreich mitvollziehen. (Grüne, 26.03.2014)*

12.3.1.2.4 Team Stronach

Das Team Stronach thematisiert ebenso am 26. März 2014 die „Fehlende Transparenz“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) im Nationalrat.

12.3.1.2.4.1 Fehlende Transparenz

Die fehlende „Transparenz“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 21.01.2014) sei laut Meinung des Team Stronachs ein „Anschlag auf die Grundprinzipien der Demokratie“ (Team Stronach, 26.03.2014). Die Öffentlichkeit würde „ausgegrenzt“ (Team Stronach, 26.03.2014).

Textauszug:

- *Was bei diesem TTIP das Störende ist: Es fehlt an Information, es fehlt an Transparenz, und das nicht nur auf EU-, sondern auch auf USA-Seite. Es ist auch ein Anschlag auf die Grundprinzipien unserer Demokratie: Und dagegen wehre ich mich!" Bevölkerung wird bei den Verhandlungen komplett ausgegrenzt. (Team Stronach, 26.03.2014)*

12.3.1.2.5 NEOS

Auch bei der kleinsten Partei im Nationalrat, den NEOS, konnte der Frame „Fehlende Transparenz“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) entdeckt werden.

12.3.1.2.5.1 Fehlende Transparenz

Die Bürger würden ihrer Meinung nach nur unzureichend in die Verhandlungen eingebunden, was zu großem „Misstrauen“ (NEOS, 26.03.2014) seitens der Bevölkerung führe.

Textauszug:

- *Die Einbindung der Öffentlichkeit ist unzureichend. Das führt zu großem Misstrauen in der Bevölkerung, und das wird leider von ideologisch motivierten Parteien und Interessengruppen noch geschürt. Wir glauben, dass das sowohl aus demokratiepolitischer Sicht als auch im Hinblick auf politische Klugheit bedauerlich ist. (NEOS, 26.03.2014)*

12.3.1.3 Medien im Zeitraum von 27.03.2014 bis 30.09.2014

Der Frame „Fehlende Transparenz“ hält sich auch im zweiten Analysezeitraum. Sowohl die drei ausgewählten Medien, als auch alle Parteien im Nationalrat nahmen das Thema „Fehlende Transparenz“ auf. Es kann daher von einem durchgängigen Frame gesprochen werden, der sich durch alle Parteien und Medien zieht.

12.3.1.3.1 Der Standard

Wie bereits erwähnt, konnte auch im Standard der Frame „Fehlende Transparenz“ (Der Standard, 20.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) im zweiten Analysezeitraum identifiziert werden.

12.3.1.3.1.1 Fehlende Transparenz

Im Standard wurde die „Geheimnistuerei“ (Der Standard, 29.09.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014) und „Intransparenz“ (Der Standard, 30.01.2014) kritisiert. Die „Transparenz“ (Der Standard, 21.01.2014) würde weiterhin fehlen.

Textauszüge:

- *Ich finde es schon dramatisch, dass man auf diese Art und Weise überhaupt beginnt, so ein Abkommen zu verhandeln. Diese Intransparenz ist eine Verhöhnung der europäischen Bürgerinnen und Bürger. (Der Standard, 10.04.2014)*
- *Es ist heikel, dass wir nicht wissen, was die USA genau wollen. Die Transparenz, die für so ein umfassendes Abkommen notwendig wäre, fehlt. (Der Standard, 24.07.2014)*

12.3.1.3.2 Kronen Zeitung

Mit scharfen Worten wurde in der Kronen Zeitung auch im zweiten Untersuchungszeitraum auf die „Fehlende Transparenz“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) aufmerksam gemacht.

12.3.1.3.2.1 Fehlende Transparenz

Die „Geheimverhandlungen“ (Kronen Zeitung, 19.03.2014) fänden laut Kronen Zeitung „hinter verschlossenen Türen“ (Kronen Zeitung, 07.02.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014) als „Hinterzimmer-Mauscheleien“ (Kronen Zeitung, 10.05.2014) statt.

Weiters finden sich folgende Schlagwörter im zweiten Analysezeitraum in der Kronen Zeitung:

- „Geheimabkommen“ (Kronen Zeitung 27.03.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014)
- „Transparenz“ (Kronen Zeitung, 15.03.2014 / zuerst: Der Standard, 21.01.2014)
- „geheimen Handelspakt“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014)
- „Buchstabendschungel“ (Kronen Zeitung, 08.05.2014)
- „Verschleierungstaktik“ (Kronen Zeitung, 08.05.2014)
- „Geheimpakt“ (Kronen Zeitung, 16.03.2014)
- „Geheimhaltungsfimmel“ (Kronen Zeitung, 17.07.2014)
- „Geheimniskrämerei“ (Kronen Zeitung 08.05.2014 / zuerst: SPÖ und Grüne, 26.03.2014)
- „Geheim-Entwurf“ (Kronen Zeitung, 13.08.2014)
- „geheim“ (Kronen Zeitung 14.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)

Textauszüge:

- *Mit ihren Geheimverhandlungen hinter verschlossenen Türen über ein sogenanntes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit den USA (TTIP) hat die EU Kommission derart tiefes Misstrauen geweckt. Es sind die bösen Erfahrungen mit der EU-Kommission und ihrer berüchtigten Schwäche für – besonders amerikanische – Großkapitalinteressen. Es sind die Hinterzimmer- Mausehelei der Lobbyisten in Brüssel. (Kronen Zeitung, 10.05.2014)*
- *Denn im Geheimen und ohne jede Skrupel will Brüssel einen für die heimische Landwirtschaft verheerenden Pakt mit den USA abschließen. (Kronen Zeitung, 11.05.2014)*

12.3.1.3.3 Kurier

Auch in den Artikeln des Kuriers wird weiterhin die „Fehlende Transparenz“ (Kurier, 02.12.2013) in der Verhandlungsführung thematisiert.

12.3.1.3.3.1 Fehlende Transparenz

Die Gespräche über das Freihandelsabkommen wären „intransparent“ (Kurier, 03.07.2014 / Der Standard, 30.01.2014) und würden „hinter verschlossenen Türen“ (Kurier, 18.01.2014) ablaufen. Als Grund wurde angegeben, dass sich die Verhandler angeblich nicht von den USA „in die Karten schauen“ (Kurier, 14.04.2014 / zuerst: Grüne und NEOS, 26.03.2014) lassen wollen. Ein Vergleich aus dem Kartenspiel. Es seien „Geheim-Verhandlungen“ (Kurier, 20.05.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.03.2014). Die „Transparenz“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Der Standard, 21.01.2014) wurde in einigen Artikeln in Frage gestellt.

Textauszüge:

- *Heftige Kritik hagelt es immer wieder auch daran, dass die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Transparenz schaut anders aus. (Kurier, 03.07.2014)*
- *Die mangelnde Transparenz schürt Ängste: So lange unklar ist, was am Ende wirklich im Abkommen stehen wird, könnte ja alles drin stehen. (Kurier, 16.07.2014)*
- *Angeblich bleibt das geheim, damit wir uns von den USA nicht in die Karten schauen lassen. (Kurier, 14.04.2014)*

12.3.1.4 Parteien bei den Parlamentsdebatten von 27.03.2014 bis 30.09.2014

Wie bereits oben angedeutet, griffen alle österreichischen Parteien das Thema „Fehlende Transparenz“ (Kurier, 02.12.2013) im zweiten Analysezeitraum auf. Auch bei der ÖVP, welche den Informationsgehalt der Verhandlungsführung in der ersten großen TTIP Debatte aussparte, kann im Verlauf des zweiten Analysezeitraumes der Frame „Fehlende Transparenz“ entdeckt werden.

12.3.1.4.1 SPÖ

Die Partei des amtierenden Bundeskanzlers, die SPÖ, zeigte Verständnis für die Kritik der Verhandlungsführung, aber sprach sich selbst von der Kritik der „Fehlenden Transparenz“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) frei.

12.3.1.4.1.1 Fehlende Transparenz

Der SPÖ nach schaffte die fehlende „Transparenz“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 21.01.2014) „Misstrauen“ (SPÖ, 26.03.2014). Es wurde in einer Wortmeldung ein Plan hinter der „Geheimhaltung“ (SPÖ, 20.05.2014 / zuerst: Kurier, 08.03.2014) sowie „Geheimnistuerei“ (SPÖ, 23.09.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014) bei der Verhandlungsführung vermutet.

Textauszüge:

- *Fehlende Transparenz schafft Misstrauen: Ehrlich gesagt, man kann dieses Misstrauen niemandem verübeln, denn die Verhandlungen dauern jetzt schon seit dem Juli 2013 an, aber bekannt dazu ist eigentlich sehr wenig. (SPÖ, 23.09.2014)*
- *Bis jetzt ist es mit der Transparenz danebengegangen, wurde Misstrauen gesät, die Presse hat das ohnehin schon kritisiert, und die Frage war immer berechtigt: Warum haben Sie das so geheimnisvoll gemacht? Wenn man etwas so geheimnisvoll macht, gibt es meistens einen Plan, dass man nicht will, dass die Öffentlichkeit etwas weiß. – Damit haben wir alle miteinander nichts zu tun. (SPÖ, 24.09.2014)*

12.3.1.4.2 ÖVP

Die ÖVP nahm die „Fehlende Transparenz“ (ÖVP, 23.09.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) in ihren Redebeiträgen über TTIP im zweiten Analysezeitraum auf, während sie in der ersten größeren Debatte am 26. März 2014 die Thematik beiseite lies.

12.3.1.4.2.1 Fehlende Transparenz

Schuld an der mangelnden „Transparenz“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 21.01.2014) habe nicht die Europäische Union, sondern der Verhandlungspartner aus den USA. Die Verhandlungen fänden im „Hinterzimmer“ (ÖVP, 23.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 10.05.2014) statt.

Textauszüge:

- *Darüber haben wir auch schon öfter diskutiert, es waren drei Punkte – die Transparenz finde ich wirklich bemerkenswert schlecht. Das kommt auch nicht von der EU, sondern von den amerikanischen Partnern. (ÖVP, 24.09.2014)*
- *Daher müssen wir uns für mehr Transparenz einsetzen, müssen uns dafür einsetzen, dass es keinen Nachteil durch solche Verhandlungen geben kann. (ÖVP, 23.09.2014)*
- *Daher wird vonseiten der Regierung alles getan, dass, wann immer neue Verhandlungsschritte gesetzt werden, transparent das Parlament und damit auch die österreichische Bevölkerung informiert wird. (ÖVP, 24.09.2014)*

12.3.1.4.3 FPÖ

Die FPÖ thematisiert die „Fehlende Transparenz“ (FPÖ, 26.03.2014 / Kurier, 02.12.2013) auch im zweiten Analysezeitraum.

12.3.1.4.3.1 Fehlende Transparenz

Es wurde im Rahmen der „Transparenz“ (FPÖ, 23.09.2014 / zuerst: Der Standard, 21.01.2014) von „Geheimverhandlungen“ (FPÖ, 23.9.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.03.2014), „Geheimnistuerei“ (FPÖ, 24.9.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014) sowie „Geheimniskrämerei“ (FPÖ, 20.5.2014 / zuerst: SPÖ und Grüne, 26.03.2014) gesprochen. Die Verhandlungen fänden unter „Ausschluss der Öffentlichkeit“ (FPÖ, 23.09.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) statt.

Textauszug:

- *Man fragt sich: Warum unter Ausschluss der Öffentlichkeit? Warum keine Transparenz? Warum? Was gibt es da zu verbergen? Und warum werden die Bürger nicht eingebunden? – Weil offenbar wieder nicht die Bürgerinteressen Europas im Vordergrund stehen, sondern offensichtlich ganz klar Konzern- und Bankeninteressen. (FPÖ, 23.09.2014)*

12.3.1.4.4 Grüne

Für die Grünen war die vorgeworfene „Fehlende Transparenz“ (Grüne, 29.01.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) eine Verhandlungsführung aus vergangenen Zeiten. Die Kritik an der Verhandlungsführung fiel daher in den Redebeiträgen deutlich aus. Die Bundesregierung wurde dabei in die Pflicht genommen.

12.3.1.4.4.1 Fehlende Transparenz

„Geheimniskrämerei“ (Grüne, 26.03.2014), „Geheimhaltung“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 08.03.2014) sowie „Geheimhaltungspolitik“ (Grüne, 26.03.2014) hätten im Jahr 2014 nichts mehr in der Politik zu suchen. Es müsse daher „Licht ins Dunkel“ (Grüne, 26.03.2014) gebracht werden.

Textauszug:

- *Also diese Geheimhaltung, die ist ja wirklich schon peinlich. Ich meine, wir sind im Jahre 2014! Wir sind der Bevölkerung Transparenz, gläserne Verhandlungen schuldig, und zwar zu 100 Prozent. Also dass das nach wie vor noch auch österreichische Politik ist, ist wirklich ein Armutszeugnis. (Grüne, 23.09.2014)*

12.3.1.4.5 Team Stronach

Der Neuling im Nationalrat, das Team Stronach, kritisierte wie die anderen Parteien und Medien weiterhin die „Fehlende Transparenz“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013).

12.3.1.4.5.1 Fehlende Transparenz

Die Verhandlungen fanden laut Redebeiträgen des Team Stronachs „hinter verschlossenen Türen“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014) im „Geheimen“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) statt. Diese ausgemachte fehlende „Transparenz“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: Kurier, 21.01.2014) und „Geheimhaltung“ (Team Stronach, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 08.03.2014) bei den „Geheimverhandlungen“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.03.2014) führe zu einem „Misstrauen“ (Team Stronach, 24.09.2014 / zuerst: SPÖ und NEOS, 26.03.2014).

Textauszug:

- *Die Österreicher müssen über die TTIP-Geheimverhandlungen informiert werden. Es muss eine öffentliche Meinungsbildung geben, und dann muss gut verhandelt werden. Wir müssen mitverhandeln. Das ist ein demokratisches Prinzip. Transparenz statt TTIP und statt Geheimverhandlungen. (Team Stronach, 23.09.2014)*

12.3.1.4.6 NEOS

Es ist wenig überraschend, dass auch die bürgerlich, liberalen NEOS die „Fehlende Transparenz“ (NEOS, 26.03.2014 / Kurier, 02.12.2013) bei den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA ansprachen.

12.3.1.4.6.1 Fehlende Transparenz

Eher sachlich taten die NEOS in ihren Redebeiträgen ihren Unmut über die empfundene fehlende „Transparenz“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 21.01.2014) bei der Verhandlungsführung kund.

Textauszug:

- *Was nicht geschieht, ist, dass die Stakeholder eingebunden werden, weder jetzt auf amerikanischer noch auf europäischer Seite. Was nicht geschieht, ist, dass Transparenz stattfindet, damit die Menschen wissen, worüber wir verhandeln. Was eben nicht geschieht, ist, dass wir überhaupt wissen, welches Verhandlungsmandat unser eigenes Land erteilt hat. (NEOS, 24.09.2014)*

12.3.2 Schiedsgerichte

Im Themenbereich Schiedsgerichte wurden drei verschiedene Frames ausgemacht: „Gefahr durch Schiedsgerichte“, „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ und „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“.

12.3.2.1 Medien im Zeitraum von 17.06.2013 bis 26.03.2014

Nur der Frame „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Kurier, 02.12.2013) wurde bei allen drei untersuchten Medien Der Standard, Kronen Zeitung und Kurier im ersten Analysezeitraum identifiziert. Die Frames „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 26.03.2014) und „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 22.01.2014) wurden nur bei Artikeln des Standards ausgemacht.

12.3.2.1.1 Der Standard

Der Standard thematisierte in der Anfangsberichterstattung über TTIP vor allem die „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Der Standard, 20.12.2013 / zuerst Kurier, 02.12.2013). Außerdem wurde der Frame „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 22.01.2014) registriert. Am Ende des Analysezeitraums konnte zusätzlich der Frame „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 26.03.2014) ausgemacht werden.

12.3.2.1.1.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Schiedsgerichte seien „geheime Verfahren“ (Der Standard, 11.02.2014), die in einem „Hinterzimmer“ (Der Standard, 20.12.2013) „ohne Öffentlichkeit“ (Der Standard, 20.12.2013) stattfänden. „Ohne Berufungsmöglichkeit“ (Der Standard, 11.02.2014) müsste die Entscheidung hingenommen werden. Als negative Beispiele wurden die damals ausstehenden Fälle von „Philip Morris“ (Der Standard, 20.12.2013) sowie des schwedischen Stromanbieters „Vattenfall“ (Der Standard, 30.01.2014) in den Artikeln genannt. Auch auf den „Missbrauch“ (Der Standard, 21.01.2014) wurde eingegangen.

Textauszüge:

- *Der Fall von Philip Morris gegen den Staat Australien zeigt, dass derartige Klauseln Unternehmen auch über Briefkastenfirmen die Tür öffnen können, gegen ungelegene Regeln vorzugehen. In diesem Fall klagt eine Hongkonger Tochter des US-Tabakkonzerns gegen die Verpackungsvorschriften, die Australien bei Zigarettenverpackungen erlassen hat, und beruft sich auf die ISDS. (Der Standard, 20.12.2013)*
- *Richter gegen Rechtsstaat und gegen Demokratie. Dass ein Jurist geheime Verfahren mit Urteilen ohne Berufungsmöglichkeit verteidigt, ist bemerkenswert. (Der Standard, 11.02.2014)*
- *Gefahr für die Errungenschaften des europäischen Rechtsstaates. (Der Standard, 17.03.2014)*

12.3.2.1.1.2 Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten

Zusätzlich wurde die Frage nach der Notwendigkeit von Schiedsgerichten aufgeworfen. Diese seien nur bei „fragwürdigen Rechtssystem“ (Der Standard, 26.03.2014) sinnvoll und notwendig.

Textauszug:

- *Keinen Bedarf sieht Krainer an einer Schlichtungsstelle zwischen Industrie und Staat, da das nur bei Ländern mit fragwürdigen Rechtssystemen notwendig sei. (Der Standard, 26.03.2014)*

12.3.2.1.2 Kronen Zeitung

In der Kronen Zeitung konnte im ersten Analysezeitraum allein der Frame „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) ausgemacht werden.

12.3.2.1.2.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Die Urteilssprüche der Schiedsgerichte könnten für die Nationalstaaten und somit für den „Steuerzahler“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) extrem kostspielig werden. Bei den „teuren Verfahren“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) „ohne Öffentlichkeit“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) ginge es oft um „Forderungen in Milliardenhöhe“ (Kronen

Zeitung, 19.01.2014). Dabei würden nicht selten „hohe Abschlagszahlungen“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) fällig werden. Mögliche Klagen könnten laut den Artikeln der Kronen Zeitung das „Rauchverbot“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014), die „Atomkraft“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014), „Fracking“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) oder „Mindestlöhne“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) betreffen.

Textauszüge:

- *Konzerne könnten künftig Staaten auf Profitentgang klagen. Auch auf Österreich könnten Forderungen in Milliardenhöhe zukommen. Z. B. wegen Rauchverboten oder des Ausstiegs aus der Atomkraft! Multinationalen Konzernen „Investitionsschutz“ geben. Zuständig hierfür wären Schiedsgerichte. Schließlich will man den Regierungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit „auf Augenhöhe“ begegnen. Diese teuren und aufwendigen Verfahren enden übrigens (schon wegen des Prozessrisikos) nicht selten mit hohen Abschlagszahlungen. Auf der Seite des beklagten Staates zahlt der Steuerzahler. (Kronen Zeitung, 19.01.2014)*
- *Dieses Abkommen bedroht unsere Umweltpolitik. Österreich könnte wegen höherer Öko-Auflagen verklagt und vor ein Schiedsgericht gestellt werden. (Kronen Zeitung, 15.03.2014)*

12.3.2.1.3 Kurier

Im Kurier tauchte zuerst der Frame „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Kurier, 02.12.2013) auf. Andere Frames zum Thema Schiedsgerichte konnten im ersten Analyseabschnitt nicht gefunden werden.

12.3.2.1.3.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Aus der griechischen Mythologie entlehnt, baute der Kurier das „Trojanische Pferd“ (Kurier, 02.12.2013) in die Debatte ein. Die im Pferd versteckten Krieger besiegten der Sage nach die gutgläubigen Stadtbewohner Trojas, welche das geschenkte Pferd freudig entgegennahmen. Wahrscheinlich sollte die Metapher so einen Hinweis auf die Gefahr darstellen, welche hinter den Schiedsgerichten lauere. Im Zuge des Themas Schiedsgerichte wurden die Auswirkungen auf „Fracking“ (Kurier, 21.02.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) sowie „Mindestlöhne“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) thematisiert.

Textauszüge:

- *Das Freihandelsabkommen würde es Konzernen leichter machen Staaten wegen der Anhebung der Normen in den Bereichen Gesundheit, Soziales oder Umweltschutz auf Schadenersatz zu klagen. US-Firmen haben Staaten, mit denen solchen Abkommen bestehen, erfolgreich wegen des Verbots giftiger Substanzen oder anderer „investitionsfeindlicher“ Regeln geklagt. (Kurier, 02.12.2014)*
- *Viele EU-Staaten fürchten, dass sie gegenmächtige Konzerne unter die Räder kommen. (Kurier, 21.03.2014)*

12.3.2.2 Parteien bei den Parlamentsdebatten von 17.06.2013 bis 26.03.2014

Bis auf den Frame „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 26.03.2014) konnten alle Frames in den Redebeiträgen der Parteien im ersten Analysezeitraum identifiziert werden. Diese waren „Gefahr für Schiedsgerichte“ (Kurier, 02.12.2013) sowie „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 22.01.2014).

12.3.2.2.1 SPÖ

Bei den Redebeiträgen der SPÖ konnte sowohl der Frame „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) als auch der befürwortende Frame „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 22.01.2014) identifiziert werden.

12.3.2.2.1.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Der SPÖ nach könnten über Schiedsgerichte „durch die Hintertür“ (SPÖ, 26.03.2014) Standards ausgehebelt werden. Gegen die „Privatisierung des Wassers“ (SPÖ, 26.03.2014) oder „Fracking“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) wollten sich die Sozialdemokraten zu Wehr setzen.

Textauszüge:

- *Durch die Hintertür droht einiges eingeführt zu werden, was wir nicht wollen, nämlich im Zusammenhang mit dem sogenannten Investitionsschutzabkommen. Das Investitionsschutzabkommen ist aber keinesfalls – und gegen einen derartigen Missbrauch des Inhalts und auch des eigentlichen Sinns und Zwecks eines Investitionsschutzabkommens werden wir uns zur Wehr setzen – eine versteckte Hintertür für eine Privatisierung von Wasser, für eine Verschlechterung des Umweltschutzes oder sozialer Bedingungen. (SPÖ, 26.03.2014)*

12.3.2.2.1.2 Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten

Allerdings führten die Abgeordneten der SPÖ aus, Schiedsgerichte hätten durchaus einen Sinn. So würden sie für „Sicherheit“ (SPÖ, 26.03.2014) für Investitionen und Unternehmer sorgen. Als Beispiel wurde „Ungarn“ (SPÖ, 26.03.2014) herangezogen.

Textauszug:

- *Es sind auch österreichische Betriebe, die immer wieder Investitionsschutzabkommen, die es gibt, die mit anderen Ländern bereits existieren, als eine Sicherheit sehen, um die Investitionen, die sie tätigen, auch schützen zu können. Ich gehe davon aus, dass diese 60 Investitionsschutzabkommen, die es gibt, als Ursache hatten, sich dagegen wehren zu können, wenn jemand, wie das zum Beispiel derzeit in Ungarn auch immer wieder diskutiert wird, einfach mit einem Gesetz Investitionen anderer zunichte macht. (SPÖ, 26.03.2014)*

12.3.2.2.2 ÖVP

Bei der zweiten Regierungspartei, der ÖVP, konnten ebenfalls die Frames „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) sowie „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 22.01.2014) entdeckt werden.

12.3.2.2.2.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Der ÖVP nach bestand die Befürchtung eines „Primats der Konzerne“ (ÖVP, 26.03.2014). Schiedsgerichte, welche einen „Missbrauch“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 21.01.2014) zuließen, wären strikt abzulehnen. Eine „Klageindustrie“ (ÖVP, 26.03.2014) dürfe nicht entstehen.

Textauszüge:

- *Kritisch gesehen wird, dass es Schiedsverfahren gibt, die es den Investoren ermöglichen, Staaten außerhalb der nationalen Gerichte zu verklagen. Es ist an sich üblich, dass es in Investitionsschutzabkommen derartige Möglichkeiten gibt, und der Vorwurf besteht, dass es sozusagen ein Primat der Konzerne gibt, dass die Politik hier nicht handeln kann und dass der Spielraum der Politik eingeengt wird. Daher ist für uns klar, dass derartige Investitionsschutzklauseln, die negativ wären, abzulehnen sind. (ÖVP, 26.03.2014)*
- *Zudem will der Kommissar unterbinden, dass eine regelrechte Klageindustrie entsteht, was natürlich die klagefreudigen US-Konzerne betrifft. (ÖVP, 26.03.2014)*

12.3.2.2.2.2 Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten

Allerdings hätten Schiedsgerichte der ÖVP nach auch Vorteile für österreichische Unternehmen. Investitionen im Ausland bräuchten klare Regeln. Der Investitionsschutz könne beispielsweise „Korruption“ (ÖVP, 26.03.2014), „Produktfälschungen“ (ÖVP, 26.03.2014) sowie „illegalen Handel“ (ÖVP, 26.03.2014) bekämpfen.

Textauszug:

- *Klar ist, dass unsere Unternehmer Investitionsschutz brauchen, und unsere 62 Abkommen haben sich auch in der Vergangenheit bewährt. Für Investitionen im Ausland braucht man klare Regeln. Klare Regeln, Transparenz und eine hohe Einbindung sind Voraussetzungen für ein solches Jahrhundertabkommen, das das Ziel haben muss, gegen Produktfälschungen, illegalen Handel und Korruption vorzugehen und die hohen Standards aufrechtzuerhalten, die wir in Europa und in Österreich haben. (ÖVP, 26.03.2014)*

12.3.2.2.3 Grüne

Bei den Redebeiträgen der Grünen konnte nur der Frame „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) identifiziert werden.

12.3.2.2.3.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Schiedsgerichte würden „ohne Öffentlichkeit“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) und „ohne Überprüfbarkeit“ (Grüne, 26.03.2014) abgehalten werden und dienen den Grünen nach vor allem den Kommerzialisierungsinteressen der Konzerne.

Textauszug:

- *Um all das durchzusetzen, um all diese Kommerzialisierungsinteressen für Konzerne durchzusetzen, gibt es in diesem Abkommen einen ganz zentralen Punkt, nämlich ein Sonderklagerecht, das abseits der regulären Gerichtsbarkeit, der ordentlichen Gerichtsbarkeit angesiedelt ist. Es geht da um Schiedsgerichte, bei denen Firmen direkt gegenüber Staaten Investitionsverluste einklagen können. Das ist in anderen Teilen dieser Welt auch schon sehr oft geschehen, meistens zum Nachteil der Bevölkerung und zum Vorteil eines Konzerns – außerhalb der staatlichen Gerichtsbarkeit! Verfahren ohne Öffentlichkeit, ohne Überprüfbarkeit, von spezialisierten Anwälten von Konzernen durchgeführt, parallel zu unserer ordentlichen Gerichtsbarkeit. (Grüne, 26.03.2014)*

12.3.2.2.4 NEOS

Bei den Wortmeldungen der NEOS konnte nur der Frame „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 22.01.2014) ausfindig gemacht werden.

12.3.2.2.4.1 Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten

Ein „effizienter Streitbeilegungsmechanismus“ (NEOS, 26.03.2014) sei für internationale Investitionen essentiell. Es müsse „Rechtssicherheit“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 30.01.2014) für die Investoren sichergestellt werden. Allerdings nannten die NEOS auch einen Verbesserungsvorschlag und führten den internationalen Seegerichtshof als positives Beispiel an.

Textauszüge:

- *Es ist klar, dass internationale Investitionen eines effizienten Streitbeilegungsmechanismus bedürfen, und die transatlantische Partnerschaft könnte hier eine globale Vorbildwirkung haben. Wir sind der Meinung, dass es eine Wahlmöglichkeit zwischen der Ausschöpfung der innerstaatlichen Rechtsmittel und internationaler Investitionsschiedsgerichtsbarkeit geben sollte. (NEOS, 26.03.2014)*
- *Für uns wäre auch ein Internationaler Handelsgerichtshof, zum Beispiel wie der Internationale Seegerichtshof, denkbar. (NEOS, 26.03.2014)*

12.3.2.3 Medien im Zeitraum von 27.03.2014 bis 30.09.2014

Der Frame „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Kurier, 02.12.2013) konnte auch im zweiten Untersuchungszeitraum bei allen Medien gefunden werden. Ebenfalls wurde der Frame „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 26.03.2014) bei allen Medien

ausgemacht. Der Frame „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 22.01.2014) wurde sowohl beim Standard als auch beim Kurier registriert.

12.3.2.3.1 Der Standard

Beim Standard konnten in der zweiten Analysephase genau wie im ersten Untersuchungszeitraum alle drei Frames bezüglich des Themas Schiedsgerichte gefunden werden. Die Qualitätszeitung thematisierte die „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Der Standard, 20.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013), die „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 26.03.2014) sowie die „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 22.01.2014)

12.3.2.3.1.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Relativ scharf wurde im Standard vor den Schiedsgerichten und ihrem möglichen „Missbrauch“ (Der Standard, 21.01.2014) gewarnt. Die „teuren Verfahren“ (Der Standard, 26.05.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) führen oft zu hohen „Entschädigungszahlungen“ (Der Standard, 15.07.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 15.06.2014). Es wurde auch vor einer „Privatisierung des Rechts“ (Der Standard, 15.07.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 27.06.2014) gewarnt. Weiters konnten folgende Schlagwörter in den Artikeln ausgemacht werden:

- „Gelbe vom Ei“ (Der Standard, 18.09.2014)
- „Hinterzimmer“ (Der Standard, 20.12.2014)
- „Ohne Berufungsmöglichkeit“ (Der Standard, 11.02.2014)
- „Atomkraft“ (Der Standard, 27.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung 19.01.2014)
- „Fracking“ (Der Standard, 22.01.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Vattenfall“ (Der Standard, 30.01.2014)
- „Phil Morris“ (Der Standard, 20.12.2013)
- „Durch die Hintertür“ (Der Standard, 28.03.2014 / zuerst: Grüne, 26.03.2014)
- „Konzerngerichte“ (Der Standard, 28.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 27.03.2014)

Textauszüge:

- *Schiedsgerichte gefährden unsere Demokratie. Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) ermöglichen multinationalen Unternehmen, nationale Gerichte auszusparen und vor privaten Schiedsgerichten Staaten auf hohe Schadensersatzzahlungen zu verklagen. Dieses Privileg wollen die EU und USA ihrer Wirtschaft im zukünftigen größten Wirtschaftsraum TTIP zugestehen. (Der Standard, 15.07.2014)*
- *Die Kritik, dass mit einer solchen Konfliktbeilegung die sowieso schon mächtigen Konzerne noch mächtiger werden, war zuletzt sehr massiv gewesen. (Der Standard, 29.09.2014)*

12.3.2.3.1.2 Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten

Es wurde im Standard auch argumentiert, Schiedsgerichte seien bei TTIP nicht notwendig, da beide Vertragspartner, anders als bei Abkommen mit kleinen „Entwicklungsländern“ (Der Standard, 30.01.2014), über ein „hochentwickeltes Rechtssystem“ (Der Standard, 15.07.2014 / zuerst: Kurier, 14.07.2014) verfügen.

Textauszug:

- *Das ist nicht notwendig. Es könnte ausgenommen werden. Das ist wichtig, wenn ein Unternehmen aus Europa oder den USA in einem kleinen Entwicklungsland investiert. Als Investor traut man oft dem Justizsystem nicht. Dann hat man ein Schiedsverfahren. (Der Standard, 26.08.2014)*

12.3.2.3.1.3 Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten

Aber auch die Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten wurde im Standard dargestellt. Ein gewichtiges Argument wäre die „Sicherheit“ (Der Standard, 06.05.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) gegen Enteignung für die ausländischen Investoren, ohne dass sie eine „Benachteiligung“ (Der Standard, 23.06.2014) fürchten müssen. Beispielsweise hätten österreichische Banken diesen Schutz gerne gegenüber „Ungarn“ (Der Standard, 06.05.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) gehabt.

Textauszüge:

- *Investoren hätten gerne Sicherheit, dass sie nicht enteignet werden und dass sie nicht gegenüber nationalen Anbietern benachteiligt werden. Um das zu gewährleisten, gibt es, wie Sie sagen, bereits 3000 Vereinbarungen, und da gab es nie besondere Probleme. Die österreichischen Banken hätten das auch ganz gern in Ungarn gehabt, damit sie nicht über eine willkürliche Steuer enteignet werden. (Der Standard, 06.05.2014)*
- *In Investitionsschutzabkommen sichern sich Staaten wechselseitig zu, Investoren gerecht und billig zu behandeln, diese nicht gegenüber Inlands- oder Drittstaatsinvestoren zu benachteiligen, nicht entschädigungslos zu enteignen und den freien Kapitalverkehr zu gewährleisten. Mit „Superrechten“ hat das wenig zu tun – eher mit Schutz vor staatlicher Willkür. Die Nutzung von Schiedsgerichten garantiert den Investoren einen effizienten und vor allem objektiven Rechtsschutz. (Der Standard, 23.06.2014)*

12.3.2.3.2 Kronen Zeitung

In der Kronen Zeitung konnten im zweiten Analyseabschnitt die Frames „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) sowie „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Kronen Zeitung, 27.03.2014 / zuerst: Der Standard, 26.03.2014) entdeckt werden.

12.3.2.3.2.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Mit deutlichen Worten wurde in der Kronen Zeitung vor der „Privatisierung der Gerichtsbarkeit“ (Kronen Zeitung, 27.06.2014) gewarnt, bei der „juristischen Narrenfreiheit“ (Kronen Zeitung, 17.07.2014) für Konzerne herrsche. Es ginge oft um gigantische „Entschädigungszahlungen“ (Kronen Zeitung, 15.06.2014) in „Milliardenhöhe“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014). Die „teuren Verfahren“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) würden dabei vielfach von Konzernen missbraucht, wobei vor allem der „Steuerzahler“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) ein finanzielles Nachsehen hätte. Bei der Gerichtsbarkeit in den „Hinterzimmern“ (Kronen Zeitung, 10.05.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) würde die „Souveränität“ (Kronen Zeitung, 14.09.2014) der Nationalstaaten in Frage gestellt. Weiters wurden folgende Schlagwörter gefunden:

- „Rauchverbot“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Atomkraft“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Fracking“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Wasserprivatisierung“ (Kronen Zeitung, 08.06.2014 / zuerst: SPÖ und Grüne, 26.03.2014)
- „Vattenfall“ (Kronen Zeitung, 10.05.2014 / zuerst: Der Standard, 30.01.2014)
- „Phil Morris“ (Kronen Zeitung, 14.09.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2014)
- „Konzerngerichte“ (Kronen Zeitung, 27.03.2014)

Textauszüge:

- *Der Teufel liegt im Detail, besonders im Investitionsschutzabkommen. Es besteht die Gefahr, dass bei Streitfällen Sonderschiedsgerichte, bestückt mit käuflichen Lobby-Advokaten, staatliches Recht aushebeln. (Kronen Zeitung, 10.05.2014)*
- *Die milliardenschweren Konzerne können per fragwürdigen privaten Schiedsgericht unsere hohen sozialen und Umweltstandards verbieten lassen. Konzerne können dann unser nationales Parlament und damit die Demokratie aushebeln. (Kronen Zeitung, 20.06.2014)*

12.3.2.3.2.2 Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten

Die Kronen Zeitung führte in ihrer Berichterstattung an, Schiedsgerichte hätten keine Notwendigkeit, da nationale Gerichte auch für internationale Investoren ausreichend Schutz böten.

Textauszüge:

- *Spezielle Investitionsschutzvorschriften sind nicht erforderlich. Die EU und die USA haben einen sehr guten Rechtsschutz. (Kronen Zeitung, 27.03.2014)*
- *Ich sehe derzeit keine Notwendigkeit für ein Schiedsgerichtsverfahren, das den Unternehmen die Möglichkeit gibt, unabhängig von nationalen Gerichten Staaten zu verklagen. Die Rechtssysteme der EU und der USA sind stark genug. (Kronen Zeitung, 19.06.2014)*

12.3.2.3.3 Kurier

In den Artikeln des Kuriers konnten die Frames „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Kurier, 02.12.2013) sowie „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Kurier, 14.07.2014 / zuerst: Der Standard, 26.03.2014) als auch „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (Kurier, 30.09.2014 / zuerst: Der Standard, 22.01.2014) entdeckt werden.

12.3.2.3.3.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Schiedsgerichte wurden unter anderem als „Geheimgerichte“ (Kurier, 30.09.2014) bezeichnet. Ebenfalls wurde vor „Missbrauch“ (Kurier, 30.09.2014 / zuerst: Der Standard, 21.01.2014) und möglichen hohen Kosten für den „Steuerzahler“ (Kurier, 28.04.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) gewarnt. „Durch die Hintertür“ (Kurier, 27.03.2014 / zuerst: Grünen, 26.03.2014) dürften keine Standards ausgehebelt werden. Weiters kamen folgende Schlagwörter in der Berichterstattung vor:

- „Fracking“ (Kurier, 21.02.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Phil Morris“ (Kurier, 19.09.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)
- „Vattenfall“ (Kurier, 30.09.2014 / zuerst: Der Standard, 30.01.2014),
- „Wasserprivatisierung“ (Kurier, 27.03.2014 / zuerst: SPÖ und Grüne, 26.03.2014)
- „Atomkraft“ (Kurier, 20.05.2014 / zuerst: Kronen Zeitung 19.01.2014)

Textauszüge:

- *Die größte Gefahr ist das geplante Investitionsschutzabkommen. Wenn Investoren Nationalstaaten vor einem Schiedsgericht klagen können, weil eine Verschärfung von Umweltauflagen ihre Gewinne schmälern, wird die Demokratie ausgehebelt. Hohe Strafen würden die Vorteile aus dem Abkommen mit einem Schlag vernichten. (Kurier, 03.07.2014)*
- *Konkret ist, dass die Amerikaner und die Kommission Investitionsschutzklauseln wollen, um eine Sondergerichtsbarkeit für Großkonzerne zu schaffen. Da wird ein Vertrag konstruiert, der internationales Finanzkapital stärkt und Demokratien schwächt. (Kurier, 14.07.2014)*
- *Geheimhaltung ist auch ein Faktor beim Investorenschutz: Kritiker warnen, dass mit solchen Klauseln der Gang vor „Geheimgerichte“ ermöglicht wäre, wo Konzerne außerhalb des Rechtsstaats gegen unliebsame Gesetze klagen könnten. Für Unbehagen sorgen Milliarden-Klagen aus der jüngeren Vergangenheit: Der Tabakkonzern Philip Morris hat Australien wegen seiner Gesetze für Zigarettenverpackungen geklagt; Energieriese Vattenfall zieht gegen Deutschland wegen des Atomausstieges vor Gericht. (Kurier, 30.09.2014)*

12.3.2.3.3.2 Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten

Im Kurier wurde auch auf die „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Kurier, 14.07.2014 / zuerst: Der Standard, 26.03.2014) eingegangen. Da beide Partner über ein „hochentwickeltes Rechtssystem“ (Kurier, 14.07.2014) verfügen, seien Schiedsgerichte nicht notwendig

Textauszug:

- *Es macht ja Sinn, wenn nur ein Partner ein hochentwickeltes Rechtssystem hat. Zwischen den zwei am höchsten entwickelten brauche ich aber keine Sondergerichtsbarkeit. (Kurier, 14.07.2014)*

12.3.2.3.3 Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten

Auch wenn Schiedsgerichte als heikler Punkt dargestellt wurden, wurde darauf hingewiesen, dass sie ein „notwendiges Instrument“ (Kurier, 16.07.2014) sein könnten, bei dem Konzerne und Staaten sich auf „neutralem Boden“ (Kurier, 16.07.2014) gegenüberstehen. Als Beispiel wurde auch im Kurier „Ungarn“ (Kurier, 30.09.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) genannt.

Textauszug:

- *Ein heikler Punkt ist der sogenannte Investorenschutz. Für manche ein notwendiges Instrument, um Prozesse zwischen Konzernen und Staaten auf „neutralem Boden“ abzuwickeln (Beispiel: Atom- Konzern klagt gegen Gesetz zum Atom-Ausstieg). (Kurier, 16.07.2014)*

12.3.2.4 Parteien bei den Parlamentsdebatten von 27.03.2014 bis 30.09.2014

Der Frame „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 22.01.2014) wurde im zweiten Analysezeitraum nur bei zwei von sechs Parteien identifiziert, während sowohl die Frames „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 26.03.2014) als auch „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Kurier, 02.12.2013) bei Redebeiträgen von fünf von sechs Parteien registriert wurden.

12.3.2.4.1 SPÖ

Bei den Wortmeldungen der Sozialdemokraten konnten die Frames „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) sowie „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (SPÖ, 23.09.2014 / zuerst: Der Standard, 26.03.2014) identifiziert werden.

12.3.2.4.1.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Bei den Schiedsgerichten gehe es der SPÖ nach um „Milliarden“ (SPÖ, 23.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) und nicht um weniger als das „Selbstbestimmungsrecht“ (SPÖ, 23.09.2014) der Staaten. Als Negativbeispiel wurde die „Atomkraft“ (SPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) genannt.

Textauszüge:

- *Es ist in Wirklichkeit die Umgehung unseres Rechtssystems! Und das ISDS können sich die in Wirklichkeit „g’halten“, um das auf gut Wienerisch zu sagen. (SPÖ, 24.09.2014)*
- *Denn die USA haben bis jetzt all diese Verfahren gewonnen. Am Schluss können selbst alle Zusicherungen, die nun vonseiten der EU-Kommission gegeben werden, wertlos sein, denn die Kommission entscheidet ja nicht. Wirklich entscheiden werden drei zufällig ausgewählte Personen, die auf irgendeiner Liste stehen. Und das, meine Damen und Herren, ist dann in der Tat ein Trojanisches Pferd. Und das wollen wir nicht! (SPÖ, 23.09.2014)*

12.3.2.4.1.2 Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten

Die SPÖ spricht den Schiedsgerichten nicht generell die Sinnhaftigkeit ab, schränkt diese aber auf „Entwicklungsländer“ (SPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 30.01.2014), „Schwellenländer“ (SPÖ, 24.09.2014), bzw. so genannte „Bananenrepublik“ (SPÖ, 24.09.2014) ein. Bei den Vertragspartnern handele es sich um „rechtstaatliche Länder“ (SPÖ, 23.09.2014), bei denen Schiedsgerichte nicht notwendig seien.

Textauszug:

- *Und ich vertrete sie aus Überzeugung, weil ich glaube, dass es natürlich Freihandelsabkommen in der Welt gibt, wo eine derartige Klausel, also ein Schlichtungsverfahren zum Schutz vor willkürlichen Enteignungen notwendig ist, aber gerade in der Europäischen Union, in Österreich oder in den Vereinigten Staaten braucht man das nicht. Das sind rechtsstaatliche Länder, deren Gesetze und deren Verlässlichkeit ausreichend sind, sodass es eben nicht notwendig ist, eine zusätzliche Investorenschutzklausel vorzusehen. (SPÖ, 23.09.2014)*

12.3.2.4.2 ÖVP

Bei den Wortmeldungen der ÖVP im zweiten Analyseabschnitt konnten die Frames „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (ÖVP, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 26.03.2014) sowie „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 22.01.2014) identifiziert werden.

12.3.2.4.2.1 Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten

Die ÖVP ist der Ansicht, dass beide Vertragspartner über ein „entwickeltes Rechtssystem“ (ÖVP, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 14.07.2014) verfügen und daher die Klagsmöglichkeiten über ein Schiedsgericht nicht notwendig seien.

Textauszug:

- *Es ist fraglich, ob man dann diese Investitionsschutzbestimmungen mit den Klagsmöglichkeiten tatsächlich braucht. Wir gehen davon aus, dass dieser Punkt nicht notwendig ist. (ÖVP, 24.09.2014)*

12.3.2.4.2 Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten

Gleichzeitig betonte sie allerdings auch die „Rechtssicherheit“ (ÖVP, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 30.01.2014), welche durch die Schiedsgerichte gewährleistet würde. Im Nachhinein könne es im Falle eines Verzichts negative Folgen haben.

Textauszug:

- *Jetzt sage ich Ihnen auch etwas zu dem Themenbereich ISDS-Systeme und Investitionsschutz. Wir haben weltweit 2 800 derartige bilaterale Abkommen. 2 800! Österreich hat allein, ich weiß nicht wie viele, aber ich glaube 60, und wir haben selbst schon fünf oder sechs Unternehmen gehabt, die geklagt haben. Ich erinnere mich, das habe ich als Studentenvertreter beim damaligen Professor Kulhavy erfahren, im Rechtsbereich, als es um eine Geschäftsordnung für die Fakultät in Linz gegangen ist. Wir haben eine Geschäftsordnung ausgearbeitet, und dann hat er gesagt: Wenn wir die Geschäftsordnung wirklich brauchen, dann ist es eigentlich schon zu spät, aber weil wir eine Geschäftsordnung haben, werden wir sie nicht brauchen. Das ist genau der gleiche Hintergrund wie beim Investitionsschutzabkommen! Wenn man Spielregeln hat, wird man sie in den meisten Fällen nicht brauchen. (ÖVP, 24.09.2014)*

12.3.2.4.3 FPÖ

Bei der Analyse der Wortmeldungen der FPÖ konnten die Frames „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (FPÖ, 23.09.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) sowie „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 26.03.2014) entdeckt werden.

12.3.2.4.3.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Der FPÖ nach seien die Bürger zu Recht kritisch gegenüber Schiedsgerichten eingestellt. Bei den meist „teuren Verfahren“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) gehe es um „Milliarden“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014), welche im Verlustfall der „Steuerzahler“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung 19.01.2014) zahlen müsste. Sie sprach zudem von einer „Privatisierung des Rechts“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 27.06.2014) sowie von einer Gefahr für die „Souveränität“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.09.2014). Als negative Beispiele nannte die FPÖ mögliche Klagen in den Bereichen „Atomkraft“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) sowie „Fracking“ (FPÖ, 23.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung 19.01.2014).

Textauszüge:

- *Und genau das macht die Bürger zu Recht kritisch, weil wir da schon leidgeprüft sind aus vergangenen Tagen und Entwicklungen in diesem Bereich und natürlich viele Bürger befürchten, dass die Gentechnik und andere dramatische Entwicklungen in Europa weiter Einzug halten werden, bis hin zu den Klagsmöglichkeiten privater Natur, wo der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt werden könnte. (FPÖ, 23.09.2014)*

- *Was hier aber stattfindet, ist die Abgabe von Kompetenzen an private Sonderschiedsgerichte. Diese sollen Streitfälle zwischen Investoren und Staaten mit massiven Vorteilen für den Investorenschutz verhandeln. Das ist die Abgabe eines Bereichs der staatlichen Zentralkompetenz, nämlich der Rechtssprechungskompetenz. (FPÖ, 24.09.2014)*

12.3.2.4.3.2 Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten

Für die FPÖ seien Schiedsgerichte verzichtbar, da beide Vertragspartner über ein „hochentwickeltes Rechtssystem“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 14.07.2014) und ein „hervorragendes Rechtssystem“ (FPÖ, 24.09.2014) verfügen. Anders sei es bei „Entwicklungsländern“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 30.01.2014), „Schwellenländern“ (FPÖ, 24.09.2014) sowie sogenannten „Bananenrepubliken“ (FPÖ, 24.09.2014).

Textauszug:

- *Aber jetzt zum Allerletzten, zum Investitionsschutz. Ich darf kurz anmerken: Das war ein Verfahren, das dazu gedient hat, Handelsverträge von rechtsstaatlich gut ausgebauten Staaten mit Staaten, die rechtsstaatlich nicht so gut ausgebaut waren, also mit Entwicklungsländern, mit Schwellenländern, zu machen, um die Investitionen in diesen Staaten zu schützen. Es ist reinweg unerklärlich, und wir sollten es weit von uns weisen, dass in unserem entwickelten Rechtssystem so etwas überhaupt notwendig ist. (FPÖ, 24.09.2014)*

12.3.2.4.4 Grüne

Auch bei den Grünen konnte in den Wortmeldungen die beiden Frames „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) sowie „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Grüne, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 26.03.2014) identifiziert werden.

12.3.2.4.4.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Die Grünen warnten in ihren Redebeiträgen vor einer „Parallelgerichtsbarkeit“ (Grüne, 23.09.2014) und „Konzernklagsrechten“ (Grüne, 23.09.2014), welche „durch die Hintertür“ (Grüne, 26.03.2014) für negative Folgen verantwortlich sein könnten. Als Beispiel wurde die „Atomkraft“ (Grüne, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung 19.01.2014) herangezogen.

Textauszug:

- *Und das hat jetzt überhaupt nichts mit fairem Handel, freiem Handel oder sonst etwas zu tun, da geht es ausschließlich um diese Konzernklagsrechte, die ein bössartiges Unikum für sich sind. Da geht es nämlich um Rechtsstandards, um Gerichtsstandards. Da geht es überhaupt um die Standards von parlamentarischer Demokratie. Wir können nicht zulassen, dass sie unterlaufen werden – und schon gar nicht auf diese hinterhältige Art und Weise. (Grüne, 23.09.2014)*

12.3.2.4.4.2 Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten

Zudem seien die Schiedsgerichte nicht notwendig, da Österreich und Europa über ein „hervorragendes Rechtssystem“ (Grüne, 24.09.2014) verfügen und sich kein US-amerikanisches Unternehmen Sorgen bezüglich der Investitionen machen müsste.

Textauszug:

- *Das österreichische Rechtssystem, das österreichische Zivilrechtssystem, das österreichische Handelsgerichtssystem ist absolut vorbildlich! Da braucht kein einziges Unternehmen, sei es ein kanadisches oder ein US-amerikanisches, die Sorge zu haben, dass irgendwelche getätigten Investitionen hier zwangsenteignet, willkürlich politisch vernichtet oder sonst was werden. Wir haben ein hervorragendes Rechtssystem in Europa und in Österreich! (Grüne, 24.09.2014)*

12.3.2.4.5 Team Stronach

Bei den Debatten-Beiträgen des Team Stronach konnten ebenfalls die Frames „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Team Stronach, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) sowie „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Team Stronach, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 26.03.2014) ausgemacht werden.

12.3.2.4.5.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

In den Redebeiträgen des Team Stronach wurde von einer Aushebelung der „Souveränität“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.09.2014) gesprochen. Die Verfahren, bei denen es um „Milliarden“ (Team Stronach, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) ginge, würden unter Ausschluss der „Öffentlichkeit“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) stattfinden. Für die Kosten müsste der „Steuerzahler“ (Team Stronach, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) herhalten. Als Beispiele wurden erneut die „Atomkraft“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) sowie „Fracking“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) erwähnt.

Textauszüge:

- *Als Jurist kann ich Ihnen sagen, ein Verfahren vor einem Schiedsgericht hat relativ wenig mit den üblichen rechtsstaatlichen Standards zu tun. Das ist ein ad hoc besetztes Gremium, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagt, keine Berufung zulässt und über Milliarden entscheiden kann, die dann die Steuerzahler berappen müssen. Ich sehe in diesem Instrument eine klare Aushebelung unserer Souveränität und Rechtsstaatlichkeit und sage daher Nein zum Investitionsschutzabkommen für Österreich. (Team Stronach, 24.09.2014)*
- *Deshalb wollen sie auch nicht auf dieses Klagsrecht verzichten. Sie wollen uns ihre billigen Lebensmittel nach Europa schicken, und wenn wir sie dann nicht schlucken, werden wir verklagt, so lange, bis alle mundtot sind und letztlich das Prinzip, Profite über die Interessen der Verbraucher zu stellen, durchgesetzt ist. (Team Stronach, 24.09.2014)*

12.3.2.4.5.2 Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten

Das Team Stronach verwies in den Wortmeldungen auf ein gutes Rechtssystem, weshalb keine Schiedsgerichte notwendig seien. Die Angst vor Enteignung der ausländischen Investoren sei unbegründet – mit dem interessanten Nachsatz, zumindest nicht plötzlich.

Textauszug:

- *Am kompliziertesten ist aber sicher der Teil des Abkommens, der den Investitionsschutz beinhaltet. Österreich ist ein Land mit einem guten Rechtssystem, also hier braucht, glaube ich, kein Investor Angst zu haben, dass er enteignet wird – zumindest nicht plötzlich. (Team Stronach, 24.09.2014)*

12.3.2.4.6 NEOS

Bei der Analyse der Redebeiträge der NEOS konnten die Frames „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (NEOS, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) sowie „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 22.01.2014) ausgemacht werden.

12.3.2.4.6.1 Gefahr durch Schiedsgerichte

Die NEOS bezeichneten die Schiedsgerichte in ihren Wortmeldungen als nicht das „Gelbe vom Ei“ (NEOS, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 18.09.2014). In einem Lösungsvorschlag empfahlen sie, Schiedsgerichte weiterzuentwickeln.

Textauszug:

- *Die Schiedsgerichte sind auch nicht das Gelbe vom Ei. Das ist schon richtig. Da herrscht viel Intransparenz, Berufungsverfahren gibt es auch nicht. Daher schlagen wir NEOS vor, uns in dieser Frage weiterzuentwickeln, nicht nur schwarz-weiß zu sehen, sondern sich zu einem ständigen internationalen Gerichtshof in internationalen Schiedsangelegenheiten weiterzuentwickeln, der sich um diese Dinge kümmert, um die Qualität zu heben, um die Transparenz zu heben mit unabhängigen Richtern und einem Berufungsverfahren. (NEOS, 24.09.2014)*

12.3.2.4.6.2 Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten

Die NEOS gaben in ihren Wortmeldungen zu verstehen, dass sie sich eine internationale Gerichtsbarkeit wünschen würden. „Ungarn“ (NEOS, 24.09.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) sein ein warnendes Beispiel, wie schnell sich rechtsstaatliche Strukturen verändern könnten.

Textauszug:

- *Es wird erwähnt, die Sinnhaftigkeit der Aufnahme der ISDS-Klauseln bei Abkommenstaaten mit entwickelten Rechtssystemen, zum Beispiel USA oder Kanada, ist aus heutiger Sicht nicht erkennbar. Es wird erwähnt, die Sinnhaftigkeit der Aufnahme der ISDS-Klauseln bei Abkommenstaaten mit entwickelten Rechtssystemen, zum Beispiel USA oder Kanada, ist aus heutiger Sicht nicht erkennbar. Wir wünschen uns eine internationale Gerichtsbarkeit. Wir wünschen uns eine internationale Lösung. Ich möchte das auch begründen. Wenn wir uns heute das Beispiel Ungarn anschauen und sehen, wie rasch sich eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit wieder verkehren kann, dann denken wir, dass eine internationale Lösung die richtige Vorgehensweise ist. (NEOS, 24.09.2014)*

12.3.3 Standards

Im Themenbereich Standards wurden zwei Frames identifiziert: „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ und „Chancen für europäische / österreichische Standards“. Wobei Ersterer zwölf Unterframes hat, auf die bei Bedarf in den einzelnen Unterkapiteln eingegangen wird.

12.3.3.1 Medien im Zeitraum von 17.06.2013 bis 26.03.2014

Der Frame „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (Der Standard, 09.07.2013) wurde im ersten Analysezeitraum bei allen untersuchten Medien ausgemacht. Der Frame „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (Kurier, 17.12.2013) wurde nur beim Kurier entdeckt.

12.3.3.1.1 Der Standard

Der Frame „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (Der Standard, 09.07.2013) findet sich zuerst im Standard.

12.3.3.1.1.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Bereits wenige Wochen nach dem offiziellen Verhandlungsstart verwies der Standard in einem Artikel auf die Gefahren für die österreichischen Standards, speziell für die „Lebensmittelstandards“ (Der Standard, 09.07.2013) und die „Datenschutzstandards“ (Der Standard, 09.07.2013). Im Verlauf der Berichterstattung über TTIP konnten zusätzlich folgende Unterframes identifiziert werden:

- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (Der Standard, 20.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen“ (Der Standard, 20.12.2013)
- „Gefahr für Verbraucherstandards“ (Der Standard, 20.12.2013)

- „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (Der Standard, 20.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (Der Standard, 20.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für die Öffentliche Daseinsvorsorge“ (Der Standard, 20.12.2013)

Eingängige Schlagwörter wurden vor allem im Bereich der Lebensmittelstandards eingesetzt. So würde mit TTIP „genmanipulierte Nahrung“ (Der Standard, 09.07.2013), sogenanntes „Frankenstein Food“ (Der Standard, 09.07.2013), neben dem „Chlorhuhn“ (Der Standard, 20.12.2013) und „Hormonfleisch“ (Der Standard, 20.12.2013) „auf dem Teller“ (Der Standard, 20.12.2013) landen. „Gentechnik“ (Der Standard, 20.12.2013) war ein bestimmendes Thema. So taucht auch „gentechnisch verändertes Saatgut“ (Der Standard, 09.07.2013) in den Artikeln auf. Mit TTIP drohe zudem die „Aushebelung des Streikrechts“ (Der Standard, 20.12.2013) und Einschränkungen bei der „Kollektivvertragsfreiheit“ (Der Standard, 20.12.2013). Im medizinischen Bereich stünden „Generika“ (Der Standard, 20.12.2013) vor dem Aus. TTIP könnte zudem „gefährliche und benzinfressende Autos“ (Der Standard, 20.12.2013) nach Österreich bringen. Umwelttechnisch könnte mit dem Handelsdeal „Fracking“ (Der Standard, 22.01.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) ein Thema werden.

Textauszüge:

- *Genmanipulierte Nahrung stößt in Europa auf große Skepsis, die meisten Amerikaner haben kaum Probleme damit. Amerikanische Landwirte setzen in großem Stil auf das „Frankenstein Food“, wie es die Kritiker nennen. (Der Standard, 09.07.2013)*
- *Nach einer groben Faustregel gelten in der EU strengere Auflagen sowohl beim Daten- als auch beim Umwelt- und Verbraucherschutz. Google, Facebook & Co drängen darauf, die Datenschutzregeln der EU zu lockern. 93 Prozent aller in den USA angebauten Sojabohnen stammen inzwischen aus genverändertem Saatgut, bei Mais sind es 88, bei Zuckerrüben sogar 95 Prozent. (Der Standard, 09.07.2013)*
- *Im Juli wurde erstmals verhandelt. Da zwischen EU und USA ohnehin kaum noch Zölle existieren, geht es vorrangig um „nichttarifäre Handelsbarrieren“ wie zum Beispiel öffentliche Aufträge, Konsumenten- und Datenschutz, Kennzeichnung von Lebensmitteln, Umweltgesetze, Medikamentenpreise, Patente, Schürfrechte oder Arbeitsnormen. In allen Bereichen ist „gegenseitige Anerkennung“ vorgesehen, das heißt: die jeweils geringeren Standards der USA oder der EU gelten auch im anderen Land. Für die EU könnte dies Gentechnik auf dem Teller, Hormonfleisch, Chlorhühner, das Aus für Generika, gefährliche und benzinfressende Autos sowie die Aushebelung des Streikrechts und der Kollektivvertragsfreiheit bedeuten. Zudem ist ein „Positivansatz“ vorgesehen: Alles, was nicht ausdrücklich ausgenommen ist, ist drin. (Der Standard, 20.12.2013)*

12.3.3.1.2 Kronen Zeitung

Die Kronen Zeitung griff das Thema „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) erst wesentlich später als der Standard auf.

12.3.3.1.2.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Im Fokus der Kronen Zeitung stand zuerst die „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013). Später kamen noch folgende Unterframes hinzu:

- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)

In der Wortwahl wurde allerdings äußerst scharf auf die vermuteten Auswirkungen des Handelsabkommens hingewiesen. Es drohe die „Absenkung“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) der „hart erkämpften“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) Standards. Dabei würden für „Hormonfleisch“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013), „Genmais“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014), „Gentechnik“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) „Tür und Tor geöffnet“ (Kronen Zeitung, 26.03.2014). Das „Chlorhähnchen“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) könnte so „auf dem Teller“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) landen. Damit sei der „Feinkostladen Österreich“ (Kronen Zeitung, 25.3.2014) in Gefahr. Zusätzlich machte man sich Sorgen über Umweltsünden wie „Fracking“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) und „Atomkraft“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) oder die „Privatisierung der Wasserversorgung“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014). Weitere Schlagwörter waren:

- „Giftige Substanzen“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Antibiotika“ (Kronen Zeitung, 26.03.2014)
- „Saatgut-Diktat“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014)

Textauszüge:

- *Sollte das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA so durchgesetzt werden, drohen Hormonfleisch, Gentechnik und Chlor-Hendl auf unseren Tellern zu landen. (Kronen Zeitung, 21.12.2013)*

- *Das geht von der Gleichbehandlung bei öffentlichen Bauaufträgen über die Einfuhr gentechnisch oder sonst wie behandelter Lebensmittel (Stichwort: Chlorhuhn, Hormonfleisch und Genmais) bis hin zu durch „Fracking“ gewonnenem Erdgas. (Kronen Zeitung, 19.01.2014)*
- *EU-Abkommen mit USA gefährdet hart erkämpfte Lebensmittel- & Ökostandards. Riesengefahr für Europas Lebensmittel- und Umweltstandards: Die EU plant, mit den USA einen geheimen Handelspakt abzuschließen – die Absenkung all unserer hart errungenen Umweltstandards droht. Ein Pakt, der unsere mühsam erkämpften Umweltstandards mit einem Schlag vernichten würde. Unsere Standards der Lebensmittelsicherheit dürfen nicht umgangen werden. Keine Lockerung der Importkriterien (Stichwort: gentechnisch veränderte Organismen oder Hormonfleisch) „US-Import“: Ohne Veto landen Chlorhühner, Pestizide, Gen- und Hormonfleisch auf unseren Tellern. (Kronen Zeitung, 14.03.2014)*
- *Dieser Handelspakt muss sofort gestoppt werden. Immerhin gefährdet er die hart erkämpften Lebensmittel- und Ökostandards massiv. (Kronen Zeitung, 19.03.2014)*
- *Angehobene Mindestlöhne, Verzicht auf Atomkraft, Antirauchergesetze. Es könnten Gentechnikprodukte in Supermärkten und die Privatisierung der Wasserversorgung erzwungen werden. Um den „Investitionsschutz“ hat sich eine rege Prozessindustrie entwickelt, die darauf spezialisiert ist, Staaten vor Gericht zu zerren und zur Kasse zu bitten. Es sind bereits mehr als 400 Millionen Dollar an Steuergeldern an Unternehmen bezahlt worden, die gegen das Verbot giftiger Substanzen, Wasserschutzgesetze oder andere „investitionsfeindliche“ staatliche Regelungen geklagt haben. (Kronen Zeitung, 19.01.2014)*

12.3.3.1.3 Kurier

Sowie bei den anderen beiden Medien lässt sich auch in den Artikeln des Kuriers der Frame „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (Kurier, 02.12.2013 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) identifizieren. Zusätzlich konnte auch der Frame „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (Kurier, 17.12.2013) registriert werden.

12.3.3.1.3.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Neben der ausführlich abgehandelten „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (Kurier, 02.12.2013 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) konnten folgende Unterframes ausgemacht werden:

- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Datenschutzstandards“ (Kurier, 02.12.2013 / zuerst: Der Standard 09.07.2013)
- „Gefahr für Tierschutzstandards“ (Kurier, 18.01.2014)
- „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (Kurier, 02.12.2013)

Es wurde vor „Wachstumshormonen“ (Kurier, 18.01.2014) in der Schweinezucht und „Gentechnik“ (Kurier, 18.01.2014 / zuerst: Der Standard, 20.01.2013) gewarnt. Außerdem wurde gemutmaßt, TTIP könnte „Chlorhühnchen“ (Kurier, 12.02.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013), „Klonfleisch“ (Kurier, 15.03.2014) oder „Hormonfleisch“ (Kurier, 12.02.2014 /

zuerst: Der Standard, 20.12.2013) auf „unsere Teller“ (Kurier, 04.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) bringen. Das amerikanische „Risikoprinzip“ (Kurier, 21.03.2014) könnte das europäische „Vorsorgeprinzip“ (Kurier, 18.01.2014) ablösen und zu einer „Senkung von Standards“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) führen. Betroffen wären bei dem Abkommen zusätzlich das „Arbeitsrecht“ (Kurier, 08.03.2014), da die „Mindestlöhne“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) in Frage gestellt werden könnten. „Fracking“ (Kurier, 21.02.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) könnte beispielsweise wieder zu einem Thema werden und Umweltprobleme verursachen.

Textauszüge:

- *Allerdings gibt es massive Befürchtungen, ein derartiges Abkommen könnte die hohen EU-Standards in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz und Energiepolitik, oder Datenschutz aufheben. (Kurier, 02.12.2013)*
- *Das Freihandelsabkommen würde es Konzernen leichter machen Staaten wegen der Anhebung der Normen in den Bereichen Gesundheit, Soziales oder Umweltschutz auf Schadenersatz zu klagen. US-Firmen haben Staaten, mit denen solchen Abkommen bestehen, erfolgreich wegen des Verbots giftiger Substanzen oder anderer „investitionsfeindlicher“ Regeln geklagt. (Kurier, 02.12.2013)*
- *Es geht nicht allein um die Landwirtschaft, sondern auch um Tier- sowie Umweltschutz und den Sozialbereich. (Kurier, 18.01.2014)*
- *Außerdem könnte sich – etwa im Chemikalienbereich – das Risikoprinzip gegenüber dem europäischen Vorsorgeprinzip durchsetzen. (Kurier, 27.03.2014)*

12.3.3.2 Parteien bei den Parlamentsdebatten von 17.06.2013 bis 26.03.2014

Während bei allen Parteien im ersten Untersuchungszeitraum der Frame „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (Der Standard, 09.07.2013) ausgemacht wurde, konnte der Frame „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (Kurier, 17.12.2013) nur bei den Redebeiträgen der ÖVP und der NEOS identifiziert werden.

12.3.3.2.1 SPÖ

Die SPÖ ging in der Parlamentsdebatte auf die „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (SPÖ, 26.03.2013 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) ein.

12.3.3.2.1.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Neben der „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (SPÖ, 26.03.2013 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) konnten folgende Unterframes ausfindig gemacht werden:

- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (SPÖ, 26.03.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Dienstleistungsstandards“ (SPÖ, 26.03.2014)

- „Gefahr für Verbraucherstandards“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)

Es dürften bei TTIP keine „Fallstricke“ (SPÖ, 26.03.2014) eingebaut sein, welche die „Gemeinwohlziele“ (SPÖ, 26.03.2014), „Minderheitenrechte“ (SPÖ, 26.03.2014) sowie „Frauenrechte“ (SPÖ, 26.03.2014) bedrohen. Standards dürften weiters nicht „ausgehebelt“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) werden. Es wurde von Risiken für die „hart erkämpften“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) Standards und die „Errungenschaften“ (SPÖ, 26.03.2014) der Vorfahren gesprochen. Auch der mögliche negative Einfluss auf die „Finanzmarktregulierung“ (SPÖ, 26.03.2014) wurde thematisiert. Im Lebensmittelbereich wurden „Chlorhühner“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013), „Gentechnik“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013), „Genmais“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) und zum ersten Mal „Hormonschnitzel“ (SPÖ, 26.03.2014) erwähnt. Die arbeitsrechtlichen „ILO Standards“ (SPÖ, 26.03.2014) dürften mit TTIP nicht angetastet werden. Die „Wasserprivatisierung“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) dürfte ebenso wenig in Frage gestellt werden. Insgesamt dürfte es kein „Verschlechterungsabkommen“ (SPÖ, 26.03.2014) sein oder Standards „untergraben“ (SPÖ, 26.03.2014) werden.

Textauszüge:

- *Wie Frau Klubvorsitzende Eva Glawischnig richtig ausgeführt hat, hat Europa auch aus meiner Sicht in sozialen, aber insbesondere auch in Umweltfragen höhere Standards – und in einigen Bereichen sogar deutlich bessere und deutlich höhere Standards – als die Vereinigten Staaten. Österreich kann sich auch innerhalb der Europäischen Union, wenn es um die Frage der Lebensmittel, wenn es um die Frage der Gentechnik, wenn es um andere wesentliche Fragen der Umweltpolitik geht, zu Recht darauf berufen, dass wir nicht in allen, aber in sehr wesentlichen und sehr vielen Bereichen die besseren Standards haben. Wenn man also über Wettbewerb auf gemeinsamen Märkten diskutiert, dann drängt sich tatsächlich sofort die Frage auf, ob ein verstärkter gemeinsamer Markt ausreichend Schutz für das bietet, was für uns so wesentliche Regeln für diesen gemeinsamen Markt sind. (SPÖ, 26.03.2014)*
- *Es ist genauestens zu prüfen, was dran ist an den Befürchtungen, dass das Abkommen sämtliche Konsumentinnen-/Konsumentenschutzstandards, Arbeitnehmer-/Arbeitnehmerinnenschutzstandards, Umweltschutzstandards und Sozialstandards über den Umweg USA aushebeln könnte – also Errungenschaften, die von uns und unseren Vorfahren und Vorfahrinnen hart erkämpft wurden und die für uns natürlich auch ein Erbe darstellen, das es zu erhalten und auch weiterzuentwickeln gilt. Deshalb müssen wir – und da bin ich dem Herrn Bundeskanzler für seine Klarstellung auch sehr dankbar – wirklich genauestens prüfen, ob in diesem Abkommen nicht Fallstricke enthalten sind, Risiken enthalten sind, Gefahren enthalten sind für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Konsumentinnen und Konsumenten, für die Umweltstandards und überhaupt für unsere gesamte Lebensqualität. (SPÖ, 26.03.2014)*

- *Es darf keinen Angriff auf die Gemeinwohlziele, Menschenrechte, Frauenrechte, Minderheitenrechte geben, Finanzmarktregulierung, Steuerpolitik und Sozialstandards müssen beachtet werden. (SPÖ, 26.03.2014)*

12.3.3.2.2 ÖVP

Auch bei dem Koalitionspartner der Sozialdemokraten, der ÖVP, konnte der Frame „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) ausfindig gemacht werden. Zusammen mit den NEOS erwähnte die ÖVP in der Debatte am 26. März 2014 auch „Chancen für die „europäischen / österreichischen Standards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 17.12.2013).

12.3.3.2.2.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Interessanterweise ging die ÖVP als einzige Partei bei der Debatte auf die „Gefahren für die Tierschutzstandards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014) ein. Weiters sorgten sie sich bei TTIP um folgende Bereiche:

- „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013)
- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Verbraucherstandards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)

Die ÖVP stellte klar, dass das europäische „Vorsorgeprinzip“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014) nicht angetastet werden dürfe. Im Lebensmittelbereich sprachen sie sich gegen „Milch von geklonten Tieren“ (ÖVP, 26.03.2014), „gentechnisch verändertes Saatgut“, (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2014), „mit Hormonen gemästete“ Tiere (ÖVP, 26.03.2014), „Chlorhühner“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) sowie „Gentechnik“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) im Allgemeinen aus. Die „Keimbelastung“ (ÖVP, 26.03.2014) sei in Österreich durch die Haltungsbedingungen geringer, was sich auf die nötige Desinfektion der Tiere positiv auswirke. Beim „Arbeitsrecht“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 08.03.2014) dürften durch das Abkommen ebenfalls keine Standards gesenkt werden.

Textauszüge:

- *Es darf nicht sein, dass unsere hohen Standards sinken, und zwar nicht nur im Umweltschutz, im Tierschutz, im Gesundheitsbereich, sondern auch nicht bei der Produktsicherheit und auch nicht im Arbeitsrecht. Diese hohen Standards müssen abgesichert und dürfen nicht abgelöst werden. (ÖVP, 26.03.2014)*

- *Es gibt Bedenken im sanitären und phytosanitären Bereich: In den USA ist es üblich, dass Fleisch oder Milch von geklonten Tieren in den Handel kommt; wir in Europa lehnen das ab. Gleiches gilt für die Gentechnik: Wir wollen nicht, dass es Vereinfachungen bei den Zulassungsverfahren von gentechnisch verändertem Saatgut gibt. In den USA ist es gang und gäbe, dass Rinder und Schweine mit Hormonen gemästet werden; in Europa ist das verboten. Das lehnen nicht nur die Bauern ab, das lehnen auch die KonsumentInnen ab. Geflügelfleisch wird in den USA nach der Schlachtung chlorbehandelt, um es zu entkeimen, bei uns ist das verboten. Bei uns wird das geschlachtete Geflügel mit Wasser gereinigt, und aufgrund der Haltungsbedingungen ist die Keimbelastung geringer. (ÖVP, 26.03.2014)*

12.3.3.2.2 Chancen für europäische / österreichische Standards

Für die ÖVP bestand die Chance mit TTIP weltweite Standards zu setzen. Sie bezogen sich vor allem auf die Gefahr für die europäischen Standards, welche aufgrund der dominanter werdenden Volkswirtschaften aus „Asien“ (ÖVP, 26.03.2014) und „Lateinamerika“ (ÖVP, 26.03.2014) unter Druck geraten könnten.

Textauszug:

- *Damit besteht nicht nur die Chance, das Wirtschaftswachstum in der EU weiterzuentwickeln, sondern auch die Möglichkeit, weltweite Standards zu setzen, und zwar vielleicht zum letzten Mal, bevor die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens und Lateinamerikas anderen Staaten ihre Standards aufzwingen. (ÖVP, 26.03.2014)*

12.3.3.2.3 FPÖ

Bei der stärksten Oppositionspartei, der FPÖ konnte ebenfalls der Frame „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) identifiziert werden.

12.3.3.2.3.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Als erster Akteur nahm die FPÖ Bezug auf die „Gefahr für Standards im Chemiesektor“ (FPÖ, 26.03.2014). Eine wichtige Rolle spielten bei ihren Redebeiträgen zudem die „Gefahren für Lebensmittelstandards“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013). Weiters gingen sie auf folgende Unterframes ein:

- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)

Die FPÖ befürchtete, dass durch das transatlantische Handelsabkommen „Chlorhühner“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013), „Gentechnik“ (FPÖ, 26.03.2014 /

zuerst: Der Standard, 20.12.2013) sowie „Hormonfleisch“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) „auf unseren Tellern“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) landen. Unter anderem die amerikanische „Massentierhaltung“ (FPÖ, 26.03.2014) gefährde den „Feinkostladen Österreich“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 25.03.2014).

Textauszüge:

- *In Amerika ist es so, dass der Einsatz von chemischen Stoffen so lange erlaubt wird, solange nicht bewiesen ist, dass diese chemischen Stoffe schädlich sind. In Europa haben wir zum Glück den umgekehrten Weg, nämlich dass Dinge so lange verboten sind, solange nicht nachgewiesen ist, dass sie gesundheitlich nicht schädlich sind. Und da in eine Verhandlungsposition zu gehen, wo man versucht, zwei unterschiedliche Systeme zu harmonisieren – aber im Sinne einer Nivellierung zu harmonisieren –, das ist der Wahnsinn, und das wird in weiterer Konsequenz dazu führen, dass unsere Lebensstandards und Lebensmittelstandards massiv gesenkt werden. (FPÖ, 26.03.2014)*
- *Heute entwickeln wir uns jedoch zu einem System, wo es nur noch darum geht, Konzerninteressen maximal umzusetzen. All das, was lästig ist – Volksvertretungen, Bevölkerung, Umweltschutzorganisationen, Konsumentenschutzorganisationen –, da draußen zu halten, auf Kosten unserer hohen Qualität. (FPÖ, 26.03.2014)*

12.3.3.2.4 Grüne

Bei den Parteien wiesen die Grünen als erstes auf die „Gefahren für europäische / österreichische Standards“ (Grüne, 29.01.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) hin.

12.3.3.2.4.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Als erster Akteur überhaupt stellten sie die „Gefahren für Standards im Kulturbereich“ (Grüne, 26.03.2014) in den Vordergrund. Weiters sind folgende Unterframes bei den Redebeiträgen der Grünen zu finden:

- „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (Grüne, 29.01.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013)
- Gefahr für Umwelt- und Energiestandards (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)

Die Umweltpartei stellte wenig überraschend den „Klimaschutz“ (Grüne, 26.03.2014) in den Vordergrund und sprach im Rahmen von TTIP von der „Liquidierung der Klimapolitik“ (Grüne, 26.03.2014) und drohendem „Fracking“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014). Im kulturellen Sektor könnte laut den Grünen die „Buchpreisbindung“ (Grüne, 26.03.2014) in Gefahr sein. Überhaupt folge TTIP der Logik von „Kommerzialisierungsinteressen“ (Grüne, 26.03.2014). „Giftige Substanzen“ (Grüne,

26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) könnten den Verbraucher nach Abschluss der Verhandlungen erwarten. Weitere Schlagwörter, welche bei den Redebeiträgen der Grünen auffällig waren, sind:

- Gentechnik (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)
- Chlorhühner (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)
- Wasserprivatisierung (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- Antibiotika-Resistenz (Grüne, 26.03.2014)
- Risikoprinzip (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 21.03.2014)
- Vorsorgeprinzip (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014)

Textauszüge:

- *Das eine ist das aktuell in Verhandlung stehende Freihandelsabkommen mit den USA, dessen Inhalt massive Konsequenzen für die Menschen in unserem Land haben wird. Es wird darum gehen, inwieweit das Niveau unseres Konsumentenschutzes zum Beispiel gehalten werden kann und wo wir uns herunterschieben lassen müssen – Stichwort gechlortes Hühnerfleisch. (Grüne, 29.01.2014)*
- *Das Freihandelsabkommen reicht aber auch in andere Bereiche hinein, etwa in den Bereich Klimaschutzpolitik und Fracking. Wenn man sich ernsthaft mit Klimaschutz auseinandergesetzt hat, dann weiß man, dass Fracking ein vollkommen verfehelter Weg ist. In Europa ist Fracking in vielen Ländern verboten; auch die Einfuhr von Schiefergas ist nicht erlaubt. Jetzt frage ich mich, was das bedeutet, wenn das im Freihandels-abkommen auf einmal Thema ist. Ist das die Liquidierung unserer Klimapolitik? (Grüne, 26.03.2014)*
- *Auch die Kulturpolitik ist eine sehr spannende Frage. Wie geht man mit unserer Filmvielfalt um? Wir haben Dutzende Sprachen in Europa. Jedes Land hat eigene Variationen in der kulturellen Vielfalt in Film, Buch – die Buchpreisbindung! – oder Theater. All das ist nicht kommerzialisiert, all das wird öffentlich gefördert. Auch das steht alles auf der Verhandlungsagenda dieses Freihandelsabkommens. (Grüne, 26.03.2014)*
- *In Europa haben wir unsere Lehren aus diversen Lebensmittelskandalen gezogen. Wir erinnern uns, als Tierkadaver an Rinder verfüttert wurden und dann die BSE-Krise ausgebrochen ist. Wir haben unsere Lehren gezogen und verwenden Antibiotika nicht mehr in Tierfutter, weil dann Medikamente nachweislich unwirksam werden und Antibiotikaresistenzen auftauchen. Wir haben unsere Lehren gezogen und wollen nicht, dass ganz wenige Saatgutkonzerne ganz zentral über die gesamte Saatenvielfalt verfügen, so wie das in den USA mit Monsanto und Pioneer der Fall ist. (Grüne, 26.03.2014)*

12.3.3.2.5 Team Stronach

Die neugegründete Partei des Unternehmers Frank Stronach thematisierte ebenfalls die „Gefahren für europäische / österreichische Standards“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013).

12.3.3.2.5.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Die Abgeordneten gingen in ihren Reden vor allem auf die „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) ein. Zusätzlich fanden sich folgende Unterframes:

- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)

Mit einem sehr plastischen Vergleich, das Chlor zur Desinfektion der Hühner sei „stark genug, Beton zu zerfressen“ (Team Stronach, 26.03.2014), warnte das Team Stronach vor den amerikanischen „Chlorhühnern“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013), welche bei erfolgreichem Abschluss des Handelsabkommens auf dem europäischen Markt erhältlich wären. Lebensmitteltechnisch drohe zusätzlich die Gefahr durch „Hormonfleisch“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) sowie „Gentechnik“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013). In antiamerikanischer Manier brachten die Abgeordneten des Team Stronach die USA mit dem „Kartoffelkäfer“ (Team Stronach, 26.03.2014), „Maiswurzelbohrer“ (Team Stronach, 26.03.2014) sowie „BSE“ (Team Stronach, 26.03.2014) in Verbindung. Die „Ernährungssouveränität“ (Team Stronach, 26.03.2014) würde durch TTIP gefährdet. Folgende weitere Schlagwörter fanden sich in den Redebeiträgen des Team Stronach:

- „Genussland Österreich“ (Team Stronach, 26.03.2014)
- „Tür und Tor öffnen“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 26.03.2014)
- „Klonfleisch“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 15.03.2014)

Textauszüge:

- *Es geht um Macht, um Regularien und um Standards. Und wir haben hier in Europa Gott sei Dank einige Standards, die wir unbedingt halten müssen. Es wurde heute zum Beispiel das Chlorhendl angesprochen. Es stimmt, die USA sind der größte Geflügelproduzent der Welt, und dieses Chlor ist stark genug, Beton zu zerfressen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich möchte es nicht essen, und ich werde mich hüten, es meinen Kindern zu geben! (Team Stronach, 26.03.2014)*
- *Dieses Freihandelsabkommen hat mit Umweltpolitik zu tun, dieses Freihandelsabkommen hat mit Klimapolitik zu tun, dieses Freihandelsabkommen hat mit Gesundheitspolitik und Sozialpolitik zu tun. Wer soll diesen Schmalmeienklängen von wegen internationaler Öffnung glauben? (Team Stronach, 26.03.2014)*

12.3.3.2.6 NEOS

Die NEOS gingen mit einem Lösungsvorschlag auf die „Gefahren für europäische / österreichische Standards“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) ein. Außerdem konnte auch wie bei der ÖVP der Frame „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 17.12.2013) gefunden werden.

12.3.3.2.6.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Es dürften keine Standards gesenkt werden, deshalb sollte alles gestrichen werden, was den europäischen bzw. österreichischen Standards schade. Als einziges Schlagwort wurde in dem Redebeitrag der NEOS das „Chlorhuhn“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) identifiziert.

Textauszug:

- *Bereiche, bei denen eine Einigung auf diesem hohen Niveau nicht möglich ist, sollen unseres Erachtens aus dem Vertrag ausgenommen werden. (NEOS, 26.03.2014)*

12.3.3.2.6.2 Chancen für europäische / österreichische Standards

Mit TTIP könnten die Europäer den globalen Standards eine „europäische Note“ (NEOS, 26.03.2014) geben.

- *TTIP könnte tatsächlich eine Möglichkeit darstellen, der Globalisierung einen europäischen Standard, eine europäische Note zu geben. Wir sind der Ansicht, Globalisierung ist nicht zu fürchten, sondern zu formen. (NEOS, 26.03.2014)*

12.3.3.3 Medien im Zeitraum von 27.03.2014 bis 30.09.2014

Bei allen Medien konnten im zweiten Analysezeitraum die beiden Frames „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (Der Standard, 09.07.2013) sowie „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (Kurier, 17.12.2013) identifiziert werden.

12.3.3.3.1 Der Standard

Der Standard thematisierte auch im zweiten Abschnitt der Forschung die „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (Der Standard, 09.07.2013). Außerdem fanden sich zum ersten Mal auch „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (Der Standard, 05.04.2014 / zuerst: Kurier, 17.12.2013).

12.3.3.3.1.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Zu den Unterframes die bereits im ersten Untersuchungszeitraum thematisiert wurden, kamen die „Gefahr für Tierschutzstandards“ (Der Standard, 19.05.2014 / zuerst: Kurier,

18.01.2014), die „Gefahr Standards im Chemiesektor“ (Der Standard, 06.05.2014 / zuerst: FPÖ, 26.03.2014) sowie die „Gefahr für Dienstleistungsstandards“ (Der Standard, 06.05.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) hinzu. Weiters fanden sich folgende Standards wieder in den Artikeln des Standards:

- „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (Der Standard, 09.07.2013)
- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (Der Standard, 20.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen“ (Der Standard, 20.12.2013)
- „Gefahr für Datenschutzstandards“ (Der Standard, 09.07.2013)
- „Gefahr für Verbraucherstandards“ (Der Standard, 20.12.2013)
- „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (Der Standard, 20.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (Der Standard, 20.12.2013 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge“ (Der Standard, 20.12.2013)

Die Schlagwörter ähnelten teilweise sehr denen, welche bereits im ersten Analysezeitraum verwendet wurden. Es wurde weiterhin von „Chlorhühnern“ (Der Standard, 20.12.2013), „Gentechnik“ (Der Standard, 20.12.2013) und „Hormonfleisch“ (Der Standard, 20.12.2013) gewarnt, welche nicht im Rahmen des Handelsabkommens auf „unseren Tellern“ (Der Standard, 20.12.2013) landen dürfen. Neu hinzugekommen waren beispielsweise das „Hormonschnitzel“ (Der Standard, 27.03.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) und der „Genmais“ (Der Standard, 27.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014). TTIP dürfe kein „Verschlechterungsabkommen“ (Der Standard, 27.03.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) oder „Deregulierungsabkommen“ (Der Standard, 06.05.2014) sein. Weiters ließen sich folgende Schlagwörter in der Tageszeitung finden:

- „Fracking“ (Der Standard, 22.01.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Aushebelung der Standards“ (Der Standard, 20.12.2013)
- „Wachstumshormone“ (Der Standard, 23.08.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014)
- „Arbeitsrecht“ (Der Standard, 20.05.2014 / zuerst: Kurier, 08.03.2014)
- „Stark genug, Beton zu zerfressen“ (Der Standard, 27.03.2014 / zuerst: Team Stronach, 26.03.2014)
- „Verunreinigung des Grundwassers“ (Der Standard, 23.08.2014)
- „Atomkraft“ (Der Standard, 15.04.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Arbeitsrecht“ (Der Standard, 20.05.2014 / zuerst: Kurier, 08.03.2014)

Textauszüge:

- *Die großen US-Internetkonzerne erhoffen sich von TTIP gemeinsame Standards, v. a. zur Nutzung von persönlichen Daten, aber auch zu Steuerfragen. Doch die NSA-Affäre und EU-Ängste um Datenschutz überschatten den Verhandlungspunkt der „Digital Economy“. (Der Standard, 05.04.2014)*
- *Das Industriekapital will die Vereinbarung, um Standards senken zu können. Ebenso wollen die europäischen Banken das Abkommen, weil sie strengere Regeln in den USA weghaben wollen. Dem Bürger bringt TTIP nichts. (Der Standard, 06.05.2014)*
- *Es ist wichtig, dass in Europa bestimmte Chemikalien und Zusatzstoffe verboten sind. Der Widerstand richtet sich dagegen, solche Regulierungen aufzuweichen. Das ist der springende Punkt: In der Debatte ist immer von einem Freihandelsabkommen die Rede, aber das ist falsch. Freihandel zwischen USA und Europa gibt es bereits. Worum es geht, ist ein reines Deregulierungsabkommen. (Der Standard, 06.05.2014)*
- *In den USA gelten nicht so strenge Hygienevorschriften, weshalb die Hühner dort nach der Schlachtung in Chlor getaucht werden müssen. Das wollen die europäischen Konsumenten nicht. Wenn aber auch in Europa billige Chlorhühner importiert werden dürfen, wird der Druck auf die Produzenten hier steigen, die eigenen hohen Standards aufzugeben. Es geht also nicht um ein Chlorhuhn auf dem Teller, sondern um einen Trend zur Deregulierung mit TTIP. (Der Standard, 06.05.2014)*
- *Eine „horizontale Bereichsausnahme“ für die Leistungen der Daseinsvorsorge, sodass diese nicht Gegenstand von Verpflichtungen werden können und dass „etablierte Schutzstandards und regulatorische Spielräume keinesfalls ausgehebelt werden dürfen“. Im Bereich der auf nationaler Ebene geltenden arbeitsrechtlichen Normen und gesetzlichen Standards für Produktionssicherheit, Daten-, Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt und Tierschutz wird verlangt, dass diese nicht nur weiterhin gewährleistet werden, sondern in Zukunft auf Ebene der Mitgliedsstaaten anpassbar sind. (Der Standard, 20.05.2014)*

12.3.3.3.1.2 Chancen für europäische / österreichische Standards

Als Schlagwörter ließen sich der „Blinker“ (Der Standard, 05.04.2014), die „europäische Note“ (Der Standard, 27.03.2014 / zuerst: NEOS, 26.03.2014), die großen „Schwellenländer“ (Der Standard, 05.04.2014) als auch „China“ (Der Standard, 05.04.2014 / zuerst: ÖVP, 26.03.2014) identifizieren.

Textauszüge:

- *Innerhalb der Handelsabteilung der Kommission besteht die Rolle des Abkommens daher auch daraus, Standards für künftige Abkommen zu zementieren. Denn verhandelt wird ja auch mit asiatischen Ländern. „Wenn die USA und die EU jetzt ein umfassendes Abkommen abschließen, setzt das große Schwellenländer wie China unter Druck. (Der Standard, 05.04.2014)*
- *Um für das Freihandelsabkommen TTIP zu werben, benutzt die EU-Kommission gern das Beispiel mit den Blinkern. In den USA werden an Fahrzeugen rote Blinker eingebaut, in der EU gelbe. Einen Vorteil bietet keine der Farben. Aber für die Autobauer sind die unterschiedlichen Regelungen mit Zusatzkosten verbunden. Also warum sich nicht auf eine Farbe einigen? (Der Standard, 18.07.2014)*

12.3.3.3.2 Kronen Zeitung

Die „Gefahren für europäische / österreichische Standards“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) wurden in den Artikeln der Kronen Zeitung ausführlich behandelt. Neben diesen berichtete die Kronen Zeitung auch knapp von den „Chancen für

europäische / österreichische Standards“ (Kronen Zeitung, 19.07.2014 / zuerst: Kurier, 17.12.2013).

12.3.3.3.2.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Zu den bereits im ersten Untersuchungszeitraum vorkommenden Unterframes wurden zusätzlich die „Gefahr für Standards im Kulturbereich“ (Kronen Zeitung, 07.07.2014 / zuerst: Grüne, 26.03.2014), die „Gefahr für Tierschutzstandards“ (Kronen Zeitung, 10.05.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014), die „Gefahr für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen“ (Kronen Zeitung, 18.04.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) sowie die „Gefahr für Verbraucherstandards“ (Kronen Zeitung, 10.05.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) thematisiert. Weiters wurde die Gefahr für folgende Standards in den Texten erneut aufgegriffen:

- „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Der Standard 09.07.2013)
- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Kurier 02.12.2013)
- „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Kurier 02.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Kurier 02.12.2013)
- „Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)

Es konnten zahlreiche Schlagwörter im zweiten Analysezeitraum identifiziert werden. Teilweise gingen sie über das journalistisch Vertretbare hinaus. Beispielsweise würden die amerikanischen Hühner in „KZ-Ställen“ (Kronen Zeitung, 10.05.2014) gehalten. Ein geschmackloser Vergleich mit den Gräueltaten des zweiten Weltkrieges an den Juden. Weiterhin fand sich das Narrativ, bei erfolgreichem Abschluss des Handelsabkommens würden „Chlorhühner“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) „Gentechnik“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013), „Hormonschnitzel“ (Kronen Zeitung, 27.03.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014), „Genmais“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) sowie „Hormonfleisch“ (Kronen Zeitung, 21.12.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2014) „Tür und Tor“ (Kronen Zeitung, 26.03.2014) geöffnet. Alles in allem wäre es ein „Angriff auf die Volksgesundheit“ (Kronen Zeitung, 14.07.2014). Verbunden wäre diese negative Veränderung der Lebensmittelstandards mit unendlichem „Tierleid“ (Kronen Zeitung, 10.06.2014). Weiters konnten folgende Schlagwörter ausfindig gemacht werden:

- Gentech-Diktat (Kronen Zeitung, 16.04.2014)

- „auf unsere Teller bringen“ (Kronen Zeitung, 21.12.2013 / Der Standard, 20.12.2013)
- „Anschlag auf europäische Qualitätsnormen“ (Kronen Zeitung, 03.05.2014)
- „Fracking“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Aushebelung von Standards“ (Kronen Zeitung, 10.05.2014 / zuerst: Der Standard 20.12.2013)
- „Chlor-Bäder“ (Kronen Zeitung, 10.05.2014)
- „Intensivantibiotika-Einsatz“ (Kronen Zeitung, 13.07.2014)
- „Antibiotika“ (Kronen Zeitung, 26.03.2014)
- „Klonfleisch“ (Kronen Zeitung, 08.05.2014 / zuerst: Kurier, 15.03.2014)
- „Absenkung von Standards“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014)
- „Frankenstein-Klonfleisch“ / „Frankenstein-Pflanzen“ (Kronen Zeitung, 10.06.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013)
- „ILO Standards“ (Kronen Zeitung, 14.06.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014)
- „Ausverkauf der Wasserreserven“ (Kronen Zeitung, 16.06.2014)
- „Vergiftung der Lebensmittel“ (Kronen Zeitung, 24.06.2014)
- „Erdäpfelpestizid“ (Kronen Zeitung, 24.06.2014)
- „Schutz der Artenvielfalt“ (Kronen Zeitung, 29.06.2014)
- „Wasserprivatisierung“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Einblick in Medikamententest“ (Kronen Zeitung, 02.07.2014)
- „Feinkostladen Österreich“ (Kronen Zeitung, 25.03.2014)
- „Buchpreisbindung“ (Kronen Zeitung, 14.07.2014 / zuerst: Grüne, 26.03.2014)
- „Massentierhaltung“ (Kronen Zeitung, 14.04.2014 / zuerst: FPÖ, 26.03.2014)
- „Östrogen durch Hormoneinsatz“ (Kronen Zeitung, 31.07.2014)
- „Antibiotika-Resistenz“ (Kronen Zeitung, 31.07.2014 / zuerst: Grüne, 26.03.2014)
- „Sozialstandards auf Dritte-Welt-Niveau“ (Kronen Zeitung, 12.08.2014)
- „Arsen in Hühnern“ (Kronen Zeitung, 24.08.2014)
- „Analogkäse“ (Kronen Zeitung, 22.09.2014)
- „Futtermittelzusatz Ractopamin“ (Kronen Zeitung, 24.09.2014)
- „Filmförderung“ (Kronen Zeitung, 07.07.2014 / zuerst: Kurier, 14.04.2014)

Textauszüge:

- *Der Hintergrund des amerikanischen Vorstoßes ist klar: Europäische Qualitäts-Lebensmittel sollen Chlorhuhn & Co. geopfert werden. (Kronen Zeitung, 18.04.2014)*
- *In den USA ist erlaubt, was in Europa verboten, ja undenkbar ist: Fracking von Erdgas, Chlor-Bäder für geschlachtete Hühner, weil die KZ-Ställe unhygienisch sind, hormongespritztes Vieh, allzu lockere Sicherheitsvorschriften und so weiter. (Kronen Zeitung, 10.05.2014)*

- *Der US-Handelspakt würde die heimische Kulturszene und Filmförderung nachhaltig schädigen! Selbst Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny schlägt Alarm: Wo öffentliche Kulturförderung geschieht, würden diese im TTIP-Abkommen als wettbewerbsverzerrend verboten werden. Heimische Autoren haben in einem Kampf den festen Ladenpreis für Bücher erstritten: Das bedeutet, ein Buch muss überall in Österreich zum selben Preis verkauft werden, um Preisdumping zu verhindern und den Einzelbuchhandel zu unterstützen. (Kronen Zeitung, 07.07.2014)*
- *Zusätzlich wächst auch die Sorge um eine Absenkung sozialer Standards und die uneingeschränkten Sonderklagerechte der Konzerne. (Kronen Zeitung, 08.05.2014)*
- *Es geht um die Vereinfachung von Zulassungsverfahren von Lebensmitteln über Autos bis zu Medikamenten. Umwelt- und Konsumentenschützer befürchten aber eine Aushebelung europäischer Standards durch schleichende Aufweichung. (Kronen Zeitung, 10.05.2014)*
- *Minderwertigste Lebensmittel auf unseren Tellern, deren Produktion noch dazu unendliches Tierleid bedeuten würde. Stichwort Chlorhuhn: Die müssen nach ihrer Schlachtung vor allem deswegen in ein Chemiebad getaucht werden, weil sie zuvor unter unvorstellbaren Bedingungen zu Hunderttausenden gehalten wurden und mit Keimen regelrecht verseucht worden sind. Der Verzehr des minderwertigen Geflügels macht Menschen krank. Allen Ernstes stehen die USA aber auf dem Standpunkt, dass keine Gesundheitsgefährdung nachweisbar sei. Gleiches gilt für das grausliche „Frankenstein“-Klonfleisch, das in Europa aus gutem Grund nicht in den Handel gelangen darf. (Kronen Zeitung, 10.06.2014)*
- *USA gegen geschützte EU-Bezeichnungen. Die Amis wollen unseren Speck! Und den Käse! Den USA sind 3000 EU-weit geschützte Herkunftsbezeichnungen für Lebensmittel ein Dorn im Auge, sie fordern deren Abschaffung. In Kärnten wären „Gailtaler Speck“ und „Gailtaler Almkäse“ betroffen. (Kronen Zeitung, 03.05.2014)*

12.3.3.3.2 Chancen für europäische / österreichische Standards

Durch das Handelsabkommen wäre es möglich globale Standards festzulegen. Man wäre so gerüstet für die Herausforderungen durch „China“ (Kronen Zeitung, 19.07.2014 / zuerst: ÖVP, 26.03.2014) und „Indien“ (Kronen Zeitung, 19.07.2014).

Textauszug:

- *Wir müssen an die Geopolitik denken. China und Indien fordern uns heraus. Da sollten Europa und die USA zusammenrücken. Nur gemeinsam können wir globale Standards festlegen und damit eine Richtung vorgeben. (Kronen Zeitung, 19.07.2014)*

12.3.3.3.3 Kurier

Der Kurier verwies in mehreren Artikeln auf die drohende „Gefahr für europäischen / österreichischen Standards“ (Kurier, 02.12.2013 / zuerst: Der Standard 09.07.2013). Neben den Gefahren wurden im zweiten Analyseabschnitt auch „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (Kurier, 17.12.2013) identifiziert.

12.3.3.3.3.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Im zweiten Abschnitt kamen die Unterframes „Gefahr für Standards im Kulturbereich“ (Kurier, 14.04.2014 / zuerst: Grüne, 26.03.2014), „Gefahr für Verbraucherstandards“ (Kurier, 27.03.2014 / zuerst: Der Standard 20.12.2013), „Gefahr für Standards im Chemiesektor

(Kurier, 27.03.2014 / zuerst: FPÖ, 26.03.2014) sowie „Gefahr für die öffentliche Daseinsvorsorge“ (Kurier, 30.09.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) hinzu. Bereits im ersten Abschnitt konnten folgende Unterframes identifiziert werden, welche in der Berichterstattung des Kuriers im zweiten Abschnitt erneut auftauchten:

- „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (Kurier, 02.12.2013 / zuerst: Der Standard 09.07.2013)
- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Tierschutzstandards“ (Kurier, 18.01.2014)
- „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (Kurier, 02.12.2013)

In den Artikeln wurde die Sorge kommuniziert, es könnte sich bei TTIP um ein „Verschlechterungsabkommen“ (Kurier, 27.03.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) handeln und hauptsächlich „Kommerzialisierungsinteressen“ (Kurier, 27.03.2014 / zuerst: Grüne, 26.03.2014) von Konzernen dienen. Das „Risikoprinzip“ (Kurier, 21.03.2014) könnte zu einer „Absenkung von Standards“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) führen. Im Kulturbereich wären sowohl die „Buchpreisbindung“ (Kurier, 14.04.2014 / zuerst: Grüne, 26.03.2014) als auch die „Filmförderung“ (Kurier, 14.04.2014) in Gefahr. Die europäischen Standards könnten durch TTIP „ausgehebelt“ (Kurier, 16.07.2014 / zuerst: Der Standard 20.12.2013) werden, was auch einen Einfluss auf den „Klimaschutz“ (Kurier, 14.04.2014 / zuerst: Grüne, 26.03.2014) hätte. Man habe aus der „BSE“-Krise (Kurier, 14.04.2014 / zuerst: Team Stronach, 26.03.2014) gelernt und die Standards der Landwirtschaft adaptiert. In den Artikeln des Kuriers fanden sich noch zahlreiche weitere Schlagwörter, die im Folgenden aufgelistet werden:

- „Massentierhaltung“ (Kurier, 14.04.2014 / zuerst: FPÖ, 26.03.2014)
- „Untergrabung von Standards“ (Kurier, 22.05.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014)
- „Genmais“ (Kurier, 27.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Chlorhühner“ (Kurier, 12.02.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)
- „Hormonfleisch“ (Kurier, 12.02.2014 / zuerst: Der Standard 20.12.2013)
- „Gentechnik“ (Kurier, 18.01.2014 / zuerst: Der Standard 20.12.2013)
- „Hormonschnitzel“ (Kurier, 27.03.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014)
- „Auf unsere Teller bringen“ (Kurier, 04.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)
- „Fracking“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014)
- „Antibiotika“ (Kurier, 14.04.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 26.03.2014)
- „Gentechnikfreiheit“ (Kurier, 14.04.2014)

Textauszüge:

- *Österreich werde einem „Verschlechterungsabkommen für Umwelt- und Sozialstandards“ nicht zustimmen. Faymann sagte, die EU und Österreich hätten in sozialen und Umweltfragen deutlich höhere Standards als die USA. (Kurier, 27.03.2014)*
- *Und es geht um viel mehr: Um die Buchpreisbindung, die Filmförderung und so weiter. Das Abkommen greift tief in alle Lebensbereiche ein, wo ich der Kommission nicht restlos vertraue. (Kurier, 14.04.2014)*
- *Und der Grund für die Chlorbehandlung ist nicht die Desinfektion, sondern Massentierhaltung. Das ist eine andere Dimension in den USA. Dort schlachtet der größte Schlachtbetrieb 320 Millionen Hühner pro Woche. Wir haben keine Rinderfarmen mit 12.000 Tieren, sondern haben die Lehren aus dem BSE-Skandal gezogen oder Antibiotika aus der Tierhaltung weitgehend verbannt. Diesen Industrie-Methoden wird über das Freihandelsabkommen wieder die Türe geöffnet. (Kurier, 14.04.2014)*
- *Denn selbst wenn die EU Standards in den Bereichen Umwelt oder Lebensmittel – siehe Chlorhühner, gentechnisch veränderte Pflanzen – oder Konsumentenschutz nicht auf das niedrigere US-Niveau herunterverhandelt werden, wird es Abstriche von den höheren EU Standards geben. (Kurier, 03.07.2014)*
- *In Europa betrifft das vor allem Sozial- und Lebensmittelstandards, die man in Amerika generell als niedriger einschätzt. So wurde das Chlorhuhn hierzulande zum Symbol für TTIP – es steht für die Angst, dass die (in Europa generell, in Österreich besonders hohen) Standards bei Tierschutz und Lebensmittelproduktion aufgeweicht werden könnten. (Kurier, 16.07.2014)*
- *Die Gegner warnen unter anderem vor einem Aufbrechen des Konsumentenschutzes und der Arbeitsschutzregelungen in Europa, vor Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und einem massiven Einfluss von Konzernen zulasten demokratischer Gremien. (Kurier, 30.09.2014)*

12.3.3.3.2 Chancen für europäische / österreichische Standards

So wäre das Handelsabkommen eine „historische Chance“ (Kurier, 14.07.2014), um weltweite Standards festzulegen. Dazu wären die Standards in den USA sogar teilweise strenger als in Europa.

Textauszug:

- *Wenn es uns gelingt, den größten Freihandelsraum der Welt zu schaffen, dann wird Europa weltweite Standards vorgeben. Wir Europäer haben die historische Chance, etwas zu verbessern. Das liegt am Verhandlungsgeschick der Kommission. (Kurier, 14.07.2014)*

12.3.3.4 Parteien bei den Parlamentsdebatten von 27.03.2014 bis 30.09.2014

Der Frame „Gefahr für europäischen / österreichischen Standards“ (Der Standard 09.07.2013) wurde bei allen Parteien inklusive der NEOS auch im zweiten Analysezeitraum registriert. Der zweite Frame „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (Kurier, 17.12.2013) konnte hingegen nur bei der Hälfte der damals im Parlament sitzenden Parteien ausgemacht werden.

12.3.3.4.1 SPÖ

Die Partei des damals amtierenden Bundeskanzlers, die SPÖ, ging in den weiteren Debatten über TTIP weiterhin auf die „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) ein. Der Frame „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (Kurier, 17.12.2013) konnte bei der SPÖ im zweiten Analysezeitraum nicht identifiziert werden.

12.3.3.4.1.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Die Sozialdemokraten versprachen in den Redebeiträgen auf keinen Fall die österreichischen Standards preiszugeben. In den Debatten fanden sich folgende Unterframes:

- „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013)
- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Datenschutzstandards“ (SPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013)
- Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (SPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)

Die SPÖ ging in ihren Redebeiträgen auf die drohende „Absenkung von Standards“ (SPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) ein. Das „Vorsorgeprinzip“ (SPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014) stünde nicht zur Debatte. Ebenfalls dürfte es keine negativen Veränderungen bei den „ILO Standards“ (SPÖ, 26.03.2014) geben. Die österreichischen Standards seien „Errungenschaften“ (SPÖ, 26.03.2014) und in der Vergangenheit „hart erkämpft“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) worden. Auch das „Chlorhuhn“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) wurde erneut genannt.

Textauszüge:

- *Wir wissen, wie lange es gedauert hat, eine soziale Absicherung in Österreich zu schaffen. Wir wissen, wie lange es gedauert hat, ein soziales Netz zu knüpfen, das Menschen in Notsituationen auffängt. Wir SozialdemokratInnen wissen, wie wichtig es ist, dass es in Österreich ein Gesundheitssystem gibt, das allen zugutekommt, egal, ob reich oder arm. Dies nennt man Verantwortung, und hier findet sich Gerechtigkeit; Verantwortung, die wir auch unserer Umwelt gegenüber haben. In all diesen Punkten müssen die Standards eingehalten werden. Und da möchte ich Werner Faymann zitieren, der klar versprochen und klar deklariert hat: Einem Freihandelsabkommen, das die österreichischen Standards runterdrückt, werden wir ganz klar nicht zustimmen! Ziehen wir hier beispielsweise die Lebensmittel heran. Ich arbeite in diesem Bereich, und ich werde ganz oft darauf angesprochen, wie wichtig die hohen Standards unserer österreichischen Lebensmittel sind. Es gibt sehr, sehr viele Leute, die in diesem Bereich verunsichert worden sind, und ich als Sozialdemokratin setze mich vermehrt dafür ein, dass diese Standards eingehalten werden. Es ist mir äußerst wichtig, dass diese Errungenschaften auch nicht geopfert werden. (SPÖ, 24.09.2014)*
- *Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf diese Freihandelsabkommen, die seitens der EU mit Kanada und den USA abzuschließen sind, für die Aufnahme der Verpflichtung zur Einhaltung hoher sozialer, datenschutzrechtlicher und ökologischer Mindeststandards einzutreten und jede Absenkung europäischer Standards zu verhindern. (SPÖ, 24.09.2014)*

12.3.3.4.2 ÖVP

Die Partei, welche den damaligen Wirtschaftsminister stellte, ging neben der „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) auch auf die „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 17.12.2013) ein.

12.3.3.4.2.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Bei den Redebeiträgen der bürgerlichen Volkspartei konnten einige Unterframes über die Gefahren für die Standards erfasst werden. Besonders ausgiebig thematisierten die Abgeordneten die „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.7.2013). Neu hinzu kam die „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (ÖVP, 23.09.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013). Weiters konnten folgende Unterframes ausgemacht werden:

- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Verbraucherstandards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)

Weder „genmanipulierte Nahrung“ (ÖVP, 23.09.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013), „Gentechnik“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard 20.12.2013) noch das „Chlorhuhn“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) dürften Einzug in die österreichischen

Supermärkte finden. Eine „Chlordusche“ (ÖVP, 24.09.2014) habe österreichisches Geflügel aufgrund der guten Hygienestandards nicht nötig. Die ÖVP spürte die Verunsicherung der Bevölkerung und sprach sich klar gegen eine „Absenkung“ von Standards (ÖVP, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) (ÖVP, 24.09.2014) aus.

Textauszüge:

- *Wir wollen, und das sprechen wir ganz klar aus, sicher keine industrialisierte Landwirtschaft, wo Gentechnik, Hormone und alles erlaubt sind. (ÖVP, 24.09.2014)*
- *Sie führt dazu, dass die Menschen Angst haben – ich merke das, wenn ich in Salzburg oder anderswo mit Bürgern spreche –: Angst davor, dass genmanipulierte Waren unsere Märkte überschwemmen; Angst davor, dass es nur mehr Chlorhendln zum Essen gibt. Wir in der ÖVP haben eine klare Linie, wenn es darum geht, unsere europäischen Standards zu halten, wenn es darum geht, die sozialen Standards, den Umweltschutz, den Verbraucherschutz, den Lebensmittelschutz und die Gesundheitsstandards in Europa zu schützen und diesen Standard zu sichern! (ÖVP, 23.09.2014)*

12.3.3.4.2 Chancen für europäische / österreichische Standards

Im Fokus der „Chancen für die europäischen / österreichischen Standards“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 17.12.2013) stand die Konkurrenz zu „China“ (ÖVP, 26.03.2014) und „Russland“ (ÖVP, 26.03.2014). Die USA sei in Fragen der Standards Österreich näher als beispielsweise die beiden anderen Supermächte. Daher wäre eine Einigung mit den USA ein Fortschritt, um europäische Standards auch in Zukunft zu sichern.

Textauszug:

- *Als Europäer sind wir, wie ich meine, gut beraten, wenn wir uns insgesamt die Situation weltweit ansehen, dieses US-Bashing wieder etwas in den Hintergrund zu rücken. Wenn ich mir die Situation sozialrechtlich anschau, die Umweltsituation in China, wenn ich Russland und die USA hernehme, dann sage ich, von den Grundwerten her sind mir die USA noch immer, ich sage es ganz direkt, näher als andere Machtblöcke. Und daher: Wenn wir hier wirtschaftlich mit den Standards, die wir wollen, zu einem Abkommen kommen, dann sehe ich das als Fortschritt. Ich hoffe, dass wir uns auf das verständigen können. (ÖVP, 24.09.2014)*

12.3.3.4.3 FPÖ

Die FPÖ ging in der Nationalratsdebatte ausführlich auf die „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013).

12.3.3.4.3.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Die „Gefahr für Verbraucherstandards“ (FPÖ, 23.09.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) fand Einzug in die Reden der FPÖ Abgeordneten. Weiters konnten folgende Unterframes identifiziert werden:

- „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013),
- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)

Die Parlamentarier der FPÖ hoben das europäische „Vorsorgeprinzip“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014), welches Österreich vor gesundheitlichen Schäden bewahre und nicht angetastet werden dürfe, hervor. Insgesamt stellte die FPÖ die Marktwirtschaft der Amerikaner in Frage und sprach sich bei Lebensmittelfragen erneut klar gegen „Chlorhuhn“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013), „Hormonfleisch“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard 20.12.2013) und „Gentechnik“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) aus. Schiedsgerichte würden beispielsweise das „Arbeitsrecht“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 08.03.2014) sowie Umweltstandards gefährden. „Fracking“ (FPÖ, 09.07.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) könnte so mit dem Abkommen ein Thema werden.

Textauszüge:

- *Und genau das macht die Bürger zu Recht kritisch, weil wir da schon leidgeprüft sind aus vergangenen Tagen und Entwicklungen in diesem Bereich und natürlich viele Bürger befürchten, dass die Gentechnik und andere dramatische Entwicklungen in Europa weiter Einzug halten werden, bis hin zu den Klagsmöglichkeiten privater Natur, wo der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt werden könnte. Viele, viele bedrohliche Entwicklungen stehen im Raum, wenn es um Umweltstandards geht, wenn es um Selbsternährungsfähigkeit auch der europäischen Staaten und Länder geht, um eine gesunde landwirtschaftliche Entwicklung, die dadurch gefährdet sein könnte. Das sind berechnete Interessen! (FPÖ, 23.09.2014)*
- *Wir haben jedoch schon schwere Zweifel, denn die angelsächsische Variante der freien Marktwirtschaft und die kontinentale Variante der sozialen Marktwirtschaft unterscheiden sich, das weiß man spätestens seit Röpke, in einigen Punkten, zum Beispiel hinsichtlich des Vorsorgeprinzips. Die Angelsachsen sagen, wenn man Pech gehabt hat und zum Beispiel ein gesundheitlicher Schaden aufgetreten ist, dann gibt es ein Verfahren, einen Prozess, die Anwälte verdienen ausgezeichnet, und dann wird man schauen, ob man das Produkt vom Markt nimmt. Wir in Europa sind der Meinung, wir prüfen Produkte, bevor sie gesundheitliche Schäden anrichten können. Allein das ist eine Sache, die einen enormen wirtschaftskulturellen Unterschied ausmacht. (FPÖ, 24.09.2014)*

12.3.3.4.4 Grüne

In den Fokus stellten die Grünen in ihren Redebeiträgen die „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (Grüne, 29.01.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013). Allerdings wurden auch knapp die „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (Grüne, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 17.12.2013) erwähnt.

12.3.3.4.4.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Wenig überraschend thematisierte die Umweltpartei sowohl die „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (Grüne, 29.01.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) als auch die „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013). Zusätzlich ließ sich der Frame „Gefahr für Sozialstandards“ (Grüne, 24.09.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013) aus den Redebeiträgen herausarbeiten.

Der amerikanische Lebensmittelsektor wurde in den Beiträgen der Grünen scharf angegriffen. „Sperma von Klontieren“ (Grüne, 20.05.2014) sollte vorsorglich verboten werden. TTIP hätte aufgrund der unterschiedlichen Standards einen negativen Effekt auf die europäische Umwelt und würde den „Klimaschutz“ (Grüne, 26.03.2014) stark beeinträchtigen. Weiters konnten folgende Schlagwörter identifiziert werden:

- „Klontiere“ (Grüne, 20.05.2014)
- „Aushebelung von Standards“ (Grüne, 20.05.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)
- „Hormonfleisch“ (Grüne, 20.05.2014 / zuerst: Der Standard 20.12.2014)
- „Gentechnikfreiheit“ (Grüne, 20.05.2014 / zuerst: Kurier, 14.04.2014)
- „Vorsorgeprinzip“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 18.01.2014)
- „Chlorbad“ (Grüne, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 10.05.2014)
- „Chlorhuhn“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013)
- „Errungenschaften“ (Grüne, 24.09.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014)

Textauszüge:

- *Ich finde die Debatte auch von Ihnen sehr populistisch und verkürzt geführt, weil Sie sich überhaupt nicht auseinandersetzen wollen mit Fragen, die bestimmte Produktionsweisen in den USA im Lebensmittelsektor betreffen, welche Brutalität das mittlerweile aufweist, welchen Grad an Industrialisierung das erreicht hat. Das sind Städte! – Das ist eine Entwicklung, die niemand in Österreich will und die auch in Europa viele Menschen ganz massiv ablehnen. Und nur weil die hygienischen Bedingungen so schlecht werden, werden die dann in ein Chlorbad getaucht. (Grüne, 24.09.2014)*
- *Das würde funktionieren, wenn überall die Standards gleich sind, denn dann gibt es den Wettlauf nach unten nicht, aber vor allem denn, wenn überall Kostenwahrheit herrschen würde, was ja bekanntlich nicht der Fall ist. Aufgrund der unterschiedlichen Standards kann es das schon nicht geben, weil zu unterschiedlichen Kosten produziert wird, meistens die Umwelt ruiniert wird, vielleicht jetzt weniger in den USA, aber ich fürchte schon, und in vielen anderen Ländern auch noch die Menschenrechte missachtet werden, die Menschen drangsaliert werden und überhaupt soziale Standards herrschen, die auch nicht vergleichbar sind. (Grüne, 24.09.2014)*

12.3.3.4.4.2 Chancen für europäische / österreichische Standards

Eine Angleichung der Standards hätte den Grünen nach nicht in allen Sektoren negative Folgen. Beispielsweise könnte die „Hightech-Industrie“ (Grüne, 24.09.2014) von dem Abkommen profitieren.

Textauszug:

- *Aber es könnte natürlich auch Positives geben, wo der Handel in Bereichen, wo dies alles nicht so eine Rolle spielt, natürlich von Nutzen sein kann. Das ist zum Beispiel in der Hightech-Industrie, das ist in der Warenindustrie. Dort kann das vernünftig sein, wenn etwa ganz simple Dinge wie Autobestandteile auf einer einfacheren Art und Weise ausgetauscht werden können. Das traue ich mir durchaus zu sagen. Das ist halt die Autoindustrie. Da kann das aus der Logik heraus einen Sinn machen, aber das ist ja nicht das Einzige. (Grüne, 24.09.2014)*

12.3.3.4.5 Team Stronach

Bei der jüngsten Partei im Parlament konnte der Frame „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013) ausgemacht werden.

12.3.3.4.5.1 Gefahr für europäische / österreichische Standards

Anders als in der ersten großen Debatte hatten die Abgeordneten des Team Stronach die „Gefahr für Verbraucherstandards“ (Team Stronach, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) thematisiert. Folgende Unterframes konnten erneut ausgemacht werden:

- „Gefahr für Lebensmittelstandards“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 09.07.2013)
- „Gefahr für Umwelt- und Energiestandards“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)
- „Gefahr für Sozialstandards“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 02.12.2013)

Die Furcht der Bürger um ihre hohen Lebensmittelstandards sei laut den Abgeordneten des Team Stronach berechtigt. Mit TTIP könnte „Gentechnik“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013), das „Chlorhuhn“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 20.12.2013) sowie mit „Antibiotika“ (Team Stronach, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 26.03.2014) belastetes Fleisch in den Handel geraten. Auch umwelttechnisch könnte TTIP gravierende Folgen haben. So würden „Fracking“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) und auch die „Atomkraft“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 19.01.2014) wieder zum Thema werden. Es drohe eine „Untergrabung von Standards“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014), beispielsweise der „ILO

Standards“ (Team Stronach, 24.09.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014), welche die Arbeitnehmerrechte absichern.

Textauszüge:

- *Viele Menschen in Europa fürchten zu Recht um ihre hohen Standards im Lebensmittelbereich, im Verbraucherschutz und im Naturschutz sowie im Umwelt- und Arbeitnehmerschutz. (Team Stronach, 24.09.2014)*
- *Wir dürfen uns hier keinesfalls übervorteilen lassen! Wir wollen weder unsere Arbeits- noch unsere Lebensmittel- oder Umweltstandards untergraben lassen. Das Zweite ist das Thema Standards. TTIP ist ja nicht nur ein Zollabkommen, sondern hat auch das Ziel, Produktstandards anzugleichen und Zulassungsverfahren zu vereinheitlichen. Da ist die Frage, welche Verbraucherstandards gelten sollen. Wollen wir Chlorhühner? (Team Stronach, 24.09.2014)*

12.3.3.4.6 NEOS

Als einzige Partei im Parlament thematisierten die NEOS im zweiten Analysezeitraum nicht die „Gefahren für europäische / österreichische Standards“ (Der Standard, 09.07.2013), sondern konzentrierten sich allein auf die „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 17.12.2013).

12.3.3.4.6.1 Chancen für europäische / österreichische Standards

Erneut wurde auf die Chance eingegangen, mit TTIP globale Standards zu schaffen, bevor die Handelsstandards von aufstrebenden Ländern wie „China“ (NEOS, 23.09.2014 / zuerst: ÖVP, 26.03.2014) oder „Russland“ (NEOS, 23.09.2014 / zuerst: ÖVP 26.03.2014) dominieren würden. Die unterschiedlichen Standards seien oft unnötig. Als Beispiel wurden die unterschiedlichen Farben der europäischen und amerikanischen „Blinker“ (NEOS, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 05.04.2014) genannt.

Textauszüge:

- *Nehmen wir die Chance dieser internationalen Handelsübereinkommen wahr, schaffen wir die Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze und schaffen wir gemeinsame hohe globale Standards in Sozial- und Umweltfragen! Wenn es nicht Europa und Amerika schaffen, dann werden die globalen Handelsstandards von China und Russland dominiert. (NEOS, 24.09.2014)*
- *Lassen Sie mich ein Beispiel geben: In den USA ist es offenbar so, dass die Blinker bei Autos rot blinken müssen, das ist sozusagen für die Amerikaner der Sicherheitsstandard, in Europa müssen die Blinker orange blinken, das ist bei uns der Sicherheitsstandard. Es kann niemand vernünftig erklären, dass das eine besser ist als das andere, dass das eine sicherer ist als das andere. Das heißt, in Wirklichkeit geht es darum, die Produktstandards, die Zulassungsverfahren vernünftigerweise anzugleichen. (NEOS, 24.09.2014)*

12.3.4 Wirtschaftskraft

Im Themenbereich Wirtschaftskraft wurden zwei verschiedene Frames ausgemacht: „Chancen für Wirtschaftskraft“ und „Gefahr für Wirtschaftskraft“. Zu jedem Hauptframe wurden zusätzlich drei Unterframes registriert, auf die in den einzelnen Unterkapiteln bei Bedarf eingegangen wird.

12.3.4.1 Medien im Zeitraum von 17.06.2013 bis 26.03.2014

Der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Der Standard, 18.06.2013) wurde im ersten Analyseabschnitt in allen drei untersuchten Medien ausgemacht, wohingegen der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) nur bei der Kronen Zeitung und dem Kurier identifiziert werden konnte.

12.3.4.1.1 Der Standard

Bereits einen Tag nach offiziellem Verhandlungsstart konnte beim Standard der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Der Standard, 18.06.2013) registriert werden.

12.3.4.1.1.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Der Standard thematisierte in seiner Berichterstattung die Chancen für die Wirtschaftskraft. Der Unterframe „Sichert / schafft Arbeitsplätze“ (Der Standard, 18.06.2013) konnte ebenfalls bereits einen Tag nach Verhandlungsstart ausgemacht werden.

Insgesamt wären „120 Milliarden Euro“ (Der Standard, 18.06.2013) mehr Wirtschaftsleistung pro Jahr möglich. Dieses „Wachstum“ (Der Standard, 18.06.2013), unter anderem durch Abschaffung von „Handelshemmnissen“ (Der Standard, 18.06.2013) sowie „Zöllen“ (Der Standard, 18.06.2013) initiiert, könnte auch einen positiven Effekt auf die Geldtasche der Bürger haben. Es wurde von einem „virtuellen Scheck über 545 Euro“ (Der Standard, 18.06.2013) geschrieben. Zudem könnte TTIP über „400.000 Arbeitsplätze“ (Der Standard, 18.06.2013) zusätzliche in Europa schaffen und für „mehr Wohlstand“ (Der Standard, 18.06.2013) sorgen. Ein „Wachstum von 0,5 Prozent“ (Der Standard, 04.07.2013) hätte so besonders positive Folgen für Europa

Textauszüge:

- *Abkommen könnte der EU 400.000 neue Arbeitsplätze bringen. Transatlantisches Mammut-Projekt für mehr Wohlstand und Arbeitsplätze. Unterschiedliche technische Normen, Sicherheitsstandards oder Wettbewerbsvorschriften schränken den Handel jedoch ein. Laut EU-Berechnungen könnte ein Freihandelsabkommen für die EU einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 120 Mrd. Euro pro Jahr. (Der Standard, 18.06.2013)*
- *US-Freihandel und ein virtueller Scheck über 545 Euro. (Der Standard, 18.06.2013)*

12.3.4.1.2 Kronen Zeitung

In der Kronen Zeitung konnte sowohl der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) als auch zum ersten Mal der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) identifiziert werden.

12.3.4.1.2.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Als Unterframes konnten „Sichert / schafft Arbeitsplätze“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) sowie „Chancen für KMUs“ (Kronen Zeitung, 21.03.2014) ausgemacht werden.

Durch „Wachstum“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) und dem „Anstieg des Bruttoinlandproduktes um etwa zwei Prozent“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013) könnten „9000 neue Arbeitsplätze“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013) entstehen. Die „Erhöhung der Investitionen“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013) und die Abschaffung von „Handelshemmnissen“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) und „Zölle“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) hätten so einen besonders positiven Effekt.

Textauszüge:

- *Für Oberösterreich und seinen Außenhandel wäre das gut, es brächte uns zwei Prozent Wachstum und ca. 9000 neue Arbeitsplätze. weil seine Verwirklichung überaus wichtige Wachstumsimpulse bringen würde. Etwa 9000 neue Jobs So zeigt eine Studie des Wiener Institutes für Internationale Wirtschaftsvergleiche, dass das österreichische Bruttoinlandsprodukt um etwa zwei Prozent steigen würde, vor allem aus einer Erhöhung der Investitionen durch den Wegfall von nicht-tarifären Handelshemmnissen (also etwa der unterschiedlichen technischen Vorschriften). (Kronen Zeitung, 02.09.2013)*
- *Vor allem kleinere Unternehmen in Österreich könnten beim US-Export massiv profitieren. (Kronen Zeitung, 21.03.2014)*

12.3.4.1.2.2 Gefahr für Wirtschaftskraft

Allerdings konnte später auch der Unterframe „Gefahr für Landwirtschaft“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) in der Kronen Zeitung identifiziert werden. „Billig importierte“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) US-Ware stellen für österreichische Bauern ein großes Problem dar.

Textauszug:

- *Berechtigte Zukunftssorgen um unsere Bauern: Billig importierte US-Ware überrollt unseren Handel. (Kronen Zeitung, 14.03.2014)*

12.3.4.1.3 Kurier

Auch in den Artikeln des Kuriers konnte neben dem Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Kurier, 13.07.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung 14.03.2014) ausgemacht werden.

12.3.4.1.3.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Die Unterframes „Sichert / schafft Arbeitsplätze“ (Kurier, 13.07.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) sowie „Chancen für KMUs“ (Kurier, 21.03.2014) konnten bei der Analyse ebenfalls in den Artikeln des Kuriers identifiziert werden.

Durch das „Wachstum“ (Kurier, 13.07.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) könnten in Europa „400.000 Arbeitsplätze in 15 Jahren“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) entstehen. Unter anderem die Abschaffung von „Zöllen“ (Kurier, 17.12.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) könnte der EU „120 Milliarden Euro mehr Wirtschaftswachstum“ (Kurier, 17.12.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) bringen.

Textauszüge:

- *Die USA und Europa versprechen sich von der Freihandelszone für 800 Millionen Menschen mehr Wachstum und neue Jobs. Neben der Abschaffung von Zöllen geht es um einheitliche Sicherheitsstandards und Regeln. (Kurier, 13.07.2013)*
- *Der Export, vor allem für Klein- und Mittelbetriebe, würde erleichtert. Das sorgt für zusätzliches Wirtschaftswachstum, mehr Jobs und steigende Löhne. Laut Schätzung des britischen Centre for Economic Policy Research (CEPR) könnte die Wirtschaftsleistung der EU bis 2027 um 120 Milliarden Euro, das der USA um 95 Milliarden Euro steigen. (Kurier, 21.03.2014)*

12.3.4.1.3.2 Gefahr für Wirtschaftskraft

Auf Seiten der Gefahr für die Wirtschaftskraft konnten die Unterframes „Gefahr für Landwirtschaft“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) sowie „Gefahr für Arbeitsplätze“ (Kurier, 21.03.2014) aus den Kurier-Artikeln herausgearbeitet werden. Als negatives Beispiel für die Entwicklung der Arbeitsplätze wurde das Handelsabkommen „NAFTA“ (Kurier, 21.03.2014) herangezogen. Das würde laut Berichterstattung vor allem die Landwirtschaft treffen.

Textauszüge:

- *Statt zusätzlicher Jobs ist die Zahl der Industriearbeitsplätze in den USA gesunken. Und die mexikanischen Bauern verloren gegenüber der US-Agrarindustrie an Wettbewerbsfähigkeit. (Kurier, 21.03.2014)*

- *Ebenfalls eher bescheiden werden die Folgen für den Arbeitsmarkt eingeschätzt, laut dem deutschen Ifo-Institut sollen in der gesamten EU in Summe 400.000 neue Jobs entstehen. Und auch dieses eher magere Wirtschafts- und Jobwachstum könnte sich als nicht haltbar erweisen. Gegner führen das vor 20 Jahren geschlossene Abkommen NAFTA mit Mexico und Kanada als Beweis an. Statt zusätzlicher Jobs ist die Zahl der Industriearbeitsplätze in den USA gesunken. Und die mexikanischen Bauern verloren gegenüber der US-Agrarindustrie an Wettbewerbsfähigkeit. (Kurier, 21.03.2014)*

12.3.4.2 Parteien bei den Parlamentsdebatten von 17.06.2013 bis 26.03.2014

Es konnte bei den Redebeiträgen der Hälfte der Parteien der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Der Standard, 18.06.2013) ausgemacht werden. Bei vier von sechs Parteien konnte zusätzlich der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) identifiziert werden.

12.3.4.2.1 SPÖ

Bei der SPÖ konnte in der ersten großen TTIP-Debatte im Parlament der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) registriert werden.

12.3.4.2.1.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Zusätzlich zum Hauptframe konnte der Unterframe „Sichert / schafft Arbeitsplätze“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) aufgefunden werden.

Die SPÖ nannte im Parlament eine Schätzung, welche positive Aussichten für Österreich voraussagte. Das Bruttoinlandsprodukt könnte unter anderem durch Abschaffung von „Handelshemmnissen“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) um „1,7 Prozent steigen“ (SPÖ, 26.03.2014). Für die Gewerbstätigen würde das „um 1 Prozent höhere Löhne“ (SPÖ, 26.03.2014) bedeuten. Zusätzlich könnte das Handelsabkommen einen „Anstieg der Beschäftigung um 0,5 Prozent“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 04.07.2013) und damit „20.000 Arbeitsplätze in Österreich“ (SPÖ, 26.03.2014) sowie „800.000 Arbeitsplätze in Europa“ (SPÖ, 26.03.2014) schaffen. Die Schätzungen wurden allerdings als sehr optimistisch relativiert.

Textauszug:

- *Der Wirtschaftsminister – unterstützt auch durch eine Studie – geht davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt in Österreich um 1,7 Prozent steigen könnte; um 1 Prozent höhere Löhne könnten die Folge sein. Das würde auch einen Anstieg der Beschäftigung um 0,5 Prozent, das sind rund 20 000 Arbeitsplätze, in Österreich mit sich bringen. – Also das ist eine sehr optimistische Schätzung, und dabei geht der Wirtschaftsminister eben davon aus, dass Österreich überproportional vom Abkommen profitieren könnte. (SPÖ, 26.03.2014)*

12.3.4.2.2 ÖVP

Bei der Analyse der Wortmeldungen der ÖVP konnten die Frames „Chancen für Wirtschaftskraft“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) sowie „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung 14.03.2014) ausgemacht werden.

12.3.4.2.2.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Als Unterframes für Chancen für die Wirtschaft wurden „Sichert / schafft Arbeitsplätze“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) sowie „Chancen für KMUs“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung und Kurier, 21.03.2014) ausgemacht.

Die Parlamentarier der ÖVP bezogen sich in ihrer Wortmeldung auf die Vorhersagen von Wirtschaftsexperten in Bezug auf das „Wirtschaftswachstum“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) unter anderem durch die Abschaffung von „Handelshemmnissen“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013). Der internationale Handel sei ein „Motor des Wirtschaftswachstums“ (ÖVP, 26.03.2014) – vor allem für ein „exportorientiertes Land“ (ÖVP, 26.03.2014) wie Österreich. Es könnten „15.000 zusätzliche Arbeitsplätze“ (ÖVP, 26.03.2014) pro Export-Milliarde entstehen.

Textauszüge:

- *Damit besteht nicht nur die Chance, das Wirtschaftswachstum in der EU weiterzuentwickeln, sondern auch die Möglichkeit, weltweite Standards zu setzen, und zwar vielleicht zum letzten Mal, bevor die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens und Lateinamerikas anderen Staaten ihre Standards aufzwingen. Der internationale Handel und Investitionen im Ausland sind für die EU und für Österreich der Motor des Wirtschaftswachstums, und es geht dabei auch um die Sicherung von Arbeitsplätzen, denn eine Milliarde Export bedeutet auch 15 000 zusätzliche Arbeitsplätze (ÖVP, 26.03.2014)*
- *Auch Österreich ist ein exportorientiertes Land, und wir haben Interesse an einem vernünftigen freien Handel, weil sehr viele Arbeitsplätze in Österreich durch die Exporte entstehen; andererseits importieren wir Rohstoffe. Viele Experten erzählen, dass das BIP steigen würde, dass die Zahl der Arbeitsplätze steigt. Es ist auch eine Perspektive für Klein- und Mittelbetriebe. (ÖVP, 26.03.2014)*

12.3.4.2.2.2 Gefahr für Wirtschaftskraft

Der Unterframe „Gefahr für Landwirtschaft“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) wurde ebenfalls in den Wortmeldungen der Abgeordneten ausgemacht.

Der ÖVP nach könnte die „kleinstrukturierte Landwirtschaft“ (ÖVP, 26.03.2014) dem „Wettbewerb mit Hormonen und Gentechnik“ (ÖVP, 26.03.2014) nicht standhalten und wäre somit durch das Abkommen gefährdet.

Textauszug:

- *Ich sage das deswegen, weil wir zum einen eine kleinstrukturierte Landwirtschaft haben, die einem derartigen Wettbewerb mit Hormonen und Gentechnik nicht standhalten könnte, aber andererseits wollen das nicht nur die Bauern nicht, sondern auch die KonsumentInnen lehnen das ab. (ÖVP, 26.03.2014)*

12.3.4.2.3 FPÖ

In den Wortmeldungen der FPÖ konnte allein der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) ausgemacht werden.

12.3.4.2.3.1 Gefahr für Wirtschaftskraft

Die Parlamentarier der FPÖ bedienten die Unterframes der „Gefahr für Landwirtschaft“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) sowie der „Gefahr für KMUs“ (FPÖ, 26.03.2014). Ihrer Meinung nach würden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwischen den USA und Österreich nicht zusammenpassen, was Folgen für die „kleinstrukturierte Wirtschaft“ (FPÖ, 26.03.2014) in Österreich hätte.

Textauszug:

- *Es wäre höchst an der Zeit, dass man sich endlich einmal mit dem Thema befasst, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, die in Amerika, in Europa und im Speziellen in Österreich gelten, überhaupt nicht vergleichbar sind! In Österreich haben wir eine kleinststrukturierte Wirtschaft. Über 99 Prozent der Betriebe in Österreich, von welchen über zwei Drittel aller Arbeitsplätze geschaffen werden, sind Klein- und Kleinstbetriebe. (FPÖ, 26.03.2014)*

12.3.4.2.4 Grüne

Auch bei den Redebeiträgen der Grünen konnte nur der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung 14.03.2014) identifiziert werden.

12.3.4.2.4.1 Gefahr für Wirtschaftskraft

Als Unterframes fand sich die „Gefahr für Landwirtschaft“ (Grüne, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) in den Wortmeldungen.

Die Landwirtschaft in Österreich hätte laut den Grünen einen anderen Stellenwert als in den USA. Während für Österreich „Bio-Betriebe“ (Grüne, 26.03.2014) und eine „kleinstrukturierte Landwirtschaft“ (Grüne, 26.03.2014) angeführt wurden, wurden im Kontrast dazu die „Schlachtkonzerne“ (Grüne, 26.03.2014) der Amerikaner genannt.

Textauszug:

- *Die Landwirtschaft hat in Österreich und in ganz Europa als Bestandteil unserer Kultur einen ganz anderen Stellenwert, als das in Amerika der Fall ist. Wir haben Betriebe, die nicht größer sind als die kleinsten in den USA. Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen nennen: Es gibt in ganz Europa keinen Betrieb, der mehr als 800 oder 1 000 Rinder hat. In den USA gibt es Betriebe mit bis zu 40 000 Rindern. In den USA haben sich die Schlachthöfe konzentriert, von 10 000 Betrieben auf mittlerweile 3 000. Die sind wie Städte organisiert. Der größte Schlachtkonzern in den USA schlachtet pro Woche 42 Millionen Hühner, 170 000 Rinder und 350 000 Schweine – pro Woche! Das nur, um einmal zu illustrieren, was für eine Industrialisierung in diesen Regionen stattgefunden hat. Wir sind in Europa aus gutem Grund einen anderen Weg gegangen, nämlich mit kleinstrukturierter Landwirtschaft und mit dem Setzen auf Bio-Betriebe und auf Bio-Landwirtschaft. (Grüne, 26.03.2014)*

12.3.4.2.5 Team Stronach

Bei den Wortmeldungen des Team Stronach konnte ebenfalls allein der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung 14.03.2014) ausgemacht werden.

12.3.4.2.5.1 Gefahr für Wirtschaftskraft

Als Unterframe wurde „Gefahr für Arbeitsplätze“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 21.03.2014) identifiziert.

Das Team Stronach äußerte Skepsis bezüglich der Wirtschaftsversprechen von TTIP. Es verwies auf das Handelsabkommen „NAFTA“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kurier, 21.03.2014). Im Zuge des Abkommens zwischen Mexiko und den USA sei es zur „Vernichtung von Arbeitsplätzen“ (Team Stronach, 26.03.2014) gekommen.

Textauszug:

- *Schauen wir ein bisschen zurück in die Geschichte! Die NAFTA-Erfahrungen haben ja bereits gezeigt, dass sich die Versprechungen nicht erfüllt haben. Das heißt, es ist zu Lohndumping und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen gekommen. Es handelt sich da um das Abkommen zwischen Kanada, Mexiko und den USA, und dieses wurde damals schon der Öffentlichkeit unter dem Deckmantel Wirtschaftswachstum verkauft. Wer glaubt, dass man mit internationalen Märkten Lohnstandards erhöht, hat keine Ahnung von internationalen Märkten. Reden Sie einmal mit den Konzernchefs, reden Sie einmal mit den Firmenchefs, wie die vor der internationalen Konkurrenz zittern! Und dort wollen wir nicht hin. Genau dort wollen wir nicht hin. Das gefährdet unseren österreichischen Standort. (Team Stronach, 26.03.2014)*

12.3.4.2.6 NEOS

In den Wortmeldungen der NEOS konnte der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) ausgemacht werden.

12.3.4.2.6.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Als Unterframe wurde „Chancen für KMUs“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung und Kurier, 21.03.2014) identifiziert.

Die Abgeordneten der NEOS hielten den Freihandel für einen entscheidenden wirtschaftlichen Faktor. Betreffend KMUs brachten die NEOS eine Handelsaufforderung in die Debatte ein, welche die Wahrnehmung von Chancen im Sinn hatten.

Textauszüge:

- *Wir NEOS halten Freihandel für einen wesentlichen Faktor der wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten und wir bekennen uns klar zum Handel als einen der wichtigsten Garanten für ein friedliches Miteinander. (NEOS, 26.03.2014)*
- *Wir verlangen ein ambitioniert verhandeltes Kapitel betreffend Klein- und Mittelunternehmen in TTIP, welches die Grundlage unserer Wirtschaft stärkt (NEOS, 26.03.2014)*

12.3.4.3 Medien im Zeitraum von 27.03.2014 bis 30.09.2014

Beide Frames „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Der Standard, 18.06.2013) und „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) wurden in allen analysierten Medien ausgemacht. Damit konnte auch der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ in der Berichterstattung des Standards identifiziert werden.

12.3.4.3.1 Der Standard

In den Artikeln des Standards fanden sich im zweiten Analysezeitraum sowohl der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Der Standard, 18.06.2013) als auch der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Der Standard, 06.05.2014 / zuerst: Kronen Zeitung 14.03.2014).

12.3.4.3.1.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Zusätzlich konnten die Unterframes „Sichert / schafft Arbeitsplätze“ (Der Standard, 18.06.2013) sowie „Chancen für KMUs“ (Der Standard, 05.04.2014 / zuerst: Kronen Zeitung und Kurier, 21.03.2014) ausgemacht werden.

Der Freihandel mit den USA wurde als ein Mittel „gegen den Bedeutungsschwund“ (Der Standard, 05.04.2014) der europäischen Wirtschaft dargestellt. Durch den Abbau von nichttarifären „Handelshemmnissen“ (Der Standard, 18.06.2013) sowie „Zöllen“ (Der Standard, 18.06.2013) könnten „zwei bis drei Millionen Arbeitsplätze“ in Europa (Der Standard, 05.04.2014) entstehen. Die Wirtschaftsleistung könnte um „0,5 Prozent steigen“ (Der Standard, 04.07.2013).

Textauszüge:

- *Dennoch geht die EU Kommission davon aus, dass TTIP die jährliche EU-Wirtschaftsleistung bis 2027 um 0,5 Prozent steigern wird. Zwei bis drei Millionen mehr Jobs verspricht sich die EU. Zwar geht auch die Handelsexpertin von positiven Effekten aus, so würde ein Handelsabkommen gerade Klein- und Mittelbetriebe unterstützen, die wegen unterschiedlicher Vorschriften nur mit hohem Mehraufwand aus den USA in die EU oder vice versa exportieren können. (Der Standard, 05.04.2014)*
- *Freihandel gegen den Bedeutungsschwund. Das Abkommen zum Freihandel mit den USA soll die Rolle der EU in der Weltwirtschaft zementieren. (Der Standard, 05.04.2014)*
- *Ausschlaggebend sind aber die nichttarifären Handelshemmnisse: Das sind zahllose, meist sinnlose Regeln, die kleinere und mittlere Unternehmen davon abhalten, Geschäfte in Übersee zu machen. Studien zeigen, dass TTIP besonders für exportstarke Länder von Vorteil wäre. Die Gewinner in Europa wären Deutschland, Österreich, Spanien. (Der Standard, 06.05.2014)*

12.3.4.3.1.2 Gefahr für Wirtschaftskraft

Bei der Gefahr für die Wirtschaft konnte der Unterframe „Gefahr für Landwirtschaft“ (Der Standard, 06.05.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) entdeckt werden.

„Billige Ware“ (Der Standard, 06.05.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014), symbolisiert durch die Chlorhühner, würde die österreichische Landwirtschaft unter Druck setzen.

Textauszug:

- *In den USA gelten nicht so strenge Hygienevorschriften, weshalb die Hühner dort nach der Schlachtung in Chlor getaucht werden müssen. Das wollen die europäischen Konsumenten nicht. Wenn aber auch in Europa billige Chlorhühner importiert werden dürfen, wird der Druck auf die Produzenten hier steigen, die eigenen hohen Standards aufzugeben. (Der Standard, 06.05.2014)*

12.3.4.3.2 Kronen Zeitung

Auch in den Artikeln der Kronen Zeitung fanden sich im zweiten Analyseabschnitt sowohl der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) als auch „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Kronen Zeitung 14.03.2014).

12.3.4.3.2.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Als Unterframe konnte „Sichert / schafft Arbeitsplätze“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) ausgemacht werden.

Durch die Abschaffung von „Zöllen“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) sowie „Handelshemmnissen“ (Kronen Zeitung, 02.09.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) verspreche man sich „120 Milliarden Euro mehr Wirtschaftsleistung“ (Kronen Zeitung, 14.06.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) sowie „Wohlstand“ (Kronen Zeitung, 24.07.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013). Durch das „Wirtschaftswachstum“ (Kronen

Zeitung, 02.09.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) würden „800.000 zusätzliche Arbeitsplätze“ (Kronen Zeitung, 14.06.2014 / zuerst: SPÖ und Grüne, 26.03.2014) in Europa entstehen.

Textauszüge:

- *Es geht um die Schaffung der weltgrößten Freihandelszone, die für mehr Wachstum und Arbeitsplätze sorgen soll. (Kronen Zeitung, 08.05.2014)*
- *Das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA soll die Wirtschaft und die Beschäftigung ankurbeln. Durch den Abbau von bürokratischen Hürden rechnet die EU mit 120 Milliarden Euro mehr Wirtschaftsleistung pro Jahr und 800.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Das Ziel seien auch mehr Chancen für österreichische Unternehmen. (Kronen Zeitung, 14.06.2014)*

12.3.4.3.2 Gefahr für Wirtschaftskraft

Alle Unterframes für die Gefahr für die Wirtschaft konnten in der Kronen Zeitung die „Gefahr für Landwirtschaft“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014), die „Gefahr für KMUs“ (Kronen Zeitung, 18.09.2014 / zuerst: FPÖ, 26.03.2014) sowie die „Gefahr für Arbeitsplätze“ (Kronen Zeitung, 12.06.2014 / zuerst: Kurier, 21.03.2014) ausgemacht werden.

In den Artikeln der Kronen Zeitung wurden vor allem die „milliardenschweren Agrarkonzerne“ (Kronen Zeitung, 16.04.2014) sowie die „industrialisierte Landwirtschaft“ (Kronen Zeitung, 15.06.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) der USA mit der „kleinstrukturierte Landwirtschaft“ (Kronen Zeitung, 16.06.2014 / zuerst: ÖVP und SPÖ, 26.03.2014) Österreichs in Bezug gesetzt. Symbolisiert wurde die kleinstrukturierte Landwirtschaft durch „Bergbauern“ (Kronen Zeitung, 16.04.2014) als auch „Biobauern“ (Kronen Zeitung, 10.06.2014 / zuerst: Grüne, 26.03.2014). Weiters konnten folgende Schlagwörter herausgearbeitet werden:

- „Gentech-Konzerne“ (Kronen Zeitung, 07.04.2014)
- „unter die Räder kommen“ (Kronen Zeitung, 16.06.2014 / zuerst: Kurier, 21.03.2014),
- „Mega-Tierfabriken“ (Kronen Zeitung, 28.06.2014)
- „Überschwemmung“ (Kronen Zeitung, 11.05.2014) des heimischen Marktes
- „NAFTA“ (Kronen Zeitung, 24.07.2014 / zuerst: Kurier, 21.03.2014)

Textauszüge:

- *Denn im Geheimen und ohne jede Skrupel will Brüssel einen für die heimische Landwirtschaft verheerenden Pakt mit den USA abschließen. Davon würden einzig und allein die großen, milliardenschweren Agrarkonzerne Nordamerikas profitieren. Für Zehntausende bäuerliche Existenzen in unserer Heimat wäre das das Ende. (Kronen Zeitung, 11.05.2014)*

- *Das US-Freihandelsabkommen würde uns minderwertigste Lebensmittel bescheren und auch den sicheren Tod Tausender Bergbauernhöfe bedeuten! Auch für unsere Tausenden Berg- und Biobauern, die zwar die qualitativ hochwertigsten Lebensmittel der Welt erzeugen, aber niemals gegen Gentechnik-Konzerne wie Monsanto bestehen könnten. Sie sind ihren Konkurrenten, was Fläche und Massenproduktion betrifft, in jeder Hinsicht unterlegen. (Kronen Zeitung, 10.06.2014)*
- *Von der ersten Stunde an steht der Chef der rotweißbroten Lebensmittelkette auf unserer Seite, um den Handelspakt oder zumindest die schlimmsten Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft zu verhindern. (Kronen Zeitung, 13.09.2014)*
- *Die milliardenschweren US-Konzerne werden uns überrollen. (Kronen Zeitung, 18.09.2014)*
- *Kein Wunder also, dass es auch bei den Geheimverhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP mit den USA darum geht, Europas Energiemarkt weiter zu „öffnen“. Dieses Gas macht nun US-Industriewaren billiger und bedroht somit europäische Betriebe mit ihren Arbeitsplätzen. (Kronen Zeitung, 12.06.2014)*
- *Sie verweist auf die NAFTA, die 1994 gegründete nordamerikanische Freihandelszone zwischen USA, Kanada und Mexiko. Auch damals wurden mehr Jobs und Wohlstand versprochen, doch leider ist das nicht eingetreten. Im Gegenteil. (Kronen Zeitung, 24.07.2014)*

12.3.4.3.3 Kurier

In den Artikeln des Kuriers konnten im zweiten Analyseabschnitts sowohl der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Kurier, 13.07.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) als auch der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) ausfindig gemacht werden.

12.3.4.3.3.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Als Unterframes konnten „Sichert / schafft Arbeitsplätze“ (Kurier, 13.07.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) sowie „Chancen für KMUs“ (Kurier, 21.03.2014) herausgearbeitet werden.

Laut Studien, berichtete der Kurier, wäre durch TTIP ein „Wirtschaftswachstum“ (Kurier, 03.07.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) zu erwarten, welches zu „120 Milliarden Euro“ mehr Wirtschaftsleistung (Kurier, 17.12.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) führen könnte. Diese würde den „Wohlstand“ (Kurier, 03.07.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) der Bevölkerung steigern und jedem Bürger einen „virtuellen Scheck über 545 Euro“ (Kurier, 14.04.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) ins Portmonee zaubern. Durch den Abbau von „Zöllen“ (Kurier, 17.12.2013 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) könnten so in der EU „400.000 Arbeitsplätze“ (Kurier, 21.03.2014) in 15 Jahren geschaffen werden.

Textauszüge:

- *EU-Studien behaupten, das Abkommen würde die EU-Wirtschaftsleistung um 120 Mrd. Euro pro Jahr erhöhen – das wären 545 Euro pro Haushalt. (Kurier, 14.4.2014)*
- *Die Befürworter von TTIP versprechen ebenfalls Wachstum und Jobs. Die EU erwartet 400.000 Jobs in 15 Jahren. (Kurier, 03.07.2014)*
- *Wenn wir im globalen Wettbewerb bestehen wollen, brauchen wir Partner. Am meisten würden von dem Freihandelsabkommen Klein- und Mittelbetriebe profitieren. (Kurier, 14.04.2014)*

- *Europa besteht zu 99 Prozent aus Klein und mittelständischen Unternehmen. Denen wäre sehr geholfen, wenn europäische Produktionsstandards auch in den USA gelten würden. (Kurier, 14.07.2014)*

12.3.4.3.2 Gefahr für Wirtschaftskraft

Als Unterframe wurde „Gefahr für Landwirtschaft“ (Kurier, 21.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) in den Artikeln des Kuriers erkannt.

In Bezug auf das Handelsabkommen „NAFTA“ (Kurier, 21.03.2014) zwischen den USA und Mexiko wurde vor den Folgen für die heimische Landwirtschaft gewarnt. Die „industrialisierte Landwirtschaft“ (Kurier, 14.04.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) der USA könnte den heimischen Markt „überschwemmen“ (Kurier, 22.05.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 11.05.2014).

Textauszug:

- *Ich verstehe nicht, warum die Agrarvertreter nicht dagegen Sturm laufen. Die USA produzieren Mais, Soja, Weizen und Rindfleisch in Riesenmengen und wollen Europa damit überschwemmen. Als die USA das Freihandelsabkommen mit Mexiko unterschrieben haben, sind ihre Exporte nach Mexiko um 330 Prozent gestiegen. Das ist eine ganz schlimme Geschichte, die in Europa das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft bedeuten würde. (Kurier, 22.05.2014)*

12.3.4.4 Parteien bei den Parlamentsdebatten von 27.03.2014 bis 30.09.2014

Bis auf die Grünen ging jede Partei im zweiten Analyseabschnitt auf das Wirtschaftsthema ein. Während bei der SPÖ, der ÖVP sowie bei den NEOS sowohl der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Der Standard, 18.06.2013) als auch der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) zu finden war, konnte bei den Beiträgen der FPÖ und der NEOS allein der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ identifiziert werden.

12.3.4.4.1 SPÖ

Bei den Beiträgen der SPÖ konnten sowohl der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (SPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) als auch der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (SPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) identifiziert werden.

12.3.4.4.1.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Der SPÖ nach, könnte die bevorstehende „Reindustrialisierung“ (SPÖ, 24.09.2014) der USA eine große Chance für Europa darstellen. TTIP könnte so zu einem „Wirtschaftswachstum“ (SPÖ, 23.09.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) und „Wohlstand“ (SPÖ, 23.09.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) führen.

Textauszug:

- *Wir haben ein Freihandelsabkommen vor uns – das heißt: in ein paar Jahren vor uns –, dessen Nutzen mit Sicherheit – und da werden mir wohl alle zustimmen – für alle, vor allem auf europäischer Seite, gegeben ist. Bei aller Liebe, dass die USA ihre Reindustrialisierung machen, die besten Produkte stellen wir hier in Europa, ganz besonders auch in Österreich her. Und für uns ist es eine Riesenchance, diesen Freihandel zu erreichen, und daher sollten wir das Gesamtprojekt nicht durch Panikmache gefährden. (SPÖ, 24.09.2014)*

12.3.4.4.1.2 Gefahr für Wirtschaftskraft

Bei der SPÖ konnte der Unterframe „Gefahr für KMUs“ (SPÖ, 24.09.2014 / zuerst: FPÖ, 26.03.2014) identifiziert werden. In den Redebeiträgen wurde in Frage gestellt, ob Kleinunternehmer wirklich vom Handelsabkommen profitieren oder doch eher die großen Unternehmer.

Textauszug:

- *Wie viele mittelständische Betriebe, wie viele Kleinunternehmer profitieren von dieser Marktöffnung? Welche Unternehmen arbeiten denn heute in anderen europäischen Ländern? Würde TTIP wirklich den kleinen Unternehmen helfen? Ich frage mich, ob von einem Abkommen nicht eher die großen Betriebe profitieren, die sich über solche Märkte auch umfassend informieren können. Von den Autohändlern ums Eck wird kaum einer die Chancen, die in Kansas schlummern, nützen, einem Betrieb wie BMW ist das leichter möglich. (SPÖ, 24.09.2014)*

12.3.4.4.2 ÖVP

Bei den Wortmeldungen der österreichischen Volkspartei konnten die Frames „Chancen für Wirtschaftskraft“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) sowie „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) ausgemacht werden.

12.3.4.4.2.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Als Unterframes für Chancen für die Wirtschaftskraft fanden sich „Sichert / schafft Arbeitsplätze“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013), „Chancen für KMUs“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung und Kurier, 21.03.2014) sowie „Chancen für die Landwirtschaft“ (ÖVP, 24.09.2014).

Österreich sei ein „exportorientiertes Land“ (ÖVP, 26.03.2014) und das Freihandelsabkommen biete neben „Exportchancen“ (ÖVP, 24.09.2014) auch möglicherweise „20.000 zusätzliche Arbeitsplätze“ (ÖVP, 23.09.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) in Österreich.

Textauszüge:

- *45 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung werden zwischen Europa und den USA ausgetauscht. Meine Damen und Herren, das ist eine gigantische Leistung. Jedes bisherige Abkommen hat Österreich als kleine exportorientierte Volkswirtschaft bisher nützen können. (ÖVP, 24.09.2014)*
- *Die Freihandelsabkommen sind aus österreichischer Sicht grundsätzlich positiv zu bewerten. Wir sind ein Exportland! Wir erwirtschaften 60 Prozent des BIP durch den Export, sechs von zehn Euro verdienen wir im Export, und jeder zweite Arbeitsplatz ist exportabhängig. Freihandelsabkommen sind für das Exportland Österreich wichtig. Sie sichern und schaffen Arbeitsplätze. (ÖVP, 24.09.2014)*
- *Ich glaube, in einem sind wir uns einig: dass es eine der wichtigsten Aufgaben der Politik ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass möglichst viele Menschen Arbeit finden können, und zwar derart, dass sie damit auch ihr Auslangen finden, was die tagtäglichen Ausgaben betrifft. Und wenn man hier die Chancen beiseitelässt, die eine engere Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA bieten kann, dann macht man einen großen Fehler. (ÖVP, 24.09.2014)*
- *Die Chancen, dass von diesem Abkommen nicht nur die Großen, sondern natürlich im Verbund auch viele kleine und mittlere Unternehmen profitieren, ist auf jeden Fall vorhanden. (ÖVP, 24.09.2014)*

12.3.4.4.2 Gefahr für Wirtschaftskraft

Als Unterframe wurde in den Redebeiträgen der ÖVP „Gefahr für Landwirtschaft“ (ÖVP, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) identifiziert.

Die ÖVP machte bei ihren Wortmeldungen deutlich, dass sie keine „industrialisierte Landwirtschaft“ (ÖVP, 24.09.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) möchte. Die US-amerikanische Landwirtschaft, in der Gentechnik sowie Hormone erlaubt seien, dürfte auch zu keiner „Überschwemmung“ (ÖVP, 23.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 11.05.2014) des heimischen Marktes führen.

Textauszug:

- *Wir wollen, und das sprechen wir ganz klar aus, sicher keine industrialisierte Landwirtschaft, wo Gentechnik, Hormone und alles erlaubt sind. (ÖVP, 24.09.2014)*

12.3.4.4.3 FPÖ

In den Redebeiträgen der FPÖ konnte allein der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) ausgemacht werden.

12.3.4.4.3.1 Gefahr für Wirtschaftskraft

Als Unterframe konnte „Gefahr für Landwirtschaft“ (FPÖ, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) identifiziert werden.

Der offene Markt führe zu einer Konkurrenz der heimischen Landwirtschaft mit der „industriellen Landwirtschaft“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: SPÖ, 26.03.2014) der USA. Der FPÖ nach wäre das Preisniveau der US-Landwirtschaft tödlich für heimische Bauern und „Biobauern“ (FPÖ, 24.09.2014 / zuerst: Grüne, 26.03.2014).

Textauszug:

- *Viele, viele bedrohliche Entwicklungen stehen im Raum, wenn es um Umweltstandards geht, wenn es um Selbsternährungsfähigkeit auch der europäischen Staaten und Länder geht, um eine gesunde landwirtschaftliche Entwicklung, die dadurch gefährdet sein könnte. (FPÖ, 23.09.2014)*

12.3.4.4.4 Team Stronach

Bei den Wortmeldungen des Team Stronach konnte ebenfalls allein der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (Team Stronach, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) herausgearbeitet werden.

12.3.4.4.4.1 Gefahr für Wirtschaftskraft

Als Unterframes ließ sich „Gefahr für Landwirtschaft“ (Team Stronach, 22.05.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) entdecken.

Der günstige Preis des amerikanischen Geflügels wäre laut Team Stronach eine große Gefahr für heimische Hühnermäster. Diese würden beim Preiskampf nicht mithalten können. Die „kleinstrukturierte Landwirtschaft“ (Team Stronach, 23.09.2014 / zuerst: SPÖ, ÖVP und Grüne, 26.03.2014) würde dadurch insgesamt in Frage gestellt.

Textauszug:

- *Und dann frage ich mich, was der Sinn des Freihandels ist. Was machen wir denn mit unseren österreichischen Hühnern, wenn die amerikanischen doch viel billiger sind? Es stellt sich auch die Frage, was passieren wird. Passieren wird Folgendes: Unsere Bauern, unsere Hühnermäster werden ganz einfach wegsterben, so wie das in vielen an-deren Bereichen auch schon passiert ist. (Team Stronach, 24.09.2014)*

12.3.4.4.5 NEOS

In den Redebeiträgen der NEOS-Abgeordneten konnten sowohl der Frame „Chancen für Wirtschaftskraft“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) als auch der Frame „Gefahr für Wirtschaftskraft“ (NEOS, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014) identifiziert werden.

12.3.4.4.5.1 Chancen für Wirtschaftskraft

Die Unterframes „Sichert / schafft Arbeitsplätze“ (NEOS, 23.09.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2013) sowie „Chancen für KMUs“ (NEOS, 26.03.2014 / zuerst: Kronen Zeitung und Kurier, 21.03.2014) konnten aus den Wortmeldungen der Redner herausgearbeitet werden.

Der Freihandel bringe Österreich „Wohlstand“ (NEOS, 24.09.2014 / zuerst: Der Standard, 18.06.2014) und „44 Prozent mehr Export“ (NEOS, 23.09.2014) in den nächsten acht Jahren.

Von der Vereinheitlichung der Zulassungsverfahren würden vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren.

Textauszüge:

- *Handel ist aber nicht nur friedensstiftend, sondern er bringt auch Arbeitsplätze. Das Forschungszentrum Internationale Wirtschaft hat ausgerechnet: 44 Prozent mehr Exporte innerhalb der nächsten acht Jahre. (NEOS, 23.09.2014)*
- *Handel ist vor allem förderlich für Arbeitsplätze. Da geht es nicht um Konzerne. Da geht es um die kleinen und mittleren Unternehmen Österreichs, um die KMUs, die natürlich, wenn wir ein Handelsübereinkommen hätten, wesentlich profitieren könnten. Diese unterschiedlichen Zulassungsverfahren, diese unterschiedlichen Produktstandards, nein, die behindern nicht die Konzerne – die können sich das leisten –, die behindern die kleinen und mittleren Unternehmen in ihrer Wirtschaftstätigkeit und verhindern, dass sie exportieren können. Und das kostet uns Arbeitsplätze. (NEOS, 24.09.2014)*

12.3.4.4.5.2 Gefahr für Wirtschaftskraft

Die NEOS thematisieren zugleich die „Gefahr für Landwirtschaft“ (NEOS, 24.09.2014 / zuerst: Kronen Zeitung, 14.03.2014).

Die Abgeordneten der NEOS plädierten bei ihrem Lösungsvorschlag für einen pragmatischen Zugang und sprachen sich dafür aus, die Landwirtschaft aus den TTIP-Verhandlungen herauszunehmen, da die Ansichten unter anderem auf diesem Gebiet zu stark auseinander lägen.

Textauszug:

- Und wir fordern schlussendlich, dass die Kulturförderung, die Urheberrechte und die Datenschutzbestimmungen sowie die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion aus dem Verhandlungsmandat ausgenommen werden, denn das sind Bereiche, wo die Ansichten und Standards so diametral entgegengesetzt sind, dass wir glauben, dass wir – auch im Sinne eines pragmatischen Zuganges – diese Kapitel inklusive Landwirtschaft ausnehmen sollten. (NEOS, 24.09.2014)

12.4 Auswertung der Politik und Medienframes

12.4.1 Erstes Auftreten der Frames

Bei der Auswertung der chronologischen Abfolge der Politik- und Medienframes zeigt sich eine ähnliche Struktur wie zuvor bei den Themengebieten. In Tabelle 2 noch einmal übersichtlich dargestellt, wurden die meisten Hauptframes als auch Unterframes zuerst in den Medien identifiziert und konnten erst später in der Debatte im Nationalrat ausgemacht werden. Von den acht Hauptframes, „Fehlende Transparenz“ (Kurier, 02.12.2013), „Gefahr durch Schiedsgerichte“ (Kurier, 02.12.2013), „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ (Der Standard, 26.03.2014), „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ (Der Standard, 09.07.2013), „Chancen für Wirtschaftskraft“ (Der Standard, 18.06.2013), „Gefahr für

Wirtschaftskraft“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) wurden sechs zuerst in den Medien identifiziert und mit den Frames „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ (SPÖ, ÖVP und NEOS, 26.03.2014) sowie „Chancen für europäische / österreichische Standards“ (ÖVP und NEOS, 26.03.2014) wurden zwei zum ersten Mal in den Parlamentsdebatten entdeckt. 13 von den 18 Unterframes fanden sich zuerst bei den Medien. Davon alle fünf Unterframes die von mindestens acht der neun Akteure aufgegriffen wurden und so als besonders prägend für die Debatte eingestuft werden können. Nur fünf Unterframes konnten zuerst bei den Redebeiträgen der Parteien in den Nationalrats-Debatten ausgemacht werden. Bei der Einführung der Hauptframes sowie der Unterframes in die Debatte stechen vor allem Der Standard (drei von acht Hauptframes sowie sechs von achtzehn Unterframes) sowie der Kurier (zwei von acht Hauptframes sowie sechs von achtzehn Unterframes) heraus. Die Kronen Zeitung führt dagegen mit „Gefahr für Wirtschaftskraft“ nur einen Hauptframe sowie mit „Chancen für KMUs“ und „Gefahr für Landwirtschaft“ nur zwei Unterframes in die Debatte ein.

Im Folgenden soll die zeitliche Abfolge der häufig verwendeten Schlagwörter / Metaphern und Beispiele nachgegangen werden.

Frames	Der Standard	Kronen Zeitung	Kurier	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	Team Stronach	NEOS
Transparenz									
Fehlende Transparenz	20.12.2013	21.12.2013	02.12.2013	23.09.2014	26.03.2014	26.03.2014	29.01.2014	26.03.2014	26.03.2014
Schiedsgerichte									
Gefahr durch Schiedsgerichte	20.12.2013	19.01.2014	02.12.2013	26.03.2014	26.03.2014	23.09.2014	26.03.2014	24.09.2014	24.09.2014
Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	26.03.2014	27.03.2014	14.07.2014	24.09.2014	23.09.2014	24.09.2014	24.09.2014	24.09.2014	-
Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	06.05.2014	-	30.09.2014	26.03.2014	26.03.2014	-	-	-	26.03.2014
Standards									
Gefahr für europäische / österreichische Standards	09.07.2013	21.12.2013	02.12.2013	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	29.01.2014	26.03.2014	26.03.2014
Gefahr für Datenschutzstandards	09.07.2013	-	02.12.2013	-	24.09.2014	-	-	-	-
Gefahr für Dienstleistungsstandards	06.05.2014	-	-	-	26.03.2014	-	-	-	-
Gefahr für Lebensmittelstandards	09.07.2013	21.12.2013	02.12.2013	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	29.01.2014	26.03.2014	-
Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	20.12.2013	19.01.2014	02.12.2013	23.09.2014	24.09.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	-
Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge	20.12.2013	19.01.2014	30.09.2014	-	26.03.2014	-	-	26.03.2014	-
Gefahr für Sozialstandards	20.12.2013	19.01.2014	02.12.2013	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	24.09.2014	26.03.2014	-
Gefahr für Standards im Chemiesektor	06.05.2014	-	27.03.2014	-	-	26.03.2014	-	-	-
Gefahr für Standards im Kulturbereich		07.07.2014	14.04.2014	-	-	-	26.03.2014	-	-
Gefahr für Tierschutzstandards	19.05.2014	10.05.2014	18.01.2014	26.03.2014	-	-	-	-	-
Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	20.12.2013	19.01.2014	02.12.2013	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	24.09.2014
Gefahr für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen	20.12.2013	18.04.2014	-	-	-	-	-	-	-
Gefahr für Verbraucherstandards	20.12.2013	10.05.2014	27.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	23.09.2014	-	24.09.2014	-
Chancen für europäische / österreichische Standards	05.04.2014	19.07.2014	14.07.2014	26.03.2014	-	-	24.09.2014	-	26.03.2014
Wirtschaft									
Chancen für Wirtschaftskraft	18.06.2013	02.09.2013	13.07.2013	26.03.2014	26.03.2014	-	-	-	26.03.2014
Sicherheit / schaft Arbeitsplätze	18.06.2013	02.09.2013	13.07.2013	26.03.2014	26.03.2014	-	-	-	23.09.2014
Chancen für KMUs	05.04.2014	21.03.2014	21.03.2014	26.03.2014	-	-	-	-	26.03.2014
Chancen für Landwirtschaft	-	-	-	24.09.2014	-	-	-	-	-
Gefahr für Wirtschaftskraft	06.05.2014	14.03.2014	21.03.2014	26.03.2014	24.09.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	24.09.2014
Gefahr für Arbeitsplätze	-	12.06.2014	21.03.2014	-	-	-	-	26.03.2014	-
Gefahr für KMUs	-	18.09.2014	-	-	24.09.2014	26.03.2014	-	-	-
Gefahr für Landwirtschaft	06.05.2014	14.03.2014	21.03.2014	26.03.2014	-	26.03.2014	26.03.2014	22.05.2014	24.09.2014

Tab. 2: Übersicht – TTIP-Frames

12.4.2 Erstes Auftreten der prägendsten Schlagwörter / Metaphern und Beispiele

Bei der Frame-Darstellung in Kapitel 9.1. zeigte sich bereits, dass sowohl die Politik Schlagwörter verwendet, welche zuvor bereits in den Medien zu finden waren, und umgekehrt. In diesem Kapitel soll noch einmal eine Übersicht der prägendsten Schlagwörter der TTIP Debatte gegeben werden, um zu hinterfragen, wer diese Schlagwörter / Metaphern sowie Beispiele zuerst in den Diskurs brachte und wer sie anschließend verwendete. In den Übersichts-Tabellen sind die Erst-Erwähnungen grün gekennzeichnet. Wenn Daten fett gedruckt sind, bedeutet dies, dass diese Schlagwörter / Metaphern oder Beispiele sowohl im ersten Analyseabschnitt als auch im zweiten Analyseabschnitt bei dem jeweiligen Medium oder der jeweiligen Partei zu finden waren. Die folgenden Darstellungen werden zur Übersichtlichkeit wieder in die Hauptthemen Transparenz, Schiedsgerichte, Standards sowie Wirtschaftskraft gegliedert.

12.4.2.1 Transparenz

Bei dem Thema Transparenz wurde nur ein Frame „Fehlende Transparenz“ ausgemacht. Es kristallisierten sich zehn Schlagwörter / Metaphern heraus, welche von vielen Akteuren im Diskurs über die „Fehlende Transparenz“ gebraucht wurden (siehe Tabelle 3). Das Wort „geheim“ (Kurier, 02.12.2013) sowie Wortzusammensetzungen mit „geheim“ (s.o.) als Präfix wie „Geheimnistuerei“ (Kurier, 18.01.2014), „Geheimhaltung“ (Kurier, 08.03.2014), „Geheimverhandlungen“ (Kronen Zeitung, 19.03.2014) sowie „Geheimniskrämerei“ (SPÖ und Grüne, 26.03.2014) waren besonders erfolgreich in der Debatte. Ebenfalls von vielen Akteuren wurden die Ausdrücke „hinter verschlossenen Türen“ (Kurier, 18.01.2014) sowie „Ausschluss der Öffentlichkeit“ (Der Standard, 20.12.2013) verwendet. Die Wörter „Misstrauen“ (SPÖ und NEOS, 26.03.2014), „Transparenz“ (Der Standard, 21.01.2014) sowie „intransparent“ (Der Standard, 30.01.2014) prägten zudem die Diskussion um das Freihandelsabkommen TTIP. Mit acht der zehn der von den meisten Akteuren verwendeten Schlagwörter / Metaphern nahmen die Medien bei der Transparenz die Vorreiterrolle ein. Dabei konnte die Kronen Zeitung mit „Geheimverhandlungen“ (s.o.) nur ein starkes Schlagwort in die Debatte einführen. Der Kurier mit vier sowie Der Standard mit drei Schlagwörtern waren in diesem Sinne erfolgreicher. Bei den Parteien konnte die SPÖ zwei starke Schlagwörter in den Diskurs einbringen. Diese teilte sich jeweils mit den Grünen bzw. mit den NEOS ein Schlagwort.

Bei dem Frame „Fehlenden Transparenz“ kann daher festgehalten werden, dass die Medien wesentlich erfolgreicher waren, starke Schlagwörter zuerst in die Debatte einzuführen. Die Parteien, allen voran die SPÖ, waren nur bei wenigen prägenden Schlagwörtern Vorreiter.

Transparenz	Der Standard	Kronen Zeitung	Kurier	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Team Stronach	NEOS
Schlagwörter / Metaphern:									
Hinter verschlossenen Türen	30.01.2014	07.02.2014	18.01.2014	-	-	26.03.2014	23.09.2014	23.09.2014	26.03.2014
Geheim	20.12.2013	14.03.2014	02.12.2013	23.09.2014	-	26.03.2014	24.09.2014	23.09.2014	23.09.2014
Ausschluss der Öffentlichkeit	20.12.2013	19.01.2014	-	-	-	23.09.2014	-	24.09.2014	-
Transparenz / transparent	21.01.2014	15.03.2014	21.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	23.09.2014	26.03.2014	23.09.2014	26.03.2014
Geheimverhandlungen	21.06.2014	19.03.2014	20.05.2014	-	-	23.09.2014	-	23.09.2014	-
Geheimnisträmerei	24.07.2014	08.05.2014	27.03.2014	26.03.2014	-	20.05.2014	26.03.2014	-	-
Geheimnistueri	29.09.2014	-	18.01.2014	23.09.2014	-	24.09.2014	-	-	-
Intransparent	30.01.2014	-	03.07.2014	26.03.2014	26.03.2014	23.09.2014	26.03.2014	-	24.09.2014
Misstrauen	-	10.05.2014	-	26.03.2014	-	23.09.2014	-	24.09.2014	26.03.2014
Geheimhaltung	19.05.2014	16.03.2014	08.03.2014	20.05.2014	-	-	26.03.2014	24.09.2014	-

Tab. 3: Übersicht – Transparenz: Schlagwörter / Metaphern

12.4.2.2 Schiedsgerichte

Bei den Schiedsgerichten haben sich Schlagwörter und Beispiele aller drei identifizierten Frames „Gefahr durch Schiedsgerichte“, „Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten“ sowie „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ bei der Liste der von den meisten Akteuren verwendeten Schlagwörter durchgesetzt (siehe Tabelle 4). Jedoch können acht der elf stärksten Schlagwörter und Beispiele dem Frame „Gefahr durch Schiedsgerichte“ zugeordnet werden. Jeweils vier Akteure haben die „(Forderung in) Milliardenhöhe“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014), „Steuerzahler (zahlt)“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014), „durch die Hintertür“ (Grünen, 26.03.2014) sowie „ohne Öffentlichkeit“ (Der Standard, 20.12.2013) in die Berichterstattung bzw. in ihre Redebeiträge im Parlament eingebaut. Die prägendsten Beispiele waren der Analyse nach die „Atomkraft“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) sowie „Fracking“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014), welche die Kronen Zeitung in den Diskurs über TTIP einführte und anschließend von sechs weiteren Akteuren, darunter vier Parteien, aufgegriffen wurden. Auch die Sorge um eine „Wasserprivatisierung“ (SPÖ, 26.03.2014) diente in Folge der Erwähnung durch die SPÖ drei weiteren Akteuren, darunter zwei Tageszeitungen, als Negativbeispiel. Im Zuge der Atomkraft konnte auch der Energiekonzern „Vattenfall“ (Der Standard, 30.01.2014), der zu diesem Zeitpunkt die Bundesrepublik Deutschland vor einem Schiedsgericht auf Schadensersatz verklagte, Einzug in die Debatte finden. Dass Österreich ein „hochentwickeltes Rechtssystem“ (Kurier, 14.07.2014) habe, fand sich, nachdem es vom Kurier in die Debatte eingeführt wurde, bei fünf weiteren Akteuren wieder, welche damit die Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten ausdrücken wollten. Bei dem Frame „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ wirkte das Schlagwort „Rechtssicherheit“ (Der Standard, 30.01.2014) am prägendsten. Die Parteien ÖVP, FPÖ sowie NEOS nahmen es im Laufe der Debatte auf. Als Beispiel für die „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ diente „Ungarn“ (SPÖ, 26.03.2014), welches beschuldigt wurde, österreichische Banken finanziell geschädigt zu haben. Bei den Schiedsgerichten führte die Kronen Zeitung mit vier der meisten prägenden Schlagwörter ein, welche allesamt dem Frame „Gefahr durch Schiedsgerichte“ zugeordnet werden können. Drei starke Schlagwörter konnte Der Standard als erster in den Diskurs einbringen. Bei den Parteien war es die SPÖ, welche mit zwei starken Schlagwörtern als Vorreiter identifiziert werden konnte. Die Grünen sowie der Kurier brachten jeweils ein prägendes Schlagwort in die Debatte ein. Insgesamt prägten beim Thema Schiedsgerichte die Medien die meisten der stärkeren Schlagwörter und Beispiele.

Schiedsgerichte	Der Standard	Kronen Zeitung	Kurier	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grünen	Team Stronach	NEOS
Schlagwörter / Metaphern (Gefahr):									
(Forderung in) Milliardenhöhe	-	19.01.2014	-	-	23.09.2014	24.09.2014	-	24.09.2014	-
Steuerzahler zahlt	-	19.01.2014	28.04.2014	-	-	24.09.2014	-	24.09.2014	-
Durch die Hintertür	28.03.2014	-	27.03.2014	-	26.03.2014	-	26.03.2014	-	-
Ohne Öffentlichkeit	20.12.2013	19.01.2014	-	-	-	-	26.03.2014	23.09.2014	-
Beispiele (Gefahr):									
Atomkraft	27.09.2014	19.01.2014	20.05.2014	-	24.09.2014	24.09.2014	24.09.2014	23.09.2014	-
Fracking	22.01.2014	19.01.2014	21.02.2014	-	26.03.2014	23.09.2014	26.03.2014	23.09.2014	-
Wasserprivatisierung	-	08.06.2014	27.03.2014	-	26.03.2014	-	26.03.2014	-	-
Vattenfall	30.01.2014	10.05.2014	30.09.2014	24.09.2014	-	-	-	-	-
Schlagwörter / Metaphern (Verzichtbarkeit):									
(Hoch)entwickeltes Rechtssystem / Rechtsstaaten	15.07.2014	-	14.07.2014	24.09.2014	-	24.09.2014	24.09.2014	-	24.09.2014
Schlagwörter / Metaphern (Sinnhaftigkeit):									
Rechtssicherheit	30.01.2014	-	-	24.09.2014	-	24.09.2014	-	-	26.03.2014
Beispiel (Sinnhaftigkeit):									
Ungarn	06.05.2014	-	30.09.2014	-	26.03.2014	-	-	-	24.09.2014

Tab. 4: Übersicht – Schiedsgerichte: Schlagwörter / Metaphern, Beispiele

12.4.2.3 Standards

Bei dem Thema Standards haben sich vor allem Schlagwörter des Frames „Gefahr für europäische / österreichische Standards“ bei den meisten Akteuren durchgesetzt. Besonders prägend waren die Schlagwörter des Unterframes „Gefahr für Lebensmittelstandards“. Das wohl stärkste Schlagwort in der TTIP-Debatte war das „Chlorhuhn“ (Der Standard, 20.12.2013). Die Kronen Zeitung bezeichnete es sogar als „Wappentier“ der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen. Nachdem es der Standard als erster Akteur am 20. Dezember 2013 in die Berichterstattung einführte, nahmen es alle weiteren Parteien und Medien in Folge auf. Wie der Tabelle 5 zu entnehmen ist, hielt sich das Chlorhuhn auch im zweiten Analyseabschnitt bei allen Akteuren. Durch die Verbindung des Wortes Huhn mit der gesundheitsgefährdenden Chemikalie Chlor schaffte der Neologismus eine emotionale sowie abstoßende Komponente. Als ein ebenfalls besonders prägendes Schlagwort bei der TTIP-Debatte stellte sich die „Gentechnik“ (Der Standard, 20.12.2013) heraus. Ebenfalls vom Standard zuerst erwähnt, fand es den Weg in alle weiteren Medien und Parteien, exklusive den NEOS. Wie das „Chlorhuhn“ (s.o.) war auch das „Hormonfleisch“ (Der Standard, 20.12.2013) eine in der Debatte besonders erfolgreiche Wortneuschöpfung. Als Beispiel für die Umweltgefahr stach „Fracking“ (Kronen Zeitung, 19.01.2014) heraus. Die umstrittene Energiegewinnungsmethode wurde von der Kronen Zeitung in die Debatte eingebaut und setzte sich im Verlauf des Diskurses bei allen Akteuren bis auf die NEOS durch. Auch die potentielle Gefahr für das „Arbeitsrecht“ (Kurier, 08.03.2014) wurde auf Seiten der Parteien von der ÖVP als auch der FPÖ wiederholt. Eher allgemein in Bezug auf die „Gefahr der europäischen / österreichischen Standards“ wurde das „Vorsorgeprinzip“ (Kurier, 18.01.2014) verwendet. Dessen mögliche Bedrohung erwähnten fünf Akteure, darunter vier Parteien. Die Metaphern „Aushebelung (von Standards)“ (Der Standard, 20.12.2013) sowie „Absenkung (von Standards)“ (Kronen Zeitung, 14.03.2014) waren ebenfalls bei vielen Akteuren zu finden. Alle acht der von den meisten Akteuren erwähnten Schlagwörtern / Metaphern und Beispielen waren zuerst in den Medien zu finden. Besonders der Standard stach mit vier von acht Ersterwähnungen als Vorreiter hervor. Die Kronen Zeitung als auch der Kurier führten jeweils zwei Schlagwörter in die Debatte ein. Die Parteien nahmen diese später breit auf. Allein die NEOS waren dabei zurückhaltender, wie der Tabelle 5 zu entnehmen ist.

Standards	Der Standard	Kronen Zeitung	Kurier	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	Team Stronach	NEOS
Schlagwörter / Metaphern (Gefahr):									
Chlorhühner	20.12.2013	21.12.2013	12.02.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014
Gentechnik	20.12.2013	19.01.2014	18.01.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	26.03.2014	-
Hormonfleisch	20.12.2013	21.12.2013	12.02.2014	-	-	26.03.2014	20.05.2014	26.03.2014	-
Ausbeutung (von Standards)	20.12.2013	10.05.2014	16.07.2014	-	26.03.2014	-	20.05.2014	-	-
Absenkung (der Standards)	-	14.03.2014	21.03.2014	24.09.2014	24.09.2014	-	-	-	24.09.2014
Vorsorgeprinzip	-	-	18.01.2014	26.03.2014	24.09.2014	24.09.2014	26.03.2014	-	-
Beispiele (Gefahr):									
Arbeitsrecht	20.05.2014	14.06.2014	08.03.2014	26.03.2014	-	24.09.2014	-	-	-
Fracking	22.01.2014	19.01.2014	21.02.2014	23.09.2014	26.03.2014	09.07.2014	26.03.2014	23.09.2014	-

Tab. 5: Übersicht – Standards: Schlagwörter / Metaphern, Beispiele

12.4.2.4 Wirtschaftskraft

Beim Thema Wirtschaftskraft überwiegen die Schlagwörter für die „Chancen der Wirtschaftskraft“. Bemerkenswerterweise wurden vier der sechs prägendsten Schlagwörter vom Standard zum ersten Mal erwähnt (siehe Tabelle 6). Sowohl das „Wirtschafts-Wachstum“ (Der Standard, 18.06.2013), als auch der „Wohlstand“ (Der Standard, 18.06.2013), die Beseitigung der „Handelshemmnisse“ (Der Standard, 18.06.2013) sowie die Vorteile durch das Abschaffen der „Zölle“ (Der Standard, 18.06.2013) brachte Der Standard sehr früh in den Diskurs über TTIP ein. Bei der „Gefahr für die Wirtschaftskraft“ waren es dagegen die Parteien, welche die beiden übrigen Schlagwörter in die Debatte einführten. Vor allem der Gegensatz und die daraus möglicherweise resultierende Gefahr der „kleistrukturierten Landwirtschaft“ (SPÖ, ÖVP sowie Grüne, 26.03.2014) Österreichs gegenüber der „Industrialisierten Landwirtschaft“ (SPÖ, 26.03.2014) der USA prägte die Debatte.

Während bei den stärksten Schlagwörtern der Chancen für die Wirtschaftskraft die Medien, allen voran der Standard, Vorreiter waren, konnten die Parteien bei den prägenden Schlagwörtern der Gefahren Akzente setzen.

Wirtschaftskraft	Der Standard	Kronen Zeitung	Kurier	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Team Stronach	NEOS
Schlagwörter / Metaphern (Chancen):									
(Wirtschafts-)Wachstum	18.06.2013	02.09.2013	13.07.2013	23.09.2014	26.03.2014	23.09.2014	-	26.03.2014	-
Wohstand	18.06.2013	24.07.2014	03.07.2014	23.09.2014	-	-	24.09.2014	23.09.2014	24.09.2014
(Nichttarifäre) Handelshemmnisse	18.06.2013	02.09.2013	-	26.03.2014	26.03.2014	24.09.2014	-	-	-
Zölle	18.06.2013	02.09.2013	17.12.2013	-	-	24.09.2014	-	26.03.2014	-
Schlagwörter / Metaphern (Gefahren):									
Industrialisierte / Industrialisierung der Landwirtschaft	-	15.06.2014	14.04.2014	26.03.2014	24.09.2014	24.09.2014	-	-	-
Kleinstrukturierte Landwirtschaft	-	16.06.2014	-	26.03.2014	26.03.2014	-	26.03.2014	23.09.2014	-

Tab. 6: Übersicht – Wirtschaftskraft: Schlagwörter / Metaphern

12.5 Rückführung auf die Forschungsfrage

In diesem Abschnitt sollen die Ergebnisse der chronologischen Analyse der Frames und Schlagwörter / Metaphern sowie Beispiele auf die, von der Forschungsfrage abgeleiteten, Unterfragen rückgeführt werden. Diese lauten:

- Werden Symbole oder Frames der Medien wie z.B. das Chlorhühnchen in die politische Debatte im Nationalrat aufgenommen?
- Werden Symbole oder Frames aus der politischen Kommunikation im Nationalrat in den Medien aufgenommen?

Die Analyse zeigt, dass sich vor allem Frames aus den Medien später auch in den Debatten im Nationalrat wiederfinden. Weitaus weniger häufig, aber trotzdem vorhanden war auch der umgekehrte Weg: So konnten die zuerst in der Politik identifizierten Frames „Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten“ sowie „Chancen für europäische / österreichische Standards“ später auch in den Medien nachgewiesen werden.

Wie in Tabelle 2 ersichtlich ist, kann bei den herausgearbeiteten Frames eine Verzahnung zwischen der Politik und den Medien festgestellt werden. Diese starke Verzahnung zeigt sich auch bei der Analyse der Schlagwörter / Metaphern und Beispiele der einzelnen Frames. Prägende Schlagwörter / Metaphern wurden zumeist von den Medien in den Diskurs eingeführt und später von der Politik verwendet. Die prägenden Schlagwörter / Metaphern der Politik fügten sich häufig in die bereits bestehenden, von den Medien bereits in die Debatte eingebrachten Frames, ein. Eine besondere Rolle der Kronen Zeitung bei der Einführung von Frames sowie Schlagwörtern / Metaphern in die Debatte konnte nicht festgestellt werden. Viel eher war es Der Standard, welcher häufig als Vorreiter ausgemacht werden konnte.

Ein „Schwarz-Weiß-Resümee“ ist nicht möglich, allerdings kann durch die zeitliche Abfolge die Hypothese aufgestellt werden, dass die Medien einen Einfluss auf die Frames und die verwendeten Schlagwörter / Metaphern der Politik beim Thema TTIP im Untersuchungszeitraum hatten. Die zweite Hypothese, welche durch die Ergebnisse abgeleitet werden kann, ist, dass die Politik ebenfalls Frames und Schlagwörter / Metaphern setzte und so die Debatte beeinflussen konnte, allerdings in einem geringeren Ausmaß als die Medien.

13 Conclusio

Der Sinn dieser Arbeit ist es der Frage nachzugehen, inwieweit die Medien beim Thema TTIP einen Einfluss auf die Politik ausüben und umgekehrt. Heruntergebrochen wurde die Fragestellung auf eine chronologische Analyse der Anfangsberichterstattung über TTIP in den drei Tageszeitungen Der Standard, Kronen Zeitung sowie Kurier und die Parlamentsdebatten im Nationalrat. Im Fokus stand vor allem der Einfluss der Kampagne der auflagenstärksten Zeitung des Landes, der Kronen Zeitung, gegen das Handelsabkommen TTIP.

Die Ergebnisse des chronologischen Themenvergleichs sowie des chronologischen Frame- und Schlagwörter- / Metaphern-Vergleichs deuten darauf hin, dass die Kronen Zeitung in beiden Feldern nicht als besonderer Vorreiter ausgemacht werden kann. Die Rolle der Medien kann trotzdem sowohl für die Einführung von Themen als auch Schlagwörtern / Metaphern als für die Debatte prägend eingestuft werden.

Es ist den Ergebnissen nach naheliegend zu vermuten, dass die Medien die Politik sowohl bei der Auswahl der Themen als auch bei der Verwendung von Frames sowie Schlagwörtern / Metaphern beeinflussten. Die Politik sollte aber den Ergebnissen nach nicht als passiver Akteur dargestellt werden, sondern es kann auch ein Einfluss der Parlamentsdebatten auf die Medien vermutet werden – allerdings in einem geringeren Umfang. Insgesamt zeigt sich sowohl bei den Themen als auch bei den Frames eine starke Verzahnung der Akteure. Prägend für die Debatte waren vor allem emotionale, weniger sachliche Begriffe, wie „Chlorhuhn“, „Hormonfleisch“ oder „Genmais“. Es ist nicht abwegig, von einer eher boulevardgetriebenen Debatte zu sprechen. Interessanterweise gingen viele der prägenden Begrifflichkeiten nicht bzw. nicht nur von der Kronen Zeitung oder von Oppositionsparteien aus. Der mögliche Einfluss der Kampagne der Kronen Zeitung gegen TTIP liegt eventuell auf der quantitativen Ebene, welcher in diesem Forschungsdesign nicht berücksichtigt wurde. Das Qualitätsmedium Der Standard führte emotionalisierende und prägende Begriffe wie „Chlorhühner“ (20.12.2013) und „Hormonfleisch“ (20.12.2013) früh in die Debatte ein. Auch die Kanzlerpartei, die SPÖ, brachte unter anderem mit dem „Hormonschnitzel“ (26.03.2014), welches von allen Tageszeitungen aufgegriffen wurde, wenig Sachlichkeit in die Debatte ein. Die Verwendung solcher „medientauglicher“ Begriffe im Parlament und die Übernahme durch die Medien deuten auf eine mediale Inszenierung der Parlamentsdebatten hin. Die vorherigen Abschnitte, in denen unter anderem die Schlagwörter / Metaphern der Parteien und die Verwendung in den Medien analysiert wurden, verstärken diese Vermutung. Deshalb ist die Hypothese nicht abwegig, dass die Medialisierung auch in die Parlamentsdebatten Einzug gehalten hat. Allerdings zeigten sich auch selbstreflexive Tendenzen im Parlament. Es wird von verschiedenen Parteien (NEOS, ÖVP sowie SPÖ, 24.09.2014) am Ende des Analysezeitraums von einer populistisch geführten Debatte gesprochen und auf die Rückkehr zur Sachlichkeit plädiert.

14 Ausblick

Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse lassen einen entscheidenden Einfluss der Medien auf die Entwicklung der Debatte über TTIP vermuten. Anders als eingangs erwartet wurde, war es vor allem Der Standard, welcher durch seine Berichterstattung relativ früh Themen, Frames und prägende Schlagwörter / Metaphern und Beispiele aufwarf, welche später in der Berichterstattung von mehreren Akteuren, unter anderem politischen Parteien, aufgegriffen wurden. Die Art der prägenden Schlagwörter / Metaphern lässt die Vermutung auf eine medialisierte Debatte zu, welche auch der Logik der Medien folgt, Aufmerksamkeit zu erzeugen. Bei Debatten im Parlament fanden sich wie in den Medien Schlagwörter / Metaphern wie „Chlorhuhn“, Hormonfleisch“ sowie „Geheimpakt“. Ein negativer Einfluss auf die Aufgaben des Parlamentes, auf Grundlage sachlicher, rationaler Abwägungen die bestmöglichen Entscheidungen für die Bevölkerung zu treffen, kann nicht ausgeschlossen werden. Möglicherweise bringt das Potential der Medien, äußerst rasch auf politische Themen zu reagieren und Narrative im Diskurs zu setzen, einen in der Reaktionszeit eingeschränkteren Parlamentarismus in Bedrängnis und in eine reaktive Position. (vgl. Meyer, 2002).

Das Forschungsdesign erlaubt es nicht, mehr als eine Vermutung darüber abzugeben, inwieweit die Medien die Debatte in diese Richtung beeinflusst haben. Eine auf Grundlage der Ergebnisse dieser Arbeit beruhende Befragung der Medien- sowie Politeliten über die Entwicklung der Debatte könnte dieses Vakuum füllen. Die Rolle der NGOs sowie Wirtschaftsvertreter auf den Verlauf des Diskurses wäre eine weitere interessante Erweiterung. Nicht abwegig wäre es zudem, wenn Medien und Politik aus dem deutschsprachigen Nachbarland die Debatte beeinflusst hätten. Natürlich sind die Verhandlungen über TTIP ein Sonderfall, da das Parlament nur mittelbar bei den Verhandlungen beteiligt waren. Allerdings dürften im Rahmen der Kompetenzübertragungen an die EU solche Konstellationen in Zukunft häufiger vorkommen. Deshalb wäre es ein interessanter Ansatz auch den Einfluss des EU-Parlamentes auf die Richtung des Diskurses zu behandeln.

Insgesamt deutet der Befund über die Kommunikation bei der TTIP-Debatte an, wie wichtige gesellschaftliche Weichenstellungen und Zukunftsfragen einem emotionalen Diskurs unterliegen können, bei dem emotionale Schlagwörter / Metaphern sowie Frames die Kommunikation prägen und so eine sachliche Debatte erschweren. Hinzu kommt ein offener „Antiamerikanismus“, welcher durch Anschuldigungen wie beispielsweise die Amerikaner hätten den Kartoffelkäfer (Team Stronach, 26.03.2014) nach Europa gebracht oder Aussagen wie „Wenn man sich anschaut, was die USA in der Welt aufführen, und wenn man dazu weiß,- ich glaube viele hier herinnen wissen es, aber viele dort draußen wissen es nicht -, Obama bringt, seit er den Friedensnobelpreis bekommen hat, jeden Tag mindestens einen Menschen um, mindestens einen.“ (Team Stronach 23.09.2014), manifest wird. Zudem wird die USA mit

„KZ-Ställen“ (Kronen Zeitung, 10.05.2014) für die Hühner in Verbindung gebracht. Die EU sowie die USA werden nicht selten in ein zwielichtiges Licht gerückt: „Es sind die bösen Erfahrungen mit der EU-Kommission und ihrer berüchtigten Schwäche für – besonders amerikanische – Großkapitalinteressen.“ (Kronen Zeitung, 10.05.2014).

Inwieweit die Verhandlungen über TTIP einen Sonderfall darstellen oder sich der Befund auch bei weiteren politischen Problemfeldern identifizieren lässt und möglicherweise auf ein generelles Problem für die Funktionen der Politik als auch der Medien hindeutet, können weitere Forschungsarbeiten, welche auch die Dimension der Quantität mit einbeziehen, überprüfen.

15 Quellenverzeichnis

15.1 Literaturverzeichnis

- Altheide, David L. / Snow, Robert P. (1979): Media logic. Beverly Hills: Sage Publications.
- Arnold, Klaus (2008): Qualität im Journalismus – ein integratives Konzept. In: Publizistik. 2008. 53 / 4. S. 488-508.
- Baringhorst, Sigrid (1998): Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität. Opladen [u.a.]: Westdeutscher Verlag.
- Boenisch, Vasco (2007): Strategie: Stimmungsmache. Wie man Kampagnenjournalismus definiert, analysiert - und wie ihn die *Bild*-Zeitung betreibt. Köln: Halem.
- Bode, Thilo / Scheytt, Stefan (2015²): Die Freihandelslüge. Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Bruck, Peter A. / Stocker, Günther (2002²): Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. Münster / Hamburg / London: LIT Verlag. (Medien & Kommunikation 23)
- Burkart, Roland (2001²): Verständigungsorientierte Public Relations-Kampagnen. Eine kommunikationswissenschaftlich fundierte Strategie für Kampagnenarbeit. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.) (2001²): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 303-318.
- Burkart, Roland (2002⁴): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Wien [u.a.]: Böhlau.
- Callaghan, Karen / Schnell, Frauke (2005): Framing American Politics. Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh Press.
- Cohen, Bernard Cecil (1963): The press and foreign policy. Princeton / New Jersey: Princeton University Press.
- Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tálos, Emmerich (Hrsg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz.
- Dahinden, Urs (2018): Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation. Köln: Halem. (Forschungsfeld Kommunikation 22)
- De Ville, Ferdi / Siles-Brügge, Gabriel / Schmidt, Michael (2016): TTIP: Wie das Handelsabkommen den Welthandel verändert und die Politik entmachtet. Cambridge: transcript.
- De Vreese, Claes H. (2005): News Framing: Theory and Typology. In: Information Design Journal. 2005. 13 / 1. S. 51-62.
- De Vreese, Claes H. (2014): Mediatization of News: The Role of Journalistic Framing. In: Esser, Frank / Strömbäck, Jesper (2014): Mediatization of Politics. Understanding the

- Transformation of Western Democracies. Basingstoke [u.a.]: Palgrave Macmillan. S. 137-155.
- Dichand, Hans (1977): Kronen Zeitung. Die Geschichte eines Erfolgs. Wien: Orac.
- Donges, Patrick (2008): Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dünser, Felix (1979): Demokratie und Medienvielfalt. Medienpolitik in Österreich am Beispiel staatlicher Presseförderung. In: Paupié, Kurt / Karmasin, Fritz / Gottschlich, Maximilian (Hrsg.) (1979-1987): Schriftreihen für angewandte Kommunikationsforschung. Wien: Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. 2/3.
- Entman, Robert M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: Journal of Communication. 1993. 43 / 4. S. 51-58.
- Esser, Frank (2013): Mediatization as a Challenge: Media Logic Versus Political Logic. In: Kriesi, Hanspeter / Lavenex, Sandra / Esser, Frank / Matthes, Jörg / Bühlmann, Marc / Bochsler, Daniel (Hrsg.) (2013): Democracy in the age of globalization and mediatization. Basingstoke [u.a.]: Palgrave Macmillan. (Challenges to democracy in the 21st century) S. 155-176.
- Esser, Frank / Strömbäck, Jesper (2014): Mediatization of Politics. Understanding the Transformation of Western Democracies. Basingstoke [u.a.]: Palgrave Macmillan.
- Fidler, Harald (2008): Österreichs Medienwelt von A bis Z. Das komplette Lexikon mit 1000 Stichwörtern von „Abzockfernsehen“ bis „Zeitungssterben“. Wien: Falter Verlag.
- Filzmaier, Peter (2006): Wag the Dog? Amerikanisierung der Fernsehlogik und mediale Inszenierung in Österreich. In: Filzmaier, Peter / Karmasin, Matthias / Klepp, Cornelia (Hrsg.) (2006): Politik und Medien – Medien und Politik. Wien: Facultas / WUV.
- Filzmaier, Peter / Karmasin, Matthias / Klepp, Cornelia (Hrsg.) (2006): Politik und Medien – Medien und Politik. Wien: Facultas / WUV.
- Gamson, William A. / Modigliani, Andre (1989): Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach. In: AJS. 1989. 95 / 1. S. 1-37.
- Geißler, Rainer (1973): Massenmedien, Basiskommunikation und Demokratie. Ansätze zu einer normativ-empirischen Theorie. Tübingen: Mohr.
- Grohmann, Judith (1990): Der Standard – Konzeption, Entstehung und Entwicklung einer neuen Tageszeitung auf dem österreichischen Medienmarkt. Diplomarbeit. Universität Wien.
- Haßler, Jörg (2017): Mediatisierung der Klimapolitik. Eine vergleichende Input-Output-Analyse zur Übernahme der Medienlogik durch die Politik. Wiesbaden: Springer.
- Jarren, Otfried / Donges, Patrick (2011³): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft)

- Jäckel, Michael (2011⁵): Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Johnston, Hank / Noakes, John A. (Hrsg.) (2005): Frames of Protest: Social Movements and the Framing Perspective. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Jun, Uwe (2013): Typen und Funktionen von Parteien. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2013): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer. S. 119-144.
- Jun, Uwe / Borucki, Isabelle / Reichard, Daniel (2013): Parteien und Medien. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2013): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer. S. 349-385.
- Kaiser, Friederike (2009): Gemischte Abkommen im Lichte bundesstaatlicher Erfahrungen. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Kaltenbrunner, Andy (Hrsg.) (2001): Beruf ohne (Aus-) Bildung. Anleitungen zum Journalismus. Wien: Czernin.
- Kaltenbrunner, Andy / Karmasin, Matthias / Kraus, Daniela / Zimmermann, Astrid (2007): Der Journalisten-Report. Österreichs Medien und ihre Macher. Eine empirische Erhebung. Wien / Klagenfurt: Facultas / WUV.
- Karlhofer, Ferdinand / Jeschke, Sven / Pallaver, Günther (Hrsg.) (2013): Medienzentrierte Demokratien: Befunde, Trends, Perspektiven. Festschrift für Univ.-Prof. Dr. Fritz Plasser. Wien: Facultas.
- Kepplinger, Hans Mathias (2009a): Politikvermittlung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (Theorie und Praxis öffentlicher Kommunikation 1)
- Kepplinger, Hans Mathias (2011): Journalismus als Beruf. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (Theorie und Praxis öffentlicher Kommunikation 6)
- Kiessler, Amélie (2016): Frames und Diskursqualität. Eine Inhaltsanalyse am Beispiel der Berichterstattung österreichischer Printmedien über das Transatlantische Freihandelsabkommen. Diplomarbeit. Universität Wien.
- Koszyk, Kurt / Pruys, Karl Hugo (1970): Wörterbuch zur Publizistik. München-Pullach / Berlin: VD.
- Kriesi, Hanspeter / Lavenex, Sandra / Esser, Frank / Matthes, Jörg / Bühlmann, Marc / Bochsler, Daniel (Hrsg.) (2013): Democracy in the age of globalization and mediatization. Basingstoke [u.a.]: Palgrave Macmillan. (Challenges to democracy in the 21st century)
- Kunczik, Michael / Zipfel, Astrid (2005²): Publizistik. Ein Studienhandbuch. Köln / Weimar / Wien: Böhlau Verlag.
- Kühnel, Richard N. (2017): Warum wir ein Freihandelsabkommen mit den USA brauchen – jedoch nicht um jeden Preis. In: Welfens, Paul J. J. (Hrsg.) (2017): EU-Integration – TTIP – Wirtschaftsperspektiven. Neue Befunde und globale Politikaspekte. Ein Tagungsband.

- Berlin / Boston: De Gruyter Oldenbourg. S. 43-44. (Europäische Integration, Nachhaltigkeit und Digitale Weltwirtschaft 9)
- Kühner, Anja / Sturm, Thilo (2001²): Das Medien-Lexikon. Fachbegriffe von A-Z aus Print, Radio, TV und Internet. Landsberg am Lech: Verlag Moderne Industrie.
- Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.) (1974): Zur Theorie der politischen Kommunikation. München: Piper.
- Lengauer, Günther (2007): Postmoderne Nachrichtenlogik. Redaktionelle Politikvermittlung in medienzentrierten Demokratien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lengauer, Günther / Pallaver, Günther / Pig, Clemens (2004): Redaktionelle Politikvermittlung in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hrsg.) (2004): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien: Facultas / WUV. S. 149-236. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 29)
- Lengauer, Günther / Plasser, Fritz / Seeber, Gilg (2012): Media Milieus: Politische Informations- und Mediennutzungstypen. In: Plasser, Fritz (Hrsg.) (2012): Erfolgreich wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich. Wien: Facultas / WUV. S. 57-85. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 32)
- Lengauer, Günther / Vorhofer, Hannes (2010): Wahlkampf am und abseits des journalistischen Boulevards: Redaktionelle Politikvermittlung im Nationalratswahlkampf 2008. In: Plasser, Fritz (Hrsg.) (2010): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien: Facultas / WUV. S. 145-192. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 31)
- Lippmann, Walter (1922²): Public Opinion. New York: Macmillan.
- Luhmann, Niklas (1998): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Zweiter Teilband, Kapitel 4-5. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2017⁵): Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: Springer.
- Lundby, Knut (2009): Media logic: Looking for social interaction. In: Lundby, Knut (Hrsg.) (2009): Mediatization. Concept, changes, consequences. New York: Peter Lang. S. 101-119.
- Lundby, Knut (Hrsg.) (2009): Mediatization. Concept, changes, consequences. New York: Peter Lang.
- Maier, Michaela (2003): Nachrichtenfaktoren – Stand der Forschung. In: Ruhrmann, Georg / Woelke, Jens / Maier, Michaela / Diehlmann, Nicole (Hrsg.) (2003): Der Wert von Nachrichten im deutschen Fernsehen. Ein Modell zur Validierung von Nachrichtenfaktoren. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 27-50.
- Maier, Michaela / Marschall, Joachim / Stengel, Karin (2010): Nachrichtenwerttheorie. Baden-Baden: Nomos. (Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft 2)

- McCombs, Maxwell E. / Shaw, Donald L. (1972): The agenda-setting function of the mass media. *Public Opinion Quarterly*, 36. S. 176-187.
- Maletzke, Gerhard (1963): *Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik*. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.
- Maletzke, Gerhard (1983): Kommunikationsforschung zu Beginn der achtziger Jahre. In: *Media Perspektiven*. 1983. 2. S. 114-129.
- Matthes, Jörg (2014): *Framing*. Baden-Baden: Nomos. (Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft 10)
- Maurer, Marcus (2010¹): *Agenda-Setting*. Baden-Baden: Nomos. (Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft 1)
- Mayring, Philipp (2015¹²): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim / Basel: Beltz Verlag.
- Melischek, Gabriele / Rußmann, Uta / Seethaler, Josef (2010): Agenda Building in österreichischen Nationalratswahlkämpfen, 1970-2008. In: Plasser, Fritz (Hrsg.) (2010): *Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich*. Wien: Facultas / WUV. S. 101-143. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 31)
- Merten, Klaus / Schmidt, Siegfried J. / Weischenberg, Siegfried (Hrsg.) (1994): *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden: Springer.
- Mertes, Michael (2001): Partner und Gegner. Über die spannungsreiche Beziehung zwischen Politikern und Journalisten. In: *Die politische Meinung*. 2001. 384 / 01. S. 64-71.
- Meyer, Thomas (2001): *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Mock, Thomas (2006): Was ist ein Medium? In: *Publizistik*. 2006. 51 / 2. S. 183-200.
- Müller, Wolfgang C. (2006): Parteiensystem: Rahmenbedingungen, Format und Mechanik des Parteienwettbewerbs. In: Müller, Wolfgang C. (Hrsg.) (2006): *Parteiensystem*. In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tálos, Emmerich (Hrsg.) (2006): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien: Manz. S. 279-304.
- Neissl, Julia (2001): Printjournalismus – Schnittstelle zwischen Information und Sensation. In: Neissl, Julia / Siegert, Gabriele / Renger, Rudi (Hrsg.) (2001): *Cash und Content. Populärer Journalismus und mediale Selbstthematisierung als Phänomene eines ökonomisierten Mediensystems. Eine Standortbestimmung am Beispiel ausgewählter österreichischer Medien*. München: Verlag Reinhard Fischer. S.97-153.

- Neissl, Julia / Siegert, Gabriele / Renger, Rudi (Hrsg.) (2001): Cash und Content. Populärer Journalismus und mediale Selbstthematisierung als Phänomene eines ökonomisierten Mediensystems. Eine Standortbestimmung am Beispiel ausgewählter österreichischer Medien. München: Verlag Reinhard Fischer.
- Nenning, Günther (2003): Eine Krone bitte. Die Kronen Zeitung muß österreichisch bleiben. Wien: Molden.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2013): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer.
- Noelle-Neumann, Elisabeth / Schulz Winfried / Wilke Jürgen (Hrsg.) (1971): Publizistik Massenkommunikation. Das Fischer Lexikon. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Østgaard, Einar (1965): Factors influencing the flow of news. Journal of Peace Resarch. 2. S. 39-63.
- Paupié, Kurt / Karmasin, Fritz / Gottschlich, Maximilian (Hrsg.) (1979-1987): Schriftreihen für angewandte Kommunikationsforschung. Wien: Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. 2/3.
- Pelinka, Anton (1976): Politik und moderne Demokratie. Kronberg / Ts.: Scriptor-Verlag.
- Pig, Clemens (2013): Einflussfaktoren des Medienwandels auf Theorie und Praxis der politischen Kommunikation. In: Karlhofer, Ferdinand / Jeschke, Sven / Pallaver, Günther (Hrsg.) (2013): Medienzentrierte Demokratien: Befunde, Trends, Perspektiven. Festschrift für Univ.-Prof. Dr. Fritz Plasser. Wien: Facultas. S. 17-34.
- Plasser, Fritz (Hrsg.) (2004): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien: Facultas / WUV.
- Plasser, Fritz (Hrsg.) (2010): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien: Facultas / WUV.
- Plasser, Fritz (Hrsg.) (2012): Erfolgreich wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich. Wien: Facultas / WUV.
- Plasser, Fritz / Hüffel, Clemens / Lengauer, Günther (2004): Politische Öffentlichkeitsarbeit in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hrsg.) (2004): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien: Facultas / WUV. S. 309-350. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 29)
- Plasser, Fritz / Lengauer, Günther (2010a): Die österreichische Medienarena: Besonderheiten des politischen Kommunikationssystems. In: Plasser, Fritz (Hrsg.) (2010): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien: Facultas / WUV. S. 19-52. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 31)
- Plasser, Fritz / Lengauer, Günther (2010b): Politik vor Redaktionsschluss: Kommunikationsorientierung von Macht- und Medieneliten in Österreich. In: Plasser,

- Fritz (Hrsg.) (2010): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien: Facultas / WUV. S. 53-100. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 31)
- Plasser, Fritz / Lengauer, Günther / Meixner, Wolfgang (2004): Politischer Journalismus in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hrsg.) (2004): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien: Facultas / WUV. S. 237-308. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 29)
- Plasser, Fritz / Seeber, Gilg (2010): Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte. In: Plasser, Fritz (Hrsg.) (2010): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien: Facultas / WUV. S. 273-312. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 31)
- Potthoff, Matthias (2012): Medien-Frames und ihre Entstehung. Wiesbaden: Springer VS.
- Pöttker, Horst / Schulzki-Haddouti Christiane (Hrsg.) (2007): Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt? 10 Jahre „Initiative Nachrichtenaufklärung“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pross, Harry (1972): Medienforschung. Film, Funk, Presse, Fernsehen. Darmstadt, Wien: Habel.
- Raupp, Juliana (2009): Medialisierung als Parameter einer PR-Theorie. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.) (2009²): Theorien der Public Relations. Grundlagen und Perspektiven der PR-Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 265-284.
- Rhomberg, Markus (2009): Politische Kommunikation. Eine Einführung für Politikwissenschaftler. Paderborn: UTB / Wilhelm Fink.
- Riedl, Andreas / Maurer, Peter / Mühl, Birgit (2018): Anpassung an die Medienlogik? Eine Untersuchung politischer Kommunikationsstrategien von AkteurInnen aus Deutschland und Österreich. In: OZP. 2018. 47 / 1. S. 1-16.
- Ronneberger, Franz (1974): Die politischen Funktionen der Massenkommunikation. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.) (1974): Zur Theorie der politischen Kommunikation. München: Piper. S.193 – 205.
- Rössler, Patrick (1997): Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese. Wiesbaden: Springer. (Studien zur Kommunikationswissenschaft 27)
- Röttger, Ulrike (Hrsg.) (2009²): Theorien der Public Relations. Grundlagen und Perspektiven der PR-Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Röttger, Ulrike (Hrsg.) (2001²): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Ruhrmann, Georg / Woelke, Jens / Maier, Michaela / Diehlmann, Nicole (Hrsg.) (2003): Der Wert von Nachrichten im deutschen Fernsehen. Ein Modell zur Validierung von Nachrichtenfaktoren. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Rußmann, Uta (2012): Themenmanagement der Parteien im Wahlkampf: Eine Analyse der Presseaussendungen. In: Plasser, Fritz (Hrsg.) (2012): Erfolgreich wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich. Wien: Facultas / WUV. S. 141-162. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 32)
- Ruß-Mohl, Stephan (1992): Am eigenen Schopfe. Qualitätssicherung im Journalismus – Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche. In: Publizistik. 1992. 37 / 1. S. 83–96.
- Saxer, Ulrich (1980): Grenzen der Publizistikwissenschaft. Wissenschaftswissenschaftliche Reflexionen zur Zeitungs-/Publizistik-/Kommunikationswissenschaft seit 1945. In: Publizistik. 1980. 4. S. 525-543.
- Sarcinelli, Ulrich (2011³): Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer.
- Schattschneider, Elmer Eric (1942): Party Government. American Government in Action. New York: Rinehart & Company.
- Schefbeck, Günther (2006): Das Parlament. In: Müller, Wolfgang C. (Hrsg.) (2006): Regierungssystem. In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tálos, Emmerich (Hrsg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz. S. 139-167.
- Scheufele, Bertram (2003): Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schmidt, Siegfried J. (1994): Grundlagen der Medienkommunikation. In: Merten, Klaus / Schmidt, Siegfried J. / Weischenberg, Siegfried (Hrsg.) (1994): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Wiesbaden: Springer. S. 3-19.
- Schulz, Winfried (1971): Kommunikationsprozeß. In: Noelle-Neumann, Elisabeth / Schulz Winfried / Wilke Jürgen (Hrsg.) (1971): Publizistik Massenkommunikation. Das Fischer Lexikon. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Schulz, Winfried (1976): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg / München: Alber.
- Schulz, Winfried (2011³): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer.

- Stolba, Petra (1994): Staatliche österreichische Medienpolitik und ihr Beitrag zur Integration von Minderheiten. Die Rolle der Massenmedien im Zusammenhang mit Problemen der kulturellen Integration und kulturellen Vielfalt. Diplomarbeit. Universität Wien.
- Strohmeier, Gerd (2004): Politik und Massenmedien. Eine Einführung. Baden-Baden: Nomos.
- Strömbäck, Jesper / Nord, Lars W. (2006): Do Politicians Lead the Tango? A Study of the Relationship between Swedish Journalists and their Political Sources in the Context of Election Campaigns. In: European Journal of Communication. 2006. 21 / 2. S. 147-164.
- Tenscher, Jens (2012): Professionalisierung aus der Akteurssicht: Wahlkampagnen in Österreich und Europa. In: Plasser, Fritz (Hrsg.) (2012): Erfolgreich wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich. Wien: Facultas / WUV. S. 87-112. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 32)
- Thurnher, Armin (2001): Für den Markt, wider den Markt. Die individuelle Freiheit der Journalisten im Land der Medienkonzentration. In: Kaltenbrunner, Andy (Hrsg.) (2001): Beruf ohne (Aus-) Bildung. Anleitungen zum Journalismus. Wien: Czernin. S. 22-27.
- Tscheplak, Andrea (1994): Unterschiedliche Sprachstrukturen von Qualitäts- und Boulevardpresse. Die Wiener Festwochen 1994. Eine Sprachuntersuchung der Tageszeitungen Die Presse, Der Standard und Neue Kronen Zeitung. Diplomarbeit. Universität Wien.
- Uhlmann, Ingrid Andrea (2012): Der Nachrichtenwert im situativen Kontext. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Van der Bellen, Alexander / Ecker, Bernhard (2015): Die Kunst der Freiheit. In Zeiten zunehmender Unfreiheit. Wien: Brandstätter.
- Van der Bellen, Alexander: In: Klartext. ORF 3. 60 min. 13.09.2016. 20:15 Uhr.
- Vock, Rita (2007): Was gilt als wichtig? Über die strukturelle Vernachlässigung von Nachrichten. In: Pöttker, Horst / Schulzki-Haddouti Christiane (Hrsg.) (2007): Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt? 10 Jahre „Initiative Nachrichtenaufklärung“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 35-54.
- Walgrave, Stefaan / Manssens, Jan (2005): Mobilizing the White March: Media Frames as Alternatives to Movement Organizations. In: Johnston, Hank / Noakes, John A. (Hrsg.) (2005): Frames of Protest: Social Movements and the Framing Perspective. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers. S. 113-140.
- Walker, Jack L. (1977): Setting the Agenda in the U.S. Senate: A Theory of Problem Selection. In: British Journal of Political Science. 1977. 7 / 4. S. 423-445.
- Weber, Stefan (1995): Nachrichtenkonstruktion im Boulevardmedium. Die Wirklichkeit der „Kronen Zeitung“. Wien: Passagen Verlag.

- Weischenberg, Siegfried / Malik, Maja / Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft: Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz: UVK.
- Welfens, Paul J. J. (Hrsg.) (2017): EU-Integration – TTIP – Wirtschaftsperspektiven. Neue Befunde und globale Politikaspekte. Ein Tagungsband. Berlin / Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Welfens, Paul J. J. (2017): Transatlantisches Freihandelsabkommen EU-USA. Befunde zu den TTIP-Vorurteilen und Anmerkungen zur TTIP-Debatte. In: Welfens, Paul J. J. (Hrsg.) (2017): EU-Integration – TTIP – Wirtschaftsperspektiven. Neue Befunde und globale Politikaspekte. Ein Tagungsband. Berlin / Boston: Gruyter Oldenbourg. S. 1-30. (Europäische Integration, Nachhaltigkeit und Digitale Weltwirtschaft 9)
- Wellbrock, Christian-Mathias / Klein, Konstantin (2014): Journalistische Qualität – eine empirische Untersuchung des Konstrukts mithilfe der Concept Map Methode. In: Publizistik. 2014. 59 / 4. S. 387-410.
- Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat. Parteien. Öffentlichkeit. Wien / Köln / Weimar: Böhlau Verlag.
- Wright, Charles R. (1963): Mass Communication. A Sociological Perspective. New York: Random House.
- Zimmerer, Melanie (2016): Ausgewogen und vollständig – Praxis im Journalismus oder Utopie? Eine methodische Analyse der Qualitätskriterien Ausgewogenheit und Vollständigkeit anhand der TTIP-Berichterstattung. Diplomarbeit. Universität Wien.

15.2 Online-Quellen

- APA-OTS: MediaPrint feiert 30 Jahre, 17.05.2018. In: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180517_OTS0108/mediaprint-feiert-30-jahre-anhaenge (30.08.2019)
- APA-OTS: ÖGfE-Schmidt: Trotz Krise – Österreichs EU-Mitgliedschaft weiter unbestritten, 28.09.2012. In: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120928_OTS0041/oegfe-schmidt-trotz-krise-oesterreichs-eu-mitgliedschaft-weiter-unbestritten (29.08.2019)
- Attac Österreich: 10 Gründe gegen TTIP, 2013a. In: <https://www.attac.at/kampagnen/ttip-ceta-co-stoppen/ttip-was-ist-das/10-gruende-gegen-ttip.html> (29.08.2019)
- Attac Österreich: TTIP – Was ist das?, 2013b. In: <https://www.attac.at/kampagnen/ttip-ceta-co-stoppen/ttip-was-ist-das.html> (30.08.2019)
- Attac Österreich: Was bedeutet TTIP für kleinere und mittlere Unternehmen?, 06.2015. In: https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/KMU_TTIP_Studie_Attac_2.pdf (03.09.2019)
- Auer, Marlene: Der neue Kurs der Krone, 07.11.2017, Horizont. In: <https://www.horizont.at/home/news/detail/der-neue-kurs-der-krone.html> (30.08.2019)

Austriancharts: JAHRESHITPARADE SINGLES 2013, 2013. In:
<https://austriancharts.at/year.asp?cat=s&id=2013> (29.08.2019)

Axel Springer: Grundsätze und Werte, 2019a. In:
<https://www.axelspringer.com/de/unternehmen/grundsätze-und-werte> (30.08.2019)

Axel Springer: Marken, 2019b. In: <https://www.axelspringer.com/de/marken> (30.08.2019)

Bischofberger, Conny: Ist die „Krone“ Ihr Leben, Herr Dichand?, 11.04.2019, Kronen Zeitung.
 In: <https://www.krone.at/1899504> (30.08.2019)

Bundeskanzleramt: Geschichte und Wissenswertes. Regierungen seit 1945, 2019. In:
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/geschichte/regierungen-seit-1945.html> (07.09.2019)

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort: Schiedsgerichte, 01.01.2019.
 In:
https://www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente_und_recht/gerichtsorganisation_der_justiz/Seite.2310015.html (29.08.2019)

Bundesministerium für Inneres: Nationalratswahlen. Nationalratswahl 2008, o.J. a. In:
https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2008/start.aspx
 (07.09.2019)

Bundesministerium für Inneres: Nationalratswahlen. Nationalratswahl 2013, o.J. b. In:
https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2013/start.aspx
 (07.09.2019)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Grundlage: Ein gemeinsames
 Verhandlungsmandat der Mitgliedstaaten, 2019a. In:
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/ttip.html> (30.08.2019)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Investitionsschutz, 2019b. In:
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/investitionsschutz.html>
 (29.08.2019)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Transatlantische Handels- und
 Investitionspartnerschaft (TTIP), 2019c. In:
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/ttip.html> (30.08.2019)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: TTIP: Behauptungen und Fakten, 04.2016.
 In: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ttip-behauptungen-fakten.pdf%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D7 (30.08.2019)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: TTIP – Ergebnisse der fünften
 Verhandlungsrunde, 17.07.2014. In: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/ttip-fuenfte-verhandlungsrunde.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (30.08.2019)

Crouch, Colin: Democracy at a TTIP-ing point: Seizing a slim chance to reassert democratic
 sovereignty in Europe, 06.12.2014, IPPR. In: <https://www.ippr.org/juncture/democracy-at->

a-tipping-point-seizing-a-slim-chance-to-reassert-democratic-sovereignty-in-europe
(29.08.2019)

Der Österreichische Journalist online: Ein Stück österreichische Mediengeschichte im Schnelldurchlauf, 2008. In: http://www.journalist.at/archiv/2008/08_09/der-junge-aus-haifa/ein-stuck-osterreichische-mediengeschichte-im-schnelldurchlauf/ (30.08.2019)

Der Standard: Blattlinie, 2019. In: <https://about.derstandard.at/redaktion/blattlinie/>
(30.08.2019)

Der Standard: Dichand entlässt Chefredakteur, 27.12.2006. In:
<https://www.derstandard.at/story/2327320/dichand-entlaesst-chefredakteur> (30.08.2019)

Der Standard: „Ich streichle lieber meinen Hund“, 03.04.2009. In:
<https://www.derstandard.at/story/1237229153482/dichand-in-zitaten-ich-streichle-lieber-meinen-hund> (30.08.2019)

Der Standard: „Krone“/WAZ-Konflikt, 08.08.2005. In:
<https://www.derstandard.at/story/1953422/kronewaz-konflikt> (30.08.2019)

Der Standard: TTIP: Mitterlehner will Verhandlungsstopp und Neustart nach US-Wahl, 31.08.2016. In: <https://www.derstandard.at/story/2000043620225/ttip-mitterlehner-will-verhandlungsstopp-und-neustart-nach-us-wahl#ueberuns> (28.08.2019)

Die Presse: Koalition steht: Spindelegger wird Finanzminister, Kurz Außenminister, 12.12.2013. In: https://diepresse.com/home/innenpolitik/1503562/Koalition-steht_Spindelegger-wird-Finanzminister-Kurz-Aussenminister- (07.09.2019)

Europäische Kommission: Johannes Hahn, 2019. In:
https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/hahn_de (29.08.2019)

Europäische Kommission: Zehn Mythen über TTIP, 2015. In:
<https://ec.europa.eu/germany/sites/germany/files/zehn-mythen-ueber-ttip.pdf>
(29.08.2019)

Europäische Union: Europäische Kommission, 29.04.2019. In: https://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies/european-commission_de (29.08.2019)

European Commission: EU und USA: Abschluss der ersten Runde der TTIP-Verhandlungen in Washington, 12.07.2013b. In: https://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-691_de.htm
(03.09.2019)

European Commission: EU und USA: Abschluss der zweiten Runde der TTIP-Verhandlungen in Brüssel, 15.11.2013c. In: https://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1091_de.htm (03.09.2019)

European Commission: Mehr Einblick: Kommission verpflichtet sich zu größerer Transparenz, 25.11.2014c. In: https://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-2131_de.htm
(29.08.2019)

European Commission: Mitgliedstaaten billigen bilaterale Handels- und Investitionsverhandlungen zwischen der EU und den USA, 14.06.2013a. In: [https://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-564_de.htm](https://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-564_de.htm) (29.08.2019)

European Commission: Vierte Gesprächsrunde über Freihandelsabkommen EU-USA endet in Brüssel: Verhandlungsführer untersuchen, wie KMU die Vorteile des TTIP besser nutzen können, 14.03.2014b. In: https://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-272_de.htm (03.09.2019)

European Commission: Zwischenbilanz des EU-Handelskommissars zum Handelsabkommen EU-USA: Nach guten Fortschritten jetzt einen Gang zulegen, 18.02.2014a. In: https://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-164_de.htm (03.09.2019)

Greenpeace: TTIP UND DER VERBRAUCHERSCHUTZ, 10.2016. In: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/gpbm_handelsabkommen_ergaenzungsblatt_ttip_und_der_verbraucherschutz.pdf (29.08.2019)

Greenpeace: Welche Probleme gibt es bei den Freihandelsabkommen? (Landwirtschaft & Lebensmittel), o.J. In: <https://ttip.greenpeace.at/problemfelder/> (29.08.2019)

Hillebrand, Ralf: Die erfolgreichsten Kino-Filme 2013, 26.12.2013, Salzburger Nachrichten. In: <https://www.sn.at/kultur/kino/die-erfolgreichsten-kino-filme-2013-4127026> (29.08.2019)

Jarren, Otfried: „Mediengesellschaft“ – Risiken für die politische Kommunikation, 26.05.2002, bpb. In: <https://www.bpb.de/apuz/25985/mediengesellschaft-risiken-fuer-die-politische-kommunikation?p=all> (08.09.2019)

Kepplinger, Hans Mathias: Rivalität um Macht und Moral. Ergebnisse einer Befragung von Politikern und Journalisten, 2009b. In: <https://www.kepplinger.de/files/Rivalitaet%20um%20Macht%20und%20Moral.pdf> (08.09.2019)

Kleine Zeitung: Dichand-Erben übernahmen „Krone“-Anteile, 22.10.2018. In: https://www.kleinezeitung.at/kultur/medien/5517777/Acht-Jahre-nach-Dichands-Tod_DichandErben-uebernahmen-KroneAnteile (30.08.2019)

Kronen Zeitung: Die Geschichte der Kronen Zeitung, 19.05.2011. In: <https://www.krone.at/263526> (30.08.2019)

Kronen Zeitung: Rene Benko steigt bei „Krone“ und „Kurier“ ein, 12.11.2018. In: <https://www.krone.at/1807265> (30.08.2019)

Kronen Zeitung: Strache wollte Aufträge für Wahlhilfe vergeben, 17.05.2019. In: <https://www.krone.at/1924268> (30.08.2019)

Kurier: Die Geschichte des KURIER, 05.12.2011. In: <https://kurier.at/services/diezeitung/die-geschichte-des-kurier/714.239> (30.08.2019)

Kurier: Michael Spindelegger tritt zurück, 26.08.2014. In: <https://kurier.at/politik/inland/oevp-michael-spindelegger-tritt-zurueck/82.169.349> (07.09.2019)

Kurier: Umfrage: Russland in Österreich beliebter als USA, 28.11.2018. In: <https://kurier.at/politik/ausland/umfrage-russland-in-oesterreich-beliebter-als-usa/400338118> (29.08.2019)

Mann, Gerald: Pro und Contra transatlantisches Freihandelsabkommen TTIP, 17.10.2014, Elektronikpraxis. In: <https://www.elektronikpraxis.vogel.de/pro-und-contra-transatlantisches-freihandelsabkommen-ttip-a-463393/> (29.08.2019)

Maurer, A.: Internationale Abkommen, Bundeszentrale für politische Bildung. In: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177063/internationale-abkommen> (29.08.2019)

Media-Analysen: MA 2009 Presse, 2009. In: <https://www.media-analyse.at/table/2481> (30.08.2019)

Media-Analysen: MA 2013 Presse, 2013. In: <https://www.media-analyse.at/table/2003> (30.08.2019)

Meyer, Thomas: Mediokratie – Auf dem Weg in eine andere Demokratie?, 22.05.2002, bpb. In: <https://www.bpb.de/apuz/26977/mediokratie-auf-dem-weg-in-eine-andere-demokratie?p=all> (07.09.2019)

Mildner, Stormy-Annika / von Ungar, Eckart: TTIP und CETA als „gemischtes Abkommen“, 07.2016. In: https://bdi.eu/media/user_upload/201607_Analyse_CETA-TTIP-gemischte-Abkommen.pdf (29.08.2019)

Office of the United States Trade Representative: Round 1: Washington D.C., 2013a. In: <https://ustr.gov/trade-agreements/free-trade-agreements/transatlantic-trade-and-investment-partnership/readouts/round1> (30.08.2019)

Office of the United States Trade Representative: Round 3: Washington D.C., 2013b. In: <https://ustr.gov/trade-agreements/free-trade-agreements/transatlantic-trade-and-investment-partnership/readouts/round3> (30.08.2019)

Office of the United States Trade Representative: Round 4: Brussels, Belgium, 2014a. In: <https://ustr.gov/trade-agreements/free-trade-agreements/transatlantic-trade-and-investment-partnership/readouts/round4> (30.08.2019)

Office of the United States Trade Representative: Round 5: Arlington, Virginia, 2014b. In: <https://ustr.gov/trade-agreements/free-trade-agreements/transatlantic-trade-and-investment-partnership/readouts/round5> (30.08.2019)

Office of the United States Trade Representative: Round 6: Brussels, Belgium, 2014c. In: <https://ustr.gov/trade-agreements/free-trade-agreements/transatlantic-trade-and-investment-partnership-t-tip/readouts> (30.08.2019)

ORF: Erste Krisensitzung nach einem Monat, 16.12.2014. In:
<https://orf.at/v2/stories/2257681/2257684/> (07.09.2019)

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: ÖGfE-Umfrage: 20 Jahre EU-Mitgliedschaft: ÖsterreicherInnen ziehen ambivalente Bilanz, 11.12.2014. In:
<https://oegfe.at/2014/12/oegfe-umfrage-20-jahre-eu-mitgliedschaft-oesterreicherinnen-ziehen-ambivalente-bilanz/> (29.08.2019)

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: Sollte Österreich, Ihrer Meinung nach, Mitglied der Europäischen Union bleiben oder wieder austreten?, 2013. In:
https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2015/07/Grafiken_EUro_NOV13.pdf

Österreichische Mediathek: Marshallplan und Westintegration, o.J. In:
<https://www.mediathek.at/staatsvertrag/wiederaufbau/marshallplan-und-westintegration/> (28.08.2019)

Pink, Oliver: Mitterlehners Neo-Partei, 10.05.2015, Die Presse. In:
<https://diepresse.com/home/innenpolitik/4728026/Mitterlehners-NeoPartei> (07.09.2019)

Rahmann, Tim: „Die Verhandlungen müssen gestoppt werden“, 30.03.2015, WirtschaftsWoche. In: <https://www.wiwo.de/politik/ausland/ttip-es-droht-eine-einfrierung-des-status-quo/11562194-3.html> (29.08.2019)

Rat der Europäischen Union: Verhandlungsmandat TTIP (11103/13 DCL 1), 09.10.2014. In:
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/ttip-mandat.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (29.08.2019)

Republik Österreich: Bundesrat (Nationalrat, Bundesrat und Bundesversammlung), 17.09.2018a. In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/index.shtml> (07.09.2019)

Republik Österreich: Die Europäische Union (EU) (Parlamente und Europäische Union), 17.09.2018b. In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/PE/EU/DieEU/index.shtml> (29.08.2019)

Republik Österreich: TTIP: Bures erfreut über Leseraum für ParlamentarierInnen (Parlamentskorrespondenz Nr. 34), 25.01.2016a. In:
https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK0034/index.shtml (30.08.2019)

Republik Österreich: TTIP: Bures und Mitterlehner wollen Einsichtsbedingungen für Abgeordnete verbessern (Parlamentskorrespondenz Nr. 137), 19.02.2016b. In:
https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK0137/index.shtml (30.08.2019)

Republik Österreich: Wie werden Parlamente gebildet? (Das österreichische Parlament), 13.09.2018c. In:
<https://www.parlament.gv.at/PERK/PARL/WAS/WIEGEBILDET/index.shtml> (07.09.2019)

RIS: Bundesrecht konsolidiert. 1. Abschnitt. Politische Parteien und Rechenschaftspflicht, 08.08.2012. In:

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NR040140599> (07.09.2019)

Schiefer, Petra: Antiamerikanismus – eine europäische Tradition, 01.09.2011, Universität Wien Medienportal. In:

https://medienportal.univie.ac.at/uniview/forschung/detailansicht/artikel/antiamerikanismus-eine-europaeische-tradition/?no_cache=1 (29.08.2019)

Spiegel Online: Amazon-Gründer Bezos kauft „Washington Post“, 05.08.2013. In:

<https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/us-zeitung-amazon-gruender-bezos-kauft-washington-post-a-914972.html> (30.08.2019)

Statista: Crossmedia-Reichweite ausgewählter Zeitungen und Magazine in Deutschland im Jahr 2013, 11.02.2014. In:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/221058/umfrage/ausgewaehlte-printtitel-nach-crossmediareichweite/> (30.08.2019)

Streithammer, Jürgen: Warum Österreich das EU-Lager der USA-Skeptiker anführt, 08.06.2016, Die Presse. In:

<https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5007322/Warum-Oesterreich-das-EULager-der-USASkeptiker-anfuehrt> (29.08.2019)

Vattenfall: Vattenfall begrüßt Urteil des Bundesverfassungsgerichts, 06.12.2016. In:

<https://group.vattenfall.com/de/verantwortung/energiewende-gestalten/energiepolitische-forderungen/vattenfall-schiedsverfahren-icsid> (03.09.2019)

Welt: Ausländische Investitionen in den USA eingebrochen, 02.07.2017. In:

https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article166184647/Auslaendische-Investitionen-in-den-USA-eingebrochen.html (29.08.2019)

Wiener Zeitung: Immer weniger Österreicher werden Parteimitglieder, 23.11.2014. In:

https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/713051_Immer-weniger-Oesterreicher-werden-Parteimitglieder.html (30.08.2019)

WIFO (2016): Eine Analyse der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im bilateralen Handel mit den USA (TTIP). In:

https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=58723&mimetype=application/pdf (03.09.2019)

Wirtschaftskammer Österreich: ÖSTERREICHS AUSSENHANDELSERGEBNISSE,

07.2014. In: http://wko.at/statistik/Extranet/AHstat/AH_12_2013e_Bericht.pdf (29.08.2019)

ZiS: Was ist die Philosophie bzw. die Blattlinie des Verlages?, 2019. In:

<http://www.zis.at/index.aspx?id=622> (30.08.2019)

Ziegler, Philip / Stürzenhofecker, Michael: Wie viel TTIP steckt in Ceta?, 31.08.2016, Zeit Online. In: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-08/freihandelsabkommen-ttip-ceta-faq/seite-3> (29.08.2019)

16 Anhang

16.1 Auswertung qualitative Inhaltsanalyse

16.1.1 Transparenz – Schlagwörter / Metaphern, Beispiele

Transparenz	Der Standard 1	Der Standard 2	Kronen Zeitung 1	Kronen Zeitung 2	Kurier 1	Kurier 2
Schlagwörter / Metaphern:						
Hinter verschlossenen Türen	30.01.2014	30.09.2014	07.02.2014	29.06.2014	18.01.2014	14.04.2014
Geheim	20.12.2013	10.04.2014	14.03.2014	13.08.2014	02.12.2013	14.04.2014
Ausschluss der Öffentlichkeit	20.12.2013	19.07.2014	19.01.2014	14.09.2014	-	-
Unter Verschluss gehalten	-	-	14.03.2014	-	-	-
Geheimabkommen	-	-	-	27.03.2014	-	-
Transparenz / transparent	21.01.2014	29.03.2014	15.03.2014	27.03.2014	21.03.2014	21.07.2014
Geheimen Handelspakt	-	-	14.03.2014	28.03.2014	-	-
Freiheit vorenthalten	-	-	-	27.03.2014	-	-
Geheimverhandlungen	-	21.06.2014	19.03.2014	28.04.2014	-	20.05.2014
Buchstabendschungel	-	-	-	08.05.2014	-	-
Verschleierungstaktik	-	-	-	08.05.2014	-	-
Hinterzimmer-Mauscheleien	-	-	-	10.05.2014	-	-
Geheimpakt	-	-	16.03.2014	17.06.2014	-	-
Geheimhaltungsfimmel	-	-	-	17.07.2014	-	-
Geheimniskrämerei	-	24.07.2014	-	08.05.2014	-	27.03.2014
Geheim-Entwurf	-	-	-	13.08.2014	-	-
Geheimnistuerei	-	29.09.2014	-	-	18.01.2014	-
Intransparent	30.01.2014	06.05.2014	-	-	-	03.07.2014
Knoblauch für Vampire	20.12.2013	-	-	-	-	-
Hinter dem Vorhang	20.12.2013	-	-	-	-	-
Geheimhaltungstango	-	-	-	-	-	21.07.2014
Geheimhaltungspolitik	-	-	-	-	-	-
Informationsfreiheit vorenthalten	-	-	-	-	-	-
Licht ins Dunkel	-	-	-	-	-	-
Misstrauen	-	-	-	10.05.2014	-	-
Karten schauen lassen	-	-	-	-	-	14.04.2014
Hinterzimmer	-	-	-	10.05.2014	-	-
Geheimhaltung	-	19.05.2014	16.03.2014	02.08.2014	08.03.2014	30.09.2014
Ferngehalten werden	-	-	-	-	-	-
Trojanisches Pferd	-	-	-	-	02.12.2013	-
Ausgegrenzt	-	-	-	-	-	-
Anschlag auf die Grundprinzipien der Demokratie	-	-	-	-	-	-

Transparenz	ÖVP 1	ÖVP 2	SPÖ 1	SPÖ 2	FPÖ 1	FPÖ 2
Schlagwörter / Metaphern:						
Hinter verschlossenen Türen	-	-	-	-	26.03.2014	-
Geheim	-	-	-	23.09.2014	26.03.2014	-
Ausschluss der Öffentlichkeit	-	-	-	-	-	23.09.2014
Unter Verschluss gehalten	-	-	-	-	-	-
Geheimabkommen	-	-	26.03.2014	-	-	-
Transparenz / transparent	26.03.2014	24.09.2014	26.03.2014	20.05.2014	-	23.09.2014
Geheimen Handelspakt	-	-	-	-	-	-
Freiheit vorenthalten	-	-	-	-	-	-
Geheimverhandlungen	-	-	-	-	-	23.09.2014
Buchstabendschungel	-	-	-	-	-	-
Verschleierungstaktik	-	-	-	-	-	-
Hinterzimmer-Mauscheleien	-	-	-	-	-	-
Geheimpakt	-	-	-	-	-	-
Geheimhaltungsfimmel	-	-	-	-	-	-
Geheimniskrämerei	-	-	26.03.2014	-	-	20.05.2014
Geheim-Entwurf	-	-	-	-	-	-
Geheimnistuerei	-	-	-	23.09.2014	-	24.09.2014
Intransparent	26.03.2014	-	26.03.2014	-	-	23.09.2014
Knoblauch für Vampire	-	-	-	-	-	-

Hinter dem Vorhang	-	-	-	-	-	-
Geheimhaltungstango	-	-	-	-	-	-
Geheimhaltungspolitik	-	-	-	-	-	-
Informationsfreiheit vorenthalten	-	-	-	-	-	-
Licht ins Dunkel	-	-	26.03.2014	-	-	-
Misstrauen	-	-	26.03.2014	23.09.2014	-	23.09.2014
Karten schauen lassen	-	-	-	-	-	-
Hinterzimmer	-	23.09.2014	-	-	-	-
Geheimhaltung	-	-	-	20.05.2014	-	-
Ferngehalten werden	-	-	-	-	26.03.2014	-
Trojanisches Pferd	-	-	-	23.09.2014	-	-
Ausgegrenzt	-	-	-	-	-	-
Anschlag auf die Grundprinzipien der Demokratie	-	-	-	-	-	-

Transparenz	Grüne 1	Grüne 2	Team Stronach 1	Team Stronach 2	NEOS 1	NEOS 2
Schlagwörter / Metaphern:						
Hinter verschlossenen Türen	-	23.09.2014	-	23.09.2014	26.03.2014	-
Geheim	-	24.09.2014	-	23.09.2014	-	23.09.2014
Ausschluss der Öffentlichkeit	-	-	-	24.09.2014	-	-
Unter Verschluss gehalten	-	-	-	-	-	-
Geheimabkommen	-	-	-	-	-	-
Transparenz / transparent	26.03.2014	23.09.2014	-	23.09.2014	26.03.2014	23.09.2014
Geheimen Handelspakt	-	-	-	-	-	-
Freiheit vorenthalten	26.03.2014	-	-	-	-	-
Geheimverhandlungen	-	-	-	23.09.2014	-	-
Buchstabendschunel	-	-	-	-	-	-
Verschleierungstaktik	-	-	-	-	-	-
Hinterzimmer-Mauscheleien	-	-	-	-	-	-
Geheimpakt	-	-	-	-	-	-
Geheimhaltungsfimmel	-	-	-	-	-	-
Geheimniskrämerei	26.03.2014	23.09.2014	-	-	-	-
Geheim-Entwurf	-	-	-	-	-	-
Geheimnistuerei	-	-	-	-	-	-
Intransparent	26.03.2014	-	-	-	-	24.09.2014
Knoblauch für Vampire	-	-	-	-	-	-
Hinter dem Vorhang	-	-	-	-	-	-
Geheimhaltungstango	26.03.2014	-	-	-	-	-
Geheimhaltungspolitik	26.03.2014	24.09.2014	-	-	-	-
Informationsfreiheit vorenthalten	26.03.2014	-	-	-	-	-
Licht ins Dunkel	26.03.2014	24.09.2014	-	-	-	-
Misstrauen	-	-	-	24.09.2014	26.03.2014	-
Karten schauen lassen	26.03.2014	-	-	-	26.03.2014	-
Hinterzimmer	-	-	-	-	-	-
Geheimhaltung	26.03.2014	20.05.2014	-	24.09.2014	-	-
Ferngehalten werden	-	-	-	-	-	-
Trojanisches Pferd	-	-	-	-	-	-
Ausgegrenzt	-	-	26.03.2014	-	-	-
Anschlag auf die Grundprinzipien der Demokratie	-	-	26.03.2014	-	-	-

16.1.2 Schiedsgerichte – Schlagwörter / Metaphern, Beispiele

Schiedsgerichte	Der Standard 1	Der Standard 2	Kronen Zeitung 1	Kronen Zeitung 2	Kurier 1	Kurier 2
Gefahr durch Schiedsgerichte						
Schlagwörter / Metaphern (Gefahr):						
(Forderung in) Milliardenhöhe	-	-	19.01.2014	27.06.2014	-	-
Hohe Abschlagszahlungen	-	-	19.01.2014	-	-	-
Steuerzahler zahlt	-	-	19.01.2014	10.05.2014	-	28.04.2014
(Von Konzernen) missbraucht/ Missbrauch	21.01.2014	30.09.2014	-	-	-	30.09.2014
Hohe Entschädigungszahlungen	-	15.07.2014	-	15.06.2014	-	-
Teure Verfahren	-	26.05.2014	19.01.2014	15.06.2014	-	-

Privatisierung der Gerichtsbarkeit/des Rechts	-	15.07.2014	-	27.06.2014	-	-
Juristische Narrenfreiheit (für Konzerne)	-	-	-	17.07.2014	-	-
Durch die Hintertür	-	28.03.2014	-	-	-	27.03.2014
Geheimgerichte	-	-	-	-	-	30.09.2014
Souveränität	-	-	-	14.09.2014	-	-
Parallelgerichtsbarkeit	-	-	-	-	-	-
Konzernklagsrecht	-	-	-	-	-	-
Gelbe vom Ei	-	18.09.2014	-	-	-	-
Primat der Konzerne	-	-	-	-	-	-
Hinterzimmer	20.12.2013	20.05.2014	-	10.05.2014	-	-
Ohne Berufungsmöglichkeit	11.02.2014	06.05.2014	-	-	-	-
Geheime Verfahren	11.02.2014	-	-	-	-	-
Selbstbestimmungsrecht	-	-	-	-	-	-
Trojanisches Pferd	-	-	-	-	02.12.2013	-
Klageindustrie	-	-	-	-	-	-
Ohne Öffentlichkeit	20.12.2013	-	19.01.2014	-	-	-
Ohne Überprüfbarkeit	-	-	-	-	-	-
Konzerngerichte	-	28.03.2014	-	27.03.2014	-	-
Beispiele (Gefahr):						
Rauchverbot	-	-	19.01.2014	15.06.2014	-	-
Atomkraft	-	27.09.2014	19.01.2014	08.05.2014	-	20.05.2014
Fracking	22.01.2014	23.08.2014	19.01.2014	16.08.2014	21.02.2014	16.07.2014
Wasserprivatisierung	-	-	-	08.06.2014	-	27.03.2014
Vattenfall	30.01.2014	15.07.2014	-	10.05.2014	-	30.09.2014
Mindestlöhne	11.02.2014	-	19.01.2014	14.06.2014	21.03.2014	-
Phil Morris	20.12.2013	23.08.2014	-	14.09.2014	-	19.09.2014
<u>Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten</u>						
Schlagwörter / Metaphern						
(Verzichtbarkeit):						
(Hoch)entwickeltes Rechtssystem / Rechtsstaaten	-	15.07.2014	-	-	-	14.07.2014
Entwicklungsland	30.01.2014	26.05.2014	-	-	-	-
Bananenrepublik	-	-	-	-	-	-
Schwellenländer	-	-	-	-	-	-
Hervorragendes Rechtssystem	-	-	-	-	-	-
Rechtstaatliche Länder	-	-	-	-	-	-
Fragwürdiges Rechtssystem	26.03.2014	-	-	-	-	-
<u>Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten</u>						
Schlagwörter / Metaphern (Sinnhaftigkeit):						
Neutraler Boden	-	-	-	-	-	16.07.2014
Notwendiges Instrument	-	-	-	-	-	16.07.2014
Vertragsverletzung	22.01.2014	-	-	-	-	-
Sicherheit (für Unternehmen)	-	06.05.2014	-	-	-	-
Benachteiligung	-	23.06.2014	-	-	-	-
Effizienter Streitbeilegungsmechanismus	-	-	-	-	-	-
Rechtssicherheit	30.01.2014	-	-	-	-	-
Kanonenbootpolitik	30.01.2014	-	-	-	-	-
Beispiele (Sinnhaftigkeit):						
Ungarn	-	06.05.2014	-	-	-	30.09.2014
Korruption	-	-	-	-	-	-
Produktfälschungen	-	-	-	-	-	-
Illegaler Handel	-	-	-	-	-	-

Schiedsgerichte	ÖVP 1	ÖVP 2	SPÖ 1	SPÖ 2	FPÖ 1	FPÖ 2
<u>Gefahr durch Schiedsgerichte</u>						
Schlagwörter / Metaphern (Gefahr):						
(Forderung in) Milliardenhöhe	-	-	-	23.09.2014	-	24.09.2014
Hohe Abschlagszahlungen	-	-	-	-	-	-
Steuerzahler zahlt	-	-	-	-	-	24.09.2014
(Von Konzernen) missbraucht/ Missbrauch	26.03.2014	-	-	-	-	-
Hohe Entschädigungszahlungen	-	-	-	-	-	-
Teure Verfahren	-	-	-	-	-	24.09.2014
Privatisierung der Gerichtsbarkeit/des Rechts	-	-	-	-	-	24.09.2014
Juristische Narrenfreiheit (für Konzerne)	-	-	-	-	-	-
Durch die Hintertür	-	-	26.03.2014	-	-	-

Geheimgerichte	-	-	-	-	-	-
Souveränität	-	-	-	-	-	24.09.2014
Parallelgerichtsbarkeit	-	-	-	-	-	-
Konzernklagsrecht	-	-	-	-	-	-
Gelbe vom Ei	-	-	-	-	-	-
Primat der Konzerne	26.03.2014	-	-	-	-	-
Hinterzimmer	-	-	-	-	-	-
Ohne Berufungsmöglichkeit	-	-	-	-	-	-
Geheime Verfahren	-	-	-	-	-	-
Selbstbestimmungsrecht	-	-	23.09.2014	-	-	-
Trojanisches Pferd	-	-	-	-	-	-
Klageindustrie	26.03.2014	-	-	-	-	-
Ohne Öffentlichkeit	-	-	-	-	-	-
Ohne Überprüfbarkeit	-	-	-	-	-	-
Konzerngerichte	-	-	-	-	-	-
Beispiele (Gefahr):						
Rauchverbot	-	-	-	-	-	-
Atomkraft	-	-	-	24.09.2014	-	24.09.2014
Fracking	-	-	26.03.2014	-	-	23.09.2014
Wasserprivatisierung	-	-	26.03.2014	-	-	-
Vattenfall	-	24.09.2014	-	-	-	-
Mindestlöhne	-	-	-	-	-	-
Phil Morris	-	-	-	-	-	-
Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten						
Schlagwörter / Metaphern (Verzichtbarkeit):						
(Hoch)entwickeltes Rechtssystem / Rechtsstaaten	-	24.09.2014	-	-	-	24.09.2014
Entwicklungsland	-	-	-	24.09.2014	-	24.09.2014
Bananenrepublik	-	-	-	24.09.2014	-	24.09.2014
Schwellenländer	-	-	-	24.09.2014	-	24.09.2014
Hervorragendes Rechtssystem	-	-	-	-	-	24.09.2014
Rechtstaatliche Länder	-	-	-	23.09.2014	-	-
Fragwürdiges Rechtssystem	-	-	-	-	-	-
Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten						
Schlagwörter / Metaphern (Sinnhaftigkeit):						
Neutraler Boden	-	-	-	-	-	-
Notwendiges Instrument	-	-	-	-	-	-
Vertragsverletzung	-	-	-	-	-	-
Sicherheit (für Unternehmen)	-	-	26.03.2014	23.09.2014	-	-
Benachteiligung	-	-	-	-	-	-
Effizienter Streitbelegungsmechanismus	-	-	-	-	-	-
Rechtssicherheit	-	24.09.2014	-	-	-	24.09.2014
Kanonenbootpolitik	-	-	-	-	-	-
Beispiele (Sinnhaftigkeit):						
Ungarn	-	-	26.03.2014	-	-	-
Korruption	26.03.2014	-	-	-	-	-
Produktfälschungen	26.03.2014	-	-	-	-	-
Illegaler Handel	26.03.2014	-	-	-	-	-

Schiedsgerichte	Grünen 1	Grüne 2	Team Stronach 1	Team Stronach 2	NEOS 1	NEOS 2
Gefahr durch Schiedsgerichte						
Schlagwörter / Metaphern (Gefahr):						
(Forderung in) Milliardenhöhe	-	-	-	24.09.2014	-	-
Hohe Abschlagszahlungen	-	-	-	-	-	-
Steuerzahler zahlt	-	-	-	24.09.2014	-	-
(Von Konzernen) missbraucht/ Missbrauch	-	-	-	-	-	-
Hohe Entschädigungszahlungen	-	-	-	-	-	-
Teure Verfahren	-	-	-	-	-	-
Privatisierung der Gerichtsbarkeit/des Rechts	-	-	-	-	-	-
Juristische Narrenfreiheit (für Konzerne)	-	-	-	-	-	-
Durch die Hintertür	26.03.2014	24.09.2014	-	-	-	-
Geheimgerichte	-	-	-	-	-	-
Souveränität	-	-	-	23.09.2014	-	-
Parallelgerichtsbarkeit	-	23.09.2014	-	-	-	-

Konzernklagsrecht	-	23.09.2014	-	-	-	-
Gelbe vom Ei	-	-	-	-	-	24.09.2014
Primat der Konzerne	-	-	-	-	-	-
Hinterzimmer	-	-	-	-	-	-
Ohne Berufungsmöglichkeit	-	-	-	-	-	-
Geheime Verfahren	-	-	-	-	-	-
Selbstbestimmungsrecht	-	-	-	-	-	-
Trojanisches Pferd	-	-	-	-	-	-
Klageindustrie	-	-	-	-	-	-
Ohne Öffentlichkeit	26.03.2014	-	-	23.09.2014	-	-
Ohne Überprüfbarkeit	26.03.2014	-	-	-	-	24.09.2014
Konzerngerichte	-	-	-	-	-	-
Beispiele (Gefahr):						
Rauchverbot	-	-	-	-	-	-
Atomkraft	-	24.09.2014	-	23.09.2014	-	-
Fracking	26.03.2014	-	-	23.09.2014	-	-
Wasserprivatisierung	26.03.2014	-	-	-	-	-
Vattenfall	-	-	-	-	-	-
Mindestlöhne	-	-	-	-	-	-
Phil Morris	-	-	-	-	-	-
Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten						
Schlagwörter / Metaphern (Verzichtbarkeit):						
(Hoch)entwickeltes Rechtssystem / Rechtsstaaten	-	24.09.2014	-	-	-	24.09.2014
Entwicklungsland	-	-	-	-	-	-
Bananenrepublik	-	-	-	-	-	-
Schwellenländer	-	-	-	-	-	-
Hervorragendes Rechtssystem	-	24.09.2014	-	-	-	-
Rechtstaatliche Länder	-	-	-	-	-	-
Fragwürdiges Rechtssystem	-	-	-	-	-	-
Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten						
Schlagwörter / Metaphern (Sinnhaftigkeit):						
Neutraler Boden	-	-	-	-	-	-
Notwendiges Instrument	-	-	-	-	-	-
Vertragsverletzung	-	-	-	-	-	-
Sicherheit (für Unternehmen)	-	-	-	-	-	-
Benachteiligung	-	-	-	-	-	-
Effizienter Streitbeilegungsmechanismus	-	-	-	-	26.03.2014	-
Rechtssicherheit	-	-	-	-	26.03.2014	-
Kanonenbootpolitik	-	-	-	-	-	-
Beispiele (Sinnhaftigkeit):						
Ungarn	-	-	-	-	-	24.09.2014
Korruption	-	-	-	-	-	-
Produktfälschungen	-	-	-	-	-	-
Illegaler Handel	-	-	-	-	-	-

16.1.3 Standards – Schlagwörter / Metaphern, Beispiele

Standards	Der Standard 1	Der Standard 2	Kronen Zeitung 1	Kronen Zeitung 2	Kurier1	Kurier2
Gefahren						
Schlagwörter / Metaphern (Gefahren):						
Tür und Tor öffnen	-	-	26.03.2014	10.05.2014	-	-
Chlorhühner	20.12.2013	23.08.2014	21.12.2013	16.07.2014	12.02.2014	27.03.2014
Gentechnik	20.12.2013	13.06.2014	19.01.2014	22.09.2014	18.01.2014	26.07.2014
Hormonschnitzel	-	27.03.2014	-	27.03.2014	-	27.03.2014
Genmais	-	27.03.2014	19.01.2014	10.05.2014	-	27.03.2014
Hormonfleisch	20.12.2013	05.04.2014	21.12.2013	28.03.2014	12.02.2014	14.04.2014
Gentech-Diktat	-	-	-	16.04.2014	-	-
Saatgut-Diktat	-	-	14.03.2014	-	-	-
auf unsere Teller bringen	20.12.2013	06.05.2014	21.12.2013	16.04.2014	04.03.2014	13.06.2014
Anschlag auf europäische Qualitätsnormen	-	-	-	03.05.2014	-	-
KZ-Ställe	-	-	-	10.05.2014	-	-

Aushebelung (von Standards)	20.12.2013	21.06.2014	-	10.05.2014	-	16.07.2014
Chlor-Bäder	-	-	-	10.05.2014	-	-
Intensivantibiotika	-	-	-	13.07.2014	-	-
Antibiotika	-	-	26.03.2014	14.04.2014	-	14.04.2014
Klonfleisch	-	-	-	08.05.2014	15.03.2014	-
Absenkung (der Standards)	-	-	14.03.2014	03.06.2014	21.03.2014	20.05.2014
Tierleid	-	-	-	10.06.2014	-	-
Ausverkauf der Wasserreserven	-	-	-	16.06.2014	-	-
Vergiftung der Lebensmittel	-	-	-	24.06.2014	-	-
Erdäpfelpestizid	-	-	-	24.06.2014	-	-
Schutz der Artenvielfalt	-	-	-	29.06.2014	-	-
Wasserprivatisierung	-	-	19.01.2014	14.09.2014	-	-
Einblick in Medikamententest	-	-	-	02.07.2014	-	-
Feinkostladen Österreich/Europa	-	-	25.03.2014	22.06.2014	-	-
Buchpreisbindung	-	-	-	14.07.2014	-	14.04.2014
Angriff auf Volksgesundheit	-	-	-	14.07.2014	-	-
Massentierhaltung	-	-	-	14.04.2014	-	14.04.2014
Östrogen durch Hormoneinsatz	-	-	-	31.07.2014	-	-
Antibiotika-Resistenz	-	-	-	31.07.2014	-	-
Sozialstandards auf Dritte-Welt-Niveau	-	-	-	12.08.2014	-	-
Arsen in Hühnern	-	-	-	24.08.2014	-	-
Analogkäse	-	-	-	22.09.2014	-	-
Futtermittelzusatz Ractopamin	-	-	-	24.09.2014	-	-
Giftige (Substanzen)	-	-	19.01.2014	15.06.2014	-	-
Wachstumshormone (für Schweinezucht)	-	23.08.2014	-	15.06.2014	18.01.2014	14.07.2014
Risikoprinzip	-	-	-	-	21.03.2014	27.03.2014
Verschlechterungsabkommen	-	27.03.2014	-	-	-	27.03.2014
Kommerzialisierungsinteressen	-	-	-	-	-	27.03.2014
Standards werden untergraben	-	-	-	27.07.2014	-	22.05.2014
Frankenstein Food/Klonfleisch/Pflanzen	09.07.2013	-	-	10.06.2014	-	-
Benzinfressende Autos	20.12.2013	-	-	-	-	-
Aushebelung des Streikrechts	20.12.2013	-	-	-	-	-
Kollektivvertragsfreiheit	20.12.2013	-	-	-	-	-
Stark genug Beton zu zerfressen	-	27.03.2014	-	-	-	-
Deregulierungsabkommen	-	06.05.2014	-	-	-	-
Verunreinigung des Grundwassers	-	23.08.2014	-	-	-	-
Vorsorgeprinzip	-	-	-	-	18.01.2014	-
Klimaschutz	-	-	-	16.07.2014	-	14.04.2014
Liquidierung der Klimapolitik	-	-	-	-	-	-
Sperma von Klontieren	-	-	-	-	-	-
Klontiere	-	-	-	15.07.2014	-	-
Gentechnikfreiheit	-	-	-	16.04.2014	-	14.04.2014
Chlordusche	-	-	-	-	-	-
Milch von geklonten Tieren	-	-	-	-	-	-
Gentechnisch verändertes Saatgut	09.07.2013	-	25.03.2014	-	-	-
Mit Hormonen gemästet	-	-	-	-	-	-
Keimbelastung	-	-	-	-	-	-
Errungenschaften opfern	-	-	-	-	-	-
Hart erkämpft	-	-	14.03.2014	08.05.2014	-	-
Fallstricke	-	-	-	-	-	-
Gemeinwohlziele	-	-	-	-	-	-
Genussland Österreich	-	-	-	-	-	-
Ernährungssouveränität	-	-	-	16.04.2014	-	-
"Generika"	20.12.2013	-	-	-	-	-
Genmanipulierte Nahrung	09.07.2013	-	-	-	-	-
Beispiele (Gefahren):						
ILO Standards	-	-	-	14.06.2014	-	-
Arbeitsrecht	-	20.05.2014	-	14.06.2014	08.03.2014	-
Filmförderung	-	-	-	07.07.2014	-	14.04.2014
Frauenrechte	-	-	-	-	-	-
Minderheitenrechte	-	-	-	-	-	-
Finanzmarktregulierung	-	-	-	-	-	-
BSE	-	-	-	-	-	14.04.2014
Kartoffelkäfer	-	-	-	-	-	-
Maiswurzelbohrer	-	-	-	-	-	-
Atomkraft	-	15.04.2014	19.01.2014	-	-	-

Mindestlöhne	11.02.2014	-	19.01.2014	14.06.2014	21.03.2014	-
Fracking	22.01.2014	23.08.2014	19.01.2014	16.08.2014	21.02.2014	16.07.2014
Chancen						
Schlagwörter / Metaphern (Chancen):						
Historische Chance	-	-	-	-	-	14.07.2014
Blinker	-	05.04.2014	-	-	-	-
Europäische Note	-	27.03.2014	-	-	-	-
Beispiele (Chancen):						
Schwellenländer	-	05.04.2014	-	-	-	-
Hightech-Industrie	-	-	-	-	-	-
Gegenüber Asien	-	-	-	-	-	-
Gegenüber Lateinamerika	-	-	-	-	-	-
Gegenüber China	09.07.2013	05.04.2014	-	19.07.2014	-	-
Gegenüber Russland	-	-	-	-	-	-
Gegenüber Indien	-	-	-	19.07.2014	-	-

Standards	ÖVP 1	ÖVP 2	SPÖ 1	SPÖ 2	FPÖ 1	FPÖ 2
Gefahren						
Schlagwörter / Metaphern (Gefahren):						
Tür und Tor öffnen	-	-	-	-	-	-
Chlorhühner	26.03.2014	23.09.2014	26.03.2014	24.09.2014	26.03.2014	09.07.2014
Gentechnik	26.03.2014	24.09.2014	26.03.2014	-	26.03.2014	23.09.2014
Hormonschnitzel	-	-	26.03.2014	-	-	-
Genmais	-	-	26.03.2014	-	-	-
Hormonfleisch	-	-	-	-	26.03.2014	20.05.2014
Gentech-Diktat	-	-	-	-	-	-
Saatgut-Diktat	-	-	-	-	-	-
auf unsere Teller bringen	-	-	-	-	26.03.2014	-
Anschlag auf europäische Qualitätsnormen	-	-	-	-	-	-
KZ-Ställe	-	-	-	-	-	-
Aushebelung (von Standards)	-	-	26.03.2014	-	-	-
Chlor-Bäder	-	-	-	-	-	-
Intensivantibiotika	-	-	-	-	-	-
Antibiotika	-	-	-	-	-	-
Klonfleisch	-	-	-	-	-	-
Absenkung (der Standards)	-	24.09.2014	-	24.09.2014	-	-
Tierleid	-	-	-	-	-	-
Ausverkauf der Wasserreserven	-	-	-	-	-	-
Vergiftung der Lebensmittel	-	-	-	-	-	-
Erdäpfelpestizid	-	-	-	-	-	-
Schutz der Artenvielfalt	-	-	-	-	-	-
Wasserprivatisierung	-	-	26.03.2014	-	-	-
Einblick in Medikamententest	-	-	-	-	-	-
Feinkostladen Österreich/Europa	-	-	-	-	26.03.2014	-
Buchpreisbindung	-	-	-	-	-	-
Angriff auf Volksgesundheit	-	-	-	-	-	-
Massentierhaltung	-	-	-	-	26.03.2014	-
Östrogen durch Hormoneinsatz	-	-	-	-	-	-
Antibiotika-Resistenz	-	-	-	-	-	-
Sozialstandards auf Dritte-Welt-Niveau	-	-	-	-	-	-
Arsen in Hühnern	-	-	-	-	-	-
Analogkäse	-	-	-	-	-	-
Futtermittelzusatz Ractopamin	-	-	-	-	-	-
Giftige (Substanzen)	-	-	-	-	-	-
Wachstumshormone (für Schweinezucht)	-	-	-	-	-	-
Risikoprinzip	-	-	-	-	-	-
Verschlechterungsabkommen	-	-	26.03.2014	-	-	-
Kommerzialisierungsinteressen	-	-	-	-	-	-
Standards werden untergraben	-	-	26.03.2014	-	-	-
Frankenstein Food/Klonfleisch/Pflanzen	-	-	-	-	-	-
Benzinfressende Autos	-	-	-	-	-	-
Aushebelung des Streikrechts	-	-	-	-	-	-
Kollektivvertragsfreiheit	-	-	-	-	-	-
Stark genug Beton zu zerfressen	-	-	-	-	-	-
Deregulierungsabkommen	-	-	-	-	-	-

Verunreinigung des Grundwassers	-	-	-	-	-	-
Vorsorgeprinzip	26.03.2014	-	-	24.09.2014	-	24.09.2014
Klimaschutz	-	-	-	-	-	-
Liquidierung der Klimapolitik	-	-	-	-	-	-
Sperma von Klontieren	-	-	-	-	-	-
Klontiere	-	-	-	-	-	-
Gentechnikfreiheit	-	-	-	-	-	-
Chlordusche	-	24.09.2014	-	-	-	-
Milch von geklonten Tieren	26.03.2014	-	-	-	-	-
Gentechnisch verändertes Saatgut	26.03.2014	-	-	-	-	-
Mit Hormonen gemästet	26.03.2014	-	-	-	-	-
Keimbelastung	26.03.2014	-	-	-	-	-
Errungenschaften opfern	-	-	26.03.2014	24.09.2014	-	-
Hart erkämpft	-	-	26.03.2014	24.09.2014	-	-
Fallstricke	-	-	26.03.2014	-	-	-
Gemeinwohlziele	-	-	26.03.2014	-	-	-
Genussland Österreich	-	-	-	-	-	-
Ernährungssouveränität	-	-	-	-	-	-
"Generika"	-	-	-	-	-	-
Genmanipulierte Nahrung	-	23.09.2014	-	-	-	-
Beispiele (Gefahren):						
ILO Standards	-	-	26.03.2014	24.09.2014	-	-
Arbeitsrecht	26.03.2014	-	-	-	-	24.09.2014
Filmförderung	-	-	-	-	-	-
Frauenrechte	-	-	26.03.2014	-	-	-
Minderheitenrechte	-	-	26.03.2014	-	-	-
Finanzmarktregulierung	-	-	26.03.2014	-	-	-
BSE	-	-	-	-	-	-
Kartoffelkäfer	-	-	-	-	-	-
Maiswurzelbohrer	-	-	-	-	-	-
Atomkraft	-	-	-	-	-	24.09.2014
Mindestlöhne	-	-	-	-	-	-
Fracking	-	23.09.2014	26.03.2014	-	-	09.07.2014
Chancen						
Schlagwörter / Metaphern (Chancen):						
Historische Chance	-	-	-	-	-	-
Blinker	-	-	-	-	-	-
Europäische Note	-	-	-	-	-	-
Beispiele (Chancen):						
Schwellenländer	-	-	-	-	-	-
Hightech-Industrie	-	-	-	-	-	-
Gegenüber Asien	26.03.2014	-	-	-	-	-
Gegenüber Lateinamerika	26.03.2014	-	-	-	-	-
Gegenüber China	26.03.2014	24.09.2014	-	-	-	-
Gegenüber Russland	26.03.2014	24.09.2014	-	-	-	-
Gegenüber Indien	-	-	-	-	-	-

Standards	Grüne 1	Grüne 2	Team Stronach 1	Team Stronach 2	NEOS 1	NEOS 2
Gefahren						
Schlagwörter / Metaphern (Gefahren):						
Tür und Tor öffnen	-	-	26.03.2014	-	-	-
Chlorhühner	26.03.2014	24.09.2014	26.03.2014	24.09.2014	26.03.2014	24.09.2014
Gentechnik	26.03.2014	-	26.03.2014	23.09.2014	-	-
Hormonschnitzel	-	-	-	-	-	-
Genmais	-	-	-	-	-	-
Hormonfleisch	-	20.05.2014	26.03.2014	-	-	-
Gentech-Diktat	-	-	-	-	-	-
Saatgut-Diktat	-	-	-	-	-	-
auf unsere Teller bringen	-	-	-	-	-	-
Anschlag auf europäische Qualitätsnormen	-	-	-	-	-	-
KZ-Ställe	-	-	-	-	-	-
Aushebelung (von Standards)	-	20.05.2014	-	-	-	-
Chlor-Bäder	-	24.09.2014	-	-	-	-

Intensivantibiotika	-	-	-	-	-	-
Antibiotika	-	-	-	24.09.2014	-	-
Klonfleisch	-	-	26.03.2014	-	-	-
Absenkung (der Standards)	-	-	-	-	-	24.09.2014
Tierleid	-	-	-	-	-	-
Ausverkauf der Wasserreserven	-	-	-	-	-	-
Vergiftung der Lebensmittel	-	-	-	-	-	-
Erdäpfelpestizid	-	-	-	-	-	-
Schutz der Artenvielfalt	-	-	-	-	-	-
Wasserprivatisierung	26.03.2014	-	-	-	-	-
Einblick in Medikamententest	-	-	-	-	-	-
Feinkostladen Österreich/Europa	-	-	-	-	-	-
Buchpreisbindung	26.03.2014	-	-	-	-	-
Angriff auf Volksgesundheit	-	-	-	-	-	-
Massentierhaltung	-	-	-	-	-	-
Östrogen durch Hormoneinsatz	-	-	-	-	-	-
Antibiotika-Resistenz	26.03.2014	-	-	-	-	-
Sozialstandards auf Dritte-Welt-Niveau	-	-	-	-	-	-
Arsen in Hühnern	-	-	-	-	-	-
Analogkäse	-	-	-	-	-	-
Futtermittelzusatz Ractopamin	-	-	-	-	-	-
Giftige (Substanzen)	26.03.2014	-	-	-	-	-
Wachstumshormone (für Schweinezucht)	-	-	-	-	-	-
Risikoprinzip	26.03.2014	-	-	-	-	-
Verschlechterungsabkommen	-	-	-	-	-	-
Kommerzialisierungsinteressen	26.03.2014	-	-	-	-	-
Standards werden untergraben	-	-	-	23.09.2014	-	-
Frankenstein Food/Klonfleisch/Pflanzen	-	-	-	-	-	-
Benzinfressende Autos	-	-	-	-	-	-
Aushebelung des Streikrechts	-	-	-	-	-	-
Kollektivvertragsfreiheit	-	-	-	-	-	-
Stark genug Beton zu zerfressen	-	-	26.03.2014	-	-	-
Deregulierungsabkommen	-	-	-	-	-	-
Verunreinigung des Grundwassers	-	-	-	-	-	-
Vorsorgeprinzip	26.03.2014	24.09.2014	-	-	-	-
Klimaschutz	26.03.2014	23.09.2014	-	-	-	-
Liquidierung der Klimapolitik	26.03.2014	-	-	-	-	-
Sperma von Klontieren	-	20.05.2014	-	-	-	-
Klontiere	-	20.05.2014	-	-	-	-
Gentechnikfreiheit	-	20.05.2014	-	-	-	-
Chlordusche	-	-	-	-	-	-
Milch von geklonten Tieren	-	-	-	-	-	-
Gentechnisch verändertes Saatgut	-	-	-	-	-	-
Mit Hormonen gemästet	-	-	-	-	-	-
Keimbelastung	-	-	-	-	-	-
Errungenschaften opfern	-	24.09.2014	-	-	-	-
Hart erkämpft	-	-	-	-	-	-
Fallstricke	-	-	-	-	-	-
Gemeinwohlziele	-	-	-	-	-	-
Genussland Österreich	-	-	26.03.2014	-	-	-
Ernährungssouveränität	-	-	26.03.2014	-	-	-
"Generika"	-	-	-	-	-	-
Genmanipulierte Nahrung	-	-	-	-	-	-
Beispiele (Gefahren):						
ILO Standards	-	-	-	24.09.2014	-	-
Arbeitsrecht	-	-	-	-	-	-
Filmförderung	-	-	-	-	-	-
Frauenrechte	-	-	-	-	-	-
Minderheitenrechte	-	-	-	-	-	-
Finanzmarktregulierung	-	-	-	-	-	-
BSE	-	-	26.03.2014	-	-	-
Kartoffelkäfer	-	-	26.03.2014	-	-	-
Maiswurzelbohrrer	-	-	26.03.2014	-	-	-
Atomkraft	-	-	-	23.09.2014	-	-
Mindestlöhne	-	-	-	-	-	-
Fracking	26.03.2014	-	-	23.09.2014	-	-

Chancen						
Schlagwörter / Metaphern (Chancen):						
Historische Chance	-	-	-	-	-	-
Blinker	-	-	-	-	-	24.09.2014
Europäische Note	-	-	-	-	26.03.2014	-
Beispiele (Chancen):						
Schwellenländer	-	-	-	-	-	-
Hightech-Industrie	-	24.09.2014	-	-	-	-
Gegenüber Asien	-	-	-	-	-	-
Gegenüber Lateinamerika	-	-	-	-	-	-
Gegenüber China	-	-	-	-	-	23.09.2014
Gegenüber Russland	-	-	-	-	-	23.09.2014
Gegenüber Indien	-	-	-	-	-	-

16.1.4 Wirtschaftskraft – Schlagwörter / Metaphern, Beispiele

Wirtschaftskraft	Der Standard 1	Der Standard 2	Kronen Zeitung 1	Kronen Zeitung 2	Kurier 1	Kurier 2
Chancen						
Schlagwörter / Metaphern (Chancen):						
120 Milliarden Euro (mehr Wirtschaftsleistung pro Jahr)	18.06.2013	-	-	14.06.2014	17.12.2013	28.09.2014
(Wirtschafts-)Wachstum	18.06.2013	-	02.09.2013	08.05.2014	13.07.2013	03.07.2014
Gegen den Bedeutungsschwund	-	05.04.2014	-	-	-	-
Wohlstand	18.06.2013	-	-	24.07.2014	-	03.07.2014
Virtueller Scheck über 545 Euro	18.06.2013	-	-	-	-	14.04.2014
44 % mehr Export	-	-	-	-	-	-
Motor des Wirtschaftswachstums	-	-	-	-	-	-
Exportorientiertes Land	-	-	-	-	-	-
Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % steigen	-	-	-	-	-	-
Um 1 % höhere Löhne	-	-	-	-	-	-
Exportchancen	-	-	-	-	-	-
Reindustrialisierung der USA	-	-	-	-	-	-
800.000 zusätzliche Arbeitsplätze (in Europa)	-	-	-	14.06.2014	-	-
400.000 Arbeitsplätze in 15 Jahren (Europa)	18.06.2013	-	-	-	21.03.2014	03.07.2014
2 bis drei 3 Millionen Arbeitsplätze (in der EU)	-	05.04.2014	-	-	-	-
Anstieg (der Beschäftigung) um 0,5 Prozent	04.07.2013	05.04.2014	-	-	-	-
20.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Österreich	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsraum von 800 Millionen Menschen	-	-	-	-	-	-
15.000 zusätzliche Arbeitsplätze (neu)	-	-	-	-	-	-
BIP Anstieg um etwa 2 %	-	-	02.09.2013	-	-	-
Erhöhung der Investitionen	-	-	02.09.2013	-	-	-
9.000 neue Arbeitsplätze	-	-	02.09.2013	-	-	-
Kleinstrukturierte Wirtschaft	-	-	-	-	-	-
(Nichttarifäre) Handelshemmnisse	18.06.2013	06.05.2014	02.09.2013	31.07.2014	-	-
Zölle	18.06.2013	06.05.2014	02.09.2013	10.05.2014	17.12.2013	22.05.2014
Gefahren						
Schlagwörter / Metaphern (Gefahren):						
Billig importierte US-Ware	-	06.05.2014	14.03.2014	-	-	-
Milliardenschwere Konzerne	-	-	-	16.04.2014	-	-
Gentech-Konzerne	-	13.06.2014	-	07.04.2014	-	-
Bergbauern	-	-	-	16.04.2014	-	-
Biobauern/Bio-Betriebe/Bio-Landwirtschaft	-	-	-	10.06.2014	-	-
Unter die Räder kommen	-	05.04.2014	-	16.06.2014	21.03.2014	-
Mega-Tierfabriken	-	-	-	28.06.2014	-	-
Überschwemmung des heimischen Marktes	-	-	-	11.05.2014	-	22.05.2014
Industrialisierte / Industrialisierung der Landwirtschaft	-	-	-	15.06.2014	-	14.04.2014
Schlachtkonzern	-	-	-	-	-	-
Kleinststrukturierte Landwirtschaft	-	-	-	16.06.2014	-	-
Wettbewerb mit Hormonen und Gentechnik	-	-	-	-	-	-
Autohändler ums Eck	-	-	-	-	-	-
Vernichtung von Arbeitsplätzen	-	-	-	-	-	-
Beispiel (Gefahren):						
Nafta (Auswirkung auf Arbeitsplätze)	-	-	-	24.07.2014	21.03.2014	03.07.2014

Wirtschaftskraft	ÖVP 1	ÖVP 2	SPÖ 1	SPÖ2	FPÖ 1	FPÖ 2
Chancen						
Schlagwörter / Metaphern (Chancen):						
120 Milliarden Euro (mehr Wirtschaftsleistung pro Jahr)	-	-	-	-	-	-
(Wirtschafts-)Wachstum	26.03.2014	-	-	23.09.2014	-	23.09.2014
Gegen den Bedeutungsschwund	-	-	-	-	-	-
Wohlstand	-	-	-	23.09.2014	-	-
Virtueller Scheck über 545 Euro	-	-	-	-	-	-
44 % mehr Export	-	-	-	-	-	-
Motor des Wirtschaftswachstums	26.03.2014	-	-	-	-	-
Exportorientiertes Land	26.03.2014	23.09.2014	-	-	-	-
Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % steigen	-	-	26.03.2014	-	-	-
Um 1 % höhere Löhne	-	-	26.03.2014	-	-	-
Exportchancen	-	24.09.2014	-	-	-	-
Reindustrialisierung der USA	-	-	-	24.09.2014	-	-
800.000 zusätzliche Arbeitsplätze (in Europa)	-	-	26.03.2014	-	-	-
400.000 Arbeitsplätze in 15 Jahren (Europa)	-	-	-	-	-	-
2 bis drei 3 Millionen Arbeitsplätze (in der EU)	-	-	-	-	-	-
Anstieg (der Beschäftigung) um 0,5 Prozent	-	-	26.03.2014	-	-	-
20.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Österreich	-	23.09.2014	26.03.2014	-	-	-
Wirtschaftsraum von 800 Millionen Menschen	26.03.2014	-	26.03.2014	-	-	-
15.000 zusätzliche Arbeitsplätze (neu)	26.03.2014	-	-	-	-	-
BIP Anstieg um etwa 2 %	-	-	-	-	-	-
Erhöhung der Investitionen	-	-	-	-	-	-
9.000 neue Arbeitsplätze	-	-	-	-	-	-
Kleinstrukturierte Wirtschaft	-	-	-	-	26.03.2014	-
(Nichttarifäre) Handelshemmnisse	26.03.2014	-	26.03.2014	-	-	24.09.2014
Zölle	-	-	-	-	-	24.09.2014
Gefahren						
Schlagwörter / Metaphern (Gefahren):						
Billig importierte US-Ware	-	-	-	-	-	-
Milliardenschwere Konzerne	-	-	-	-	-	-
Gentech-Konzerne	-	-	-	-	-	-
Bergbauern	-	-	-	-	-	-
Biobauern/Bio-Betriebe/Bio-Landwirtschaft	-	-	-	-	-	24.09.2014
Unter die Räder kommen	-	-	-	-	-	-
Mega-Tierfabriken	-	-	-	-	-	-
Überschwemmung des heimischen Marktes	-	23.09.2014	-	-	-	-
Industrialisierte / Industrialisierung der Landwirtschaft	-	24.09.2014	26.03.2014	-	-	24.09.2014
Schlachtkonzern	-	-	-	-	-	-
Kleinststrukturierte Landwirtschaft	26.03.2014	-	26.03.2014	-	-	-
Wettbewerb mit Hormonen und Gentechnik	26.03.2014	-	-	-	-	-
Autohändler ums Eck	-	-	-	24.09.2014	-	-
Vernichtung von Arbeitsplätzen	-	-	-	-	-	-
Beispiel (Gefahren):						
Nafta (Auswirkung auf Arbeitsplätze)	-	-	-	-	-	-

Wirtschaftskraft	Grüne 1	Grüne 2	Team Stronach 1	Team Stronach 2	NEOS 1	NEOS 2
Chancen						
Schlagwörter / Metaphern (Chancen):						
120 Milliarden Euro (mehr Wirtschaftsleistung pro Jahr)	-	-	-	-	-	-
(Wirtschafts-)Wachstum	-	-	26.03.2014	23.09.2014	-	-
Gegen den Bedeutungsschwund	-	-	-	-	-	-
Wohlstand	-	24.09.2014	-	23.09.2014	-	24.09.2014
Virtueller Scheck über 545 Euro	-	-	-	-	-	-
44 % mehr Export	-	-	-	-	-	23.09.2014
Motor des Wirtschaftswachstums	-	-	-	-	-	-
Exportorientiertes Land	-	-	-	24.09.2014	-	-
Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % steigen	-	-	-	-	-	-
Um 1 % höhere Löhne	-	-	-	-	-	-
Exportchancen	-	-	-	-	-	-

Reindustrialisierung der USA	-	-	-	-	-	-
800.000 zusätzliche Arbeitsplätze (in Europa)	26.03.2014	-	-	-	-	-
400.000 Arbeitsplätze in 15 Jahren (Europa)	-	-	-	-	-	-
2 bis drei 3 Millionen Arbeitsplätze (in der EU)	-	-	-	-	-	-
Anstieg (der Beschäftigung) um 0,5 Prozent	-	-	-	-	-	-
20.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Österreich	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsraum von 800 Millionen Menschen	-	-	-	-	-	-
15.000 zusätzliche Arbeitsplätze (neu)	-	-	-	-	-	-
BIP Anstieg um etwa 2 %	-	-	-	-	-	-
Erhöhung der Investitionen	-	-	-	-	-	-
9.000 neue Arbeitsplätze	-	-	-	-	-	-
Kleinstrukturierte Wirtschaft	-	-	-	-	-	-
(Nichttarifäre) Handelshemmnisse	-	-	-	-	-	-
Zölle	-	-	26.03.2014	24.09.2014	-	-
Gefahren						
Schlagwörter / Metaphern (Gefahren):						
Billig importierte US-Ware	-	-	26.03.2014	-	-	-
Milliardenschwere Konzerne	-	-	-	-	-	-
Gentech-Konzerne	-	-	-	-	-	-
Bergbauern	-	-	-	-	-	-
Biobauern/Bio-Betriebe/Bio-Landwirtschaft	26.03.2014	-	-	-	-	-
Unter die Räder kommen	-	-	-	-	-	-
Mega-Tierfabriken	-	-	-	-	-	-
Überschwemmung des heimischen Marktes	-	-	-	-	-	-
Industrialisierte / Industrialisierung der Landwirtschaft	-	-	-	-	-	-
Schlachtkonzern	26.03.2014	-	-	-	-	-
Kleinststrukturierte Landwirtschaft	26.03.2014	24.09.2014	-	23.09.2014	-	-
Wettbewerb mit Hormonen und Gentechnik	-	-	-	-	-	-
Autohändler ums Eck	-	-	-	-	-	-
Vernichtung von Arbeitsplätzen	-	-	26.03.2014	-	-	-
Beispiel (Gefahren):						
Nafta (Auswirkung auf Arbeitsplätze)	-	-	26.03.2014	-	-	-

16.1.5 Der Standard

Alle Zeilen mit einem Eintrag in der Spalte „Paraphrasierung“ enthalten in der Spalte „Kategorien / Themen“ Kategorien. Die restlichen Zeilen enthalten in der zweiten Spalte Themen.

Artikel-Nr.	Kategorien / Themen	Titel des Artikels	Datum	Paraphrasierung
1	Gefahr durch Schiedsgerichte	Malmström sucht Schutz bei Juncker	30.09.2014	Die Grünen, auch Teile der Europäischen Sozialdemokraten und die Fraktion der Linken warnen davor, dass ein solches Verfahren die ordentliche Gerichtsbarkeit aushebeln könnte.
1	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Malmström sucht Schutz bei Juncker	30.09.2014	Der ISDS soll Konflikte zwischen Staaten und Investoren lösen helfen – was gar nicht so einfach ist, weil die Rechtssysteme zwischen den USA und Europa eben sehr unterschiedlich sind, es aber keine globale Gerichtsinanz gibt, die man heranziehen könnte.
1	Gefahr für europäische / österreichische Standards, für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards, für Verbraucherstandards	Malmström sucht Schutz bei Juncker	30.09.2014	Dieser habe im Juli im EU-Parlament zugesichert, dass ein Abkommen mit den USA die geltenden Standards im Umweltbereich, beim Arbeitnehmer- oder Konsumentenschutz keineswegs senken dürfen
1	Standards, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards, Verbraucherstandards, Schiedsgerichte, Transparenz	Malmström sucht Schutz bei Juncker	30.09.2014	

2	Gefahr durch Schiedsgerichte	Schiedsgerichte als Stein des Anstoßes	30.09.2014	Die Sondertribunale seien intransparent und veröffentlichen viele ihrer Entscheidungen nicht einmal, wurde kritisiert. Einspruchsmöglichkeiten wären nicht vorhanden, eine kleine Gruppe von Rechtsanwälten dominiere die Verfahren. Für Staaten seien Klagen oft sogar dann problematisch, wenn man gegen einen Konzern obsiege, weil die Kosten des Verfahrens nicht immer der Verlierer trage.
2	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Schiedsgerichte als Stein des Anstoßes	30.09.2014	Allerdings dürfte die Aufnahme der Investorenschutzklauseln viel mehr im Interesse der EU als in jenem der USA sein. In den USA gilt seit 1979 ein Gesetz, wonach ausländische Unternehmen kein Gericht wegen Streitigkeiten auf Basis von Freihandelsabkommen anrufen dürfen. Übergeht die US-Regierung einen europäischen Autobauer bei einer Ausschreibung, hätte dieser keine Möglichkeit sich zu wehren. In bilateralen Handelsverträgen ist es üblich, Klauseln über den Investorenschutz aufzunehmen – fast 3000 solcher Verträge gibt es weltweit. Dabei ist es eine gängige Praxis, Schiedsgerichte damit zu beauftragen, im Falle von Streitereien zwischen Konzernen und Staaten zu entscheiden.
2	Schiedsgerichte	Schiedsgerichte als Stein des Anstoßes	30.09.2014	
3	Gefahr durch Schiedsgerichte	Und sie bewegt sich doch	29.09.2014	Die Kritik, dass mit einer solchen Konfliktbeilegung die sowieso schon mächtigen Konzerne noch mächtiger werden, war zuletzt sehr massiv gewesen.
3	Fehlende Transparenz	Und sie bewegt sich doch	29.09.2014	Die Geheimnistuerei rund um TTIP (bis heute ist nicht genau bekannt, welche Punkte genau verhandelt werden) tat ein Übriges.
3	Schiedsgerichte, Transparenz	Und sie bewegt sich doch	29.09.2014	
4	Gefahr durch Schiedsgerichte, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, für Datenschutzstandards	Anhörung der EU-Kommissare startet mit TTIP	29.09.2014	Jean-Claude Juncker hat im Juli bereits erklärt, dass er nicht bereit sei, mit dem EU-USA-Abkommen Umwelt oder Datenschutzstandards zu opfern. Auch dürfe die Rechtsprechung ordentlicher Gerichte nicht eingeschränkt werden.
4	Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Datenschutzstandards	Anhörung der EU-Kommissare startet mit TTIP	29.09.2014	
5	Gefahr für Lebensmittelstandards	Simpel und professionell: Der neue grüne Populismus	28.09.2014	Gegen das EU-US-Freihandelsabkommen TTIP wird mit der Angst vor Chlorhendlin und Hormonfleisch agitiert. Das erinnert nicht nur oberflächlich an Jörg Haiders Blutschokolade- und Schildlausjoghurt- Hysterie vor dem EU-Beitritt Österreichs. Die neue grüne Art kann man mögen oder nicht. Ausdruck einer neuen „Bürgerlichkeit“ ist sie aber keinesfalls.
5	Lebensmittelstandards	Simpel und professionell: Der neue grüne Populismus	28.09.2014	
6	Gefahr durch Schiedsgerichte, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Beim Freihandel bekommen die Genossen kalte Füße	28.09.2014	Kritiker befürchten, dass damit kanadische oder US-Investoren die EU oder einzelne Staaten vor Gericht bringen und nationale Regelungen schwächen könnten. Bundeskanzler Werner Faymann verwies dabei mehrfach auf die Klage des schwedischen Stromkonzerns Vattenfall, der Deutschland wegen des Ausstiegs aus der Atomkraft verklagte. Es gehe nicht an, dass Konzerne Gesetze über den Umweg eines Schiedsgerichts aushebelten, so der Kanzler.
6	Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards	Beim Freihandel bekommen die Genossen kalte Füße	28.09.2014	

7	Fehlende Transparenz	Das Unbehagen im Hohen Haus	24.09.2014	Was die geplanten Abkommen nämlich eint, sind Intransparenz der Verhandlungen und der Inhalte, viele offene Fragen und mangelnde Information der Öffentlichkeit. Die Bevölkerung wird in völlig unzureichender Weise eingebunden. Was wir uns wünschen, ist vor allem Transparenz. Warum gibt man der Europäischen Kommission ein Verhandlungsmandat, das geheim ist. Bundesregierung und Sozialpartner einzubinden reiche nicht – „man muss die Bürger an Bord holen.
7	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Das Unbehagen im Hohen Haus	24.09.2014	In Sachen TTIP sei es nicht notwendig, einen zusätzlichen Investorenschutz einzurichten, schließlich seien sowohl die USA als auch die EU-Mitgliedstaaten Länder, in denen Rechtsstaatlichkeit und Verlässlichkeit ausreichend sind.
7	Transparenz, Schiedsgerichte	Das Unbehagen im Hohen Haus	24.09.2014	
8	Fehlende Transparenz	Plan D wie Demütigung	23.09.2014	Die Geheimverhandlungen zu CETA und TTIP. Keiner dieser „Belange“ resultierte aus artikulierten Bedürfnissen der Bevölkerung. Trotzdem oder gerade deshalb wollen sich die BürgerInnen beteiligen. Die Unterdrückung der Bürgerinitiative ist nicht die erste Machtpose der Kommission im Zuge des TTIP-Prozesses. Den Abgeordneten des Europaparlamentes werden aktuell in kleinen Kreisen „konsolidierte Fassungen“ des Verhandlungszwischenstands zwischen EU und USA wie in einem Bond-Film nur in eigenen „Leseräumen“ ohne Papier, Bleistift, Handy zugänglich gemacht. Diese entwürdigende Posse bringt die Machtverhältnisse in Brüssel auf den Punkt: Die Kommission, das demokratisch am schwächsten legitimierte Organ in Brüssel, entscheidet, was die direkt Gewählten dürfen und was nicht. Während einige der ParlamentarierInnen diese Willkür kritisieren, schweigen die – mandatserteilenden – Regierungen im Chor. Die Angst vor den BürgerInnen muss beim Rat und der Kommission groß sein, dass sie sich solche Abschottungsmanöver leisten. Machtpolitik, die im krassen Widerspruch zur eigenen PR-Propaganda steht, wird den Widerstand gegen TTIP und CETA weiter wachsen lassen.
8	Transparenz	Plan D wie Demütigung	23.09.2014	
9	Gefahren durch Schiedsgerichte	Das Eigelb und der falsche Blinker	18.09.2014	Ich bin mir auch schon nicht mehr sicher, ob der Investorenschutz das gelbe vom Ei ist.
9	Schiedsgerichte	Das Eigelb und der falsche Blinker	18.09.2014	
10	Gefahr durch Schiedsgerichte	Wie Investoren künftig Staaten verklagen können	01.09.2014	Werden amerikanische und kanadische Konzerne Europa bald mit milliardenschweren Klagen vor intransparenten Schiedsgerichten überschwemmen? Denn trotz aller Widerstände wollen die EU-Kommission und ihre Partner in Washington und Ottawa ein System mit Sonderklagerechten für ausländische Konzerne errichten. Kritiker bemängeln, dass die Schiedsverfahren rechtsstaatlich mangelhaft sind: So fehlen etwa Transparenz – die Verfahren waren bisher oft nicht öffentlich – und Möglichkeiten der Berufung.
10	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Wie Investoren künftig Staaten verklagen können	01.09.2014	Die Befürworter des Systems argumentieren, dass nationale Gerichte keine Abhilfe schaffen, weil sie voreingenommen gegenüber ausländischen Firmen sein könnten. Wenn also zum Beispiel VW der Import von Autoteilen verboten wird, könnte das deutsche Unternehmen nicht Klage in den USA einlegen, auch wenn das Verbot künftig den TTIP-Bestimmungen widerspricht. So gesehen bräuchten Europas Firmen jedenfalls Schiedsgerichte.

10	Schiedsgerichte	Wie Investoren künftig Staaten verklagen können	01.09.2014	
11	Fehlende Transparenz	„Die eingesetzten Waffen sind sehr unterschiedlich“	26.08.2014	Da es sich um sensible Themen handelt, sollte es mehr Transparenz geben.
11	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	„Die eingesetzten Waffen sind sehr unterschiedlich“	26.08.2014	Das ist nicht notwendig. Es könnte ausgenommen werden. Das ist wichtig, wenn ein Unternehmen aus Europa oder den USA in einem kleinen Entwicklungsland investiert. Als Investor traut man oft dem Justizsystem nicht. Dann hat man ein Schiedsverfahren.
11	Transparenz, Schiedsgerichte, Lebensmittelstandards	„Die eingesetzten Waffen sind sehr unterschiedlich“	26.08.2014	
12	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Tierschutzstandards, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Freihandelsabkommen für Dummies	24.08.2014	Das Schreckgespenst des Chlorhühnchens galt lange als Paradebeispiel für eine befürchtete Aufweichung der Lebensmittelstandards in Europa im Falle einer TTIP-Umsetzung. Das Einfuhrverbot für US-Geflügel, das zu Desinfektionszwecken in eine antibakterielle Lösung getaucht wird, gilt in der EU seit 1997. Die darin enthaltenen Substanzen Chlordioxid und Natriumchlorit wurden damals als bedenklich eingestuft. Die USA hatten geklagt, denn die EU-Kommission habe keine seriöse, auf wissenschaftliche Erkenntnisse gestützte Begründung für das Verbot vorgelegt. Auch der Import von Rind- und Schweinefleisch aus den USA ist ein Zankapfel. Die dortigen Zuchtbetriebe setzen häufig Wachstumshormone ein, die diesseits des Atlantiks wegen ihren Nebenwirkungen für die Tiere und möglicher Gesundheitsrisiken für Konsumenten untersagt sind.
12	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, Gefahr durch Schiedsgerichte	Freihandelsabkommen für Dummies	24.08.2014	Verbraucherschützer orten hinter der Forderung nach mehr Freihandel nicht nur eine Aufweichung bestehender Regeln, sondern auch eine Verhinderung zukünftiger Auflagen, etwa im Umweltbereich. So könnten US-Konzerne ein in Europa oft gefordertes Verbot der Schiefergasgewinnung mittels Fracking blockieren, befürchten NGOs. Fracking (von englisch „to fracture“: „aufbrechen“) ist eine unkonventionelle Form der Erdöl- und Erdgasgewinnung, bei der eine Mischung aus Wasser und Chemikalien in kilometertiefe Bohrungen gepumpt wird, um Risse im Gestein zu erzeugen. Kritiker verweisen auf Verunreinigungen des Grundwassers. Durch Investor-State Dispute Settlements (ISDS) können ausländische Investoren Staaten vor ein Schiedsgericht bringen. In vielen bilateralen Abkommen ist der Mechanismus bereits verankert. Kritiker orten eine Umgehung staatlicher Rechtsprechung.
12	Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Tierschutzstandards, Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Schiedsgerichte	Freihandelsabkommen für Dummies	24.08.2014	
13	Gefahr für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen	„Wir verhandeln nicht mit Engeln“	23.08.2014	In der Landwirtschaft gibt es ein Problem mit dem Schutz geografischer Herkunftsbezeichnungen. Die USA kennen dieses System nicht, sie schützen ihre Produkte mit Handelsmarken, die in den Händen von Unternehmen sind. Dies funktioniert für viele europäische Produzenten nicht. Herkunftsbezeichnungen sind ein wichtiger Teil der Authentizität von ganzen Regionen: Parmesan ist eine zu schützende Ursprungsbezeichnung, weil er mit einem bestimmten Verfahren in der Region um Parma hergestellt wird.

13	Chancen für Wirtschaftskraft	„Wir verhandeln nicht mit Engeln“	23.08.2014	Ein Großteil des öffentlichen Auftragsmarktes in den USA ist für uns durch „Buy American“-Bestimmungen geschlossen. Die US-Regierung vergibt Zuschüsse für öffentliche Arbeiten nur, sofern amerikanische Produkte verwendet werden. Wir wollen, dass es „Buy Transatlantic“ statt „Buy American“ heißt.
13	Fehlende Transparenz	„Wir verhandeln nicht mit Engeln“	23.08.2014	Gibt es wirklich einen Lesesaal, in dem EU-Parlamentarier Einsicht in TTIP-Dokumente nehmen dürfen, dabei aber ihre Mobiltelefone abgeben müssen, um ja keine Fotos machen zu können? De Gucht: Ja, diesen Saal gibt es, aber nicht wegen unserer EU-Dokumente. Es geht um Textentwürfe, in denen Positionen beider Verhandlungspartner wiedergegeben werden, mit anderen Worten: Heikel sind die US-Texte. Warum das Ganze? In den USA ist es nicht üblich, Abgeordnete während der Verhandlungen zu informieren, so wie wir das machen.
13	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	„Wir verhandeln nicht mit Engeln“	23.08.2014	Immerhin wurden mehr als 50 Prozent der weltweiten Klagen von Unternehmen auf der Basis von ISDS von europäischen Unternehmen eingebracht. Außerdem wird man kein Gerichtsverfahren auf Basis von TTIP vor einem US-amerikanischen Gericht einleiten können, es sei denn, die Amerikaner übernehmen die Vereinbarung in ihre/nationale Gesetzgebung, was sie aber im Regelfall nicht tun. Ich verhandle auch gerade über ein Investmentabkommen mit China, und dort sagt jeder, „Wir brauchen unbedingt ein ISDS“, aber mit den USA sollten wir nicht mal diskutieren? Das ist scheinheilig!
13	Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen, Wirtschaftskraft, Transparenz, Schiedsgerichte, Lebensmittelstandards	„Wir verhandeln nicht mit Engeln“	23.08.2014	
14	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Alle werden draufzahlen	02.08.2014	Eine Mischung aus falschen Gerüchten, populistischen Kampagnen à la Krone und schlechter politischer Kommunikation hat etwa das Freihandelsabkommen TTIP, von dem sich Europa und die USA mehr Wachstum und Jobs versprechen, politisch so gut wie ruiniert. Wenn der Protektionismus in den kommenden Jahren weltweit wächst, wird nicht nur Indien draufzahlen
14	Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze	Alle werden draufzahlen	02.08.2014	
15	Gefahr durch Schiedsgerichte	Die Macht unabhängiger Schiedsgerichte	29.07.2014	Gegner sagen, die entsprechenden Klauseln in internationalen Verträgen würden Investoren zu viele Rechte gegenüber Staaten einräumen.
15	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Die Macht unabhängiger Schiedsgerichte	29.07.2014	Im Ringen um ein Freihandelsabkommen TTIP zwischen USA und EU sind sie der Aufreger schlechthin, im zehn Jahre währenden Streit um das Yukos-Erbe brachte es spät, aber doch so etwas wie Gerechtigkeit: Internationale Schiedsgerichte wie jenes in Den Haag sollen Investoren die Möglichkeit geben, sich Schadenersatz zu erstreiten, wenn sie sich von einem Staat um ihr Geld gebracht fühlen.
15	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Die Macht unabhängiger Schiedsgerichte	29.07.2014	Dünow bekräftigte aber die Auffassung der Bundesregierung, dass unter entwickelten Rechtsstaaten wie der EU und Kanada Festlegungen zum Schutz von Investoren mit einer gesonderten Schiedsgerichtsbarkeit nicht notwendig seien.
15	Schiedsgerichte	Die Macht unabhängiger Schiedsgerichte	29.07.2014	
16	Gefahr für Verbraucherstandards, für Lebensmittelstandards	„USA sind nicht gewillt, auf die EU zuzugehen“	24.07.2014	Wenn es um Verbraucherstandards und Lebensmittelsicherheit geht, muss man im Detail schauen, dass es keine Hintertüren gibt.

16	Fehlende Transparenz	„USA sind nicht gewillt, auf die EU zuzugehen“	24.07.2014	Was ich nicht habe, und das kritisiere ich auch, sind die Dokumente der USA. Es ist heikel, dass wir nicht wissen, was die USA genau wollen. Die Transparenz, die für so ein umfassendes Abkommen notwendig wäre, fehlt. Man muss das in der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen. Fundamentalen Verhandlungsdokumente müssen auch veröffentlicht werden. Jeder soll wissen, worum es geht. Die Strategie der EU-Kommission ist nicht akzeptabel. Auch die Staats- und Regierungschefs weigern sich übrigens, die Dokumente zu veröffentlichen.
16	Chancen für europäische / österreichische Standards	„USA sind nicht gewillt, auf die EU zuzugehen“	24.07.2014	Wenn die Blinker in den USA rot sind und bei uns orange, kann man darüber nachdenken.
16	Verbraucherstandards, Lebensmittelstandards, Transparenz, Industriestandards	„USA sind nicht gewillt, auf die EU zuzugehen“	24.07.2014	
17	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Außer Kontrolle	21.07.2014	Wer Schiedsgerichte beim umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP ablehnt, liefert Europas Firmen dem Wilden Westen aus. Das kann nicht im Interesse Europas sein.
17	Schiedsgerichte	Außer Kontrolle	21.07.2014	
18	Gefahr für Standards im Chemiesektor	Furcht vor US-Verhältnissen in Europas Chemieindustrie	18.07.2014	Furcht vor US-Verhältnissen in Europas Chemieindustrie. Wenn es um die Harmonisierung von Regeln geht, steht freilich zumeist mehr auf dem Spiel als die Farbe der Beleuchtung. Gut illustrieren lässt sich das am Beispiel der Chemieindustrie, wo die EU eines der größten Wachstumspotenziale durch TTIP sieht. Doch die Regulierungssysteme in Europa und Amerika könnten auf diesem Feld kaum unterschiedlicher sein. In der EU regelt seit 2007 eine Verordnung („Reach“) die Zulassung von Chemikalien. Das System erlegt den Unternehmen strikte Pflichten auf. So müssen Firmen bei der Registrierung neuer Chemikalien in Europa nachweisen, dass das Mittel unbedenklich ist. Zudem dürfen in der EU derzeit 60 Stoffe (etwa Blei) nur eingeschränkt oder gar nicht verwendet werden. In den USA ist das System anders. Dort muss die Environmental Protection Agency belegen, dass eine Substanz gefährlich ist. Da dies in der Praxis schwierig ist, sind in den USA in den vergangenen 30 Jahren gerade fünf Substanzen verboten worden. Eine davon – der Baustoff Asbest – musste wieder von der Verbotsliste herunter, weil Belege für die Gefährlichkeit fehlten. Derzeit stehen 160 Chemikalien auf der Prüfliste. Hält Echa einen der Stoffe für riskant, kann die Agentur der Kommission vorschlagen, eine Zulassungspflicht einzuführen. Dies bedeutet hohe Zusatzkosten für Firmen, die die Chemikalie verwenden möchten. Doch Echa hat einen Spielraum bei seinen Entscheidungen. Gruppen wie das Center for International Environmental Law befürchten deshalb, dass eine Kooperation der Aufseher dazu führen wird, dass sich die Evaluierung der Chemikalien verlangsamt. Schon ein indirektes Mitspracherecht der Amerikaner könne die Regeln in Europa aufweichen.
18	Chancen für europäische / österreichische Standards	Furcht vor US-Verhältnissen in Europas Chemieindustrie	18.07.2014	Um für das Freihandelsabkommen TTIP zu werben, benutzt die EU-Kommission gern das Beispiel mit den Blinkern. In den USA werden an Fahrzeugen rote Blinker eingebaut, in der EU gelbe. Einen Vorteil bietet keine der Farben. Aber für die Autobauer sind die unterschiedlichen Regelungen mit Zusatzkosten verbunden. Also warum sich nicht auf eine Farbe einigen?
18	Industrie, Standards im Chemiesektor	Furcht vor US-Verhältnissen in Europas Chemieindustrie	18.07.2014	

19	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Wenn das Chlorhuhn an der Hintertür scharrt	18.07.2014	Wenn das Chlorhuhn an der Hintertür scharrt. Äpfel werden nach der Ernte meist chemisch nachbehandelt. Ein beliebtes Mittel gegen die Schalenbräune ist Diphenylamin (DPA). In Europa ist DPA verboten. In den USA ist es erlaubt. Es gibt keinen Beleg dafür, dass DPA gesundheitsgefährdend ist, sagt das US Landwirtschaftsministerium. Es ist nicht bewiesen, dass beim Kontakt der Chemikalie mit Luft nicht krebserregende Stoffe entstehen, sagt die EU-Lebensmittelagentur. In Europa drohen geltende Standards für Nahrungsmittelsicherheit und Umweltschutz aufgeweicht werden. An den ersten Monaten nach Start der TTIP-Gespräche standen das Chlorhuhn und mögliche US-Genmais-Importe im Zentrum der Aufmerksamkeit. Selbst wenn Hormonrinder und Chlorhühner wegen des öffentlichen Widerstandes aus TTIP ausgespart bleiben, könne der technische Rat mit der Zeit für eine Aufweichung der Standards sorgen. So sehen es auch andere.
19	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Wenn das Chlorhuhn an der Hintertür scharrt	18.07.2014	Überhaupt gilt die Chemieindustrie als eines der wichtigsten und heikelsten Kooperationsfelder. Doch es geht nicht nur um Verbote, sondern auch um Einschränkungen, die nie kommen könnten. So warnen etwa NGOs, dass das in Europa oft geforderte Verbot der Schiefergasgewinnung mittels Frackings von US-Konzernen via RCC torpediert werden könnte
19	Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Standards im Chemiesektor	Wenn das Chlorhuhn an der Hintertür scharrt	18.07.2014	
20	Fehlende Transparenz	„TTIP muss transparent sein“	16.07.2014	„TTIP muss transparent sein“
20	Gefahr durch Schiedsgerichte	„TTIP muss transparent sein“	16.07.2014	„Es dürfen keine parallelen geheimen Justizräume entstehen“, sagte er zu Plänen von Schiedsgerichten:
20	Transparenz, Schiedsgerichte	„TTIP muss transparent sein“	16.07.2014	
21	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	TTIP: Schiedsgerichte gefährden unsere Demokratie	15.07.2014	Den Schutz vor „staatlicher Willkür“ oder Diskriminierung gewähren die nationalen Gesetze den Inländern wie Ausländern in gleichem Maße.

21	Gefahr durch Schiedsgerichte	TTIP: Schiedsgerichte gefährden unsere Demokratie	15.07.2014	Schiedsgerichte gefährden unsere Demokratie. Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) ermöglichen multinationalen Unternehmen, nationale Gerichte auszuspüren und vor privaten Schiedsgerichten Staaten auf hohe Schadensersatzzahlungen zu verklagen. Dieses Privileg wollen die EU und USA ihrer Wirtschaft im zukünftigen größten Wirtschaftsraum TTIP zugestehen. Daher sind Investitionsschutzbestimmungen in Freihandelsabkommen mit Ländern wie Kanada, Japan, Singapur und insbesondere auch den USA demokratiepolitisch höchst bedenklich und abzulehnen. Staaten haben im Schiedsverfahren nichts zu gewinnen. Im Gegenteil, sie müssen Regulierungen im Gemeinwohlinteresse, die sich durch demokratische Abstimmungs- und parlamentarische Willensbildungsprozesse ergeben und den politischen Willen der Bevölkerung widerspiegeln, vor einem privaten Schiedsgericht teuer verteidigen. Die Kosten haben die jeweiligen Parteien meist selbst zu tragen. Allein das Verfahren kostet durchschnittlich 800.000 Dollar, hinzu kommen noch die Anwaltskosten. Privatisierung der Gerichtsbarkeit ist abzulehnen: Das private Ad-hoc-Schiedsverfahren ISDS ist inkonsistent, teuer, unberechenbar sowie in Einzelfällen parteiisch. Die Schiedsverfahren sind ein boomender Geschäftszweig insbesondere für spezialisierte Anwaltskanzleien. Dies zeigen auch die stetig steigenden Klagefälle (in den vergangenen Jahren jährlich rund 60 neue Klagen), wobei nur ein Bruchteil öffentlich bekanntgemacht wird. Hier haben wir es zusehends mit profitorientierten Einzelinteressen zu tun, denen es nicht um Fairness und Gemeinwohl geht. Private Schiedsgerichte sind nicht geeignet, Sachverhalte zu lösen, die im Kern Dispute um öffentliche Regulierung sind. Darüber hinaus wirkt ISDS realpolitisch schon in der Androhung von Klagen, da Gastländer, um Klagen zu vermeiden, ihren politischen Handlungsspielraum einschränken. Der schwedische Konzern Vattenfall kann den deutschen Staat wegen des Atomausstiegsgesetzes aufgrund des Sonderklagerechts in der Energie-Charta auf 3,5 Mrd. Euro Schadenersatz verklagen.
21	Schiedsgerichte	TTIP: Schiedsgerichte gefährden unsere Demokratie	15.07.2014	
22	Gefahr durch Schiedsgerichte	Kritik an Schiedsgerichten ist bereits umgesetzt	23.06.2014	Sie nennen Investitionsschutz eine „Waffe gegen die Demokratie“ und möchten angebliche „Superrechte“ für Konzerne verhindern. Diese Absicht stieß jedoch auf heftigen Widerstand der Anti-TTIP-Lobby. Diese kritisiert, diese Form der Streitbeilegung sei nicht transparent genug und beschränke Staaten übermäßig in der Gesetzgebung. Sie bemängelt außerdem das Fehlen einer Berufungsinanz und fürchten sich vor einer zu investorenfreundlichen Auslegung.
22	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Kritik an Schiedsgerichten ist bereits umgesetzt	23.06.2014	Einige vertreten die im Lichte der meist politisch heiklen Konflikte zweifelhafte Ansicht, ein von staatlichen Gerichten unabhängiger Investitionsschutz sei in der EU oder den USA nicht notwendig.

22	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Kritik an Schiedsgerichten ist bereits umgesetzt	23.06.2014	In Investitionsschutzabkommen sichern sich Staaten wechselseitig zu, Investoren gerecht und billig zu behandeln, diese nicht gegenüber Inlands- oder Drittstaatsinvestoren zu benachteiligen, nicht entschädigungslos zu enteignen und den freien Kapitalverkehr zu gewährleisten. Mit „Superrechten“ hat das wenig zu tun – eher mit Schutz vor staatlicher Willkür. Die Nutzung von Schiedsgerichten garantiert den Investoren einen effizienten und vor allem objektiven Rechtsschutz. Schiedsverfahren zwischen Investoren und Staaten sind alles andere als neu. Seit den 60er-Jahren haben die Mitgliedstaaten der EU mehr als 1400 Investitionsschutzabkommen geschlossen. Zwar blieb Österreich bisher von Klagen verschont, österreichische Investoren im Ausland nutzen das Rechtsinstitut jedoch regelmäßig. Sollte der Investitionsschutz im TTIP gemäß den Vorschlägen der EU-Kommission beschlossen werden, hätte dies aufgrund der Vorreiterrolle der EU und der USA Auswirkungen auf den Investitionsschutz weltweit. Andere Staaten wie China, die aktuell mit der EU und den USA über Investitionsschutz verhandeln, würden sich mit großer Wahrscheinlichkeit am Text des TTIP orientieren.
22	Schiedsgerichte	Kritik an Schiedsgerichten ist bereits umgesetzt	23.06.2014	
23	Fehlende Transparenz	Nach dem Chlorhuhn kommt der Datenklau	21.06.2014	Die Geheimhaltung ist das Hauptproblem am Abkommen. Die EU-Kommission etwa hat im Februar 2013 die offizielle Eröffnung der Verhandlungen erklärt – seither schweigt sie über den Inhalt der Gespräche. Es ist dieselbe Strategie wie schon beim anderen Freihandelsabkommen TTIP (Stichwort Chlorhuhn).
23	Transparenz, Lebensmittelstandards	Nach dem Chlorhuhn kommt der Datenklau	21.06.2014	
24	Fehlende Transparenz	Freihandel: Konzerne dominieren Lobbying	10.07.2014	Ein neuer Bericht über Lobbying-Kontakte der EU-Handelsdirektion zeigt, dass im Vorfeld der Verhandlungen zu TTIP hauptsächlich Konzerne ihre Interessen kundgetan haben. 92 Prozent der Lobbyisten setzten sich für Unternehmen ein, nur vier Prozent waren NGO-Vertreter. Die Zahlen sind Wasser auf die Mühlen der Kritiker des Abkommens, die eine zu starke Einflussnahme von Unternehmen befürchten. Bestärkt wird die Kritik dadurch, dass weder Verhandlungsstand noch Positionen der EU-Kommission, die für die EU die Verhandlungen führt, bekannt sind.
24	Transparenz	Freihandel: Konzerne dominieren Lobbying	10.07.2014	
25	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Klagsrecht für Konzerne: Kein Drama	26.05.2014	Kein Drama aber aufgrund der Qualität der Gerichte auf beiden Seiten des Atlantiks nicht unbedingt notwendig. Den Staaten wird von den Schiedsgerichten ein relativ großer Spielraum gewährt. Auch die von Kritikern oft geäußerte Sorge, dass Konzerne sich allein mit der Drohung teurer Klagen Vorteile verschaffen könnten, hält Reinisch für übertrieben. Schließlich könnten Schiedsgerichte offensichtlich frivole Klagen rasch zurückweisen, und es gebe auch die Möglichkeit, in solchen Fällen dem Kläger die Verfahrenskosten aufzubürden. Auch das Problem der Geheimhaltung sei weitaus weniger groß als oft behauptet: Es liege am Schiedsgericht und den Parteien, was veröffentlicht wird. Oft seien es die Regierungen selbst, die Verfahren und Urteile unter Verschluss halten wollen. Völkerrechtler Reinisch: Schiedsklauseln mit USA weder notwendig noch schädlich. Und der Trend bei Schiedsgerichten gehe in Richtung Transparenz durch Veröffentlichung aller wichtigen Texte im

				Internet; auch NGOs würden als sogenannte „Amicus Curiae“ immer öfter eingebunden werden.
25	Schiedsgerichte	Klagsrecht für Konzerne: Kein Drama	26.05.2014	
26	Gefahr durch Schiedsgerichte	TTIP: Länder erteilen Bund verbindlichen Auftrag	20.05.2014	Österreich spricht jetzt über Parteigrenzen hinweg mit einer Stimme gegen Konzerngerichte im Hinterzimmer“. Darüber hinaus lehnen die Länder die sogenannten ISDS-Regeln (Investor-state dispute settlement) ab, durch die es einem US-Konzern möglich wäre, eine europäische Regierung vor ein Schiedsgericht zu bringen. Bezüglich der Ablehnung von ISDS. Die Landesregierungen würden außerdem klarstellen, dass der Bund dem Abkommen in seiner derzeitigen Form nicht zustimmen dürfe
26	Gefahr für Datenschutzstandards, für öffentliche Daseinsvorsorge, für Sozialstandards, für Verbraucherschutz, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, für Umwelt- und Energiestandards, für Tierschutzstandards	TTIP: Länder erteilen Bund verbindlichen Auftrag	20.05.2014	Eine „horizontale Bereichsausnahme“ für die Leistungen der Daseinsvorsorge, sodass diese nicht Gegenstand von Verpflichtungen werden können und dass „etablierte Schutzstandards und regulatorische Spielräume keinesfalls ausgehebelt werden dürfen“. Im Bereich der auf nationaler Ebene geltenden arbeitsrechtlichen Normen und gesetzlichen Standards für Produktionssicherheit, Daten-, Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt und Tierschutz wird verlangt, dass diese nicht nur weiterhin gewährleistet werden, sondern in Zukunft auf Ebene der Mitgliedsstaaten anpassbar sind.
26	Öffentliche Daseinsvorsorge, Sozialstandards, Verbraucherstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Tierschutzstandards, Umwelt- und Energiestandards	TTIP: Länder erteilen Bund verbindlichen Auftrag	20.05.2014	
27	Gefahr für Tierschutzstandards, für Lebensmittelstandards	Handelsabkommen TTIP	19.05.2014	Hier gibt es auch die größten Bedenken – in den USA gibt es weniger Tierschutz und mehr Gentechnik und bei uns unübliche Hygienestandards (Desinfektion von Hühnerfleisch mittels Chlor).
27	Gefahr durch Schiedsgerichte, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Handelsabkommen TTIP	19.05.2014	In ihren Freihandelsabkommen pochen die USA auf die Möglichkeit, dass Unternehmen Staaten vor unabhängigen Schiedsgerichten klagen können, wenn sie etwa enteignet werden. Befürchtung: Nationales Umweltrecht könnte als Eigentumsbeschränkung ausgehebelt werden.
27	Tierschutzstandards, Schiedsgerichte, Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards	Handelsabkommen TTIP	19.05.2014	
28	Fehlende Transparenz, Gefahr durch Schiedsgerichte	"Wir sagen, dass wir mehr Europa wollen"	19.05.2014	Schon die Verhandlungen sind intransparent. Die vorgesehenen Schiedsgerichte, die es auch in anderen Abkommen gibt, sind grundsätzlich intransparent.
28	Transparenz, Schiedsgerichte	"Wir sagen, dass wir mehr Europa wollen"	19.05.2014	

29	Gefahr für Sozialstandards, für Verbraucherstandards	Schulz oder Juncker: Präsidentenwahl ohne Gewähr	09.05.2014	Beide Kandidaten waren sich einig, dass durch das geplante Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) bestehende Mindeststandards beim Konsumentenschutz und im Sozialbereich nicht gefährdet werden dürfen.
29	Sozialstandards, Verbraucherstandards	Schulz oder Juncker: Präsidentenwahl ohne Gewähr	09.05.2014	
30	Gefahr für europäische / österreichische Standards	„Sollte Schulz gewinnen, wäre ich sehr böse“	08.05.2014	Bezug auf das geplante umstrittene Freihandelsabkommen TTIP mit den USA warnte Juncker vor einer Nivellierung von EU-Standards nach unten.
30	Standards	„Sollte Schulz gewinnen, wäre ich sehr böse“	08.05.2014	
31	Gefahr für Landwirtschaft, für Lebensmittelstandards	„Auch Amerikaner vergiften sich nicht täglich“	06.05.2014	In den USA gelten nicht so strenge Hygienevorschriften, weshalb die Hühner dort nach der Schlachtung in Chlor getaucht werden müssen. Das wollen die europäischen Konsumenten nicht. Wenn aber auch in Europa billige Chlorehühner importiert werden dürfen, wird der Druck auf die Produzenten hier steigen, die eigenen hohen Standards aufzugeben. Es geht also nicht um ein Chlorehuhn auf dem Teller, sondern um einen Trend zur Deregulierung mit TTIP.
31	Gefahr für Standards im Chemiesektor	„Auch Amerikaner vergiften sich nicht täglich“	06.05.2014	Es ist wichtig, dass in Europa bestimmte Chemikalien und Zusatzstoffe verboten sind. Der Widerstand richtet sich dagegen, solche Regulierungen aufzuweichen. Das ist der springende Punkt: In der Debatte ist immer von einem Freihandelsabkommen die Rede, aber das ist falsch. Freihandel zwischen USA und Europa gibt es bereits. Worum es geht, ist ein reines Deregulierungsabkommen.
31	Gefahr durch Schiedsgerichte	„Auch Amerikaner vergiften sich nicht täglich“	06.05.2014	Die Prozesse finden hinter verschlossenen Türen statt. In vielen Fällen wissen selbst die nationalen Parlamente in dem verklagten Staat nicht, worum es geht. Es gibt keine Berufungsmöglichkeit. Einige wenige Rechtsanwaltskanzleien teilen sich den sehr lukrativen „Markt“ auf: Nur 15 Personen sind in 55 Prozent der bekannten Fälle als Schiedsrichter involviert. Es gibt mittlerweile in den USA Investoren, die solche Klagen vorfinanzieren.
31	Gefahr für Dienstleistungsstandards	„Auch Amerikaner vergiften sich nicht täglich“	06.05.2014	Das Industriekapital will die Vereinbarung, um Standards senken zu können. Ebenso wollen die europäischen Banken das Abkommen, weil sie strengere Regeln in den USA weghaben wollen. Dem Bürger bringt TTIP nichts.
31	Chancen für Wirtschaftskraft	„Auch Amerikaner vergiften sich nicht täglich“	06.05.2014	Es gibt Bereiche wie die Pharmazie, die mit Zöllen abgeschottet werden.
31	Chancen für KMUs	„Auch Amerikaner vergiften sich nicht täglich“	06.05.2014	Ausschlaggebend sind aber die nicht tarifären Handelshemmnisse: Das sind zahllose, meist sinnlose Regeln, die kleinere und mittlere Unternehmen davon abhalten, Geschäfte in Übersee zu machen. Studien zeigen, dass TTIP besonders für exportstarke Länder von Vorteil wäre. Die Gewinner in Europa wären Deutschland, Österreich, Spanien.
31	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	„Auch Amerikaner vergiften sich nicht täglich“	06.05.2014	Investoren hätten gerne Sicherheit, dass sie nicht enteignet werden und dass sie nicht gegenüber nationalen Anbietern benachteiligt werden. Um das zu gewährleisten, gibt es, wie Sie sagen, bereits 3000 Vereinbarungen, und da gab es nie besondere Probleme. Die österreichischen Banken hätten das auch ganz gern in Ungarn gehabt, damit sie nicht über eine willkürliche Steuer enteignet werden. Es gibt Möglichkeiten, die Schiedsverfahren zu verbessern. Aber gegen Investitionsschutzbestimmungen ist nichts einzuwenden.

31	Landwirtschaft, Lebensmittelstandards, Schiedsgerichte, Dienstleistungsstandards, Wirtschaftskraft, Zölle, KMUs	„Auch Amerikaner vergiften sich nicht täglich“	06.05.2014	
32	Gefahr durch Schiedsgerichte	Schweine von der Gletscherinsel	24.04.2014	Dabei könnten Unternehmen die Möglichkeit erhalten, Klagen gegen Staaten vor speziellen Schiedsgerichten zu erheben. Kritiker sehen darin eine Aushöhlung des Rechtsstaates.
32	Schiedsgerichte	Schweine von der Gletscherinsel	24.04.2014	
33	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, für Lebensmittelstandards	Eugen Freund kämpft gegen Chlorhendl und Atomkraft	15.04.2014	Eugen Freund kämpft gegen Chlorhendl und Atomkraft. Eugen Freund am Montag, dass „Chlorhuhn und Genmais auf keinen Fall auf österreichischen Tellern landen dürfen“. Wichtig sei es, Österreichs Standards in der EU durchzusetzen. Dabei sollten die Konzerne nicht zu stark über unsere Lebensmittel und Atomkraft bestimmen dürfen.
33	Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards	Eugen Freund kämpft gegen Chlorhendl und Atomkraft	15.04.2014	
34	Fehlende Transparenz	„Das politische System begünstigt immer Männer“	10.04.2014	Ich finde es schon dramatisch, dass man auf diese Art und Weise überhaupt beginnt, so ein Abkommen zu verhandeln. Diese Intransparenz ist eine Verhöhnung der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Unser größtes Problem sind die intransparent geführten Verhandlungen. Es ist so was von verfehlt, zu glauben, dass das europäische Parlament dem zustimmen könnte.
34	Transparenz	„Das politische System begünstigt immer Männer“	10.04.2014	
35	Gefahr für Datenschutzstandards	EU und USA fordern in den Verhandlungen viele Dinge ein, die bei der Gegenseite Befremden auslösen.	05.04.2014	Die großen US-Internetkonzerne erhoffen sich von TTIP gemeinsame Standards, v. a. zur Nutzung von persönlichen Daten, aber auch zu Steuerfragen. Doch die NSA-Affäre und EU-Ängste um Datenschutz überschatten den Verhandlungspunkt der „Digital Economy“.
35	Chancen für Wirtschaftskraft	EU und USA fordern in den Verhandlungen viele Dinge ein, die bei der Gegenseite Befremden auslösen.	05.04.2014	Öffentliche Aufträge In der Krise haben die Amerikaner immer mehr „Buy American“-Regelungen für öffentliche Aufträge geschaffen, etwa für Infrastruktur oder die Armee. Damit sollten Jobs gesichert werden. Demnach dürfen nur amerikanische Produkte (oft auch amerikanische Rohstoffe) benutzt werden. Ein Ende dieser Klauseln würde europäischen Unternehmen einen riesigen Markt von über 1000 Milliarden Dollar im Jahr öffnen.
35	Datenschutzstandards, Industrie, Wirtschaftskraft	EU und USA fordern in den Verhandlungen viele Dinge ein, die bei der Gegenseite Befremden auslösen.	05.04.2014	
36	Gefahr durch Schiedsgerichte, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Freihandel gegen den Bedeutungsschwund	05.04.2014	Kritiker warnen, dass damit Regierungen bei Umweltschutz oder Rechtsstandards Spielraum gegenüber Konzernen verlieren.
36	Chance für Wirtschaftskraft	Freihandel gegen den Bedeutungsschwund	05.04.2014	Freihandel gegen den Bedeutungsschwund. Das Abkommen zum Freihandel mit den USA soll die Rolle der EU in der Weltwirtschaft zementieren.
36	Chancen für europäische / österreichische Standards	Freihandel gegen den Bedeutungsschwund	05.04.2014	Innerhalb der Handelsabteilung der Kommission besteht die Rolle des Abkommens daher auch daraus, Standards für künftige Abkommen zu zementieren. Denn verhandelt wird ja auch mit asiatischen Ländern. „Wenn die USA und die EU jetzt ein umfassendes Abkommen abschließen, setzt das große Schwellenländer wie China unter Druck.“

36	Chancen für KMUs, Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Freihandel gegen den Bedeutungsschwund	05.04.2014	Dennoch geht die EU Kommission davon aus, dass TTIP die jährliche EU-Wirtschaftsleistung bis 2027 um 0,5 Prozent steigern wird. Zwei bis drei Millionen mehr Jobs verspricht sich die EU. Zwar geht auch die Handelsexpertin von positiven Effekten aus, so würde ein Handelsabkommen gerade Klein- und Mittelbetriebe unterstützen, die wegen unterschiedlicher Vorschriften nur mit hohem Mehraufwand aus den USA in die EU oder vice versa exportieren können.
36	Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Wirtschaftskraft, Standards, KMUs, Arbeitsplätze	Freihandel gegen den Bedeutungsschwund	05.04.2014	
37	Gefahr durch Schiedsgerichte	Streit um Investorenschutz	28.03.2014	„Schiedsgerichte sind nicht dazu da, über die Hintertür soziale und umweltpolitische Rechte auszuhöhlen. Nur wenn das nicht erfolgt und die sozialen und umweltpolitischen Aspekte entsprechen, können wir aus österreichischer Sicht einem solchen Abkommen zustimmen“, Faymann hatte erklärt, dass es eine Regelung zum Investorenschutz im geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und den USA nicht brauche.
37	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Streit um Investorenschutz	28.03.2014	
37	Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards	Streit um Investorenschutz	28.03.2014	
38	Fehlende Transparenz, Gefahr für Lebensmittelstandards, für Sozialstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Grüne Kritik an EU-Information	27.03.2014	Grüne Kritik an EU-Information. Sie wollen wissen und transparent machen, inwieweit das Abkommen zum Beispiel heimische Umwelt-, Sozial- oder Lebensmittelstandards verletzen könnte, und verlangen Dokumente und Auskunft, was die Regierung diesbezüglich vorhabe.
38	Transparenz, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards, Lebensmittelstandards	Grüne Kritik an EU-Information	27.03.2014	
39	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Sozialstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Ein Abkommen zwischen „Chlorhendl“ und europäischer Note	27.03.2014	Ein Abkommen zwischen „Chlorhendl“ und europäischer Note. Ihre Sorge gilt dem Chlor in amerikanischen Hühnern. Das sei nämlich „stark genug, um Beton zu zerfressen“. Elisabeth Grossmann (SPÖ) warnt auch vor „Hormonschnitzel“ und Genmais als mögliche Auswirkungen des geplanten Abkommens. Woraufhin Kanzler Werner Faymann beruhigt: „Wenn das ein Verschlechterungsabkommen hinsichtlich Umwelt und Sozialstandards ist, werden wir nicht zustimmen.“
39	Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards	Ein Abkommen zwischen „Chlorhendl“ und europäischer Note	27.03.2014	
40	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, Gefahr für Verbraucherstandards	Obama verspricht den EU-Partnern Hilfe und Sicherheit	27.03.2014	Er teile die Sorge in Europa vor einer Schwächung von Konsumentenrechten oder Umweltstandards, sagte er. So etwas wolle er selber nicht unterschreiben.
40	Verbraucherstandards, Umwelt- und Energiestandards	Obama verspricht den EU-Partnern Hilfe und Sicherheit	27.03.2014	
41	Fehlende Transparenz	Freihandel: FP will Volksentscheid	26.03.2014	Mehr Information über Abkommen mit USA gefordert. Es mangelt an Information darüber.
41	Gefahr für Lebensmittelstandards	Freihandel: FP will Volksentscheid	26.03.2014	Der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer (FPÖ) und der Grüne Michel Reimon sehen klar die USA als Profiteur, da sie europäische Normen etwa im Lebensmittelbereich herabsetzen wollen.
41	Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Freihandel: FP will Volksentscheid	26.03.2014	Große Unterschiede zwischen den Handelspartnern gibt es etwa in Zulassungsverfahren für Medikamente. Auch Ulla Weigerstorfer vom Team Stronach befürchtet eine Unterwanderung der europäischen Standards.

41	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Freihandel: FP will Volksentscheid	26.03.2014	Keinen Bedarf sieht Krainer an einer Schlichtungsstelle zwischen Industrie und Staat, da das nur bei Ländern mit fragwürdigen Rechtssystemen notwendig sei.
41	Standards, Transparenz, Lebensmittelstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Schiedsgerichte	Freihandel: FP will Volksentscheid	26.03.2014	
42	Fehlende Transparenz	Rupprechter-Kritik an mutlosen Klimazielen	25.03.2014	Er fordert transparente TTIP-Verhandlungen. Ebenso kritisch bewerte er den Ablauf der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EUUSA (TTIP). Der Agrarrat müsse laufend informiert werden, Ergebnisse transparent sein.
42	Transparenz	Rupprechter-Kritik an mutlosen Klimazielen	25.03.2014	
43	Gefahr durch Schiedsgerichte	Sanktionen gegen Russland haben Folgen für EU	17.03.2014	Gefahr für die Errungenschaften des europäischen Rechtsstaates.
43	Schiedsgerichte	Sanktionen gegen Russland haben Folgen für EU	17.03.2014	
44	Gefahr durch Schiedsgerichte	Richter gegen Rechtsstaat und gegen Demokratie	11.02.2014	Richter gegen Rechtsstaat und gegen Demokratie. Dass ein Jurist geheime Verfahren mit Urteilen ohne Berufungsmöglichkeit verteidigt, ist bemerkenswert. Eine gemeinsame Studie von Corporate Europe Observatory und des Transnational Institute dokumentiert, wie ein exklusiver Kreis von Kanzleien und Juristen mit Klagen gegen Staaten Millionenumsätze macht. Damit besteht für sie ein Anreiz, zugunsten des Investors zu entscheiden: Da in diesem System nur der Investor klagen kann, ebnet Entscheidungen zu seinen Gunsten den Weg für weitere Klagen und damit mehr Einkommen für die Schiedsrichter. Interessenkonflikte Nur 15 Schiedsrichter haben 55 Prozent aller bekannten Fälle entschieden. Dazu kommt, dass dieselbe Gruppe in den Verfahren auch Anwälte und hinzugezogene Experten stellt. Das Völkerrecht darf nicht zum Geschäftsfeld und schon gar nicht zum verlängerten Arm der Konzerne werden. Zum Beispiel nahm Kanada ein Gesetz, das Blei im Benzin verbot, nach einer Klage durch einen US-Investor zurück – und zahlte auch noch millionenschweren Schadenersatz. Häufig reicht die Klagsdrohung („regulatory chill“). Konzerne setzen diese Klagen als Waffe gegen jedwede Regulierung ein, auch wenn diese demokratisch legitimiert sind und für alle gleich gelten.
44	Schiedsgerichte	Richter gegen Rechtsstaat und gegen Demokratie	11.02.2014	
45	Gefahr für Lebensmittelstandards	Freihandelsabkommen wackelt	04.02.2014	TTIP nicht dazu führen darf, dass die hohen deutschen und europäischen Standards für die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln aufgegeben werden
45	Gefahr durch Schiedsgerichte	Freihandelsabkommen wackelt	04.02.2014	Sie lehne die Einführung privater Schiedsgerichte kategorisch ab, vor denen Investoren Staaten verklagen können. Das würde bedeuten, dass Großkonzerne ihre Interessen gegen die Gesetzgebung der Mitgliedsländer der EU durchsetzen können, und zwar ohne demokratische Kontrolle, das hätte eine historische Dimension.
45	Lebensmittelstandards, Schiedsgerichte	Freihandelsabkommen wackelt	04.02.2014	

46	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	NGOs – für den Staat, aber gegen Kontrolle	30.01.2014	Klar ist, dass man diese zwischenstaatliche Streitbeilegung „entpolitisieren“ (Stichwort „Kanonenbootpolitik“) wollte. Tatsache ist, dass Investoren nur in knapp einem Viertel aller Fälle erfolgreich sind und in der Regel nur einen Bruchteil der (oft überzogenen) Entschädigungsforderungen zugesprochen erhalten. Die Fälle, in denen Investoren entschädigt wurden, resultieren häufig aus extremen Situationen wie De-facto-Enteignungen oder sonstigen staatlichen Maßnahmen, bei denen die rechtsstaatlichen Grundsätze der fairen und gerechten Behandlung oder der Nichtdiskriminierung oft aufs Größte missachtet wurden. Die mittlerweile fast durchwegs öffentlich verfügbaren Schiedssprüche in Investitionsstreitigkeiten basieren auf akribischer Prüfung der konkreten Vorwürfe. Klar ist auch, dass Schiedsgerichte im Rahmen von ISDS keinem Staat untersagen können, bestimmte gesetzgeberische oder sonstige Maßnahmen im Rahmen seiner Regulierungshoheit zu treffen, sondern Schadenersatz zuzusprechen, wenn die Maßnahmen in besonders intransparenter, unfairer oder gegenüber ausländischen Investoren diskriminierender Weise getroffen wurden.
46	Schiedsgerichte	NGOs – für den Staat, aber gegen Kontrolle	30.01.2014	
47	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	„Stop and Go“ bei EU-Freihandelspakt mit USA	22.01.2014	Die Klauseln sollen Unternehmen ermöglichen, sich gegen eine Vertragsverletzung durch einen Staat vor einem internationalen Schiedsgericht zu wehren.
47	Gefahr durch Schiedsgerichte	„Stop and Go“ bei EU-Freihandelspakt mit USA	22.01.2014	Nichtregierungsorganisationen warnten davor, dass sich Konzerne künftig gegen unliebsame Gesetze wehren können.
47	Schiedsgerichte	„Stop and Go“ bei EU-Freihandelspakt mit USA	22.01.2014	
48	Gefahr durch Schiedsgerichte	EU-Kommission bremst bei Freihandel mit den USA	20.12.2013	Doch zuletzt hatte es eine Welle der Kritik von Nichtregierungsorganisation gegeben. Greenpeace kritisiert etwa das „Klagerecht für Konzerne im Hinterzimmer“. Der Fall von Philip Morris gegen den Staat Australien zeigt, dass derartige Klauseln Unternehmen auch über Briefkastenfirmen die Tür öffnen können, gegen ungelegene Regeln vorzugehen. In diesem Fall klagt eine Hongkonger Tochter des US-Tabakkonzerns gegen die Verpackungsvorschriften, die Australien bei Zigarettenverpackungen erlassen hat, und beruft sich auf die ISDS. Umgekehrt gibt es auf globaler Ebene derzeit kein Gericht, das Klagen gegen transnationale Konzerne annimmt, die Menschenrechte und Arbeitsnormen verletzen, die Umwelt zerstören, die Gesundheit gefährden, Studien manipulieren, Steuern vermeiden oder Regierungen bestechen. Diese rechtliche Asymmetrie kennzeichnet die antiliberale Globalisierung.
	Gefahr für Verbraucherstandards, für Lebensmittelstandards, für öffentliche Daseinsvorsorge, für Datenschutzstandards, für Sozialstandards, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen, für Umwelt- und Energiestandards	EU-Kommission bremst bei Freihandel mit den USA	20.12.2013	Im Juli wurde erstmals verhandelt. Da zwischen EU und USA ohnehin kaum noch Zölle existieren, geht es vorrangig um „nichttarifäre Handelsbarrieren“ wie zum Beispiel öffentliche Aufträge, Konsumenten- und Datenschutz, Kennzeichnung von Lebensmitteln, Umweltgesetze, Medikamentenpreise, Patente, Schürfrechte oder Arbeitsnormen. In allen Bereichen ist „gegenseitige Anerkennung“ vorgesehen, das heißt: die jeweils geringeren Standards der USA oder der EU gelten auch im anderen Land. Für die EU könnte dies Gentechnik auf dem Teller, Hormonfleisch, Chlorhühner, das Aus für Generika, gefährliche und benzinfressende Autos sowie die Aushebelung des Streikrechts und der Kollektivvertragsfreiheit.

				Kollektivvertragsfreiheit bedeuten. Zudem ist ein „Positivansatz“ vorgesehen: Alles, was nicht ausdrücklich ausgenommen ist, ist drin.
48	Gefahr für Lebensmittelstandards	EU-Kommission bremst bei Freihandel mit den USA	20.12.2013	Besonders sensible Bereiche im TTIP bleiben Lebensmittel- und Ökostandards. Hier gibt es Bedenken, dass künftig US-Hormonfleisch in der EU vertrieben würde.
48	Fehlende Transparenz	EU-Kommission bremst bei Freihandel mit den USA	20.12.2013	Effektiver wäre eine EU-weite Volksabstimmung, denn Öffentlichkeit ist für Investitionsschutzabkommen wie Knoblauch für Vampire. Deshalb laufen die Verhandlungen auch geheim. Wenn TTIP tatsächlich ein Gewinn für das Gemeinwohl wäre, dann mögen es die Verhandler doch bitte hinter dem Vorhang hervorholen, den Text publizieren und breit diskutieren und dann: Volksabstimmung.
48	Chancen für Wirtschaftskraft	EU-Kommission bremst bei Freihandel mit den USA	20.12.2013	Ökonomen erwarten sich von dem TTIP wirtschaftliche Vorteile. Laut Berechnungen des Center for Economic and Policy Research soll es die Wirtschaftsleistung der EU bis 2027 um 120 Milliarden Euro erhöhen
48	Verbraucherstandards, öffentliche Daseinsvorsorge, Datenschutzstandards, Sozialstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen, Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Wirtschaftskraft, Schiedsgerichte, Transparenz	EU-Kommission bremst bei Freihandel mit den USA	20.12.2013	
49	Gefahr für Datenschutzstandards, für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Welliger Weg zur weltgrößten Freihandelszone	09.07.2013	Nach einer groben Faustregel gelten in der EU strengere Auflagen sowohl beim Daten- als auch beim Umwelt- und Verbraucherschutz. Google, Facebook & Co drängen darauf, die Datenschutzregeln der EU zu lockern. 93 Prozent aller in den USA angebauten Sojabohnen stammen inzwischen aus unverändertem Saatgut, bei Mais sind es 88, bei Zuckerrüben sogar 95 Prozent.
49	Gefahr für Lebensmittelstandards	Welliger Weg zur weltgrößten Freihandelszone	09.07.2013	Genmanipulierte Nahrung stößt in Europa auf große Skepsis, die meisten Amerikaner haben kaum Probleme damit. Amerikanische Landwirte setzen in großem Stil auf das „Frankenstein Food“, wie es die Kritiker nennen.
49	Datenschutzstandards, Verbraucherstandards, Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards	Welliger Weg zur weltgrößten Freihandelszone	09.07.2013	
50	Chancen für Wirtschaftskraft	Poker um Gespräche mit USA zu Freihandel	04.07.2013	Die Regierung in Berlin spricht sich dennoch vorsichtig für den Beginn der Verhandlungen aus, die Abbau von Handelsschranken und ein zusätzliches Wachstum von 0,5 Prozent bringen sollen.
50	Wirtschaftskraft	Poker um Gespräche mit USA zu Freihandel	04.07.2013	

51	Chancen für Wirtschaftskraft	US-Freihandel und ein virtueller Scheck über 545 Euro	18.06.2013	US-Freihandel und ein virtueller Scheck über 545 Euro. Jeder Haushalt könne mit 545 Euro per anno profitieren.
51	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	US-Freihandel und ein virtueller Scheck über 545 Euro	18.06.2013	Abkommen könnte der EU 400.000 neue Arbeitsplätze bringen. Transatlantisches Mammut-Projekt für mehr Wohlstand und Arbeitsplätze. Unterschiedliche technische Normen, Sicherheitsstandards oder Wettbewerbsvorschriften schränken den Handel jedoch ein. Laut EU-Berechnungen könnte ein Freihandelsabkommen für die EU einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 120 Mrd. Euro pro Jahr
51	Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze	US-Freihandel und ein virtueller Scheck über 545 Euro	18.06.2013	

16.1.6 Kronen Zeitung

Alle Zeilen mit einem Eintrag in der Spalte „Paraphrasierung“ enthalten in der Spalte „Kategorien / Themen“ Kategorien. Die restlichen Zeilen enthalten in der zweiten Spalte Themen.

Artikel-Nr.	Kategorien / Themen	Titel des Artikels	Datum	Paraphrasierung
1	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, öffentliche Daseinsvorsorge	Neue TTIP-Runde in Amerika: Deutliche Ablehnung aus Wien	30.09.2014	„Hemmungslose Deregulierung und Liberalisierung haben sich in der Umweltpolitik ebenso als Irrweg erwiesen, wie erzwungene Privatisierung bei der öffentlichen Daseinsvorsorge.“
1	Umwelt- und Energiestandards, Öffentliche Daseinsvorsorge	Neue TTIP-Runde in Amerika: Deutliche Ablehnung aus Wien	30.09.2014	
2	Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Landwirtschaft	Rübenbauern warnen vor TTIP: „Pakt bringt Gentech-Zucker!“	30.09.2014	Rübenbauern warnen vor TTIP: „Pakt bringt Gentech-Zucker!“ Die Landwirte befürchten durch die Überschwemmung des heimischen Marktes mit Gentech-Zucker aus den USA Verluste bis zu 40 Millionen Euro. Wer für Freihandel eintritt, stimmt dem Import von Nahrungsmitteln aus diesen Horror-Pflanzen zu
2	Landwirtschaft, Lebensmittelstandards	Rübenbauern warnen vor TTIP: „Pakt bringt Gentech-Zucker!“	30.09.2014	
3	Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Landwirtschaft	EU verhöhnt Gegner von CETA!	28.09.2014	Sie „feiern“ sogar das Ende der Verhandlungen, obwohl massive Probleme für heimische Bauern (Stichwort Chlorhuhn & Genmais) drohen.
3	Landwirtschaft, Lebensmittelstandards	EU verhöhnt Gegner von CETA!	28.09.2014	
4	Fehlende Transparenz	Rupprechter-Kritik an US-Kurs „Mehr Informationen ist notwendig“	24.09.2014	Hart geht der Umweltminister, der selbst aus der EU kommt, mit der scheidenden Kommission wegen mangelnder Transparenz ins Gericht: „Es fehlt die nötige Information der Öffentlichkeit, auch von amerikanischer Seite, für den Abbau von Misstrauen und Vorurteilen.“
4	Gefahr für Lebensmittelstandards	Rupprechter-Kritik an US-Kurs „Mehr Informationen ist notwendig“	24.09.2014	Der nächste Aufreger: In 160 Ländern, unter anderem Österreich, ist der gefährliche Futtermittelzusatz Ractopamin verboten, in den USA nicht – und die Amerikaner beharren darauf, dass es im Rahmen des TTIP-Abkommens erlaubt wird.
4	Transparenz, Lebensmittelstandards	Rupprechter-Kritik an US-Kurs „Mehr Informationen ist notwendig“	24.09.2014	
5	Gefahr für Lebensmittelstandards	Gesunde Nahrung für Polizisten, Nein zu Chlorhühnern aus den USA	22.09.2014	Gesunde Nahrung für Polizisten, Nein zu Chlorhühnern aus den USA. Auch Innenministerin Johanna Mikl-Leitner stellt sich gegen Chlorhuhn & Co.: „Es geht auch um die Gesundheit unserer Polizisten!“ „Unsere Polizisten brauchen gesunde Nahrung, um leistungsfähig zu bleiben und um im Kampf gegen die Kriminalität zu bestehen.“

				Chlorhühner, Gentechnik und Analogkäse haben auf den Tellern der Beamten nichts verloren“,
5	Lebensmittelstandards	Gesunde Nahrung für Polizisten, Nein zu Chlorhühnern aus den USA	22.09.2014	
6	Gefahr für Lebensmittelstandards	Kampf um Lebensmittel-Standards.	22.09.2014	Kampf um Lebensmittel-Standards. Es geht um die österreichischen Sorgen, dass bei TTIP die Lebensmittelstandards nach unten „angeglichen“ werden. Die Wahrung dieser hohen Standards will Österreich aber verankert wissen, da sonst, so die österreichische Delegation, das TTIP Abkommen scheitern wird.
6	Fehlende Transparenz	Kampf um Lebensmittel-Standards.	22.09.2014	Wie Österreich überhaupt mehr Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen EU – USA fordert.
6	Transparenz, Lebensmittelstandards	Kampf um Lebensmittel-Standards.	22.09.2014	
7	Gefahr für Landwirtschaft	Bauernsterben durch US-Pakt.	21.09.2014	Bauernsterben durch US-Pakt. Neue TTIP-Studie beweist verheerende Folgen für Österreichs Landwirtschaft. Der US-Handelspakt wird bei uns ein massives Bauernsterben auslösen und die Öko-Landwirtschaft gefährden! Das beweist die bisher fundierteste Prognose, erstellt vom Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut ifo.
7	Landwirtschaft	Bauernsterben durch US-Pakt.	21.09.2014	
8	Gefahr durch Schiedsgerichte	„Handelspakt notfalls durch Volksabstimmung stoppen!“	20.09.2014	Denn vor allem die geheimen Schiedsgerichte unterhöhlen die Demokratie in einem ganz neuen Ausmaß.
8	Schiedsgerichte	„Handelspakt notfalls durch Volksabstimmung stoppen!“	20.09.2014	
9	Gefahr für Lebensmittelstandards	„Amerika muss wissen, dass wir TTIP ablehnen“	19.09.2014	„Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir Chlorhuhn & Co. nicht dulden.“ keine Verschlechterung unserer Standards hinnehmen werden.
9	Gefahr durch Schiedsgerichte	„Amerika muss wissen, dass wir TTIP ablehnen“	19.09.2014	Schatten-Gerichtsbarkeit in Form von Schiedsgerichten für Konzerne nicht hinnehmbar.
9	Lebensmittelstandards, Wirtschaftskraft, Schiedsgerichte	„Amerika muss wissen, dass wir TTIP ablehnen“	19.09.2014	
10	Gefahr für KMUs	Petition aus Österreich lässt EU wanken	18.09.2014	Die milliardenschweren US-Konzerne werden uns überrollen.
10	Gefahr für Lebensmittelstandards	Petition aus Österreich lässt EU wanken	18.09.2014	CETA ist gefährlich, weil es TTIP durch die Hintertür ermöglichen würde. US-Konzerne müssten nur eine Niederlassung in Kanada gründen und könnten uns dann mit <u>Chlorhühnern</u> und <u>Gentechnik überschwemmen</u> .
10	KMUs, Lebensmittelstandards	Petition aus Österreich lässt EU wanken	18.09.2014	
11	Gefahr durch Schiedsgerichte	Angst vor Kanada-Handelspakt: TTIP-Gefahr durch die Hintertür!	16.09.2014	So sollen Konzerne vor privaten Schiedsgerichten gegen EU-Staaten klagen können, wenn sie ihre Investitionen gefährdet sehen. Außerdem wird eine Klausel verhindern, dass einmal durchgeführte Privatisierungen jemals wieder rückgängig gemacht werden.
11	Schiedsgerichte	Angst vor Kanada-Handelspakt: TTIP-Gefahr durch die Hintertür!	16.09.2014	
12	Gefahr für Landwirtschaft	Öko-- Dank an unsere Leser	13.09.2014	Von der ersten Stunde an steht der Chef der rotweißroten Lebensmittelkette auf unserer Seite, um den Handelspakt oder zumindest die

				schlimmsten Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft zu verhindern.
12	Gefahr für Lebensmittelstandards und öffentliche Daseinsvorsorge	Öko-- Dank an unsere Leser	13.09.2014	Mehr als 550.000 „Krone“-Leser haben die Petition gegen Chlorhuhn, Genmais und auch den Ausverkauf unseres Wassers unterschrieben!
12	Fehlende Transparenz	Öko-- Dank an unsere Leser	13.09.2014	Es beantragt eine Sondersitzung und fordert die Regierung auf, „die Bevölkerung endlich in ausreichendem Maße in die Verhandlung zu CETA, TTIP und TiSA einzubinden und direkt demokratisch zu beteiligen“.
12	Landwirtschaft, Öffentliche Daseinsvorsorge, Lebensmittelstandards, Transparenz	Öko-- Dank an unsere Leser	13.09.2014	
13	Gefahr durch Schiedsgerichte	Anfragen-Rekord aus Österreich	12.09.2014	Ist es der Anfang vom Ende des unseligen Paktes? Jedenfalls hatte die Kommission schon im Frühjahr veranlasst, den Abschnitt Konzernklagen vorläufig aus den TTIP-Verhandlungen mit den USA herauszunehmen. Symbolischer Sieg über die bürgerferne EU-Kommission – so wurden bei einer „öffentlichen Konsultation“ über die bei TTIP vorgesehenen Klagsrechte fast 150.000 Protest-Anfragen eingebracht. „Ein Sieg von David gegen Goliath.“
13	Schiedsgerichte	Anfragen-Rekord aus Österreich	12.09.2014	
14	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, Gefahr für Landwirtschaft	Auf die EU rollt im Herbst eine riesige TTIP-Protestwelle zu	10.09.2014	Handelspakt bedroht Vielfalt auf unseren Biobauernhöfen. Die Vielfalt an uralten Sorten und seltenen Tierrassen auf unseren Bauernhöfen ist weltweit einzigartig. Gerade diesen agrarischen „Arche Noahs“ droht durch die Übermacht. 550.000 Unterschriften der „Krone“-Leser gegen den US-Handelspakt wollen 180 Organisationen die drohende TTIP-Katastrophe bekämpfen milliardenschwerer Konzerne der Untergang. „Von der kleinstrukturierten, vorbildlichen heimischen Landwirtschaft wird nicht viel überbleiben, wenn uns die US-Agrarkonzerne überrollen.“
14	Gefahr durch Schiedsgerichte	Auf die EU rollt im Herbst eine riesige TTIP-Protestwelle zu	10.09.2014	Letztere machen dagegen mobil, dass US-Unternehmen durch TTIP eine Klagemöglichkeit gegen gesetzliche Verbesserungen im Umwelt- oder Sozialbereich bekommen.
14	Landwirtschaft, Umwelt- und Energiestandards, Schiedsgerichte, Sozialstandards	Auf die EU rollt im Herbst eine riesige TTIP-Protestwelle zu	10.09.2014	
15	Gefahr für Landwirtschaft	US-Konzerne profitieren weit mehr vom TTIP-Abkommen!	09.09.2014	„Die rotweißrote Geflügelwirtschaft, aber auch der Anbau mancher Getreidesorten würde massiv unter Druck geraten“, Düstere Aussichten also für unsere Bauern und Konsumenten.
15	Landwirtschaft	US-Konzerne profitieren weit mehr vom TTIP-Abkommen!	09.09.2014	
16	Gefahr für Lebensmittelstandards	Unsere Bio-Erfolge verteidigen	31.08.2014	Neuerliche Warnung vor US-Handelspakt-Auswirkungen. Unsere Bio-Erfolge verteidigen. Der Handelspakt ist eine Gefahr für ‚Bio‘. Wir dürfen in unserem Widerstand nicht nachlassen.
16	Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge, fehlende Transparenz	Unsere Bio-Erfolge verteidigen	31.08.2014	Da laufen in Brüssel geheime Verhandlungen über den Ausverkauf unseres Wassers durch die Hintertür! Diese Gespräche zur Förderung von Konzerninteressen hinter verschlossenen Türen lassen wir uns nicht länger bieten.“
16	Lebensmittelstandards, Transparenz, öffentliche Daseinsvorsorge	Unsere Bio-Erfolge verteidigen	31.08.2014	
17	Gefahr für Lebensmittelstandards	Jetzt kämpft der britische Spitzenkoch Jamie Oliver gegen den US-Handelspakt	24.08.2014	Seine Sorgen sind die von mehr als 500.000 Österreichern, die unsere „Krone“-Petition unterzeichnet haben: „Das Abkommen würde künstliche Zusatzstoffe, Arsen in Hühnern und Wachstumshormone auf unsere Teller bringen.“

17	Lebensmittelstandards	Jetzt kämpft der britische Spitzenkoch Jamie Oliver gegen den US-Handelspakt	24.08.2014	
18	Fehlende Transparenz	Kampf gegen TTIP-Pakt und seinen „kanadischen Bruder“	13.08.2014	Der Umweltskandal um den US-Handelspakt TTIP und das ebenso schlimme CETA-Abkommen mit Kanada ist um eine Facette reicher. Denn der Geheim-Entwurf des Vertrages mit der EU liegt dem österreichischen Parlament vor. Grün-Mandatar Werner Kogler kritisiert, dass die Bürger kein Recht haben, Einsicht zu nehmen.
18	Gefahr durch Schiedsgerichte	Kampf gegen TTIP-Pakt und seinen „kanadischen Bruder“	13.08.2014	Vor allem die umstrittenen Sonderklagsrechte für Konzerne bedeuten für Österreich Schlimmes. Denn dabei geht es um die Möglichkeit für Unternehmen, von Staaten hohen Schadenersatz einfordern zu können, wenn diese ihre Milliardengewinne durch nationale Gesetze gefährdet sehen.
18	Gefahr für Landwirtschaft, für Umwelt- und Energiestandards	Kampf gegen TTIP-Pakt und seinen „kanadischen Bruder“	13.08.2014	Die geplante ungehemmte Öffnung der Märkte gefährdet die kleinen Bauern und auch unsere sehr hohen Umweltstandards.
18	Transparenz, Schiedsgerichte, Landwirtschaft, Umwelt- und Energiestandards	Kampf gegen TTIP-Pakt und seinen „kanadischen Bruder“	13.08.2014	
19	Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Sozialstandards	Sieg der „Krone“ für gesundes Essen!	12.08.2014	Mit heutigem Tag hat unsere „Krone“-Petition gegen den für Bauern und Konsumenten so verheerenden US-Handelspakt TTIP die Schallmauer durchbrochen: Mehr als eine halbe Million Österreicher hat für gesundes Essen und gegen Chlorhuhn und Co. unterschrieben. TTIP könnte heimische Sozialstandards auf ein Dritte-Welt-Niveau zurückschrauben.
19	Sozialstandards, Lebensmittelstandards	Sieg der „Krone“ für gesundes Essen!	12.08.2014	
20	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards	Marmeladenkönig gegen TTIP: „Wir wollen keine Öko-Diktatur“	11.08.2014	Wir wollen keine Kompromisse auf Kosten der hohen heimischen Umwelt- und Sozialgesetze.“
20	Fehlende Transparenz	Marmeladenkönig gegen TTIP: „Wir wollen keine Öko-Diktatur“	11.08.2014	Er kennt jeden seiner Obstbauern persönlich, umso betroffener macht den Wiener Marmeladenkönig Hans Staud, was die EU-Kommission und amerikanische Konzerne im Geheimen paktieren.
20	Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards, Transparenz	Marmeladenkönig gegen TTIP: „Wir wollen keine Öko-Diktatur“	11.08.2014	
21	Fehlende Transparenz	TTIP bedroht ganz Europa	10.08.2014	Hunderte US-Konzern- Lobbyisten dürfen den TTIP-Vertragsentwurf lesen, aber Brüssel gibt ihn nicht einmal an Regierungen weiter! Nur ein Punkt, weswegen die sture Kommission immer mehr unter Druck kommt.
21	Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge	TTIP bedroht ganz Europa	10.08.2014	Bei den streng geheimen Verhandlungen geht es um die Zukunft Europas: Es droht eine riesige Privatisierungswelle bei Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr und Universitäten sowie eine Entmachtung der Parlamente!
21	Transparenz, öffentliche Daseinsvorsorge	TTIP bedroht ganz Europa	10.08.2014	
22	Gefahr durch Schiedsgerichte	US-Pakt könnte über Hintertür doch nach Österreich kommen	08.08.2014	Wie berichtet, beklagen Gegner von CETA und natürlich auch TTIP, dass Investor-Klagen gegen Staaten vor intransparenten Schiedsgerichten verhandelt werden, die nur im Sinne der Megakonzerne agieren. Deshalb fordert Greenpeace, dass sich unsere Regierung ein Vetorecht vorbehält
22	Schiedsgerichte	US-Pakt könnte über Hintertür doch nach Österreich kommen	08.08.2014	
23	Fehlende Transparenz	„Voller Widerstand gegen TTIP“	06.08.2014	Eben diese Geheimverhandlungen. Denn dadurch werden die Einrichtungen des Rechtsstaates ausgehebelt und unser aller Bürgerrechte eingeschränkt.

23	Gefahr durch Schiedsgerichte, für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards	„Voller Widerstand gegen TTIP“	06.08.2014	Ich habe schwerste demokratiepolitische Bedenken, weil hier Konzernen alle Macht gegeben werden soll. Das hat mit freiem Handel rein gar nichts mehr zu tun. Denn durch die Schiedsgerichte könnten sogar unsere hohen Umwelt- und Sozialstandards ausgehebelt werden.
23	Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards, Transparenz	„Voller Widerstand gegen TTIP“	06.08.2014	
24	Gefahr für Standards im Kulturbereich	„Wasser so wertvoll wie Kunstschatze!“	05.08.2014	„Wo öffentliche Kulturförderung geschieht, würde diese durch das TTIP-Abkommen als wettbewerbsverzerrend verboten werden.“ Der US-Handelspakt wird Auswirkungen auf die Kunstszene haben. Aktionskünstler Arne Nostitz hat einen Protestspot entwickelt.
24	Standards im Kulturbereich	„Wasser so wertvoll wie Kunstschatze!“	05.08.2014	
25	Gefahr für Sozialstandards, für Umwelt- und Energiestandards, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Deutsche kritisieren US-Pakt, heimische Regierung schweigt	02.08.2014	Die Standards im Sozial-, Gesundheits- oder Ökobereich dürfen nicht sinken.
25	Gefahr durch Schiedsgerichte, Fehlende Transparenz	Deutsche kritisieren US-Pakt, heimische Regierung schweigt	02.08.2014	Politiker forderten jetzt eindeutig ein Ende der Geheimhaltung und eine Abkehr von den Schiedsgerichten, die lediglich Mega-Konzernen dienen!
25	Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Schiedsgerichte, Transparenz	Deutsche kritisieren US-Pakt, heimische Regierung schweigt	02.08.2014	
26	Fehlende Transparenz	Brisante TTIP-Verhandlungen bleiben weiterhin strikt geheim	01.08.2014	Brisante TTIP-Verhandlungen bleiben weiterhin strikt geheim. Die Forderung der sechs Parlamentsparteien zur Offenlegung der Geheimverhandlungen erhielt eine Absage. Es wird weiter hinter verschlossenen Türen verhandelt.
26	Gefahr für Sozialstandards, für Lebensmittelstandards	Brisante TTIP-Verhandlungen bleiben weiterhin strikt geheim	01.08.2014	Gemeinsam bekräftigten die beiden, gegen den Pakt vorzugehen, sollten die hohen europäischen Sozial- und Lebensmittelstandards gesenkt werden.
26	Transparenz, Sozialstandards, Lebensmittelstandards	Brisante TTIP-Verhandlungen bleiben weiterhin strikt geheim	01.08.2014	
27	Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	TTIP schadet der Gesundheit	31.07.2014	TTIP wird äußerst bedrohliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen haben! Denn sowohl global agierende Pharmakonzerne als auch amerikanische Fleischexportfirmen wollten Handelshemmnisse für Hormonfleisch abbauen und Österreich damit überschwemmen. Nur eine der Folgen: Antibiotika-Resistenz! Durch vermehrten Hormoneinsatz in der US Fleisch- und Milchproduktion entsteht ein Überschuss etwa an Östrogen, der in der Folge beim Verzehr den Hormonhaushalt völlig aus dem Gleichgewicht bringen kann.“ Einige Krebsarten und Unfruchtbarkeitsprobleme bei Männern könnten auf steigende Belastung mit hormonwirksamen Substanzen zurückgehen.
27	Lebensmittelstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	TTIP schadet der Gesundheit	31.07.2014	
28	Gefahr für Landwirtschaft	Drei tückische Knackpunkte für umstrittenen Handelspakt	30.07.2014	Für die meisten heimischen Landwirte und Winzer ist der TTIP-Handelspakt ein Schreckgespenst.

28	Gefahr für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen	Drei tückische Knackpunkte für umstrittenen Handelspakt	30.07.2014	Geschützte Herkunftsbezeichnungen sind wiederum den USA ein Dorn im Auge. Die Amerikaner wollen dabei aber nicht unserer Wachauer Marille den Garaus machen. Sie beanspruchen jedoch, dass z. B. italienischstämmige Amerikaner, die seit Generationen in den USA Hartkäse herstellen, diesen offiziell auch Parmesan nennen dürfen.
28	Landwirtschaft, Urheberrechte und Ursprungsbezeichnungen	Drei tückische Knackpunkte für umstrittenen Handelspakt	30.07.2014	
29	Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge	„Wasser ist Menschenrecht!“	28.07.2014	„Wasser ist Menschenrecht!“ Wasser darf nicht Gegenstand von Geschäften und Spekulationen von Konzernen werden, der freie Zugang zu sauberem und frischem Wasser ist ein Menschenrecht und ist weltweit zu respektieren.“
29	Fehlende Transparenz	„Wasser ist Menschenrecht!“	28.07.2014	„Alles, was hier geheim hinter Polstertüren von Lobbyisten ausgepackt werden soll, ist schon aus diesem Grund höchst verdächtig. Als österreichischer Volksanwalt verlange ich im Interesse der Bevölkerung volle Transparenz. Daher: Sofort auf den Tisch, was ihr mit Hunderten Millionen Menschen vorhabt“
29	Öffentliche Daseinsvorsorge, Transparenz	„Wasser ist Menschenrecht!“	28.07.2014	
30	Gefahr für Lebensmittelstandards	Die TTIP-Gegner dürfen hoffen: Pakt steht jetzt auf der Kippe!	27.07.2014	Es wäre katastrophal, wenn unser Bemühen um wertvolle Lebensmittel durch TTIP zerstört würden.
30	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards, für Verbraucherstandards	Die TTIP-Gegner dürfen hoffen: Pakt steht jetzt auf der Kippe!	27.07.2014	Wie man es dreht und wendet, am Ende werden unsere hart erkämpften Standards für Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Konsumentenschutz durch TTIP untergraben.
30	Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards, Verbraucherstandards	Die TTIP-Gegner dürfen hoffen: Pakt steht jetzt auf der Kippe!	27.07.2014	
31	Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Landwirtschaft	US-Pakt gefährdet Milchqualität	26.07.2014	Millionen Österreicher werden heute zu einem guten Glas Almmilch greifen. Doch auch dieses wertvolle Lebensmittel der Heimat ist in seiner Qualität durch den US-Handelspakt gefährdet. Diese Sorge teilen auch die Chefs einiger rot-weiß-roter Molkereien. Österreichs Milchprodukte stehen für höchste Qualität – kontrollierte Gentechnik-Freiheit, Regionalität, naturnahe Produktion und gesicherte Verarbeitungsstandards.“ Das alles dürfe nicht durch so ein internationales Abkommen gefährdet werden. Die Verhandler müssten darauf achten, dass die Qualität unserer Produkte gerettet und damit Arbeitsplätze auf Bauernhöfen und bei den Verarbeitern erhalten werden.
31	Landwirtschaft, Arbeitsplätze, Lebensmittelstandards	US-Pakt gefährdet Milchqualität	26.07.2014	
32	Fehlende Transparenz	„Ein rabiaterer Ansatz“: Interner Wirbel bei NEOS	25.07.2014	Er betont, dass es Transparenz brauche, und er will auch das Landwirtschaftskapitel aus dem Pakt ausklammern.
32	Chancen für Wirtschaftskraft	„Ein rabiaterer Ansatz“: Interner Wirbel bei NEOS	25.07.2014	In einem EU-Ausschuss vor wenigen Tagen sagte Mlinar, dass sie TTIP als „Entwicklungschance für die europäische Wirtschaft“ sehe
32	Wirtschaftskraft, Transparenz	„Ein rabiaterer Ansatz“: Interner Wirbel bei NEOS	25.07.2014	
33	Fehlende Transparenz	Türen auf bei Handelspakt-Verhandlungen. Wenn Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden,	24.07.2014	Gewerkschaft kritisiert die Geheimniskrämerei.

		wird das den Arbeitnehmern kaum Vorteile bringen, deshalb: „Türen auf!“		
33	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Türen auf bei Handelspakt-Verhandlungen. Wenn Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden, wird das den Arbeitnehmern kaum Vorteile bringen, deshalb: „Türen auf!“	24.07.2014	Wenn es um den in Europa und vor allem Österreich heftig in der Kritik stehenden TTIP Pakt geht (Stichworte: Lebensmittelstandards, Gentechnik, Fracking und Co.)
33	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Türen auf bei Handelspakt-Verhandlungen. Wenn Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden, wird das den Arbeitnehmern kaum Vorteile bringen, deshalb: „Türen auf!“	24.07.2014	Die Verhandlungen seien schwierig, aber bewältigbar, und am Ende würden beide Seiten profitieren – durch Wachstum und Jobs.
33	Gefahr für Wirtschaftskraft, Gefahr für Arbeitsplätze	Türen auf bei Handelspakt-Verhandlungen. Wenn Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden, wird das den Arbeitnehmern kaum Vorteile bringen, deshalb: „Türen auf!“	24.07.2014	Sie verweist auf die NAFTA, die 1994 gegründete nordamerikanische Freihandelszone zwischen USA, Kanada und Mexiko. „Auch damals wurden mehr Jobs und Wohlstand versprochen, doch leider ist das nicht eingetreten. Im Gegenteil.“
33	Gefahr durch Schiedsgerichte	Türen auf bei Handelspakt-Verhandlungen. Wenn Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden, wird das den Arbeitnehmern kaum Vorteile bringen, deshalb: „Türen auf!“	24.07.2014	Ein Dorn im Auge sind ihr auch mögliche außerstaatliche Handelsgerichtshöfe. Da werden Gesetze unterminiert.
33	Transparenz, Schiedsgerichte, Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft, Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards	Türen auf bei Handelspakt-Verhandlungen. Wenn Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden, wird das den Arbeitnehmern kaum Vorteile bringen, deshalb: „Türen auf!“	24.07.2014	
34	Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Landwirtschaft	Biolegende warnt vor US-Pakt	23.07.2014	Ich mache mir Sorgen, dass eine Landwirtschaft frei von Gentechnik unmöglich wird.“ „Vor allem ökologisch wirtschaftende Betriebe hätten keine Möglichkeiten mehr, ihre Qualitätsstandards aufrechtzuerhalten.
34	Landwirtschaft, Lebensmittelstandards	Biolegende warnt vor US-Pakt	23.07.2014	
35	Gefahr für Lebensmittelstandards, durch Schiedsgerichte	Hinter den Kulissen beim Handelspakt	20.07.2014	Zu komplex sind die Hintergründe für einen möglichen Vertrag, der bereits im Vorfeld eine Protestlawine ausgelöst hat. Stichworte: Hormonfleisch, Gentechnik oder undurchsichtige Handelsgerichtshöfe. das sprichwörtlich gewordene Chlorhuhn fliegt immer mit

35	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Hinter den Kulissen beim Handelspakt	20.07.2014	Der Pakt soll einzig und alleine Wachstum und Arbeitsplätze schaffen – und den größten Wirtschaftsraum der Welt. Davon würden beide Seiten gleichermaßen profitieren.
35	Gefahr durch Schiedsgerichte	Hinter den Kulissen beim Handelspakt	20.07.2014	Der Pakt begünstigt Großkonzerne, die so geltendes nationales Recht und die staatliche Gerichtsbarkeit umgehen können.“
35	Schiedsgerichte, Lebensmittelstandards, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze	Hinter den Kulissen beim Handelspakt	20.07.2014	
36	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Pakt schafft Wachstum und Jobs	19.07.2014	Pakt schafft Wachstum und Jobs. Der Pakt wird Wachstum und Arbeitsplätze schaffen – ohne Schulden zu machen.
36	Chancen für europäische / österreichische Standards	Pakt schafft Wachstum und Jobs	19.07.2014	Es ist ein großer Mythos, dass die Standards in den USA generell niedriger sind als in Europa. Bei vielen Produkten, wie bei Farbstoffen in Kosmetikprodukten oder auch beim Kinderspielzeug, haben wir strengere Richtlinien. Auch legen wir z. B. großen Wert darauf, dass bei Rindern keine Antibiotika eingesetzt werden.
36	Chancen für europäische / österreichische Standards	Pakt schafft Wachstum und Jobs	19.07.2014	Wir müssen an die Geopolitik denken. China und Indien fordern uns heraus. Da sollten Europa und die USA zusammenrücken. Nur gemeinsam können wir globale Standards festlegen und damit eine Richtung vorgeben.
36	Fehlende Transparenz	Pakt schafft Wachstum und Jobs	19.07.2014	Der Widerstand gegen den von der Kommission im Geheimen ausgedachten US-Handelspakt wird von Stunde zu Stunde größer. Denn jetzt kam es sogar im EU-Parlament zu heftigen Protesten gegen das skrupellose Verhalten der Brüsseler Mächtigen.
36	Gefahr für Lebensmittelstandards	Pakt schafft Wachstum und Jobs	19.07.2014	Das Abkommen, das uns Chlorhühner und Gentechnik bringen wird, muss gestoppt werden!
36	Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Lebensmittelstandards, Standards, Transparenz	Pakt schafft Wachstum und Jobs	19.07.2014	
37	Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Tierschutzstandards	Massentierhaltung als Brutstätte für Seuchen	18.07.2014	Massentierhaltung als Brutstätte für Seuchen. Massentierhaltung, wie sie durch den US-Handelspakt durchgesetzt werden soll, rächt sich! Das zeigt sich in Nordamerika, wo durch die unerträglichen Haltungsbedingungen bereits Millionen Schweine verendet sind. Die Viruserkrankungen breiten sich explosionsartig aus. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Schweine, Hühner oder Schafe, die in diesen Megaställen gehalten werden und mit Antibiotika gemästet werden, sind einfach anfälliger.
37	Gefahr für die Landwirtschaft	Massentierhaltung als Brutstätte für Seuchen	18.07.2014	Auch sie warnt daher eindringlich vor den Konsequenzen des Handelspaktes, der unsere Bergbauern der mächtigen Konkurrenz der übermächtigen Agrarkonzerne dieser Welt aussetzen würde: „Viele müssten ihre Höfe für immer aufgeben.“
37	Landwirtschaft, Lebensmittelstandards, Tierschutzstandards	Massentierhaltung als Brutstätte für Seuchen	18.07.2014	
38	Gefahr durch Schiedsgerichte	150 Organisationen im Kampf gegen US-Pakt	17.07.2014	Verantwortung tragen die EU-Kommission und die amerikanische Bundesregierung zu gleichen Teilen. Konzerne sollen juristische Narrenfreiheit erhalten.
38	Fehlende Transparenz	150 Organisationen im Kampf gegen US-Pakt	17.07.2014	„Was soll dieser Geheimhaltungsfimmel? Aufgrund ihrer technischen Möglichkeiten kennen die Amerikaner unsere Geheimnisse ja schon, bevor wir sie selbst kennen.“
38	Schiedsgerichte, Transparenz	150 Organisationen im Kampf gegen US-Pakt	17.07.2014	

39	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Schmutziger Deal um Fracking!	16.07.2014	Schmutziger Deal um Fracking!, Ein brisantes, jetzt der Washington Post zugespieltes Geheimdokument beweist eindeutig, dass der Handelspakt entgegen aller Beteuerungen doch die heimischen Ökostandards aushebelt: TTIP wird US-Konzernen das Recht geben, geackertes Gas und Öl ohne jede Überprüfung oder Verzögerung in die EU zu verkaufen. Die EU will durch TTIP einen Blankoscheck, um ungehindert dreckige fossile Energie aus Amerika importieren zu können. Diese Methode ist sehr energieaufwendig und hat deshalb eine schlechte Klimabilanz mit schrecklichen Umweltauswirkungen.
39	Umwelt- und Energiestandards	Schmutziger Deal um Fracking!	16.07.2014	
40	Gefahr für Lebensmittelstandards	Wichtiger Vorstoß der Grünen: „Klonfleisch-Import verbieten“	15.07.2014	Grünen-Mandatar Wolfgang Pirkhuber verlangt, um TTIP zuvorkommen, ein sofortiges Importverbot für Klontiere und deren Fleisch.“
40	Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge	Wichtiger Vorstoß der Grünen: „Klonfleisch-Import verbieten“	15.07.2014	Unser Hirter Bergquellwasser stammt aus 24 eigenen Quellen aus dem Wasserschutzgebiet gegenüber der Brauerei, und das sollte für unsere Nachkommen so bleiben.“
40	Lebensmittelstandards, öffentliche Daseinsvorsorge	Wichtiger Vorstoß der Grünen: „Klonfleisch-Import verbieten“	15.07.2014	
41	Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, für Lebensmittelstandards	„Ein Angriff auf die Volksgesundheit“	14.07.2014	„Ein Angriff auf die Volksgesundheit“ Eindringlich warnt jetzt Österreichs Spitzenmediziner Dr. Markus Metka vor den gesundheitlichen Folgen, die der US-Handelspakt für uns mit sich bringen würde. Der Hormonspezialist sieht einen Angriff auf die Volksgesundheit. TTIP müsse unbedingt gestoppt werden.
41	Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Lebensmittelstandards	„Ein Angriff auf die Volksgesundheit“	14.07.2014	
42	Gefahr für Lebensmittelstandards	„Richtige Ernährung ist das Geheimnis unseres Erfolgs“	13.07.2014	Geheimnis unseres Erfolgs“ Sie wissen, wie kostbar Lebensmittel sind! Denn richtige Ernährung ist Teil ihres Erfolgs. Daher kämpfen Spitzensportler gegen den US-Handelspakt (TTIP), der uns Hormonfleisch, Chlorhühner & Gentechnik auf die Teller bringen könnte. Ich finde es erschreckend, wenn ich höre, dass durch TTIP der Weg geebnet wird für Intensiv-Antibiotika- Fleisch aus den USA.
42	Lebensmittelstandards	„Richtige Ernährung ist das Geheimnis unseres Erfolgs“	13.07.2014	
43	Gefahr für Wirtschaftskraft	"Sie fallen uns in den Rücken!"	11.07.2014	Auf Europaebene sind es vor allem die Konservativen, die offen die Interessen von Konzernen vertreten und den Pakt befürworten. Vor allem die deutsche Kanzlerin Merkel und Briten-Premier Cameron liefern sich den Wirtschaftsinteressen der USA aus.
43	Wirtschaftskraft	"Sie fallen uns in den Rücken!"	11.07.2014	
44	Gefahr für Lebensmittelstandards	Gegen US-Handelspakt kämpfen, es geht um Zukunft der Jugend!	10.07.2014	Ich habe die Petition unterschrieben, weil ich auch in Zukunft gesunde Lebensmittel essen will.“ Auch ihr Kollege Halilovic trifft den Nagel auf den Kopf: „Ich mache bei der Unterschriften-Aktion mit, weil es mir nicht egal ist, was wir in Zukunft essen werden. Man muss sich wehren, bevor es zu spät ist.“ Inzwischen haben wir mit unserer „Krone“-Petition die 320.000-Marke übersprungen. Jede einzelne Unterschrift unterstützt uns im Kampf gegen Genmais, Chlorhuhn & Co.
44	Lebensmittelstandards	Gegen US-Handelspakt kämpfen, es geht um Zukunft der Jugend!	10.07.2014	
45	Gefahr für Lebensmittelstandards	Auch Österreichs Top-Winzer gegen den US-Handelspakt	08.07.2014	Auch Österreichs Top-Winzer gegen den US-Handelspakt. Wertvolle heimische Tröpferl nicht Kunstweinen opfern. Unser oberstes Prinzip ist gerade im Weinbau immer im Einklang mit der

				Natur zu arbeiten. Das hohe Niveau der Lebensmittel in Österreich darf nicht gefährdet sein.“
45	Lebensmittelstandards	Auch Österreichs Top-Winzer gegen den US-Handelspakt	08.07.2014	
46	Gefahr für Standards im Kulturbereich	„Ein klares Nein zum Handelspakt“	07.07.2014	Der US-Handelspakt würde die heimische Kulturszene und Filmförderung nachhaltig schädigen! Selbst Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny schlägt Alarm: Wo öffentliche Kulturförderung geschieht, würden diese im TTIP-Abkommen als wettbewerbsverzerrend verboten werden. Heimische Autoren haben in einem Kampf den festen Ladenpreis für Bücher erstritten: Das bedeutet, ein Buch muss überall in Österreich zum selben Preis verkauft werden, um Preisdumping zu verhindern und den Einzelbuchhandel zu unterstützen. In der Schweiz wurde dieser Festpreis aufgehoben, was ganz schnell zu einem Sterben kleiner Buchhändler führte. Durch TTIP mit seinem radikalen Abbau angeblicher Handelshemmnisse würde alles noch schlimmer werden.
46	Standards im Kulturbereich	„Ein klares Nein zum Handelspakt“	07.07.2014	
47	Gefahr für Lebensmittelstandards, für öffentliche Daseinsvorsorge, Gefahr für Tierschutzstandards	Ein Freibrief auf Kosten der Gesundheit	06.07.2014	Chlor-Hühner, Gen-Mais oder Privatisierung von Trinkwasser. Das könnte uns drohen, wenn die EU das Freihandelsabkommen mit den USA unterschreibt. So ist es in den USA erlaubt, Hühner nach der Tötung in einem Chlor-Bad zu desinfizieren, um damit vor allem Salmonellen abzutöten. Diese Praxis ermöglicht eine noch viel grausamere Haltung der Hühner als in Europa derzeit üblich. Denn je dichter, schmutziger und industrieller Tiere gehalten werden, desto eher verbreiten sich Keime und Krankheiten. Zudem warten derzeit rund 20 gentechnisch veränderte Pflanzen auf ihre Zulassung durch die Europäische Kommission.
47	Fehlende Transparenz	Ein Freibrief auf Kosten der Gesundheit	06.07.2014	Es braucht hier mehr Information und Transparenz!
47	Transparenz, Lebensmittelstandards, Öffentliche Daseinsvorsorge, Tierschutzstandards, Umwelt- und Energiestandards	Ein Freibrief auf Kosten der Gesundheit	06.07.2014	
48	Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge	„Hände weg vom Trinkwasser“	05.07.2014	„Hände weg vom Trinkwasser“ Im „Krone“-Interview warnt der einflussreiche Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer (ÖVP) vor den Konsequenzen der geplanten Privatisierung der Wasserversorgung und anderer kommunaler Dienstleistungen. Die Daseinsvorsorge der Menschen in Österreich darf nicht dem freien Markt unterworfen werden. Denn Konzerne würden – etwa bei einem Zugriff auf unser Wasser – die Dienstleistungen nur aufrecht erhalten, wo sprudelnde Gewinne zu erwarten sind
48	Fehlende Transparenz	„Hände weg vom Trinkwasser“	05.07.2014	Seine Kernforderung: Kanzler Faymann (von Anfang an felsenfest hinter der „Krone“-Kampagne) und Vizekanzler Spindlegger (noch etwas zögerlich) müssen sich bei der EU für eine Ende der Geheimverhandlungen rund um TTIP und TiSA einsetzen
48	Transparenz, öffentliche Daseinsvorsorge	„Hände weg vom Trinkwasser“	05.07.2014	

49	Fehlende Transparenz, Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Gefahr für Tierschutzstandards	2,70 Euro für ein Kilo Stier	04.07.2014	Chlorhühner hören sich so eklig an, dass sie zum „Wappentier“ für das US Freihandelsabkommen TTIP geworden sind, das gegen alle Brüsseler Demokratie-Beteuerungen hinter verschlossenen Türen ausgepackelt wird – aber es würde nicht nur der heimischen Geflügelwirtschaft bei ihren Bemühungen, den Konsumenten gesundes und tierschutzgerecht produziertes Fleisch auf den Tisch zu bringen, arg ins Handwerk pfuschen.
49	Gefahr für Landwirtschaft	2,70 Euro für ein Kilo Stier	04.07.2014	Stiermäster gelten unter Oberösterreichs Bauern als Extrembeispiel dafür, wie eine ungebremste Konkurrenz aus dem Land flacher Fleischladerln, die aus alten Kühen gemacht werden, den viel zitierten Feinkostladen Österreich zudrehen würde. Kein heimischer Hörndlbauer würde das überleben, zumal auch die 3,70 Euro, die er jetzt erzielt, gerade die Kosten für Ankauf und Aufzucht decken.
49	Transparenz, Lebensmittelstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Landwirtschaft, Tierschutzstandards	2,70 Euro für ein Kilo Stier	04.07.2014	
50	Gefahr für Sozialstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Umwelt- und Energiestandards	Landtagsparteien auch gegen CETA	04.07.2014	Auch die Landespolitiker befürchten, dass durch diese Abkommen Umwelt- und Gesundheitsstandards sowie Arbeitnehmerrechte untergraben und Demokratie und Recht dadurch ausgehöhlt werden könnten.
50	Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards	Landtagsparteien auch gegen CETA	04.07.2014	
51	Gefahr für Lebensmittelstandards	TTIP: Feinkostladen Europas in Gefahr!	04.07.2014	Österreichs Lebensmittelbranche ist sich der verheerenden Folgen des US-Handelspakts für unsere Spezialitäten voll und ganz bewusst! Das Freihandelsabkommen mit den USA ermöglicht den großen Marktteilnehmern aber einen Warenaustausch über den Atlantik, der auf regionale, traditionelle und in Mitteleuropa abgesicherte Qualitätsstandards keine Rücksicht nimmt.
51	Gefahr für Landwirtschaft	TTIP: Feinkostladen Europas in Gefahr!	04.07.2014	Sie alle stünden bei Unterzeichnung des TTIP Abkommens einer übermächtigen, milliardenschweren Agrokonzern- Lobby gegenüber“,
51	Lebensmittelstandards, Landwirtschaft	TTIP: Feinkostladen Europas in Gefahr!	04.07.2014	
52	Gefahr für Lebensmittelstandards	250.000 gegen US-Handelspakt	03.07.2014	Ein klares Nein zu jedem Anschlag der Agrarkonzerne auf den Feinkostladen Österreich – die Kampfansage der heimischen Bauern gegen den US-Handelspakt mit Genmais und Chlorhühnern. Als Speerspitze des Widerstands erneuert Bauernbund- Vizepräsidentin Elisabeth Köstinger ihren Ökoschwur, in Brüssel gegen Chlorhuhn, Hormonfleisch und Gentechnik zu kämpfen.
52	Lebensmittelstandards	250.000 gegen US-Handelspakt	03.07.2014	
53	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Umweltallianz	03.07.2014	Aktuell kämpfen viele Umweltschützer gegen das Freihandelsabkommen TTIP. Je globaler unsere Welt, umso wichtiger ist es, mit starker geeinter Stimme gegenüber großen Konzernen aufzutreten.
53	Umwelt- und Energiestandards	Umweltallianz	03.07.2014	

54	Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	„Nur das Volk selbst darf über US-Handelspakt entscheiden!“	02.07.2014	Der Handelspakt ist um einen Schrecken reicher. Denn jetzt wurde bekannt, dass die US-Pharmalobby auch zu verhindern versucht, dass die Öffentlichkeit uneingeschränkter Einblick in Medikamententests bekommt. Zwar will die EU Zulassungsbehörde „European Medicines Agency“ bald gesetzlich regeln, wie Arzneimittelhersteller ihre Studien öffentlich machen müssen, doch die Amerikaner versuchen das mittels TTIP kaltblütig zu torpedieren
54	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Verbraucherstandards	„Nur das Volk selbst darf über US-Handelspakt entscheiden!“	02.07.2014	Hormonfleisch, Weichstoffe in Nuckelflaschen und jetzt auch noch die Unverfrorenheit der internationalen Pharmalobby – es reicht!
54	Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Lebensmittelstandards, Verbraucherstandards	„Nur das Volk selbst darf über US-Handelspakt entscheiden!“	02.07.2014	
55	Gefahr für Landwirtschaft	Ganze Stadt gegen den US-Pakt	01.07.2014	„Wir leben in einer landwirtschaftlich dominierten Gegend mit vielen Biobauern. Unsere Kleinregion ist eine der niederschlagsärmsten Gegenden Österreichs. Die Dürre im Frühling dieses Jahres hat gezeigt, wie wichtig die Lebensgrundlage Wasser für uns alle ist. Und diese dürfen wir uns nicht durch große weltweit agierende Konzerne entreißen lassen.“
55	Landwirtschaft	Ganze Stadt gegen den US-Pakt	01.07.2014	
56	Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge, für Umwelt- und Energiestandards	Neue Umweltallianz gegründet: Kampf gegen US-Handelspakt	30.06.2014	Es steht in diesen Stunden viel auf dem Spiel für die heimische, aber auch die globale Umwelt. Denn in Brüssel und Genf (Verhandlungen zur Privatisierung unseres Wassers!) formieren sich die mächtigsten Konzerne dieser Welt, um Mutter Natur mit Gentechnik, Pestiziden und Mega-Staudämmen zu überziehen.
56	Öffentliche Daseinsvorsorge, Umwelt- und Energiestandards	Neue Umweltallianz gegründet: Kampf gegen US-Handelspakt	30.06.2014	
57	Gefahr für Landwirtschaft, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Schützt unsere Lebensmittel	29.06.2014	Erst vor kurzem wurde die Saatgutverordnung gestoppt. Mit TTIP soll der Etappensieg wieder gekippt und alle Schranken geöffnet werden. Österreich hat sich gegen Gentechnik entschieden, doch wenn der Pakt kommt, sind unsere Kleinbauern dem Konkurrenzdruck der Monokulturen und Gentechnik direkt ausgesetzt. Wie sollen unsere Landwirte überleben? Und vor allem, wo bleibt der Umweltschutz und der Schutz der Artenvielfalt, die sich die EU als großes Ziel auf die Fahnen geschrieben hatte? Mit dem TTIP wird wieder alles gleicher. Keine Vielfalt in der Wirtschaft und auf dem Acker.“
57	Umwelt- und Energiestandards, Landwirtschaft	Schützt unsere Lebensmittel	29.06.2014	
58	Gefahr für Landwirtschaft	„US-Pakt“ würde Tausende Bauern vom Hof vertreiben	28.06.2014	Der Handelspakt mit seiner ungehemmten Macht für die milliarden schweren Agrarkonzerne wird verheerende Folgen für unsere Bauern haben: Österreichs kleinstrukturierte Landwirtschaft müsste mit Mega-Tierfabriken in den USA konkurrieren! Schon jetzt geben jährlich 2000 Landwirte ihre Existenz auf. D.h.: Der „US-Freihandelspakt“ TTIP würde Zehntausende weitere von Alm und Stall vertreiben. Der verheerende Pakt wird alles rasant beschleunigen. Ich erwarte mir Widerstand aller unserer Bauernvertreter!
58	Landwirtschaft	„US-Pakt“ würde Tausende Bauern vom Hof vertreiben	28.06.2014	
59	Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge	Gegen Allmacht der Konzerne!	27.06.2014	Neue Brisanz erhält unser Protest, weil einmal beschlossene Privatisierungen (etwa unseres Wassers) nie mehr rückgängig gemacht werden können. „Da sollen öffentliche Dienstleistungen

				zum Spielball von Profitinteressen großer multinationaler Konzerne werden.
59	Fehlende Transparenz	Gegen Allmacht der Konzerne!	27.06.2014	Diese Verhandlungen müssen ausgesetzt werden, bis der Text nicht mehr geheim ist.
59	Gefahr durch Schiedsgerichte	Gegen Allmacht der Konzerne!	27.06.2014	Einmal mehr warnen Umweltschützer auch vor dem geplanten internationalen Schiedsgericht, das einer Privatisierung der Gerichtsbarkeit gleichkommt. Laut Arbeiterkammer-Informationen haben ausländische Investoren schon jetzt allein im vergangenen Jahr 60 Klagen gegen Nationalstaaten erhoben. „Vor allem US-Firmen versuchen mit Milliardenklagen ihr Recht auf diese zweifelhafte Art durchzuboxen.“
59	Öffentliche Daseinsvorsorge, Transparenz, Schiedsgerichte	Gegen Allmacht der Konzerne!	27.06.2014	
60	Gefahr für Landwirtschaft, Gefahr für Lebensmittelstandards	Ökopioniere gegen US-Handelspakt	26.06.2014	Wir haben weltweit die höchsten Standards. Wenn das Freihandelsabkommen zum Tragen kommen würde, dann wäre die österreichische Geflügelproduktion mit den kleinen Einheiten erledigt.“ Wenn die großen Agrokonzerne das Sagen haben, dann bedeutet das das Aus für Tausende Höfe in ganz Österreich. Doch der US-Handelspakt würde uns minderwertigstes Hormonfleisch aus Übersee bescheren.
60	Standards, Lebensmittelstandards, Landwirtschaft	Ökopioniere gegen US-Handelspakt	26.06.2014	
61	Gefahr für die Umwelt- und Energiestandards	Neue Öko-Gefahren durch TTIP	24.06.2014	SPAR warnt vor Überschwemmung mit Erdäpfelpestizid durch US-Handelspakt. Jetzt entdecken Experten – bei genauem Studium der Inhalte des US-Handelspakts – immer neue Ökoge-fahren für die heimische Landwirtschaft! Denn durch die geplante drastische Absenkung der Umweltstandards könnten unsere Erdäpfelfelder mit einem zur Stunde noch verbotenen Bienengift überschwemmt werden.
61	Gefahr für Lebensmittelstandards	Neue Öko-Gefahren durch TTIP	24.06.2014	Dann werden die Umweltstandards noch mehr abgesenkt. Dann braucht sich die Agroindustrie vor gar nichts mehr zu fürchten, und einer Vergiftung unserer wertvollen Lebensmittel steht nichts mehr im Wege.“
61	Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards	Neue Öko-Gefahren durch TTIP	24.06.2014	
62	Gefahr für Lebensmittelstandards	Chlorhuhn, nein danke!	21.06.2014	Ihre Chlorhühner können die Amis gerne behalten
62	Lebensmittelstandards	Chlorhuhn, nein danke!	21.06.2014	
63	Gefahr durch Schiedsgerichte, für Lebensmittelstandards, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	US-Pakt hebt unsere Demokratie aus	20.06.2014	Die milliarden-schweren Konzerne können per fragwürdigen privaten Schiedsgericht unsere hohen sozialen und Umweltstandards verbieten lassen. Konzerne können dann unser nationales Parlament und damit die Demokratie aushebeln. Wir würden mit minderwertigstem Essen überschwemmt, das noch dazu gesundheitsgefährdend ist.
63	Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards, Lebensmittelstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	US-Pakt hebt unsere Demokratie aus	20.06.2014	
64	Fehlende Transparenz	„Schutz von Arbeit und Natur nicht TTIP-Abkommen opfern“	19.06.2014	Mit klaren Worten verurteilt der SPÖ-Chef, der – wie berichtet – als allererster heimischer Politiker gegen den TTIP Pakt opponiert hatte, die Geheimverhandlungen der EU mit amerikanischen Vertretern, hinter denen die milliarden-schweren Agrar- und Industriekonzerne stehen.

64	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards	„Schutz von Arbeit und Natur nicht TTIP-Abkommen opfern“	19.06.2014	„Schutz von Arbeit und Natur nicht TTIP-Abkommen opfern“ Österreich hat deutlich höhere Umwelt- und Sozialstandards als die USA. Wir werden diese Schutzbestimmungen nicht opfern und so einem Abkommen nicht zustimmen.
64	Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge	„Schutz von Arbeit und Natur nicht TTIP-Abkommen opfern“	19.06.2014	„Unsere Wasserversorgung darf nicht aufs Spiel gesetzt werden“,
64	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	„Schutz von Arbeit und Natur nicht TTIP-Abkommen opfern“	19.06.2014	Ich sehe derzeit keine Notwendigkeit für ein Schiedsgerichtsverfahren, das den Unternehmen die Möglichkeit gibt, unabhängig von nationalen Gerichten Staaten zu verklagen. Die Rechtssysteme der EU und der USA sind stark genug.
64	Umwelt- und Energiestandards, Transparenz, Sozialstandards, öffentliche Daseinsvorsorge, Schiedsgerichte	„Schutz von Arbeit und Natur nicht TTIP-Abkommen opfern“	19.06.2014	
65	Gefahr durch Schiedsgerichte	„Ich werde immer für unsere Gentech-Freiheit kämpfen!“	18.06.2014	Die Klage eines milliardenschweren Konzerns gegen ein heimisches Gentechverbot könnte bei Unterzeichnung des Paktes auch in Österreich passieren
65	Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge, Gefahr für Lebensmittelstandards	„Ich werde immer für unsere Gentech-Freiheit kämpfen!“	18.06.2014	Internationale Konzerne dürfen unter keinen Umständen Zugriff auf unser Wasser haben. Ich bin klar für die Biolandwirtschaft! Gentechnikfreiheit ist und bleibt im Burgenland unser Prinzip!
65	Schiedsgerichte, Lebensmittelstandards, Öffentliche Daseinsvorsorge	„Ich werde immer für unsere Gentech-Freiheit kämpfen!“	18.06.2014	
66	Gefahr für Tierschutzstandards, Fehlende Transparenz	„Geheimpakt“ soll Tierschutz für unsere Hühner abschaffen	17.06.2014	„Geheimpakt“ soll Tierschutz für unsere Hühner abschaffen. Bio“ feiert große Erfolge! Doch unsere internationale Reputation als das weltweite Ökoland Nummer eins wird jetzt aufs Spiel gesetzt! Denn ausgerechnet während der Kampf gegen das TTIP-Abkommen (Chlorhühner) immer heftiger wird, sollen bei uns die Tierschutzstandards für die Hühner drastisch gesenkt werden.
66	Tierschutzstandards, Lebensmittelstandards, Transparenz	„Geheimpakt“ soll Tierschutz für unsere Hühner abschaffen	17.06.2014	
67	Gefahr für Lebensmittelstandards, für öffentliche Daseinsvorsorge und Sozialstandards, für Sozialstandards	Mächtiges Umweltbündnis	16.06.2014	Aber die Regenbogenkämpfer sind nicht die Einzigen, die gegen Genmais, Chlorhühner, Klonfleisch sowie die Verschlechterung unserer Sozialstandards und den Ausverkauf unserer Wasserreserven mobilisieren. Aus heimischen Quellen sprudelt kostbares Nass. Unsere Wasserversorgung darf nicht in die Hände von Konzernen geraten.
67	Gefahr für Landwirtschaft	Mächtiges Umweltbündnis	16.06.2014	Auch der Bauernbund steht dem geplanten Vertragswerk äußerst kritisch gegenüber, weil die kleinstrukturierte heimische Landwirtschaft unter die Räder mächtiger Agrarkonzerne zu geraten droht.
67	Lebensmittelstandards, Sozialstandards, Öffentliche Daseinsvorsorge, Landwirtschaft	Mächtiges Umweltbündnis	16.06.2014	

68	Gefahr durch Schiedsgerichte	Österreich drohen Konzernklagen in Milliardenhöhe	15.06.2014	TTIP soll Konzernen den Marktzugang zur größten Freihandelszone ermöglichen, ohne dass Staaten hierauf noch Einfluss haben. Verhandelt wird das Abkommen vor allem von Finanzinvestoren, Industrielobbyisten und 600 offiziellen Beratern von Großkonzernen. Und sie wollen für ihre Auftraggeber mit TTIP vor allem eines: „Investitionsschutz“. Sollten dann heimische Gesetze, Behörden oder gar Bürgerinitiativen die Geschäfte der Österreich drohen Konzernklagen in Die EU und die USA wollen mit dem Abkommen TTIP die größte Freihandelszone der Welt schaffen. Was so wirtschaftlich klingt, birgt gehörigen Sprengstoff in sich: Konzerne könnten Staaten wegen Rauchverboten, der Anhebung von Mindestlöhnen oder des Ausstiegs aus der Atomkraft auf Gewinnentgang verklagen. Auf Österreichs Steuerzahler könnten gigantische Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe zukommen. Konzerne „stören“, dann könnten auf Österreichs Steuerzahler gigantische Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe zukommen. Jede nachträgliche Vertragsänderung des unkündbaren TTIP bedarf der Zustimmung sämtlicher Signatarstaaten. Diese teuren und aufwendigen Verfahren finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und enden (schon wegen der enormen Streitwerte und Prozessrisiken) nicht selten mit Vergleichen und hohen staatlichen Entschädigungszahlungen.
68	Schiedsgerichte	Österreich drohen Konzernklagen in Milliardenhöhe	15.06.2014	
69	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Im Zweifel gegen die Menschen	14.06.2014	Umstrittenes Freihandelsabkommen soll Wirtschaft und Beschäftigung ankurbeln. Das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA soll die Wirtschaft und die Beschäftigung ankurbeln. Durch den Abbau von bürokratischen Hürden rechnet die EU mit 120 Milliarden Euro mehr Wirtschaftsleistung pro Jahr und 800.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Das Ziel seien auch mehr Chancen für österreichische Unternehmen.
69	Gefahr für Sozialstandards	Im Zweifel gegen die Menschen	14.06.2014	Die hohen heimischen Sozial und Arbeitsstandards sind in großer Gefahr. Europäische und amerikanische Mindeststandards im Arbeitsrecht klaffen weit auseinander. Das belegt auch die UN-Arbeitsorganisation (ILO), die eine Art Grundrechte-Charta festgelegt hat. Zu den entscheidenden acht Kernarbeitsnormen zählen etwa die Abschaffung von Zwangs- und Kinderarbeit, ein Diskriminierungsverbot sowie das Recht auf eine Arbeitnehmervertretung. Alle 28 EU Staaten haben alle acht Normen ratifiziert, die USA nur zwei. Kritiker des Freihandelsabkommens befürchten nun, dass unsere hohen Sozial- und Arbeitsstandards in Gefahr sind und gesenkt werden könnten. Die Folgen: steigende Einkommensunterschiede, Druck auf Löhne oder auch die Aushöhlung guter Arbeitsbedingungen.
69	Gefahr durch Schiedsgerichte	Im Zweifel gegen die Menschen	14.06.2014	Ein weiterer Punkt ist der Investitionsschutz. Dieser räumt internationalen Unternehmen weitreichende Klagebefugnisse gegen Nationalstaaten ein, wenn sie ihre Rendite durch nationale Gesetzesänderungen geschmälert sehen.
69	Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Sozialstandards, Schiedsgerichte	Im Zweifel gegen die Menschen	14.06.2014	

70	Fehlende Transparenz, Gefahr für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards	EU-Geheimplan FÜR Gentechnik	13.06.2014	Denn wie der angesehene deutsche „Spiegel“ aufdeckt, haben die milliardenschweren US-Agrarkonzerne mit der EU jetzt einen geheimen Schlachtplan entworfen, um Europa mit Gentechnik zu überrollen! Ein Geheimpapier, das jetzt dem „Spiegel“ zugespielt wurde, beweist, dass die Brüsseler Agrarbürokratie ungeniert Lobbyarbeit für milliardenschwere Gentech-Konzerne betreibt.
70	Transparenz, Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards	EU-Geheimplan FÜR Gentechnik	13.06.2014	
71	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, Fehlende Transparenz, Gefahr für Arbeitsplätze	Hochspannung um unsere Energiezukunft	12.06.2014	Umweltmäßig bedenkliches Erdgas- „Fracking“ könnte auch auf Europa überschwappen. Zusätzlich drohen Klagen der Atomlobby gegen Staaten, die wie Österreich keine AKW wollen! Kein Wunder also, dass es auch bei den Geheimverhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP mit den USA darum geht, Europas Energiemarkt weiter zu „öffnen“. Dieses Gas macht nun US-Industriewaren billiger und bedroht somit europäische Betriebe mit ihren Arbeitsplätzen.
71	Gefahr durch Schiedsgerichte	Hochspannung um unsere Energiezukunft	12.06.2014	Sogar die Atomkraft könnte über die Hintertür des Abkommens ein Comeback feiern. Wichtiger Teil ist nämlich der unbedingte Schutz von Investoren.
71	Umwelt- und Energiestandards, Transparenz, Industrie, Arbeitsplätze, Schiedsgerichte	Hochspannung um unsere Energiezukunft	12.06.2014	
72	Gefahr für die öffentliche Daseinsvorsorge	Hände weg von unserem Wasser	11.06.2014	Unser „weißes Gold“ ist in Gefahr – achten wir nicht darauf, droht der Ausverkauf unseres Naturschatzes. Zudem birgt eine verwässerte Klausel im US-Freihandelsabkommen eine weitere Gefahr: Eine erfolgte Privatisierung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden:
72	Öffentliche Daseinsvorsorge, Schiedsgerichte	Hände weg von unserem Wasser	11.06.2014	
73	Gefahr für Landwirtschaft, Gefahr für Lebensmittelstandards	Unser gutes Essen in Gefahr	10.06.2014	Das US-Freihandelsabkommen würde uns minderwertigste Lebensmittel bescheren und auch den sicheren Tod Tausender Bergbauernhöfe bedeuten! Auch für unsere Tausenden Berg- und Biobauern, die zwar die qualitativ hochwertigsten Lebensmittel der Welt erzeugen, aber niemals gegen Gentech-Konzerne wie Monsanto bestehen könnten. Sie sind ihren Konkurrenten, was Fläche und Massenproduktion betrifft, in jeder Hinsicht unterlegen.
73	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Unser gutes Essen in Gefahr	10.06.2014	Wenn der TTIP-Vertrag unterzeichnet wird, dann können wir uns nicht mehr gegen den Genmais wehren. Auch viele andere manipulierte Pflanzen würden unweigerlich unsere Äcker verseuchen. Dann hätten milliardenschwere Konzerne das Sagen. Das TTIP-Abkommen würde der Gentechnik und dem Anbau von „Frankenstein“-Pflanzen Tür und Stalltor öffnen
73	Gefahr für Tierschutzstandards, für Lebensmittelstandards, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Unser gutes Essen in Gefahr	10.06.2014	Minderwertigste Lebensmittel auf unseren Tellern, deren Produktion noch dazu unendliches Tierleid bedeuten würde. Stichwort Chlorhuhn: Die müssen nach ihrer Schlachtung vor allem deswegen in ein Chemiebad getaucht werden, weil sie zuvor unter unvorstellbaren Bedingungen zu Hunderttausenden gehalten wurden und mit Keimen regelrecht verseucht worden sind. Der Verzehr des minderwertigen Geflügels macht Menschen krank. Allen Ernstes stehen die USA aber auf dem Standpunkt, dass keine Gesundheitsgefährdung nachweisbar sei. Gleiches gilt für das grausliche „Frankenstein“-Klonfleisch, das in Europa aus gutem Grund nicht in den Handel gelangen darf.

73	Lebensmittelstandards, Landwirtschaft, Umwelt- und Energiestandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Unser gutes Essen in Gefahr	10.06.2014	
74	Gefahr für Lebensmittelstandards	Starke Zeichen im Kampf gegen TTIP	03.06.2014	Beide Produktinnovationen sind ein starkes Zeichen gegen das US-Handelsabkommen TTIP, das derzeit in Brüssel verhandelt wird und eine Absenkung der heimischen Lebensmittelstandards bedeuten würde.
74	Lebensmittelstandards	Starke Zeichen im Kampf gegen TTIP	03.06.2014	
75	Gefahr für Landwirtschaft, Gefahr für Sozialstandards	Front gegen Handelsabkommen wächst	25.05.2014	Wie berichtet, stehen durch das geplante Abkommen, mit dem die EU heimische Konsumenten glatt überrollen will, fundamentale soziale Rechte Europas auf dem Spiel. Und auch die Existenz Zehntausender heimischer Bergbauern, die nach dem Fall der Handelshemmnisse nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber den milliardenschweren Agrarkonzernen sein würden.
75	Gefahr für Lebensmittelstandards	Front gegen Handelsabkommen wächst	25.05.2014	„Ich will weder Chlorhendlin noch Gentechnik auf dem Teller.“
75	Landwirtschaft, Lebensmittelstandards, Sozialstandards	Front gegen Handelsabkommen wächst	25.05.2014	
76	Fehlende Transparenz, Gefahr die Landwirtschaft	Das SPAR-Öko-Manifest	11.05.2014	Denn im Geheimen und ohne jede Skrupel will Brüssel einen für die heimische Landwirtschaft verheerenden Pakt mit den USA abschließen. „Davon würden einzig und allein die großen, milliardenschweren Agrarkonzerne Nordamerikas profitieren. Für Zehntausende bäuerliche Existenzen in unserer Heimat wäre das das Ende.“
76	Gefahr für Lebensmittelstandards	Das SPAR-Öko-Manifest	11.05.2014	Im Endeffekt sollen uns nur noch Klonfleisch und Chlorhühner aufgetischt werden.
76	Gefahr für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen	Das SPAR-Öko-Manifest	11.05.2014	Geschützte Herkunftsbezeichnungen wie Vorarlberger Bergkäse oder Marchfelder Spargel müssen unbedingt erlaubt sein.
76	Gefahr für Tierschutzstandards, Gefahr für Lebensmittelstandards	Das SPAR-Öko-Manifest	11.05.2014	Unsere hohen Tierschutzbestimmungen dürfen nicht unterwandert werden. Intensivantibiotika-Einsatz, Hormonfleisch, Käfigeier und Ähnliches dürfen nicht nach Österreich kommen.
76	Transparenz, Landwirtschaft, Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen, Tierschutzstandards, Lebensmittelstandards	Das SPAR-Öko-Manifest	11.05.2014	
77	Gefahr für Landwirtschaft, Gefahr für Lebensmittelstandards	„Brauchen keine US-Chlorhühner“	10.05.2014	Die Phalanx jener, die für die Rettung der sauberen heimischen Landwirtschaft kämpfen, wird immer größer. Jetzt macht auch die grüne Europa-Parlamentarierin Ulrike Lunacek massiv gegen das so verheerende Freihandelsabkommen (Chlorhendl, Klonfleisch, Gentechnik!) der EU mit den USA mobil.
77	Fehlende Transparenz	„Brauchen keine US-Chlorhühner“	10.05.2014	Die Verhandlungen zum TTIP-Prozess müssen so lange völlig gestoppt bleiben, bis nicht volle Transparenz bei den Gesprächen gewährleistet ist. Auch die Bürgerbeteiligung muss oberster Grundsatz sein.
77	Transparenz, Landwirtschaft, Lebensmittelstandards	„Brauchen keine US-Chlorhühner“	10.05.2014	
78	Fehlende Transparenz	Chlor-Hühner aus den USA? Nein, danke!	10.05.2014	Mit ihren Geheimverhandlungen hinter verschlossenen Türen über ein sogenanntes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit den USA (TTIP) hat die EUKommission derart tiefes Misstrauen geweckt. Es sind die bösen Erfahrungen mit der EU-Kommission und ihrer berüchtigten Schwäche für – besonders amerikanische – Großkapitalinteressen. Es sind die Hinterzimmer- Mauseleien der Lobbyisten in Brüssel.

78	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Chlor-Hühner aus den USA? Nein, danke!	10.05.2014	Es wird befürchtet, dass die EU-Kommission vor den USA in die Knie geht und unter dem Deckmantel der „Harmonisierung der Standards und Normen“ Chlor-Hühnern, Hormon-Fleisch oder umweltschädlicher Industrie, wo immer US Konzerne sie hinstellen wollen, Tür und Tor öffnet.
78	Gefahr durch Schiedsgerichte, für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards	Chlor-Hühner aus den USA? Nein, danke!	10.05.2014	Solche Schiedsgerichtsvereinbarungen gibt es schon, und Deutschland macht damit gerade jetzt die allerschlechteste Erfahrung: Der Energiekonzern Vattenfall klagt die deutsche Bundesregierung auf entgangenen Profit in Milliardenhöhe, weil Angela Merkel Atomkraftwerke „vorzeitig“ abschalten ließ. In den USA ist erlaubt, was in Europa verboten, ja undenkbar ist: Fracking von Erdgas, Chlor-Bäder für geschlachtete Hühner, weil die KZ-Ställe unhygienisch sind, hormongespritztes Vieh, allzu lockere Sicherheitsvorschriften und so weiter. Die US-Konzerne fordern Sonderrechte zum Schutz ihrer Investitionen in der EU. Investoren bekämen so die Möglichkeit, fernab von den nationalen Gerichtsinstanzen Staaten auf Schadenersatz zu klagen, falls diese etwa schärfere Umwelt- und Sozialgesetze einführen würden. Die Erfahrung mit bereits abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen zeigt, dass solche undurchsichtigen Sonderrechte von Konzernen immer häufiger missbraucht werden, um unternehmerische Risiken auf die Allgemeinheit, also die Steuerzahler abzuwälzen. Das ergäbe unter dem Deckmantel der „Rechtssicherheit“ Schutzklauseln für die Konzerne statt Schutzklauseln für die Bürger! Brüssel stiehlt uns die Demokratie So wird der Spielraum nationaler Regierungen in der EU immer kleiner. Es müssen endlich alle Karten auf den Tisch. Kein Aufweichen europäischer Standards!
78	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, für Verbraucherstandards, Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Chlor-Hühner aus den USA? Nein, danke!	10.05.2014	Es geht um die Vereinfachung von Zulassungsverfahren von Lebensmitteln über Autos bis zu Medikamenten. Umwelt- und Konsumentenschützer befürchten aber eine Aushebelung europäischer Standards durch schleichende Aufweichung.
78	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Chlor-Hühner aus den USA? Nein, danke!	10.05.2014	Der Abbau von Handelshemmnissen bringt zwar neue Jobs und Wirtschaftswachstum.
78	Gefahr durch Schiedsgerichte	Chlor-Hühner aus den USA? Nein, danke!	10.05.2014	Der Teufel liegt im Detail, besonders im Investitionsschutzabkommen. Es besteht die Gefahr, dass bei Streifällen Sonderschiedsgerichte, bestückt mit käuflichen Lobby-Advokaten, staatliches Recht aushebeln.
78	Gefahr für Tierschutzstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Chlor-Hühner aus den USA? Nein, danke!	10.05.2014	In den USA ist erlaubt, was in Europa verboten, ja undenkbar ist: Fracking von Erdgas, Chlor-Bäder für geschlachtete Hühner, weil die KZ-Ställe unhygienisch sind, hormongespritztes Vieh, allzu lockere Sicherheitsvorschriften und so weiter.
78	Tierschutzstandards, Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards, Schiedsgerichte, Industrie, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Verbraucherstandards, Standards, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze	Chlor-Hühner aus den USA? Nein, danke!	10.05.2014	
79	Gefahr für Lebensmittelstandards	Pakt gefährdet die Bio-Blüte!	08.05.2014	Der Handelspakt darf die Qualität heimischer Lebensmittel nicht gefährden.“ Neben der akuten Gefahr, dass bald Chlorhendlin, Klonfleisch und Gentechnik auf unseren Tellern landen.

79	Gefahr für Landwirtschaft	Pakt gefährdet die Bio-Blüte!	08.05.2014	Die dramatischen Auswirkungen des Abkommens für den heimischen Öko-Landbau: Die milliarden schweren Agrar- Konzerne und Exportverbände Nordamerikas fordern eine „gegenseitige Anerkennung“ im Bereich von Pestizidrückständen bei Obst.
79	Gefahr durch Schiedsgerichte, Gefahr für Sozialstandards	Pakt gefährdet die Bio-Blüte!	08.05.2014	Zusätzlich wächst auch die Sorge um eine Absenkung sozialer Standards und die uneingeschränkten Sonderklagerechte der Konzerne.
79	Lebensmittelstandards, Landwirtschaft, Umwelt- und Energiestandards, Standards, Schiedsgerichte, Sozialstandards	Pakt gefährdet die Bio-Blüte!	08.05.2014	
80	Fehlende Transparenz	Geheimniskrämerei	08.05.2014	Hinter diesen Kürzeln verbergen sich Handels- und Investitionsabkommen, die von der EU Kommission und den USA derzeit streng geheim verhandelt werden. Offenbar gehört dieser Buchstabendschungel zur Verschleierungstaktik und soll dazu beitragen, dass man als „Normalbürger“ erst gar nicht nachvollziehen kann, worum es geht.
80	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Geheimniskrämerei	08.05.2014	Es geht um die Schaffung der weltgrößten Freihandelszone, die für mehr Wachstum und Arbeitsplätze sorgen soll.
80	Transparenz, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze	Geheimniskrämerei	08.05.2014	
81	Gefahr für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen	Der Kampf um Speck und Käse	03.05.2014	USA gegen geschützte EU-Bezeichnungen. Die Amis wollen unseren Speck! Und den Käse! Den USA sind 3000 EU-weit geschützte Herkunftsbezeichnungen für Lebensmittel ein Dorn im Auge, sie fordern deren Abschaffung. In Kärnten wären „Gailtaler Speck“ und „Gailtaler Almkäse“ betroffen. Die 3000 geschützten Herkunftsbezeichnungen seien eine „unfaire Einschränkung des Wettbewerbes“ und eine inakzeptable Handelsbarriere. Die Herkunftsbezeichnungen müssen bleiben!“
81	Gefahr für Lebensmittelstandards	Der Kampf um Speck und Käse	03.05.2014	Vor allem die starke amerikanische Fleischlobby steht hinter diesem Anschlag auf europäische Qualitätsnormen. Davon wären nicht nur der Parmaschinken und der Champagner betroffen, sondern auch der Marchfelder Spargel sowie aus Kärnten Gailtaler Almkäse und Speck.
81	Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen, Lebensmittelstandards	Der Kampf um Speck und Käse	03.05.2014	
82	Fehlende Transparenz, Gefahr für Lebensmittelstandards	Gipfel gegen den EU-Handelspakt	28.04.2014	Wie berichtet, hatte Greenpeace Geheimverhandlungen zwischen der EU und den USA aufgedeckt, die etwa Chlorhendlin auf unsere Teller bringen würden.
82	Transparenz, Lebensmittelstandards	Gipfel gegen den EU-Handelspakt	28.04.2014	
83	Gefahr für Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen	Unseren Tiroler Speck schützen	18.04.2014	Tiroler Speck, steirisches Kürbiskernöl, Wachauer Marillenmarmelade – all diese handelsrechtlich geschützten rotweißroten Spezialitäten sieht EU-Mandatarin Elisabeth Köstinger (ÖVP) in Gefahr, sollte die TTIP Attacke der USA nicht abgewehrt werden.
83	Gefahr für Lebensmittelstandards	Unseren Tiroler Speck schützen	18.04.2014	Der Hintergrund des amerikanischen Vorstoßes ist klar: Europäische Qualitäts- Lebensmittel sollen Chlorhuhn & Co. geopfert werden.
83	Lebensmittelstandards, Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen	Unseren Tiroler Speck schützen	18.04.2014	

84	Gefahr für Lebensmittelstandards	Die Gentech-Lobby darf uns niemals unter ihr Joch zwingen.	16.04.2014	Wir dürfen uns niemals unter das Joch der milliarden schweren Agro-Konzerne zwingen lassen!“ Wie berichtet, würde dieser Pakt nichts anderes als ein Chlorhendl-, Saatgut- und Gentech-Diktat großer Konzerne sein. „Das wäre der Tod unserer Bergbauern. Denn die könnten niemals mit den Mega-Konzernen und Monoton-Landwirtschaften dieser Welt mithalten. Hier wird nichts anderes vorbereitet als die pure Zerstörung unser aller Schöpfung. Die Ernährungssouveränität Österreichs, ja, ganz Europas ist durch das Handelsabkommen in Gefahr. Große Konzerne werden bestimmen, was auf unsere Teller kommt.“
84	Landwirtschaft, Lebensmittelstandards	Die Gentech-Lobby darf uns niemals unter ihr Joch zwingen.	16.04.2014	
85	Gefahr für Lebensmittelstandards	Brauchen US-Gentechnik nicht!	07.04.2014	Bekanntlich würde das Transatlantische Freihandelsabkommen fast alle Grundsätze für eine saubere Landwirtschaft über den Haufen werfen und der Gentechnik (Stall-)Tür und (Scheunen-)Tor öffnen. Jetzt stärkt Russland unseren besorgten Umwelt und Konsumentenschützern indirekt den Rücken.
85	Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Landwirtschaft	Brauchen US-Gentechnik nicht!	07.04.2014	
86	Gefahr für Lebensmittelstandards	Eieralarm rechtzeitig vor Ostern!	05.04.2014	Wie berichtet, kämpft Greenpeace Schulter an Schulter mit der „Krone“ gegen das für Österreich so verhängnisvolle internationale Freihandelsabkommen (TTIP-Pakt), das Chlorhendl und Gentechnik Tür und Tor öffnen würde.
86	Lebensmittelstandards	Eieralarm rechtzeitig vor Ostern!	05.04.2014	
87	Gefahr für Lebensmittelstandards	Freihandel: US-Angst vor EU-Alkohol für Teenies!	28.03.2014	Während sich in Österreich eine breite Front – von der Gewerkschaft über die FPÖ bis zu Ulla Weigerstorfer (Team Stronach) – gegen Chlorhühner, Gentechnik-Mais oder Hormonfleisch stemmt, gibt es in den USA ebenso regen Widerstand gegen das Freihandelsabkommen.
87	Lebensmittelstandards	Freihandel: US-Angst vor EU-Alkohol für Teenies!	28.03.2014	
88	Fehlende Transparenz, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Kanzler klar gegen US-Konzerngerichte	27.03.2014	Gab es bei uns im Parlament eine Debatte rund um das Geheimabkommen zwischen den USA und der EU. Die Sorge: Ohne Veto werden unsere Öko-Standards kaum zu schützen sein. „Transparenz“, so die Zentralforderung rund um das transatlantische Handels- und Investmentabkommen (TTIP). Bisher fanden alle Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. „Den 800 Millionen Menschen in Europa und den USA wird die Freiheit vorenthalten zu wissen, worüber überhaupt verhandelt wird.“
88	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten, Gefahr für Lebensmittelstandards	Kanzler klar gegen US-Konzerngerichte	27.03.2014	Spezielle Investitionsschutzvorschriften sind nicht erforderlich. Die EU und die USA haben einen sehr guten Rechtsschutz. Schiedsgerichte sind nicht dazu da, um über die Hintertür soziale und umweltpolitische Standards auszuhöhlen.“ Das heißt für Konsumenten: keine Chlorhühner, Hormonschnitzel, Genmais etc. Erstmals gibt es im Nationalrat eine Mehrheit, die sich per „Veto“ gegen Gen-Mais etc. wehren kann
88	Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards, Transparenz, Lebensmittelstandards, Schiedsgerichte	Kanzler klar gegen US-Konzerngerichte	27.03.2014	
89	Gefahr für Lebensmittelstandards	Protest gegen „Chlorhendl“	26.03.2014	Vor dem heutigen Besuch des US-Präsidenten Obama bei der EU in Brüssel bündelten heimische Umweltschützer ihre Kräfte im Kampf gegen das unselige Handelsabkommen, das

				Chlorhendl, Gentechnik etc. aus Übersee Tür und Tor weit öffnen würde.
89	Lebensmittelstandards	Protest gegen „Chlorhendl“	26.03.2014	
90	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Ex-Miss-World für Veto gegen US-Handelspakt	25.03.2014	Die Absenkung unserer Öko-Standards droht! Dabei können wir 500 Millionen EU-Bürger viel verlieren: Sollten sich nämlich die Brüsseler-Politiker vom US-Präsidenten über den Tisch ziehen lassen und dem TTIP-Plan (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) zustimmen, droht der Verlust der seit Jahrzehnten schwer erkämpften Ökostandards.
90	Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Landwirtschaft	Ex-Miss-World für Veto gegen US-Handelspakt	25.03.2014	Billig importierte US-Ware stünde dann in Konkurrenz zum europäischen Feinkostladen vieler Bio-Bauern. Weiters würden Chlorhühner, Gentechnik-Produkte etc. „made in USA“ bald anstandslos auf dem Teller landen.
90	Landwirtschaft, Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards	Ex-Miss-World für Veto gegen US-Handelspakt	25.03.2014	
91	Gefahr für Lebensmittelstandards	12,5 Milliarden Euro lassen die Bio-Landwirtschaft aufblühen	25.03.2014	Zum aktuellen Kernthema, der Landwirtschaft: Bei den unseligen TTIP-Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten (siehe auch Bericht S. 12/13) verteidigt Rupprechter die heimische Position wie ein Löwe: „Wir werden in Sachen Gentechnik, Chlorhendl, Saatgut und Massivantibiotika-Einsatz keinen Millimeter zurückweichen.“
91	Lebensmittelstandards	12,5 Milliarden Euro lassen die Bio-Landwirtschaft aufblühen	25.03.2014	
92	Gefahr für Lebensmittelstandards	US-Chefverhandler wirbt für Pakt	21.03.2014	Umweltschützer warnen vor Gentechnik und Hormon-Fleisch am Teller.
92	Chancen für KMUs	US-Chefverhandler wirbt für Pakt	21.03.2014	Vor allem kleinere Unternehmen in Österreich könnten beim US-Export massiv profitieren.
92	Zölle, KMUs, Lebensmittelstandards	US-Chefverhandler wirbt für Pakt	21.03.2014	
93	Gefahr für Sozialstandards, für Umwelt- und Energiestandards, Fehlende Transparenz	„Handelspakt sofort stoppen“	19.03.2014	Das hat gegessen, die Bevölkerung schäumt. Wie berichtet, plant die EU mit den USA einen geheimen Handelspakt abzuschließen. Auch US-Konsumentenschützer sagen: Das stellt eine Gefahr für Demokratie, soziale Rechte, Umwelt und den Agrarbereich dar. Die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen hätten fatale Auswirkungen.
93	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards	„Handelspakt sofort stoppen“	19.03.2014	Dieser Handelspakt muss sofort gestoppt werden. Immerhin gefährde er die hart erkämpften Lebensmittel- und Ökostandards massiv.
93	Transparenz, Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards	„Handelspakt sofort stoppen“	19.03.2014	
94	Gefahr für Wirtschaftskraft	„Handelspakt sofort stoppen“	19.03.2014	Billig-Importe aus den USA würden unseren Handel überrollen.
94	Wirtschaftskraft, Landwirtschaft	„Handelspakt sofort stoppen“	19.03.2014	
95	Gefahr für die Umwelt- und Energiestandards, für Lebensmittelstandards	Deutsche Hilfe gegen US-Pakt!	15.03.2014	Jetzt fordert Greenpeace unsere Regierung auf, sich ebenso für die erkämpften Öko-Standards einzusetzen. Denn sollte der geplante Handelspakt (TTIP) mit den USA abgeschlossen werden, droht Europa – wie berichtet – die Absenkung aller hart erarbeiteten Umweltstandards. Die EU-Tore für „Fracking, GenTech-Produkte, Chlorhühner, Hormonfleisch etc.“ wären mit einem Mal für bedenkliche Lebensmittel aus der US Massenproduktion offen.
95	Fehlende Transparenz	Deutsche Hilfe gegen US-Pakt!	15.03.2014	Zum Glück konnte Greenpeace anhand eines seit Monaten unter Verschluss gehaltenen EU-Dokuments aufdecken, dass jedes der 28 EU-Länder ein Veto gegen den Pakt erheben kann.

95	Gefahr durch Schiedsgerichte, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Deutsche Hilfe gegen US-Pakt!	15.03.2014	Dieses Abkommen bedroht unsere Umweltpolitik. Österreich könnte wegen höherer Öko-Auflagen verklagt und vor ein Schiedsgericht gestellt werden“
95	Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards, Schiedsgerichte	Deutsche Hilfe gegen US-Pakt!	15.03.2014	
96	Gefahr für die Umwelt- und Energiestandards, für Lebensmittelstandards	„Gegen Handelspakt hilft nur ein Veto!“	14.03.2014	EU-Abkommen mit USA gefährdet hart erkämpfte Lebensmittel- & Ökostandards. Riesengefahr für Europas Lebensmittel- und Umweltstandards: Die EU plant, mit den USA einen geheimen Handelspakt abzuschließen – die Absenkung all unserer hart errungenen Umweltstandards droht. Ein Pakt, der unsere mühsam erkämpften Umweltstandards mit einem Schlag vernichten würde. Unsere Standards der Lebensmittelsicherheit dürfen nicht umgangen werden. Keine Lockerung der Importkriterien (Stichwort: genveränderte Organismen oder Hormonfleisch) „US-Import“: Ohne Veto landen Chlorhühner, Pestizide, Gen- und Hormonfleisch auf unseren Tellern.
96	Gefahr für Landwirtschaft	„Gegen Handelspakt hilft nur ein Veto!“	14.03.2014	Berechtigte Zukunftssorgen um unsere Bauern: Billig importierte US-Ware überrollt unseren Handel.
96	Fehlende Transparenz, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	„Gegen Handelspakt hilft nur ein Veto!“	14.03.2014	Es geht um die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)“. Dahinter verbirgt sich ein geheimes Abkommen zwischen der EU und den USA. Verhandlungen, die unter Ausschluss (!) der Öffentlichkeit stattfinden, stellen eine schleichende Absenkung von Öko-Standards dar.
96	Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Landwirtschaft, Transparenz	„Gegen Handelspakt hilft nur ein Veto!“	14.03.2014	
97	Gefahr durch Schiedsgerichte, für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards, für öffentliche Daseinsvorsorge, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	... noch mehr Macht den Konzernen!	19.01.2014	Konzerne könnten künftig Staaten auf Profitentgang klagen. Auch auf Österreich könnten Forderungen in Milliardenhöhe zukommen. Z. B. wegen Rauchverboten oder des Ausstiegs aus der Atomkraft! Multinationalen Konzernen „Investitionsschutz“ geben. Sollten neue Gesetze, Behördenentscheidungen oder gar Bürgerinitiativen des Gastlandes das Geschäft von Investoren beeinträchtigen, könnten diese den Staat auf Schadenersatz klagen. Beispiele: Angehobene Mindestlöhne, Verzicht auf Atomkraft, Antirauchergesetze. Es könnten Gentechnikprodukte in Supermärkten und die Privatisierung der Wasserversorgung erzwungen werden. Um den „Investitionsschutz“ hat sich eine rege Prozessindustrie entwickelt, die darauf spezialisiert ist, Staaten vor Gericht zu zerren und zur Kasse zu bitten. Es sind bereits mehr als 400 Millionen Dollar an Steuergeldern an Unternehmen bezahlt worden, die gegen das Verbot giftiger Substanzen, Wasserschutzgesetze oder andere „Investitionsfeindliche“ staatliche Regelungen geklagt haben. Im Falle von TTIP kämen rund 75.000 Unternehmen in den USA und der EU als potentielle Kläger gegen alle möglichen staatlichen Gesetze. Das geht von der Gleichbehandlung bei öffentlichen Bauaufträgen über die Einfuhr gentechnisch oder sonst wie behandelter Lebensmittel (Stichwort: Chlorhuhn, Hormonfleisch und Genmais) bis hin zu durch „Fracking“ gewonnenem Erdgas. Zuständig hierfür wären Schiedsgerichte. Schließlich will man den Regierungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit „auf Augenhöhe“ begegnen. Diese teuren und aufwendigen Verfahren enden übrigens (schon wegen des Prozessrisikos) nicht selten mit hohen Abschlagszahlungen. Auf der Seite des beklagten Staates zahlt der Steuerzahler.

97	Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	. . . noch mehr Macht den Konzernen!	19.01.2014	Das geht von der Gleichbehandlung bei öffentlichen Bauaufträgen über die Einfuhr gentechnisch oder sonst wie behandelter Lebensmittel (Stichwort: Chlorhuhn, Hormonfleisch und Genmais) bis hin zu durch „Fracking“ gewonnenem Erdgas.
97	Schiedsgerichte, Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards, öffentliche Daseinsvorsorge, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	. . . noch mehr Macht den Konzernen!	19.01.2014	
98	Gefahr für Lebensmittelstandards	Hormonfleisch, Chlor-Hendl und Gentechnik	21.12.2013	Sollte das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA so durchgesetzt werden, drohen Hormonfleisch, Gentechnik und Chlor-Hendl auf unseren Tellern zu landen.
98	Fehlende Transparenz	Hormonfleisch, Chlor-Hendl und Gentechnik	21.12.2013	Denn zur Stunde wird – unter dem Vorwand ohnehin nur Handelshemmnisse zu beseitigen – in Brüssel hinter verschlossenen Türen gefeilscht. Mit an den Tischen: insgesamt 600 Vertreter von riesigen Agrarkonzernen, Industrievertreter und noch eine ganze Schar an dubiosen Lobbyisten!
98	Lebensmittelstandards, Transparenz	Hormonfleisch, Chlor-Hendl und Gentechnik	21.12.2013	
99	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Wachstums-Import aus USA	02.09.2013	Für Oberösterreich und seinen Außenhandel wäre das gut, es brächte uns zwei Prozent Wachstum und ca. 9000 neue Arbeitsplätze. weil seine Verwirklichung überaus wichtige Wachstumsimpulse bringen würde. Etwa 9000 neue Jobs So zeigt eine Studie des Wiener Institutes für Internationale Wirtschaftsvergleiche, dass das österreichische Bruttoinlandsprodukt um etwa zwei Prozent steigen würde, vor allem aus einer Erhöhung der Investitionen durch den Wegfall von nicht-tarifären Handelshemmnissen (also etwa der unterschiedlichen technischen Vorschriften). Für Oberösterreich würde dieser Wachstumsimpuls einen zusätzlichen Betrag von einer Milliarde Euro und etwa 9000 zusätzliche Arbeitsplätze bedeuten. Außerdem würde ein weiterer Ausbau der Handelsbeziehungen sowohl den USA als auch Europa helfen, die Probleme der hohen Staatsschulden in den Griff zu bekommen, wie Trauner betont. Unterschiedliche technische Vorschriften, Normen und Standards hindern bisher die österreichischen Unternehmen. Unser Außenhandel würde durch ein Freihandelsabkommen zwischen EU und USA viel mehr beflügelt als insgesamt in den europäischen Ländern. Denn Österreich ist stärker vom Export abhängig als der Durchschnitt aller EU-Länder.
99	Standards, Zölle, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze	Wachstums-Import aus USA	02.09.2013	

16.1.7 Kurier

Alle Zeilen mit einem Eintrag in der Spalte „Paraphrasierung“ enthalten in der Spalte „Kategorien / Themen“ Kategorien. Die restlichen Zeilen enthalten in der zweiten Spalte Themen.

Artikel-Nr.	Kategorien / Themen	Titel des Artikels	Datum	Paraphrasierung
1	Fehlende Transparenz	„Viele Probleme bei TTIP“	30.09.2014	Dazu zählt Malmström mangelnde Transparenz. Als Handelskommissarin wolle sie Unterlagen vermehrt und schneller veröffentlichen.
1	Gefahr durch Schiedsgerichte	„Viele Probleme bei TTIP“	30.09.2014	Geheimhaltung ist auch ein Faktor beim Investorenschutz: Kritiker warnen, dass mit solchen Klauseln der Gang vor „Geheimgerichte“ ermöglicht wäre, wo Konzerne außerhalb des Rechtsstaats gegen unliebsame Gesetze klagen könnten. Für Unbehagen sorgen Milliarden-Klagen aus der jüngeren Vergangenheit: Der Tabakkonzern Philip Morris hat Australien wegen seiner Gesetze für Zigarettenverpackungen geklagt; Energieriese Vattenfall zieht gegen Deutschland wegen des Atomausstieges vor Gericht.
1	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	„Viele Probleme bei TTIP“	30.09.2014	Ein heikler Punkt ist der sogenannte Investorenschutz. Für manche ein notwendiges Instrument, um Prozesse zwischen Konzernen und Staaten auf „neutralem Boden“ abzuwickeln (Beispiel: Atom- Konzern klagt gegen Gesetz zum Atom-Ausstieg)
1	Gefahr für Verbraucherstandards, für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards, für öffentliche Daseinsvorsorge	„Viele Probleme bei TTIP“	30.09.2014	Sie befürchten, dass Verbraucher und Umweltschutzstandards in Europa abgesenkt und gesetzliche Regelungen durch Sondergerichte ausgehebelt werden könnten. Die Gegner warnen unter anderem vor einem Aufbrechen des Konsumentenschutzes und der Arbeitsschutzregelungen in Europa, vor Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und einem massiven Einfluss von Konzernen zulasten demokratischer Gremien.
1	Schafft / sichert Arbeitsplätze, Chancen für Wirtschaftskraft	„Viele Probleme bei TTIP“	30.09.2014	Wird der Handel zwischen zwei so großen Wirtschaftsbünden erleichtert, profitieren alle davon. Das Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten soll einen Schub bekommen, neue Arbeitsplätze geschaffen, Preise gesenkt werden.
1	Transparenz, Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, öffentliche Daseinsvorsorge, Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft, Verbraucherstandards	„Viele Probleme bei TTIP“	30.09.2014	
2	Fehlende Transparenz	EU-Kommission will auf Gegner des Freihandelsabkommens zugehen	29.09.2014	Die Tagesordnung ist genauso wenig öffentlich wie die der vergangenen Treffen. Das hat den Vorwurf der Intransparenz nach sich gezogen.
2	Gefahr durch Schiedsgerichte	EU-Kommission will auf Gegner des Freihandelsabkommens zugehen	29.09.2014	Diese Klauseln ermöglichen es Unternehmen in Streitfällen vor einem Schiedsgericht gegen einzelne Staaten vorzugehen. Kritiker sehen darin die Gefahr der Aushöhlung der nationalen Justiz. Der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europaparlament, Bernd Lange, teilte am Wochenende mit, EU Handelskommissarin Cecilia Malmström habe sich für ein TTIP ohne die umstrittene Investor- Staat-Streitschlichtung (ISDS) ausgesprochen.
2	Transparenz, Schiedsgerichte	EU-Kommission will auf Gegner des Freihandelsabkommens zugehen	29.09.2014	

3	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	„Wird Zeit brauchen, ISIS zu zerschlagen“	28.09.2014	Der Handel bringt 30 Millionen Jobs auf beiden Seiten. TTIP könnte die Wertschöpfung in der EU jährlich um 120 Milliarden Euro steigern und 400.000 neue Jobs schaffen. Das ist eine extrem gute Sache, wir brauchen und wollen sie.
3	Chancen für europäische / österreichische Standards	„Wird Zeit brauchen, ISIS zu zerschlagen“	28.09.2014	TTIP wird keine Standards senken. Im Gegenteil: Es wird sie hoffentlich noch erhöhen. Ich verstehe zwar die Sorgen auf dem Gebiet, allerdings ist es auch so, dass bezüglich TTIP viele Falschinformationen kursieren. Die größte Gefahr bei Fleisch ist, dass es kontaminiert ist. In den USA reduzieren wir dieses Risiko auch durch Chlorierung. Aber keiner wird gezwungen, ein Chlorhuhn zu kaufen.
3	Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft, Lebensmittelstandards, Standards	„Wird Zeit brauchen, ISIS zu zerschlagen“	28.09.2014	
4	Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr durch Schiedsgerichte	Streit um das TTIP-Abkommen spitzt sich zu: Bürgerinitiative zieht vor Gericht	20.09.2014	Angesichts des wachsenden Unmuts über das Abkommen – Stichwort: Chlorhühner, Investorenschutz – wäre es auch kein Problem, die erforderliche Million Unterschriften zu sammeln, um in Brüssel Gehör zu finden.
4	Lebensmittelstandards, Schiedsgerichte	Streit um das TTIP-Abkommen spitzt sich zu: Bürgerinitiative zieht vor Gericht	20.09.2014	
5	Gefahr durch Schiedsgerichte	„Das wäre wie ein Todesstoß“	19.09.2014	Weil er wie eine Subvention wirkt – und es hat keinen Sinn, Konzerne zu schützen, die im Ausland investieren. Diese streifen alle Vorteile ein, ihre Risiken werden durch den Investorenschutz auf die Gesellschaft verteilt. Die USA und Europa punkten mit ihrem Rechtsstaat. Diesen Standortvorteil geben wir auf, wenn wir mit Schiedsgerichten auch in den Schwellenländern gleiche Voraussetzungen schaffen. Wir sollten der Panikmache die Basis entziehen. Was, wenn Philip Morris das Schiedsverfahren gegen Australien gewinnt? Die Verfahren führen internationale Schiedsgerichte – fernab der regulären Justiz.
5	Schiedsgerichte	„Das wäre wie ein Todesstoß“	19.09.2014	
6	Gefahr durch Schiedsgerichte	Auch EU-Handelspakt mit Kanada wackelt	18.09.2014	Ein Knackpunkt sind – wie bei TTIP – die umstrittenen Investitionsschutzklauseln, die es Konzernen ermöglichen, vor ein Schiedsgericht zu ziehen, statt den normalen Rechtsweg zu beschreiten. „Wir sehen das als Bedrohung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit“, sagte Leichtfried. „Das ist eine Möglichkeit für Großinvestoren, sich staatlicher Rechtssprechung zu entziehen.“
6	Schiedsgerichte	Auch EU-Handelspakt mit Kanada wackelt	18.09.2014	
7	Gefahr für Lebensmittelstandards, Fehlende Transparenz	„Nachhaltigkeit und Wachstum sind vereinbar“	11.09.2014	Ein Freihandelsabkommen darf kein Freibrief für Chlorhuhn, für Hormonfleisch oder Gentechnik sein. Dass hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, ist zusätzlich kein Vertrauensbonus.
7	Transparenz, Lebensmittelstandards	„Nachhaltigkeit und Wachstum sind vereinbar“	11.09.2014	
8	Gefahr für europäische / österreichische Standards, für Umwelt- und Energiestandards	Ein Stück gutes Gewissen zu Schnitzel und Erdäpfeln	06.09.2014	Wir können unsere hohen Qualitätsstandards nicht auf dem Altar des Freihandelsabkommens mit den USA opfern.“
8	Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Standards	Ein Stück gutes Gewissen zu Schnitzel und Erdäpfeln	06.09.2014	

9	Fehlende Transparenz	Historisches Zollabkommen gescheitert: Ratlosigkeit bei Welthandelsorganisation	01.08.2014	Sie fordert die Institutionen auf, das Verhandlungsmandat für die laufenden Gespräche zu veröffentlichen. Es gebe zudem Kritik, dass bestimmte Interessensgruppen privilegierten Zugang zu TTIP-Dokumenten erhalten
9	Transparenz	Historisches Zollabkommen gescheitert: Ratlosigkeit bei Welthandelsorganisation	01.08.2014	
10	Gefahr für Lebensmittelstandards	Auch Uncle Sam hat Zweifel	26.07.2014	Die Europäer befürchten, dass ihnen Chlorhuhn, Hormonfleisch und Genmais serviert werden.
10	Lebensmittelstandards	Auch Uncle Sam hat Zweifel	26.07.2014	
11	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Verbraucherschutzstandards	Das ist der Standard: USA versus EU	26.07.2014	Die Ansätze beim Lebensmittel und Verbraucherschutz sind grundverschieden. In der EU gilt das Vorsorgeprinzip: Was für Konsumenten ein Risiko birgt und nicht nachweislich ungefährlich ist, wird verboten. Anders in den USA: Dort wird zugelassen, was sich nicht in Tests als schädlich erwiesen hat. Deshalb zählt eher die Sicherheit des Endprodukts (siehe Chlorhuhn), während die EU die ganze Produktionskette im Fokus hat. In den USA wird das oft als unwissenschaftlich abgetan. „Die US-Nahrungsproduktion ist viel stärker industrialisiert als in Europa, die Kosten stehen im Vordergrund
11	Lebensmittelstandards, Verbraucherstandards	Das ist der Standard: USA versus EU	26.07.2014	
12	Fehlende Transparenz	Handel mit Hindernissen	16.07.2014	Die mangelnde Transparenz schürt Ängste: So lange unklar ist, was am Ende wirklich im Abkommen stehen wird, könnte ja alles drin stehen.
12	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Tierschutzstandards, für Sozialstandards	Handel mit Hindernissen	16.07.2014	In Europa betrifft das vor allem Sozial- und Lebensmittelstandards, die man in Amerika generell als niedriger einschätzt. So wurde das Chlorhuhn hierzulande zum Symbol für TTIP – es steht für die Angst, dass die (in Europa generell, in Österreich besonders hohen) Standards bei Tierschutz und Lebensmittelproduktion aufgeweicht werden könnten.
12	Chancen für europäische / österreichische Standards	Handel mit Hindernissen	16.07.2014	Nicht immer sind freilich die amerikanischen Regeln lockerer: Für Bio-Rinder etwa gilt in den USA Antibiotika-Verbot, während kranke Kühe bei uns damit behandelt werden dürfen.
12	Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Handel mit Hindernissen	16.07.2014	Ein heikler Punkt ist der sogenannte Investorenschutz. Für manche ein notwendiges Instrument, um Prozesse zwischen Konzernen und Staaten auf „neutralem Boden“ abzuwickeln (Beispiel: Atom- Konzern klagt gegen Gesetz zum Atom-Ausstieg).
12	Gefahr durch Schiedsgerichte	Handel mit Hindernissen	16.07.2014	Für andere eine „Aushebelung des Rechtsstaates“, weil die normalen Gerichte umgangen werden.
12	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Handel mit Hindernissen	16.07.2014	USA und EU wollen mit TTIP den Handel erleichtern und so Jobs und Wachstum schaffen
12	Transparenz, Sozialstandards, Tierschutzstandards, Lebensmittelstandards, Schiedsgerichte, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze	Handel mit Hindernissen	16.07.2014	
13	Fehlende Transparenz	Hassen Sie TTIP?	16.07.2014	„Geheimniskrämerei“ wirft man den Verhandlern vor, aber selbst das stimmt nur zum Teil. Brüssel hat viele aussagekräftige Unterlagen dazu veröffentlicht, allerdings mehrmals instinktiv agiert.

13	Chancen für europäische / österreichische Standards	Hassen Sie TTIP?	16.07.2014	Anti-Amerikanismus ist da auch dabei – als wäre alles Amerikanische „Substandard“. Dabei sind manche Auflagen dort sogar strenger als hier.
13	Gefahr durch Schiedsgerichte	Hassen Sie TTIP?	16.07.2014	Ein ernst zu nehmender Kritikpunkt ist das neu zu schaffende Schiedsgericht. Konzernvertreter sollten dort nicht übermächtig sein.
13	Transparenz, Standards, Schiedsgerichte	Hassen Sie TTIP?	16.07.2014	
14	Chancen für österreichische / europäische Standards	„Volksabstimmung über TTIP“	14.07.2014	Wenn es uns gelingt, den größten Freihandelsraum der Welt zu schaffen, dann wird Europa weltweite Standards vorgeben. Wir Europäer haben die historische Chance, etwas zu verbessern. Das liegt am Verhandlungsgeschick der Kommission.
14	Gefahr durch Schiedsgerichte	„Volksabstimmung über TTIP“	14.07.2014	Konkret ist, dass die Amerikaner und die Kommission Investitionsschutzklauseln wollen, um eine Sondergerichtsbarkeit für Großkonzerne zu schaffen. Da wird ein Vertrag konstruiert, der internationales Finanzkapital stärkt und Demokratien schwächt.
14	Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	„Volksabstimmung über TTIP“	14.07.2014	Es macht ja Sinn, wenn nur ein Partner ein hochentwickeltes Rechtssystem hat. Zwischen den zwei am höchsten entwickelten brauche ich aber keine Sondergerichtsbarkeit.
14	Gefahr für Lebensmittelstandards, die Landwirtschaft	„Volksabstimmung über TTIP“	14.07.2014	Da geht es weniger um den Einsatz von Chlor, sondern um die großen Unterschiede in den Lebensmittel- und Tierschutzstandards. Wir haben in Europa höhere Produktionsauflagen – das bedeutet höhere Kosten. Da gilt es, das europäische System in der Landwirtschaft zu schützen. Auch bei den Wachstumshormonen: In Europa sind sie nicht zugelassen, in den USA schon – deswegen produziert man dort zu ganz anderen Preisen. Viele Politiker und NGOs warnen, dass mit dem Abkommen Standards, die in der EU höher sind als in den USA – etwa bei Lebensmitteln, Stichwort: Chlorhuhn – abgesenkt werden könnten.
14	Chancen für KMUs	„Volksabstimmung über TTIP“	14.07.2014	Europa besteht zu 99 Prozent aus Klein und mittelständischen Unternehmen. Denen wäre sehr geholfen, wenn europäische Produktionsstandards auch in den USA gelten würden.
14	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	„Volksabstimmung über TTIP“	14.07.2014	Handelsbarrieren, etwa Zölle, zwischen den beiden Regionen sollen fallen, Regeln vereinheitlicht werden. Das soll Jobs und Wachstum auf beiden Seiten des Atlantiks bringen.
14	Fehlende Transparenz	„Volksabstimmung über TTIP“	14.07.2014	Kritisiert wird, dass die Verhandlungen nicht transparent genug ablaufen.
14	Standards, Schiedsgerichte, Lebensmittelstandards, Tierschutzstandards, KMUs, Zölle, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Transparenz	„Volksabstimmung über TTIP“	14.07.2014	
15	Fehlende Transparenz	Tagebuch eines EU-Neulings	06.07.2014	Nicht erst seit der EU-Wahl macht sich Reimon gegen das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA stark – er fordert u. a. transparentere Verhandlungen
15	Transparenz	Tagebuch eines EU-Neulings	06.07.2014	
16	Gefahr für Lebensmittelstandards, Fehlende Transparenz	Das „Chlorhuhn“ zeigt Wirkung	03.07.2014	Neben den Grünen, die seit Längerem die Intransparenz der Verhandlungen anprangern und im Wahlkampf vor den Folgen des Abkommens– Stichwort: Chlorhuhn – warnten. Wenn sie den Abgeordneten nicht mehr Einblick in die Verhandlungen gewähre, „dann wird sich die Kommission eine blutige Nase holen, wie bei ACTA“. Nach derzeitigem Stand „wäre es besser, man würde noch einmal von vorne beginnen zu verhandeln. Ein Absenken der europäischen

				Standards für Lebensmittel etwa „wäre inakzeptabel“.
16	Lebensmittelstandards, Transparenz	Das „Chlorhuhn“ zeigt Wirkung	03.07.2014	
17	Gefahr für Lebensmittelstandards	Braucht Europa ein Freihandelsabkommen?	03.07.2014	Die Europäer fürchten sich vor Chlorhühnern und Genmais, die Amis vor Schimmelkäse aus Frankreich
17	Chancen für Wirtschaftskraft	Braucht Europa ein Freihandelsabkommen?	03.07.2014	Dabei ist das Abkommen weit mehr: Die größten Wirtschaftsmächte schreiben die Blaupause für den künftigen Welthandel. Ja, Europa muss Chancen ergreifen. Das Handelsabkommen gehört dazu
17	Sichert / schafft Arbeitsplätze, Chancen für Wirtschaftskraft	Braucht Europa ein Freihandelsabkommen?	03.07.2014	Die Befürworter von TTIP versprechen ebenfalls Wachstum und Jobs. Die EU erwartet 400.000 Jobs in 15 Jahren.
17	Gefahr für Verbraucherschutzstandards, für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Braucht Europa ein Freihandelsabkommen?	03.07.2014	Denn selbst wenn die EU Standards in den Bereichen Umwelt oder Lebensmittel – siehe Chlorhühner, gentechnisch veränderte Pflanzen – oder Konsumentenschutz nicht auf das niedrigere US-Niveau herunterverhandelt werden, wird es Abstriche von den höheren EU Standards geben.
17	Gefahr durch Schiedsgerichte	Braucht Europa ein Freihandelsabkommen?	03.07.2014	Die größte Gefahr ist das geplante Investitionsschutzabkommen. Wenn Investoren Nationalstaaten vor einem Schiedsgericht klagen können, weil eine Verschärfung von Umweltauflagen ihre Gewinn schmälern, wird die Demokratie ausgehebelt. Hohe Strafen würden die Vorteile aus dem Abkommen mit einem Schlag vernichten.
17	Lebensmittelstandards, Wirtschaftskraft, Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Arbeitsplätze	Braucht Europa ein Freihandelsabkommen?	03.07.2014	
18	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Was hinter der Bezeichnung „TTIP“ steckt	03.07.2014	Handelsbarrieren, etwa Zölle, zwischen den beiden Regionen sollen fallen. Die Zölle sind zwar niedrig, aber jede noch so kleine Senkung bedeutet Einsparungen. Durch einen wechselseitig liberaleren Marktzutritt erhoffen sich die Befürworter eine Ankurbelung der Wirtschaft, mehr Jobs und Wohlstand.
18	Fehlende Transparenz	Was hinter der Bezeichnung „TTIP“ steckt	03.07.2014	Heftige Kritik hagelt es immer wieder auch daran, dass die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Transparenz schaut anders aus.
18	Gefahr für Lebensmittelstandards	Was hinter der Bezeichnung „TTIP“ steckt	03.07.2014	Nicht nur die mögliche Aufweichung europäischer Lebensmittelstandards wird befürchtet. TTIP-Gegner wollen daran ablesen können, dass die USA heftig dafür kämpfen werden, künftig doch umstrittene Lebensmittel nach Europa exportieren zu können.
18	Zölle, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Transparenz, Lebensmittelstandards	Was hinter der Bezeichnung „TTIP“ steckt	03.07.2014	
19	Gefahr für die Landwirtschaft	Streit um Freihandelsabkommen	22.05.2014	Ich verstehe nicht, warum die Agrarvertreter nicht dagegen Sturm laufen. Die USA produzieren Mais, Soja, Weizen und Rindfleisch in Riesenmengen und wollen Europa damit überschwemmen. Als die USA das Freihandelsabkommen mit Mexiko unterschrieben haben, sind ihre Exporte nach Mexiko um 330 Prozent gestiegen. Das ist eine ganz schlimme Geschichte, die in Europa das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft bedeuten würde.
19	Landwirtschaft	Streit um Freihandelsabkommen	22.05.2014	

19	Gefahr für Lebensmittelstandards, Keine / minimale wirtschaftlichen Vorteile	Streit um Freihandelsabkommen	22.05.2014	Europa sorgt sich um Qualität von Lebensmitteln. Kritiker gehen davon aus, dass die Wirtschaft aufgrund des Abkommens um weniger als ein Prozent wachsen wird und unter anderem Lebensmittelstandards untergraben werden.
19	Fehlende Transparenz	Streit um Freihandelsabkommen	22.05.2014	Sie kritisieren, dass die Öffentlichkeit gar nicht genau weiß, worüber verhandelt wird, und fürchten, dass große Industrielobbys Standards aufweichen wollen.
19	Chancen für Wirtschaftskraft	Streit um Freihandelsabkommen	22.05.2014	Befürworter preisen TTIP dagegen als weltgrößten Wirtschaftsraum mit 800 Millionen Verbrauchern an. Handelsbarrieren wie Zölle sollen wegfallen, unterschiedliche Produkt-, Umwelt- und Sicherheitsstandards – die aufgrund doppelter Produktzulassungen und Testverfahren die Kosten in die Höhe treiben – angeglichen werden. Betroffen wären etwa die Auto-, Pharma und Lebensmittelindustrie. Befürworter rechnen in der Folge mit einem Wirtschaftswachstum von fünf Prozent. Ohne das transatlantische Abkommen würde Europa im Vergleich zu anderen Regionen der Welt ins Hintertreffen kommen
19	Lebensmittelstandards, Wirtschaftskraft, Transparenz, Standards, Zölle, Verbraucherstandards, Umwelt- und Energiestandards, Industrie	Streit um Freihandelsabkommen	22.05.2014	
20	Fehlende Transparenz	TTIP: Freihandel mit Fragezeichen	20.05.2014	Kritik an „Geheimverhandlungen. Geheimverhandlungen hinter verschlossenen Türen fänden hier statt.
20	Gefahr für Lebensmittelstandards	TTIP: Freihandel mit Fragezeichen	20.05.2014	Warnung vor Chlorhühnern. Dazu kommt die Warnung, mit dem Handelsabkommen würden – Stichwort: Chlorhühner – Lebensmittel- und andere Standards in Europa gesenkt.
20	Chancen für Wirtschaftskraft	TTIP: Freihandel mit Fragezeichen	20.05.2014	Immerhin sollen EU-Staaten von TTIP jährlich mit 119 Milliarden Euro profitieren.
20	Gefahr durch Schiedsgerichte	TTIP: Freihandel mit Fragezeichen	20.05.2014	Bleibt der umstrittene Investorenschutz, der ausländische Investoren vor Diskriminierung und Enteignung bewahren soll. Derartige Klauseln sind bei Handelsabkommen Standard, haben in den letzten Jahren aber für Aufsehen gesorgt: Tabakkonzerne klagten gegen Rauchergesetze, Energiekonzerne gegen den Atomausstieg. Doch gerade wegen der Klagen der letzten Jahre würde man sich bei TTIP „sicher nicht klagswütigen US-Konzernen ausliefern“.
20	Transparenz, Lebensmittelstandards, Standards, Wirtschaftskraft, Schiedsgerichte	TTIP: Freihandel mit Fragezeichen	20.05.2014	
21	Gefahr für Lebensmittelstandards	Freihandelsdeal: „Sorgen wurden unterschätzt“	09.05.2014	Verbraucher- und Umweltschützer warnen, dass mit dem Abkommen europäische Standards etwa bei Lebensmitteln oder Sicherheit sinken könnten.
21	Fehlende Transparenz	Freihandelsdeal: „Sorgen wurden unterschätzt“	09.05.2014	Kritisiert wird, dass es sich um „Geheim-Verhandlungen“ handle. sei es „rückblickend keine kluge Entscheidung“ gewesen, das Verhandlungs-Mandat nicht offiziell zu veröffentlichen (mittlerweile ist es „geleakt“ im Internet). „Wenn wir öffentliche Akzeptanz gewinnen wollen, dann müssen wir den Menschen die Möglichkeit geben, sich damit zu beschäftigen“
21	Gefahr durch Schiedsgerichte	Freihandelsdeal: „Sorgen wurden unterschätzt“	09.05.2014	Offen ist auch nach dem gestrigen Ministertreffen, was mit den geplanten und viel kritisierten Investitionsschutz- Klauseln passiert. Sie sind Standard bei solchen Abkommen und ermöglichen es Firmen, die ihre Investitionen geschädigt sehen, Staaten zu klagen. Kritiker warnen davor, doch innerhalb der EU-Staaten gibt es keine einheitliche Ablehnung

21	Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Verbraucherstandards, Transparenz, Schiedsgericht	Freihandelsdeal: „Sorgen wurden unterschätzt“	09.05.2014	
22	Gefahr durch Schiedsgerichte	Schiedsgerichte–Männer, Macht, Milliarden	28.04.2014	So ist es geplant. Durch die Hintertür könnte aber erst recht der Steuerzahler blechen müssen: Nämlich dann, wenn ein Großanleger den Schutz seiner Investitionen verletzt sieht, vor ein internationales Schiedsgericht zieht und Schadenersatz erstreitet. Genau diese Möglichkeit könnten die Handelsabkommen, die die EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) ausverhandelt, eröffnen. Eigentlich sollen diese Abkommen Unternehmen vor staatlicher Willkür und Enteignung schützen. Mittlerweile werden aber Staaten oft aus dubiosen Gründen geklagt – die Definition von „fairer Behandlung“. Risikowürde belohnt – es wäre attraktiver, Geld in kaputte Banken zu stecken. Die Zahl der Klagen hat sich in zehn Jahren verfünffacht: Anwälte finden immer neue Gründe, warum Staaten Investoren geschädigt haben sollen. So zieht Tabakkonzern Philip Morris gegen Länder zu Felde, die Zigarettenpackerl ohne Logo (Australien) oder mit Schockfotos (Uruguay) verlangen. Der schwedische Konzern Vattenfall reichte wegen des deutschen Atomausstiegs Klage ein. Meist bleiben die Fälle geheim – das schafft auch nicht gerade Vertrauen. Der Personenkreis umfasst an die 500 Personen, darunter nur 30 Frauen. Besonders einflussreich sind etwa 20 Schiedsrichter, die alle wichtigen Fälle entscheiden. Die meisten Fälle bleiben geheim.
22	Schiedsgerichte	Schiedsgerichte–Männer, Macht, Milliarden	28.04.2014	
23	Chancen für KMUs	Das Chlorhuhn als Schreckensvision	14.04.2014	Wenn wir im globalen Wettbewerb bestehen wollen, brauchen wir Partner. Am meisten würden von dem Freihandelsabkommen Klein- und Mittelbetriebe profitieren.
23	Gefahr durch Schiedsgerichte	Das Chlorhuhn als Schreckensvision	14.04.2014	Bilaterale Freihandelszonen werden geschaffen, weil die weltweite Liberalisierung nach den Spielregeln der Großkonzerne gescheitert ist. Partnerschaft mit den USA ist ein euphemistischer Begriff, weil faire Spielregeln fehlen. Wir wollen fairen Handel statt Freihandel.
23	Fehlende Transparenz	Das Chlorhuhn als Schreckensvision	14.04.2014	Was Europa an den Abgrund führt, sind Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Solange nicht transparent auf den Tisch kommt, was das Verhandlungsmandat ist, muss es gestoppt werden. Angeblich bleibt das geheim, damit wir uns von den USA nicht in die Karten schauen lassen. Da muss ich schmunzeln: Die NSA hat die EU-Kommission und das Parlament flächendeckend ausspioniert und kennt sicher jedes Einzelne unserer Geheimdokumente.
23	Gefahr für Landwirtschaft	Das Chlorhuhn als Schreckensvision	14.04.2014	Die Europäer wollen diese völlige Industrialisierung der Landwirtschaft wie in den USA nicht.
23	Gefahr für Lebensmittelstandards, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Das Chlorhuhn als Schreckensvision	14.04.2014	Und der Grund für die Chlorbehandlung ist nicht die Desinfektion, sondern Massentierhaltung. Das ist eine andere Dimension in den USA. Dort schlachtet der größte Schlachtbetrieb 320 Millionen Hühner pro Woche. Wir haben keine Rinderfarmen mit 12.000 Tieren, sondern haben die Lehren aus dem BSE-Skandal gezogen oder Antibiotika aus der Tierhaltung weitgehend verboten. Diesen Industrie-Methoden wird über das Freihandelsabkommen wieder die Türe geöffnet.
23	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Das Chlorhuhn als Schreckensvision	14.04.2014	Die Welthandelsorganisation entschied damals für die USA und gegen Gentechnikfreiheit, etwa bei der Saatgutverordnung, die nur einigen Großkonzernen genutzt hätte.

23	Gefahr für Standards im Kulturbereich	Das Chlorhuhn als Schreckensvision	14.04.2014	Und es geht um viel mehr: Um die Buchpreisbindung, die Filmförderung und so weiter. Das Abkommen greift tief in alle Lebensbereiche ein, wo ich der Kommission nicht restlos vertraue.
23	Chancen für Wirtschaftskraft	Das Chlorhuhn als Schreckensvision	14.04.2014	EU-Studien behaupten, das Abkommen würde die EU-Wirtschaftsleistung um 120 Mrd. Euro pro Jahr erhöhen – das wären 545 Euro pro Haushalt
23	KMUs, Schiedsgerichte, Transparenz, Landwirtschaft, Lebensmittelstandards, Standards im Kulturbereich, Wirtschaftskraft	Das Chlorhuhn als Schreckensvision	14.04.2014	
24	Gefahr für Lebensmittelstandards	USA und EU drohen Russland mit vertieften Sanktionen	27.03.2014	Das Abkommen diene US-Kommerzialisierungsinteressen in der Landwirtschaft oder Lebensmittelproduktion
24	Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards	USA und EU drohen Russland mit vertieften Sanktionen	27.03.2014	Österreich werde einem „Verschlechterungsabkommen für Umwelt- und Sozialstandards“ nicht zustimmen. Faymann sagte, die EU und Österreich hätten in sozialen und Umweltfragen deutlich höhere Standards als die USA.
24	Gefahr durch Schiedsgerichte	USA und EU drohen Russland mit vertieften Sanktionen	27.03.2014	Zu befürchten sei, dass Firmen mit einem Sonderklagerecht zum Schaden der Menschen Investitionsverluste einklagen könnten. Das Thema Investitionsschutz dürfe keine versteckte Hintertür für die Privatisierung von Wasser und die Verschlechterung von Standards sein.
24	Chancen für Wirtschaftskraft	USA und EU drohen Russland mit vertieften Sanktionen	27.03.2014	Durch den Wegfall von Zollschränken und gemeinsame Standards soll der transatlantische Handel angekurbelt werden. Laut Studie der Kommission kann das der EU 119 Milliarden pro Jahr bringen.
24	Gefahr für Standards im Chemiesektor	USA und EU drohen Russland mit vertieften Sanktionen	27.03.2014	Außerdem könnte sich – etwa im Chemikalienbereich – das Risikoprinzip gegenüber dem europäischen Vorsorgeprinzip durchsetzen.
24	Verbraucherstandards, Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards, Landwirtschaft, Sozialstandards, Schiedsgerichte, Zölle, Wirtschaftskraft, Standards im Chemiesektor	USA und EU drohen Russland mit vertieften Sanktionen	27.03.2014	
25	Gefahr durch Schiedsgerichte	US-Handelsabkommen: Skepsis in der EU wächst	21.03.2014	Viele EU-Staaten fürchten, dass sie gegenmächtige Konzerne unter die Räder kommen.
25	Chancen für Wirtschaftskraft	US-Handelsabkommen: Skepsis in der EU wächst	21.03.2014	Das Hauptziel sei eine Harmonisierung von Vorschriften, die den mehrere Hundert Milliarden Euro schweren bilateralen Handel behindern. Als Beispiel für eine „unnötige Regulierung“ nannte Mulaney etwa den Unterschied bei zugelassenen Herstellungsverfahren für Wein, die den Handel zwischen den beiden Ländern behindere.
25	Chancen für Wirtschaftskraft	US-Handelsabkommen: Skepsis in der EU wächst	21.03.2014	Profiteure des Abkommens wären die Bürger auf beiden Seiten des Atlantiks. Der Abbau von Handelsschranken und Zöllen würde ihnen eine größere Produktvielfalt und niedrigere Preise bescheren.
25	Chancen für KMUs, Schaffung von Arbeitsplätzen	US-Handelsabkommen: Skepsis in der EU wächst	21.03.2014	Der Export, vor allem für Klein- und Mittelbetriebe, würde erleichtert. Das Sorge für zusätzliches Wirtschaftswachstum, mehr Jobs und steigende Löhne. Laut Schätzung des britischen Centre for Economic Policy Research (CEPR) könnte die Wirtschaftsleistung der EU bis 2027 um 120 Milliarden Euro, das der USA um 95 Milliarden Euro steigen.

25	Gefahr durch Schiedsgerichte	US-Handelsabkommen: Skepsis in der EU wächst	21.03.2014	Dieses sieht unter anderem vor, dass Konzerne Staaten etwa wegen einer Verschärfung von Umweltauflagen oder der Einführung von Mindestlöhnen vor einem internationalen Schiedsgericht auf Schadenersatz in Form entgangener Gewinne klagen können. Hier allerdings hat die EU vorerst die Reißleine gezogen und ein öffentliches Konsultationsverfahren gestartet, mit dem dieser Punkt transparenter werden soll. So wie das jetzt abgewickelt wird, ist es in der Gesamtheit inakzeptabel. Das Klagerecht von Investoren gegen Staaten muss ganz gestrichen werden.
25	Gefahr für Landwirtschaft	US-Handelsabkommen: Skepsis in der EU wächst	21.03.2014	Statt zusätzlicher Jobs ist die Zahl der Industriearbeitsplätze in den USA gesunken. Und die mexikanischen Bauern verloren gegenüber der US-Agrarindustrie an Wettbewerbsfähigkeit.
25	Gefahr für Landwirtschaft	US-Handelsabkommen: Skepsis in der EU wächst	21.03.2014	Ebenfalls eher bescheiden werden die Folgen für den Arbeitsmarkt eingeschätzt, laut dem deutschen Ifo-Institut sollen in der gesamten EU in Summe 400.000 neue Jobs entstehen. Und auch dieses eher magere Wirtschafts- und Jobwachstum könnte sich als nicht haltbar erweisen. Gegner führen das vor 20 Jahren geschlossene Abkommen NAFTA mit Mexico und Kanada als Beweis an. Statt zusätzlicher Jobs ist die Zahl der Industriearbeitsplätze in den USA gesunken. Und die mexikanischen Bauern verloren gegenüber der US-Agrarindustrie an Wettbewerbsfähigkeit.
25	Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, KMUs, Landwirtschaft	US-Handelsabkommen: Skepsis in der EU wächst	21.03.2014	
26	Fehlende Transparenz	Freihandel-Leaks: Deutsche Grüne veröffentlichen geheimes EU-Dokument	08.03.2014	Die Ironie: Jenes Dokument, wo das steht, hält die EU unter Verschluss – es sind die Leitlinien, die der Rat (die Mitgliedstaaten) den Verhandlern am 14. Juni 2013 mit auf den Weggegeben hat.
26	Gefahr für europäische / österreichische Standards	Freihandel-Leaks: Deutsche Grüne veröffentlichen geheimes EU-Dokument	08.03.2014	Es muss in Zukunft noch möglich sein, Standards anzuheben. Wenn wir da auf das Okay im US-Kongress angewiesen sind, können wir lange warten.“
26	Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Standards, Transparenz	Freihandel-Leaks: Deutsche Grüne veröffentlichen geheimes EU-Dokument	08.03.2014	
27	Gefahr für Lebensmittelstandards	Das nächste Fiasko Lobbyisten im Auftrag mächtiger US-Agrarkonzerne...	12.02.2014	Abgesehen davon ist der Genmais wieder einmal ein aufgelegter Ball für alle radikalen EU-Kritiker. Ihre Warnungen vor Hormonfleisch, Chlorhühnern und Gentechnik-Essen aus den USA im Rahmen des Freihandelsabkommens mit der EU könnten den Europa-Frust stärken.
27	Lebensmittelstandards	Das nächste Fiasko Lobbyisten im Auftrag mächtiger US-Agrarkonzerne...	12.02.2014	

28	Gefahr für Lebensmittelstandards	Sorge um Lebensmittel-Standards	18.01.2014	Sorge um Lebensmittel-Standards. USA drängen auf Zulassung von Gentechnik und Wachstumshormonen in der EU. Die US-Lobbyisten haben volle Terminkalender. Bei den Verhandlungen über das Freihandels-Abkommen der EU mit den USA (TTIP) wollen die US-Konzerne ihre Interessen auch im Agrarbereich umfangreich gewahrt wissen. Die in der EU höheren Standards bei der Lebensmittelproduktion dürfen US-Agrarexporte nach Europa nicht mehr länger behindern, lautet deren Botschaft. Verhandelt wird etwa über die Zulassung von Gentechnik, Wachstumshormonen für die Schweinezucht oder auch über niedrigere Normen für Bioprodukte. Eines ist klar: Wer mit niedrigeren Standards arbeitet, produziert billiger. Das erzeugt bei einer völligen Marköffnung Druck auf die EU-Staaten, ihre höheren Standards abzusenken, um so beim Preis mithalten zu können. Sonst droht der Verlust von Marktanteilen und der Versorgungssicherheit aus eigener Produktion. Die US Lebensmittelaufsicht begutachtet nicht nach dem in der EU üblichen Vorsorgeprinzip. Auch wenn eine mögliche schädliche Wirkung nicht hundertprozentig nachgewiesen werden kann, ist in Europa ein Verbot möglich.
28	Gefahr für Umweltstandards, für Tierschutzstandards, für Sozialstandards	Sorge um Lebensmittel-Standards	18.01.2014	Es geht nicht allein um die Landwirtschaft, sondern auch um Tier- sowie Umweltschutz und den Sozialbereich.
28	Fehlende Transparenz	Sorge um Lebensmittel-Standards	18.01.2014	Dass die Verhandlungen mit den USA auch noch hinter verschlossenen Türen stattfinden, sorgt für massiven Unmut. Pernkopf spricht von „Geheimnistuerei“
28	Landwirtschaft, Tierschutzstandards, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards	Sorge um Lebensmittel-Standards	18.01.2014	
29	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	EU und USA kommen einander ein Stück näher	17.12.2013	Ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA würde Europas Wirtschaft etwa 120 Mrd. Euro und der amerikanischen 95 Mrd. Euro bringen. Man rechnet auch mit bis zu zwei Millionen zusätzlichen Jobs auf beiden Seiten des Atlantik.
29	Zölle, Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft	EU und USA kommen einander ein Stück näher	17.12.2013	
30	Fehlende Transparenz	Furcht vor niedrigeren EU-Standards wegen Freihandels-abkommen mit USA	02.12.2013	Trojanisches Pferd. Seit Juli verhandeln die USA und Europa hinter verschlossenen Türen über ein Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade und Investment Partnership)
30	Gefahr durch Schiedsgerichte, Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, für Sozialstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Furcht vor niedrigeren EU-Standards wegen Freihandels-abkommen mit USA	02.12.2013	Das Freihandelsabkommen würde es Konzernen leichter machen Staaten wegen der Anhebung der Normen in den Bereichen Gesundheit, Soziales oder Umweltschutz auf Schadenersatz zu klagen. US-Firmen haben Staaten, mit denen solchen Abkommen bestehen, erfolgreich wegen des Verbots giftiger Substanzen oder anderer „investitionsfeindlicher“ Regeln geklagt.
30	Gefahr für Lebensmittelstandards	Furcht vor niedrigeren EU-Standards wegen Freihandels-abkommen mit USA	02.12.2013	Die US-Fleischindustrie verlangt etwa die Zulassung von Wachstumshormonen für die Schweinezucht, die Erlaubnis Hühner mit Chlor zu desinfizieren sowie die Zulassung von Gentechnik.
30	Gefahr für Datenschutzstandards, Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards	Furcht vor niedrigeren EU-Standards wegen Freihandels-abkommen mit USA	02.12.2013	Allerdings gibt es massive Befürchtungen, ein derartiges Abkommen könnte die hohen EU-Standards in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz und Energiepolitik, oder Datenschutz aufheben.

30	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Furcht vor niedrigeren EU-Standards wegen Freihandelsabkommen mit USA	02.12.2013	Ein gemeinsamer Markt mit 800 Millionen Konsumenten soll angeblich bis zu zwei Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze bringen.
30	Transparenz, Umwelt- und Energiestandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Sozialstandards, Lebensmittelstandards, Datenschutzstandards, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze	Furcht vor niedrigeren EU-Standards wegen Freihandelsabkommen mit USA	02.12.2013	
31	Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Keine Spione bei Handelsgesprächen: EU und USA verhandeln im Oktober weiter	13.07.2013	Die USA und Europa versprechen sich von der Freihandelszone für 800 Millionen Menschen mehr Wachstum und neue Jobs. Neben der Abschaffung von Zöllen geht es um einheitliche Sicherheitsstandards und Regeln.
31	Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Zölle, Standards, Lebensmittelstandards, Dienstleistungsstandards	Keine Spione bei Handelsgesprächen: EU und USA verhandeln im Oktober weiter	13.07.2013	

16.1.8 ÖVP

Alle Zeilen mit einem Eintrag in der Spalte „Paraphrasierung“ enthalten in der Spalte „Kategorien / Themen“ Kategorien. Die restlichen Zeilen enthalten in der zweiten Spalte Themen.

Kategorien / Themen	Sprecher	Titel der Diskussion	Datum	Paraphrasierung
Chancen für Wirtschaftskraft, für KMUs	Angelika Winzig	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	„Der größte Teil dieses Handels betrifft drei Branchen – Fahrzeuge, Motoren und Chemie – und lässt somit auf einen hohen intra-industriellen Handel schließen. Der Zugang zu diesen Märkten ist ganz unterschiedlich. So ist der Chemie-sektor in Europa mehr als dreimal so stark durch nicht-tarifäre Barrieren beschränkt wie in den USA, während Exporte im Maschinenbereich in die USA mit durchschnittlich 46 Prozent zusätzlichen Handelshemmnissen erschwert werden.“ Wegen der hohen Hürden können die KMU allerdings nicht so einfach nach Übersee anbieten. Die europäischen KMU sind bessergestellt und werden sich besser behaupten als ihre amerikanischen Kollegen, die ja vorwiegend auf dem Heimmarkt tätig sind.
Chancen für Wirtschaftskraft, Chancen für europäische / österreichische Standards, sichert / schafft Arbeitsplätze	Angelika Winzig	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Damit besteht nicht nur die Chance, das Wirtschaftswachstum in der EU weiterzuentwickeln, sondern auch die Möglichkeit, weltweite Standards zu setzen, und zwar vielleicht zum letzten Mal, bevor die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens und Lateinamerikas anderen Staaten ihre Standards aufzwingen. Der internationale Handel und Investitionen im Ausland sind für die EU und für Österreich der Motor des Wirtschaftswachstums, und es geht dabei auch um die Sicherung von Arbeitsplätzen, denn eine Milliarde Export bedeutet auch 15 000 zusätzliche Arbeitsplätze
Gefahr durch Schiedsgerichte	Angelika Winzig	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Zudem will der Kommissar unterbinden, dass eine regelrechte Klageindustrie entsteht, was natürlich die klagefreudigen US-Konzerne betrifft.“

Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Angelika Winzig	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Klar ist, dass unsere Unternehmer Investitionsschutz brauchen, und unsere 62 Abkommen haben sich auch in der Vergangenheit bewährt. Für Investitionen im Ausland braucht man klare Regeln. Klare Regeln, Transparenz und eine hohe Einbindung sind Voraussetzungen für ein solches Jahrhundertabkommen, das das Ziel haben muss, gegen Produktfälschungen, illegalen Handel und Korruption vorzugehen und die hohen Standards aufrechtzuerhalten, die wir in Europa und in Österreich haben.
Wirtschaftskraft, Standards, Umwelt- und Energiestandards, Verbraucherstandards, Arbeitsplätze, Industrie, KMUs, Schiedsgerichte	Angelika Winzig	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Chancen für KMUs, sichert / schafft Arbeitsplätze, Chancen für Wirtschaftskraft	Nikolaus Berlakovich	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Auch Österreich ist ein exportorientiertes Land, und wir haben Interesse an einem vernünftigen freien Handel, weil sehr viele Arbeitsplätze in Österreich durch die Exporte entstehen; andererseits importieren wir Rohstoffe. Viele Experten erzählen, dass das BIP steigen würde, dass die Zahl der Arbeitsplätze steigt. Es ist auch eine Perspektive für Klein- und Mittelbetriebe.
Gefahr für europäische / österreichische Standards, für Verbraucherstandards	Nikolaus Berlakovich	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Und natürlich gibt es auch Bedenken beim Vorsorgeprinzip. Bei uns darf ein Produkt erst dann in den Handel kommen, wenn es sicher ist. – In den USA ist es nicht so: In den USA können Produkte in den Handel kommen, und wenn sich dann erst herausstellt, dass sie unsicher sind, dann gibt es Probleme. Das ist abzulehnen.
Gefahr für Tierschutzstandards, Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards, Verbraucherstandards	Nikolaus Berlakovich	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Es darf nicht sein, dass unsere hohen Standards sinken, und zwar nicht nur im Umweltschutz, im Tierschutz, im Gesundheitsbereich, sondern auch nicht bei der Produktsicherheit und auch nicht im Arbeitsrecht. Diese hohen Standards müssen abgesichert und dürfen nicht abgelöst werden.
Gefahr Lebensmittelstandards	Nikolaus Berlakovich	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Es gibt Bedenken im sanitären und phytosanitären Bereich: In den USA ist es üblich, dass Fleisch oder Milch von geklonten Tieren in den Handel kommt; wir in Europa lehnen das ab. Gleiches gilt für die Gentechnik: Wir wollen nicht, dass es Vereinfachungen bei den Zulassungsverfahren von gentechnisch verändertem Saatgut gibt. In den USA ist es gang und gäbe, dass Rinder und Schweine mit Hormonen gemästet werden; in Europa ist das verboten. Das lehnen nicht nur die Bauern ab, das lehnen auch die KonsumentInnen ab. Geflügelfleisch wird in den USA nach der Schlachtung chlorbehandelt, um es zu entkeimen, bei uns ist das verboten. Bei uns wird das geschlachtete Geflügel mit Wasser gereinigt, und aufgrund der Haltungsbedingungen ist die Keimbelastung geringer.
Gefahr durch Schiedsgerichte	Nikolaus Berlakovich	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Kritisch gesehen wird, dass es Schiedsverfahren gibt, die es den Investoren ermöglichen, Staaten außerhalb der nationalen Gerichte zu verklagen. Es ist an sich üblich, dass es in Investitionsschutzabkommen derartige Möglichkeiten gibt, und der Vorwurf besteht, dass es sozusagen ein Primat der Konzerne gibt, dass die Politik hier nicht handeln kann und dass der Spielraum der Politik eingeengt wird. Daher ist für uns klar, dass derartige Investitionsschutzklauseln, die negativ wären, abzulehnen sind. Das Europaparlament, die Vertreter der Österreichischen Volkspartei im Europaparlament haben das klar gesagt.

				Letztendlich stimmt ja das Europaparlament zu oder nicht, und die haben klar gesagt: Wenn da europäisches Recht ausgehebelt wird, dann wird das Europaparlament nicht zustimmen.
Gefahr für Landwirtschaft, Gefahr für Lebensmittelstandards	Nikolaus Berlakovich	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Ich sage das deswegen, weil wir zum einen eine kleinstrukturierte Landwirtschaft haben, die einem derartigen Wettbewerb mit Hormonen und Gentechnik nicht standhalten könnte, aber andererseits wollen das nicht nur die Bauern nicht, sondern auch die KonsumentInnen lehnen das ab.
Standards, Transparenz, Umwelt- und Energiestandards, Tierschutzstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Sozialstandards, Verbraucherstandards, Lebensmittelstandards, KMUs, Schiedsgerichte, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze	Nikolaus Berlakovich	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Gefahr für Lebensmittelstandards	Andrä Rupprechter	„Lebenswert. Österreich. Die neue Ländliche Entwicklung 2020“	20.05.2014	Die ÖVP lehnt es ab gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft zuzulassen und zieht eine rote Linie.
Lebensmittelstandards	Andrä Rupprechter	„Lebenswert. Österreich. Die neue Ländliche Entwicklung 2020“	20.05.2014	
Chancen für Wirtschaftskraft	Angelika Winzig	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Wir wissen ja, dass die EU-Märkte derzeit schwächeln, und daher wundert es mich doch ein wenig, dass das Team Stronach einerseits die Sanktionen kritisiert, weil Arbeitsplätze dadurch gefährdet sind, aber andererseits nicht erkennt, welche Chance die Freihandelsabkommen mit Kanada und mit den USA für Österreich sein können.
Sichert / schafft Arbeitsplätze	Angelika Winzig	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Immerhin würden wir durch CETA eine Exportsteigerung im Ausmaß von 500 Millionen € pro Jahr erreichen und durch TTIP 20 000 neue Arbeitsplätze schaffen.
Wirtschaftskraft, Schiedsgerichte, Arbeitsplätze	Angelika Winzig	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	
Gefahr für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards, Verbraucherstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, für Sozialstandards	Asdin El Habbassi	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Sie führt dazu, dass die Menschen Angst haben – ich merke das, wenn ich in Salzburg oder anderswo mit Bürgern spreche –: Angst davor, dass genmanipulierte Waren unsere Märkte überschwemmen; Angst davor, dass es nur mehr Chlorhendl zum Essen gibt. Wir in der ÖVP haben eine klare Linie, wenn es darum geht, unsere europäischen Standards zu halten, wenn es darum geht, die sozialen Standards, den Umweltschutz, den Verbraucherschutz, den Lebensmittelschutz und die Gesundheitsstandards in Europa zu schützen und diesen Standard zu sichern! Daher setzen wir uns innerhalb dieser Verhandlungen auch für das right to regulate“ ein. Es soll gewährleisten, dass die Vertragspartner in diesem Falle auch das Schutzniveau nach eigenem Ermessen festlegen können, und es soll gewährleisten, dass ein Abkommen den legitimen Ausbau unserer sozialen und Verbraucherschutzstandards stärkt und eben nicht dazu führt, dass es eine Nivellierung nach

				unten gibt, und nicht dazu führt, dass das irgendwie umgangen wird.
Fehlende Transparenz	Asdin El Habbassi	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West*	23.09.2014	Daher müssen wir uns für mehr Transparenz einsetzen, müssen uns dafür einsetzen, dass es keinen Nachteil durch solche Verhandlungen geben kann. Da gilt es, wachsam zu sein, und da gilt es vor allem, sachlich zu bleiben.
Wirtschaftskraft, Lebensmittelstandards, Standards, Transparenz, Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Verbraucherstandards	Asdin El Habbassi	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West*	23.09.2014	
Chancen für Wirtschaftskraft, schafft / sichert Arbeitsplätze	August Wöginger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Die Freihandelsabkommen sind aus österreichischer Sicht grundsätzlich positiv zu bewerten. Wir sind ein Exportland! Wir erwirtschaften 60 Prozent des BIP durch den Export, sechs von zehn Euro verdienen wir im Export, und jeder zwei-te Arbeitsplatz ist exportabhängig. Freihandelsabkommen sind für das Exportland Österreich wichtig. Sie sichern und schaffen Arbeitsplätze. Die Verträge werden weiterverhandelt, das ist ein laufender Prozess.
Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	August Wöginger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Investitionsschutz. – Natürlich ist es notwendig, weiterzuverhandeln, auch nach dem Prinzip, was für die Staaten notwendig ist und was die Staaten brauchen, die Investoren und die Gaststaaten.
Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Schiedsgerichte, Transparenz, Standards, Sozialstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Umwelt- und Energiestandards, Verbraucherstandards, Lebensmittelstandards	August Wöginger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Chancen für Landwirtschaft	Fritz Grillitsch	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Ein globaler Markt, das sage ich ganz offen, verlangt natürlich auch klare Spielregeln, die man hier erarbeiten muss. Globaler Markt heißt aber auch, dass es Chancen gibt, Exportchancen gibt. Die österreichischen Bauern beispielsweise produzieren mehr, als im Inland abgesetzt werden kann. Daher müssen wir auch Exportmärkte wahrnehmen, auch diese Chance nutzen.
Chancen für europäische / österreichische Standards	Fritz Grillitsch	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Gleichzeitig sollten wir darüber diskutieren, Herr Kollege Pirkhuber, durch klare Kennzeichnung, durch klare Transparenz auf dem heimischen Markt regionale Produkte zu forcieren. Das ist die Diskussion, die wir hier führen sollten, meine Damen und Herren. Österreich hat gerade auf EU-Ebene, was Standards betrifft, eine ganz, ganz große Vorreiterrolle. Ich glaube, dass gerade die EU-Position oder eine starke EU-Position in diesen Verhandlungen auch ein Schutzmechanismus für Österreich sein kann.
Gefahr für Lebensmittelstandards, für Landwirtschaft	Fritz Grillitsch	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Wir wollen, und das sprechen wir ganz klar aus, sicher keine industrialisierte Landwirtschaft, wo Gentechnik, Hormone und alles erlaubt sind.

Landwirtschaft, Standards, Lebensmittelstandards	Fritz Grillitsch	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Chancen für KMUs	Jakob Auer	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Was bringt denn ein derartiges Abkommen den österreichischen Klein- und Mittelbetrieben?, Folgendes: Ich habe in meiner Gemeinde vier solche kleine Betriebe. Es handelt sich um Betriebe mit 40, 27, 32 und 21 Mitarbeitern. Und ich habe sie gefragt, wie viel sie von ihrer Produktion exportieren? – Zwischen 75 und 94 Prozent ihrer Produkte! Meine Damen und Herren, daher ist es auch für solche Betriebe wichtig, die Chancen auf dem Weltmarkt wahrnehmen zu können, die Chancen auf diesen internationalen Märkten zu haben.
Gefahr für Landwirtschaft, Gefahr für Verbraucherstandards	Jakob Auer	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Ja, wir sollten uns von den Amerikanern nicht immer alles diktieren lassen, das ist gar keine Frage, sondern das österreichische Parlament, der österreichische Staat und vor allem auch Europa haben das Recht und die Pflicht, hier gemeinsam vorzugehen, damit diese Bedingungen nicht einseitig und zu Lasten der Konsumenten, unserer Firmen und vor allem auch der Landwirtschaft festgelegt werden, denn Tatsache ist, fairer Handel ist es dann, wenn für alle gleiche Bedingungen bestehen.
KMUs, Arbeitsplätze, Transparenz, Landwirtschaft, Verbraucherstandards	Jakob Auer	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Gefahr für europäische / österreichische Standards	Peter Haubner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Das dürfen sie einfach nicht sein, eine Aufweichung der europäischen Schutzstandards darf es nicht geben, aber das hat der Herr Minister auch schon ausgeführt. Eine Preisgabe dieser europäischen Schutzstandards darf es natürlich nicht geben, und die Abkommen müssen diese europäischen Standards auch respektieren.
Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Peter Haubner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Österreich ist nun einmal, und ich habe das gestern schon gesagt, ein Exportland. Wir verdienen 6 von 10 € im Ausland und mit dem Ausland. Es sind 47 000 österreichische Unternehmen im Export tätig, das ist nun einmal so. Wir haben schon 62 bilaterale Abkommen mit anderen Ländern, und diese sind einfach die Basis für unser erfolgreiches Wirtschaften, meine Damen und Herren. Jetzt sollen eben zwei Handelsabkommen dazukommen, und zwar eines mit Kanada und eines mit den USA. Unser Zugang ist der, dass Wirtschaftsabkommen dazu da sind, beiden Seiten Vorteile zu bringen. Im Mittelpunkt stehen Erleichterungen für den Handel, für Investitionen und so weiter. Fakt ist aber auch, und das müssen wir auch festhalten: Die USA sind nach Deutschland und Italien Österreichs dritt wichtigster Handelspartner. Wenn wir diese Beziehungen weiter ausbauen wollen, dann sind natürlich die Erleichterungen, die dieses Handelsabkommen bringen soll, sicher wünschenswert. Gerade Österreich könnte natürlich von diesem Freihandelsabkommen überproportional stark profitieren. Wenn wir es richtig machen, dann sind solche Handelsabkommen einfach auch der Hebel zu einer Gestaltung des wirtschaftlichen Miteinanders und im Sinne der Schaffung von neuen und der Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen sehr, sehr wichtig.
Chancen für KMUs	Peter Haubner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Die Chancen, dass von diesem Abkommen nicht nur die Großen, sondern natürlich im Verbund auch viele kleine und mittlere Unternehmen profitieren, ist auf jeden Fall vorhanden.

Wirtschaftskraft, Standards, KMUs, Arbeitsplätze	Peter Haubner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Sichert / schafft Arbeitsplätze	Reinhold Lopatka	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Ich glaube, in einem sind wir uns einig: dass es eine der wichtigsten Aufgaben der Politik ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass möglichst viele Menschen Arbeit finden können, und zwar derart, dass sie damit auch ihr Auslangen finden, was die tagtäglichen Ausgaben betrifft. Und wenn man hier die Chancen beiseitelässt, die eine engere Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA bieten kann, dann macht man einen großen Fehler.
Chancen für Wirtschaftskraft	Reinhold Lopatka	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	45 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung werden zwischen Europa und den USA ausgetauscht. Meine Damen und Herren, das ist eine gigantische Leistung. Jedes bisherige Abkommen hat Österreich als kleine exportorientierte Volkswirtschaft bisher nützen können.
Fehlende Transparenz	Reinhold Lopatka	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Der zweite Punkt, auch mehrfach angesprochen, ist die Transparenz. Ja, wir nehmen es sehr ernst, dass es große Sorgen, teilweise auch durch unfaire mediale Berichterstattung verursacht, in der Bevölkerung gibt. Daher wird vonseiten der Regierung alles getan, dass, wann immer neue Verhandlungsschritte gesetzt werden, transparent das Parlament und damit auch die österreichische Bevölkerung informiert wird.
Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Reinhold Lopatka	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Es ist fraglich, ob man dann diese Investitionsschutzbestimmungen mit den Klagsmöglichkeiten tatsächlich braucht. Wir gehen davon aus, dass dieser Punkt nicht notwendig ist.
Chancen für europäische / österreichische Standards	Reinhold Lopatka	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Als Europäer sind wir, wie ich meine, gut beraten, wenn wir uns insgesamt die Situation weltweit ansehen, dieses US-Bashing wieder etwas in den Hintergrund zu rücken. Wenn ich mir die Situation sozialrechtlich anschau, die Umweltsituation in China, wenn ich Russland und die USA hernehme, dann sage ich, von den Grundwerten her sind mir die USA noch immer, ich sage es ganz direkt, näher als andere Machtblöcke. Und daher: Wenn wir hier wirtschaftlich mit den Standards, die wir wollen, zu einem Abkommen kommen, dann sehe ich das als Fortschritt. Ich hoffe, dass wir uns auf das verständigen können.
Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft, Standards, Transparenz, Schiedsgerichte	Reinhold Lopatka	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Fehlende Transparenz	Reinhold Mitterlehner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	In diesem Zusammenhang muss ich Ihnen eines konstatieren: Die Verhandlungen über solche Abkommen laufen nicht immer optimal. Ich muss sagen, insbesondere was das TTIP anlangt, das heute nicht im Hauptfokus steht, gebe ich Ihnen recht. Darüber haben wir auch schon öfter diskutiert, es waren drei Punkte – die Transparenz finde ich wirklich bemerkenswert schlecht. Das kommt auch nicht von der EU, sondern von den amerikanischen Partnern.
Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Reinhold Mitterlehner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Ich pflichte Ihnen schon bei, wir müssen aufpassen, dass es bei Lebensmitteln nicht zu einem Austausch kommt, der einfach den globalen Erfordernissen entgegensteht, vor allem den CO2-Zielen.
Chancen für Wirtschaftskraft	Reinhold Mitterlehner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Wenn man beispielsweise bei Autobestandteilen, bei Bestandteilen im Metallwarenbereich durch ein Freihandelsabkommen 11 Prozent günstigere

				Konditionen erhält, dann ist das eine gute Sache.
Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Reinhold Mitterlehner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Jetzt sage ich Ihnen auch etwas zu dem Themenbereich ISDS-Systeme und Investitionsschutz. Wir haben weltweit 2 800 derartige bilaterale Abkommen. 2 800! Österreich hat allein, ich weiß nicht wie viele, aber ich glaube 60, und wir haben selbst schon fünf oder sechs Unternehmen gehabt, die geklagt haben. Ich erinnere mich, das habe ich als Studentenvertreter beim damaligen Professor Kulhavy erfahren, im Rechtsbereich, als es um eine Geschäftsordnung für die Fakultät in Linz gegangen ist. Wir haben eine Geschäftsordnung ausgearbeitet, und dann hat er gesagt: Wenn wir die Geschäftsordnung wirklich brauchen, dann ist es eigentlich schon zu spät, aber weil wir eine Geschäftsordnung haben, werden wir sie nicht brauchen. Das ist genau der gleiche Hintergrund wie beim Investitionsschutzabkommen! Wenn man Spielregeln hat, wird man sie in den meisten Fällen nicht brauchen. Daher muss man die Vorgangsweise wählen – und da bin ich jetzt bei Ihnen –, das Ausmaß festzulegen, wobei man das „right to regulate“ hat, um bestimmte Standards auch nachher noch umsetzen zu können. Wenn man sie haben möchte, muss man wirklich prüfen, ob man sie in dem Umfang braucht. Deswegen haben wir einen Konsultationsmechanismus auf EU-Ebene, was den Investitionsschutz anlangt.
Schiedsgerichte, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Transparenz, Standards, Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Industrie	Reinhold Mitterlehner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	

16.1.9 SPÖ

Alle Zeilen mit einem Eintrag in der Spalte „Paraphrasierung“ enthalten in der Spalte „Kategorien / Themen“ Kategorien. Die restlichen Zeilen enthalten in der zweiten Spalte Themen.

Kategorien / Themen	Sprecher	Titel der Diskussion	Datum	Paraphrasierung
Fehlende Transparenz	Elisabeth Grossmann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Angesichts der heftigen Diskussionen ist schon die Frage zu stellen, ob das die richtige Strategie war, ob hier nicht mehr Transparenz sozusagen mehr Licht ins Dunkel bringen würde und ob nicht die fast etwas übersteigerte Geheimniskrämerei die Bildung von Mythen, das Misstrauen stärkt und natürlich auch Ängste schürt.; Es wird uns wahrlich nicht leicht gemacht, und auch deshalb bin ich froh, dass hier die Absicht besteht, mehr Transparenz von Österreich aus in das gesamte Verhandlungsgefüge hineinzubringen.

Gefahr für Verbraucherstandards, für Sozialstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Elisabeth Grossmann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Es ist genauestens zu prüfen, was dran ist an den Befürchtungen, dass das Abkommen sämtliche Konsumentinnen-/Konsumentenschutzstandards, Arbeitnehmer-/Arbeitnehmerinnen-schutzstandards, Umweltschutzstandards und Sozialstandards über den Umweg USA aushebeln könnte – also Errungenschaften, die von uns und unseren Vorfahren und Vorfahrinnen hart erkämpft wurden und die für uns natürlich auch ein Erbe darstellen, das es zu erhalten und auch weiterzuentwickeln gilt. Deshalb müssen wir – und da bin ich dem Herrn Bundeskanzler für seine Klarstellung auch sehr dankbar – wirklich genauestens prüfen, ob in diesem Abkommen nicht Fallstricke enthalten sind, Risiken enthalten sind, Gefahren enthalten sind für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Konsumentinnen und Konsumenten, für die Umweltstandards und überhaupt für unsere gesamte Lebensqualität.
Chancen für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Elisabeth Grossmann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Der Wirtschaftsminister – unterstützt auch durch eine Studie – geht davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt in Österreich um 1,7 Prozent steigen könnte; um 1 Prozent höhere Löhne könnten die Folge sein. Das würde auch einen Anstieg der Beschäftigung um 0,5 Prozent, das sind rund 20 000 Arbeitsplätze, in Österreich mit sich bringen. – Also das ist eine sehr optimistische Schätzung, und dabei geht der Wirtschaftsminister eben davon aus, dass Österreich überproportional vom Abkommen profitieren könnte.
Gefahr durch Schiedsgerichte	Elisabeth Grossmann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Forderung: "Das Recht der Staaten auf politische Gestaltung der Lebensverhältnisse nach den Grundsätzen der Demokratie und Subsidiarität, all das muss selbstverständlich gewahrt bleiben."
Transparenz, Verbraucherstandards, Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards	Elisabeth Grossmann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Gefahr für europäische / österreichische Standards	Josef Cap	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Wenn solche Verhandlungen über eine Freihandelszone stattfinden, dann will Amerika, wollen die USA natürlich, dass wir unsere Standards, unser System an das amerikanische anbinden, damit sie günstigere Voraussetzungen vorfinden – und wir wollen es nicht.
Sichert / schafft Arbeitsplätze, Chance für Wirtschaftskraft	Josef Cap	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Da wird von 800 000 Arbeitsplätzen in Europa die Rede sein, es wird heißen, dass Milch und Honig fließen und die Löhne steigen werden. Die Aufgabe der Politik, sich die Studien anzusehen und diese zu prüfen und zu bewerten, ob man das nun übernimmt oder auch nicht.
Fehlende Transparenz	Josef Cap	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Es darf nicht intransparent ablaufen. Die Parlamente müssen einbezogen werden! "Diese Transparenz ist, wenn die nationalen Parlamente, das Europaparlament und alle Medien eingebunden sind, eine natürliche Bedingung und ein ganz wesentlicher Punkt.

Gefahr für Sozialstandards, für Dienstleistungsstandards, für öffentliche Daseinsfürsorge	Josef Cap	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Es darf keinen Angriff auf die Gemeinwohlziele, Menschenrechte, Frauenrechte, Minderheitenrechte geben, Finanzmarktregulierung, Steuerpolitik und Sozialstandards müssen beachtet werden.
Standards, Transparenz, Öffentliche Daseinsvorsorge, Sozialstandards, Dienstleistungsstandards	Josef Cap	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Sozialstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Werner Faymann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Wie Frau Klubvorsitzende Eva Glawischnig richtig ausgeführt hat, hat Europa auch aus meiner Sicht in sozialen, aber insbesondere auch in Umweltfragen höhere Standards – und in einigen Bereichen sogar deutlich bessere und deutlich höhere Standards – als die Vereinigten Staaten. Österreich kann sich auch innerhalb der Europäischen Union, wenn es um die Frage der Lebensmittel, wenn es um die Frage der Gentechnik, wenn es um andere wesentliche Fragen der Umweltpolitik geht, zu Recht darauf berufen, dass wir nicht in allen, aber in sehr wesentlichen und sehr vielen Bereichen die besseren Standards haben. Wenn man also über Wettbewerb auf gemeinsamen Märkten diskutiert, dann drängt sich tatsächlich sofort die Frage auf, ob ein verstärkter gemeinsamer Markt ausreichend Schutz für das bietet, was für uns so wesentliche Regeln für diesen gemeinsamen Markt sind. Ich führe Diskussionen auf dem Boden unserer Standards, unserer umweltpolitischen und sozialen Standards. Mehr Markt, mehr Chancen für österreichische und europäische Unternehmen sind Ziele, die nicht im Widerspruch zu unseren sozialen und umweltpolitischen Vorgaben stehen dürfen.
Sichert / schafft Arbeitsplätze	Werner Faymann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Nun gibt es eine Reihe von Wirtschaftsfachleuten, die sagen: Ja, das kann in Österreich eine Zunahme von 800 000 Arbeitsplätzen in Bereichen bringen, die ausschließlich positiv zu bewerten sind. Wenn es die Möglichkeit gibt, bei einem gemeinsamen Markt, der existiert, im Zuge einer Diskussion eine Ausweitung von Handelsbeziehungen, die sinnvoll sind, vorzunehmen, dann werden wir Österreicher zustimmen.
Fehlende Transparenz	Werner Faymann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Dies kann kein Geheimabkommen sein! Dem widerspricht schon der gesamte Entscheidungsprozess und vor allem dann natürlich auch der notwendige finale Prozess, bei dem die Parlamente und auch die Öffentlichkeit zu Recht selbstverständlich ganz offen und transparent zu informieren sind.
Fehlende Transparenz	Werner Faymann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Durch die Hintertür droht einiges eingeführt zu werden, was wir nicht wollen, nämlich im Zusammenhang mit dem sogenannten Investitionsschutzabkommen. Das Investitionsschutzabkommen ist aber keinesfalls – und gegen einen derartigen Missbrauch des Inhalts und auch des eigentlichen Sinns und Zwecks eines Investitionsschutzabkommens werden wir uns zur Wehr setzen – eine versteckte Hintertür für eine Privatisierung von Wasser, für eine Verschlechterung des Umweltschutzes oder sozialer Bedingungen.

Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Werner Faymann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Es sind auch österreichische Betriebe, die immer wieder Investitionsschutzabkommen, die es gibt, die mit anderen Ländern bereits existieren, als eine Sicherheit sehen, um die Investitionen, die sie tätigen, auch schützen zu können. Ich gehe davon aus, dass diese 60 Investitionsschutzabkommen, die es gibt, als Ursache hatten, sich dagegen wehren zu können, wenn jemand, wie das zum Beispiel derzeit in Ungarn auch immer wieder diskutiert wird, einfach mit einem Gesetz Investitionen anderer zunichte macht.
Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Schiedsgerichte, Transparenz, Industrie, Öffentliche Daseinsvorsorge	Werner Faymann	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Fehlende Transparenz	Andreas Schieder	„Lebenswert. Österreich. Die neue Ländliche Entwicklung 2020“	20.05.2014	Es gibt keinen Grund für Geheimhaltung. Wenn solche Verhandlungen geführt werden, dann transparent; wenn sie geheim geführt werden, dann sind wir die Ersten, die hier misstrauisch und wachsam sein werden
Transparenz	Andreas Schieder	„Lebenswert. Österreich. Die neue Ländliche Entwicklung 2020“	20.05.2014	
Fehlende Transparenz	Hannes Weninger	„Wirtschaft schützen – Wirte schützen“	09.07.2014	Es gibt im EU-Hauptausschuss einen einstimmig beschlossenen Antrag, dass wir volle Transparenz verlangen und die Bundesregierung und die Europäische Kommission auffordern, bei den TTIP-Verhandlungen für völlige Transparenz und die Offenlegung aller Unterlagen zu sorgen.
Transparenz	Hannes Weninger	„Wirtschaft schützen – Wirte schützen“	09.07.2014	
Gefahr durch Schiedsgerichte	Andreas Schieder	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Und zu TTIP haben wir auch eine kritische Position. Wir sagen, das, was Selbstbestimmungsrechte sind, das, was die Kontrolle der Politik über den Markt ist, darf nicht ausgehebelt werden. Wir müssen schauen, dass diese Positionen in die Verhandlungen einfließen, und wenn sie nicht ausreichend eingeflossen sind, müssen wir die Diskussion führen.
Schiedsgerichte	Andreas Schieder	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	
Fehlende Transparenz	Christine Muttonen	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Fehlende Transparenz schafft Misstrauen: Ehrlich gesagt, man kann dieses Misstrauen niemandem verübeln, denn die Verhandlungen dauern jetzt schon seit dem Juli 2013 an, aber bekannt dazu ist eigentlich sehr wenig. Die Kommission bemüht sich zwar, aber uns wirklich zu informieren, die Öffentlichkeit zu informieren oder gar einzubinden, das tut sie nicht. Solange sich das nicht ändert, so lange wird kein Vertrauen zustande kommen. Aber ohne dieses Vertrauen – und ich glaube, das lässt sich heute schon sagen – wird TTIP keine Mehrheit bekommen, genauso wenig wie andere Freihandelsabkommen und Freihandels-verträge, die die Anforderungen nicht erfüllen. Solange ganz grundsätzliche Vorbehalte nicht ausgeräumt sind, so lange muss der Freihandel in Verdacht stehen, nur Konzernen und nicht den Menschen zu helfen – und dann wäre er nutzlos!

Gefahr durch Schiedsgerichte	Christine Muttonen	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Die Gretchenfrage wird aber sein, ob Konzernen die Klagemöglichkeit vor Sondergerichten eingeräumt werden soll. Kann sich jemand ernsthaft vorstellen, dass eine mittelständische Kärntner Maschinenfabrikantin die USA verklagt, weil ihre Maschinen nicht auf dem US-Markt zugelassen werden?! Und selbst wenn sie das täte, glaubt jemand ernsthaft, dass sie, wenn sie klagen würde, eine realistische Chance hätte, recht zu bekommen?! Denn die USA haben bis jetzt all diese Verfahren gewonnen. Am Schluss können selbst alle Zusicherungen, die nun vonseiten der EU-Kommission gegeben werden, wertlos sein, denn die Kommission entscheidet ja nicht. Wirklich entscheiden werden drei zufällig ausgewählte Personen, die auf irgendeiner Liste stehen. Und das, meine Damen und Herren, ist dann in der Tat ein Trojanisches Pferd. Und das wollen wir nicht!
Transparenz, Schiedsgerichte, KMUs	Christine Muttonen	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	
Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Werner Faymann	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Und ich vertrete sie aus Überzeugung, weil ich glaube, dass es natürlich Freihandelsabkommen in der Welt gibt, wo eine derartige Klausel, also ein Schlichtungsverfahren zum Schutz vor willkürlichen Enteignungen notwendig ist, aber gerade in der Europäischen Union, in Österreich oder in den Vereinigten Staaten braucht man das nicht. Das sind rechtsstaatliche Länder, deren Gesetze und deren Verlässlichkeit ausreichend sind, sodass es eben nicht notwendig ist, eine zusätzliche Investorenschutzklausel vorzusehen.
Schiedsgerichte	Werner Faymann	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	
Gefahr für KMUs	Cornelia Ecker	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Wie viele mittelständische Betriebe, wie viele Kleinunternehmer profitieren von dieser Marktöffnung? Welche Unternehmen arbeiten denn heute in anderen europäischen Ländern? Würde TTIP wirklich den kleinen Unternehmen helfen? Ich frage mich, ob von einem Abkommen nicht eher die großen Betriebe profitieren, die sich über solche Märkte auch umfassend informieren können. Von den Autohändlern ums Eck wird kaum einer die Chancen, die in Kansas schlummern, nützen, einem Betrieb wie BMW ist das leichter möglich.

Gefahr für Sozialstandards, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Cornelia Ecker	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Für uns SozialdemokratInnen steht immer der Mensch im Mittelpunkt. Wir wissen, wie lange es gedauert hat, eine soziale Absicherung in Österreich zu schaffen. Wir wissen, wie lange es gedauert hat, ein soziales Netz zu knüpfen, das Menschen in Notsituationen auffängt. Wir SozialdemokratInnen wissen, wie wichtig es ist, dass es in Österreich ein Gesundheitssystem gibt, das allen zugutekommt, egal, ob reich oder arm. Dies nennt man Verantwortung, und hier findet sich Gerechtigkeit; Verantwortung, die wir auch unserer Umwelt gegenüber haben. In all diesen Punkten müssen die Standards eingehalten werden. Und da möchte ich Werner Faymann zitieren, der klar versprochen und klar deklariert hat: Einem Freihandelsabkommen, das die österreichischen Standards runterdrückt, werden wir ganz klar nicht zustimmen! Ziehen wir hier beispielsweise die Lebensmittel heran. Ich arbeite in diesem Bereich, und ich werde ganz oft darauf angesprochen, wie wichtig die hohen Standards unserer österreichischen Lebensmittel sind. Es gibt sehr, sehr viele Leute, die in diesem Bereich verunsichert worden sind, und ich als Sozialdemokratin setze mich vermehrt dafür ein, dass diese Standards eingehalten werden. Es ist mir äußerst wichtig, dass diese Errungenschaften auch nicht geopfert werden.
KMUs, Industrie, Sozialstandards, öffentliche Daseinsvorsorge, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Umwelt- und Energiestandards, Standards, Lebensmittelstandards	Cornelia Ecker	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Chancen für Wirtschaftskraft	Christoph Matznetter	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Wir haben ein Freihandelsabkommen vor uns – das heißt: in ein paar Jahren vor uns –, dessen Nutzen mit Sicherheit – und da werden mir wohl alle zustimmen – für alle, vor allem auf europäischer Seite, gegeben ist. Bei aller Liebe, dass die USA ihre Reindustrialisierung machen, die besten Produkte stellen wir hier in Europa, ganz besonders auch in Österreich her. Und für uns ist es eine Riesenchance, diesen Freihandel zu erreichen, und daher sollten wir das Gesamtprojekt nicht durch Panikmache gefährden.
Gefahr für österreichische / europäische Standards, für Sozialstandards, für Datenschutzstandards, für Umwelt- und Energiestandards	Christoph Matznetter	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf diese Freihandelsabkommen, die seitens der EU mit Kanada und den USA abzuschließen sind, für die Aufnahme der Verpflichtung zur Einhaltung hoher sozialer, datenschutzrechtlicher und ökologischer Mindeststandards einzutreten und jede Absenkung europäischer Standards zu verhindern.
Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Christoph Matznetter	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Die Sinnhaftigkeit der Aufnahme von ISDS-Klauseln bei Abkommen mit Staaten mit entwickelten Rechtssystemen (z. B. USA und Kanada) ist aus heutiger Sicht nicht erkennbar.“

Wirtschaftskraft, Standards, Lebensmittelstandards, Sozialstandards, Datenschutzstandards, Umwelt- und Energiestandards, Schiedsgerichte	Christoph Matznetter	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Gefahr für europäische / österreichische Standards	Hannes Weninger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Es geht doch beim Widerstand gegen oder in der Sorge um diese Freihandelsabkommen im Wesentlichen darum, dass die europäische Zivilgesellschaft, ArbeitnehmerInnenvertreter, Umweltorganisationen, Konsumentenvertreter – die Befürchtung haben, dass etwas zwangsweise zusammengeführt wird, was nicht wirklich zusammenpasst.
Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards, Verbraucherstandards, Transparenz	Hannes Weninger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Gefahr durch Schiedsgerichte, Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Josef Cap	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Und – um jetzt Beispiele zu nennen – dass man mit Ländern der Dritten Welt, wo Korruption herrscht, Enteignung herrscht und keine Sicherheit für Investitionen, solche Mittel anwendet und solche Verträge abschließt, das verstehe ich total. Was ich nicht verstehe, ist die Gleichsetzung der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit sogenannten Bananenrepubliken und dass man dann sagt, jetzt brauche ich aber eigentlich diese Schlichtungsstelle und dieses ISDS, denn wenn es sich dort bewährt hat, bewährt es sich hier auch. Ein gewisser Investitionsschutz – ja! Aber umgekehrt sage ich gleich dazu, die internationalen Konzerne, die hierher kommen und investieren, die sind ja kein Wohltäterverein! Die kommen her, schauen sich die Situation an und wollen eben einfach einen Gewinn machen. Und was ist die Aufgabe der Politik? – Das zu regeln! Gewinn ist an sich nichts Unanständiges – aber nicht auf Kosten von Standards, die wir mühsam in diesem Haus erkämpft. Es ist in Wirklichkeit die Umgehung unseres Rechtssystems! Und das ISDS können sich die in Wirklichkeit „g'halten“, um das auf gut Wienerisch zu sagen.
Gefahr durch Schiedsgerichte	Josef Cap	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Da hat man eine Liste von Rechtsanwälten, daraus werden dann welche ausgesucht, die setzen sich in unterschiedlichen Rollen zusammen und bestimmen dann, ob man 5, 10, 15 Milliarden oder wie viel auch immer zu „brennen“ hat, weil man sich an gewissen Gesetzesinitiativen beteiligt hat, die die Investitionen beziehungsweise die Gewinnerwartung geschmälert haben, oder ob gar eine „indirekte Enteignung“ vorliegt
Fehlende Transparenz	Josef Cap	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Das heißt ganz einfach, dass wir dafür eintreten müssen, dass es, sollte es überhaupt zu einem Ergebnis kommen, den ganz normalen, transparenten Weg zu gehen hat. Bis jetzt ist es mit der Transparenz danebengegangen, wurde Miss-trauen gesät, die Presse hat das ohnehin schön kritisiert, und die Frage war immer berechtigt: Warum haben Sie das so geheimnisvoll gemacht? Wenn man etwas so geheimnisvoll macht, gibt es meistens einen Plan, dass man nicht will, dass die Öffentlichkeit etwas weiß. – Damit haben wir alle miteinander nichts zu tun! Das ist ganz entscheidend. Wir wollen im Gegenteil, dass das alles möglichst transparent ist, auch

				weiterhin, und sollte es wirklich immer näher und näher kommen, muss es immer transparenter werden und möglichst große Offenheit herrschen.
Standards, Verbraucherstandards, Sozialstandards, Schiedsgerichte, Transparenz	Josef Cap	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	

16.1.10 FPÖ

Alle Zeilen mit einem Eintrag in der Spalte „Paraphrasierung“ enthalten in der Spalte „Kategorien / Themen“ Kategorien. Die restlichen Zeilen enthalten in der zweiten Spalte Themen.

Kategorien / Themen	Sprecher	Titel der Diskussion	Datum	Paraphrasierung
Fehlende Transparenz	Bernhard Themessl	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	"Wenn es um ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa geht, das auch noch geheim hinter verschlossenen Türen ausverhandelt werden soll, dann müssten eigentlich bei allen hier schon die Alarmglocken läuten."
Gefahr für europäische / österreichische Standards	Bernhard Themessl	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Weil die Amerikaner befürchten, dass ihre Standards dadurch ausgehöhlt werden, dass dann die Standards aus dem asiatisch-pazifischen Raum statt der amerikanischen Platz greifen! – Jetzt werden Sie einmal munter! Die amerikanischen Standards sind ja noch wesentlich schlechter als die europäischen! Das heißt, das Ganze nivelliert sich nach unten, das ist ähnlich wie beim Schulsystem, dort haben wir das ja auch schon gesehen. Das ist ein Irrglaube!
Gefahr für Landwirtschaft, für KMUs	Bernhard Themessl	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Es wäre höchst an der Zeit, dass man sich endlich einmal mit dem Thema befasst, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, die in Amerika, in Europa und im Speziellen in Österreich gelten, überhaupt nicht vergleichbar sind! In Österreich haben wir eine kleinststrukturierte Wirtschaft. Über 99 Prozent der Betriebe in Österreich, von welchen über zwei Drittel aller Arbeitsplätze geschaffen werden, sind Klein- und Kleinstbetriebe.
Transparenz, Standards, KMUs, Arbeitsplätze	Bernhard Themessl	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Fehlende Transparenz	Harald Vilimsky	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Faktum ist, Herr Bundeskanzler, dass hinter verschlossenen Türen zwischen auf der einen Seite Vertretern der Europäischen Kommission, gepaart und umgeben von Lobbyisten, und auf der anderen Seite US-amerikanischen Behördenvertretern ein gigantisches Freihandelsabkommen auf Schiene gebracht wird und gewählte Volksvertretungen, Parlamente, Bürgerorganisationen, Umweltschutzorganisationen, Konsumentenschutzorganisationen ferngehalten werden und nicht einmal im Ansatz – nicht einmal im Ansatz! – informiert werden, worüber eigentlich debattiert wird.

Gefahr für Lebensmittelstandards, für europäische / österreichische Standards	Harald Vilimsky	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Es ist richtig, dass unsere Standards höher sind als jene in anderen Ländern. Man kann das auch nicht „wegdodeln“ und nur sagen: Wir wollen keine Chlorhühner und wir wollen kein Hormonfleisch!, sondern diese Positionen müssen Sie irgendwo verdeutlichen. Meine Damen und Herren, sehen Sie sich einmal an, wie in Amerika Lebensmittel-produktion funktioniert! Die Abgeordnete von den Sozialdemokraten hat hier die Chlorhühnerschnitzel angesprochen – das wird ein bisschen als polemische Argumentation abgetan, aber das ist keine Argumentation, die mit Polemik versehen ist, sondern das ist gängiger Produktionsstandard in den USA. Dort gibt es gigantische Geflügelfarmen, die noch immer größer und größer werden, und auf der anderen Seite gibt es eine Erhöhung der Schlachtintervalle. Die Schlachtzahl pro Minute wird bis auf das Dreifache erhöht, und so wird die Schlachtzahl nach oben geschraubt. Und um die Keime, die durch diese Massentierhaltung entstehen, möglichst zu neutralisieren, kommen diese geschlachteten Hühner in ein Chlorbad. Das Ganze ist unwürdig, ist unappetitlich, aber es steigert den Profit. Es ermöglicht es, Fleisch noch billiger auf den Teller zu bekommen. So, jetzt habe ich als gewählter österreichischer Volksvertreter Interesse daran, zu erfahren, inwieweit Behördenvertreter in Amerika auf der einen Seite und Kommissionsvertreter auf der anderen Seite hier Regelungen in Gang bringen, um ein Freihandelsabkommen zu implementieren, das in weiterer Folge genau diese Produktionsmethoden ermöglichen wird, das Hormonzusätze ermöglichen wird und das durch Gentechnik veränderte Lebensmittel auch auf unsere Teller bringen wird. Uns ist einmal versprochen worden: Österreich ist der Feinkostladen Europas. hier Profite für Konzerne zu ermöglichen, die Exporte nach oben zu schrauben und die Qualität dessen, was auf unseren Tellern landet, zu minimieren. Machen Sie das deutlich, legen Sie ein Veto ein!
Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards	Harald Vilimsky	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Wenn Sie hier sagen, Sie würden die österreichische Position vertreten und Umwelt- und Sozialstandards et cetera erhalten wollen, stelle ich mir die Frage: Mit wem, Herr Bundeskanzler, sprechen Sie denn bei diesen Verhandlungen? Heute entwickeln wir uns jedoch zu einem System, wo es nur noch darum geht, Konzerninteressen maximal umzusetzen. All das, was lästig ist – Volksvertretungen, Bevölkerung, Umweltschutzorganisationen, Konsumentenschutzorganisationen –, da draußen zu halten, auf Kosten unserer hohen Qualität.
Gefahr für Lebensmittelstandards, für Medizinische und Gesundheitsstandards, für Standards im Chemiesektor	Harald Vilimsky	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	In Amerika ist es so, dass der Einsatz von chemischen Stoffen so lange erlaubt wird, solange nicht bewiesen ist, dass diese chemischen Stoffe schädlich sind. In Europa haben wir zum Glück den umgekehrten Weg, nämlich dass Dinge so lange verboten sind, solange nicht nachgewiesen ist, dass sie gesundheitlich nicht schädlich sind. Und da in eine Verhandlungsposition zu gehen, wo man versucht, zwei unterschiedliche Systeme zu harmonisieren – aber im Sinne einer Nivellierung zu harmonisieren –, das ist der Wahnsinn, und das wird in weiterer Konsequenz dazu führen, dass unsere

				Lebensstandards und Lebensmittelstandards massiv gesenkt werden
Transparenz, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards, Standards, Lebensmittelstandards, Standards im Chemiesektor, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Harald Vilimsky	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Fehlende Transparenz, Gefahr der Lebensmittelstandards	Harald Jannach	„Lebenswert. Österreich. Die neue Ländliche Entwicklung 2020“	20.05.2014	Für die Geheimniskrämerei um das Abkommen die Regierung verantwortlich. Ich ersuche die Bürger, sich bewusst zu machen, was diese Geheimniskrämerei bedeutet: Wenn wirklich alles so eitel Wonne und so gut wäre, dann gäbe es keinen Grund für eine solche Geheimniskrämerei. Wenn alle bezüglich Chlorhuhn, Hormonfleisch und Gentechnik davon reden, dass das alles verhindert werden muss und dass das vielleicht gar nicht in diesem Abkommen enthalten ist, dann frage ich Sie: Warum macht die Europäische Union solche Dinge nicht öffentlich?
Transparenz, Lebensmittelstandards	Harald Jannach	„Lebenswert. Österreich. Die neue Ländliche Entwicklung 2020“	20.05.2014	
Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards	Josef A. Riemer	„Wirtschaft schützen – Wirte schützen“	09.07.2014	"Der zweite kritische Ansatz von uns betrifft das TTIP, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Dieser Gesetzentwurf ist im Prinzip Makulatur, wenn dieses Freihandelsabkommen kommt. Denken wir an den Bereich Gentechnik, denken wir an das Fracking et cetera – ich möchte jetzt nicht von Chlorhühnern reden, von hormonbelasteten Tieren."
Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards, Transparenz	Josef A. Riemer	„Wirtschaft schützen – Wirte schützen“	09.07.2014	
Fehlende Transparenz	Heinz-Christian Strache	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Man fragt sich: Warum unter Ausschluss der Öffentlichkeit? Warum keine Transparenz? Warum? Was gibt es da zu verbergen? Und warum werden die Bürger nicht eingebunden? – Weil offenbar wieder nicht die Bürgerinteressen Europas im Vordergrund stehen, sondern offensichtlich ganz klar Konzern- und Bankeninteressen. Da erwarten die Bürger, dass sie eingebunden werden. Und wenn man dann aufseiten der Europäischen Union so abgehoben ist, dass man Bürgerinitiativen, die unzählige Unterschriften gesammelt haben, einfach ignoriert und nicht einmal bereit ist, sich mit den Bürgern auseinanderzusetzen im Rahmen einer inhaltlichen, informativen Diskussion zu diesem Thema, dann wird natürlich auf allen Seiten, nämlich vor allem bei den europäischen Bürgern, das Misstrauen noch ein größeres – und dies zu Recht, denn da besteht eine große Gefahr. Und diese Gefahr muss man ernst nehmen. Wir wollen daher eine verbindliche Volksbefragung und Volksabstimmung in Österreich, wenn es um das TTIP-Freihandelsabkommen geht.

Gefahr für Lebensmittelstandards, durch Schiedsgerichte, für Umwelt- und Energiestandards, Gefahr für Landwirtschaft	Heinz-Christian Strache	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West"	23.09.2014	Und genau das macht die Bürger zu Recht kritisch, weil wir da schon leidgeprüft sind aus vergangenen Tagen und Entwicklungen in diesem Bereich und natürlich viele Bürger befürchten, dass die Gentechnik und andere dramatische Entwicklungen in Europa weiter Einzug halten werden, bis hin zu den Klagsmöglichkeiten privater Natur, wo der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt werden könnte. Viele, viele bedrohliche Entwicklungen stehen im Raum, wenn es um Umweltstandards geht, wenn es um Selbsternährungsfähigkeit auch der europäischen Staaten und Länder geht, um eine gesunde landwirtschaftliche Entwicklung, die dadurch gefährdet sein könnte. Das sind berechnete Inter-essen!
Transparenz, Industrie, Lebensmittelstandards, Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Landwirtschaft	Heinz-Christian Strache	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West"	23.09.2014	
Fehlende Transparenz, Gefahr durch Schiedsgerichte	Johannes Hübner	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West"	23.09.2014	Wenn die österreichischen Politiker die Kommission – und das ist leider passiert – ermächtigt haben, diese Geheimverhandlungen zu führen, wenn sie offenbar auch die Ermächtigung gegeben haben, über Schiedsverträge, über Schiedsklauseln zu sprechen, über die Beseitigung der nichttarifären Handelshemmnisse – das wird ja alles gemacht –, und wenn sie gestattet haben, dass das geheim und unter Ausschluss der Öffentlichkeit passiert, dann wurde einfach nicht transparent gehandelt, sondern dann wurde intransparent gehandelt, dann wurden die Leute hinters Licht geführt und für dumm verkauft. Sie sind doppelzüngig: auf der einen Seite hier für die Bürger, für die Demokratie, für Frieden und Neutralität; wenn es aber zur Nagelprobe kommt: nichts von dem!
Transparenz, Schiedsgerichte	Johannes Hübner	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West"	23.09.2014	
Gefahr durch Schiedsgerichte	Axel Kassegger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Was hier aber stattfindet, ist die Abgabe von Kompetenzen an private Sonderschiedsgerichte. Diese sollen Streitfälle zwischen Investoren und Staaten mit massiven Vorteilen für den Investorenschutz verhandeln. Das ist die Abgabe eines Bereichs der staatlichen Zentralkompetenz, nämlich der Rechtssprechungskompetenz. Es wurde heute immer wieder die Rechtssicherheit betont. Wir Österreicher haben im Gegensatz zu sogenannten „Bananenrepubliken“ ein hochentwickeltes staatliches Rechtssystem, das in der Lage ist, Investoren umfassenden Schutz zu bieten. Die deutsche Bundesregierung hat übrigens ein Gutachten in Auftrag gegeben, das für Deutschland zum dem selben Schluss kommt. Es geht also hier um nicht mehr und nicht weniger als um Fragen der Souveränität von Staaten, in unserem Fall um die Souveränität der Republik Österreich in wesentlichen Dingen. Das ist zum Zweiten die Tatsache, dass die im Raum stehenden Sonderklagsrechte für Großkonzerne, die Staaten auf Milliarden verklagen, demokratischen und rechtsstaatlichen Standards von unabhängigen Rechtssystemen zuwiderlaufen. Sie werden eine massive weitere Schwächung des

				Staates darstellen. Mir kommt es schön langsam so vor, dass das eigentliche Ziel die völlige Abschaffung von Staaten an sich ist. Ist jetzt die Entscheidung, aus der Atomkraft auszusteigen, wie sie Deutschland getroffen hat, darunter zu subsumieren? Enttäuscht das die Gewinnerwartungen von Energiekonzernen? Wenn die drei Anwälte das bejahen, würde das den deutschen Steuerzahler Milliarden kosten. Das Gleiche würde für staatliche Gesetze und Normen gelten, die etwa hohe Umweltstandards und Umweltauflagen, hohe Gesundheitsstandards, Verbote beziehungsweise Kennzeichnungspflichten von gentechnisch veränderten Lebensmitteln und hohe sozial- und arbeitsrechtliche Standards festlegen. Was wir ablehnen, ist die völlige Unterordnung von Staaten unter die Interessen von Konzernen und Finanzinvestoren. Was wir in dem konkreten Fall ablehnen, ist die Abschaffung gewachsener europäischer Standards und die Abschaffung beziehungsweise Verdrängung europäischer staatlicher Rechtskultur durch eine amerikanische Kultur der weltweiten Privatisierung des Rechts mit einer damit einhergehenden und davon profitierenden Rechtsvertretungsindustrie.
Fehlende Transparenz	Axel Kassegger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Das ist zum Einen der Umstand, dass die Verhandlungen völlig intransparent abgelaufen sind und praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit in irgendwelchen Verhandlungsräumen in Brüssel stattfinden. Gewählten Parlamentariern ist es nicht einmal gestattet, sich Notizen oder Abschriften von den Verhandlungstexten zu machen. Das ist doch ein Hohn!
Gefahr für europäische / österreichische Standards	Axel Kassegger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	In den Entwürfen ist immer die Rede von Harmonisierung. Diese Harmonisierung orientiert sich natürlich an den Interessen der Konzerne und Finanzinvestoren. Das heißt, das kann nur eine mittelfristige Harmonisierung der Standards nach unten ergeben.
Öffentliche Daseinsvorsorge, Transparenz, Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Lebensmittelstandards, Sozialstandards, Standards	Axel Kassegger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Fehlende Transparenz	Barbara Rosenkranz	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	(zu Mitterlehner): Es war sehr wohl wichtig, dass sich diese Organisationen darum gekümmert haben, da Sie mit der Strategie, an die Sie heute ja so perfekt angeschlossen haben, nämlich alles unter der Decke zu halten, nicht vorangekommen sind. Natürlich war es intransparent!
Gefahr für Verbraucherstandards, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Barbara Rosenkranz	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Wir haben jedoch schon schwere Zweifel, denn die angelsächsische Variante der freien Marktwirtschaft und die kontinentale Variante der sozialen Marktwirtschaft unterscheiden sich, das weiß man spätestens seit Röpke, in einigen Punkten, zum Beispiel hinsichtlich des Vorsorgeprinzips. Die Angelsachsen sagen, wenn man Pech gehabt hat und zum Beispiel ein gesundheitlicher Schaden aufgetreten ist, dann gibt es ein Verfahren, einen Prozess, die Anwälte verdienen ausgezeichnet, und dann wird man schauen,

				ob man das Produkt vom Markt nimmt. Wir in Europa sind der Meinung, wir prüfen Produkte, bevor sie gesundheitliche Schäden anrichten können. Allein das ist eine Sache, die einen enormen wirtschaftskulturellen Unterschied ausmacht.
Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten, Gefahr durch Schiedsgerichte	Barbara Rosenkranz	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Aber jetzt zum Allerletzten, zum Investitionsschutz. Ich darf kurz anmerken: Das war ein Verfahren, das dazu gedient hat, Handelsverträge von rechtsstaatlich gut ausgebauten Staaten mit Staaten, die rechtsstaatlich nicht so gut ausgebaut waren, also mit Entwicklungsländern, mit Schwellenländern, zu machen, um die Investitionen in diesen Staaten zu schützen. Es ist reinweg unerklärlich, und wir sollten es weit von uns weisen, dass in unserem entwickelten Rechtssystem so etwas überhaupt notwendig ist. Jetzt sehen Sie das natürlich selber schon auch so, weil im angelsächsischen Jury-System, das hier zum Zuge kommen soll – es sind übrigens keine Richter, sondern Rechtsanwälte, die vorgeschlagen sind, jeder von einer Partei, der Dritte von der Welt-bank –, sind es natürlich Rechtsanwälte, die ein Interesse daran haben, ihren Kunden so gut wie möglich zu bedienen, um einen weiteren Auftrag zu kriegen. Da geht es nicht um objektive Rechtsfindung, da geht es um Wettbewerb, vor allem auch um einen Wettbewerb der einzelnen Rechtsauffassungen. Ohne dieses ISDS-Abkommen, heißt es, werden die USA und Kanada diesem Abkommen nicht zustimmen. Na sei's drum, dann eben nicht!
Transparenz, Standards, Zölle, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Verbraucherstandards, Schiedsgerichte	Barbara Rosenkranz	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Gefahr für Landwirtschaft	Johannes Hübner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Aber jetzt zum Allerletzten, zum Investitionsschutz. Ich darf kurz anmerken: Das war ein Verfahren, das dazu gedient hat, Handelsverträge von rechtsstaatlich gut ausgebauten Staaten mit Staaten, die rechtsstaatlich nicht so gut ausgebaut waren, also mit
Landwirtschaft	Johannes Hübner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Gefahr für Landwirtschaft	Reinhard Eugen Bösch	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Sie müssen sich darüber im Klaren sein, dass, wenn diese Abkommen in Kraft treten, Ihre gesamte Landwirtschaftspolitik, die Sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten gemacht haben, ad absurdum geführt werden wird. Dann können Sie Ihre ganze Regionalität, dann können Sie sich alle Ihre AMA-Gütesiegel und was damit zusammenhängt, an den Steirerhut stecken. Das kann ich Ihnen heute schon sagen.
Transparenz	Reinhard Eugen Bösch	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Man spielt die Betroffenen und möchte sagen, dass mit dieser Transparenz leider Gottes etwas schiefgelaufen ist, aber in Zukunft wird das viel besser werden. – Meine Damen und Herren! Es wird überhaupt nichts besser werden. Es hat sich überhaupt nichts verändert. Die Geheimnistuerei wird weitergehen, das kann ich Ihnen prophezeien.
Landwirtschaft, Transparenz	Reinhard Eugen Bösch	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	

16.1.11 Grünen

Alle Zeilen mit einem Eintrag in der Spalte „Paraphrasierung“ enthalten in der Spalte „Kategorien / Themen“ Kategorien. Die restlichen Zeilen enthalten in der zweiten Spalte Themen.

Kategorien / Themen	Sprecher	Titel der Diskussion	Datum	Paraphrasierung
Gefahr für Lebensmittelstandards	Birgit Schatz	„Duales Ausbildungssystem, Ausbildungsgarantie – Österreich als Beispiel für Europa“	29.01.2014	Das eine ist das aktuell in Verhandlung stehende Freihandelsabkommen mit den USA, dessen Inhalt massive Konsequenzen für die Menschen in unserem Land haben wird. Es wird darum gehen, inwieweit das Niveau unseres Konsumentenschutzes zum Beispiel gehalten werden kann und wo wir uns herunternivellieren lassen müssen – Stichwort gechlortes Hühnerfleisch.
Fehlende Transparenz	Birgit Schatz	„Duales Ausbildungssystem, Ausbildungsgarantie – Österreich als Beispiel für Europa“	29.01.2014	Ich weiß nicht, ob Sie in die Verhandlungen involviert und informiert sind. Ich finde, das ist ein hohes Maß an Defizit, das hier deutlich wird. Wir müssen über die Verhandlungen Bescheid wissen. Wir müssen wissen, wie Sie sich für Österreich in Brüssel in dieser Frage positionieren.
Lebensmittelstandards, Transparenz	Birgit Schatz	„Duales Ausbildungssystem, Ausbildungsgarantie – Österreich als Beispiel für Europa“	29.01.2014	
Fehlende Transparenz	Eva Glawischnig-Piesczek	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Wir haben das heute zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht, weil durch dieses Freihandelsabkommen in Summe 800 Millionen Menschen betroffen sind – nämlich Europäerinnen und Europäer, Amerikanerinnen und Amerikaner – und weil all diesen Menschen eine wesentliche Freiheit vorenthalten wird, nämlich die Freiheit zu wissen, was überhaupt verhandelt wird. Es wird ihnen ein wesentliches Recht vorenthalten, nämlich die Informationsfreiheit. Auch die österreichische Bundesregierung macht bei diesem Freiheitsentzug, bei diesem Entzug des Rechts, zu wissen, was verhandelt wird, mit. Wir haben bis zum heutigen Tag kein einziges Dokument in Händen. Wir wissen nicht, was das Verhandlungsmandat ist, und wir wissen auch nicht, was die Position der österreichischen Bundesregierung in all diesen Fragen ist. Es geht aber letztendlich um ganz einschneidende Veränderungen, von der Bundespolitik über die Landespolitik bis hinein in die kleinste Gemeinde Österreichs. Deswegen wollen wir heute einmal Licht ins Dunkel bringen. Es würde mich schon interessieren, Herr Bundeskanzler, warum Sie bei dieser Geheimhaltungspolitik zu hundert Prozent mitmachen und diese Geheimniskrämerei, diesen Rechteentzug – Recht auf Information – von der EU-Kommission abwärts auch in Österreich mitvollziehen. Die offizielle Begründung für diesen Geheimhaltungstango ist ja völlig absurd: Man möchte sich von der anderen Verhandlungsseite – sprich: von den Amerikanern – nicht in die Karten schauen lassen. Also spätestens nach der Abhörraffäre in der EU-Kommission und im Europaparlament, wo die Amerikaner über die NSA nachweislich zuhauf Daten, Informationen und Verhandlungspapiere der Europäer ausspioniert haben, ist dieses Argument wohl mehr als absurd! Es ist auch demokratiepolitisch höchst bedenklich, dass

				es keinerlei Transparenz in all diesen Fragen gibt. Ein Grund für diese Geheimhaltung wird wohl auch sein, dass man massiven Widerstand befürchtet, und zwar von den Parlamenten – Widerstand gibt es im Übrigen bereits im Kongress der Vereinigten Staaten und im Abgeordnetenhaus –, nämlich dagegen, dass man nicht bereit ist, die tiefgreifenden Auswirkungen dieses Abkommens ernsthaft zu diskutieren.
Gefahr für Lebensmittelstandards, Gefahr für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Eva Glawischnig-Piesczek	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	In Europa haben wir unsere Lehren aus diversen Lebensmittelskandalen gezogen. Wir erinnern uns, als Tierkadaver an Rinder verfüttert wurden und dann die BSE-Krise ausgebrochen ist. Wir haben unsere Lehren gezogen und verwenden Antibiotika nicht mehr in Tierfutter, weil dann Medikamente nachweislich unwirksam werden und Antibiotikaresistenzen auftauchen. Wir haben unsere Lehren gezogen und wollen nicht, dass ganz wenige Saatgutkonzerne ganz zentral über die gesamte Saatenvielfalt verfügen, so wie das in den USA mit Monsanto und Pioneer der Fall ist.
Gefahr für europäische / österreichische Standards	Eva Glawischnig-Piesczek	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	In Europa haben wir in allen Rechtsbereichen ein ganz wichtiges Prinzip eingeführt, nämlich das Vorsorgeprinzip, und das aus gutem Grund. Produkte dürfen nur dann auf den Markt und in die Hände von Menschen – ob das Kinder oder ältere Menschen sind –, wenn geprüft ist, dass sie nicht schädlich sind. In den USA ist das komplett anders. Da gilt das Risikoprinzip. Produkte dürfen erst dann vom Markt genommen werden, wenn das Risiko erwiesen ist. Da sage ich auch als Mutter von zwei Kindern: Mir sind strenge Chemikalienrichtlinien lieber, als im Nachhinein überprüfen zu müssen, ob das Material im Babyschnuller oder in der Babytrinkflasche giftig war oder ob dieses oder jenes Lebensmittel vielleicht eine Allergie ausgelöst hat. Ich stehe zu diesem Vorsorgeprinzip, und das wünsche ich mir von Ihnen auch, Herr Bundeskanzler!
Gefahr für Landwirtschaft	Eva Glawischnig-Piesczek	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Die Landwirtschaft hat in Österreich und in ganz Europa als Bestandteil unserer Kultur einen ganz anderen Stellenwert, als das in Amerika der Fall ist. Wir haben Betriebe, die nicht größer sind als die kleinsten in den USA. Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen nennen: Es gibt in ganz Europa keinen Betrieb, der mehr als 800 oder 1 000 Rinder hat. In den USA gibt es Betriebe mit bis zu 40 000 Rindern. In den USA haben sich die Schlachthöfe konzentriert, von 10 000 Betrieben auf mittlerweile 3 000. Die sind wie Städte organisiert. Der größte Schlachtkonzern in den USA schlachtet pro Woche 42 Millionen Hühner, 170 000 Rinder und 350 000 Schweine – pro Woche! Das nur, um einmal zu illustrieren, was für eine Industrialisierung in diesen Regionen stattgefunden hat. Wir sind in Europa aus gutem Grund einen anderen Weg gegangen, nämlich mit kleinstrukturierter Landwirtschaft und mit dem Setzen auf Bio-Betriebe und auf Bio-Landwirtschaft.
Gefahr für Öffentliche Daseinsfürsorge	Eva Glawischnig-Piesczek	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Zum Thema öffentliche Beschaffung: Wir haben in Österreich sehr darum gekämpft, dass es in den Kinderbetreuungseinrichtungen, in den Pflegeheimen, in den Betreuungsheimen für ältere Menschen Bio-Produkte gibt – gesunde, regionale Bio-Produkte! All das ist in Frage gestellt, wenn man das Thema ausschließlich kommerziellen Interessen

				unterwirft. Wasserprivatisierung durch die Hintertür: Glauben Sie, dass es ausgeschlossen ist, dass es auch in diesen Bereichen ein Verhandlungsmandat gibt? Unseren Informationen nach gibt es ein Verhandlungsmandat über genau diese Dienstleistungen wie die Wasserversorgung, aber auch die Bildung.
Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Eva Glawischnig-Piesczek	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Das Freihandelsabkommen reicht aber auch in andere Bereiche hinein, etwa in den Bereich Klimaschutzpolitik und Fracking. Wenn man sich ernsthaft mit Klimaschutz auseinandergesetzt hat, dann weiß man, dass Fracking ein vollkommen verfehelter Weg ist. In Europa ist Fracking in vielen Ländern verboten; auch die Einfuhr von Schiefergas ist nicht erlaubt. Jetzt frage ich mich, was das bedeutet, wenn das im Freihandelsabkommen auf einmal Thema ist. Ist das die Liquidierung unserer Klimapolitik?
Gefahr für Standards im Kulturbereich	Eva Glawischnig-Piesczek	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Auch die Kulturpolitik ist eine sehr spannende Frage. Wie geht man mit unserer Filmvielfalt um? Wir haben Dutzende Sprachen in Europa. Jedes Land hat eigene Variationen in der kulturellen Vielfalt in Film, Buch – die Buchpreisbindung! – oder Theater. All das ist nicht kommerzialisiert, all das wird öffentlich gefördert. Auch das steht alles auf der Verhandlungsagenda dieses Freihandelsabkommens.
Gefahr durch Schiedsgerichte	Eva Glawischnig-Piesczek	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Um all das durchzusetzen, um all diese Kommerzialisierungsinteressen für Konzerne durchzusetzen, gibt es in diesem Abkommen einen ganz zentralen Punkt, nämlich ein Sonderklagerecht, das abseits der regulären Gerichtsbarkeit, der ordentlichen Gerichtsbarkeit angesiedelt ist. Es geht da um Schiedsgerichte, bei denen Firmen direkt gegenüber Staaten Investitionsverluste einklagen können. Das ist in anderen Teilen dieser Welt auch schon sehr oft geschehen, meistens zum Nachteil der Bevölkerung und zum Vorteil eines Konzerns – außerhalb der staatlichen Gerichtsbarkeit! Verfahren ohne Öffentlichkeit, ohne Überprüfbarkeit, von spezialisierten Anwälten von Konzernen durchgeführt, parallel zu unserer ordentlichen Gerichtsbarkeit.
Transparenz, Lebensmittelstandards, Sozialstandards, Standards im Kulturbereich, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Umwelt- und Energiestandards, Standards im Chemiesektor, Landwirtschaft, Öffentliche Daseinsvorsorge, Schiedsgerichte	Eva Glawischnig-Piesczek	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Gefahr durch Schiedsgerichte	Werner Kogler	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Wo ist denn da die Freiheit, wenn amerikanische Konzerne österreichisches Recht unterlaufen können und sich mit einer Sonderschiedsgerichtsbarkeit gegen unsere, von Ihnen allen so besonders positiv apostrophierten Kodizes durchsetzen können? – Das droht! Was diese Sonderschiedsgerichtsbarkeiten betrifft: Das ist das größte Gift! Die Großkonzerne haben jetzt schon Macht über die Staaten – ständig bejammern wir das, speziell in der Finanz- und Bankenpolitik.

				Damit würden Sie noch eine Waffe in die Hand bekommen, gegen die Bevölkerung, gegen die Standards, die wir haben, wenn Sie nicht entgegenhalten.
Gefahr für Lebensmittelstandards	Werner Kogler	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Ein faires Handelsabkommen, das wäre gescheit. Aber dann frage ich mich: Wozu brauchen wir überhaupt den Lebensmittelbereich – da komme ich wieder darauf zurück – in diesem Abkommen drin? Was ist in Europa an den Lebensmitteln so schlecht, dass man da im Austausch etwas verbessern müsste, wo doch völlig klar ist, dass in anderen Teilen der Welt, speziell in Nordamerika, Gentechnik, Chlor und so weiter dominieren?
Schiedsgerichte, Lebensmittelstandards, Standards, Transparenz, Arbeitsplätze, Umwelt- und Energiestandards	Werner Kogler	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Gefahr für Lebensmittelstandards	Wolfgang Pirkhuber	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	In der „Washington Post“ steht ganz klipp und klar, dass die VertreterInnen der Industrie und des Großhandels im Beraterstab von Obama weit überrepräsentiert sind. – Labor Organisationen, zivilgesellschaftliche Organisationen oder Umweltverbände sind dort nicht vorhanden. Ein Drittel dieser Beratungsgremien befassen sich mit landwirtschaftlichen, lebensmittelbezogenen Advisor Reports. So sieht es aus! Die Amerikaner wollen genau dort, wo wir Interessen haben und wo sie Behinderungen im Handel im Bereich der Lebensmittel und der Gentechnik sehen, nach Europa hinein. Und Sie tun so naiv, wie wenn wir unsere Standards in die USA exportieren könnten! Das ist doch einfach nur naiv und völlig unglaublich! Wer ist auf amerikanischer Seite im Verhandlungskomitee? – United Soybean Board, die Vertreter für 90 Prozent Gentechnik-Sojafuttermittel, Cargill, Pioneer H-Bred, DuPont, Dow AgroSciences oder CropLife America. Schauen wir uns einmal an, was diese Leute in ihren Papieren sagen! Die sagen ganz klipp und klar: „Foods“ – Lebensmittel – „derived from approved biotech crops are safe and are the most extensively tested food crops available today.“ Die Amerikaner sagen also, dass die sichersten Lebensmittel die Gentechnik-Lebensmittel sind. – Ist das nicht zynisch für einen europäischen Konsumenten und für uns hier im Parlament, wo wir seit Jahren für gentechnikfreien Anbau und für Lebensmittel kämpfen, die gekennzeichnet werden müssen, wenn sie importiert werden wie die Futtermittel aus Brasilien oder den USA, die wir importieren? Die „Public Citizen“ Initiative in den USA zeigt in ihren Papieren und ihren Dokumenten auf US-Seite ganz klar auf, dass die großen Agro-Gentechnik-Konzerne großes Interesse daran haben, die europäischen Regelungen für Kennzeichnung zu unterlaufen und die Zulassung von gentechnischen Produkten und Lebensmitteln in Europa voranzubringen. Das liegt im Interesse der amerikanischen Verhandlungsführer, und das sollten wir bei dieser Gelegenheit auch nicht vergessen! Meine Damen und Herren, diese Art und Weise der Türöffnerpolitik, die für Klonfleisch, Chlorhühner und Gentechnik betrieben wird, ist abzulehnen, und wir lehnen diese ab!

Fehlende Transparenz	Wolfgang Pirkhuber	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Stellen Sie endlich Transparenz her, meine Damen und Herren! Es ist unglaublich! Ich habe hier eine Anfragebeantwortung von Minister Rupprechter vom Februar. Darin sagt er klipp und klar, dass uns der Wirtschaftsminister die Berichte des Ausschusses gemäß EU-Informationsgesetz zur Verfügung stellen wird. – Wir haben diese bis heute nicht bekommen. Sorgen Sie für die nötige Transparenz!
Wirtschaftskraft, Lebensmittelstandards, Transparenz	Wolfgang Pirkhuber	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Fehlende Transparenz	Wolfgang Pirkhuber	Umwelt	20.05.2014	Das Europaparlament soll dafür eintreten, dass diese Geheimhaltung der Unterlagen verhindert wird. Die Dokumente sollen endlich freigegeben werden. Wir haben die Unterlagen erhalten, aber sie unterliegen der Geheimhaltungspflicht. Meine Damen und Herren, das ist einfach nicht zeitgemäß. Das neue Europäische Parlament wird an dieser Stelle aufgefordert, aktiv zu werden.
Transparenz	Wolfgang Pirkhuber	Umwelt	20.05.2014	
Gefahr für Lebensmittelstandards	Wolfgang Pirkhuber	„Wirtschaft schützen – Wirte schützen“	09.07.2014	Wenn wir nämlich auch den Import des Spermas von Klontieren verbieten, können wir sicherstellen, dass die europäische Landwirtschaft keine Klontiere und vor allem keine Nachkommen von Klontieren produziert. Dann brauchen wir nämlich auch keine Kennzeichnungsregelung in Europa, und das ist die wichtige Weichenstellung, in die wir hier eintreten. Damit ist auch sichergestellt, dass es im Rahmen der TTIP-Verhandlungen nicht zu einer Verwässerung oder zu einer Aushebelung des Lebensmittelrechts in diesem Punkt kommt. Damit sind wir bei TTIP und dem Freihandelsabkommen. Herr Bundesminister, Heute hat der Handelskommissar De Gucht gesagt: Ja, ja, er steht für 100 Prozent Sicherheit. Er will kein Hormonfleisch in Europa haben und er steht dafür. Wir wollen tatsächlich eine Qualitätspolitik in Europa weiterentwickeln, die Sicherheit schafft, Sicherheit erhält und Gentechnikfreiheit auf allen Ebenen gewährleistet. Das muss unser Ziel sein.
Transparenz, Lebensmittelstandards	Wolfgang Pirkhuber	„Wirtschaft schützen – Wirte schützen“	09.07.2014	
Fehlende Transparenz	Eva Glawischnig-Piesczek	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Von TTIP war heute schon die Rede. – Selbstverständlich verlangen wir von der Bundesregierung auch eine radikale Kehrtwende, was diese Politik der Freihandelsverträge betrifft. Also diese Geheimhaltung, die ist ja wirklich schon peinlich. Ich meine, wir sind im Jahre 2014! Wir sind der Bevölkerung Transparenz, gläserne Verhandlungen schuldig, und zwar zu 100 Prozent. Also dass das nach wie vor noch auch österreichische Politik ist, ist wirklich ein Armutszeugnis.
Gefahr durch Schiedsgerichte	Eva Glawischnig-Piesczek	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Ich möchte also, dass Österreich da Konsequenzen zieht! Wir brauchen keine Parallelgerichtsbarkeit. Österreich muss hier sozusagen die Notleine ziehen! Dass die alte Kommission nach Ablehnung der Bürgerinitiative – im Übrigen ein demokratiepolitischer Skandal der Sonderklasse – noch in dieser Übergangsphase das jetzt noch schnell

				unter Dach und Fach bringt, muss Österreich verhindern!
Transparenz, Schiedsgerichte	Eva Glawischnig-Piesczek	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	
Gefahr durch Schiedsgerichte	Werner Kogler	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Und das hat jetzt überhaupt nichts mit fairem Handel, freiem Handel oder sonst etwas zu tun, da geht es ausschließlich um diese Konzernklagsrechte, die ein bösesartiges Unikum für sich sind. Da geht es nämlich um Rechtsstandards, um Gerichtsstandards. Da geht es überhaupt um die Standards von parlamentarischer Demokratie. Wir können nicht zulassen, dass sie unterlaufen werden – und schon gar nicht auf diese hinterhältige Art und Weise. Herr Bundeskanzler, wenn Sie sagen, diesen Konzernklagsrechten werde man entgegen-treten, möglicherweise sogar im Rat, so sage ich: Ja wunderbar!
Fehlende Transparenz	Werner Kogler	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Zu Faymann: Damit sind wir beim nächsten Punkt. Das ist nicht nur eine Geheimniskrämerei, das ist ja eine aggressive Geheimhaltung, die hier betrieben wird. Das fällt Ihnen eh auf den Kopf – das ist ohnehin schon gesagt worden –, und das geht so nicht! Es geht nicht nur nicht, es gehört auch eingeschritten.
Schiedsgerichte, Transparenz, Standards	Werner Kogler	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	
Gefahr für europäische / österreichische Standards	Christiane Brunner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Es geht darum, Standards gegenseitig anzuerkennen: Wenn ein Produkt in einem Land zugelassen ist, dann soll es auch in anderen auf den Markt kommen. Das ist insofern problematisch, weil zum Beispiel in der EU in vielen Bereichen das Vorsorgeprinzip gilt, also geprüft werden muss, ob bestimmte Produkte gefährliche Wirkungen haben oder nicht, was aber zum Beispiel in den USA nicht der Fall ist. Da muss man erst beweisen, dass es schädliche Wirkungen gibt.
Gefahr durch Schiedsgerichte, Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Christiane Brunner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Durch diese Handelsabkommen wird das jetzt nicht nur erleichtert, sondern es wird für die Unternehmen ein Recht geschaffen, hier einzugreifen: Klagemöglichkeiten, Schadenersatzansprüche. Die Beispiele des Atomausstiegs in Deutschland beziehungsweise der Schiefergasförderung in Kanada wurden bereits von Vorrednern und Vorrednerinnen genannt. Ich finde das problematisch, weil wir da Verantwortung aus der Hand geben, weil wir uns erpressen lassen, wenn wir das durchgehen lassen, und ich finde es auch insofern problematisch, weil Bürgerinnen und Bürger diese Möglichkeiten nicht haben. Derzeit gibt es nämlich internationale Beschlüsse, dass auch Bürgerinnen und Bürger das Recht haben müssen, Klagemöglichkeiten haben müssen, Umweltrecht durchzusetzen. Österreich hat sie aber bisher nicht umgesetzt. Wenn diese Handelsabkommen jetzt so durchgehen, ist das eine doppelte Ungerechtigkeit, weil Unternehmen Umweltstandards drücken können, Bürgerinnen und Bürger im Gegenzug aber keine Möglichkeit hätten, die bestehenden Umweltstandards – das, was wir hier bereits beschlossen haben – einzuklagen.

Standards, Umwelt- und Energiestandards, Landwirtschaft, Sozialstandards, Schiedsgerichte	Christiane Brunner	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Gefahr für europäische / österreichische Standards, für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards	Eva Glawischnig-Piesczek	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Das würde funktionieren, wenn überall die Standards gleich sind, denn dann gibt es den Wettlauf nach unten nicht, aber vor allem denn, wenn überall Kostenwahrheit herrschen würde, was ja bekanntlich nicht der Fall ist. Aufgrund der unterschiedlichen Standards kann es das schon nicht geben, weil zu unterschiedlichen Kosten produziert wird, meistens die Umwelt ruiniert wird, vielleicht jetzt weniger in den USA, aber ich fürchte schon, und in vielen anderen Ländern auch noch die Menschenrechte missachtet werden, die Menschen drangsaliert werden und überhaupt soziale Standards herrschen, die auch nicht vergleichbar sind.
Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Eva Glawischnig-Piesczek	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Dazu trägt das nichts bei, vorläufig jedenfalls, sondern geht in die falsche Richtung, gerade in diesem Lebensmittelbereich. Was hat denn das für einen Sinn, wenn wir Tonnen und Aber Tonnen von Fleisch stündlich über den Atlantik hin und her schicken? Was soll das sein, bitte? Außer Vernichtung von Ressourcen, außer Klimaschädlichkeit bis zum Geht nicht mehr. Der ganze Agrarsektor am Globus trägt mittlerweile mehr zur Klimaschädlichkeit bei als der ganze Verkehrssektor, weil die Produktion durch diese Großkonzernwirtschaft derartig pervertiert ist.
Chancen für europäische / österreichische Standards	Eva Glawischnig-Piesczek	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Aber es könnte natürlich auch Positives geben, wo der Handel in Bereichen, wo dies alles nicht so eine Rolle spielt, natürlich von Nutzen sein kann. Das ist zum Beispiel in der Hightech-Industrie, das ist in der Warenindustrie. Dort kann das vernünftig sein, wenn etwa ganz simple Dinge wie Autobestandteile auf einer einfacheren Art und Weise ausgetauscht werden können. Das traue ich mir durchaus zu sagen. Das ist halt die Autoindustrie. Da kann das aus der Logik heraus einen Sinn machen, aber das ist ja nicht das Einzige.
Fehlende Transparenz	Eva Glawischnig-Piesczek	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Ich denke, es ist, wenn über Monate hinweg mit dieser Geheimhaltungspolitik gearbeitet wird, nicht nur das Recht, sondern auch die Verpflichtung einer Oppositionspartei im österreichischen Nationalrat, auf allen Ebenen auch immer wieder nachzufragen. Und es sollte auch in Ihrem Interesse sein, dass wir uns bemühen und durch Anfragen – schriftliche, mündliche und auch hier heute – versuchen, die Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren und hier auch Aufklärung zu betreiben und Transparenz zu schaffen. Es verwundert mich sehr, dass Sie es kritisch sehen, dass eine Oppositionspartei versucht, Licht ins Dunkel zu bringen, dass wir Anfragen stellen – anstatt dass Sie dafür dankbar wären und es begrüßen würden, dass wir gemeinsam einen Beitrag dazu leisten können, diese Geheimhaltungspolitik, die von der europäischen Ebene und von den USA dominiert wird, eine Spur abzuschwächen. Wir wollen das nicht mehr! So wird auch ein Freihandelsabkommen gegenüber der europäischen Bevölkerung nie im Leben durchsetzbar sein!

Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten, Gefahr durch Schiedsgerichte	Eva Glawischnig-Piesczek	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Das österreichische Rechtssystem, das österreichische Zivilrechtssystem, das österreichische Handelsgerechtssystem ist absolut vorbildlich! Da braucht kein einziges Unternehmen, sei es ein kanadisches oder ein US-amerikanisches, die Sorge zu haben, dass irgendwelche getätigten Investitionen hier zwangsenteignet, willkürlich politisch vernichtet oder sonst was werden. Wir haben ein hervorragendes Rechtssystem in Europa und in Österreich! Es ist nicht notwendig, hier Sonderkommissionen hinter verschlossenen Türen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte ohne übergeordnete Instanz vorzusehen, ohne Rechtsschutz durch ein Zivilobergericht oder irgendeine sonstige Rechtsinstanz. Das ist ein Aushöhlen unseres Rechtsschutzsystems, und dazu kann man nur eine negative Position einnehmen! „Aufgrund der hohen durchschnittlichen Verfahrenskosten“ für diese an sich überflüssigen Vorgänge – aber sie sind nicht überflüssig, weil bestimmte große Konzerne ein Interesse damit verbinden, deshalb ist es ja auch drinnen; seid doch nicht naiv! – „können mittelständische Unternehmen den ISDS-Mechanismus in der Praxis nicht nutzen. Der ISDS-Mechanismus begünstigt Großkonzerne, die so geltendes nationales Recht und die staatliche Gerichtsbarkeit umgehen können. Sollte ein entsprechender Mechanismus in der derzeit zur Diskussion stehenden Form in das TTIP-Abkommen integriert werden, würde dies massive negative Folgen für Mitgliedstaaten der Europäischen Union und für die mittelständische Wirtschaft nach sich ziehen.“
Gefahr für Lebensmittelstandards	Eva Glawischnig-Piesczek	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Ich finde die Debatte auch von Ihnen sehr populistisch und verkürzt geführt, weil Sie sich überhaupt nicht auseinandersetzen wollen mit Fragen, die bestimmte Produktionsweisen in den USA im Lebensmittelsektor betreffen, welche Brutalität das mittlerweile aufweist, welchen Grad an Industrialisierung das erreicht hat. Das sind Städte! – Das ist eine Entwicklung, die niemand in Österreich will und die auch in Europa viele Menschen ganz massiv ablehnen. Und nur weil die hygienischen Bedingungen so schlecht werden, werden die dann in ein Chlorbad getaucht.
Transparenz, Schiedsgerichte, Lebensmittelstandards, Landwirtschaft, Tierschutzstandards	Eva Glawischnig-Piesczek	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Fehlende Transparenz	Werner Kogler	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Es wird aber auch die Frage sein, wie transparent es eigentlich ist, denn das, was ich hier habe, sind teilweise Protokolle oder Dokumente, die man gar nicht ohne Weiteres veröffentlichen dürfte, gleichwohl in Brüssel bei der Europäischen Kommission am Verhandlungstisch die Unternehmenslobbyisten sitzen. Wir Abgeordneten dürfen uns bei TTIP und bei CETA, das in Österreich schon fertig verhandelt ist, den fertigen Entwurf anschauen, sollen damit aber eigentlich nicht nach außen arbeiten. Die Nichtregierungsorganisationen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen, können sich hinten anstellen. Denen zeigen die Bundesregierung und die Europäische Kommission die lange Nase, aber mit Ihren Herren in der Wirtschaftskammer und in der Industriellenvereinigung sitzen Sie zusammen, um diese Sache zu bewerten.

				Die USA tanzen uns hier auf der Nase herum.
Gefahr durch Schiedsgerichte, Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Werner Kogler	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Seit die „Kronen Zeitung“ – und das ist schon eine Zeit lang her, und ich begrüße das im Wesentlichen – eine sogenannte Kampagne fährt, das ist unleugbar, hat der Herr Bundeskanzler zu den richtigen Worten gefunden und erklärt, warum diese Konzernjustiz auf alle Fälle zu verhindern ist. Möglicherweise ist das sogar überflüssig, was im Übrigen der Herr Bundeskanzler immer behauptet, dass man das in entwickelten Rechtsstaaten hüben wie drüben des Atlantiks gar nicht brauchen würde. Aber es ist drinnen, die Gefahren sind immanent, das ist ein Brandbeschleuniger für alles das, was hier ohnehin gefährlich ist, was Sie nicht so dramatisch sehen, wir aber anders, und darauf wird jetzt einzugehen sein. Die USA erklären uns, dass das alles „hinreichend transparent“ ist. Die USA seien Verhandlungen nicht gewöhnt, und wir sollten uns gefälligst nicht aufregen und daran halten. – So wird das nicht gehen! Immerhin hat es einen Europäer gegeben, der gesagt hat: Die EU ist ja nicht Panama, denn das ist ja offensichtlich die Sorge der USA, denn nur dann würden wir auch diese Konzernklagsrechte eventuell brauchen. Brauchen wir aber nicht, wie wir gehört haben! Gleichzeitig sprechen sie auch über diese Teile, nämlich die Konzernklagsrechte. Das war heute unsere Anlage, weil sie die Brandbeschleuniger dieser ganzen Geschichte sind. Da geht es um diese Konzernklagerechte, die sie haben wollen. Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass alles so geheim sein soll: weil alles andere da-durch perforiert wird.
Lebensmittelstandards, Transparenz, Schiedsgerichte	Werner Kogler	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	

16.1.12 Team Stronach

Alle Zeilen mit einem Eintrag in der Spalte „Paraphrasierung“ enthalten in der Spalte „Kategorien / Themen“ Kategorien. Die restlichen Zeilen enthalten in der zweiten Spalte Themen.

Kategorien / Themen	Sprecher	Titel der Diskussion	Datum	Paraphrasierung
Gefahr für Sozialstandards, Gefahr für Wirtschaftskraft	Leopold Steinbichler	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Wer glaubt, dass man mit internationalen Märkten Lohnstandards erhöht, hat keine Ahnung von internationalen Märkten. Reden Sie einmal mit den Konzernchefs, reden Sie einmal mit den Firmenchefs, wie die vor der internationalen Konkurrenz zittern! Und dort wollen wir nicht hin. Genau dort wollen wir nicht hin. Das gefährdet unseren österreichischen Standort.“

Gefahr für Lebensmittelstandards	Leopold Steinbichler	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Ich habe mir erlaubt, zu Beginn dieser Diskussion das neue Genussland Österreich darzustellen. Und so schaut die tatsächliche Lebensmittel- und Warenpolitik aus: Ein Schiff hat 18 000 Lkw-Züge Fracht geladen. 18 000 Lkw-Züge, ein Frachtschiff! Freunde, das wird die Genussregion Österreich werden, wenn dieses WTO-Abkommen, dieses TTIP abgeschlossen wird. Ich bitte darum, dass man die Grundnahrungsmittel aus diesen Verhandlungen ausnimmt, damit wir unsere Ernährungssicherheit, diese Ernährungssouveränität in Österreich nicht gefährden. Das ganz Wesentliche ist, dass man die Grundnahrungsmittel aus diesem Abkommen ausnimmt. Herr Kanzler, du hast gesagt, wenn das nicht den österreichischen Standards entspricht, wirst du dagegen sein. Ich bitte darum, dass man die Grundnahrungsmittel aus diesen Verhandlungen ausnimmt, damit wir unsere Ernährungssicherheit, diese Ernährungssouveränität in Österreich nicht gefährden.
Gefahr für Lebensmittelstandards	Leopold Steinbichler	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Kollege Pirkhuber, du hast noch etwas vergessen: Wir haben noch andere „Geschenke“ aus Amerika bekommen. Wir vergessen zu schnell. Wo kommt der Kartoffelkäfer her? Die BSE-Krise wurde schon erwähnt. Wer hat uns den Maiswurzelbohrer geschenkt? Freunde, das sind die Fakten, die uns beschäftigen. Es ist traurig, dass wir zu schnell vergessen.
Gefahr für Sozialstandards, für Umwelt- und Energiestandards, für Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Leopold Steinbichler	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Dieses Freihandelsabkommen hat mit Umweltpolitik zu tun, dieses Freihandelsabkommen hat mit Klimapolitik zu tun, dieses Freihandelsabkommen hat mit Gesundheitspolitik und Sozialpolitik zu tun. Wer soll diesen Schmalenklängen von wegen internationaler Öffnung glauben?
Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Wirtschaftskraft, Sozialstandards	Leopold Steinbichler	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Gefahr für Lebensmittelstandards, für europäische / österreichische Standards	Ulrike Weigerstorfer	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Es geht um Macht, um Regularien und um Standards. Und wir haben hier in Europa Gott sei Dank einige Standards, die wir unbedingt halten müssen. Es wurde heute zum Beispiel das Chlorhendl angesprochen. Es stimmt, die USA sind der größte Geflügelproduzent der Welt, und dieses Chlor ist stark genug, Beton zu zerfressen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich möchte es nicht essen, und ich werde mich hüten, es meinen Kindern zu geben! Hormonfleisch steht auch immer im Raum. Ich möchte Ihnen dazu eine Zahl bringen, um das zu unterstreichen: 80 Prozent aller Rinder in den USA bekommen Hormone, und das bereits seit 60 Jahren! Weiters ist für mich dieses TTIP ein Tor, welches nicht nur für die Gentechnik, sondern auch für Firmen wie Monsanto in Europa geöffnet wird.
Gefahr für Wirtschaftskraft, sichert / schafft Arbeitsplätze	Ulrike Weigerstorfer	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Schauen wir ein bisschen zurück in die Geschichte! Die NAFTA-Erfahrungen haben ja bereits gezeigt, dass sich die Versprechungen nicht erfüllt haben. Das heißt, es ist zu Lohndumping und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen gekommen. Es handelt sich da um das Abkommen zwischen Kanada, Mexiko und den USA, und dieses wurde damals schon der Öffentlichkeit unter dem Deckmantel Wirtschaftswachstum verkauft. Wer glaubt, dass man mit internationalen Märkten Lohnstandards erhöht, hat keine

				Ahnung von internationalen Märkten. Reden Sie einmal mit den Konzernchefs, reden Sie einmal mit den Firmenchefs, wie die vor der internationalen Konkurrenz zittern! Und dort wollen wir nicht hin. Genau dort wollen wir nicht hin. Das gefährdet unseren österreichischen Standort.
Fehlende Transparenz	Ulrike Weigerstorfer	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	"Was bei diesem TTIP das Störende ist: Es fehlt an Information, es fehlt an Transparenz, und das nicht nur auf EU-, sondern auch auf USA-Seite. Es ist auch ein Anschlag auf die Grundprinzipien unserer Demokratie: Und dagegen wehre ich mich!" Bevölkerung wird bei den Verhandlungen komplett ausgegrenzt.
Transparenz, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Zölle, Standards, Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Verbraucherstandards	Ulrike Weigerstorfer	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	
Gefahr für Landwirtschaft, Gefahr für Lebensmittelstandards	Leopold Steinbichler	Umwelt	22.05.2014	Wir können also unsere Bevölkerung mit eigenen Lebensmitteln nicht mehr ernähren. Dazu die Statistik betreffend Rindfleisch: Wir haben explodierende Importzahlen. Die österreichischen Bauernhöfe schließen die Türen, und immer mehr Rindfleisch, immer mehr Schweinefleisch kommt aus dem Ausland, ist unbekannter internationaler Herkunft.
Landwirtschaft, Lebensmittelstandards	Leopold Steinbichler	Umwelt	22.05.2014	
Fehlende Transparenz	Kathrin Nachbaur	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Die Österreicher müssen über die TTIP-Geheimverhandlungen informiert werden. Es muss eine öffentliche Meinungsbildung geben, und dann muss gut verhandelt werden. Wir müssen mitverhandeln. Das ist ein demokratisches Prinzip. Transparenz statt TTIP und statt Geheimverhandlungen.
Lebensmittelstandards, Umwelt- und Energiestandards, Transparenz	Kathrin Nachbaur	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	
Fehlende Transparenz	Leopold Steinbichler	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	600 000 besorgte Bürger haben bereits gegen TTIP unterschrieben. In den oberösterreichischen Gemeinden werden gerade Resolutionen beschlossen, dass ein demokratischer Diskussionsprozess eingeleitet wird, dass wir die Verhandlungsinhalte dieses Abkommens erfahren. Wer um Gottes willen wird auf dieser Welt irgendetwas kaufen, wenn er nicht weiß, was er kauft? Das ist das Wahnsinnige in dem Sinne, dass die nationalen Parlamente in dieser Frage ausgehebelt werden sollen und dass von den Konzernen drübergefahren wird.
Gefahr für Landwirtschaft	Leopold Steinbichler	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Im ländlichen Raum wurden in den letzten 20 Jahren 150 000 wertvolle kleine Bauernhöfe geschlossen. Das ist die Ausdünnung des ländlichen Raums. Das ist der Verlust der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum und das ist ein hoher Verlust an Lebensqualität. Dort, wo junge Leute eine tolle Jugend erleben, dort, wo ältere Menschen günstigst und billigst in Würde alt werden können, dort, wo sie immer gewirkt haben, da wird zugesperrt. Das sind die Auswirkungen von solchen Abkommen, von solchen Freihandelsabkommen.

Transparenz, Arbeitsplätze, Landwirtschaft	Leopold Steinbichler	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	
Gefahr für Lebensmittelstandards	Robert Luger	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Somit sind wir bei TTIP, das genau in diese Kategorie einzuordnen ist. Die USA versuchen seit über 20 Jahren all die Blödheiten, die sie im eigenen Land machen, bei uns durchzusetzen. Ob das die Gentechnik ist, ob das die Hormongabe für Masttiere ist, all diese Dinge und noch viele andere, die in den USA möglich sind, die deren Bevölkerung nicht verhindert hat, wollen sie jetzt auch in der Europäischen Union einführen, damit sie uns ihre großartigen Waren schicken können. Darum geht es letztlich!
Gefahr für Umwelt- und Energiestandards, für Lebensmittelstandards	Robert Luger	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Es gibt natürlich auch viele, die meinen, wenn man die Atomkraft oder das Fracking für Gasvorkommen oder auch die Gentechnik oder eben die Hormongabe bei Masttieren nicht will, das sei Fortschrittsverweigerung, denn die Amerikaner wollen das, die finden das ganz großartig. Und jetzt geht es eben darum, dass wir das auch großartig finden müssen, und zwar deshalb, weil die amerikanischen Konzerne das so wollen, weil sie damit auch Profite machen. Profitgier und Profitinteressen werden über die Interessen der Bevölkerung, über Umweltinteressen, über die Interessen des gesunden Menschenverstands gestellt. Und das darf nicht geschehen, dafür müssen wir kämpfen. Kämpfen wir gemeinsam dagegen, dass internationale Konzerne, unterstützt von den USA, ihre Profitinteressen über die Interessen der Österreicher und Österreicherinnen stellen! Dagegen müssen wir ankämpfen.
Fehlende Transparenz	Robert Luger	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Der Europäischen Union ist das vollkommen egal, das sieht man daran, dass es von 200 Organisationen eine Petition gegeben hat, die abgedreht, von der Kommission widerrechtlich abgedreht wurde, eine Petition für die Einbindung der Bevölkerung in die TTIP-Verhandlungen. Was macht man? – Es wird weiter hinter verschlossenen Türen verhandelt.
Lebensmittelstandards, Schiedsgerichte, Transparenz, Umwelt- und Energiestandards	Robert Luger	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	
Fehlende Transparenz	Kathrin Nachbaur	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Herr Bundeskanzler und Herr Vizkanzler, ich bitte Sie, bringen Sie sich aktiv im Europäischen Rat in die Verhandlungen ein! Sie können nicht akzeptieren, dass über die Vermögenswerte der Österreicher in dunklen Räumen verhandelt wird. Ich sage de-halb „in dunklen Räumen“, weil die EU ja laut Eigendefinition des Herrn Juncker so funktioniert. Er sagte wortwörtlich vor einiger Zeit Folgendes. TTIP wird geheim verhandelt. Tatsächlich informieren die Regierungen nämlich die Konzerne, die schließlich auch mitverhandeln, aber lassen die Parlamente außen vor. Das ist eine völlige Umkehr des Prinzips der Rechenschaftspflicht gegenüber dem Steuerzahler. CETA und TTIP sind große Schritte in Richtung einer Lobbyistengesellschaft, dabei sind wir Politiker und alle Abkommen, die wir beschließen, doch eigentlich ausschließlich für die Bürger da.

Gefahr für Sozialstandards	Kathrin Nachbaur	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Was jetzt den Inhalt anlangt: Mindestens so interessant wie der Investitionsschutz, von dem jetzt alle sprechen, sind die Änderungen der Arbeitnehmerrechte. Wichtig wäre die verbindliche Vereinbarung zumindest der bekannten Kernarbeitsnormen der ILO, also der Internationalen Arbeitsorganisation
Gefahr für Lebensmittelstandards, für Umwelt- und Energiestandards, für Verbraucherstandards	Kathrin Nachbaur	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Wir dürfen uns hier keinesfalls übervorteilen lassen! Wir wollen weder unsere Arbeits- noch unsere Lebensmittel- oder Umweltstandards untergraben lassen. Das Zweite ist das Thema Standards. TTIP ist ja nicht nur ein Zollabkommen, sondern hat auch das Ziel, Produktstandards anzugleichen und Zulassungsverfahren zu vereinheitlichen. Da ist die Frage, welche Verbraucherstandards gelten sollen. Wollen wir Chlorhühner?
Gefahr durch Schiedsgerichte, Verzichtbarkeit von Schiedsgerichten	Kathrin Nachbaur	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Am kompliziertesten ist aber sicher der Teil des Abkommens, der den Investitionsschutz beinhaltet. Österreich ist ein Land mit einem guten Rechtssystem, also hier braucht, glaube ich, kein Investor Angst zu haben, dass er enteignet wird – zumindest nicht plötzlich. Als Jurist kann ich Ihnen sagen, ein Verfahren vor einem Schiedsgericht hat relativ wenig mit den üblichen rechtsstaatlichen Standards zu tun. Das ist ein ad hoc besetztes Gremium, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagt, keine Berufung zulässt und über Milliarden entscheiden kann, die dann die Steuerzahler berappen müssen. Ich sehe in diesem Instrument eine klare Aushebelung unserer Souveränität und Rechtsstaatlichkeit und sage daher Nein zum Investitionsschutzabkommen für Österreich.
KMUs, Sozialstandards, Landwirtschaft, Verbraucherstandards, Transparenz, Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Lebensmittelstandards, Zölle, Standards	Kathrin Nachbaur	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Gefahr für Lebensmittelstandards	Robert Lugar	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Jetzt frage ich mich, wie das geht. Wie kann es sein, dass dieses Huhn, das einen so weiten Weg hinter sich hat, das so viel Energie verbraucht und natürlich auch Kosten verursacht hat, günstiger ist als ein Huhn, das in Österreich ums Eck produziert wird? – Das geht nur dann, wenn man all die Blöðheiten macht, die bei uns mittlerweile schon sehr in Verruf sind. Das heißt: minderwertiges Futter, Einsatz von Antibiotika, Einsatz von vielen, vielen anderen Dingen, von denen wir in Österreich gerade wegzukommen versuchen.
Gefahr für Landwirtschaft	Robert Lugar	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Und dann frage ich mich, was der Sinn des Freihandels ist. Was machen wir denn mit unseren österreichischen Hühnern, wenn die amerikanischen doch viel billiger sind? Es stellt sich auch die Frage, was passieren wird. Passieren wird Folgendes: Unsere Bauern, unsere Hühnermäster werden ganz einfach wegsterben, so wie das in vielen anderen Bereichen auch schon passiert ist. Und da stellt sich natürlich auch wieder die Frage, ob wir das wollen. Wollen wir tatsächlich unsere Bauern sterben lassen und die minderwertigen Hühner und minderwertigen Lebensmittel aus anderen Ländern importieren?
Gefahr durch Schiedsgerichte	Robert Lugar	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Deshalb wollen sie auch nicht auf dieses Klagsrecht verzichten. Sie wollen uns ihre billigen Lebensmittel nach Europa schicken, und wenn wir sie dann nicht schlucken, werden wir verklagt, so lange, bis alle mundtot

				sind und letztlich das Prinzip, Profite über die Interessen der Verbraucher zu stellen, durchgesetzt ist.
Lebensmittelstandards, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards, Landwirtschaft, Schiedsgerichte, Wirtschaftskraft	Robert Lugar	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Fehlende Transparenz	Rouven Ertlschweiger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Wenn nun um TTIP und CETA so ein Geheimnis gemacht wird, dann darf sich die Politik aber auch nicht wundern, dass viele Menschen, und vor allem viele mündige Bürger, auf die Barrikaden steigen und sagen: Hoppla, so nicht! Was ist mit der Transparenz? Weil die Verhandlungen geheim sind und hinter verschlossenen Türen stattfinden, weil nicht einmal die nationalen Parlamente eingebunden sind, weil die Demokratie ausgehöhlt wird und die Volksvertreter de facto entmündigt werden. Und genau das ist das Problem. Was wir punkto TTIP und CETA brauchen, ist ganz einfach eines: Transparenz. Die Politik der Geheimhaltung macht die Menschen zu Recht stutzig und schürt zu Recht das Misstrauen. Sowohl die Parlamente als auch die Bevölkerung müssen informiert werden, das ist das Gebot der Stunde.
Gefahr für Lebensmittelstandards, für Verbraucherstandards, für Umwelt- und Energiestandards, für Sozialstandards	Rouven Ertlschweiger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Viele Menschen in Europa fürchten zu Recht um ihre hohen Standards im Lebensmittelbereich, im Verbraucherschutz und im Naturschutz sowie im Umwelt- und Arbeitnehmerschutz.
Transparenz, Wirtschaftskraft, Standards, Lebensmittelstandards, Verbraucherstandards, Umwelt- und Energiestandards, Schiedsgerichte	Rouven Ertlschweiger	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	

16.1.13 NEOS

Alle Zeilen mit einem Eintrag in der Spalte „Paraphrasierung“ enthalten in der Spalte „Kategorien / Themen“ Kategorien. Die restlichen Zeilen enthalten in der zweiten Spalte Themen.

Kategorien / Themen	Sprecher	Titel der Diskussion	Datum	Paraphrasierung
Chancen für Wirtschaftskraft	Angelika Rosa Mlinar	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Wir NEOS halten Freihandel für einen wesentlichen Faktor der wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten und wir bekennen uns klar zum Handel als einen der wichtigsten Garanten für ein friedliches Miteinander.
Fehlende Transparenz	Angelika Rosa Mlinar	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch-amerikanisches Freihandelsabkommen.“	26.03.2014	Wir NEOS werden ein TTIP, wie es sich derzeit darstellt, weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene unterstützen. Es fehlt uns dabei nämlich zum einen an Transparenz, und wir fordern ganz klar die Europäische Kommission, die die Verhandlungen führt, auf, alle Mittel auszuschöpfen, um die BürgerInnen-Beteiligung zu maximieren. Alle Mitglieder des Europäischen Parlaments als legitime VertreterInnen der BürgerInnen müssen über die Verhandlungen umfassend informiert werden, denn eines ist klar: Verhandlungen hinter verschlossenen Türen

				werden schlichtweg keine Unterstützung der Öffentlichkeit bekommen.
Sinnhaftigkeit Schiedsgerichte	Angelika Rosa Mlinar	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch- amerikanisches Frei- handelsabkommen.“	26.03.2014	Es ist klar, dass internationale Investitionen eines effizienten Streitbeilegungsmechanismus bedürfen, und die transatlantische Partnerschaft könnte hier eine globale Vorbildwirkung haben. Wir sind der Meinung, dass es eine Wahlmöglichkeit zwischen der Ausschöpfung der innerstaatlichen Rechtsmittel und internationaler Investitionsschiedsgerichtsbarkeit geben sollte. Jede Form der Schiedsgerichtsbarkeit muss über Investitionsrecht hinausgehende völkerrechtliche Standards, wie Menschenrechts- und Umweltstandards, beachten. Für uns wäre auch ein Internationaler Handelsgerichtshof, zum Beispiel wie der Internationale Seegerichtshof, denkbar. Und schlussendlich verlangen wir eine Reform der Schiedsgerichtsbarkeit beziehungsweise des Investitionsschutzes in einer Form, dass der Weg zur Schiedsgerichtsbarkeit auch für kleine und mittlere Unternehmen gangbar und finanziell möglich ist und dass die KMUs letztlich dieselbe Rechtssicherheit in Anspruch nehmen können, wie sie auch den großen Konzernen zur Verfügung steht.
Gefahr für europäische / österreichische Standards	Angelika Rosa Mlinar	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch- amerikanisches Frei- handelsabkommen.“	26.03.2014	Bereiche, bei denen eine Einigung auf diesem hohen Niveau nicht möglich ist, sollen unseres Erachtens aus dem Vertrag ausgenommen werden.
Chancen für europäische / österreichische Standards	Angelika Rosa Mlinar	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch- amerikanisches Frei- handelsabkommen.“	26.03.2014	TTIP könnte tatsächlich eine Möglichkeit darstellen, der Globalisierung einen europäischen Standard, eine europäische Note zu geben. Wir sind der Ansicht, Globalisierung ist nicht zu fürchten, sondern zu formen.
Chancen für KMUs	Angelika Rosa Mlinar	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch- amerikanisches Frei- handelsabkommen.“	26.03.2014	Wir verlangen ein ambitioniert verhandeltes Kapitel betreffend Klein- und Mittelunternehmen in TTIP, welches die Grundlage unserer Wirtschaft stärkt.
Wirtschaftskraft, Transparenz, Schiedsgerichte, Standards, KMUs, Arbeitsplätze	Angelika Rosa Mlinar	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch- amerikanisches Frei- handelsabkommen.“	26.03.2014	
Fehlende Transparenz	Christoph Vavrik	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch- amerikanisches Frei- handelsabkommen.“	26.03.2014	Die Einbindung der Öffentlichkeit ist unzureichend. Das führt zu großem Misstrauen in der Bevölkerung, und das wird leider von ideologisch motivierten Parteien und Interessengruppen noch geschürt. Wir glauben, dass das sowohl aus demokratiepolitischer Sicht als auch im Hinblick auf politische Klugheit bedauerlich ist.
Transparenz, Standards im Kulturbereich, Umwelt- und Energiestandards	Christoph Vavrik	„TTIP: Fakten auf den Tisch. Stopp dem Aushöhlen von Umwelt- und Sozialstandards durch ein europäisch- amerikanisches Frei- handelsabkommen.“	26.03.2014	
Fehlende Transparenz	Matthias Strolz	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Und natürlich brauchen wir da transparente Verhandlungen, das werden wir morgen auch klarmachen: Ohne Transparenz wird so etwas nie Akzeptanz finden. Wir sind im Jahr 2014. Das ist so! Vielleicht haben wir eine Chance mit einem Neustart, mit einer neuen

				Kommissarin. Sie kommt aus Skandinavien, und die Skandinavier haben eine Tradition der Transparenz. Vielleicht hilft das.
Transparenz	Matthias Strolz	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	
Fehlende Transparenz	Rainer Hable	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Was wir NEOS uns in Sachen TTIP wünschen, ist vor allem Transparenz. Transparenz ist die Tochter der Demokratie, Transparenz ist notwendig und wichtig für eine funktionierende Demokratie, daher verstehe ich nicht, warum zum Beispiel das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission für diese Verhandlungen geheim ist. Warum ist es geheim? Warum – das frage ich mich auch – wird in diesem Zusammenhang nur auf die Europäische Kommission hingehauen? Die Europäische Kommission hat sich dieses Verhandlungsmandat ja nicht selbst gegeben. Sie hat dieses geheime Mandat von allen EU-Staaten bekommen, das heißt von allen Regierungen in Europa, auch von der österreichischen Bundesregierung. Daher frage ich mich – und ich frage den Herrn Bundeskanzler, der nicht mehr anwesend ist, und auch den Herrn Vizekanzler, der auch nicht hier ist –: Warum ist denn das so? Warum gibt man denn der Europäischen Kommission ein Verhandlungsmandat, das geheim ist, das geheim bleiben muss? Das ist natürlich zu wenig, denn wer bei einem so wichtigen Abkommen auch eingebunden werden muss, das sind die Bürger und Bürgerinnen. Es reicht nicht, wenn nur die zuständigen Ministerien Bescheid wissen, es reicht nicht, wenn nur die Sozialpartner Bescheid wissen, man muss die Bürger mit an Bord holen.
Chancen für Wirtschaftskraft, Sichert / schafft Arbeitsplätze	Rainer Hable	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Handel ist aber nicht nur friedensstiftend, sondern er bringt auch Arbeitsplätze. Das Forschungszentrum Internationale Wirtschaft hat ausgerechnet: 44 Prozent mehr Exporte innerhalb der nächsten acht Jahre.
Sichert / schafft Arbeitsplätze	Rainer Hable	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Hinter diesen 44 Prozent mehr Export in die USA aus Österreich verbergen sich ja Arbeitsplätze. Das sind nicht nackte Zahlen, das sind Arbeitsplätze, die wir in einer Zeit wie heute so dringend brauchen wie einen Bissen Brot. Nehmen Sie diese Chance auf mehr Arbeitsplätze wahr.
Chancen für europäische / österreichische Standards	Rainer Hable	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	Warum ist das noch eine Chance, eine Chance, die die Bundesregierung wahrnehmen sollte, die die Politik wahrnehmen sollte? – Weil es natürlich auch eine Chance für Europa und Amerika ist, hohe globale Standards zu setzen, hohe globale Standards im Umweltbereich und im Sozialbereich. Wenn nicht wir es machen, wenn Europa und Amerika das nicht machen, dann machen es China und Russland, dann setzen sie die internationalen Handelsstandards – und das kann doch nicht in unserem Interesse sein. Nehmen Sie diese Chance auf hohe globale Standards im Sozial- und im Umweltbereich wahr!
Transparenz, Arbeitsplätze, Standards, Umwelt- und Energiestandards, Sozialstandards	Rainer Hable	Wirtschaftskrieg, Rekordarbeitslosigkeit und TTIP: Österreich als Marionette, gefangen zwischen Ost und West“	23.09.2014	

Gefahr für Landwirtschaft, Gefahr für europäische / österreichische Standards, für Lebensmittelstandards, für Datenschutzstandards, für Standards im Kulturbereich	Matthias Strolz	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Und wir fordern schlussendlich, dass die Kulturförderung, die Urheberrechte und die Datenschutzbestimmungen sowie die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion aus dem Verhandlungsmandat ausgenommen werden, denn das sind Bereiche, wo die Ansichten und Standards so diametral entgegengesetzt sind, dass wir glauben, dass wir – auch im Sinne eines pragmatischen Zuganges – diese Kapitel inklusive Landwirtschaft ausnehmen sollten. Wir haben den Bereich des Audiovisuellen ausgenommen, dann können wir auch andere Bereiche ausnehmen. Und schauen wir, dass wir in den anderen Bereichen gut vorankommen!
Fehlende Transparenz	Matthias Strolz	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Ich beginne gleich mit dem Thema Transparenz, das wurde von vielen genannt: dem Team Stronach, den Grünen. – Den Punkt teile ich voll und ganz. Wir haben dieses TTIP hier am Tisch, und das ist natürlich ein Musterbeispiel für Intransparenz. So wird es nicht gehen! Da erwarte ich von der Bundesregierung, vom Vizekanzler, vom Kanzler, dass sie auf den Tisch hauen und sagen: So geht es nicht! Diese Form der Verhandlung akzeptieren wir nicht. Wir als NEOS fordern: Reset TTIP! – Wir müssen hier den Reset-Knopf drücken, und zwar aus guten Gründen. Wir sind als NEOS hier in dieses Hohe Haus als eine Bürger- und Bürgerinnenbewegung gekommen, auf Basis des Prinzips der Transparenz und der Partizipation, und das wollen wir hochhalten, auch in dieser Sachfrage. Ich hoffe, dass die neue Kommissarin, die liberale Schwedin Cecilia Malmström, da auch einen Neustart schafft. Die Skandinavier haben ein ganz anderes Verhältnis zum Thema Transparenz, das ist eine Chance. Was wir hier fordern, ist ein modernes Verhandlungsverfahren: Erstens muss das Verhandlungsmandat öffentlich gemacht werden, zweitens sind Anhörungsprozesse für alle Kapitel des potenziellen Abkommens öffentlich abzuhalten. Lobbyisten müssten im Sinne eines legal footprints öffentlich akkreditiert sein; das Verhandlungsergebnis soll von Unis, Thinktanks, NGOs evaluiert werden. Zwischen dem Verhandlungsabschluss und der Abstimmung im Europäischen Parlament muss eine Begutachtungsphase von mindestens sechs Monaten eingehalten werden, damit ein reger öffentlicher Diskurs möglich ist.
Transparenz, Lebensmittelstandards, Standards im Kulturbereich, Urheberrecht und Ursprungsbezeichnungen, Datenschutzstandards, Landwirtschaft	Matthias Strolz	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	
Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichten	Michael Pock	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Es wird erwähnt, die Sinnhaftigkeit der Aufnahme der ISDS-Klauseln bei Abkommenstaaten mit entwickelten Rechtssystemen, zum Beispiel USA oder Kanada, ist aus heutiger Sicht nicht erkennbar. Es wird erwähnt, die Sinnhaftigkeit der Aufnahme der ISDS-Klauseln bei Abkommenstaaten mit entwickelten Rechtssystemen, zum Beispiel USA oder Kanada, ist aus heutiger Sicht nicht erkennbar. Wir wünschen uns eine internationale Gerichtsbarkeit. Wir wünschen uns eine internationale Lösung. Ich möchte das auch begründen. Wenn wir uns heute das Beispiel Ungarn anschauen und sehen, wie rasch sich eine funktionierende

				Rechtsstaatlichkeit wieder verkehren kann, dann denken wir, dass eine internationale Lösung die richtige Vorgehensweise ist.
Gefahr für Landwirtschaft	Michael Pock	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Wir haben erwähnt, dass unser Ansatz ist, die Landwirtschaft derzeit aus den Abkommen herauszunehmen, obwohl derzeit tatsächlich schon in einem mehr als ausreichenden Maß Handel besteht
Fehlende Transparenz	Michael Pock		24.09.2014	Was nicht geschieht, ist, dass die Stakeholder eingebunden werden, weder jetzt auf amerikanischer noch auf europäischer Seite. Was nicht geschieht, ist, dass Transparenz stattfindet, damit die Menschen wissen, worüber wir verhandeln. Was eben nicht geschieht, ist, dass wir überhaupt wissen, welches Verhandlungsmandat unser eigenes Land erteilt hat.
Gefahr für Umwelt- und Energiestandards	Michael Pock	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Ich möchte hier jetzt im Umweltbereich und im Bereich der Nachhaltigkeit auch konkrete Lösungsvorschläge anbieten, und zwar bedeutet konkret aus unserer Sicht Folgendes: Es müssen in jedem Bereich der Abkommen ausgehend von hohen europäischen Standards ausnahmslos die jeweils höchsten Umweltstandards festgeschrieben werden.
Schiedsgerichte, Umwelt- und Energiestandards, Transparenz, Landwirtschaft, Medizinische Standards und Gesundheitsstandards	Michael Pock		24.09.2014	
Fehlende Transparenz	Rainer Hable	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Was wir NEOS uns zum Thema TTIP und CETA, zu diesen internationalen Handelsübereinkommen wünschen, ist Transparenz, denn Transparenz ist eine Säule der Demokratie, ist eine Säule einer funktionierenden Demokratie. warum das Verhandlungsmandat in Sachen TTIP geheim ist. Da wird immer auf die Europäische Kommission hingehauen, als hätte sich die Europäische Kommission das Verhandlungsmandat selbst gegeben. Das ist ein Irrtum. Das Verhandlungsmandat hat die Europäische Kommission vom Rat bekommen, und im Rat sitzen alle EU-Staaten drin, alle Regierungen, inklusive der österreichischen Bundesregierung. Daher frage ich mich, oder fragen wir Sie, die Bundesregierung, Kanzler Faymann, Vizekanzler Mitterlehner: Warum ist denn das so? Warum musste denn das Verhandlungsmandat für die Verhandlungen zu TTIP geheim sein?
Chancen für europäische / österreichische Standards	Rainer Hable	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Lassen Sie mich ein Beispiel geben: In den USA ist es offenbar so, dass die Blinker bei Autos rot blinken müssen, das ist sozusagen für die Amerikaner der Sicherheitsstandard, in Europa müssen die Blinker orange blinken, das ist bei uns der Sicherheitsstandard. Es kann niemand vernünftig erklären, dass das eine besser ist als das andere, dass das eine sicherer ist als das andere. Das heißt, in Wirklichkeit geht es darum, die Produktstandards, die Zulassungsverfahren vernünftigerweise anzugleichen.
Sinnhaftigkeit Schiedsgerichte	Rainer Hable	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Ein Punkt noch zum Investorenschutz, auch ein Teil der Angstmache und Panikmache. Was hierbei natürlich vergessen wird, ist, wenn man sagt, die nationalen Rechtssysteme würden ausreichen, dass man dann österreichischen Unternehmen zumutet, im Fall des Falles vor amerikanische Gerichte zu ziehen – vor amerikanische Gerichte, die im Übrigen auch die Aufgabe haben, nationale

				Interessen zu berücksichtigen. Na, dann wünsche ich viel Spaß dabei!
Gefahr durch Schiedsgerichte	Rainer Hable	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Die Schiedsgerichte sind auch nicht das Gelbe vom Ei. Das ist schon richtig. Da herrscht viel Intransparenz, Berufungsverfahren gibt es auch nicht. Daher schlagen wir NEOS vor, uns in dieser Frage weiterzuentwickeln, nicht nur schwarz-weiß zu sehen, sondern sich zu einem ständigen internationalen Gerichtshof in internationalen Schiedsangelegenheiten weiterzuentwickeln, der sich um diese Dinge kümmert, um die Qualität zu heben, um die Transparenz zu heben mit unabhängigen Richtern und einem Berufungsverfahren.
Sichert / schafft Arbeitsplätze, Chancen für KMUS	Rainer Hable	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Handel ist vor allem förderlich für Arbeitsplätze. Da geht es nicht um Konzerne. Da geht es um die kleinen und mittleren Unternehmen Österreichs, um die KMUs, die natürlich, wenn wir ein Handelsübereinkommen hätten, wesentlich profitieren könnten. Diese unterschiedlichen Zulassungsverfahren, diese unterschiedlichen Produktstandards, nein, die behindern nicht die Konzerne – die können sich das leisten –, die behindern die kleinen und mittleren Unternehmen in ihrer Wirtschaftstätigkeit und verhindern, dass sie exportieren können. Und das kostet uns Arbeitsplätze.
Chancen für europäische / österreichische Standards	Rainer Hable	Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel	24.09.2014	Nehmen wir die Chance dieser internationalen Handelsübereinkommen wahr, schaffen wir die Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze und schaffen wir gemeinsame hohe globale Standards in Sozial- und Umweltfragen! Wenn es nicht Europa und Amerika schaffen, dann werden die globalen Handelsstandards von China und Russland dominiert.
Transparenz, Standards, Verbraucherstandards, Lebensmittelstandards, Industriestandards, Dienstleistungsstandards, Landwirtschaft, Schiedsgerichte, Arbeitsplätze, KMUs, Sozialstandards, Umwelt- und Energiestandards	Rainer Hable		24.09.2014	

17 Abstract

In dieser Arbeit steht das Spannungsverhältnis zwischen Medien und Politik im Fokus. Als Fallbeispiel wurden die Verhandlungen über das Handelsabkommen TTIP ausgewählt, um der gegenseitige Einflussnahme nachzugehen. Die Verhandlungen über das Handelsabkommen wurden als besonders geeignet angesehen, da sie ein komplexes Thema behandeln, welches aus unterschiedlichsten Perspektiven diskutiert werden konnte. Zusätzlich bot es die Möglichkeit vom Start der Verhandlungen weg die Debatte zu analysieren. Als Untersuchungsobjekte repräsentierten die überregionalen Printausgaben der „Kronen Zeitung“, des „Kurier“ sowie „Der Standard“ die österreichische Medienlandschaft. Auf Seiten der Politik wurden die Parlamentsdebatten des Nationalrates ausgewählt, welche sich dank stenografischer Protokolle besonders für die Forschung eigneten. Als Analysezeitraum wurde die Zeitspanne vom Start der offiziellen Verhandlungen, dem 17. Juni 2013, bis zum 30. September 2014 ausgewählt. Eine qualitativen Inhaltsanalyse zielte darauf ab, mit einer chronologischen Analyse der Debatte den Einfluss der Medien und Parteien auf den Diskurs offen zu legen. Die forschungsleitende Frage lautete dabei: **In welcher Richtung ist der Einfluss auf die Kommunikation über TTIP größer? Haben die Medien einen größeren Einfluss auf die Politik oder umgekehrt?**

Folgende Unterfragen wurden aus der forschungsleitenden Frage abgeleitet:

- **Werden Themen der Medien von der Politik übernommen?**
- **Werden von der Politik aufgeworfene Themen von den Medien übernommen?**
- **Werden Symbole oder Frames der Medien wie z.B. das Chlorhühnchen in die politische Debatte im Nationalrat aufgenommen?**
- **Werden Symbole oder Frames aus der politischen Kommunikation im Nationalrat in den Medien aufgenommen?**

Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse zeigen, dass vor allem Der Standard relativ früh in der Debatte Themen, Frames sowie prägende Schlagwörter / Metaphern sowie Beispiele in den Diskurs einbrachte. Insgesamt konnten zahlreiche Verzahnungen in der Debatte zwischen Politik und Medien festgestellt werden. Die Parteien nahmen mehrere Themen, Frames sowie Begriffe, welche vorher bereits in den Medien behandelt wurden in ihren Diskurs auf, weshalb als Ergebnis eine Einflussnahme von Seiten der Medien auf die Politik vermutet wird. Die Politik setzte ebenfalls Themen, Frames sowie prägende Schlagwörter / Metaphern sowie Beispiele, allerdings – dem Ergebnis der Analyse nach – in einem wesentlich geringeren Ausmaß. Es wird daher insgesamt von einem gegenseitigen Einfluss ausgegangen, allerdings wird vermutet, dass die Medien die Richtung der Debatte stärker bestimmen konnten als die Politik.

Emotionale Schlagwörter wie „Chorhühnchen“, „Hormonfleisch“ sowie „Geheimhaltungsabkommen“ prägten den Diskurs. Dies könnte ein Hinweis auf die Folgen einer medialisierten Debatte sein, welche weniger nach sachlichen Lösungen, sondern verstärkt der Logik der Medien folgt, Aufmerksamkeit zu erzeugen. Ein nicht auf sachlichen Argumenten aufgebauter Diskurs könnte vor allem die Aufgabe der Politik, die richtigen Entscheidungen für die Bevölkerung zu treffen, negativ beeinflussen. Als Einschränkung muss allerdings angemerkt werden, dass nur ein geringer Ausschnitt der Medienlandschaft untersucht sowie die Politik allein von den Debatten des Nationalrates repräsentiert wurde. Ebenfalls wäre die Analyse des Einflusses dritter Interessensgruppen wie beispielsweise NGOs oder Wirtschaftsvertreter an der Entwicklung des Diskurses ein wichtiger Baustein, um die Entwicklung der Debatte schlüssig nachvollziehen zu können. Dazu erlaubt die auf den Zeitverlauf ausgelegte Studie keine Feststellung kausaler Zusammenhänge, sondern soll als Grundlage für weitere Forschungsarbeiten in dem gesellschaftspolitisch wichtigen Forschungsgebiet dienen.